Renten auf einen Blick 2009

RENTENEINKOMMENSYSTEME
IN OECD-LÄNDERN

Renten auf einen Blick 2009

RENTENEINKOMMENSSYSTEME
IN OECD-LÄNDERN

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die OECD ist ein in seiner Art einzigartiges Forum, in dem die Regierungen von 30 demokratischen Staaten gemeinsam an der Bewältigung von Herausforderungen der Globalisierung im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich arbeiten. Die OECD steht auch in vorderster Linie bei den Bemühungen um ein besseres Verständnis der neuen Entwicklungen und durch sie ausgelöster Befürchtungen, indem sie Untersuchungen zu Themen wie Corporate Governance, Informationswirtschaft oder Bevölkerungsalterung durchführt. Die Organisation bietet den Regierungen einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihre Politikerfahrungen auszutauschen, nach Lösungsansätzen für gemeinsame Probleme zu suchen, empfehlenswerte Praktiken aufzuzeigen und auf eine Koordinierung nationaler und internationaler Politiken hinzuarbeiten.

Die OECD-Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nimmt an den Arbeiten der OECD teil.

OECD Publishing sorgt dafür, dass die Ergebnisse der statistischen Analysen und der Untersuchungen der Organisation zu wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Themen sowie die von den Mitgliedstaaten vereinbarten Übereinkommen, Leitlinien und Standards weite Verbreitung finden.

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der Organisation oder der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten wider.

ISBN 978-92-64-07572-6 (Print)
ISBN 978-92-64-07610-5 (PDF)

Originaltitel: *Pensions at a Glance 2009: Retirement-Income Systems in OECD Countries – Les pensions dans les pays de l’OCDE 2009 : Panorama des systèmes de retraite.*
Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Korrigenda zu OECD-Veröffentlichungen sind verfügbar unter: www.oecd.org/publishing/corrigenda.
© OECD 2009

Die OECD gestattet das Kopieren, Herunterladen und Abdrucken von OECD-Inhalten für den eigenen Gebrauch sowie das Einfügen von Auszügen aus OECD-Veröffentlichungen, -Datenbanken und -Multimediaprodukten in eigene Dokumente, Präsentationen, Blogs, Websites und Lehrmaterialien, vorausgesetzt die OECD wird in geeigneter Weise als Quelle und Urheberrechtsinhaber genannt. Sämtliche Anfragen bezüglich Verwendung für öffentliche oder kommerzielle Zwecke bzw. Übersetzungsrechte sind zu richten an: rights@oecd.org. Die Genehmigung zur Kopie von Teilen dieser Publikation für den öffentlichen oder kommerziellen Gebrauch ist direkt einzuholen beim Copyright Clearance Center (CCC) unter info@copyright.com oder beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) unter contact@cfcopies.com.

Vorwort

Diese dritte Ausgabe von Renten auf einen Blick bietet ein breites Spektrum von Indikatoren für den Vergleich der Rentenpolitik in den OECD-Ländern. Vier Sonderkapitel enthalten detailliertere Analysen, die dazu beitragen sollen, den Debatten über die Gestaltung der Renteneinkommenssysteme und Rentenreformen eine sachlich fundierte Grundlage zu verleihen.

Angesichts der sich stets verändernden Wirtschafts- und Finanzlage und der infolgedessen häufigen Anpassungen bei den Rentensystemen ist zu beachten, dass sich dieser Bericht auf die Situation bis Ende Mai 2009 bezieht.

Der vorliegende Bericht wurde von einem Team unter Leitung von Edward Whitehouse von der Abteilung Sozialpolitik der OECD-Direktion Beschäftigung, Arbeitskräfte und Sozialfragen ausgearbeitet. Die Aufbereitung und Aktualisierung der OECD-Rentenmodelle sowie die Redaktion der Analysen der wichtigsten Indikatoren oblag Anna Cristina D'Addio und Andrew Reilly. Von unschätzbarem Wert war die aktive Unterstützung von Angehörigen der öffentlichen Verwaltungen in den einzelnen Ländern, die die Informationen über die Renten- und Steuersysteme ihrer Länder zusammentrugen. Die Ergebnisse der OECD-Rentenmodelle wurden von den nationalen Behörden bestätigt und validiert.

Die Sonderkapitel „Rentensysteme in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ und „Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge“ wurden von Edward Whitehouse mit Beiträgen von Kollegen in der Direktion Beschäftigung, Arbeitskräfte und Sozialfragen sowie Pablo Antolín, André Laboul, Robert Ley, Jean-Marc Salou, Fiona Stewart und Juan Yermo von der OECD-Direktion Finanz- und Unternehmensfragen verfasst. Delegierte der OECD-Arbeitsgruppe Sozialpolitik lieferten wertvolle Ratschläge zu früheren Entwürfen dieser Kapitel. Edward Whitehouse ist Autor des Sonderkapitels „Jüngste Rentenreformen“. Edward Whitehouse und Asghar Zaidi von der OECD-Abteilung Sozialpolitik waren für das Kapitel „Einkommen und Armut älterer Menschen“ verantwortlich. Dieses Kapitel stützt sich weitgehend auf die Datenbank, die für den 2008 veröffentlichten OECD-Bericht Mehr Ungleichheit durch Wachstum? erstellt wurde.

Der Bericht wurde auch durch Orientierungshilfen und Stellungnahmen zahlreicher OECD-Kollegen unterstützt, namentlich Martine Durand, Michael Förster, John P. Martin, Mark Pearson und Monika Queisser.

Der Bericht ist das Ergebnis eines von der Europäischen Kommission und der OECD kofinanzierten gemeinsamen Projekts. Die OECD-Rentenmodelle, die den meisten hier dargelegten Indikatoren zu Grunde liegen, stützen sich auf das APEX-Konzept (APEX steht für Analysis of Pension Entitlements across Countries), das ursprünglich von Axia Economics mit finanzieller Unterstützung der OECD und der Weltbank entwickelt wurde.

Inhaltsverzeichnis

Einführung: Rentenpolitik – Die Krise meistern	9
Kurzzusammenfassung	11
Berichtsrahmen von <i>Renten auf einen Blick</i>	15
Aufbau des Berichts	15
Methodik	17
Überblick über die Sicherung der Altersvorsorge	19
Architektur der nationalen Altersvorsorgesysteme	20
Literaturverzeichnis	22

Teil I

Politikfragen

1. Rentensysteme in der Finanz- und Wirtschaftskrise	25
1. Welche Gruppen sind besonders hart von der Rentenkrise betroffen?	25
2. In welchen Ländern sind die Auswirkungen auf die Renten am stärksten?	29
3. Reaktionen der Politik: empfehlenswerte und zu vermeidende Maßnahmen	37
4. Schlussbetrachtungen: Sicherheit durch Diversifizierung	50
Anmerkungen	51
Literaturverzeichnis	53
2. Einkommen und Armut älterer Menschen	55
1. Die Einkommen älterer Menschen	56
2. Einkommensarmut im Alter	63
3. Die Umverteilungsrolle des Staats: Steuern und Transferleistungen	74
4. Blick in die Zukunft	78
5. Schlussbetrachtungen	80
Anmerkungen	82
Literaturverzeichnis	83
3. Jüngste Rentenreformen	85
1. Erfassungsgrad des Rentensystems	85
2. Angemessenheit der Altersversorgungsleistungen	86
3. Finanzielle Tragfähigkeit	86
4. Ökonomische Effizienz	87
5. Effizienz der Verwaltung	87
6. Sicherung der Renteneinkommen	88
7. Rentenreform: Vorgehensweise und Politik	89
Anmerkungen	97
Literaturverzeichnis	97

4. Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge	99
1. Die Versorgungslücke	99
2. Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Rentenversicherung nach Alter und Arbeitsentgelt	106
3. Beiträge zu privaten Altersvorsorgeplänen	107
4. Maßnahmen zur Förderung der privaten Altersvorsorge	107
Anmerkungen	113
Literaturverzeichnis	114

Teil II

Indikatoren der Rentenpolitik

Rentenansprüche	117
Bruttoersatzquoten	118
Bruttoersatzquoten: öffentliche und private Systeme	120
Nettoersatzquoten	122
Bruttorentenvermögen	124
Nettorentenvermögen	126
Progressivität der Rentenformeln	128
Verknüpfung zwischen Rentenansprüchen und Arbeitsverdienst	130
Gewichtete Durchschnittswerte: Rentenniveaus und Rentenvermögen	132
Struktur des Rentenpakets	134
Renteneinkommenssysteme	137
Rentenbeiträge	138
Aktiva privater Pensionsfonds und öffentlicher Pensionsreservefonds	140
Rentenausgaben	142
Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorge	144
Demografischer und wirtschaftlicher Kontext	147
Lebenserwartung	148
Geburtenziffern	150
Altenquotient	152
Durchschnittsverdienste	154

Teil III

Länderprofile

Einleitung	159
Wesentliche konzeptionelle Merkmale der Rentensysteme	159
Überblick über die Länderprofile	165
Anmerkungen	166
Literaturverzeichnis	166
Australien	167
Belgien	171
Dänemark	176
Deutschland	181
Finnland	184
Frankreich	189
Griechenland	194
Irland	198
Island	201
Italien	204
Japan	208
Kanada	212

Korea	215
Luxemburg	218
Mexiko	221
Neuseeland	224
Niederlande	227
Norwegen	231
Österreich	235
Polen	238
Portugal	242
Schweden	247
Schweiz	253
Slowakische Republik	257
Spanien	260
Tschechische Republik	263
Türkei	267
Ungarn	270
Vereinigtes Königreich	274
Vereinigte Staaten	278

Dieser Bericht enthält ...

StatLinks

Ein Service für OECD-Veröffentlichungen, der es ermöglicht, Dateien im Excel-Format herunterzuladen.

Suchen Sie die *StatLinks* rechts unter den in diesem Bericht wiedergegebenen Tabellen oder Abbildungen. Um die entsprechende Datei im Excel-Format herunterzuladen, genügt es, den jeweiligen Link, beginnend mit <http://dx.doi.org>, in den Internetbrowser einzugeben. Wenn Sie die elektronische PDF-Version online lesen, dann brauchen Sie nur den Link anzuklicken. Sie finden *StatLinks* in weiteren OECD-Publikationen.

Einführung

Rentenpolitik: Die Krise meistern

Die veröffentlichten Zahlen sind erschreckend. Durch die Finanzkrise haben die Anlagen der privaten Alterssicherungsfonds 2008 insgesamt 23% bzw. rd. 5,4 Bill. US-\$ an Wert eingebüßt. Die Aktienmärkte sind 2009 zunächst weiter eingebrochen, haben sich in der Folgezeit dann aber erholt und am 21. Mai 2009 im Vergleich zum Jahresbeginn einen Kursanstieg von 6,4% verzeichnet. Insgesamt wird in den OECD-Ländern im Jahr 2009 mit einem Schrumpfen der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 4,3% gerechnet, und eine Rückkehr zum Wachstum wird nicht vor 2011 erwartet. Die Arbeitslosenquote, die 2007 mit 5,6% ihren Tiefstand erreicht hatte, könnte den Projektionen zufolge im OECD-Raum bis 2010 auf 9,9% anziehen. Somit ist aus dem Phänomen, das als Finanzkrise begann, eine Wirtschafts- und Sozialkrise geworden.

Die privaten Rentenversicherungen sind vom Einbruch der Aktienkurse und Immobilienpreise am unmittelbarsten und spektakulärsten getroffen worden. Am größten sind die Effekte offenbar in jenen Ländern, in denen die privaten Rentenversicherungen bei der Altersvorsorge bereits eine große Rolle spielen, wie Australien, die Niederlande und die Vereinigten Staaten. Hingegen ist kein Land und kein Rentensystem vor den Folgen der Krise gefeit. Auch die öffentlichen Rentensysteme werden in Finanznot geraten, da die Beitragseinnahmen infolge der höheren Arbeitslosigkeit und des Verdienstrückgangs sinken und die Leistungsauszahlungen steigen. Zudem waren auch die Rentenreserven von Anlageverlusten betroffen, und es wächst der Druck, Alterssicherungsfonds zur Krisenbewältigung zu nutzen, wie jüngst in Irland und Norwegen zu beobachten war, wo die Reserven zwecks Bankenrekapitalisierung und Finanzierung öffentlicher Bauprogramme angezapft werden.

Viele Menschen haben einen beträchtlichen Teil ihrer in Altersvorsorgeplänen und sonstigen Vermögenswerten angelegten Rentensparnisse verloren. Besonders traumatisierend ist die Situation für ältere Arbeitskräfte. Sie werden im Fall von Arbeitslosigkeit nicht nur größeren Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt begegnen, sondern ihnen bleibt bis zum Renteneintritt auch wenig Zeit, um darauf warten zu können, dass ihre Rentensparnisse wieder an Wert gewinnen, bevor sie auf die angesammelten Aktiva zurückgreifen müssen. Einkünfte aus Ersparnissen, darunter auch private Altersvorsorgepläne, machen durchschnittlich ein Viertel der Renteneinkommen in den OECD-Ländern aus. In sieben dieser Länder sind es über 40%.

Werden diese Verluste erneut zu einer Vermehrung der Altersarmut führen? In vielen OECD-Ländern gibt es Programme, die als „automatische Stabilisatoren“ wirken und den Effekt von Anlageverlusten auf das Gesamtrenteneinkommen abfedern. So erhalten ältere Menschen, deren Rentenbezüge einen gewissen Schwellenwert unterschreiten, beispielsweise bedürftigkeitsabhängige Leistungen. Jedoch sind oder werden die Sicherheitsnetze für Ältere in einigen Ländern in Zeiten sinkender Einkünfte aus privaten Ersparnissen unzureichend. In diesen Fällen wäre eine vorübergehende Stärkung der Sicherheitsnetze zur Meisterung der Krise angemessen. In anderen Ländern waren die Sicherheitsnetze aber bereits vor Ausbruch der Krise schwach und die Armutsquoten im Alter hoch.

Der kurzfristig auf den staatlichen Stellen lastende politische Druck, sofort Abhilfe zu schaffen, ist enorm und geht weit über einfache Maßnahmen zur Prävention von Altersarmut hinaus. In der gegenwärtigen Situation besteht eindeutig die Gefahr, dass die politisch Verantwortlichen versucht sein könnten, die Zahl der älteren Arbeitslosen durch einen Transfer dieser Personen in die Kategorie der Leistungsempfänger bei Langzeiterkrankung oder Invalidität bzw. die Wiederbelebung von Frühverrentungsprogrammen zu reduzieren. Frühere Erfahrungen zeigen, dass sich derartige

Programme nur schwer wieder außer Kraft setzen lassen, so dass kurzfristig ausgerichtete Maßnahmen im Endeffekt länger fortbestehen und die öffentlichen Haushalte sehr stark belasten. Derartige Maßnahmen sollten vermieden werden: Sie senden die falschen Signale und laufen dem Ziel einer Anhebung des Rentenalters zuwider, die notwendig ist, um den Effekt der Bevölkerungsalterung zu kompensieren. Bisher haben die Länder diesem Druck allerdings standgehalten.

Die Krise hat uns in unserer Auffassung bestätigt, dass es sowohl im Bereich der öffentlichen als auch im Bereich der privaten Rentenversicherung weiterer Reformen bedarf. Zu den obersten Prioritäten zählt u.a. eine sorgfältige Prüfung der öffentlichen Alterssicherung, um zu gewährleisten, dass diese sowohl heute als auch in Zukunft einen effektiven Schutz vor Armut gewähren. Wichtig ist ferner eine nähere Betrachtung der automatischen Rentenanpassungsmechanismen, die viele Länder eingeführt haben, um die Rentenhöhe mit der Lebenserwartung, dem Lohnwachstum oder den Vermögensbeständen in Reservefonds zu verknüpfen. Konzipiert wurden diese Maßnahmen in Zeiten eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums. In einigen Ländern würde die Anwendung der Regeln in Rezessionszeiten Leistungskürzungen nach sich ziehen, in manchen Fällen sogar in nominaler Rechnung. Die staatlichen Stellen werden also sorgfältig abwägen müssen, ob die Regeln in solchen Zeiten zum Einsatz kommen oder nicht lieber bis zum Beginn der wirtschaftlichen Erholung vorübergehend außer Kraft gesetzt werden sollten, oder ob es am besten wäre, sie unter Ausklammerung der schwächsten Rentnergruppen selektiv anzuwenden.

Das Vertrauen in private Altersvorsorgepläne hat ein Allzeittief erreicht. In einer Reihe von OECD-Ländern werden zunehmend Forderungen laut, vom gemischten Rentensystem Abstand zu nehmen und zum alleinigen öffentlichen Rentensystem nach dem Umlageverfahren zurückzukehren. In der Slowakischen Republik ist Arbeitskräften, die dem neuen Rentensystem mit Beitragsprimat beigetreten sind, die Rückkehr in die gesetzliche Rentenversicherung gestattet worden, und auch in anderen Ländern Osteuropas werden ähnliche Reformrücknahmen ins Auge gefasst. Das ist aber der falsche Weg. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die demografischen Herausforderungen, denen sich die Rentensysteme gegenübersehen, aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit verdrängt. Das bedeutet aber nicht, dass diese Herausforderungen überwunden sind, sie bestehen fort und müssen nach wie vor dringend bewältigt werden.

Um eine Gegenreaktion oder die Rücknahme vergangener Reformen zu verhindern, kommt es entscheidend darauf an, das Vertrauen der Menschen in die private Altersvorsorge wiederherzustellen. Die Krise hat auf schmerzvolle Art und Weise gezeigt, dass Veränderungen in der Funktionsweise der privaten Rentenversicherungen unerlässlich sind. Hierzu zählen eine bessere Regulierung, eine effizientere Verwaltung, mehr Transparenz hinsichtlich der Risiken und Vorteile unterschiedlicher Optionen sowie ein automatischer Übergang zu weniger risikoreichen Anlageinvestitionen vor Erreichung des Rentenalters. Gelingt es den politischen Entscheidungsträgern nicht, die Bevölkerung von der Notwendigkeit diversifizierter Renteneinkommenssysteme zu überzeugen, die öffentliche und private, umlagefinanzierte und kapitalgedeckte, individuelle und kollektive Elemente kombinieren, werden sie in ihren Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Wohlstands in alternden Gesellschaften wieder ganz an den Anfang zurückgeworfen werden.

John P. Martin

Direktor

Direktion Beschäftigung,
Arbeitskräfte und Sozialfragen

Martine Durand

Stellvertretende Direktorin

Direktion Beschäftigung,
Arbeitskräfte und Sozialfragen

Kurzzusammenfassung

Die Finanzkrise und die tiefe Wirtschaftskrise, die sie hervorgebracht hat, beherrschen die Nachrichten nun seit über einem Jahr. Im ersten Sonderkapitel von Teil I dieser dritten Ausgabe von *Renten auf einen Blick* werden die Auswirkungen der Krise auf die Renteneinkommenssysteme betrachtet. Die *Finanzkrise* hat die Alterssicherungsfonds in den OECD-Ländern hart getroffen, deren Anlagen im Jahresverlauf 2008 im Durchschnitt 23% ihres Werts einbüßten, was schwindeleerregenden 5,4 Bill. US-\$ entspricht. Auf der Ebene der einzelnen Länder hängt der Effekt davon ab, welchen Platz die privaten Rentenversicherungsfonds jeweils in der Struktur des globalen Renteneinkommenssystems einnehmen, wobei dieser in Australien, Dänemark, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten besonders groß ist.

Die *Wirtschafts-* und *Sozialkrise* schlägt sich bereits in Form einer rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Produktion, steigender Arbeitslosigkeit und langsamerem (wenn nicht sogar rückläufigem) Lohnwachstum nieder, was erwarten lässt, dass auch die öffentlichen Rentenversicherungen in Mitleidenschaft gezogen werden, die Beitragseinnahmen sinken und die Ausgaben für Rentenleistungen stärker unter Druck geraten.

Am stärksten von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind ältere Arbeitskräfte, da ihnen bis zum Renteneintritt wenig Zeit bleibt, um darauf warten zu können, dass ihre Rentenersparnisse wieder an Wert gewinnen, und weil sie im Fall von Arbeitslosigkeit größeren Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt begegnen. Das Sonderkapitel zu Krise und Renten enthält neue Berechnungen der Auswirkungen einer Periode der Langzeitarbeitslosigkeit am Ende der Erwerbsbiografie auf die Renteneinkommen. Jüngere Arbeitskräfte spüren einen sehr viel geringeren Effekt, da sie zu Beginn ihrer Berufslaufbahn generell weniger sparen und noch eine sehr viel längere Lebensarbeitszeit vor sich haben, um mögliche Vermögensverluste bei den Rentenersparnissen und Rentenansprüchen wieder wettzumachen. Personen, die bereits im Ruhestand sind und ihre Rente beziehen, sind in der Regel auch weniger stark betroffen.

Mit Hilfe des OECD-Rentenmodells wird in diesem Kapitel verdeutlicht, wie der negative Effekt der Krise auf die Renteneinkommen in vielen Ländern durch Leistungen des Sicherheitsnetzes und Steuersystems gedämpft wird. Über 75% der älteren Menschen in Australien und rd. 65% in Dänemark erhalten zumindest teilweise Leistungen aus bedürftigkeitsabhängigen Systemen. Die Höhe dieser Ansprüche steigt, wenn die Renditen der privaten Rentenversicherungen sinken, wodurch ein Großteil der Alterseinkommen von Arbeitskräften mit geringem und mittlerem Verdienst gesichert wird. In Australien führt jeder zusätzliche Dollar aus privaten Rentenversicherungen zu einer Verringerung der öffentlichen Rentenleistungen um 40 Cent. Umgekehrt hat eine Reduzierung der Zahlungen privater Rentenversicherungen um einen Dollar eine Erhöhung der öffentlichen Leistungen um 60 Cent zur Folge. In einigen Ländern hingegen sind die Sicherheitsnetze für ältere Menschen in Zeiten, in denen die niedrigen Renteneinkommen nicht durch private Rentenersparnisse ergänzt werden können, unzureichend oder werden dies künftig sein.

In dem genannten Kapitel werden die von den Regierungen zur Minderung des Effekts der Krise bereits eingeleiteten Aktionen erörtert und evaluiert. Es wird gezeigt, dass die von vielen Regierungen eingeführten Konjunkturpakete zwei wesentliche Auswirkungen auf die Rentensysteme hatten: Erhöhung der Transferleistungen an ältere Menschen und Rückgriff auf öffentliche Rentenreservefonds zur Finanzierung der Kriseneindämmung. Des Weiteren enthält dieses Kapitel eine Evaluierung anderer rentenpolitischer Initiativen, die den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Sicherheitsnetze, die Regulierung der privaten Pensionsfonds und die Wahl der Anlageformen betreffen. Trotz des enormen kurzfristig auf den staatlichen Stellen lastenden politischen Drucks kommt es entscheidend darauf

an, dass opportunistische Reaktionen, die die Stabilität und Tragfähigkeit der Rentensysteme bedrohen, vermieden werden. Die langfristigen Herausforderungen, die vom demografischen Wandel und der Bevölkerungsalterung ausgehen, bestehen nach wie vor und müssen bewältigt werden, sobald die Krise überwunden ist und sich die Volkswirtschaften zu erholen beginnen.

Einkommen und Armut der Älteren von heute werden im zweiten Sonderkapitel von Teil I untersucht. Mitte der 2000er Jahre belief sich das Nettoeinkommen der über 65-Jährigen im Durchschnitt der OECD-Länder auf 82% des Einkommens der Gesamtbevölkerung (unter Berücksichtigung der Unterschiede in der Haushaltsgröße). Zwischen den Ländern gibt es aber große Diskrepanzen. In einigen Ländern ist die Altersarmut quasi inexistent, wohingegen in Korea beispielsweise über 40% der alten Menschen in Armut leben. In den OECD-Ländern liegt die Armutsquote älterer Menschen im Durchschnitt bei 13,2%, gegenüber 10,6% für die Gesamtbevölkerung. Ferner wird in diesem Kapitel untersucht, wie sich die Einkommens- und Armutsmuster älterer Menschen als Ergebnis von Rentenreformen sowie des sozialen und wirtschaftlichen Wandels in Zukunft voraussichtlich weiter entwickeln werden.

Die jüngsten Rentenformen sind das Thema des dritten Sonderkapitels von Teil I. Dieses Kapitel – eine Aktualisierung der Analyse aus der zweiten Ausgabe von *Renten auf einen Blick* – veranschaulicht, dass die OECD-Länder ihre Rentensysteme seit 2004 weiter reformiert haben; in der Tat waren nur in fünf Ländern kaum oder keine Veränderungen zu beobachten. Diese jüngsten Reformen sind nach Kernzielen der Rentensysteme gegliedert: Erfassungsgrad, Angemessenheit der Rentenleistungen, finanzielle Tragfähigkeit, ökonomische Effizienz (Minimierung der Verzerrungen beim Arbeitsangebot und bei den Sparanreizen), Steigerung der Verwaltungseffizienz und Sicherung der Renteneinkommen angesichts verschiedener Risiken und Ungewissheiten.

Aus der Beurteilung der Reformen geht hervor, dass der Zeitraum zwischen 2004 und Mai 2009 stärker unter dem Zeichen der Evolution als der Revolution stand. Es wurden keine weitreichenden Systemreformen durchgeführt, wie dies in den zehn Jahren bis 2004 der Fall gewesen war. In einigen Ländern, wie die Vereinigten Staaten, Norwegen, Österreich und Irland, ist der Reformprozess mittlerweile zum Stillstand gekommen. In anderen Ländern hat er sich verlangsamt, und einige Reformen sind sogar wieder ausgesetzt worden. So wurden vom Gesetzgeber verabschiedete Reformen des Rentensystems in Italien beispielsweise aufgeschoben. In der Slowakischen Republik ist Arbeitskräften, die dem neuen Rentensystem mit Beitragsprimat beigetreten sind, die Rückkehr in die gesetzliche Rentenversicherung gestattet worden, und auch andere Länder fassen ähnliche Reformrücknahmen ins Auge. Möglicherweise zieht die Krise weitere Veränderungen nach sich, die mit der zur Wiederherstellung einer nachhaltigen Rentenpolitik notwendigen langfristigen Strategie unvereinbar sind.

Im letzten Sonderkapitel von Teil I, das ebenfalls eine Aktualisierung und Erweiterung der Ausführungen in der vorangegangenen Ausgabe von *Renten auf einen Blick* darstellt, wird der Erfassungsgrad der privaten Rentenversicherungen näher beleuchtet. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen Länder, in denen die öffentlichen Renten niedrig sind und der Einzelne entsprechend mehr Eigenverantwortung für seine Altersvorsorge trägt. Auch in dieser Hinsicht wirft die Finanzkrise Probleme auf, vor allem wenn sie das Vertrauen der Menschen in die privaten Rentenversicherungen erschüttert. Trotzdem müssen die privaten Rentenversicherungen auf Grund der fiskalischen Sachzwänge fester Bestandteil des Politikinstrumentariums für die Altersvorsorge bleiben. Evaluiert werden in diesem Kapitel Maßnahmen, die gewährleisten sollen, dass sich jeder in der ein oder anderen Form ein Rentenskapital aufbaut, einschließlich der automatischen Mitgliedschaft und steuerlicher Anreize.

Teil II des Berichts enthält ein breites Spektrum an Indikatoren der Rentenpolitik. Die ersten neun sind Indikatoren der individuellen Rentenansprüche, die mit Hilfe der OECD-Rentenmodelle ausgehend von den 2006 geltenden Parametern berechnet wurden. Bei den Ergebnissen handelt es sich um die künftigen Rentenansprüche der Arbeitskräfte, die 2006 in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und ihr gesamtes Erwerbsleben unter identischen gesetzlichen Rahmenbedingungen arbeiten. Für Arbeitskräfte mit Durchschnittsverdienst lag die so errechnete *Bruttoersatzquote* – das Verhältnis zwischen Rentenbezügen und individuellem Arbeitsentgelt – in den dreißig OECD-Ländern im Durchschnitt bei 59%. Viele Länder sehen aber für Rentner Vergünstigungen in ihrem

Einkommensteuersystem vor, und die meisten Rentner zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge. Für Durchschnittsverdiener liegt die *Nettoersatzquote* (ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) dadurch im Durchschnitt bei 70%. Die Ersatzquoten werden für Männer und Frauen getrennt und auf verschiedenen Einkommensstufen aufgeführt. Diese Ausgabe enthält zudem einen neuen Indikator, der auch die Ersatzquoten typischer freiwilliger privater Rentenversicherungen aufzeigt.

Für die staatlichen Stellen zählen nicht allein die Ersatzquoten, sondern die gesamten Rentenversprechen. Diese werden anhand der Indikatoren des *Rentenvermögens* gemessen, das Aufschluss gibt über die Gesamtheit der über die Lebenszeit bezogenen Renteneinkommen, unter Berücksichtigung der zwischen den Ländern beim Renteneintrittsalter, bei der Lebenserwartung und bei der Indexierung der laufenden Rentenzahlungen bestehenden Unterschiede. Im Durchschnitt beträgt das Rentenvermögen der Männer in Luxemburg etwa 825 000 US-\$ und das der Frauen etwa 1 Mio. US-\$. Luxemburg ist sicherlich ein Extremfall, im Durchschnitt der OECD-Länder liegen die über die gesamte Lebenszeit bezogenen Rentenleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bei 400 000 US-\$ für Männer und 475 000 US-\$ für Frauen.

In einem zweiten Katalog von vier Sozialindikatoren, der in dieser Ausgabe von *Renten auf einen Blick* ebenfalls neu ist, werden allgemeine Merkmale der Renteneinkommenssysteme untersucht. Er enthält Informationen zu Beitragssätzen und ihren Veränderungen im Zeitverlauf. Diese sind angesichts des auf den Rentensystemen lastenden demografischen Drucks beachtlich stabil geblieben, sie lagen 1994 bei 20% und 2007 bei 21%. Deutlicher zu Tage treten die finanziellen Belastungen aber bei einer näheren Betrachtung der Ausgaben der öffentlichen Rentenversicherung, des dritten Indikators der Gruppe, der zwischen 1990 und 2005 um 17% rascher gestiegen ist als das Nationaleinkommen, konkret von 6,2% auf 7,1% des BIP. Der Indikator der Rentenausgaben enthält auch Informationen zu obligatorischen privaten Rentenversicherungen und Sachleistungen, wie Wohngeld und Subventionen. Zwei weitere Indikatoren der Renteneinkommenssysteme beziehen sich auf die privaten Renten, mit Angaben zum Erfassungsgrad freiwilliger privater Rentenversicherungen und dem Wert des Anlagevermögens in Pensionsfonds.

Die letzte Indikatorengruppe befasst sich mit dem Hintergrund und Kontext, in dem Rentensysteme operieren. Drei dieser Indikatoren sind demografischer Natur: Lebenserwartung, Geburtenziffern und Abhängigenquotient (die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter). Hier finden sich auch Daten zum Durchschnittsverdienst, auf denen der Großteil der übrigen Indikatoren fußt.

Schließlich liefern die Länderprofile in Teil III Kernindikatoren für nationale Rentensysteme, stellen die Parameter und Bestimmungen auf kohärente Weise dar und präsentieren die wichtigsten Ergebnisse für die individuellen Rentenansprüche: Ersatzquoten und Rentenvermögen. Zu Beginn von Teil III findet sich eine tabellarische Übersicht über alle Schlüsselparameter und Bestimmungen für die Gesamtheit der dreißig OECD-Länder.

Berichtsrahmen von *Renten auf einen Blick*

Diese dritte Ausgabe von *Renten auf einen Blick* enthält erneut eine Analyse der aktuellen Fragen der Rentenpolitik und stellt ein hilfreiches Referenzwerk zu den Renteneinkommenssystemen in den dreißig OECD-Ländern dar. In diesem Abschnitt wird der Aufbau des Berichts dargelegt. Er besteht aus drei Hauptteilen: Politikfragen, Indikatoren und Länderprofile. Nach einer kurzen Vorstellung der einzelnen Teile befasst sich dieser Abschnitt mit methodischen Einzelheiten zur Berechnung individueller Rentenansprüche. Es folgt ein kurzer Überblick über die zahlreichen unterschiedlichen Arten von Altersvorsorgesystemen, an den sich eine Zusammenfassung der Architektur der nationalen Systeme anschließt.

Aufbau des Berichts

Die vier Sonderkapitel in **Teil I** bieten eine detaillierte Analyse der wichtigen Fragen der Rentenpolitik. Das erste Kapitel befasst sich eingehender mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Rentensysteme. Welche Länder und welche Personengruppen sind am stärksten betroffen? Mit welchen Maßnahmen können die Regierungen helfend eingreifen, und welche Maßnahmen sollten sie vermeiden?

Das zweite Sonderkapitel untersucht die Einkommens- und Armutssituation der älteren Bevölkerung auf der Basis einer Analyse der Trendentwicklungen in den vergangenen zwanzig Jahren. In vielen Ländern hat sich die Lage der Rentner im Vergleich zur Gesamtbevölkerung verbessert, Altersarmut besteht aber nach wie vor.

Das dritte Kapitel enthält eine Aktualisierung der Analyse der Rentenreformen in *Renten auf einen Blick 2007*. Wie haben sich die Rentensysteme im Zeitraum zwischen 2004 und Mai 2009 verändert?

Das letzte Kapitel gilt dem Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Altersvorsorge und erweitert die Analyse aus *Renten auf einen Blick 2007*, indem untersucht wird, wie dieser nach Alter und Geschlecht variiert. Im Mittelpunkt der Analyse steht das Konzept der „Versorgungslücke“: Hierbei handelt es sich um den Betrag, den verschiedene Betroffene in die private Altersvorsorge investieren müssen, um ein bestimmtes Renteneinkommen zu erreichen. In diesem Kapitel werden fünf verschiedene Maßnahmen zur Erweiterung des Erfassungsgrads freiwilliger privater Rentenversicherungen evaluiert, darunter steuerliche Anreize und automatische Mitgliedschaft.

Die verbleibenden zwei Teile des Berichts liefern Vergleichsindikatoren und Informationen über Renteneinkommensbestimmungen in den OECD-Ländern.

In **Teil II** dieses Berichts werden die wichtigen Indikatoren für die Untersuchung der Renteneinkommenssysteme, die für die erste und zweite Ausgabe von *Renten auf einen Blick* ausgearbeitet wurden, aktualisiert. Hierbei handelt es sich u.a. um Indikatoren der in privaten Pensionsfonds und in öffentlichen Pensionsreservefonds angelegten Mittel und den Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorge. Andere neue Indikatoren befassen sich mit den staatlichen Rentenausgaben sowie dem demografischen Kontext und Ausblick für die Renteneinkommenssysteme. Die für den Vergleich der Rentenpolitik notwendigen Informationen werden klar, „auf einen Blick“ dargestellt.

Die ersten neun Indikatoren in Teil II untersuchen die Rentenansprüche. Generell wurde ein „mikroökonomischer“ Ansatz gewählt, der die voraussichtlichen individuellen Ansprüche gemäß den Rentensystemen aller dreißig OECD-Mitgliedsländer betrachtet. Die ersten drei dieser Indikatoren sind den Rentenganalysten am ehesten geläufig. Es handelt sich um Ersatzquoten, d.h. Werte, die das Verhältnis zwischen Rentenbezügen im Ruhestand und individuellen Arbeitsentgelten bei Erwerbstätigkeit ausdrücken. Der erste Indikator befasst sich mit den Bruttoersatzquoten – vor Steuern – bei Berücksichtigung der Leistungen aller obligatorischen Rentensysteme, einschließlich der privaten obligatorischen Altersvorsorge. Beim zweiten Indikator erfolgt eine Aufschlüsselung nach öffentlichen und privaten Systemen. Er enthält auch Angaben zur *freiwilligen* privaten Altersvorsorge in Ländern, in denen Daten zur „klassischen“ Form dieser Vorsorgepläne erhoben werden. Der dritte Indikator ist die Nettoersatzquote, in der die jeweils auf Arbeitsentgelte und Renteneinkommen zu entrichtenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt sind.

Den Messgrößen der Ersatzquoten folgen zwei Indikatoren des „Rentenvermögens“, erneut in Brutto- und Nettowerten. Das Rentenvermögen gibt den Gegenwartswert der insgesamt über die Lebenszeit bezogenen Rentenleistungen an. Dies ist eine umfassendere Messgröße der Rentenansprüche als die Ersatzquote, weil in ihr auch das Rentenalter, die Kopplung der Rentenhöhe an Veränderungen des Lohn- und Preisniveaus und die Lebenserwartung berücksichtigt sind, Faktoren, die von Land zu Land unterschiedlich ausfallen können.

Mit den beiden folgenden Indikatoren werden die unterschiedlichen Gleichgewichte untersucht, die die OECD-Länder zwischen dem Ziel der Sicherung ausreichender Altersrenteneinkommen und der Schaffung eines Ersatzes für einen bestimmten Anteil des Verdiensts zu erzielen suchen. Der erste dieser Indikatoren bezieht sich auf die Progressivität der Rentenformeln und der zweite auf die Verknüpfung zwischen Rentenansprüchen und Arbeitsverdienst.

Die letzten beiden Indikatoren der Rentenansprüche fassen den Effekt der Rentensysteme für Angehörige unterschiedlicher Verdienstgruppen zusammen und geben so Aufschluss über das durchschnittliche Rentenniveau, das durchschnittliche Rentenvermögen sowie den Beitrag der einzelnen Komponenten der Systeme zur Sicherung der Renteneinkommen.

Während sich die ersten neun Indikatoren hauptsächlich auf individuelle Rentenansprüche konzentrierten, betrachten die vier nächsten Indikatoren die Renteneinkommenssysteme in ihrer Gesamtheit. Zwei dieser Indikatoren befassen sich beispielsweise mit der Finanzierung der Renten. Erstens, wie hoch sind die Beitragssätze zur öffentlichen Rentenversicherung, und wie haben sich diese im Zeitverlauf entwickelt? Zweitens, wie hoch ist der Wert der Aktiva in privaten Pensionsfonds und öffentlichen Pensionsreservefonds?

Die Ausgaben für Rentenleistungen sind ein weiterer Indikator der Gruppe. Er stellt dar, welcher Anteil des Nationaleinkommens benötigt wird, um die Renten zu zahlen, und macht außerdem deutlich, welche Rolle die öffentlichen Renten im Gesamthaushalt des Staats spielen. Ferner untersucht er, welche Rolle die Leistungen obligatorischer privater Rentensysteme sowie öffentliche Sachleistungen für Rentner im Gesamthaushalt des Staats spielen.

Diese Indikatorgruppe enthält auch Daten zum Erfassungsgrad privater Rentenversicherungen, die eine größere Zahl von OECD-Ländern betreffen als die Zahl der Länder, die im Sonderkapitel „Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge“ in Teil I analysiert wird.

Die letzte Indikatorgruppe gibt Aufschluss über den Hintergrund rentenpolitischer Maßnahmen und den Kontext, in dem die Renteneinkommenssysteme operieren. Drei dieser Indikatoren befassen sich insbesondere mit den demografischen Sachzwängen, denen die politisch Verantwortlichen begegnen. Die sinkenden Geburtenziffern und die höhere Lebenserwartung treiben die Bevölkerungsalterung voran, die sich anhand des Abhängigenquotienten messen lässt: die Zahl der Personen im Rentenalter im Verhältnis zur Zahl der Personen im Erwerbsalter.

Schließlich enthält **Teil III** von *Renten auf einen Blick* Länderprofile. Dieser Teil beginnt mit einem Vergleich der Parameter und Regeln der Renteneinkommenssysteme in den dreißig OECD-Ländern. Er bietet auch eine Einführung in die technischen Konzepte, die in den nachfolgenden Länderprofilen verwendet werden. Hierzu zählen die Regelaltersgrenze und sonstige Anspruchs-

voraussetzungen, Regeln zur Berechnung von Rentenansprüchen sowie die Behandlung von Früh- und Spätrentnern. Diese dritte Ausgabe von *Renten auf einen Blick* enthält zum ersten Mal auch eine detaillierte und ausführliche Darstellung der Rentenbestimmungen für Personen mit unvollständiger Erwerbsbiografie infolge von Arbeitslosigkeit oder Kinderbetreuung. In den Länderprofilen sind die wichtigsten Indikatoren aus Teil II zudem in Standardabbildungen und -tabellen zusammengefasst.

Methodik

Künftige Rentenansprüche nach den heute geltenden Parametern und Bestimmungen

Gegenstand der Darstellung sind die Rentenansprüche gemäß der derzeitigen Gesetzgebung in den OECD-Ländern. Gesetzesänderungen, die bereits verabschiedet sind, aber erst nach und nach eingeführt werden, werden so behandelt, als wären sie gleich zu Beginn voll in Kraft gewesen. Seit 2006 gesetzlich beschlossene Reformen sind berücksichtigt, soweit hinreichende Informationen vorliegen.

Die Werte aller Parameter der Rentensysteme entsprechen der Situation von 2006. Die Berechnungen zeigen die Rentenansprüche einer erwerbstätigen Person, die dem System heute beitrifft und nach einer vollen Erwerbsbiografie in den Ruhestand geht. Die Ergebnisse sind nur für alleinstehende Personen ausgewiesen.

Dauer der Erwerbsbiografie

Eine volle Erwerbsbiografie wird hier definiert als eine Berufstätigkeit, die im Alter von 20 Jahren beginnt und bis zum Regelrentenalter andauert, welches natürlich von Land zu Land unterschiedlich ist. Dies hat zur Folge, dass die Länge der Berufstätigkeit in Abhängigkeit des gesetzlichen Rentenalters schwankt: 40 Jahre bei einem Renteneintrittsalter von 60 Jahren, 45 Jahre bei einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren usw. (Sensitivitätsanalysen für Situationen, in denen die Erwerbstätigkeit des Arbeitnehmers im Alter von 25 Jahren statt mit 20 Jahren beginnt und er somit fünf Jahre früher aus dem Erwerbsleben ausscheidet als bei einer vollen Erwerbsbiografie, finden sich in *Renten auf einen Blick 2007*).

Erfassungsgrad

Die hier vorgestellten Rentenmodelle umfassen alle obligatorischen Rentenversicherungen für Arbeitskräfte des privaten Sektors, unabhängig davon, ob diese öffentlicher (Zahlungen seitens des Staats oder von Einrichtungen der sozialen Sicherung gemäß der Definition im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) oder privater Art sind. Für jedes Land wird die gesetzliche Rentenversicherung für privatwirtschaftlich Beschäftigte modelliert. Alterssicherungssysteme für Beamte und sonstige Mitarbeiter des öffentlichen Diensts und besondere Berufsgruppen bleiben unberücksichtigt.

Systeme mit nahezu universellem Erfassungsgrad sind ebenfalls inbegriffen, sofern mindestens 85% der Beschäftigten durch sie versichert sind. Sie werden in diesem Bericht „quasi-obligatorisch“ genannt und nehmen in Dänemark, den Niederlanden und Schweden einen besonders wichtigen Platz ein.

In einer wachsenden Zahl von OECD-Ländern sind freiwillige betriebliche und private Altersvorsorgepläne weit verbreitet und spielen beim Renteneinkommen eine wichtige Rolle. Für diese Länder wird eine zweite Reihe von Ergebnissen für Bruttoersatzquoten auf der Grundlage von Leistungsansprüchen aus typischen freiwilligen Altersvorsorgesystemen dargelegt.

Auch die bedürftigkeitsabhängigen Leistungen, auf die Rentner möglicherweise Anspruch haben, wurden modelliert. Diese können einer Prüfung unterzogen werden, in der Vermögen und Einkommen zu Grunde gelegt werden, sie können aber auch rein einkommensabhängig sein oder ab einem bestimmten Renteneinkommen entzogen werden. Bei den Berechnungen wird davon ausgegangen, dass alle anspruchsberechtigten Rentner diese Leistungen in Anspruch nehmen. Bei

umfassenderen Bedürftigkeitsprüfungen unter Berücksichtigung von Vermögenswerten gilt der Einkommensnachweis als obligatorisch. Es wird davon ausgegangen, dass das aus der Berechnung der Rentenansprüche resultierende gesamte Renteneinkommen aus einer obligatorischen Rentenversicherung (oder in den Ländern, in denen hierfür Modellrechnungen vorgenommen wurden, aus einer freiwilligen Altersversorgung) stammt.

Verglichen werden die Rentenansprüche von Arbeitskräften mit einem Arbeitsentgelt, das zwischen dem 0,5- und dem 2-Fachen des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts liegt. Dieses Spektrum ermöglicht eine Analyse der künftigen Renten sowohl der einkommensschwächsten als auch der einkommensstärkeren Arbeitskräfte.

Ökonomische Variablen

Die Vergleiche fußen auf einem einheitlichen Katalog wirtschaftlicher Annahmen für alle dreißig Länder. In der Praxis wird das Rentenniveau vom Wirtschaftswachstum, vom Lohnwachstum und von der Inflation beeinflusst, und diese drei Faktoren sind von Land zu Land unterschiedlich. Der Rückgriff auf einen einzigen Annahmekatalog gewährleistet aber, dass die Leistungen der einzelnen Rentenversicherungen nicht durch verschiedenartige wirtschaftliche Bedingungen beeinflusst werden.

Die Basishypothesen lauten wie folgt:

- reales Lohnwachstum: 2% pro Jahr (unter Berücksichtigung der Annahme für die Preisinflation ergibt dies ein nominales Lohnwachstum von 4,55%);
- individuelle Arbeitsentgelte: Es wird davon ausgegangen, dass sie parallel zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt steigen. (Das bedeutet, dass der Einzelne in der Einkommensverteilung am selben Punkt bleibt und in jedem Jahr des Arbeitslebens denselben Prozentsatz des Durchschnittsverdiensts erhält.);
- Preisinflation: 2,5% pro Jahr;
- reale Rendite in einem kapitalgedeckten System mit Beitragsprimat nach Berücksichtigung administrativer Kosten: 3,5% pro Jahr;
- Abzinsungssatz (bei versicherungsmathematischen Berechnungen): 2% pro Jahr (wegen einer Untersuchung der Bedeutung des Abzinsungssatzes in Rentenanalysen vgl. Queisser und Whitehouse, 2006);
- Sterberaten: länderspezifische Projektionen aus der VN/Weltbank-Bevölkerungsdatenbank für das Jahr 2040;
- Verdienstverteilung: Bei zusammengesetzten Indikatoren wird die durchschnittliche Verdienstverteilung im OECD-Raum (der 18 Länder zu Grunde liegen) verwendet, unter Rückgriff auf länderspezifische Daten, sofern verfügbar.

Veränderungen bei diesen grundlegenden Arbeitshypothesen werden die daraus resultierenden Pensionsansprüche natürlich beeinflussen. Der Effekt von Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Verdienstwachstums oder eines über- bzw. unterdurchschnittlichen Anstiegs der individuellen Arbeitsverdienste wurde in der ersten Ausgabe von *Renten auf einen Blick* (OECD, 2005) gezeigt, während der Effekt unterschiedlicher Renditen in der zweiten Ausgabe von *Renten auf einen Blick* (OECD, 2007a) simuliert wurde. Eine neue, detailliertere Analyse der Auswirkungen ungewisser Verzinsungen von Renteneinkommen findet sich in Whitehouse et al. (2009).

In den Berechnungen wird für die Auszahlung der Renten Folgendes unterstellt: Werden Leistungen mit Beitragsprimat ab dem Renteneintritt bezogen, werden sie in Form preisindexierter lebenslanger Renten zu einem versicherungsmathematisch fairen Preis gezahlt. Dieser wird anhand der Sterberaten berechnet. Analog hierzu wird die fiktive Rate der regelmäßig gezahlten Rente bei einem *Notional Account* (in den meisten Fällen) unter Verwendung der Indexierungsregeln und Abzinsungshypothesen des jeweiligen Lands anhand von Sterberaten berechnet.

Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge

Die Informationen über die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, auf denen die Berechnungen der Rentenansprüche basieren, finden sich im Internet unter: www.oecd.org/els/social/workincentives.

In der Modellrechnung wird unterstellt, dass die Steuersysteme und Sozialversicherungsbeiträge künftig unverändert bleiben. Das bedeutet implizit, dass die „Wertparameter“ wie Steuererleichterungen oder Beitragsobergrenzen jährlich entsprechend dem durchschnittlichen Arbeitsentgelt angepasst werden, während die „Quotenparameter“ wie beispielsweise der Einkommensteuertarif und die Sozialversicherungsbeitragssätze unverändert bleiben. Angaben zu den allgemeinen Bestimmungen und zur steuerlichen Behandlung der Arbeitnehmer für das Jahr 2006 finden sich im OECD-Bericht *Taxing Wages*. Die in diesem Bericht verwendeten Konventionen in Bezug auf die Kategorisierung von Zahlungen als Steuern werden hier übernommen.

Überblick über die Sicherung der Altersvorsorge

Die Renteneinkommenssysteme der OECD-Länder sind vielgestaltig und setzen sich häufig aus einer Reihe unterschiedlicher Komponenten zusammen. Infolgedessen ist es schwierig, eine Klassifizierung der Rentensysteme und der verschiedenen Altersvorsorgeprogramme vorzunehmen. Die hier verwendete Taxonomie, der frühere Arbeiten zu Grunde liegen (OECD, 2004, 2005a und 2007), stützt sich auf Funktion und Ziel der einzelnen Komponenten des Rentensystems. Sie wird in Abbildung 0.1 veranschaulicht.

Abbildung 0.1 **Verschiedene Altersvorsorgesysteme**

Das Rahmenkonzept enthält zwei obligatorische Elemente: eine Umverteilungs- und eine Sparkomponente. Die Umverteilungskomponenten der Rentensysteme sind so gestaltet, dass den Rentnern ein bestimmter absoluter Mindestlebensstandard gesichert wird. Die Sparkomponenten sind so ausgelegt, dass ein bestimmter – im Verhältnis zum Lebensstandard während der Erwerbs-

tätigkeit definierter – angestrebter Lebensstandard in der Rente gewährleistet wird. Die freiwillige Komponente der Altersvorsorge, sei sie privater oder betrieblicher Art, bildet das dritte Element. Innerhalb dieser drei Kategorien werden die Systeme nochmals entsprechend dem Leistungserbringer (öffentlich oder privat) sowie der Art und Weise unterteilt, in der die Leistungen definiert sind (z.B. mit Leistungsprimat oder mit Beitragsprimat).

Architektur der nationalen Altersvorsorgesysteme

Tabelle 0.1 zeigt die Struktur der Renteneinkommenssysteme, unterteilt in die beiden obligatorischen Elemente sowie weiter in unterschiedliche Systeme aufgeschlüsselt.

Alle OECD-Länder haben soziale Sicherungsnetze eingerichtet, die Altersarmut verhindern sollen und hier unter dem Begriff „Kategorie 1, Umverteilungskomponente“ zusammengefasst sind. Alle diese Komponenten werden vom öffentlichen Sektor gewährleistet. Es gibt drei Hauptarten:

- Erstens sehen *bedürftigkeitsabhängige* Renten höhere Leistungen für finanziell schlechter gestellte Rentner und geringere Leistungen für finanziell besser gestellte vor. Ausschlaggebend

Tabelle 0.1 Struktur der Altersvorsorgesysteme

	Kategorie 1			Kategorie 2	
	Allgemeine Absicherung, Umverteilungskomponente			Pflichtversicherung, Sparkomponente	
	Öffentlich			Öffentlich	Privat
	Bedürftigkeits- abhängig	Grundrente	Mindestrente	Typ	
Australien	✓				DC
Belgien	✓		✓	DB	
Dänemark	✓	✓			DC
Deutschland				EP	
Finnland			✓	DB	
Frankreich			✓	DB+EP	
Griechenland			✓	DB	
Irland		✓			
Island	✓	✓			DB
Italien				NDC	
Japan		✓		DB	
Kanada	✓	✓		DB	
Korea		✓		DB	
Luxemburg		✓	✓	DB	
Mexiko		✓	✓		DC
Neuseeland		✓			
Niederlande		✓			DB
Norwegen		✓	✓	EP	DC
Österreich				DB	
Polen			✓	NDC	DC
Portugal			✓	DB	
Schweden			✓	NDC	DC
Schweiz			✓	DB	DB
Slowak. Rep.			✓	EP	DC
Spanien			✓	DB	
Tschech. Rep.		✓	✓	DB	
Türkei			✓	DB	
Ungarn				DB	DC
Ver. Königreich	✓	✓	✓	DB	
Ver. Staaten				DB	

DB = Leistungsprimat, DC = Beitragsprimat, EP = Entgeltpunkte, NDC = Fiktive Konten

Quelle: Länderprofile in Teil III des vorliegenden Berichts.

für die Leistungshöhe ist in diesen Plänen das Vorhandensein von sonstigen Einnahmequellen bzw. die Einkommens- und Vermögenssituation des Empfängers. Alle Länder haben allgemeine soziale Sicherheitsnetze dieser Art eingerichtet, doch betreffen sie in einigen Fällen nur wenige ältere Menschen, die zahlreiche Lücken in ihrer Erwerbsbiografie aufweisen. Entsprechend erscheinen in dieser Rubrik in der Tabelle auch nicht alle OECD-Länder, sondern nur sechs. In diesen Fällen haben nur Arbeitskräfte mit voller Erwerbsbiografie Anspruch auf bedürftigkeitsabhängige Leistungen.

- Zweitens sind im *Grundrentensystem* entweder pauschale Leistungen vorgesehen (allen Rentnern wird derselbe Betrag ausgezahlt) oder es ist für die Höhe der Renten ausschließlich die Zahl der Erwerbsjahre ausschlaggebend und nicht der frühere Verdienst. Zusätzliche Einnahmen haben keinen Einfluss auf die Höhe der Grundrente. Dreizehn Länder haben ein solches Grundrentensystem bzw. sonstige Bestimmungen mit ähnlicher Wirkung.
- Drittens existieren in 16 Ländern *Mindestrenten*, die viele Merkmale mit den bedürftigkeitsabhängigen Renten teilen. Bei diesen Renten wird das Leistungsniveau lediglich durch das Renteneinkommen bestimmt. Anders als bei den bedürftigkeitsabhängigen Leistungen werden bei der Mindestrente sonstige Einkommen aus Ersparnissen bzw. Vermögen nicht angerechnet. Der in einigen verdienstbezogenen Systemen, z.B. in Belgien und im Vereinigten Königreich, vorgesehene Mindestanrechnungsbetrag hat einen ähnlichen Effekt: Die Höhe der Renten von Arbeitskräften mit sehr geringem Verdienst wird so berechnet, als hätten sie einen höheren Verdienst bezogen.

Systeme der zweiten Kategorie haben insofern eine „Sparfunktion“, als sie den Rentnern ein angemessenes Einkommen im Verhältnis zu ihrem früheren Arbeitsverdienst sichern sollen, und nicht nur einen absoluten, vor Armut schützenden Lebensstandard. Wie die erste Kategorie, sind auch die hier untersuchten Systeme obligatorisch. Unter den dreißig OECD-Ländern haben nur Irland und Neuseeland keinerlei obligatorische Alterssicherung der zweiten Kategorie.

- *Rentenversicherungen mit Leistungsprimat* werden in 17 OECD-Ländern vom öffentlichen Sektor gewährleistet. Private (betriebliche) Systeme sind in drei OECD-Ländern (Island, Niederlande und Schweiz) obligatorisch oder quasi-obligatorisch. Bei den vom öffentlichen Sektor gewährleisteten Systemen hängt das Renteneinkommen von der Zahl der Beitragsjahre während der Dauer des Erwerbslebens sowie den individuellen Arbeitsverdiensten ab. In den Niederlanden ist der Leistungsprimat expliziter Natur. In Island und der Schweiz legt der Staat den Beitragssatz, einen Mindestzinssatz und einen Mindestumwandlungssatz zur Umrechnung des angesparten Kapitals in regelmäßige Rentenzahlungen fest, allesamt Faktoren, die für die Rentenhöhe ausschlaggebend sind.
- In vier Ländern gibt es *Entgeltpunktesysteme*: die französische betriebliche Alterssicherung (die vom Staat verwaltet wird) und die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland, Norwegen und der Slowakischen Republik. Im Rahmen dieser Systeme erwerben die Versicherten für jedes Beitragsjahr Entgeltpunkte, die sich aus ihrem individuellen Verdienst errechnen. Bei Renteneintritt wird die Zahl der Entgeltpunkte mit einem Entgeltpunktwert multipliziert und so in eine regelmäßig ausgezahlte Rente umgerechnet.
- *Systeme mit Beitragsprimat* sind in acht Ländern obligatorisch (Australien, Dänemark, Mexiko, Norwegen, Polen, Schweden, die Slowakische Republik und Ungarn). In diesen Systemen werden die Beiträge auf einem individuellen Rentenkonto angespart. Das auf diese Weise angesammelte Kapital wird nach dem Renteneintritt üblicherweise in ein regelmäßiges Renteneinkommen umgewandelt. Diese Systeme werden vom privaten Sektor verwaltet, obgleich ihre Funktionsweise von Land zu Land unterschiedlich ist. Beispielsweise müssen in Australien die Arbeitgeber ihre Angestellten absichern, während die Beschäftigten in Mexiko, Polen und Ungarn einen Altersvorsorgeanbieter ohne Einbeziehung des Arbeitgebers wählen. In Schweden zahlen die Erwerbstätigen nur einen geringen Beitrag auf die obligatorischen individuellen Rentenkonten ein, wobei die meisten Erwerbstätigen zusätzlich über die quasi-obligatorischen betrieblichen Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat abgesichert sind.

- Darüber hinaus gibt es in drei OECD-Ländern die sogenannten *Notional-Accounts-Systeme* (fiktive Rentenkonto): Diesem Prinzip folgen die öffentlichen Rentenversicherungen in Italien, Polen und Schweden. In diesen Systemen werden die Beiträge aller Erwerbstätigen auf individuellen Konten verbucht und zu einem bestimmten Satz verzinst. Diese Konten sind insofern „fiktiv“, als sowohl die verbuchten Beiträge als auch die angerechnete Rendite nur in den Büchern der Rentenverwaltung existieren. Bei Renteneintritt wird das auf den Konten angesparte fiktive Kapital anhand einer Formel, die sich nach der Lebenserwartung richtet, in eine regelmäßige Rentenzahlung umgerechnet. Da dieses Element in Anlehnung an die Systeme mit Beitragsprimat konzipiert wurde, wird es häufig auch als fiktives Rentenkonto mit Beitragsprimat (NDC) bezeichnet.

Literaturverzeichnis

OECD (2004), *OECD Classification and Glossary of Private Pensions*, Paris.

OECD (2005), *Renten auf einen Blick: Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich – 2005*, Paris.

OECD (2007a), *Renten auf einen Blick: Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich – 2007*, Paris.

OECD (2007b), *Taxing Wages 2005-2006*, Paris.

Queisser, M. und E.R. Whitehouse (2006), “Neutral or Fair? Actuarial Concepts and Pension-System Design”, OECD Social, Employment and Migration Working Paper, No. 40, OECD, Paris.

Whitehouse, E.R., A.C. D’Addio und A.P. Reilly (2009), “Investment Risk and Pensions: Impact on Individual Retirement Incomes and Government Budgets”, OECD Social, Employment and Migration Working Paper, No. 87, OECD, Paris.

TEIL I

Politikfragen

Dieser erste Teil der Veröffentlichung setzt sich eingehend mit den Fragen auseinander, denen sich politische Entscheidungsträger im Rentenbereich heute gegenübersehen. Er besteht aus vier Kapiteln.

Das erste Kapitel untersucht die Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Rentensysteme. Welche Länder und welche Personengruppen sind am stärksten betroffen? Mit welchen Maßnahmen können die Regierungen helfend eingreifen, und welche Maßnahmen sollten sie vermeiden? Das Kapitel enthält zudem Daten über den Anlageerfolg privater Rentenversicherungen.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Einkommens- und Armutssituation der älteren Bevölkerung und analysiert die Trends der letzten zwanzig Jahre. In vielen Ländern hat sich die Lage der Rentner im Vergleich zur Gesamtbevölkerung verbessert, Altersarmut besteht aber nach wie vor. Dieses Kapitel wirft auch einen Blick in die Zukunft, indem es zeigt, wie sich volkswirtschaftliche, gesellschaftliche und rentensystemspezifische Veränderungen auf die Einkommens- und Armutssituation der heutigen Arbeitskräfte auswirken könnten, wenn sie das Rentenalter erreichen.

Das dritte Kapitel zeigt die Änderungen der Rentensysteme auf, die in der Zeit zwischen 2004 und Ende Mai 2009 angekündigt wurden. Nahezu alle OECD-Länder haben in den letzten Jahren Rentenreformen vorgenommen, wobei sie Fragen der Angemessenheit der Rentenleistungen, der langfristigen Tragfähigkeit der Rentensysteme und der Effizienz der Alterseinkommenssicherung angegangen sind.

Das letzte Sonderkapitel interessiert sich für den Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Altersvorsorge und untersucht, wie dieser je nach Alter und Arbeitsentgelt variiert. Obwohl die aktuelle Finanzkrise den privaten Rentenersparnissen einen schweren Schlag versetzt hat, werden private Renten in der Altersvorsorge weiter eine wichtige Rolle spielen. In diesem Kapitel werden fünf verschiedene Maßnahmen evaluiert.

1. Rentensysteme in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Finanzkrise entwickelt sich rasch zu einer Wirtschafts- und Sozialkrise. Die meisten OECD-Länder befinden sich bereits in der Rezession, und andere Länder werden ihnen folgen. Die Arbeitslosenquoten steigen in der ganzen Welt, während die Durchschnittsverdienste zu sinken beginnen. Die Finanzkrise hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Renteneinkommen, die auf verschiedene Weise beeinträchtigt werden.

Die privaten Pensionsfonds haben einen schweren Schlag erlitten: Im Kalenderjahr 2008 haben ihre Anlagen insgesamt 23% ihres Werts eingebüßt, was rd. 5,4 Bill. US-\$ entspricht. Das bedeutet, dass viele Menschen einen beträchtlichen Teil ihrer in Altersvorsorgeplänen und anderen Vermögenswerten angelegten Altersersparnisse verloren haben. Für manche Menschen besteht zudem das Risiko, doppelt getroffen zu werden, wenn sie zusätzlich zu einem erheblichen Teil ihrer Ersparnisse auch noch ihren Arbeitsplatz verlieren. Dieses Problem ist für ältere Arbeitskräfte besonders gravierend, da sie im Fall von Arbeitslosigkeit nicht nur größeren Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt begegnen, sondern ihnen auch weniger Zeit verbleibt, um darauf warten zu können, dass ihre Rentenersparnisse wieder an Wert gewinnen.

Die staatlichen Rentensysteme werden aber ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit und der Verdienstrückgang werden die Beitragseinnahmen der umlagefinanzierten Rentensysteme reduzieren, wodurch es für diese Systeme schwerer wird, die Rentenleistungen zu erbringen. Auch einige öffentliche Pensionsreservefonds haben große Anlageverluste erlitten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutlicht und verschärft folglich zugleich die längerfristigen strukturellen Probleme, mit denen die Rentensysteme vieler Länder auf Grund der Bevölkerungsalterung konfrontiert sind.

Abschnitt 1 dieses Kapitels befasst sich mit den Personengruppen, deren Renteneinkommen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beeinträchtigt wurden bzw. werden. In Abschnitt 2 wird näher beleuchtet, welche einzelstaatlichen Renteneinkommenssysteme durch die Krise mit den größten Herausforderungen konfrontiert sind. Es wird untersucht, inwieweit das Ausmaß der Auswirkungen in den einzelnen Ländern von der *Konzeption der Rentensysteme* abhängt (öffentliche und private Altersvorsorge). Darüber hinaus wird der Effekt der *Zusammensetzung der Portfolios der Pensionsfonds* analysiert. Abschnitt 3 liefert einen Überblick über mögliche Reaktionen der Politik, um die Effekte der aktuellen Krise zu mindern und die Rentensysteme gegenüber künftigen Krisen widerstandsfähiger zu machen. In Abschnitt 4 werden die Schlussbetrachtungen aufgeführt.

1. Welche Gruppen sind besonders hart von der Rentenkrise betroffen?

Um die sozialen Auswirkungen der Krise im Bereich der Renten zu bewerten, reicht es nicht aus, einzig und allein die Pensionsfonds zu betrachten. Hinter den durchschnittlichen Anlageverlusten verbirgt sich eine Vielzahl von Effekten auf den Lebensstandard der einzelnen Arbeitskräfte und Rentner. Daher richtet dieses Kapitel den Blick auf *Einzelpersonen* und ihre Anfälligkeit im Alter anstatt auf Institutionen, wie z.B. Pensionsfonds. Dabei werden die Folgen der Krise für verschiedene Gruppen von Arbeitskräften und Rentnern in Abhängigkeit von einer Reihe von Kriterien erörtert, wie dem Alter der betroffenen Personen und der Art der Altersvorsorgepläne, die sie abgeschlossen haben.

Alter

Der wichtigste Faktor ist das Alter des Betroffenen. In Tabelle 1.1 wird die Bevölkerung in drei Gruppen unterteilt: *a)* Personen, die bereits im Ruhestand sind, *b)* Personen, die kurz vor dem Ruhestand stehen, und *c)* jüngere Arbeitskräfte und Personen im Haupterwerbsalter, die noch weit vom Ruhestand entfernt sind. Tabelle 1.1 zeigt, in welchem Maße die einzelnen Altersgruppen von der Krise betroffen sind, wobei das Spektrum von „stark betroffen“ bis „weniger betroffen“ reicht.

Tabelle 1.1 Ausmaß der Effekte auf das Renteneinkommen nach Altersgruppe und Altersvorsorgeplan

	Jüngere Arbeitskräfte/Personen im Haupterwerbsalter	Kurz vor der Verrentung stehende Personen	Rentner
Stark betroffen		Versicherte in reiferen privaten DC-Systemen (insbesondere: <i>a)</i> im Fall eines stärkeren Engagements in risiko- reiche Aktiva und <i>b)</i> wenn das Rentenkapital bei Renteneintritt in regelmäßige Rentenzahlungen umgewandelt werden muss)	Rentner, die ihr Kapital aus Systemen mit Beitragsprimat bei Renteneintritt nicht in regel- mäßige Rentenzahlungen umgewandelt haben (insbesondere im Fall eines größeren Engagements in risikoreiche Aktiva)
Mäßig betroffen		Versicherte in reiferen privaten DB-Systemen Staatliche, umlagefinanzierte Rentensysteme mit Defiziten	Versicherte in Systemen mit automatischer Leistungs- anpassung (z.B. bedingte Indexierung, Ausgleichsmechanismen, Anpassungen zur Sicherung der finanziellen Tragfähigkeit)
Weniger betroffen	Die Mehrheit der Personen in dieser Gruppe	Versicherte in jüngst eingerich- teten privaten DC-Systemen	Rentner, die ihr Kapital aus DC-Systemen vor der Krise in regelmäßige Rentenzahlungen umgewandelt haben Die meisten Versicherten in DB-Systemen oder staatlichen, umlagefinanzierten Renten- systemen

DB = defined benefit (Leistungsprimat), DC = defined contribution (Beitragsprimat).

Die Effekte der Finanz- und Wirtschaftskrise dürften für jüngere Arbeitskräfte und Personen im Haupterwerbsalter am geringsten sein. Jüngere Arbeitskräfte verfügen über mehr Zeit, um ihr Rentenkapital wieder aufzubauen, sobald sich die Wirtschaft erholt, auch wenn ihre Verluste ganz klar umso größer sein werden, je länger die Rezession anhält.

Die Salden der privaten Rentenkonten von jüngeren Arbeitskräften sind in der Regel niedrig und folglich sind ihre finanziellen Verluste in absoluter Rechnung gegenüber anderen Altersgruppen ebenfalls gering. Abbildung 1.1 zeigt Daten zur Entwicklung der Kontosalden im Jahr 2008 für die wichtigsten privaten Rentensysteme mit Beitragsprimat in den Vereinigten Staaten, d.h. die 401(k)-Pläne, die nach der entsprechenden Steuerrechtsklausel benannt sind. Die Veränderung der Salden ist separat nach Alter und Beitragsjahren der Versicherten dargestellt. Für 25- bis 34-Jährige, die mindestens fünf Jahre eingezahlt haben, waren die im Jahresverlauf getätigten Beitragszahlungen höher als die Anlageverluste, so dass ihre Salden um nahezu 5% gestiegen sind.

Die in Tabelle 1.1 am stärksten betroffene Gruppe sind im Allgemeinen die Personen, die kurz vor dem Ruhestand stehen. Im Gegensatz zu jüngeren Arbeitskräften verbleibt ihnen nicht genügend Zeit, um auf eine Erholung der Märkte zu warten. Das heißt, dass sie wohl nicht mehr in der Lage sein werden, die Verluste wieder hereinzuholen, die sie bei ihren Anlagen in privaten Pensionsfonds oder öffentlichen Pensionsreservfonds und ihren anderen Ersparnissen jüngst verzeichnet haben. Selbst wenn sie ihren Renteneintritt über den geplanten Termin hinaus verschieben, erlaubt ihnen dies u.U. nur einen Teil ihrer Verluste auszugleichen. Abbildung 1.1 zeigt, dass der Rück-

Abbildung 1.1 Entwicklung der Kontosalden von 401(k)-Plänen in den Vereinigten Staaten, 2008

Veränderung der Kontosalden (in %) zwischen dem 1. Januar 2008 und dem 20. Januar 2009

Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf Personen, die zum 31. Dezember 2008 über Guthaben verfügten, unter Zugrundelegung der 21 Millionen Inhaber von 401(k)-Konten, die in der Datenbank des Employee Benefit Research Institute (EBRI) und des Investment Company Institute (ICI) registriert sind.

Quelle: VanDerhei, J. (2009), „The Impact of the Recent Financial Crisis on 401(k) Account Balances“, *Issue Brief*, No. 326, Employee Benefit Research Institute, Washington D.C.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635204112635>

gang der Kontosalden in privaten Rentenplänen in den Vereinigten Staaten für die Gruppe der 45- bis 54-Jährigen am größten war, das Verlustspektrum reichte hier von rd. -18% für Personen, die erst seit kurzem Beiträge entrichten, bis zu -25% für längere Beitragsdauern. Für die Altersgruppe 55-64 Jahre fiel der Rückgang der Vermögenswerte auf den Konten unabhängig von der Dauer der Beitragszahlungen etwas geringer aus.

Die derzeitigen Rentner befinden sich in Tabelle 1.1 am Ende der Altersskala. Das Ausmaß, in dem die Krise diese Gruppe trifft, hängt von der Zusammensetzung ihrer Renteneinkommen ab. Die Höhe der Leistungen der öffentlichen Rentenversicherungen wird normalerweise durch einen Katalog von Regeln definiert, und die Kaufkraft der Renten ist durch automatische Indexierungsverfahren gesichert. In mehreren Ländern könnte die Krise infolge von automatischen Anpassungsmechanismen, die u.U. zu einer Verringerung der Rentenleistungen führen (siehe unten), dennoch Auswirkungen auf die Höhe der staatlichen Renten haben. Die Leistungen der privaten Altersvorsorgung sind in der Regel ebenfalls geschützt, da betriebliche Altersvorsorgesysteme und private Rentenversicherungen Aktiva besitzen, mit denen die Zahlung der Renten abgesichert ist. Die Last der Deckung der Verluste wird von anderen Akteuren getragen, wie Arbeitgebern, Finanzdienstleistern, staatlichen Garantieprogrammen und Beitragszahlern. Bei freiwillig abgeschlossenen Altersvorsorgeplänen oder Wohnimmobilienwerten, auf die sich die derzeitigen Rentner während ihres Ruhestands zu stützen hofften, sind die Effekte der Krise natürlich zu spüren. Für manche Rentner sind die Verluste aus diesen Vermögenswerten beträchtlich, und da die Zinsen sich auf historischen Tiefständen befinden, könnte dies eine deutliche Verschlechterung ihres Lebensstandards zur Folge haben.

Art der Altersvorsorgepläne

Der zweitwichtigste Bestimmungsfaktor für den Effekt der Krise auf die Renten ist die Art der Programme, aus denen sich das Rentensystem eines Landes bzw. die individuelle Altersvorsorge zusammensetzt.

In *Altersvorsorgeplänen mit Beitragsprimat* spart der Einzelne für seine Rente Beiträge auf einem individuellen Konto an, wobei die Höhe der Rentenleistungen durch den Anlageerfolg bestimmt wird. Je nach dem Umfang des Engagements in risikoreichere Aktiva müssen Personen, die kurz vor dem Ruhestand stehen, in jüngster Zeit verzeichnete Anlageverluste möglicherweise

als unabänderlich hinnehmen, da sie u.U. nicht über genügend Zeit verfügen, um auf eine Erholung der Märkte warten zu können, bevor sie ihr Renteneinkommen benötigen. Die Kontosalen von jüngeren Arbeitskräften sind niedriger, daher werden auch ihre Anlageverluste relativ gering ausfallen (gemessen an den Rentenersparnissen ihres ganzen Lebens). Darüber hinaus können diese Verluste bei einer Konjunkturerholung wieder hereingeholt werden, zumal die aktuellen Beiträge dieser Arbeitskräfte angesichts der gegenwärtig niedrigen Vermögenspreise in der Zukunft eine hohe Rendite bringen dürften. Für Rentner, die über ein System mit Beitragsprimat versichert sind, hängt der Effekt der Krise davon ab, was sie zum Zeitpunkt ihres Renteneintritts mit dem auf ihrem Konto akkumulierten Kapital gemacht haben. Viele Rentner sind geschützt, da sie ihr Rentenskapital vor der Krise in *regelmäßige feste Rentenzahlungen* umgewandelt haben, womit sie vorherige Anlageerträge festgeschrieben haben und von lebenslangen Leistungen profitieren können. Andere haben ihr Rentenskapital jedoch nicht umgewandelt oder haben dies aufgeschoben, so dass sie je nach Zusammensetzung ihres Portfolios u.U. große Verluste erlitten haben.

Bei *privaten Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat* war ebenfalls ein Wertverlust der Aktiva zu verzeichnen. Diese Pläne mit festen Leistungszusagen bilden in Island, den Niederlanden und der Schweiz den Grundstein der Renteneinkommen. Auch in anderen Ländern, wie Kanada, Irland, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, sind sie für Arbeitskräfte, die kurz vor dem Ruhestand stehen, eine wichtige Renteneinkommensquelle. Jüngere Arbeitskräfte sind in den letztgenannten Ländern jedoch mit viel größerer Wahrscheinlichkeit in Systemen mit Beitragsprimat versichert (Kasten 1.1).

Kasten 1.1 Die Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat in der betrieblichen Altersvorsorge

Die Umstellung von Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat auf solche mit Beitragsprimat nahm in den **Vereinigten Staaten** ihren Anfang. 1980 waren dort 32% der aktiven Mitglieder betrieblicher Altersvorsorgesysteme über Programme mit Beitragsprimat abgesichert. In den folgenden 15 Jahren verdoppelte sich dieser Anteil auf 64% im Jahr 1995 und stieg dann weiter auf 71% im Jahr 2003 (United States Department of Labor, verschiedene Jahre).

In **Kanada** ist laut dem nationalen Statistikamt (Statistics Canada) seit Anfang der 1980er Jahre ein Rückgang der Absicherung über betriebliche Altersvorsorgepläne zu verzeichnen. Einer der Gründe für diese Entwicklung ist, dass viele Arbeitgeber anstelle der traditionellen betrieblichen Altersvorsorgepläne inzwischen individuelle Sparpläne (sogenannte *Registered Retirement Savings Plans – RRSP*) anbieten. Zudem waren dort, wo die traditionellen Formen der betrieblichen Altersvorsorge beibehalten wurden, 2003 24% der Mitglieder über Pläne mit Beitragsprimat versichert, im Vergleich zu 14% zehn Jahre zuvor (Morissette und Johnson, 2003).

Im **Vereinigten Königreich** ist der Anteil der Beschäftigten, die über privatwirtschaftliche Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat versichert sind, zwischen 1988/1989 und 2002/2003 um fast die Hälfte, von 23% auf 12%, zurückgegangen. Etwa 42% davon entfielen 2003 auf Systeme, in denen keine aktive Mitgliedschaft mehr möglich ist. Laut einer vor kurzem von der National Association of Pension Funds durchgeführten Erhebung wird bei 25% der großen Pensionsfonds eine Schließung für neue ebenso wie bestehende Mitglieder in Erwägung gezogen.

In **Irland** ist der Anteil der Mitglieder betrieblicher Altersvorsorgesysteme des privaten Sektors, die über Programme mit Beitragsprimat versichert sind, zwischen 1999 und 2005 von unter 40% auf 50% angewachsen (Pension Board, verschiedene Jahre).

In **Schweden** schließlich wurde der größte betriebliche Altersvorsorgeplan (für Angestellte des privaten Sektors) 2006 in ein vollständig auf dem Beitragsprimat beruhendes System überführt. Zuvor war bereits das Altersvorsorgesystem für Arbeiter auf Beitragsprimat umgestellt worden.

In Plänen mit Leistungsprimat sind die Renten theoretisch durch einen Katalog von Regeln festgelegt, so dass ihre Auszahlung vom Erfolg des Fonds unabhängig sein sollte. Der Rückgang der Vermögenspreise hat allerdings dazu geführt, dass viele Altersvorsorgepläne inzwischen ein Defizit aufweisen: Ihre Verbindlichkeiten für die Auszahlung der aktuellen und künftigen Renten übersteigen die Aktiva der Fonds (wozu auch das „Vermögen“ in Form von künftigen Arbeitgeber-

und Mitgliedsbeiträgen zählt). Die Träger von Plänen mit Leistungsprimat können die Defizite möglicherweise mit zusätzlichen Arbeitgeberbeiträgen ausgleichen, bis sich die Vermögenspreise erholen. Dennoch wird die Wiederherstellung einer gesunden Finanzlage u.U. teilweise über eine Reduzierung der Verbindlichkeiten der Pläne sowie eine Erhöhung der Aktiva erfolgen müssen, wie weiter unten näher erörtert wird. Einfach ausgedrückt bedeutet das eine Kürzung der an künftige und sogar aktuelle Rentner gezahlten Leistungen.

Die Finanzkrise an sich hatte keine direkten Auswirkungen auf die *staatlichen Renten* der meisten Länder. Erstens verfügen nur acht OECD-Länder über öffentliche Pensionsreservefonds, deren Aktiva sich 2007 auf mehr als 5% des Nationaleinkommens beliefen (vgl. OECD, 2009a, Kapitel 3 und den Indikator „Aktiva privater Pensionsfonds und öffentlicher Pensionsreservefonds“ in der vorliegenden Veröffentlichung). Zweitens sind die Mittel des fraglichen Fonds in den Vereinigten Staaten in ihrer Gesamtheit in Staatsanleihen angelegt. Letztere machen auch mehr als 80% des Portfolios von Korea und über 60% von Japans Pensionsreservefonds aus. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil der Staatsanleihen in Norwegen und Schweden bei 35-40% und in Neuseeland und Irland bei weniger als 20%. Der irische Pensionsreservefonds ist noch stärker von der Krise betroffen, da die Regierung vorgeschlagen hat, diesen Fonds zur Rekapitalisierung von in Finanznot geratenen Banken zu nutzen. Die Regierung beabsichtigt, aus dem Fonds 4 Mrd. Euro zu entnehmen, wozu 2009 und 2010 weitere 3 Mrd. Euro hinzukommen sollen. Insgesamt entspricht dies mehr als 40% der Aktiva, die sich zum 31. Dezember 2008 in dem Fonds befanden. Im Gegenzug wird der Reservefonds die Zinsen erhalten, die auf die Vorzugsaktien gezahlt werden, die dem Staat von den Banken zugeteilt wurden.

Die Wirtschaftskrise, die mit den Finanzmarkturbulenzen einsetzte, wird die staatlichen Rentensysteme indessen erheblich beeinträchtigen. Die OECD-Volkswirtschaften treten in eine Rezession ein, und die Arbeitslosigkeit hat in den meisten Mitgliedsländern zu steigen begonnen. Nach der OECD-Prognose, die am 31. März 2009 veröffentlicht wurde und sich auf alle Mitgliedsländer erstreckte, wird das BIP 2009 um 4,3% sinken und 2010 stabil bleiben. Die Arbeitslosigkeit im OECD-Raum erreichte 2007 einen Tiefstand von 5,6% der Erwerbsbevölkerung und stieg 2008 auf 6,0%. Den Projektionen zufolge ist mit einer weiteren großen Zunahme auf 8,4% im Jahr 2009 und 9,9% im Jahr 2010 zu rechnen.

Das langsamere Wachstum wird auch Druck auf die Löhne ausüben. Das wird die Einnahmen aus Steuern und Beitragszahlungen reduzieren, auf die die staatlichen Rentensysteme angewiesen sind. Es könnte ebenfalls einen Effekt auf der Leistungsseite haben, da infolge der schwierigen Arbeitsmarktlage u.U. mehr Arbeitskräfte frühzeitig in Rente gehen. Zudem könnten die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Invaliditätsrenten steigen. Wachsender Ausgabenbedarf und sinkende Einnahmen werden einen komprimierenden Effekt auf die öffentlichen Haushalte ausüben. Mehrere Länder haben auf diesen Druck reagiert, indem sie die Rentenleistungen gekürzt haben (vgl. Sonderkapitel „Jüngste Rentenreformen“).

2. In welchen Ländern sind die Auswirkungen auf die Renten am stärksten?

Die OECD-Länder stützen sich auf ein breites Spektrum verschiedener Kombinationen aus öffentlichen und privaten, kapitalgedeckten und umlagefinanzierten sowie kollektiven und individuellen Vorkehrungen für die Altersvorsorge. Der Effekt der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Rentensysteme hängt in hohem Maße von der Kombination ab, für die sich das jeweilige Land entschieden hat. Je größer die kapitalgedeckten Komponenten sind, umso stärker ist das Rentensystem betroffen. Und je umfangreicher die individuellen Komponenten sind, insbesondere im Fall von Altersvorsorgeplänen mit Beitragsprimat, umso stärker ist der Effekt für die einzelnen Rentner.

Private Renten und Struktur des Rentenpakets

Private Renten spielen eine große und wachsende Rolle für die Einkommenssicherung im Alter, eine Entwicklung, die vor allem durch die Rentenreformen der letzten zwanzig Jahre angestoßen wurde¹. Abbildung 1.2 veranschaulicht für eine Reihe von Ländern die Rolle der privaten

Renten innerhalb des Rentenpakets insgesamt. Wie die Indikatoren der Rentenansprüche in Teil II dieser Veröffentlichung sind auch die hier wiedergegebenen Daten zukunftsgerichtet, d.h. sie zeigen die Struktur der Altersvorsorge für Arbeitskräfte auf, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten. In einigen Ländern wird sich die Situation der Arbeitsmarktneuzugänge stark von der unterscheiden, die Personen erwartet, die in den nächsten Jahren in Rente gehen werden, da die Umstellung auf obligatorische private Renten erst vor relativ kurzer Zeit erfolgte (Kasten 1.2). Die Abbildung zeigt den Prozentsatz der Gesamtrenteneinkommen, den Personen, die private Rentenversicherungen abgeschlossen haben, aus privaten Quellen beziehen. Die öffentliche Komponente entspricht dem Rest von 100%. (Sie umfasst bedürftigkeitsabhängige Leistungen, Grund- und Mindestrenten sowie öffentliche verdienstabhängige Systeme.) Die Rentenansprüche werden für Arbeitskräfte berechnet, die zwischen 50% und 200% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts verdienen, woraus dann ein anhand der Verdienstverteilung gewichteter Durchschnitt ermittelt wird².

Abbildung 1.2 Die Rolle der privaten Renten im Gesamtrentenpaket nach Altersvorsorgeplan

Anmerkung: Der Abschluss betrieblicher Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat (DB) ist in Island und der Schweiz gesetzlich vorgeschrieben. In den Niederlanden ist er „quasi-obligatorisch“: Tarifabkommen sorgen dafür, dass die Absicherung über solche Pläne nahezu universell ist. Pläne mit Beitragsprimat (DC) sind in Dänemark teils obligatorisch, teils quasi-obligatorisch. Die freiwilligen privaten Rentenversicherungen in Deutschland, Irland, Kanada, im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten setzen sich aus Plänen mit Leistungsprimat und Plänen mit Beitragsprimat zusammen. Hier werden die Ergebnisse für Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat gezeigt, da Arbeitsmarktneuzugänge mit viel größerer Wahrscheinlichkeit über solche Systeme versichert sind (Kasten 1.1).

Quelle: OECD-Rentenmodelle; wegen einer genaueren Beschreibung vgl. auch Whitehouse, E.R. et al. (2009), „Investment Risk and Pensions: Impact on Individual Retirement Incomes and Government Budgets“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 87, OECD, Paris.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/10.1787/635210127154>

Die Berechnungen erstrecken sich auf acht Länder mit gesetzlichen Altersvorsorgesystemen mit Beitragsprimat und auf drei Länder mit obligatorischen (oder quasi-obligatorischen) privaten Altersvorsorgesystemen mit Leistungsprimat: Island, die Niederlande und die Schweiz. Ebenfalls berücksichtigt wurden neun Länder, in denen weite Bevölkerungsteile über freiwillige private Altersvorsorgepläne versichert sind (vgl. Indikator „Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorge“ in Teil II dieses Berichts) und in denen Daten über die durchschnittlichen Beitragszahlungen für diese Pläne verfügbar sind (vgl. die Länderprofile in Teil III). Es handelt sich hierbei um Belgien, Deutschland, Irland, Kanada, Neuseeland, Norwegen, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten³.

Kasten 1.2 Die Umstellung von rein öffentlichen auf gemischt öffentlich-private Rentenversicherungen mit Beitragsprimat

Im Vereinigten Königreich wurden die Mitglieder der öffentlichen verdienstabhängigen Rentenversicherung ab 1988 dazu angehalten, auf private Altersvorsorgesysteme umzusteigen. Diese Politik erwies sich als wesentlich erfolgreicher als erwartet, was z.T. auch darauf zurückzuführen war, dass eine große Zahl von Personen durch Fehlinformationen zum Abschluss individueller Altersvorsorgepläne veranlasst wurde.

In Mexiko, Polen, Schweden und Ungarn wurde 1997-1999 eine ähnliche Politik eingeleitet, und die Slowakische Republik schlug diesen Weg 2005 ebenfalls ein. Dabei hatte (außer in Mexiko und Schweden) ein Großteil der Beschäftigten zumeist die Wahl zwischen verschiedenen Optionen. In Polen z.B. mussten alle Beschäftigten unter 30 Jahren in das neue gemischte System überwechseln, dem auch alle Arbeitsmarktneuzugänge beitreten mussten (vgl. Mattil und Whitehouse, 2009); Beschäftigten zwischen 30 und 50 Jahren war die Entscheidung freigestellt. Etwa 90% der Anfang 30-Jährigen entschlossen sich überzuwechseln, im Vergleich zu nur rd. 10% der Personen im Alter von Ende 40. In Mexiko wurde allen, die zum Zeitpunkt der Reform bereits über das öffentliche System versichert waren, garantiert, dass ihre Leistungen im neuen System nicht niedriger ausfallen würden als nach dem alten System.

Dies hat zur Folge, dass in Polen, der Slowakischen Republik und Ungarn auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren nur ein geringer Anteil der Personen, die in Rente gehen werden, Leistungen aus Altersvorsorgeplänen mit Beitragsprimat beziehen werden. Zudem werden die Versicherten in allen Fällen wesentlich weniger lange in Systeme mit Beitragsprimat eingezahlt haben, so dass ihr dort angespartes Rentenskapital nicht sehr umfangreich sein wird und ein Großteil ihrer Rentenbezüge weiterhin aus öffentlichen Systemen kommen wird.

In der Mehrzahl der 11 OECD-Länder, die nicht in Abbildung 1.2 aufgeführt sind, spielen private Renten keine signifikante Rolle: In acht Ländern machen die Aktiva, die sich im Besitz von privaten Rentenversicherungen befinden, weniger als 5% des Nationaleinkommens aus⁴. In allen Ländern legen Arbeitskräfte jedoch auch Geld für die Alterssicherung in Produkten an, die nicht unter der Bezeichnung „Rentenversicherung“ laufen. In einigen Ländern, wie Frankreich, wird für langfristige Sparanlagen traditionsgemäß die Lebensversicherung gewählt. Der Wert der von den Versicherungsunternehmen gehaltenen Aktiva und Vermögenswerte wurden indessen durch die Krise beeinträchtigt. In vielen Ländern haben Privatpersonen große Summen in Wohnimmobilien investiert in der Hoffnung, ihren Ruhezustand durch den Verkauf ihrer bisherigen Wohnung und Umzug in eine kleinere Wohnung oder durch Mieteinnahmen aus anderen Immobilien zu finanzieren. Leider ist gerade dort, wo dieses Investitionsverhalten besonders weit verbreitet war – in Australien, Irland, Spanien, im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten –, die Wohnimmobilienblase geplatzt.

In den 19 OECD-Ländern, die in Abbildung 1.2 dargestellt sind, belief sich der Wert der Aktiva der privaten Pensionsfonds vor der Krise auf mehr als 50% des aggregierten Nationaleinkommens. Der Anteil der privaten Renten am gesamten Rentenpaket liegt für die 19 abgebildeten Länder bei knapp unter 50%. Er ist in Island und Mexiko am höchsten, wo der Großteil der künftigen Renteneinkommen aus obligatorischen Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat bzw. mit Beitragsprimat kommen dürfte⁵. Der Rest entspricht den Zahlungen des Staats in Form von bedürftigkeitsabhängigen Leistungen und Mindestrenten für Arbeitskräfte mit geringem Verdienst. Private Altersvorsorgepläne werden auch in sechs weiteren Ländern den größeren Teil des Rentenpakets stellen: in Australien, Dänemark, Island, den Niederlanden, der Slowakischen Republik und im Vereinigten Königreich. Nahezu alle diese Länder verfügen über staatliche Rentensysteme, deren Leistungen stark auf Geringverdiener ausgerichtet sind. Interessanterweise kommt der öffentlichen Altersversicherung in den Vereinigten Staaten – dort *Social Security* genannt – eine vergleichsweise größere Rolle zu als in diesen anderen Ländern.

Am anderen Ende der Skala sind die Beitragssätze in der Regel niedrig: Sie betragen in Belgien, Deutschland, Neuseeland und der Tschechischen Republik rd. 2-4%. In Norwegen liegt der Pflichtbeitragssatz bei 2%; die freiwilligen Beitragssätze sind zwar höher, werden aber normaler-

weise nur auf einen Teil des individuellen Arbeitsentgelts angewandt. Für die Schweiz gilt zu beachten, dass sich die Berechnungen auf den obligatorischen Teil der privaten Altersvorsorge beziehen. Die meisten Arbeitgeber bieten höhere Leistungen als das gesetzliche Minimum⁶.

Welches die richtige Reaktion auf den Effekt ist, den die Finanzmarkturbulenzen auf die Pensionsfonds ausüben, hängt ganz klar von der Rolle ab, die diese Altersvorsorgepläne innerhalb des Rentenpakets insgesamt spielen. Der politische Handlungsdruck wird im Allgemeinen umso größer sein, je weiter oben die Länder in Abbildung 1.2 rangieren. Die Stärke des Drucks wird jedoch auch von anderen Faktoren abhängen. Mexiko z.B., das sich am oberen Ende der Skala befindet, hat im Jahr 2008 auf Grund konservativer Portfolios nur relativ geringe Anlageverluste verzeichnet. Im Gegensatz dazu waren in Irland – das in der Mitte der Skala angesiedelt ist – die größten Verluste zu verbuchen.

Formen privater Altersvorsorge

Wie weiter oben erläutert, hat die Finanzkrise im Fall von Plänen mit Beitragsprimat direkte Auswirkungen auf die Renteneinkommen, im Fall von Systemen mit Leistungsprimat aber indirekte Auswirkungen. Abbildung 1.2 ist zu entnehmen, dass acht OECD-Länder über obligatorische oder quasi-obligatorische Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat verfügen, während in nur drei Ländern nahezu die gesamte Bevölkerung über private Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat abgesichert ist. In sechs Ländern ist der Abschluss privater Altersvorsorgepläne freiwillig. Diese Pläne setzen sich dort aus einer Kombination aus Leistungsprimat und Beitragsprimat zusammen. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Komponenten hat sich im Zeitverlauf verändert, wie in Kasten 1.1 aufgezeigt wird. Die wachsende Rolle von privaten Altersvorsorgeplänen mit Beitragsprimat bedeutet, dass zwischen Anlageerfolg und individuellem Renteneinkommen ein direkterer Zusammenhang besteht: Das Anlagerisiko verlagert sich in der Rente auf den Einzelnen.

Reifegrad verschiedener Rentensysteme

Abbildung 1.2 basiert auf einer zukunftsgerichteten Analyse der Rentenansprüche und untersucht die Situation von Personen, die 2006 in den Arbeitsmarkt eingetreten sind. Der Effekt von Veränderungen in den Rentensystemen kommt jedoch häufig erst mit großer Verzögerung in den Renteneinkommen zum Tragen.

Zwei wichtige Aspekte der Veränderungen in den Altersvorsorgesystemen haben zur Folge, dass sich die Situation jüngerer Arbeitskräfte erheblich von der älterer Arbeitskräfte unterscheiden wird. Erstens erfolgte die Umstellung von einer hauptsächlich öffentlichen Altersvorsorge auf gemischt öffentlich-private Systeme mit Beitragsprimat im Allgemeinen erst vor einem Jahrzehnt, so dass die Rentenansprüche von Personen, die in nächster Zeit in Rente gehen werden, nicht oder nur in geringem Umfang aus solchen beitragsbezogenen Plänen stammen werden (Kasten 1.2).

Zweitens hat die Umstellung im Bereich der privaten Rentenversicherungen von Systemen mit Leistungsprimat auf Systeme mit Beitragsprimat noch lange nicht das Reifestadium erreicht. Im Vereinigten Königreich konzentriert sich der Rückgang des Erfassungsgrads der betrieblichen Altersvorsorge mit Leistungsprimat z.B. auf den Zeitraum seit Anfang der 1990er Jahre. Die meisten Programme nehmen seitdem einfach keine neuen Mitglieder mehr auf, weshalb die Rentenansprüche der Mehrzahl der Arbeitskräfte mit betrieblichen Altersvorsorgeplänen, die in den nächsten rund zehn Jahren in den Ruhestand treten werden, noch immer hauptsächlich auf dem Leistungsprimat beruhen werden. Die Umstellung vollzog sich am frühesten und am schnellsten in den Vereinigten Staaten; in Kanada und Irland kam sie etwas später und verlief etwas langsamer (Kasten 1.1).

Jüngste Anlageergebnisse der Pensionsfonds

Im Gesamtjahr 2008 sind die Kurse an den weltweiten Aktienmärkten (gemessen am MSCI-Index) um nahezu die Hälfte gesunken, und die Märkte waren wesentlich volatil als in der Vergangenheit. Der World Government Bond Index der Citigroup legte dagegen um rd. 7% zu. Die Immobilienmärkte haben sich in vielen OECD-Volkswirtschaften abgeschwächt, in manchen Fällen sogar drastisch. Zusammen mit Unternehmensanleihen und Sichteinlagen machen diese

Aktiva fast das gesamte Anlagevermögen der Pensionsfonds aus. Die Zusammensetzung der Portfolios der Pensionsfonds unterscheidet sich jedoch erheblich zwischen den einzelnen Ländern, und folglich variierten letztes Jahr auch ihre Anlageergebnisse im Ländervergleich.

Abbildung 1.3 veranschaulicht die Anlagerenditen der Pensionsfonds in realer Rechnung (unter Berücksichtigung der Preisinflation) für das Kalenderjahr 2008. Die Daten beziehen sich auf 23 OECD-Länder, in denen private Pensionsfonds gemessen am Gesamtumfang der Wirtschaft eine große Rolle spielen (der Wert ihrer Aktiva belief sich Ende 2007, d.h. bevor sich die Krise vertiefte, auf mindestens 4% des Nationaleinkommens). In der gewichteten durchschnittlichen realen Rendite – minus 23% – drückt sich die starke Gewichtung der Vereinigten Staaten in den Zahlen aus. Der *ungewichtete* Durchschnittswert (in den alle 23 Länder im gleichen Umfang eingehen) lag bei minus 17%.

Abbildung 1.3 Reale Anlagerenditen der Pensionsfonds, 2008

Anmerkung: Die Renditen werden nur für Länder gezeigt, in denen die Aktiva der Pensionsfonds 2007 mehr als 4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug. Die Daten stammen für Belgien, Finnland, Irland, Mexiko, Norwegen, Österreich, Polen, die Schweiz, die Slowakische Republik, Spanien und Ungarn aus amtlichen Quellen. Wenn keine Daten über die tatsächlichen Anlageergebnisse der Pensionsfonds vorlagen, wurden die Anlagerenditen anhand von Daten über die Zusammensetzung der Portfolios der Pensionsfonds und die Erträge verschiedener Anlageklassen geschätzt. Vgl. OECD (2009a), *Private Pensions Outlook 2008*, Anmerkung auf S. 23.

Belgien: Die Daten beziehen sich auf das Jahr bis Ende September 2008. Finnland: Die Daten betreffen obligatorische betriebliche Altersvorsorgepläne des öffentlichen Sektors. Schweden: Die Zahlen stehen für betriebliche Altersvorsorgepläne. Slowakische Republik und Ungarn: Die Daten beziehen sich ausschließlich auf obligatorische private Rentenversicherungen.

Quelle: OECD Pension Statistics.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635276166554>

Die Vereinigten Staaten, auf die im OECD-Raum in etwa die Hälfte aller Aktiva privater Pensionsfonds entfällt, wiesen den drittgrößten Rückgang auf, um rd. 26%. Lediglich Irland mit einem Verlust von nahezu 38% und Australien (27%) verzeichneten 2008 schlechtere Anlageergebnisse. In fünf anderen Ländern – Belgien, Kanada, Island, Japan und Ungarn – ist der Wert der Anlagen real um mehr als 20% gesunken.

Am anderen Ende der Skala, in Deutschland, Norwegen, der Schweiz, der Slowakischen Republik und Spanien, beliefen sich die Verluste nur auf rd. 10%. In Mexiko und der Tschechischen Republik fielen sie noch geringer aus.

Das Verteilungsmuster der Anlageerträge im Ländervergleich erklärt sich größtenteils aus der Zusammensetzung der Portfolios der Pensionsfonds. In Ländern mit geringeren Verlusten sind die Mittel der Pensionsfonds in der Regel hauptsächlich in Anleihen, insbesondere Staatsanleihen, angelegt. In Ländern mit höheren Verlusten aus Pensionsfonds besteht ein größeres Engagement in Aktien. Dies wird in Abbildung 1.4 veranschaulicht, die die Anlagerenditen aus Abbildung 1.3 dem Aktienanteil der Portfolios gegenüberstellt. Letzterer wurde für das Jahr 2007 bestimmt, um einen Eindruck von der Situation vor der Finanzkrise zu vermitteln: Der Aktienanteil der Portfolios dürfte mit dem Einbruch an den Aktienmärkten zweifellos zurückgegangen sein.

Abbildung 1.4 **Reale Anlagerenditen der Pensionsfonds 2008 und Engagement in Aktien 2007**

Anmerkung: Im Fall von Pensionsfonds, die in offene Investmentfonds investieren, werden Informationen über die Aktivastruktur offener Investmentfonds aus der Datenbank der Institutional Investors verwendet, um diese Investitionen verschiedenen Anlageklassen zuzuordnen. Vgl. auch die Anmerkungen zu Abbildung 1.3.

Quelle: Die Angaben zum Aktienanteil der Portfolios stammen aus OECD (2009a), *Private Pensions Outlook 2008*, Abbildung 2.12 und Tabelle 2.8; Australian Prudential Regulatory Authority (2007), *Insight: Celebrating 10 Years of Superannuation Data Collection*; International Financial Services London (2009), *Pension Markets 2009*; The Pensions Regulator (2008), *The Purple Book: DB Pensions Universe Risk Profile*.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635286855704>

Es besteht eindeutig ein sehr starker Zusammenhang. Irland weist sowohl die größten Verluste als auch den höchsten Aktienanteil auf (zwei Drittel des Portfolios). Auch in Australien und den Vereinigten Staaten waren der Aktienanteil und die Verluste relativ hoch. Kanada, Japan und das Vereinigte Königreich, wo der Aktienanteil der Fonds mit mindestens 50% der Aktiva ebenfalls durchgehend hoch war, schnitten besser ab.

Die Pensionsfonds der Mehrzahl der Länder, die 2008 die geringsten Verluste verzeichneten, hielten in ihren Portfolios größtenteils Anleihen: In der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Deutschland und Mexiko z.B. belief sich der Aktienanteil nur auf 6-12%. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass Aktien auf lange Sicht höhere (wenn auch mit stärkeren Risiken behaftete) Renditen brachten, ein Punkt, der weiter unten näher erörtert wird.

Diese Anlageverluste schlagen sich direkt in den individuellen Rentenkonten mit Beitragsprimat nieder; sie haben aber auch tiefgreifende Auswirkungen auf die Finanzlage von Rentensystemen mit Leistungsprimat. Viele private Systeme mit Leistungsprimat sind defizitär: Ihre laufenden und künftigen Rentenverbindlichkeiten übersteigen den Wert der Aktiva, die sie besitzen. Dies wird anhand des Deckungsgrads gemessen, d.h. dem Wert der Aktiva des Fonds im Verhältnis zur Höhe der Rentenverbindlichkeiten.

- **Belgien und Finnland:** Zwischen Ende 2007 und Ende 2008 sank der durchschnittliche Deckungsgrad von rd. 130% auf 115%.
- **Irland:** Im Dezember 2008 lag der Gesamtdeckungsgrad bei 75%, im Vergleich zu 120% im Vorjahr.

- **Niederlande:** Dem Sozialministerium zufolge ging der Deckungsgrad für die *nominalen* Rentenleistungen zwischen Anfang 2008 und Anfang 2009 von 144% auf rd. 90-95% zurück. (Darin ist weder die Inflationsanpassung der laufenden Rentenzahlungen noch der erworbenen Rentenansprüche der Arbeitskräfte berücksichtigt, siehe unten.)
- **Schweiz:** Der Deckungsgrad betrug Ende 2007 im Durchschnitt 116%, ist bis Ende 2008 aber auf 102% gefallen.
- **Vereinigtes Königreich:** Das durchschnittliche Deckungsniveau ist bis Februar 2009 auf 76% zurückgegangen, gegenüber 97% im Vorjahr und einem Höchststand von 118% im Juni 2007 (Pension Protection Fund, 2009).
- **Vereinigte Staaten:** Der durchschnittliche Deckungsgrad von hundert großen Altersvorsorgeplänen sank laut Angaben des Consultingunternehmens Watson Wyatt 2008 von 109% auf 78%.

Die 2009 bislang verzeichneten Finanzmarktergebnisse haben Mitgliedern privater Rentenversicherungen und Pensionsfondsmanagern keinen Trost gebracht. An nahezu allen großen Aktienmärkten ist es zu weiteren Einbrüchen gekommen, auch wenn nach weltweiten Indexwerten am 21. Mai im Vergleich zum Jahresbeginn ein Anstieg um 6,4% verzeichnet wurde. Im Gegensatz zu 2008 kam es auch an den Anleihemärkten zu Kursverlusten, die im Wesentlichen durch die Befürchtungen über die Auswirkungen der Konjunkturpakete auf die Staatsverschuldung bedingt waren. Der Wertverlust zum 21. Mai betrug 2,3%.

Automatische Stabilisatoren und Einkommenssicherung im Alter

Der Gesamteffekt der Krise auf die Renteneinkommen hängt von den automatischen Stabilisatoren und den Sicherheitsnetzen zur Verhinderung von Armut ab, die in die Rentensysteme der einzelnen Länder eingebaut sind. Die meisten Länder haben Vorkehrungen geschaffen, die verhindern helfen, dass Rentner im Alter in Armut abrutschen, was den Effekt der Anlageverluste auf die Renteneinkommen für manche Personengruppen dämpfen könnte.

Die meisten öffentlichen Rentenprogramme – Grundrenten und verdienstabhängige Systeme – werden unabhängig von den Auswirkungen auf die private Altersversorgung die gleichen Leistungen zahlen. Zwischen vielen bedürftigkeitsabhängigen Programmen und der Höhe der privaten Renten wird es aber zu Wechselwirkungen kommen. In Australien und Dänemark erhält z.B. die Mehrzahl der aktuellen Rentner bedürftigkeitsabhängige Leistungen. Die Höhe dieser Ansprüche steigt, wenn die Renditen der privaten Rentenversicherungen sinken, wodurch ein Großteil der Alterseinkommen von Arbeitskräften mit geringem oder mittlerem Verdienst gesichert wird. Die Leistungsentzugsrate bei anderen Einkommen liegt in Australien derzeit bei 40% und in Dänemark bei 30%. In Australien führt z.B. jeder zusätzliche Dollar aus privaten Rentenversicherungen zu einer Verringerung der öffentlichen Rentenleistungen um 40 Cent. Umgekehrt hat eine Reduzierung der Zahlungen privater Rentenversicherungen um einen Dollar eine Erhöhung der öffentlichen Rentenleistungen um 60 Cent zur Folge. Über 75% der älteren Menschen in Australien und rd. 65% in Dänemark erhalten zumindest teilweise Leistungen aus bedürftigkeitsabhängigen Systemen.

Der Anteil der älteren Menschen, die solche bedürftigkeitsabhängigen Leistungen erhalten, ist auch in Kanada, Irland und im Vereinigten Königreich relativ hoch (20-35%). Das Gesamtrenteneinkommen der Geringverdiener ist somit durch bedürftigkeitsabhängige Programme gesichert⁷. In all diesen Fällen fungieren die öffentlichen Rentenprogramme als „automatische Stabilisatoren“, was bedeutet, dass ein Teil oder die Mehrzahl der Rentner nicht die ganze Last der Effekte zu tragen haben wird, die die Finanzkrise auf ihr Renteneinkommen hat.

Nicht alle bedürftigkeitsabhängigen Systeme berücksichtigen jedoch bei der Berechnung der Rentenansprüche die Einkommen aus privaten Renten. In Schweden z.B. hängt die Höhe der Garantierente, die derzeit mehr als die Hälfte der Rentner bezieht, nur von den Leistungen aus dem staatlichen verdienstabhängigen System ab (bei dem es sich um ein *Notional-Accounts*-System handelt). Die schwedischen Rentner erhalten folglich keinen Ausgleich für bei ihren privaten Rentenersparnissen erlittene Verluste.

Kasten 1.3 Automatische Anpassung der laufenden Rentenzahlungen

In **Kanada** wird die finanzielle Tragfähigkeit des verdienstabhängigen öffentlichen Rentensystems alle drei Jahre geprüft. Dieses System ist teilweise kapitalgedeckt. Die Kapitalreserve dient nicht zur Absicherung der gesamten Verbindlichkeiten, sondern nur zur Glättung des Beitragssatzes im Zeitverlauf und insbesondere zur Vorbereitung auf den großen Ausgabendruck, der mit der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge aufkommen wird. Sollte die Prüfung ergeben, dass das System nicht mehr tragfähig ist, ist per Gesetz ein Stopp des nominalen Wachstums der Rentenzahlungen und eine Erhöhung der Beitragssätze (im Umfang der Hälfte des erforderlichen Anstiegs zur Wiederherstellung der Tragfähigkeit) über einen Zeitraum von drei Jahren bis zur nächsten Prüfung vorgesehen. Etwaige Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Tragfähigkeit des Systems würden demnach auf die aktuellen Rentner und die aktuellen Beitragszahler verteilt. Die Finanzminister der Provinzen sind jedoch befugt, zur Wiederherstellung der finanziellen Tragfähigkeit alternative Maßnahmen zu ergreifen¹.

In **Deutschland** wurde in die gesetzliche Rentenversicherung – bei der es sich um ein Entgeltpunktesystem handelt – mit Wirkung ab 2005 ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ eingebaut. Der Umfang der Anpassung des Entgeltpunktwerts richtet sich nach dem Abhängigenquotienten, d.h. der Zahl der „Standard-Rentenempfänger“ im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler. Dieser Abhängigenquotient ist „äquivalisiert“, d.h. es wird berücksichtigt, dass Spitzenverdiener mehr in das System einzahlen als Geringverdiener². Die Anpassung wirkt sich auf die Entwicklung des Entgeltpunktwerts aus. Dies bedeutet, dass die Indexierung der laufenden Rentenzahlungen dem Verdienstwachstum nicht in vollem Umfang folgt, wobei eine Sicherheitsklausel allerdings gewährleistet, dass es nicht zu einem Rückgang des *nominalen* Rentenwerts kommen kann. Von der Anpassung sind alle gegenwärtigen Beschäftigten und Rentner gleichermaßen betroffen, da die Rentenansprüche und die künftigen Steigerungssätze ebenfalls proportional gesenkt bzw. angehoben werden. In der Terminologie dieses Berichts ist also sowohl die „Indexierung der laufenden Rentenzahlungen“ als auch die „Wertanpassung des vergangenen Verdiensts“ betroffen (vgl. den ersten Abschnitt von Teil III wegen einer Definition und Erörterung der in den einzelnen Ländern geltenden Regeln). Wegen der günstigen wirtschaftlichen Aussichten zum Zeitpunkt dieser Entscheidung versprach die damalige Regierung für 2008 und 2009 um 0,6–0,7 Prozentpunkte höhere Anhebungen als in den Regeln vorgesehen. Die Auswirkungen der Krise auf Haushaltslage und Finanzmärkte (ebenso wie der Wegfall der Wahlkampfeffekte) dürften zur Folge haben, dass es wohl nicht wieder zu ähnlich großzügigen Gesten kommen wird.

Der „Ausgleichsmechanismus“ des *Notional-Accounts*-Systems in **Schweden** wirkt sich ebenfalls sowohl auf die aktuellen als auch auf die künftigen Rentner aus (d.h. auf Indexierung und Wertanpassung). Die laufenden Rentenzahlungen sind an das Verdienstwachstum abzüglich eines „Normwachstums“ von 1,6% gekoppelt. Den gegenwärtigen Beschäftigten wird auf ihren Rentenkonten ein „fiktiver“ Zinssatz gutgeschrieben, der dem Wachstum des Durchschnittsverdiensts entspricht. Zur Prüfung der finanziellen Tragfähigkeit des Systems werden dessen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Bei den Forderungen handelt es sich um den Wert des Reservefonds, der derzeit etwa dem Vierfachen der jährlichen Ausgaben entspricht³, zuzüglich des Gegenwartswerts der laufenden Beitragszahlungen (vgl. Settergren, 2001). Die Verbindlichkeiten entsprechen dem Gegenwartswert der an die aktuellen Rentner und die aktuellen Beschäftigten (d.h. die künftigen Rentner) zu zahlenden Rentenleistungen. Sinkt der Wert der Forderungen unter den Wert der Verbindlichkeiten, werden sowohl der für die Indexierung der laufenden Rentenzahlungen geltende Satz als auch der fiktive Zinssatz reduziert, bis die finanzielle Tragfähigkeit wiederhergestellt ist. Das Verhältnis Forderungen/Verbindlichkeiten erreichte 2004 einen Tiefpunkt von 1,0014 und verharrte bis 2007 knapp über eins. 2008 sank es jedoch auf 0,9672. Den geltenden Regeln zufolge müssten die an die aktuellen und künftigen Rentner gezahlten Leistungen also gesenkt werden, um das System wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

In der betrieblichen Altersvorsorge in den **Niederlanden** ist ebenfalls eine Änderung der Indexierung und der Höhe der Wertanpassung der vergangenen Verdienste vorgesehen, um die finanzielle Tragfähigkeit des Systems zu gewährleisten. Fast alle betrieblichen Altersvorsorgepläne beruhen nach wie vor auf dem Leistungsprimat (anders als in anderen Ländern, wie dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, siehe oben). In den letzten Jahren erfolgte in den meisten Systemen eine Umstellung vom letzten Arbeitsentgelt auf das Lebensarbeitsentgelt als Referenzverdienst für die Berechnung der Rentenhöhe, was bedeutet, dass die Wertanpassung des vergangenen Verdiensts großen Einfluss auf die Rentenansprüche der einzelnen Versicherten hat. Im Allgemeinen wird bei der Anpassung der erworbenen Rentenansprüche der Beschäftigten und der laufenden Bezüge der Rentner derselbe Satz angewandt. Die Rentenversicherungen sind inzwischen verpflichtet, einen Zielwert für diesen Satz anzugeben, und die meisten Systeme haben sich für eine Anpassung an die Verdienstentwicklung, entweder in der jeweiligen Branche oder in der Gesamtwirtschaft, entschlossen⁴. Die geltenden Regeln gewährleisten einen strengen Schutz der *nominalen* Höhe der Bezüge sowohl der aktuellen als auch der künftigen Rentner. Die Vorschriften in Bezug auf die zur Absicherung der Indexierung und der Wertanpassung notwendigen Reserven sind jedoch weniger strikt, und die von einer Reihe großer Rentenversicherungen dieses Jahr angekündigten Anhebungen sind niedriger, als ihre offiziell verfolgte Politik erfordern würde⁵. Laut dem Zentralen Planungsbüro der Niederlande führt dies für Beschäftigte im Alter zwischen 50 und 60 Jahren (infolge geringerer Indexierungssätze und einer stärkeren Anhebung der Beitragssätze) zu einer Verringerung der Rentenleistungen um rd. 10%, die für jüngere Arbeitskräfte etwas geringer ausfallen dürfte. Die zuständige Regulierungsbehörde hat den Rentenversicherungen jedoch eine längere Frist zur Wiederherstellung ihrer finanziellen Tragfähigkeit eingeräumt, so dass sich die Senkung der Indexierungssätze verzögern könnte (vgl. „Regulierung von Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat“ im dritten Teil dieses Kapitels).

1. Vgl. Office of the Superintendent of Financial Institutions Canada (2007) sowie Brown (2008) wegen einer ausführlichen Analyse.

2. Wegen einer eingehenderen Beschreibung vgl. Börsch-Supan und Wilke (2006).

3. OECD (2008), „Pension Markets in Focus“, *Financial Affairs Division Newsletter*, No. 5, Dezember, Abb. 11.

4. Vgl. Bikker und Vlaar (2006).

5. Zu diesem Rückgang kommt hinzu, dass der Indexierungssatz bereits im Zeitraum 2003–2006 3% hinter dem Lohnwachstum und 2% hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben ist, weil sich die Pensionsfonds erst einmal von dem 2000–2002 verzeichneten Einbruch der Aktienmärkte erholen mussten (Niederländische Zentralbank, 2007).

Ein zweiter automatischer Stabilisator des *Nettountfangs* der Renteneinkommen im Fall von Anlagerisiken kommt über die Einkommensteuer zum Tragen⁸. In den meisten OECD-Ländern sind die bezogenen Rentenleistungen zu versteuern. Ein Durchschnittsverdiener in Dänemark und Schweden kann damit rechnen, dass er rd. 30% seiner Rente an Steuern zahlen wird. In Belgien, Deutschland und Norwegen wird ein Durchschnittsverdiener nach der Verrentung rd. 20% seines Renteneinkommens an Steuern abführen, in Ungarn und Polen rd. 15%. Wenn die Anlagerenditen schlecht ausfallen, wird der Staat weniger Steuern auf die Renten erheben. Hieraus ergibt sich, dass die Nettorenteneinkommen der einzelnen Versicherten weniger sinken werden als der Wert der Aktiva der Pensionsfonds⁹. In der Slowakischen Republik sind die Renten hingegen nicht zu versteuern, und in Australien, Kanada, Irland, im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten haben spezifische auf Renteneinkommen bzw. für ältere Menschen gewährte Steuergutschriften, Steuerfreibeträge und Steuererleichterungen zur Folge, dass nur Rentner mit sehr hohen Einkommen aus freiwilligen Rentenversicherungen hohe Einkommensteuern zahlen.

Bei Berücksichtigung beider Aspekte – Steuern und bedürftigkeitsabhängige Leistungen – ergibt sich, dass die automatischen Stabilisatoren in Dänemark den größten Effekt haben. Ein beträchtlicher Puffereffekt auf die Nettorenteneinkommen ist auch in Belgien, Polen und Schweden zu beobachten, und im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten ist dieser Effekt ebenfalls groß.

Automatische Anpassung der Rentenleistungen

In drei OECD-Ländern – Kanada, Deutschland und Schweden – wurden Mechanismen eingerichtet, mit denen die Rentenleistungen automatisch angepasst werden, um die finanzielle Tragfähigkeit der öffentlichen Rentensysteme zu gewährleisten. Diese Mechanismen könnten als „automatische Destabilisatoren“ bezeichnet werden, da sie den gegenteiligen Effekt der oben beschriebenen automatischen Stabilisatoren haben. Sie sichern zwar das finanzielle Gleichgewicht der Rentensysteme, verändern aber die individuellen Renteneinkommen. In allen Fällen erfolgt die Anpassung hauptsächlich durch die Indexierung der laufenden Rentenzahlungen. Es kann aber auch sein, dass die Rentenansprüche der aktuellen Arbeitskräfte beeinträchtigt werden. Ein ähnlicher Mechanismus kommt in den betrieblichen Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat in den Niederlanden zur Anwendung (vgl. Kasten 1.3 wegen einer Erörterung).

Diese automatischen Anpassungen könnten – wenn sie nicht außer Kraft gesetzt werden – zu einer Reduzierung der an die aktuellen Rentner gezahlten realen Leistungen führen. Dies erklärt sich aus dem Zusammenwirken des Effekts der Finanzkrise auf die Investitionen und der Folgen der Wirtschaftskrise für Arbeitsentgelte und Beschäftigung. Niedrigere Rentenleistungen können den wirtschaftsspezifischen Impulsen entgegenwirken, die den Konsum in der Rezession stützen sollen (siehe unten). Eine zeitlich befristete Aussetzung dieser Anpassungen wurde in Deutschland bereits vorgenommen, und andere Länder dürften diesem Beispiel folgen. Das wäre in den Niederlanden jedoch schwieriger, da die Anpassungen dort kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat betreffen (vgl. nachstehende Erörterung zu Fragen der Regulierung).

Es ist allerdings etwas unfair, die vier oben genannten Länder besonders herauszustellen, denn schließlich sind die Renteneinkommenssysteme anderer Länder mit denselben fiskalischen und finanziellen Problemen konfrontiert. Bei ihnen sind nur keine *automatischen* Mechanismen zur Anpassung der Rentenansprüche in schlechten Zeiten vorgesehen.

3. Reaktionen der Politik: empfehlenswerte und zu vermeidende Maßnahmen

Seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise sehen sich alle OECD-Länder mit steigender Arbeitslosigkeit und zunehmenden sozialen Härten konfrontiert, worauf sie mit einer Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung von Einzelpersonen sowie in Finanznot geratenen Einrichtungen reagierten. In diesem Abschnitt werden die verschiedenen Interventionsbereiche besprochen und Empfehlungen in Bezug darauf gegeben, wie Renteneinkommen und Rentensysteme durch kurzfristige Maßnahmen stabilisiert werden können, ohne dabei die auf längere Sicht bestehende Notwendigkeit struktureller Veränderungen außer Acht zu lassen. Der demografische Druck und die

Bevölkerungsalterung haben nichts an Brisanz und Dringlichkeit verloren, auch wenn die Bewältigung der unmittelbaren Krise in letzter Zeit in allen Diskussionen in den Vordergrund gerückt ist.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Die Arbeitsmarktlage hat sich bereits verschlechtert, und die Arbeitslosigkeit dürfte im Zuge der Fortsetzung der Wirtschaftskrise erheblich steigen. Nach der OECD-Prognose, die am 31. März 2009 veröffentlicht wurde und sich auf alle Mitgliedsländer erstreckte, wird sich die Arbeitslosigkeit von 6,0% der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2008 auf 8,4% im Jahr 2009 und 9,9% im Jahr 2010 erhöhen.

Die aus früheren Rezessionen gewonnene Erfahrung zeigt, dass Arbeitskräfte, die sich am Anfang oder Ende des Altersspektrums befinden, den Effekt schwächerer Arbeitsmärkte am stärksten zu spüren bekommen. Für junge Arbeitskräfte wird es schwierig, nach Abschluss von Schule oder Studium einen Arbeitsplatz zu finden. Jüngere und ältere Arbeitskräfte sind auch häufig die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn Unternehmen Stellen streichen, und sie sind dem Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit besonders stark ausgesetzt. Was die Renteneinkommen anbelangt, sind jüngere Arbeitskräfte jedoch im Vorteil, weil sie noch eine lange Erwerbslaufbahn vor sich haben, während der sie eventuell fehlende Beitragszeiten ausgleichen können. Das trifft auf ältere Arbeitskräfte nicht zu. Dieser Abschnitt untersucht, wie sich Perioden der Arbeitslosigkeit auf ihre Renteneinkommen auswirken können.

Die zuständigen staatlichen Stellen haben in früheren Rezessionsphasen oft die Anspruchskriterien bzw. die Verwaltung der vorgezogenen Altersrenten oder der Invaliditätsrenten gelockert. Damit wurden zwei Ziele verfolgt: Erstens sollten die Einkommen älterer Arbeitskräfte gesichert werden, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten und nicht in der Lage waren, einen anderen zu finden; zweitens sollte der Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen begrenzt werden. Ganz gleich, wie lobenswert die kurzfristigen Ziele sind, ist der langfristige Effekt solcher Maßnahmen auf die Arbeitsmärkte negativ. Derartige Maßnahmen wurden z.B. in der Rezession Anfang der 1980er Jahre häufig ergriffen. Das Ergebnis war, dass die Beschäftigungsquoten auch lange nach der Konjunkturerholung niedrig blieben, hauptsächlich, weil sich die Rücknahme dieser Maßnahmen als sehr schwierig erwies¹⁰. In der aktuellen Krise haben die Regierungen bislang jedoch der Versuchung widerstanden, solche Maßnahmen einzuführen.

In Ländern mit umfangreichen und relativ reifen Rentensystemen mit Beitragsprimat – die Vereinigten Staaten bilden das Hauptbeispiel – können die Arbeitskräfte bestrebt sein, länger erwerbstätig zu bleiben, um ihr Rentenskapital wiederaufzubauen. Eine längere Lebensarbeitszeit ist in dreierlei Hinsicht förderlich: Erstens erhöhen sich die Beitragszahlungen, zweitens verringert sich die Zahl der Rentenbezugsjahre, die mit dem Rentenskapital finanziert werden müssen, und drittens verbleibt möglicherweise mehr Zeit, um auf einen Wiederanstieg des Werts der Aktiva zu warten. Diese Überlegungen könnten allerdings zu optimistisch sein. Für ältere Arbeitskräfte kann es sehr schwierig werden, länger im Erwerbsleben zu bleiben, da sie ihren Arbeitsplatz in der Krise zu verlieren drohen und in Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit u.U. nicht in der Lage sind, einen anderen zu finden. Darüber hinaus wurden im bisherigen Jahresverlauf 2009 weitere Rückgänge der Vermögenspreise verbucht, und die Erholung könnte zu spät kommen, um für die betroffenen Arbeitskräfte noch eine Veränderung zu bewirken.

Einkommenssicherung im Alter

Die Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutlicht und verschärft das Problem der Einkommenssicherung im Alter für Arbeitskräfte mit geringem Verdienst und fehlenden Beitragszeiten. Abbildung 1.5 zeigt die Nettoersatzquoten für Arbeitskräfte mit vollständiger Erwerbsbiografie, deren Verdienst sich auf die Hälfte des landesweiten Durchschnitts beläuft. (Die Nettoersatzquote entspricht den individuellen Rentenansprüchen, nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, geteilt durch den individuellen Verdienst, wiederum auf Nettobasis; vgl. Erörterung des fraglichen Indikators in Teil II.)

Abbildung 1.5 Einkommenssicherung im Alter: Nettoersatzquoten für Arbeitskräfte mit vollständiger Erwerbsbiografie
In Prozent des individuellen Nettoverdiensts

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635312665655>

In Spanien entspricht die Nettoersatzquote für Geringverdiener dem OECD-Durchschnitt: 82%. In sechs Ländern liegt die Nettoersatzquote für Geringverdiener über 100%, was bedeutet, dass das Nettoeinkommen im Ruhestand höher ist als während der Erwerbstätigkeit. In Deutschland, Japan, Mexiko und den Vereinigten Staaten liegen die Nettoersatzquoten allerdings unter 60%. Wenn man berücksichtigt, dass sich diese Berechnung auf Geringverdiener bezieht und der Verdienst, den es zu ersetzen gilt, nur der Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts entspricht, wird deutlich, dass die Einkommenssicherung im Alter in diesen Ländern relativ schwach ist.

Wenn eine Periode der Langzeitarbeitslosigkeit am Ende der Erwerbsbiografie oder eine Frühverrentung hinzukommt, kann das Renteneinkommen noch geringer ausfallen. Auf Grund der verschlechterten Arbeitsmarktlage können sich viele ältere Arbeitskräfte gezwungen sehen, vorzeitig in Rente zu gehen oder eine Langzeitarbeitslosigkeit zu ertragen. Im Sonderkapitel „Jüngste Rentenreformen“ wird beschrieben, dass Belgien, Finnland, Frankreich, Korea, Spanien und das Vereinigte Königreich in jüngster Zeit beschlossen haben, die Einkommenssicherung für Geringverdiener im Alter zu verbessern (was nicht in diesen Berechnungen berücksichtigt wurde). Einige andere Länder, in denen die Einkommenssicherung im Alter schwach ausgebaut ist, sollten entsprechende Maßnahmen ebenfalls in Betracht ziehen.

Langfristige Perspektive

2008 war zweifellos ein schlechtes Jahr für Pensionsfonds – vgl. Abbildung 1.3 –, und 2009 hat sich die Situation bislang kaum verbessert. Viele Beschäftigte haben verständlicherweise das Vertrauen in private Rentenversicherungen verloren, und einige politische Entscheidungsträger

haben begonnen, an der Richtigkeit der Ausdehnung der privaten Altersvorsorge zu zweifeln, zu der es in den meisten OECD-Ländern während der letzten zwanzig Jahre kam. Ohne die echten Schwierigkeiten in Frage zu stellen, denen sich manche Versicherte gegenübersehen – insbesondere solche, die kurz vor dem Ruhestand stehen –, muss jedoch daran erinnert werden, dass die Rentenpolitik eine langfristige Frage ist.

Einer Simulation zufolge, die sich auf die Analyse von Daten aus 25 Jahren zu den Anlagerenditen in den G7-Ländern¹¹ sowie Schweden stützt, beläuft sich die reale jährliche Rendite über einen Sparhorizont von 45 Jahren – d.h. eine volle Erwerbsbiografie – auf 5,5% für Anleihen und 9,0% für Aktien. Tabelle 1.2 liefert die Ergebnisse der Simulation für ein „ausgewogenes“ Portfolio, d.h. ein Portfolio, das zur Hälfte in Aktien und zur Hälfte in Anleihen angelegt ist. Es wird davon ausgegangen, dass das Portfolio über die Erwerbslaufbahn unverändert bleibt. (Die Ergebnisse für andere Portfolios sind in Kasten 1.4 dargestellt.) In den Ergebnissen sind durch Verwaltungsgebühren, Kosten der Umwandlung des akkumulierten Kapitals in regelmäßige Rentenzahlungen usw. bedingte Unterschiede zwischen den Marktrenditen und den Renditen, die die Einzelnen auf ihre Rentenersparnisse erzielen, berücksichtigt¹². Daraus ergibt sich in dieser Simulation eine durchschnittliche (Median-)Rendite von 5,0%, gegenüber einem Durchschnittswert von 7,3% über die letzten 25 Jahre.

Tabelle 1.2 Verteilung der simulierten künftigen Anlagerenditen und Ersatzquoten

	Perzentil der Verteilung								
	10	20	30	40	50	60	70	80	90
Rendite	3.2	3.8	4.3	4.7	5.0	5.4	5.7	6.2	6.7
Ersatzquote	32.2	36.8	41.2	45.2	48.6	53.5	57.6	65.3	74.2

Anmerkung: Auf der Basis der für 2040 projizierten geschlechtsneutralen Sterberaten, OECD-Durchschnitt. Es wird ein Beitragssatz von 10% des Verdiensts über 45 Jahre unterstellt.

Quelle: D'Addio, A.C. et al. (2009), „Investment Risk and Pensions: Measuring Uncertainty in Returns“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 70, OECD, auf der Grundlage von Informationen von Thomson Financial Datastream.

Die Analyse untersucht auch das Ausmaß der Risiken und Unsicherheiten, die die Anlagerenditen umgeben. In den schlimmsten 10% der Fälle wird z.B. damit gerechnet, dass sich die Renditen nur auf 3,2% pro Jahr oder weniger belaufen. In den besten 10% der Fälle betragen die jährlichen Renditen 6,7% oder mehr (erste Zeile von Tabelle 1.2).

Es muss jedoch eine wichtige Einschränkung gemacht werden: Die Simulationen basieren zwar auf Daten aus rd. 25 Jahren, die analysierten Datenreihen reichen aber nur bis Ende 2006. Die jüngste Periode ist sowohl durch stark negative Aktienrenditen *als auch* eine viel größere Volatilität gekennzeichnet. Während des Zusammenbruchs der Aktienmärkte im Jahr 1987, der in den Daten berücksichtigt ist, sind die Kurse allerdings im selben Maße gefallen wie 2008. Und auch das Ende der Technologieblase, das zwischen 2000 und 2002 zu beträchtlichen Kursstürzen an den Aktienmärkten führte, ist im Betrachtungszeitraum erfasst.

Das Spektrum der langfristigen Anlagerenditen erscheint nicht sehr breit. Bei Zusammenrechnung dieser Renditen über den langen Zeithorizont des Rentensparens ergibt sich jedoch ein enormer Effekt, was in der zweiten Zeile der Tabelle dargestellt wird, die die Ersatzquoten für die unterschiedlichen Renditeniveaus zeigt. Das Modell unterstellt jährliche Beitragszahlungen während der gesamten Erwerbsbiografie in Höhe von 10% des individuellen Verdiensts. Die akkumulierten Rentenersparnisse werden auf der Grundlage der durchschnittlichen für 2040 projizierten Sterberaten im OECD-Raum in regelmäßige Rentenzahlungen umgerechnet. Das Ergebnis wird als Ersatzquote präsentiert, d.h. als Verhältnis zwischen Rentenbezügen und Arbeitsentgelt.

Die Ersatzquote, die der durchschnittlichen (Median-)Rendite dieser Beitragszahlung in Höhe von 10% des Verdiensts entspricht, beträgt 49%. Das bedeutet, dass in der Hälfte der Fälle die Ersatzquote höher und in der anderen Hälfte niedriger ist. In den schlimmsten 10% der Fälle liegt die Ersatzquote jedoch bei 32% oder darunter. In den besten 10% der Fälle beläuft sich die Rente auf 74% des Verdiensts. Dieses Spektrum von 32-74% ist sehr breit. Es reicht von einer „guten“ bis zu einer an der Armutsgrenze liegenden Rente.

Kasten 1.4 Langfristige Anlageergebnisse für verschiedene Aktivaklassen

Die Angaben in Abbildung 1.3 und 1.4 machen deutlich, dass die Länder, in denen die Pensionsfonds eine konservative Anlagepolitik verfolgten – z.B. durch Investitionen in Staatsanleihen –, 2008 wesentlich geringere Verluste verbuchen mussten als diejenigen, in denen Aktien eine größere Rolle in den Portfolios der Pensionsfonds spielten.

In der folgenden Analyse werden statt der Ergebnisse in einem bestimmten Jahr die Effekte des Anlageerfolgs der Pensionsfonds über die Lebenszeit der Beitragszahler betrachtet. Es handelt sich um eine Simulation der Anlageergebnisse von Pensionsfonds über einen Zeitraum von 45 Jahren, die sich auf die Analyse von Daten aus etwa 25 Jahren für acht Länder bis 2006 stützt*. Dabei gilt es darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse im Text abweichen, weil in den dort zu Grunde gelegten Renditen Verwaltungsgebühren usw. berücksichtigt sind. Die Hauptergebnisse sind in Abbildung 1.6 dargestellt. Sie gibt das Spektrum der simulierten Renditen über den Langzeithorizont des Rentensparens wieder. Das Augenmerk liegt dabei auf den beiden Aktivaklassen, die in den Portfolios von Pensionsfonds eine zentrale Rolle spielen: Aktien und Staatsanleihen. Am linken Ende der horizontalen Skala sind die Renditen für Anleihen, am rechten die für Aktien wiedergegeben. Dazwischen liegen drei Anlagestrategien – „konservativ“, „ausgewogen“ und „riskant“ –, die unterschiedlichen Kombinationen der beiden Aktivaklassen entsprechen.

Die weiße Kurve in Abbildung 1.6 spiegelt die reale Medianrendite wider: In der Hälfte der Fälle liegt die Rendite über diesem Niveau, in der anderen Hälfte darunter. Sie entspricht einer Rendite von 7,3% für ein ausgewogenes Portfolio, das zur Hälfte in Aktien und zur Hälfte in Anleihen angelegt ist. Für Aktien ist sie – mit 8,9% – höher und für Anleihen – mit 5,2% – niedriger. Die schattierten Streifen in der Abbildung stellen die Wahrscheinlichkeit verschiedener Ergebnisse auf der Grundlage von Vergangenheitswerten dar. In einem ausgewogenen Szenario ist damit zu rechnen, dass die jährliche Rendite in 10% des Zeitraums bei 5,5% oder darunter liegt und in 10% des Zeitraums bei 9,0% oder darüber. Die schattierten Streifen werden umso breiter, je mehr der Aktienanteil im Portfolio zunimmt, worin sich die höhere Volatilität der Aktienmärkte im Vergleich zu den Märkten für Staatsanleihen ausdrückt.

Abbildung 1.6 Verteilung der simulierten jahresdurchschnittlichen Anlagerenditen

Anmerkung: Auf Vergangenheitsdaten zu den Renditen in acht OECD-Ländern (den G7-Ländern und Schweden) gestützte Simulation. Das konservative Portfolio ist den Annahmen zufolge zu 25% in Aktien angelegt, das ausgewogene zu 50% und das riskante zu 75%. Für den verbleibenden Teil wird unterstellt, dass er in Staatsanleihen unterschiedlicher Laufzeit angelegt ist.

Quelle: D'Addio, A.C. et al. (2009), „Investment Risk and Pensions: Measuring Uncertainty in Returns“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 70, OECD, auf der Grundlage von Angaben von Thomson Financial Datastream.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635328886382>

* Die Modellrechnung beruht auf einer komplexen Zeitreihenökonomie. Dabei wird zunächst ein Allgemeines ARCH-Modell (autoregressive bedingte Heteroskedastizität) geschätzt, das sich auf Vergangenheitsdaten zur monatlichen Rendite von Aktien und Anleihen stützt (in denen sowohl die Veränderungen des Werts der Aktiva als auch der Erträge aus Dividenden und Zinszahlungen berücksichtigt sind). Anschließend wird mit den Ergebnissen eine Gefilterte Historische Simulation durchgeführt, um das Spektrum der künftigen Erträge zu projizieren. Die hier wiedergegebenen Ergebnisse gründen sich auf 10 000 Simulationen. Vgl. D'Addio, A.C. et al. (2009) wegen Einzelheiten.

Anlageentscheidung

In den meisten beitragsbezogenen Altersvorsorgeplänen können die einzelnen Versicherten auswählen, wie sich ihr Anlageportfolio zusammensetzen soll. In Australien sind z.B. rd. 85% der Bevölkerung Mitglied einer Rentenversicherung, die verschiedene Anlagemöglichkeiten, in der Regel über fünf unterschiedliche Fonds, anbietet. Die einzelnen Beschäftigten können sich ihren Rentenversicherer inzwischen jedoch frei aussuchen, wobei durchschnittlich 58 verschiedene von Publikumsfonds angebotene Anlageformen zur Auswahl stehen. Auch in den Vereinigten Staaten ist eine Ausweitung der Wahlmöglichkeiten in den gängigsten Rentenversicherungsformen mit Beitragsprimat festzustellen. Ende der 1970er Jahre boten nur 16% der Rentenversicherungen verschiedene Anlagemöglichkeiten an, bis 1994 war diese Zahl aber bereits auf 94% gestiegen. Über die Hälfte der Rentenversicherungen stellen mittlerweile fünf oder mehr Anlageformen zur Wahl. In Mexiko und der Slowakischen Republik muss jeder Rentenversicherer eine kleine Palette an Fonds mit unterschiedlichem Risiko-Rendite-Profil anbieten. In Polen wurden infolge der Krise jüngst Pläne für die Einführung ähnlicher Auswahlmöglichkeiten beim Anlageportfolio angekündigt.

Für Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat ebenso wie mit Beitragsprimat wurden die geltenden Regeln für die Investitionen von Pensionsfonds in den letzten zehn Jahren gelockert. Zum Beispiel schreiben nur noch zwölf OECD-Länder quantitative Grenzen für den Aktienanteil der Portfolios vor. Und selbst diese sind – mit durchschnittlich 52% – auf relativ hohem Niveau angesetzt¹³. Dies ermöglicht es den Pensionsfondsmanagern, ihre Portfolios zu diversifizieren.

Die von den einzelnen Versicherten getroffenen Anlageentscheidungen werden erhebliche Konsequenzen haben, was den Effekt der Krise auf ihre Renten anbelangt. In Abbildung 1.4 wird dieser Aspekt auf aggregierter Ebene untersucht, indem der Gesamtanlageerfolg der Pensionsfonds dem Anteil des Gesamtvermögens gegenübergestellt wird, der in Aktien angelegt ist. Die folgende Analyse befasst sich mit den *individuellen* Anlageentscheidungen und ihren Konsequenzen für die Politik.

Abbildung 1.7 zeigt, dass sich die Versicherten in den Vereinigten Staaten umso häufiger gegen Aktien und für weniger risikoreiche Anlagen entscheiden, je mehr sie sich dem Rentenalter nähern. Zum Beispiel halten rd. 55% der 36- bis 45-Jährigen mehr als 70% ihrer Portfolios in Aktien, wohingegen dies in der Altersgruppe 56-65 Jahre nur für 43% der Fall ist. Der Aktienanteil der Portfolios dieser kurz vor der Verrentung stehenden älteren Arbeitskräfte scheint indessen sehr

Abbildung 1.7 **Prozentsatz der 401(k)-Pläne in den Vereinigten Staaten, der in Aktien angelegt ist, nach Alter**

Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf die 21 Millionen Inhaber von 401(k)-Konten, die in der Datenbank des Employee Benefit Research Institute (EBRI) und des Investment Company Institute (ICI) registriert sind. Der insgesamt in Aktien investierte Teil der Portfolios entspricht der Summe der Anlagen in Aktienfonds, der Bestände an Aktien des jeweiligen Arbeitgebers und dem einschlägigen Teil der gemischten Anlageoptionen (wie Balanced- oder Target-Date-Funds).

Quelle: VanDerhei, J. (2009), „The Impact of the Recent Financial Crisis on 401(k) Account Balances“, *Issue Brief*, No. 326, Employee Benefit Research Institute, Washington D.C.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635332670337>

hoch zu sein: Mehr als jeder Fünfte hat über 90% seiner 401(k)-Ersparnisse in Aktien angelegt. Natürlich ist es unmöglich, den Risikogehalt der Anlageentscheidungen der Betroffenen als Ganzes zu bewerten; so kann es z.B. sein, dass sie zusätzlich zu ihren 401(k)-Plänen über weniger risikoreiche Sichteinlagen oder Anlagen in Anleihen verfügen. Diese Zahl ist aber dennoch besorgniserregend, da diese kurz vor der Verrentung stehenden Arbeitskräfte anders als die Minderheit, die den Großteil ihrer Portfolios in weniger risikoreichen Vermögenswerten angelegt hat, einen beträchtlichen Schwund ihrer Rentenersparnisse hinnehmen müssen.

Welche Folgen hat dieses Investitionsverhalten für die Politik? Sollten die Betroffenen in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt werden, um das Risiko auszuschalten, dass sie ihre Altersersparnisse verlieren? Oder sollte die Anlageentscheidung eine individuelle Entscheidung bleiben, bei der es im Ermessen des Einzelnen liegt, welches Risiko er eingehen will?

Es empfiehlt sich, dass Arbeitskräfte ihre Rentenersparnisse in weniger riskante Anlagen umschichten, wenn sie sich dem Rentenalter nähern (und damit dem Zeitpunkt, an dem sie ihre Altersersparnisse benötigen). Dieses Ergebnis wird in Finanzstudien vielfach belegt¹⁴.

Aus diesem Grund sollten die Regierungen die Beschäftigten zumindest dazu ermutigen, eine solche Strategie zu wählen. Diese Umschichtung, die häufig als „Lifecycle Investing“ bezeichnet wird, kann die Anlagerisiken über die Erwerbslaufbahn reduzieren, ohne dass am Anfang der Erwerbsbiografie auf die höheren Renditen aus einem stärker diversifizierten Portfolio verzichtet werden muss. In der Tat wäre es sinnvoll, diese Umschichtung automatisch erfolgen zu lassen und sie zur *Standardoption* zu machen. Mit dem Lifecycle-Ansatz als Standardoption würden die Rentenersparnisse gewissermaßen „auf Autopilot geschaltet“, was besonders nützlich für Personen wäre, die ihr Portfolio nicht aktiv verwalten wollen (was vermutlich für die Mehrheit der Betroffenen der Fall ist). Bei der Einführung einer solchen Maßnahme könnte gleichzeitig die Freiheit des Einzelnen gewahrt bleiben, zwischen Portfolios mit unterschiedlichem Risiko-Rendite-Profil zu wählen (für die Minderheit, die ihre eigenen Investitionsentscheidungen treffen will).

Wahl der Leistungen

Wie oben erörtert, sind Inhaber von Verträgen, mit denen das Rentenskapital in regelmäßige feste Rentenzahlungen umgewandelt wurde, weniger von der Krise betroffen, da ihr Renteneinkommen bereits festgeschrieben und bis zum Lebensende garantiert ist. Versicherte in Rentensystemen mit Beitragsprimat müssen ihr Kapital bei Renteneintritt in der Tat häufig in regelmäßige Rentenzahlungen umwandeln. Mitglieder von Fonds, die kurz vor ihrer Verrentung stark in Aktien engagiert waren, laufen bei einer Finanzkrise Gefahr, dass ihr Lebensstandard deutlich sinkt. Unter solchen Umständen können Einschränkungen im Hinblick auf die Anlageentscheidung – d.h. deren Begrenzung auf weniger risikoreiche Optionen – für Personen angebracht sein, die sich dem Rentenalter nähern.

Die zuständigen Behörden sollten auch darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, den Versicherten vorzuschreiben, ihr in Altersvorsorgeplänen mit Beitragsprimat akkumuliertes Kapital zu einem bestimmten Zeitpunkt oder Alter in regelmäßige Rentenzahlungen umzuwandeln. Bei einer solchen Regel besteht das Risiko, dass die Leistungen während der gesamten Rentenbezugsdauer gering bleiben, wenn sich der Wert der Aktiva zum Zeitpunkt der Verrentung auf niedrigem Niveau bewegte. Manche Länder erlauben bereits „gestaffelte Entnahmen“, bei denen jedes Jahr ein bestimmter Teil des Rentenskapitals aus dem Fonds entnommen werden kann. Andere Länder könnten sich ebenfalls für diesen flexibleren Ansatz entscheiden. In Irland wird den Rentnern z.B. gestattet, einen bestimmten Betrag von ihren Rentenkonto abzuheben, die Umwandlung des Saldos in regelmäßige Rentenzahlungen aber um bis zu zwei Jahre aufzuschieben.

Gestaffelte Entnahmen sind jedoch nicht ohne Risiko: Wie bei kurz vor der Verrentung stehenden Personen sind auch nach dem Renteneintritt einige Einschränkungen im Hinblick auf die Anlageentscheidung erforderlich. Darüber hinaus müssen umsichtige Regeln für die Höhe des Betrags festgelegt werden, der pro Jahr entnommen werden darf, um zu verhindern, dass die Rentner in sehr hohem Alter in finanzielle Not geraten. Die staatlichen Stellen sollten auch über eine Kombination aus gestaffelten Entnahmen und Anwartschaftsrenten nachdenken, die zum Zeitpunkt des Renteneintritts erworben, aber erst ausgezahlt werden, wenn die Betroffenen ein fortgeschrittenes Alter erreicht haben (z.B. zwischen 75 und 85 Jahren).

Auf kurze Sicht könnten die zuständigen staatlichen Stellen die Regeln für die obligatorische Umwandlung des Rentenkapitals in laufende Rentenzahlungen vorübergehend lockern, bis sich die Vermögenspreise wieder erholt haben. Auf lange Sicht sollte aber die Umwandlung in regelmäßige Rentenzahlungen gefördert werden, um die Betroffenen vor einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren zu schützen, wie dem Anlagerisiko, dem „Langlebighkeitsrisiko“ (unzureichende Rentenersparnisse bei Erreichen eines sehr hohen Alters) und dem Inflationsrisiko (durch indexierte Rentenzahlungen).

Wahl des Altersvorsorgeplans

Angesichts der Finanzmarkturbulenzen und der in der privaten Altersvorsorge verbuchten Verluste sind Forderungen laut geworden, die Betroffenen wieder in die öffentlichen Systeme aufzunehmen¹⁵. Ein Beispiel dafür ist die Slowakische Republik. Zwischen Januar und Juni 2008 wurde dort ein sechsmonatiges Zeitfenster geöffnet, in dem privat Versicherte wieder ins staatliche System zurückwechseln konnten. Das Zeitfenster wurde anschließend ausgeweitet, obwohl sich im ersten Halbjahr 2008 nur 6% der Mitglieder privater Rentenversicherungen für die Rückkehr ins öffentliche System entschieden hatten.

Diese geringe Inanspruchnahme erklärt sich möglicherweise aus einem Trägheitsphänomen, sie könnte aber auch darauf hindeuten, dass die Betroffenen die Diversifizierung der Rentenleistungen zu schätzen wissen, die private Altersvorsorgepläne bieten. Rund 60% der slowakischen Arbeitskräfte haben sich zum Zeitpunkt der Reform aktiv für einen Altersvorsorgeplan mit Beitragsprimat entschieden. Von wesentlich größerer Bedeutung für die langfristige Entwicklung des slowakischen Rentensystems ist indessen die potenzielle Reduzierung des Zustroms neuer Beitragszahler. Für Arbeitsmarktneuzugänge ist es nicht mehr zwingend vorgeschrieben, privaten Fonds beizutreten. Hier könnte die Trägheit in die entgegengesetzte Richtung wirken und die Zahl der Personen verringern, die sich für private Altersvorsorgepläne entscheiden. Da diese Entscheidung nach den gegenwärtigen Bestimmungen nicht wieder rückgängig gemacht werden kann, wird sie langfristige Effekte auf die Renteneinkommen der Arbeitsmarktneuzugänge haben.

In anderen Ländern, die eine obligatorische private Altersvorsorge eingeführt haben, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, wurde viel darüber diskutiert, ob den Betroffenen gestattet werden solle, wieder in die öffentlichen Rentensysteme zurückzukehren. (Argentinien ist in dieser Hinsicht viel weitergegangen, es hat seinen privaten Pensionsfonds verstaatlicht; vgl. Kasten 1.5)

Solche Maßnahmen gefährden die Stabilität des Rentensystems. Erstens, weil sie einfach zu erneuten Forderungen nach Politikänderungen führen würden. Auch wenn diese Annahme in der derzeitigen düsteren Wirtschaftslage übertrieben optimistisch erscheinen mag, ist es sehr gut möglich, dass die Versicherten wieder – mit rückwirkendem Effekt – in das private System zurückwechseln möchten, sollten die Anlagerenditen in ein paar Jahren statt bei -25% bei +25% liegen.

Kasten 1.5 Verstaatlichung der privaten Altersvorsorge: Der Fall Argentinien

Die argentinische Regierung verstaatlichte im Oktober 2008 den obligatorischen privaten Pensionsfonds, dessen Vermögen sich auf 30 Mrd. US-\$ belief (23 Mrd. Euro). Die Regierung stellte diese „Vermögensaneignung“ in der Öffentlichkeit als eine Aktion dar, die die Beitragszahler vor den Folgen vermeintlichen Missmanagements im Kontext der Finanzkrise schützen sollte. Es stand jedoch außer Zweifel, dass es auch und vor allem darum ging, die Staatskassen zu einem Zeitpunkt wieder aufzufüllen, als umfangreiche Tilgungszahlungen öffentlicher Schuldverschreibungen fällig wurden.

Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme ist indessen nicht so groß, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Dies erklärt sich erstens daraus, dass Argentinien, anders als andere lateinamerikanische Länder wie Chile und Mexiko (Whitehouse, 2007), immer noch über ein umfangreiches öffentliches Rentensystem verfügt. Zweitens war ein großer Teil der Aktiva des Pensionsfonds bereits in nichthandelbaren Staatsschuldverschreibungen angelegt.

Dennoch schadet diese Umorientierung ganz klar der Stabilität und Nachhaltigkeit der Alterseinkommenssicherung.

Zweitens würden die öffentlichen Finanzen zwar auf kurze Sicht gestärkt, wenn die Beitragszahler die verminderten Vermögenswerte aus ihren privaten Altersvorsorgeplänen verwenden würden, um staatliche Rentenansprüche zurückzukaufen. Viele Regierungen, die sich mit Liquiditätsengpässen konfrontiert sehen, würden diesen kurzfristigen Zugewinn begrüßen. Auf mittlere und lange Sicht wären die dadurch für das öffentliche Rentensystem entstehenden Kosten aber größer als der kurzfristige Zugewinn.

Der Grund für diese Veränderungen war hauptsächlich die Haushaltskrise, die aus der Wirtschafts- und Finanzkrise resultierte. Es ist nicht überraschend, dass die Regierungen die Haushaltsdefizite mit den Beitragseinnahmen ausgleichen möchten, die in private Rentenversicherungen fließen. Eine sinnvollere Lösung hierfür wäre die zeitlich befristete Reduzierung der Beitragszahlungen, die auf die private Altersvorsorge entfallen. Kein OECD-Land hat sich für diese Strategie entschieden, sie wird aber z.B. in Lettland und Litauen Anwendung finden.

Sachkundige Entscheidungen

Die Finanzkrise hat zudem Fragen der Anlegerinformation und der Vermittlung von Finanzwissen wieder in den Mittelpunkt der Debatte gerückt. Die meisten Menschen sind nicht gut über Renten informiert, es fehlen ihnen sowohl allgemeine Kenntnisse über die Struktur des Rentensystems als auch genaue Daten über ihre eigenen Rentenansprüche. Und dies gilt für Rentensysteme jeder Art.

Private Altersvorsorgepläne lassen den Einzelnen bei der Planung ihrer Alterseinkommen häufig mehr Verantwortung als öffentliche Systeme. Die Einzelnen müssen z.B. zwischen mehreren konkurrierenden Rentenversicherungen oder zwischen verschiedenen Anlageportfolios auswählen. Und bei vielen Rentenreformen hatten die Betroffenen die Wahl, einem Rentensystem mit Beitragsprimat beizutreten oder im öffentlichen, verdienstabhängigen System versichert zu bleiben (vgl. Kasten 1.2 oben).

Eine effektive Kommunikation seitens der Rentenversicherungen und breit angelegte Programme zur Vermittlung von Finanzwissen können Einzelpersonen dabei helfen, sachkundige Entscheidungen im Hinblick auf ihre Altersvorsorge zu treffen. Wie wichtig dies ist, zeigt sich in der aktuellen Krise, wo die Gefahr besteht, dass Personen unter dem Eindruck kurzfristiger Gegebenheiten Entscheidungen fällen, die auf lange Sicht negative Auswirkungen haben. Die Krise hat ganz klar das Vertrauen der Öffentlichkeit in private Rentenversicherungen untergraben, was das Risiko mit sich bringt, dass die Menschen stärker als zuvor zögern werden, in die private Altersvorsorge zu investieren.

Staatliche Garantien

Sollte der Staat für die private Altersvorsorge genauso Rettungsaktionen starten, wie er dies für die Banken getan hat? Wie zuvor angemerkt, hält der Staat in vielen Ländern bereits eine schützende Hand über betriebliche Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat. In der nachstehenden Erörterung geht es daher um Pläne mit Beitragsprimat. (Der einzige konkrete Fall einer solchen Rettungsaktion – in Israel – wird in Kasten 1.6 besprochen.)

Die Argumente zu Gunsten einer staatlichen Intervention hängen entscheidend von der Struktur des Renteneinkommenssystems ab. In Ländern, in denen ein umfassendes öffentliches Rentensystem existiert, gibt es weniger Gründe für eine solche Intervention. Und wenn die Versicherten zwischen verschiedenen Anlagemöglichkeiten wählen können – insbesondere wenn die Anlagen automatisch auf weniger risikoreiche Vermögenswerte umgeschichtet werden, wenn sie sich dem Rentenalter nähern –, besteht ebenfalls ein weniger starkes Argument für staatliche Eingriffe.

Demgegenüber haben die Regierungen u.U. eine moralische, wenn auch nicht gesetzliche Verpflichtung, helfend einzugreifen, wenn der Abschluss einer Rentenversicherung mit Beitragsprimat nicht freiwillig, sondern vorgeschrieben ist und die Umwandlung in regelmäßige Rentenzahlungen bei Renteneintritt obligatorisch ist.

Kasten 1.6 Anatomie einer Rentenrettungsaktion: Der Fall Israel

Die israelische Regierung wird kurz vor dem Renteneintritt stehende Beschäftigte finanziell entschädigen, die Ersparnisse in betrieblichen Altersvorsorgeplänen verloren haben (es handelt sich dabei um drei Arten von Rentenplänen, *Provident Funds*, *Executive Insurance Plans* und *Budgeted Pension Funds*). Anspruchsberechtigt sind Beschäftigte ab 57 Jahre, die Geld in nicht versicherten Pensionsfonds angelegt haben. Die staatliche Garantie gilt für Rentenguthaben in Höhe von bis zu 350 000 US-\$ und deckt Verluste bis zur Hälfte dieses Betrags.

Die Regierung rechnet damit, dass letzten Endes rd. 200 000 Menschen (etwa 15% der derzeit über 55-Jährigen) diese Leistungen in Anspruch nehmen könnten. Die Gesamtkosten werden, über 13 Jahre verteilt, auf rd. 37 Mrd. US-\$ geschätzt, was rd. 23% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht.

Anspruch auf Entschädigung besteht jedoch nur für Verluste, die seit November 2008 eingetreten sind, so dass es sich eher um eine Absicherung gegenüber künftigen Verlusten als um eine Rettungsaktion für Pensionsfonds mit dem Ziel des Ausgleichs der bisherigen Effekte der Finanzkrise handelt.

In Israel sind weite Teile der Bevölkerung über betriebliche Altersvorsorgepläne abgesichert, die mehrheitlich auf dem Beitragsprimat beruhen und bei denen alle Beschäftigten in denselben Fonds einzahlen, ohne zwischen verschiedenen Anlageformen wählen zu können. Der Wert der Aktiva der privaten Pensionsfonds belief sich 2007 auf 33,6% des BIP (OECD, 2009a, Abb. 2.25).

Eine direkte Rettung durch die Überweisung von Geld auf die Rentenkonten der Betroffenen könnte sich als äußerst kostspielig erweisen. Zudem würden diese Kosten zu einem Zeitpunkt anfallen, wo die Rezession und die Konjunkturpakete bereits einen komprimierenden Effekt auf die öffentlichen Finanzen ausüben. Die OECD geht davon aus, dass der durchschnittliche gesamtstaatliche Nettofinanzierungsbedarf in den Mitgliedsländern von einem Tiefstand von 1,3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2006 auf 7,2% im Jahr 2009 und 8,7% im Jahr 2010 ansteigen wird. Nach diesen Projektionen, die am 31. März 2009 veröffentlicht wurden, befinden sich die öffentlichen Finanzen bereits in einem derart schlechten Zustand, wie er in Friedenszeiten selten zu beobachten war. Darüber hinaus würde das Geld aus einer Rettungsaktion für die Rentenkonten, auf kurze Sicht zumindest, in die Ersparnis fließen und daher kaum zur Stützung der Binnennachfrage in der Rezession beitragen.

Im Gegensatz dazu hätte die Stützung der Rentenersparnisse der am stärksten von der Krise betroffenen Personengruppen über die öffentlichen Rentensysteme den Vorteil, die Kosten im Zeitverlauf zu verteilen. Die Zahlungen würden über die gesamte Dauer des Ruhestands der Betroffenen erfolgen, anstatt als Einmalzahlung heute oder zum Zeitpunkt des Renteneintritts. Dies würde zudem eine größere Effizienz und Flexibilität ermöglichen; die Unterstützung könnte z.B. auf Rentner mit geringem Einkommen ausgerichtet werden.

Zudem besteht im Fall einer direkten Rettung von Pensionsfonds ein Moral-Hazard-Risiko, weil dadurch die Erwartung geweckt wird, dass es bei der nächsten Krise wieder zu einer Rettungsaktion kommen wird, was die Risikobereitschaft erhöhen wird, sobald die gegenwärtige Krise vorüber ist.

Eine Rettungsaktion wäre für die Personen am sinnvollsten, die fast das Rentenalter erreicht haben. Das würde jedoch große politische Schwierigkeiten mit sich bringen. Wenn diese Aktion beispielsweise auf Personen begrenzt würde, die nur wenige Jahre vom Regelrentenalter entfernt sind, würden sich die Arbeitskräfte, die etwas jünger sind, benachteiligt fühlen. Auch Rentner, die erst vor kurzem ihr Rentenskapital in regelmäßige Rentenzahlungen umgewandelt haben und somit Finanzmarktverluste hinnehmen mussten, würden sich beschweren, wenn ihre Altersgenossen, die ihr Geld in den Finanzmärkten gelassen haben, entschädigt würden.

Aus diesen Gründen sollten Ad-hoc-Garantien in Bezug auf die Anlagerenditen oder Entschädigungen für Vermögenswertverluste vermieden werden. Im Interesse der Verteilungsgerechtigkeit und angesichts der fiskalischen Kosten direkter Finanzausschüsse für Pensionsfonds sollten sich die Regierungen stattdessen auf ihre öffentlichen Rentensysteme stützen, um sicherzustellen, dass in einem Jahr von den Pensionsfonds verzeichnete negative Renditen nicht zu weitverbreiteter Alters-

armut für eine ganze Generation von Rentnern führen. Durch die Zahlung eines Ausgleichs in Form öffentlicher Rentenleistungen würden die Kosten über die gesamte Ruhestandsdauer der Betroffenen verteilt, die politischen Spannungen verringert und die Moral-Hazard-Probleme reduziert.

Die Rentensysteme können einen Beitrag zur wirtschaftlichen und finanziellen Erholung leisten

Die Rentensysteme können einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung nach der Krise leisten. Erstens ist es möglich, fiskalische Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft über das öffentliche Rentensystem umzusetzen. Zweitens verfügen viele Länder über reichlich Kapital in privaten Altersvorsorgeplänen und öffentlichen Pensionsreservfonds. Und drittens spielen private Pensionsfonds als langfristige Investoren auch weiterhin eine wichtige Rolle auf den Finanzmärkten.

Die öffentliche Altersversorgung ist ein Bestandteil der Konjunkturpakete, die in einigen Ländern angekündigt wurden. Im **Vereinigten Königreich** haben die Rentner z.B. bereits zusätzliche Zahlungen von mindestens 110 £ erhalten, zudem wird die Indexierung der Grundrente und der Rentensicherung (*pension credit*) für einkommensschwache ältere Menschen großzügiger ausfallen, wodurch im Zeitraum 2009-2012 Kosten in Höhe von 300 Mio. £ pro Jahr entstehen werden¹⁶. Die wirtschaftspolitischen Impulse in **Australien** umfassen ebenfalls Sonderzahlungen für Rentner. Im Dezember 2008 erhielten alleinstehende Rentner eine Einmalzahlung in Höhe von 1 400 \$A und Paare in Höhe von 2 100 \$A. In den **Vereinigten Staaten** wurden allen Empfängern öffentlicher Renten im Mai 2009 zusätzlich 250 US-\$ überwiesen, wodurch Kosten von insgesamt 13 Mrd. US-\$ entstanden. **Griechenland** hat ebenfalls Einmalzahlungen in Höhe von 100-200 Euro an Niedrigeinkommensbezieher, einschließlich Rentner, getätigt. **Belgien, Frankreich und Spanien** haben zusätzliche Erhöhungen der Mindestrenten angekündigt. In Spanien beläuft sich der Anstieg z.B. auf 6,4%.

In all diesen Fällen werden die zusätzlichen Leistungen Rentnern mit niedrigem Einkommen besonders nützlich sein, was dazu beitragen dürfte, die Altersarmut zu reduzieren. In Australien ist die Armut unter älteren Menschen z.B. mehr als doppelt so hoch wie unter der Gesamtbevölkerung, und in Griechenland ist die Armutswahrscheinlichkeit unter älteren Menschen ebenfalls höher (vgl. das Sonderkapitel „Einkommen und Armut älterer Menschen“). Auch andere Länder mit hohen Altersarmutsquoten könnten zusätzliche kurzfristige Zahlungen an ältere Menschen als Teil der Konjunkturpakete in Erwägung ziehen. Einige weniger orthodoxe Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass fiskalische Stimulierungsmaßnahmen tatsächlich die Binnennachfrage stützen, werden in Kasten 1.7 untersucht.

Eine zweite Methode, um über die Altersvorsorge einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung zu leisten, ist der Einsatz der Aktiva der Pensions- und Reservefonds zur Nachfragestützung. In einer idealen Welt müssten diese Aktiva natürlich ausschließlich für ihren eigentlichen Zweck verwendet und allein zur Sicherung der Renteneinkommen gehalten werden. Die aktuelle Situation ist aber alles andere als ideal.

In **Australien** wird Personen, die mit ihren Hypothekenzahlungen in Verzug geraten, gestattet, auf ihre privaten Rentenersparnisse zurückzugreifen, um eine Zwangsversteigerung ihrer Wohnimmobilie zu verhindern. Der Zugriff auf die Rentenkonto ist kontrolliert, um sicherzustellen, dass zuvor alle anderen Möglichkeiten zur Bewältigung der Zahlungsrückstände ausgeschöpft wurden. Es gibt kaum einen plausiblen Grund dafür, Menschen den Zugriff auf ihre Rentenersparnisse zu verweigern, wenn sie Gefahr laufen, ihr Heim zu verlieren.

In **Dänemark** wird ein vorzeitiger Zugriff auf die Guthaben aus dem „besonderen Vorsorge-sparen“ gewährt. Die Guthaben auf diesen Konten sind relativ niedrig – 14 600 DKK bzw. 2 600 US-\$ –, weil der Beitragssatz nur 1% des Arbeitsentgelts beträgt und die Beitragszahlungen seit 2004 ausgesetzt wurden. Die Regierung geht davon aus, dass in etwa ein Viertel der Betroffenen ihr Kapital abheben wird.

Island wird die Entnahme von Kapital aus betrieblichen Altersvorsorgeplänen gestatten, sofern der Teil der Rentenersparnisse unangetastet bleibt, der zur Finanzierung der gesetzlichen Ersatzquote notwendig ist. Zur Linderung finanzieller Belastungen können die Betroffenen zudem auf

Mittel aus freiwilligen Beitragszahlungen zurückgreifen¹⁷. Schätzungen des Finanzministeriums (2009) zufolge werden rd. 75 Mrd. ISK zur Verfügung stehen, was mehr als 5% des BIP entspricht. Die Ersatzquote des obligatorischen privaten Rentensystems liegt in Island weit über dem OECD-Durchschnitt, weshalb die Sicherung ausreichender Renteneinkommen durch den Zugriff auf diese zusätzlichen Rentensparnisse nicht in Frage gestellt ist.

In den **Vereinigten Staaten** ist es rd. 90% der Inhaber von 401(k)-Konten gestattet, sich Geld aus diesen Konten zu leihen. 2007 haben lediglich 18% der berechtigten Personen einen solchen Kredit in Anspruch genommen, und der Umfang dieser Kredite belief sich durchschnittlich nur auf 12% der Guthaben (VanDerhei et al., 2008). Beide Zahlen sind trotz der Konjunkturschwankungen im Zeitverlauf konstant geblieben. Eine detaillierte Analyse deutet darauf hin, dass diese Möglichkeit verantwortungsvoll genutzt wird: Die aus den Rentenkonten entnommenen Kredite sind nicht groß, und sie werden zurückgezahlt (vgl. Kusko et al., 1998; und General Accounting Office, 1997). Das Gesetz schreibt eine Rückzahlung zu Marktzinsen vor, andernfalls wird der Kredit als vorzeitige Entnahme behandelt und unterliegt Strafsteuern. Vorzeitige Entnahmen ohne Strafsteuern werden in genau definierten Fällen besonders schwerer finanzieller Härten gestattet. Zum größten Rentensparnisschwund kommt es jedoch beim Wechsel des Arbeitgebers. Schätzungsweise zwei Drittel der Betroffenen übertragen beim Wechsel des Arbeitgebers ihre 401(k)-Guthaben trotz Strafsteuern nicht in einen anderen Altersvorsorgeplan, dabei handelt es sich aber in der Regel um geringe Guthaben (zwei Drittel des *Kapitals* werden übertragen).

Norwegen, das über den zweitgrößten Staatsfonds der Welt verfügt, wird auf diese Reserven zurückgreifen, um ein Konjunkturpaket im Umfang von insgesamt 2,3% des BIP zu finanzieren. Dieser Reservefonds, der als „Government Pension Funds – Global“ bekannt ist, kann auch zur

Kasten 1.7 Wirtschaftspolitische Impulse, Inlandsnachfrage und Verbrauch

Bei fiskal- und geldpolitischen Impulsen kann das Problem bestehen, dass die Betroffenen das Geld nicht ausgeben, sondern sparen, um ihre Finanzposition zu sanieren. Dadurch wird der Effekt auf den Verbrauch und mithin die Binnennachfrage abgeschwächt. Japan hat in der Vergangenheit mit der Vergabe von „Einkaufsgutscheinen“ experimentiert, um den Verbrauch in der Rezession zu stützen. Gutscheine für Niedrigeinkommenshaushalte sind auch ein wichtiger Bestandteil des koreanischen Konjunkturpakets. Da die Armutsquote in der älteren Bevölkerung in Korea bei 45% liegt – gegenüber weniger als 15% für die Gesamtbevölkerung –, dürften Personen im Rentenalter zu den Hauptbegünstigten dieser Aktion gehören. (Vgl. Sonderkapitel „Einkommen und Armut älterer Menschen“ dieses Berichts.) In Italien wurden 0,5 Millionen „Sozialkarten“ für einkommensschwache ältere Menschen und Familien mit Kindern ausgegeben. Mit diesen Karten können Güter und Dienstleistungen des Grundbedarfs im Wert von 40 Euro monatlich erstanden werden.

Das Konzept dieser Gutscheinprogramme, mit denen gewährleistet werden soll, dass die bereitgestellten Summen ausgegeben und nicht gespart werden, kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. In der Großen Depression der 1930er Jahre wurde der Vorschlag gemacht, allen Rentnern ab 60 Jahren einen monatlichen Pauschalbetrag zu zahlen, um so den Verbrauch anzukurbeln. Diese Zahlungen sollten in Form von Scheinen mit Farbkodierung erfolgen, die verfielen, wenn das Geld nicht vor dem 5. des nächsten Monats ausgegeben würde. Der sogenannte Townsend-Plan – nach dem gleichnamigen Arzt aus Kalifornien, der ihn ins Leben rief – gewann rasch an Popularität, nachdem Townsend einen langen Brief an den Herausgeber einer örtlichen Zeitung geschrieben hatte. Bald wurde daraus eine landesweite Organisation mit dem klangvollen Slogan „Peace and Prosperity thru Pensions“. Die Einführung der Social Security in den Vereinigten Staaten (der dortigen öffentlichen Rentenversicherung) durch die Roosevelt-Administration im Jahr 1935 wird zu einem großen Teil dem Erfolg dieser Kampagne zugeschrieben (Amenta, 2006).

Townsend's Plan wurde vor allem aus zwei Gründen nicht umgesetzt. Erstens war der vorgesehene Pauschalbetrag sehr hoch. Zweitens sollte er durch eine nationale Verkaufssteuer finanziert werden, von der angenommen wurde, dass sie große, vertikal integrierte Unternehmen begünstigen würde. Dennoch zeichnete dieser Vorschlag einen Weg auf, um sicherzustellen, dass fiskalische Impulse tatsächlich der Ankurbelung der Inlandsnachfrage dienen, was in den meisten asiatischen Volkswirtschaften, innerhalb und außerhalb des OECD-Raums, besonders wichtig ist.

Bankenrettung eingesetzt werden. Die Rekapitalisierung von Banken hat in Norwegen bisher 13,8% des BIP gekostet, was sie gemessen am Nationaleinkommen zur zweitgrößten Rekapitalisierung weltweit macht. Irland, das ebenfalls seinen Pensionsreservefonds nutzen wird, um für die Bankenrekapitalisierung aufzukommen (siehe oben), hat bisher fast genauso viel ausgegeben wie der Durchschnitt der G20-Länder, d.h. 5,3% des BIP¹⁸.

In einer idealen Welt würden auch diese Reserven ausschließlich dafür verwendet, die künftigen Kosten der Bevölkerungsalterung in Form von Renten- und Gesundheitsausgaben zu decken. Tatsache ist jedoch, dass die Rekapitalisierung der Banken die öffentlichen Finanzen stark belasten wird. Aus wirtschaftlicher Sicht besteht kein großer Unterschied zwischen der Nutzung dieser Reservefonds und der Ausgabe von Staatsanleihen zur Finanzierung der Kosten, da dies an der Gesamtfinanzlage des öffentlichen Sektors nichts ändert. Der größte Grund zur Sorge ist dabei, dass dies einen Präzedenzfall schafft, was zur Folge haben könnte, dass immer wieder auf die Reservefonds zurückgegriffen wird, wenn sich die Regierungen Liquiditätsengpässen gegenübersehen, so dass die Staatskassen leer sein könnten, wenn der durch die Bevölkerungsalterung bedingte Finanzierungsdruck stärker wird.

Eine dritte Möglichkeit zur Förderung der Erholung ergibt sich aus der potenziellen Fähigkeit der Pensionsfonds, zur Stabilisierung der Finanzmärkte beizutragen. Private Altersvorsorgepläne haben in der Regel, gemessen an dem von ihnen verwalteten Gesamtvermögen und verglichen mit anderen institutionellen Investoren, nur einen sehr geringen Liquiditätsbedarf (zur Zahlung der Leistungen und Deckung der Verwaltungsausgaben). Pensionsfonds haben auch einen langen Anlagehorizont. Die einzige große Ausnahme bilden in dieser Hinsicht Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat, die keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen und häufig ihre Vermögenswerte veräußern, um ihren Leistungsverbindlichkeiten nachzukommen. Sie spielen in Ländern wie dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten eine große Rolle, wo sich die Umstellung auf Pläne mit Beitragsprimat am schnellsten vollzogen hat (vgl. Kasten 1.1).

Pensionsfonds müssen ihre Vermögenswerte normalerweise nicht zu den derzeit vorherrschenden niedrigen Preisen veräußern, um ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, da sie sich auf einen kontinuierlichen Zufluss von Beitragszahlungen und Kapitalerträgen stützen können. Dies hängt aber davon ab, welche Auflagen für Pensionsfonds, insbesondere Pläne mit Leistungsprimat, gelten (was im nächsten Abschnitt erörtert wird). Die Änderungen der Rechnungslegungs- und Regulierungsstandards, namentlich jene, die die Pensionsfonds und Trägerunternehmen dazu zwingen, ihre Aktiva zu den derzeitigen niedrigen Vermögenspreisen zu verbuchen, könnten die Rolle begrenzen, die die Pensionsfonds bei der Bewältigung der Finanzmarkturbulenzen spielen können.

Regulierung von Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat

Die zuständigen staatlichen Stellen legen im Allgemeinen Regeln für die Finanzierung bzw. die finanzielle Tragfähigkeit von betrieblichen Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat fest. Diese Regeln, deren Einhaltung normalerweise von unabhängigen Aufsichtsbehörden überwacht wird, sollen sicherstellen, dass die aktuellen Vermögensbestände der Pensionsfonds ausreichen, um die künftigen Verbindlichkeiten, vor allem in Form von Rentenzahlungen an aktuelle und künftige Rentner, zu decken. In den letzten Jahren wurden die Finanzierungsregeln in mehreren Ländern gestrafft. In der Tat müssen einige Arbeitgeber noch immer zusätzliche Beiträge entrichten, um die Defizite auszugleichen, die während des Einbruchs an den Finanzmärkten 2000-2002 entstanden sind.

Eine verbreitete Reaktion auf die aktuelle Krise ist die Ausdehnung der Fristen, innerhalb derer Altersvorsorgeprogramme mit Leistungsprimat ihre finanzielle Tragfähigkeit wiederherstellen müssen. In einem Rezessionsumfeld, wo die Unternehmensrentabilität sinkt und der Kreditzugang stark beschränkt ist, scheint dies eine sinnvolle Maßnahme. Der Cashflow der Unternehmen ist in solchen Fällen bereits beeinträchtigt, und würden die Arbeitgeber gezwungen, ihre Beitragszahlungen an unterfinanzierte Altersvorsorgepläne zu erhöhen, würde sich die Lage nur verschlimmern. Dies könnte sogar die Zahlungsfähigkeit der Trägerunternehmen bedrohen, was offensichtlich nicht im Interesse der Leistungsempfänger liegt¹⁹.

Die zuständige Regulierungsbehörde in den **Niederlanden** hat die Frist für die Wiederherstellung der finanziellen Tragfähigkeit von drei auf fünf Jahre ausgedehnt, selbst wenn sie dieses Jahr in Bezug auf die wichtigsten Aspekte der Sanierungspläne am 1. April als Stichtatum festgehalten hat. Die jüngsten Vorschläge zur Anhebung des Rentenalters zielten u.a. darauf ab, die erforderlichen Anpassungen der Beitragssätze und der Indexierung der laufenden Rentenzahlungen sowie der erworbenen Rentenansprüche der Beschäftigten zu reduzieren (vgl. auch Kasten 1.3). In **Irland** hat die Regulierungsbehörde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um insolventen betrieblichen Altersvorsorgesystemen zu helfen: a) längere Fristen für die Einreichung von Sanierungsvorschlägen, b) Verlängerung der Laufzeiten der Sanierungspläne auf zehn oder mehr Jahre, sofern angemessen, c) Berücksichtigung freiwilliger Arbeitgebergarantien. Die Regierung hat jüngst auch Pläne angekündigt, um die Rentenansprüche von Arbeitskräften zu schützen, deren betriebliche Altersvorsorgepläne auf Grund der Insolvenz des Arbeitgebers aufgelöst werden. In den **Vereinigten Staaten** beinhaltet der *Pension Protection Act* eine zeitlich befristete Lockerung der Finanzierungsanforderungen für Betriebsrentensysteme. In **Kanada** ziehen die Behörden eine Ausweitung der Refinanzierungsfristen für die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit von fünf auf zehn Jahre in Betracht. In **Norwegen** wurde die Frist für die Erfüllung der Auflage, zusätzliche Reserven im Hinblick auf die steigende Lebenserwartung zu bilden, von drei auf fünf Jahre verlängert. Und auch in **Finnland** wurde beschlossen, die Erfüllung einiger Solvenzanforderungen bis Ende 2010 aufzuschieben, um Zwangsverkäufe von Aktien zu ungünstigen Zeitpunkten zu verhindern.

Einige Länder überdenken derzeit auch die jüngsten Änderungen der Standards für die Bewertung der Aktiva von Pensionsfonds, insbesondere die Einführung der „Fair-Value-“ oder „Mark-to-market-“Methoden, bei denen u.a. Abzinsungssätze zur Anwendung kommen, die sowohl den Zeitpunkt der Fälligkeit der Rentenverbindlichkeiten als auch das aktuelle Niveau der Marktzinsen berücksichtigen. Den Pensionsfonds in Dänemark wird z.B. erlaubt werden, sich bei ihren Berechnungen zur Prüfung ihrer finanziellen Tragfähigkeit auf die Hypothese einer Rückkehr zu „normalen“ Marktbedingungen zu stützen. Eine ähnliche Maßnahme wurde auch in Finnland beschlossen, und in anderen Ländern wird derzeit über solche Vorkehrungen diskutiert. Die Regulierungsbehörde in den Niederlanden hat dem von den Rentenversicherungen ausgehenden Druck, den für die Abzinsung künftiger Rentenverbindlichkeiten verwendeten Satz zu verändern, jedoch bisher nicht nachgegeben.

Entscheidend ist allerdings, dass diese Maßnahmen – insbesondere die Ausdehnung der Fristen für die Wiederherstellung der finanziellen Tragfähigkeit – zeitlich klar begrenzt sind und dass sie nicht zu einer dauerhaften Schwächung der Finanzierungsaufgaben führen. Dies hätte letzten Endes zur Folge, dass sich die Sicherheit der Renteneinkommen der Beschäftigten verringern würde. Und dort, wo es Rentensicherungsfonds gibt²⁰, wären auch die öffentlichen Finanzen einem Risiko ausgesetzt.

4. Schlussbetrachtungen: Sicherheit durch Diversifizierung²¹

In nahezu allen OECD-Ländern sinken derzeit die Vermögenspreise, geht die gesamtwirtschaftliche Produktion zurück und steigt die Arbeitslosigkeit. Der kurzfristig auf den staatlichen Stellen lastende politische Druck, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ist enorm. Es ist aber wichtig, dass opportunistische Reaktionen, die die langfristige Stabilität und Tragfähigkeit der Rentensysteme bedrohen, vermieden werden. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die langfristigen Herausforderungen für die Rentensysteme, die von dem demografischen Wandel und der Bevölkerungsalterung ausgehen, nach wie vor bestehen. Der kurzfristige Druck hat die langfristigen Probleme nur verschärft.

Auf Grund der Finanzkrise gilt die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern derzeit in erster Linie dem *Anlagerisiko*. Auf den Renten lastet jedoch eine ganze Palette von Risiken und Unsicherheiten, was darauf zurückzuführen ist, dass es sich um Langzeitverträge handelt. In den vierzig oder mehr Jahren, die zwischen dem Arbeitsmarkteintritt und damit auch der Aufnahme ins Rentensystem und dem Renteneintritt verstreichen, kann sich viel verändern.

Bei der öffentlichen Altersvorsorge besteht z.B. das Risiko, dass die Regierungen (oder besser gesagt die Wähler) ihre Meinung darüber ändern, was als angemessenes Renteneinkommen zu betrachten ist, in welchem Fall die Rentenleistungen geringer ausfallen könnten als erwartet. Sollte sich die Finanzkrise zu einem anhaltenden und starken Wirtschaftsabschwung entwickeln, wären die Steuerzahler sowohl weniger zahlreich als auch weniger gewillt, ihr Geld herzugeben. Die Probleme in der Realwirtschaft werden infolge höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Verdiensten auch die Renteneinkommen beeinträchtigen.

Die Probleme der privaten Rentenversicherungen, die sich aus den Finanzmarkturbulenzen ergeben, sind kein ausreichend guter Grund, um private Altersvorsorgepläne durch öffentliche Systeme zu ersetzen. Viele Länder befinden sich bereits in einer schwachen Finanzlage, die sich im Zuge der Konjunkturverlangsamung weiter verschlechtern dürfte. In Anbetracht der mit der Bevölkerungsalterung auf die Gesundheits- ebenso wie die Rentensysteme zukommenden Kosten würde eine derartige Maßnahme die mittel- und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährden.

Der beste Ansatz in der Altersvorsorge ist die Kombination unterschiedlicher Renteneinkommensquellen, d.h. öffentlicher und privater Systeme sowie der beiden wichtigsten Finanzierungsformen (Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung). Angesichts der verschiedenen Risiken wäre es unvorsichtig, ausschließlich oder hauptsächlich auf eine Quelle zu setzen.

Die OECD spricht sich seit langem für die *diversifizierte* Altersvorsorge aus, indem sie das Prinzip „Vielfalt ist mit zahlreichen Vorteilen verbunden“ geltend macht (OECD, 1998). In dem Bericht *Wahrung des Wohlstands in einer alternden Gesellschaft* heißt es: „In der Tat weist jedes Element des Gesamtsystems ganz spezifische Stärken und Schwächen auf, und ein System, das diese verschiedenen Elemente flexibel miteinander vereint, würde nicht nur eine Risikostreuung erlauben, sondern auch eine ausgewogenere Lastenteilung zwischen den Generationen gestatten“²².

Die Rentensysteme ebenso wie die einzelnen Bürger sind wirtschaftlichen, demografischen, finanziellen und sozialen Unsicherheiten ausgesetzt. Es ist ganz klar, dass der beste Ansatz für den Einzelnen – und infolgedessen auch für eine Regierung, die im besten Interesse ihrer Bürger zu handeln sucht – darin besteht, unterschiedliche Renteneinkommensquellen miteinander zu kombinieren. Die Diversifizierung der Altersvorsorge ist die beste Möglichkeit, um im Alter Sicherheit zu gewährleisten. Dieser Grundsatz hat durch die Krise nichts an Bedeutung verloren.

Anmerkungen

1. Vgl. OECD (2007a), Martin und Whitehouse (2008) sowie Queisser et al. (2007) wegen einer eingehenden Erörterung dieser Reformen.
2. Vgl. Erörterung der Indikatoren „Gewichtete Durchschnittswerte: Rentenniveaus und Rentenvermögen“ und „Struktur des Rentenpakets“ in Teil II dieses Berichts.
3. Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Beitragssätze der einzelnen Versicherten erheblich unterscheiden. Zum Beispiel entrichten Geringverdiener und jüngere Arbeitskräfte durchschnittlich geringere Beiträge.
4. Für die anderen drei Länder, die nicht in Abbildung 1.2 erfasst sind – Japan (die Aktiva der privaten Altersvorsorgesysteme belaufen sich dort auf 20,0% des BIP), Portugal (13,7%) und Spanien (7,5%) –, liegen keine den üblichen Regeln entsprechende Informationen über die Altersvorsorgepläne vor. Die Aktiva der fraglichen privaten Altersvorsorgesysteme sind allerdings niedriger als in den meisten Ländern, die in Abbildung 1.2 aufgeführt sind. Vgl. Indikator „Aktiva privater Pensionsfonds und öffentlicher Pensionsreservfonds“ in Teil II dieser Veröffentlichung.
5. In Mexiko werden Arbeitskräfte, die zum Zeitpunkt der Rentenreform bereits erwerbstätig waren, jedoch weiterhin den Großteil ihrer Renten vom Staat beziehen: Vgl. Sonderkapitel „Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge“ in dieser Ausgabe.
6. Leider liegen keine den üblichen Regeln entsprechende Daten vor, die es der OECD ermöglichen würden, diese Rentenansprüche zu modellieren.
7. Vgl. Kasten 2.1 sowie Pearson und Whitehouse (2009) zum Grad der Absicherung der Rentnerbevölkerung durch bedürftigkeitsabhängige Programme.

8. Vgl. Keenay und Whitehouse (2003a und b) wegen einer Analyse der Rolle des Steuersystems für die Einkommensstützung im Alter.
9. Genauere Daten sind Whitehouse et al. (2009), Tabelle 4, zu entnehmen. Dort findet sich auch eine Analyse des Effekts der Steuern auf die Netto renteneinkommen bei verschiedenen Renditeniveaus.
10. In OECD (1996, 2008) und Ebbinghaus (2006) findet sich eine detaillierte Analyse. Vgl. OECD (2009b) wegen einer umfassenden Darstellung des Effekts der Krise auf Arbeitsmärkte und Sozialpolitik.
11. Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.
12. Vgl. D'Addio et al. (2009), Abschnitte 6-9, wegen einer Erörterung.
13. Die strengsten Beschränkungen für Aktienanlagen gelten in Korea und Mexiko (30%) sowie in Deutschland und Norwegen (35%); vgl. OECD (2009a), Abbildung 2.18. In einigen Ländern müssen die Pensionsfondsmanager eine Auswahl an Fonds mit unterschiedlichem Risiko-Rendite-Profil anbieten. Zur Berechnung des Länderdurchschnitts wird die Aktiengrenze für zentrale oder ausgewogene Fonds herangezogen.
14. Einfach ausgedrückt, besitzen jüngere Arbeitskräfte im Allgemeinen wenig anderes Vermögen als ihr Humankapital, d.h. ihren künftigen Verdienst. Für sie ist es optimal, Vermögenswerte zu halten, die eine geringe Korrelation mit ihrem projizierten Verdienst aufweisen. Für ältere Arbeitskräfte stellt sich die Situation umgekehrt dar. Je mehr sie sich dem Renteneintritt nähern, umso mehr schwindet ihr Humankapital, stattdessen haben sie aber in der Regel Finanzkapital in Form von Ersparnissen in privaten Altersvorsorgeplänen oder Rentenansprüchen aus öffentlichen Rentenversicherungen angesammelt. Vgl. u.a. Jagannathan und Kocherlakota (1996) sowie Samuelson (1998a und b).
15. Wenn Länder einen Teil ihrer Altersvorsorge von öffentlichen umlagefinanzierten Systemen auf private Systeme umstellen, wirft das eine Reihe von Politikfragen auf. Eine entscheidende Frage ist dabei, inwieweit den aktuellen und künftigen Arbeitskräften erlaubt, nahegelegt oder vorgeschrieben werden sollte, in private Pläne mit Beitragsprimat überzuwechseln; wegen einer Erörterung vgl. Kasten 1.2 weiter oben.
16. Dabei erfolgte erstens eine Zahlung in Höhe von 60 £ im Januar 2009, was einem Vorziehen der Indexierung von April zum Jahresanfang entsprach. Zweitens wird bei der Indexierung der Grundrente nun der höhere Wert des Anstiegs des Einzelhandelspreisindex (RPI) – 2,5% – zu Grunde gelegt. Der RPI ließ im Dezember 2008 und Januar 2009 auf eine Deflation schließen und dürfte für den Großteil des Jahres negativ bleiben. Das bedeutet, dass die Grundrente in realer Rechnung steigen wird. Drittens wurde der Heizkostenzuschuss für Rentner um 25% auf 250 £ erhöht (Personen über 80 Jahre erhalten zusätzliche Leistungen).
17. Die Beschäftigten können bis zu 4% ihres Arbeitsentgelts in freiwillige individuelle Rentenkonten einzahlen. Die Arbeitgeber steuern in der Regel einen Beitrag in Höhe von bis zu 2% des Arbeitsentgelts bei.
18. Der Internationale Währungsfonds (2009) geht jedoch davon aus, dass die norwegische Regierung 98% dieser Investition wieder hereinholen wird, im Vergleich zu nur 52% für Irland.
19. Besorgniserregende Daten aus den Niederlanden lassen darauf schließen, dass Unternehmen, die größeren Risiken ausgesetzt sind (kleinere Unternehmen oder Unternehmen mit hohem Verschuldungsgrad), in den von ihnen angebotenen Altersvorsorgeplänen mit Leistungsprimat auch riskantere Anlagen halten (was heißt, dass der Aktienanteil in den Portfolios höher ist). Vgl. Davis et al. (2007).
20. Zu diesen gehören der *Pension Protection Fund* im Vereinigten Königreich und die *Pension Benefit Guaranty Corporation* in den Vereinigten Staaten.
21. „Sicherheit durch Diversifizierung“ – der Slogan des Rentenreformprozesses in Polen von Mitte bis Ende der 1990er Jahre – ist nach wie vor aktuell. Vgl. Chlon et al. (1999).
22. Diese Schlussfolgerung ist durch die finanzwirtschaftliche Literatur hinreichend belegt. Merton (1983) erläuterte z.B. auf der Grundlage der Portfoliotheorie, warum eine Diversifizierung zwischen Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung optimal ist. Dieses Modell wurde von Bodie et al. (1992) weiterentwickelt und von Heeringa (2008) ausgedehnt, um auch das Inflationsrisiko darin zu berücksichtigen.

Literaturverzeichnis

- Amenta, E. (2006), *When Movements Matter: The Townsend Plan and the Rise of Social Security*, Princeton University Press.
- Australian Prudential Regulatory Authority (2007), *Insight: Celebrating 10 Years of Superannuation Data Collection*, Sydney.
- Bikker, J.A. und P.J.G. Vlaar (2006), "Conditional Indexation in Defined Benefit Pension Plans", Working Paper, No. 86, De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Bodie, Z., R.C. Merton und W.F. Samuelson (1992), "Labor Supply Flexibility and Portfolio Choice in a Lifecycle Model", *Journal of Economic Dynamics and Control*, Vol. 16, No. 3, S. 427-449.
- Börsch-Supan, A. und C.B. Wilke (2006), "The German Public Pension System: How It Will Become an NDC System Look-Alike", in R. Holzmann und E. Palmer (Hrsg.), *Pension Reform: Issues and Prospects for Non-Financial Defined Contribution (NDC) Schemes*, Weltbank, Washington D.C.
- Brown, R.L. (2008), "Reforms to Canadian Social Security, 1996-7", in S.J. Kay und T. Sinha (Hrsg.), *Lessons from Pension Reform in the Americas*, Oxford University Press, Oxford.
- Chlon, A., M. Góra und M. Rutkowski (1999), "Shaping Pension Reform in Poland: Security through Diversity", Pension Reform Primer series, Social Protection Discussion Paper, No. 9923, Weltbank, Washington D.C.
- D'Addio, A.C., J. Seisdedos und E.R. Whitehouse (2009), "Investment Risk and Pensions: Measuring Uncertainty in Returns", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 70, OECD, Paris.
- Davis, E.P., S. Grob und L. de Haan (2007), "Pension Fund Finance and Sponsoring Companies: Empirical Evidence on Theoretical Hypotheses", Working Paper, No. 158, De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Department of Labor, Employee Benefits Security Administration, Vereinigte Staaten (verschiedene Jahre), *Private Pension Plan Bulletin: Abstract of Form 5500 Annual Reports*, Washington D.C.
- Department of Work and Pensions, Vereinigtes Königreich (2006), *Second Tier Pension Provision 1978/79 to 2003/04*, London.
- Dutch Central Bank (De Nederlandsche Bank) (2007), "Pension Contributions Stabilised, Indexation of Pensions Resumed", Statistical Bulletin, S. 19-22, März.
- Ebbinghaus, B. (2006), *Reforming Early Retirement in Europe, Japan and the USA*, Oxford University Press, Oxford.
- General Accounting Office, Vereinigte Staaten (1997), "401(k) Pension Plans: Loan Provisions Enhance Participation but May Affect Income Security for Some", GAO/HEHS-98-5, Washington D.C.
- Heeringa, W. (2008), "Optimal Lifecycle Investment with Pay-As-You-Go Pension Schemes: A Portfolio Approach", Working Paper, No. 168, De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Holzmann, R. und R.P. Hinz (2005), *Old-Age Income Support in the 21st Century: An International Perspective on Pension Systems and Reform*, Weltbank, Washington D.C.
- Hoskins, D., M.A. Pearson und E.R. Whitehouse (2009), "Social Pensions in High-Income Countries", in R. Holzmann und N. Takayama (Hrsg.), *Closing the Coverage Gap: The Role of Social Pensions*, Weltbank, Washington D.C., erscheint demnächst.
- International Financial Services London (2009), *Pension Markets 2009*, London.
- Jagannathan, R. und N. Kocherlakota (1996), "Why Should Older People Invest Less in Stocks than Younger People?", *Federal Reserve Bank of Minneapolis Quarterly Review*, Vol. 20, No. 3, S. 11-23.
- Internationaler Währungsfonds (2009), "The State of Public Finances: Outlook and Medium-Term Policies after the 2008 Crisis", Fiscal Affairs Department, Washington D.C.
- Keenay, G. und E.R. Whitehouse (2003a), "Financial Resources and Retirement in Nine OECD Countries: the Role of the Tax System", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 8, OECD, Paris.
- Keenay, G. und E.R. Whitehouse (2003b), "The Role of the Personal Tax System in Old-age Support: A Survey of 15 Countries", *Fiscal Studies*, Vol. 24, No. 1, S. 1-21.
- Kusko, A., J.M. Poterba und D. Wilcox (1998), "Employee Decisions with Respect to 401(k) Plans", in O.S. Mitchell und S. Schieber (Hrsg.), *Living with Defined Contribution Pensions: Remaking Responsibility for Retirement*, S. 98-112, University of Pennsylvania Press, Philadelphia.

- Martin, J.P. und E.R. Whitehouse (2008), "Reforming Retirement-Income Systems: Lessons from the Recent Experiences of OECD Countries", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 66, OECD, Paris.
- Mattil, B. und E.R. Whitehouse (2009), "Rebalancing Retirement-Income Systems: The Role of Individual Choice under Mixed Public/Private Pension Provision", Social, Employment and Migration Working Paper, OECD, erscheint demnächst.
- Merton, R.C. (1983), "On the Role of Social Security as a Means for Efficient Risk Sharing in an Economy Where Human Capital Is Not Tradable", in Z. Bodie und J.B. Shoven (Hrsg.), *Financial Aspects of the United States Pension System*, University of Chicago Press for National Bureau of Economic Research, S. 325-358.
- Ministry of Finance, Iceland (2009), "Weekly Web Release, 5 February", Reykjavik.
- Morissette, R. und A. Johnson (2003), "Are Good Jobs Disappearing in Canada?", Research Paper, No. 239, Analytical Studies Branch, Statistics Canada, Ottawa.
- OECD (1996), *Die OECD-Beschäftigungsstrategie – Beschleunigte Umsetzung der Strategie*, Paris.
- OECD (1998), *Wahrung des Wohlstands in einer alternden Gesellschaft*, Paris.
- OECD (2001), *Ageing and Income: Financial Resources and Retirement in Nine OECD Countries*, Paris.
- OECD (2007a), *Renten auf einen Blick: Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich – 2007*, Paris.
- OECD (2007b), *Benefits and Wages*, Paris.
- OECD (2006), *Beschäftigungsausblick 2006 – Mehr Arbeitsplätze, höhere Einkommen*, Paris.
- OECD (2009a), *Private Pensions Outlook*, Paris.
- OECD (2009b), "The Labour Market Impact of the Economic Downturn: What Are the Implications for Employment and Social Policy?", Kapitel 1, *Employment Outlook*, OECD, Paris, erscheint demnächst.
- Office of the Superintendent of Financial Institutions Canada (2007), "Optimal Funding of the Canada Pension Plan", *Actuarial Study*, No. 6, Ottawa.
- Pensions Board, Irland (verschiedene Jahre), *Annual Report*, Dublin.
- Pension Protection Fund, Vereinigtes Königreich (2009), "PPF 7800 Index March 2009", Croydon, Surrey.
- Purcell, P. (2008), "Individual Retirement Accounts and 401(k) Plans: Early Withdrawals and Required Distributions", Report code RL31770, Congressional Research Service, Washington D.C.
- Queisser, M., P. Whiteford und E.R. Whitehouse (2007), "The Public-Private Pension Mix in OECD Countries", *Industrial Relations Journal*, Vol. 38, No. 6, S. 542-568.
- Samuelson, P.A. (1989a), "The Judgement of Economic Science on Rational Portfolio Management: Indexing, Timing and Long-Horizon effects", *Journal of Portfolio Management*, Herbst, S. 4-12.
- Samuelson, P.A. (1989b), "A Case at Last for Age-Phased Reduction in Equity", *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Vol. 86, S. 9048-9051.
- Settergren, O. (2001), "The Automatic Balance Mechanism of the Swedish Pension System: A Non-Technical Introduction", *Wirtschaftspolitische Blätter*, No. 4, S. 339-349.
- The Pensions Regulator, Vereinigtes Königreich (2008), *The Purple Book: DB Pensions Universe Risk Profile*, London.
- VanDerhei, J. (2009), "The Impact of the Recent Financial Crisis on 401(k) Account Balances", *Issue Brief*, No. 326, Employee Benefit Research Institute, Washington D.C.
- VanDerhei, J., S. Holden, L. Alonso und C. Copeland (2008), "401(k) Plan Asset Allocation, Account Balances, and Loan Activity in 2007", *Issue Brief*, No. 324, Employee Benefits Research Institute, Washington D.C.
- Whitehouse, E.R. (2007), *Pensions Panorama: Retirement-Income Systems in 53 Countries*, Weltbank, Washington D.C.
- Whitehouse, E.R., A.C. D'Addio und A.P. Reilly (2009), "Investment Risk and Pensions: Impact on Individual Retirement Incomes and Government Budgets", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 87, OECD, Paris.

2. Einkommen und Armut älterer Menschen

Die Analysen in *Renten auf einen Blick* sind hauptsächlich zukunftsgerichtet, es geht darin um die künftigen Rentenansprüche der heute Erwerbstätigen. Das vorliegende Sonderkapitel¹ ergänzt diese Analyse durch eine Untersuchung der Renteneinkommen heutiger Rentner. Es ist folgender Frage gewidmet: Wie ergeht es der heutigen älteren Generation im Vergleich zu der Bevölkerung, die heute im erwerbsfähigen Alter ist?

Die Gestaltung der Rentenpolitik strebt ein Gleichgewicht zwischen zwei Zielen an. Das erste ist die Sicherstellung angemessener Renteneinkommen, um zu garantieren, dass die Menschen im Alter nicht von Armut bedroht sind. Dies ist besonders wichtig für Menschen, die durchweg Niedrigverdienste bezogen, lange in befristeten Arbeitsverhältnissen oder Teilzeit beschäftigt waren oder Karrierebrüche durch Arbeitslosigkeit oder Pflegeverpflichtungen zu verzeichnen hatten. Diese Personengruppen haben wahrscheinlich nur wenige Ansprüche erworben, sei es in staatlichen, verdienstabhängigen oder privaten Rentensystemen.

Das zweite Ziel ist, sicherzustellen, dass die Renteneinkommen nicht von dem Lebensstandard abweichen, den der Einzelne während seines Erwerbslebens erreicht hatte. Für Irland, Kanada, Neuseeland und das Vereinigte Königreich steht z.B. hauptsächlich oder gänzlich das Ziel der Angemessenheit im Vordergrund. Italien, Polen, die Slowakische Republik und Ungarn gehören hingegen zu den Ländern, deren Rentenversicherung auf einer engen Beziehung zwischen den Einkünften während des Erwerbslebens und der Rente im Ruhestand aufgebaut ist².

Im *ersten Abschnitt* dieses Sonderkapitels werden die Einkommen der älteren Bevölkerung (über 65 Jahre) untersucht und mit denen der Gesamtbevölkerung verglichen. Diese Einkommensmessgrößen sind insofern umfassend, als sie alle monetären Einkommensquellen und sämtliche Personengruppen einbeziehen. Bei den älteren Menschen werden z.B. die Ansprüche aus staatlichen und privaten Renten sowie die bedürftigkeitsabhängigen Leistungen berücksichtigt, wie bei den Modellrechnungen der einzelnen Leistungen in der Analyse der Rentenansprüche, die in den Indikatoren der Rentenansprüche in Teil II des Berichts vorgestellt werden. Sie berücksichtigen jedoch auch die Erträge der nichtrentenbezogenen Ersparnisse und Einkünfte oder Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, die bei den jüngeren Alten (zwischen 66 und 75 Jahren) in vielen OECD-Ländern wesentlich zum Unterhalt beitragen. Alle Personen im erwerbsfähigen Alter sind in der Berechnung des Bevölkerungseinkommens berücksichtigt, auch die Arbeitslosen.

In *Abschnitt 1* dieses Sonderkapitels werden die gesamten Einkommensverhältnisse der älteren Menschen vorgestellt und es wird beschrieben, wie diese je nach Alter und Haushaltsarten variieren (z. B. zwischen Alleinstehenden und Paaren). Es werden auch Daten zu den Einkommensquellen der Älteren und zu den diesbezüglichen Unterschieden zwischen den Ländern präsentiert. Schließlich wird die Stellung der Älteren Mitte der 2000er Jahre mit der Mitte der 1980er Jahre verglichen, um Trends bei den Renteneinkommen zu erforschen.

Abschnitt 2 konzentriert sich auf die einkommensschwachen Rentner und liefert Daten zur Altersarmut in den OECD-Ländern. Die Prävalenz der Armut wird ebenfalls zwischen Männern und Frauen, unterschiedlichen Altersgruppen, verschiedenen Haushaltstypen und im Zeitverlauf verglichen. In *Abschnitt 3* wird die Umverteilungsschere des Staats, d.h. der Effekt der staatlichen Leistungen und der Steuern auf die verfügbaren Einkommen untersucht. *Abschnitt 4* ist zukunftsgerichtet: Untersucht werden mögliche künftige Veränderungen der Einkommens- und Armuts-

muster älterer Menschen als Ergebnis sozialen und wirtschaftlichen Wandels sowie von Rentenreformen. Im abschließenden *Abschnitt 5* werden die politischen Implikationen der wesentlichen Ergebnisse des Kapitels betrachtet.

1. Die Einkommen älterer Menschen

Die Einkommen werden anhand der Daten aus den Mitte der 2000er Jahre durchgeführten nationalen Haushaltserhebungen³ gemessen und wie folgt berechnet:

- Zu den Einkommen zählen Erwerbseinkommen, Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Kapitaleinkünfte (Dividenden, Zinsen usw.), Mieteinkünfte und öffentliche Transferleistungen (wie Renten und Sozialleistungen für Familien, Arbeitslose, Wohnung und Behinderung).
- Es wird die Messgröße des „verfügbaren Einkommens“ verwendet. Hierbei handelt es sich um das Einkommen abzüglich von Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen.
- Die Einkommen werden auf Haushaltsbasis aggregiert, da davon ausgegangen wird, dass die Mitglieder eines Haushalts ihre Ressourcen teilen – das natürlichste Beispiel hierfür ist die Unterkunft selbst – und es oft schwierig ist, bestimmte Einkommensarten (wie Einkünfte aus Ersparnissen) den Einzelnen zuzuordnen. Dieser Ansatz geht implizit davon aus, dass die Mitglieder des Haushalts ihr Einkommen gleichmäßig teilen.
- Das gesamte Haushaltseinkommen wird dann unter seinen einzelnen Mitgliedern aufgeteilt. Dies geschieht auf „Äquivalenz“-Basis, d.h. die Haushaltseinkommen werden den unterschiedlichen Größen der Haushalte angepasst. Im Volksmund heißt es, dass „zwei so billig leben können wie einer allein“. Dies stimmt zwar nicht ganz, aber gewisse „Skalenvorteile“ liegen bei Haushalten von mehr als einer Person ohne Zweifel vor. Die Anpassungsformel der OECD besagt effektiv, dass zwei Menschen so günstig leben können wie 1,4 Alleinstehende.

Die Einkommen der über 65-Jährigen lagen Mitte der 2000er Jahre im Durchschnitt bei 82,4% der Bevölkerungseinkommen⁴. Unter den OECD-Ländern gibt es deutliche Unterschiede. Das durchschnittliche Einkommen aller Personen über 65 Jahren, in Abbildung 2.1 durch die schwarze Kurve dargestellt, liegt in Mexiko und Österreich mit etwa 97% des Bevölkerungseinkommens am höchsten. In Irland sind es hingegen nur 66%. Weitere Länder mit relativ niedrigen Einkommen älterer Menschen – zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln des Bevölkerungsdurchschnitts – sind Australien, Dänemark, Finnland, Korea, Neuseeland und das Vereinigte Königreich. Am entgegengesetzten Ende der Skala liegen die Einkommen älterer Menschen in Frankreich, Luxemburg und Polen bei ca. 95% des nationalen durchschnittlichen verfügbaren Äquivalenzhaushaltseinkommens. Nahe am OECD-Durchschnitt von 82,4% liegen Italien, Schweden, die Schweiz, Ungarn und die Vereinigten Staaten.

Es gibt eine gewisse Beziehung zwischen den Einkommen älterer Menschen und den staatlichen Ausgaben für öffentliche Leistungen im Alter, insbesondere wenn die unterschiedliche demografische Situation der Länder mit einbezogen wird⁵. Eine 10%ige Erhöhung der öffentlichen Rentenausgaben wird mit einem Zuwachs von 1,5 Prozentpunkten der relativen Einkommen älterer Menschen in Verbindung gebracht. Die präzise Auslegung der Renteneinkommenssysteme wirkt sich ebenfalls aus. Australien, Irland, Neuseeland und das Vereinigte Königreich verfügen z.B. alle über niedrige relative Einkommen für alte Menschen und eine obligatorische Alterssicherung, die sich auf Angemessenheit konzentriert, statt auf den Ersatz für ein bestimmtes früheres Einkommen. Das Gleiche gilt jedoch für Kanada und die Vereinigten Staaten, wo die Alterseinkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung über dem Durchschnitt liegen. In Frankreich, Luxemburg, Österreich und Polen gibt es – zumindest für die heutige Rentnergeneration – umfangreiche staatliche, verdienstbezogene Renten und mit die höchsten relativen Einkommen im Alter. In Finnland und Spanien sind die Rentenanspruchsmuster jedoch vergleichbar, und dennoch liegen die durchschnittlichen Einkommen der Älteren unter dem OECD-Durchschnitt. Die niedrigen Alterseinkommen in Korea sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass das staatliche Rentensystem erst 1988 eingeführt wurde, so dass heutige Rentner so gut wie keine Ansprüche besitzen.

Abbildung 2.1 Relative Einkommen älterer Menschen
Verfügbares äquivalenzgewichtetes Haushaltseinkommen, Mitte der 2000er Jahre

Anmerkung: Die Länder sind nach den relativen Einkommen aller über 65-Jährigen geordnet.

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Abbildung 2.4.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635374185482>

Was bedeuten diese Ergebnisse (auf der Basis verfügbarer Äquivalenzeinkommen) für einen Vergleich der Lebensstandards im Ruhestand mit denen der aktiven Bevölkerung⁶? Bei der Interpretation der Statistiken sind noch andere Faktoren zu berücksichtigen. Zunächst haben Rentner nicht die zusätzlichen Aufwendungen zu tragen, die mit einer Beschäftigung einhergehen: Berufspendeln, Kleidung, Mahlzeiten usw.⁷. Zweitens unterscheiden sich die Wohnkosten für Menschen im Rentenalter unter Umständen stark von denen der Personen im Erwerbsalter. Viele, wenn nicht die meisten, Rentner in den OECD-Ländern sind Eigentümer ihrer Wohnimmobilien. Anders als Menschen im erwerbsfähigen Alter haben ältere Wohnimmobilieneigentümer ihren Hypothekenkredit meistens abbezahlt⁸. Drittens besitzen ältere Menschen in der Regel mehr finanzielles Vermögen als Personen im Erwerbsalter. Einkünfte aus Dividenden und Zinsen von diesen Vermögenswerten werden zwar bei der Berechnung des verfügbaren Einkommens berücksichtigt, der Wert dieses Vermögens hingegen nicht. Viele Menschen nehmen diese finanziellen Vermögenswerte in Anspruch, um ihren Konsum im Ruhestand unterstützen zu können⁹. Schließlich ignoriert eine Fokussierung auf monetäres Einkommen Transfers von Sachleistungen in Form von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Wohnen und soziale Dienste, die für ältere Menschen besonders wichtig sein können¹⁰. All diese Effekte auf das relative wirtschaftliche Wohlbefinden älterer Menschen sind leider schwer zu erfassen. Dem muss jedoch bei der Interpretation der Statistik, die besagt, dass ältere Menschen in den OECD-Ländern im Durchschnitt über Einkommen in Höhe von 82,4% des Bevölkerungseinkommens verfügen, Rechnung getragen werden.

Sind die Einkommen der „älteren Alten“ die niedrigsten?

Die Säulen in Abbildung 2.1 weisen getrennte Ergebnisse für zwei unterschiedliche Gruppen älterer Menschen aus: die 66- bis 75-Jährigen und die über 75-Jährigen. Im OECD-Durchschnitt liegen die Einkommen der „jüngeren“ Alten bei fast 86% des Bevölkerungsdurchschnitts, wohingegen die „älteren“ Alten (über 75 Jahre) knapp 78% erreichen. Dennoch kennt das Muster deutliche Abweichungen. Die stärksten Altersunterschiede bei den Renteneinkommen finden sich in Island, Irland, Norwegen, der Slowakischen Republik, Schweden und den Vereinigten Staaten. Die älteren Alten in Korea, Luxemburg und der Türkei haben *höhere* Einkommen als die jüngeren Alten und in Mexiko und Polen nur knapp niedrigere.

Es gibt zahlreiche Gründe für die niedrigeren relativen Einkommen der älteren Alten im Vergleich zu den jüngeren Alten. Zunächst gibt es einen Effekt der *Kohorte* oder Generation. Fast alle OECD-Länder verfügen über ein gewisses verdienstabhängiges Rentensystem. Zum Zeitpunkt des Eintritts der heute über 75-Jährigen in den Ruhestand lagen deren Gehälter im Durchschnitt real etwa 10-25% unter den Durchschnittsgehältern zum Zeitpunkt des Renteneintritts der heute 66- bis 75-Jährigen. Dies wird sich in den verdienstabhängigen Leistungen niederschlagen. Dort, wo die Realeinkommen in den letzten Jahren sehr schnell gestiegen sind – z. B. in Irland und Spanien –, werden die Altersunterschiede bei den relativen Einkommen ausgeprägter sein. Dies ist beispielsweise einer der Hauptgründe für die großen Einkommensunterschiede zwischen den zwei Altersgruppen in Irland und der Slowakischen Republik.

Zweitens gibt es einen reinen *Alterseffekt* auf Grund der Indexierung der auszuzahlenden Renten zur Anpassung an Veränderungen bei den Lebenshaltungskosten und Lebensstandards. (Der Kohorteneffekt kommt daher, dass die Renten der Neurentner parallel zu deren steigendem Alter wachsen; der Alterseffekt ist durch die Entwicklung des relativen Werts der Rente nach Eintritt in den Ruhestand bedingt.) Indexierungspolitiken und -praktiken haben sich im Laufe der Zeit verändert (siehe unten). Die meisten OECD-Länder indexieren jedoch heutzutage die laufenden Rentenzahlungen an die Preisentwicklung, um die Kaufkraft der betreffenden Renten zu schützen. Auch hier werden allerdings in den Ländern, in denen die Realeinkommen schnell gestiegen sind – wie Irland, die Slowakische Republik und Spanien –, die relativen Einkommen während des Ruhestands mit zunehmendem Alter der Rentenbezieher stark sinken¹¹. Luxemburg hingegen indexiert die Renten an die Entwicklung der Durchschnittsverdienste. Diese Politik ist einer der Gründe, weshalb die Einkommen der ältesten Alten *höher* sind als die der Altersgruppe zwischen 66 und 75 Jahren.

Drittens gibt es einen *Zusammensetzungseffekt*. Logischerweise besteht die Gruppe der älteren Alten hauptsächlich aus Menschen mit systematisch überdurchschnittlich hoher Lebenserwartung. Frauen werden z.B. erwartungsgemäß 5,7 Jahre älter als Männer¹². Frauen sind deshalb unter den Alten überrepräsentiert, sie stellen in den OECD-Ländern im Durchschnitt 53% der 66- bis 75-Jährigen und 60% der über 75-Jährigen. Sie beziehen in der Regel niedrigere eigene Renten als Männer, bedingt durch niedrigere Löhne und Gehälter, kürzere Arbeitszeiten und längere Karriereunterbrechungen. Natürlich sind viele unter ihnen verwitwet, so dass ihre Lebensumstände von den Regelungen für Hinterbliebenenrenten abhängen. Die größten Altersunterschiede bei den Alterseinkommen (in Island, Norwegen, Schweden und den Vereinigten Staaten) sind wahrscheinlich überwiegend durch die Regelungen für Hinterbliebenenrenten bedingt (siehe unten).

Ein weiterer Zusammensetzungseffekt kommt daher, dass reichere Menschen tendenziell länger leben als ärmere¹³. In den OECD-Ländern mit höheren Einkommen ist dieser Effekt recht begrenzt, und die sozioökonomischen Unterschiede bei der Mortalität im Ruhestand sind wesentlich kleiner als bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dennoch bedeutet die Tatsache, dass ärmere Männer in der Regel früher sterben als die meisten Frauen und reichere Männer, dass es zahlreiche ältere Witwen gibt, die mit Männern mit niedrigen Renten verheiratet waren und deshalb auch niedrige Hinterbliebenenrenten beziehen. Der Effekt der sozioökonomischen Unterschiede bei der Mortalität ist in den OECD-Ländern mit niedrigeren Einkommen höher. In der Türkei z.B. waren die Menschen, die während ihres Erwerbslebens niedrige Einkommen bezogen, oft nicht durch das Rentensystem abgedeckt. Da reichere Menschen länger leben, sind mehr über 75-Jährige rentenberechtigt, was die deutlich höheren Einkommen der über 75-Jährigen im Vergleich zur Altersgruppe der 66- bis 75-Jährigen erklärt. Vergleichbare Effekte gibt es in Korea und Mexiko.

Wie unterscheiden sich die Einkommen der alleinstehenden Rentner von denen der Paare?

Die Untersuchung der Einkommen nach Alter hat gezeigt, dass ein Großteil der Unterschiede wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass Frauen, insbesondere Witwen, unter den älteren Alten überproportional vertreten sind. Abbildung 2.2 vergleicht die Einkommen der Haushalte, die von einem alleinstehenden Erwachsenen über 65 Jahre geführt werden, mit denen der Haushalte, die von einer Person über 65 Jahre geführt werden und in denen zwei oder mehr Erwachsene leben. Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass es sich hierbei bereits um äquivalisierte Haushaltseinkommen handelt, um die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten der Haushalte verschiedener Größe zu berücksichtigen. So würde z.B. ein alleinstehender Rentner mit einem Einkommen von etwa 70% des Einkommens eines Paares nach der Bemessungsgrundlage der OECD, gemessen am Äquivalenzeinkommen, wahrscheinlich den gleichen wirtschaftlichen Wohlstand genießen. Diesem Beispiel zufolge würde der Alleinstehende auf der Skala des relativen Äquivalenzeinkommens bei 100% stehen.

Alleinstehende Rentner verfügen in Luxemburg, Mexiko, den Niederlanden und der Schweiz über ein recht gutes Einkommen im Vergleich zu Paaren. Dies liegt an einer Kombination aus relativ großzügigen Hinterbliebenenrenten und anderen Schutzvorkehrungen für nicht arbeitende Ehepartner sowie an den Indexierungspolitiken (wie bereits erwähnt). Im Gegensatz hierzu sind die Bedingungen für alleinstehende Rentner in den osteuropäischen Ländern, Japan, Korea, Irland und zwei nordischen Ländern – Norwegen und Schweden – aus den oben erörterten Gründen eher schlecht.

Abbildung 2.2 Relative Einkommen alleinstehender älterer Menschen

In Prozent der Einkommen von Haushalten mit Vorstand im Rentenalter mit zwei oder mehr Erwachsenen, Mitte der 2000er Jahre

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Abbildung 2.4.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635414738676>

Aus welchen Quellen beziehen ältere Personen ihr Einkommen?

Öffentliche Transferleistungen – in Form von verdienstabhängigen Renten, bedürftigkeitsabhängigen Leistungen usw. – sind im Durchschnitt in den 27 OECD-Ländern, die in Abbildung 2.3 dargestellt werden, für 60% der Einkommen älterer Menschen verantwortlich. Die größte Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zur Sicherung ihres Einkommens findet sich bei den über 65-Jährigen in Frankreich und Ungarn: 85% ihrer Einkommen stammen aus öffentlichen Transfers. Etwa drei Viertel oder mehr der Alterseinkommen sind auch in Österreich, Belgien, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Luxemburg und Polen staatlichen Ursprungs.

Am anderen Ende des Spektrums machen öffentliche Transferleistungen in Finnland nur 15% des durchschnittlichen Alterseinkommens aus. Dies ist jedoch dadurch bedingt, dass die obligatorischen betrieblichen Altersvorsorgepläne hier zum Kapitaleinkommen hinzugerechnet werden, wohingegen die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und *Renten auf einen Blick* diese Systeme zum öffentlichen Sektor hinzurechnen. Der aus öffentlichen Transfers stammende Anteil des Alterseinkommens liegt in Korea ebenfalls sehr niedrig: Dies ist darauf zurückzuführen, dass das staatliche Rentensystem erst 1988 eingeführt wurde. Öffentliche Transferleistungen stellen auch in Australien, Japan, Kanada, den Niederlanden, der Schweiz¹⁴, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten weniger als die Hälfte des Alterseinkommens dar.

In den ostasiatischen OECD-Ländern ist Arbeit – nichtselbstständig oder selbstständig – eine sehr wichtige Einkommensquelle der über 65-Jährigen: 44% in Japan und 59% in Korea. Auf Arbeitsverdienste entfallen auch etwa ein Viertel oder mehr der Alterseinkommen in sechs weiteren OECD-Volkswirtschaften: der Tschechischen Republik, Griechenland, Island, Portugal, Spanien

Abbildung 2.3 Einkommensquellen älterer Menschen
In Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens, Mitte der 2000er Jahre

Anmerkung: Arbeitsverdienst beinhaltet sowohl Erwerbseinkommen (aus abhängiger Beschäftigung) als auch Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit. Kapitaleinkommen umfasst sowohl private Renten als auch die Erträge von Nichtrenten-Sparanlagen.

Quelle: OECD Income Distribution Database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635426478286>

und den Vereinigten Staaten. In einigen dieser Länder spiegelt dies wahrscheinlich die Tatsache wider, dass viele Menschen keine vollständige Versicherungsbiografie im staatlichen Rentensystem vorweisen können und deshalb weiterarbeiten, um diese Fehlzeiten auszugleichen. In Island und den Vereinigten Staaten liegt das normale Renteneintrittsalter über 65 Jahre. Arbeitsverdienste (beschäftigt oder selbstständig) machen in Frankreich, den Niederlanden und Schweden weniger als 10% des Einkommens älterer Menschen aus.

Kapitaleinkünfte – meist in Form privater Renten – spielen in Australien, Kanada, Dänemark, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten die größte Rolle bei der Sicherung des Alterseinkommens (abgesehen von Finnland, aus den bereits erwähnten Gründen). In diesen Ländern stammen etwa 30% oder mehr der Einkommen älterer Menschen aus Kapitaleinkünften.

Es ist zu bedenken, dass Abbildung 2.3 sich auf Durchschnittswerte für alle älteren Menschen bezieht. Dennoch variiert die Zusammensetzung der Einkommen über das Spektrum der Einkommensverteilung hinweg enorm: ärmere ältere Menschen beziehen ihre Einkünfte fast ausschließlich aus staatlichen Transferleistungen, wohingegen private Renten und andere Kapitaleinkünfte nur unter den wohlhabenderen Rentnern eine wichtigere Rolle spielen¹⁵. Da die Rolle der letzteren Einkommensquellen bei der Einkommenssicherung im Ruhestand an Bedeutung gewinnt, könnte dies die steigende Einkommensungleichheit im Alter verstärken. (Die Umverteilungsrolle der Steuern und staatlichen Leistungen in verschiedenen Ländern wird weiter unten in Abschnitt 3 im Einzelnen analysiert.)

Wie haben sich die relativen Einkommen älterer Menschen verändert?

In neun OECD-Ländern sind die Einkommen älterer Menschen im Vergleich zu denen der Gesamtbevölkerung zwischen Mitte der 1980er und Mitte der 2000er Jahre gestiegen. Dies wird in Abbildung 2.4 dargestellt, in der die relativen Einkommen älterer Menschen Mitte der 2000er Jahre ausgewiesen sind (auf der horizontalen Achse), im Vergleich zu der Position Mitte der 1980er Jahre (auf der vertikalen Achse). Die vorgestellten Ergebnisse beziehen sich auf die 20 OECD-

Abbildung 2.4 Einkommensrends: von Mitte der 1980er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre
In Prozent der Bevölkerungseinkommen

Anmerkung: Die Daten für Mitte der 2000er Jahre beziehen sich für Irland, Österreich und Spanien in etwa auf das Jahr 2000. In der Türkei sind die Realeinkommen der Gesamtbevölkerung um 15% gesunken, die der über 75-Jährigen um 20% und die der 66- bis 75-Jährigen um 25%. In Japan sind die Realeinkommen insgesamt gestiegen, in der Gruppe der über 75-Jährigen hingegen leicht gesunken.

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Abbildung 2.6.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635435501523>

Länder für die Daten von beiden Zeitpunkten vorliegen. In den Ländern rechts der 45°-Linie sind die Einkommen der Älteren schneller gewachsen als die der Gesamtbevölkerung. In denen zur linken haben die Rentner nicht proportional am wachsenden Wohlstand teilgehabt. Die Ergebnisse werden erneut in zwei Altersgruppen aufgeteilt.

Die stärksten Steigerungen der relativen Einkommen der 66- bis 75-Jährigen wurden mit etwa 11 Prozentpunkten in Deutschland, Norwegen und Österreich verzeichnet. In Dänemark, Italien, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich gab es ebenfalls deutliche Steigerungen von 6-9 Prozentpunkten. Die relativen Einkommen der 66- bis 75-Jährigen sind in 11 Ländern hinter dem Wachstum der Bevölkerungseinkommen zurückgeblieben, wenngleich der Rückgang in Finnland, Griechenland und Irland relativ gering war. Die stärksten Rückgänge zwischen Mitte der 1980er Jahre und Mitte der 2000er Jahre waren in Mexiko und der Türkei zu beobachten, allerdings von einer sehr hohen Ausgangsbasis aus. In Neuseeland erreichten die 66- bis 75-Jährigen Mitte der 1980er Jahre Einkommen von 84% des Bevölkerungseinkommens und Mitte der 2000er Jahre nur noch von 73%, der zweitniedrigste Wert aller OECD-Länder (Abb. 2.1).

Betrachtet man die ältere Gruppe, so sind die Einkommen der über 75-Jährigen in neun OECD-Ländern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ebenfalls gestiegen. In diesem Alter verzeichneten die Menschen in Deutschland, Norwegen und Österreich ebenfalls eine starke Erhöhung des Durchschnittseinkommens. Die Zuwächse in Dänemark, Kanada, Schweden und dem Vereinigten Königreich waren fast genauso hoch. Im Gegensatz zum Rückgang der relativen Einkommen der 66- bis 75-Jährigen im Zeitverlauf sind die Einkommen der über 75-Jährigen in Mexiko schneller gestiegen. Die Einkommen der über 75-Jährigen sind in Irland, Japan, Neuseeland, Spanien, der Türkei und den Vereinigten Staaten deutlich hinter der Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Gesamtbevölkerung zurückgeblieben.

Eine wichtige Erklärung für diese Trends bei den Einkommen der Älteren liegt im Reifeprozess der Rentensysteme. Die Kohorte der Rentner der 1980er Jahre ist in den 1920er und 1930er Jahren in den Arbeitsmarkt eingetreten, als die Vorsorge für Renteneinkommen wesentlich begrenzter war. Die meisten staatlichen Rentensysteme, die dem heutigen Muster entsprechen, wurden nach dem Krieg eingeführt: Ende der 1940er Jahre z.B. in Australien, Frankreich, Irland, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Andere sind jüngeren Datums: Österreich, Japan, Finnland, Griechenland, Italien und die Niederlande führten in den 1950er Jahren neue Rentenprogramme ein, Belgien, Kanada und Schweden in den 1960er Jahren. Dies bedeutet, dass ältere Menschen Mitte der 1980er Jahre oft nur über die Hälfte oder sogar weniger ihres Berufslebens hinweg in diese Rentensysteme eingezahlt hatten. Verdienstabhängige Programme heutiger Prägung wurden in Mexiko und dem Vereinigten Königreich in den 1970er Jahren eingeführt. Bemerkenswert ist, dass die meisten Länder, die zuletzt die heute gültigen Rentensysteme eingeführt haben, in Abbildung 2.4 starke Zuwächse bei den relativen Einkommen der älteren Menschen im Zeitverlauf aufweisen.

Der Zeithorizont für die Einführung staatlicher Renten spiegelt sich in der Entwicklung der privaten Renten in den Ländern wider, die heute einen breiten Erfassungsgrad aufweisen. In Australien, Kanada, Irland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten haben freiwillige betriebliche Altersvorsorgepläne in den 1950er und 1960er Jahren schnell an Mitgliedern gewonnen. Private Renten wurden in Australien im Jahr 1992 obligatorisch und in der Schweiz im Jahr 1982.

Eine Veränderung der Politik und der Praxis im Zeitverlauf ist durch die Anpassung der laufenden Rentenzahlungen bedingt. In vielen OECD-Ländern war eine Zeit starker realer Erhöhungen der laufenden Renten zu beobachten, die vor kurzem endete. In Frankreich und Deutschland z.B. haben sich die realen Renten zwischen 1960 und 1978 mehr als verdoppelt. In anderen Ländern endete die Zeit der deutlichen Erhöhungen der Realleistungen später: In Italien, Kanada, Neuseeland und den Vereinigten Staaten war es Anfang und Mitte der 1980er Jahre, in Japan Mitte der 1990er Jahre (Whitehouse, 2009). Indexierungspolitiken wirken sich stärker auf ältere Rentner aus. Unter den genannten Ländern ist die Auswirkung der veränderten Indexierungspolitik auf die Renteneinkommen am deutlichsten in Japan, Neuseeland und den Vereinigten Staaten, weniger in Frankreich und Italien. In Deutschland und Kanada wurde der Effekt durch andere Wirtschaftsfaktoren und Veränderungen des Rentensystems ausgeglichen.

2. Einkommensarmut im Alter

Die Frage der Definition von „Armut“ hat Anlass zu heftigen Debatten gegeben und dürfte wohl nie endgültig beantwortet werden. Zum „Zweck“ internationaler Vergleichbarkeit betrachtet die OECD Armut als ein relatives (im Gegensatz zu einem absoluten) Konzept. Es ist relativ in zweifacher Hinsicht. Erstens wird die Armut im Vergleich zum durchschnittlichen Haushaltseinkommen gemessen. Zweitens sind die Armuts Grenzen länderspezifisch, die Armut wird also anhand der allgemein geltenden Normen für den Lebensstandard in einem gewissen Land zu einem gewissen Zeitpunkt gemessen. Dies bedeutet, dass eine Person, die in einem wohlhabenden OECD-Land als arm eingestuft wird, noch immer über ein höheres Einkommen verfügen dürfte als viele Nicht-Arme in anderen, insgesamt weniger wohlhabenden Ländern. Der von der OECD für ihre ländervergleichende Analyse gewählte allgemeine Ansatz der Messung der Armut im Verhältnis zum Medianeinkommen wird auch anderweitig oft verwendet: z.B. bei den Armutsrisikoquoten im Rahmen des Sozialinformationssystems der Europäischen Union.

Die meisten Analysen aus dem Bericht *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern* (OECD, 2008) setzen die Armuts Grenze bei 50% des äquivalenzgewichteten verfügbaren Medianhaushaltseinkommens. Menschen mit einem niedrigeren Einkommen werden als „einkommensarm“ gezählt¹⁶.

Abbildung 2.5 Altersarmutsquoten, Mitte der 2000er Jahre

Prozentsatz der über 65-Jährigen, deren Einkommen weniger als die Hälfte des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung beträgt

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Tabelle 5.3.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635443623047>

Mitte der 2000er Jahre waren im Durchschnitt in den OECD-Ländern 13,3% der älteren Menschen (über 65 Jahren) einkommensarm. Die Armutsquote im Alter war in Korea bei weitem am höchsten, sie lag dort bei 45% (siehe Abb. 2.5). Andere Länder mit einer hohen Armutsquote bei älteren Menschen – über 20% – sind Australien (27%), Griechenland (23%), Irland (31%), Japan (22%), Mexiko (28%) und die Vereinigten Staaten (24%). Eine Gruppe von Ländern liegt dicht beieinander leicht über dem OECD-Durchschnitt: Portugal, Spanien, die Schweiz und die Türkei, in denen jeweils 15-18% der Älteren in Armut leben. Knapp unter dem OECD-Durchschnitt finden sich Belgien, Finnland und Italien. Die acht Länder mit den wenigsten armen älteren Menschen – deren Einkommensarmutsquote weniger als 5% beträgt – sind Kanada, die Tschechische Republik, Ungarn, Island, Luxemburg, die Niederlande, Polen und Neuseeland.

Einer der wichtigsten Gründe für die Unterschiede bei den Altersarmutsquoten ist die Höhe, bei der die Sicherheitsnetzleistungen im Alter angesetzt sind. In Australien beispielsweise lag die volle Altersrente im Jahr 2005 mit 12 700 \$A pro Jahr niedriger als die Armutsgrenze von 14 770 \$A für eine alleinstehende Person¹⁷. Noch größer ist der Unterschied in Irland: 8 870 Euro für die Grundrente und 10 775 für die Armutsgrenze. In beiden Ländern befinden sich viele Menschen etwa auf dem Einkommensniveau dieser Programme, die in Australien 86% der Armutsgrenze ausmachen und in Irland 82%. Dies erklärt, weshalb diese Länder zu den vier Staaten mit den höchsten Altersarmutsquoten zählen.

In Neuseeland hingegen lag die Grundrente im Jahr 2005 mit 16 100 NZ\$ wesentlich höher als die Armutsgrenze von 13 040 NZ\$ für eine Einzelperson. In den Niederlanden lag im selben Jahr die Grundrente knapp unter der Armutsgrenze von 11 500 Euro. Da der Erfassungsgrad dieser Systeme fast universell ist (da sie wohnsitzabhängig sind), erstaunt es nicht, dass die Altersarmutsquoten in diesen beiden Ländern am niedrigsten sind (Kasten 2.1 enthält genauere Daten zum Niveau und zum Erfassungsgrad von Grund-, bedürftigkeitsabhängigen und Mindestrenten).

Besteht für ältere Menschen ein höheres Armutsrisiko?

Eine mögliche Erklärung für das im vorangegangenen Abschnitt beschriebene Muster der Altersarmut ist möglicherweise, dass die Einkommen während des Erwerbslebens in manchen Ländern ungleicher verteilt sind als in anderen und dies sich dann im Rentenalter fortsetzt. Abbildung 2.8 vergleicht die Einkommensarmutsquoten älterer Menschen (auf der vertikalen Achse) mit denen der Gesamtbevölkerung (horizontale Achse). In den Ländern oberhalb der Linie liegt die Altersarmutsquote somit höher als die der Gesamtbevölkerung. In den Ländern, die unterhalb der Linie aufgeführt sind, besteht eine geringere Wahrscheinlichkeit der Altersarmut. Es besteht durchaus eine starke positive Korrelation zwischen Altersarmut und allgemeiner Armut, es verbleiben jedoch zwischen den Ländern viele Unterschiede im Hinblick auf die Beziehung zwischen den beiden Größen¹⁸.

Im Durchschnitt der OECD-Länder liegt die Bevölkerungsarmutsquote von 10,6% unter der Altersarmutsquote von 13,3%. In elf Ländern besteht für ältere Menschen ein geringeres Armutsrisiko als für die Gesamtbevölkerung. Der Unterschied ist in Kanada, Neuseeland und Polen besonders deutlich, dort liegen die Bevölkerungsarmutsquoten in einer Bandbreite von 10-15%, während die Armut der über 65-Jährigen nur 5% oder weniger beträgt. In Luxemburg, den Niederlanden und der Tschechischen Republik besteht ebenfalls eine wesentlich geringere Wahrscheinlichkeit von Altersarmut.

In 19 OECD-Ländern ist die Altersarmut vergleichsweise stärker verbreitet. In sechs davon sind die Unterschiede zwischen den Armutsquoten der über 65-Jährigen und der Gesamtbevölkerung recht niedrig: Frankreich, Italien, Norwegen, Spanien, Schweden und Vereinigtes Königreich. Die Unterschiede sind hingegen in acht Ländern sehr ausgeprägt. Korea ragt hier neuerlich heraus, dort leben dreimal soviel über 65-Jährige in Armut als in der Gesamtbevölkerung. In Australien, Irland und der Schweiz liegen die Altersarmutsraten doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung; die Unterschiede sind auch in Griechenland, Japan, Mexiko und den Vereinigten Staaten erheblich.

Wie bereits erwähnt, liegt einer der Hauptgründe dieser Unterschiede zwischen den Ländern in der Höhe und dem Erfassungsgrad der Leistungen des Sicherheitsnetzes. Daraus erklärt sich das

Kasten 2.1 Einkommenssicherung im Alter*

Die Einkommenssicherung im Alter beinhaltet die Leistungen aus der „Kategorie 1, Umverteilungskomponente“ innerhalb des weiter oben beschriebenen „Berichtsrahmens von *Renten auf einen Blick*“. Eingeschlossen sind somit alle Grund-, bedürftigkeitsabhängigen und Mindestrenten, die ältere Menschen mit geringem Einkommen u.U. erhalten können. In manchen Ländern gibt es verschiedene Programme oder Leistungsniveaus, die sich nach den Beitragsbiografien richten. In solchen Fällen zeigen die Berechnungen das höchste Leistungsniveau, das normalerweise eine gewisse Beitragsdauer erfordert.

Am Ende der Skala ermöglichen Sozialhilfe, Grund- und Mindestrenten in Finnland, Deutschland, Ungarn, Japan und den Vereinigten Staaten ein Mindestniveau des Alterseinkommens von unter 20% der Durchschnittseinkommen.

Abbildung 2.6 Höhe der Grund-, bedürftigkeitsabhängigen und Mindestrentenbezüge
In Prozent des Durchschnittsverdiensts

Quelle: „Länderprofile“ in Teil III dieses Berichts.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635445585875>

Abbildung 2.7 zeigt den Prozentsatz der über 65-Jährigen, die von den bedürftigkeitsabhängigen Leistungen erfasst werden, gegebenenfalls aufgeteilt auf unterschiedliche Programme. So beziehen beispielsweise in Portugal fast 60% der Rentner die beitragsabhängige Mindestrente, weitere 17% erhalten eine Sozialrente oder einen Solidaritätszuschuss. Noch höher ist der Erfassungsgrad dieser beiden Systeme in Griechenland. In Finnland und Schweden erhält ebenfalls über die Hälfte der Älteren Mindestrenten. Der Erfassungsgrad der Einkommenssicherung (die von den Sozialbehörden gezahlt wird) ist jedoch in beiden Ländern im Vergleich zu Griechenland und Portugal sehr begrenzt. Dies spiegelt wahrscheinlich die lange Tradition eines sehr umfangreichen informellen Sektors in den südeuropäischen Ländern wider, so dass die Betroffenen auf die Sicherheitsnetzleistungen als letzter Rettungsanker angewiesen sind. Die nordischen Länder hingegen besitzen einen sehr eingeschränkten informellen Sektor und eine umfassende Absicherung durch Rentengutschriften (*pension credits*) für Menschen ohne Erwerbstätigkeit.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Abbildung 2.7 Erfassungsgrad der bedürftigkeitsabhängigen und Mindestrenten

Prozentsatz der über 65-Jährigen, die eine oder mehrere Leistungen beziehen

Quelle: „Länderprofile“ in Teil III dieses Berichts.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635454065766>

Für die meisten Länder beziehen sich die Daten in Abbildung 2.7 auf ein einziges Renteneinkommensprogramm. Der Erfassungsgrad dieser Programme variiert stark. In Australien zum Beispiel ist die öffentliche Rente bedürftigkeitsabhängig. Dennoch sind über 75% der Älteren bezugsberechtigt. In Deutschland und Japan hingegen erhalten nur 2% der Älteren Leistungen der Grundsicherung. In allen drei Ländern sind die Leistungen bedürftigkeitsabhängig. Doch ihre praktische Anwendung ist völlig unterschiedlich. Das australische Programm wird von manchen „wohlstandsabhängig“ genannt, weil die meisten Rentner die Leistungen erhalten und lediglich die reichsten unter ihnen ausgeschlossen sind. Das deutsche und das japanische System werden wiederum am Besten mit „armutsabhängig“ beschrieben. Nur die Allerärmsten der Älteren erhalten diese Leistungen.

Die Abbildung enthält nicht die Bezieher von Grundrenten. In Neuseeland und den Niederlanden werden die Grundrenten z.B. auf der Basis des inländischen Wohnsitzes im Erwachsenenalter zugesprochen, so dass praktisch 100% der älteren Menschen Leistungen erhalten. Im Vereinigten Königreich beziehen knapp unter 25% der Älteren die bedürftigkeitsabhängigen Leistungen – Rentengutschrift und Steuergutschrift für der Vorsorge dienende Ersparnisse (*savings credit*) –, doch erhalten etwa 98% mindestens eine gewisse Leistung aus der Grundrente. Die Situation ist ähnlich in Dänemark, Irland, Japan, Kanada und der Tschechischen Republik, wo die Grundrenten einen nahezu universellen Erfassungsgrad aufweisen.

* Dieser Kasten stützt sich auf die detailliertere Analyse in Pearson und Whitehouse (2009).

relativ geringe Armutsrisiko der Älteren in Luxemburg, Kanada, Neuseeland und den Niederlanden. Ebenso findet sich das weitaus größere Armutsrisiko der älteren Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in den Ländern mit den schwächeren Sicherheitsnetzen. Neben Australien und Irland (wie weiter oben erörtert) erreichen die Leistungen des Sicherheitsnetzes in Griechenland nur 34% der Armutsgrenze, in Japan und den Vereinigten Staaten sind es 53% und in der Schweiz 75%.

Abbildung 2.8 Einkommensarmutsquoten älterer Menschen und der Gesamtbevölkerung, Mitte der 2000er Jahre

Prozentsatz der Personen, deren Einkommen weniger als die Hälfte des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung beträgt

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Tabelle 5.1 und 5.3.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635467323185>

Zu beachten ist, dass diese Zahlen auf Messungen der *Einkommensarmut* fußen. Kasten 2.2 zeigt, wie alternative Armutsmessgrößen, die den Zugang der Menschen zu den Grundbedürfnissen untersuchen, ein positiveres Bild der Armutsrisiken im Alter zeichnen.

Ist das Armutsrisiko bei älteren Frauen höher als bei älteren Männern?

In den OECD-Ländern liegt die Armutsquote älterer Frauen in der Regel weitaus höher als die der älteren Männer. Im Durchschnitt beträgt die Armutsquote der älteren Frauen etwa 15%, die der älteren Männer etwa 10%. Die einzigen Ausnahmen sind die drei Länder mit insgesamt niedrigen Altersarmutsquoten: Island, Luxemburg und Neuseeland (vgl. linker Teil von Abb. 2.10). In Luxemburg und Neuseeland spiegelt dies wahrscheinlich die Tatsache wider, dass die Sozialrenten (die Mindest- bzw. die Grundrente) im Vergleich zu den durchschnittlichen Erwerbseinkommen dort zu den vier höchsten zählen. In fünf weiteren Ländern ist jedoch die Armutsquote der älteren Frauen nur leicht höher (1 Prozentpunkt oder weniger) als die der Männer: Belgien, Mexiko, die Niederlande, Portugal und die Türkei. Die größten Unterschiede bei der Altersarmut von Männern und Frauen bestehen in Irland, Finnland und Norwegen, wo die Armutsquoten der Frauen um 10 Prozentpunkte höher liegen als die der Männer. Ebenfalls groß und deutlich sind die Unterschiede in Italien, Japan, Österreich, der Slowakischen Republik und den Vereinigten Staaten.

Der rechte Teil von Abbildung 2.10 zeigt denselben Vergleich der Armutsquoten nach Geschlecht für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (18-65 Jahre). Aus Gründen der Übersichtlichkeit ist die für Personen im Erwerbsalter verwendete Skala genau halb so groß wie die für Personen im Rentenalter verwendete. Der Vergleich der Armutsquoten der Älteren und der Erwerbsbevölkerung zeigt deutlich, dass bei Personen im erwerbsfähigen Alter in der Regel ein geringeres Armutsrisiko besteht. Die Armutsquoten der Personen im erwerbsfähigen Alter liegen für Frauen bei 9,8% und für Männer bei 8,8%, verglichen mit Armutsquoten von jeweils 15,2% und 10,7% für Personen im Rentenalter. Der größte Geschlechterunterschied bei der Armut von Personen im erwerbsfähigen Alter herrscht in Deutschland, wo die Armutsquote der Frauen 13% beträgt und die der Männer 7%. Der Geschlechterunterschied bei der Armut ist in Australien und den Vereinigten Staaten ebenfalls relativ groß. Es wird jedoch in Abbildung 2.10 deutlich, dass in den meisten Ländern die Armutsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter nur unwesentlich höher liegt als die der Männer.

Kasten 2.2 Einkommensarmut, soziale Ausgrenzung und materielle Deprivation*

Armut ist ganz eindeutig ein komplexes Phänomen, das sich nicht allein durch Messgrößen der Einkommensarmut darstellen lässt. So kann es zum Beispiel sein, dass Menschen mit geringen Einkommen in den Genuss von Sachleistungen von staatlichen Stellen oder Verwandten kommen. Manche ältere Menschen sind mit Sicherheit „reich an Vermögenswerten, arm an Einkommen“, was bedeutet, dass sie Vermögenswerte besitzen, auf die sie zurückgreifen können, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Umgekehrt mag es den Personen an Einkommen für besondere Bedürfnisse fehlen, z.B. auf Grund von Krankheit oder Behinderung. Indikatoren der „materiellen Entbehrung“ oder „materiellen Deprivation“ versuchen, einige solcher Effekte darzustellen.

Materielle Deprivation wird definiert als ein Mangel an Gütern, die von der Gesellschaft als notwendig erachtet werden. Beispiele solcher Entbehrungen, die sich über eine Vielzahl von Ländern auf vergleichbare Weise messen lassen, sind unter anderem:

- unzureichende Heizung,
- eingeschränkte Ernährung,
- beengte Wohnverhältnisse,

Abbildung 2.9 **Materielle Deprivation nach Alter der Betroffenen**
Prozentsatz der Personen in Haushalten mit drei oder mehr Deprivationsmerkmalen

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Abbildung 7.4.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635481167282>

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

- Umweltbelastungen,
- Zahlungsrückstände bei Rechnungen von Versorgungsunternehmen (Strom, Gas, Wasser usw.),
- Zahlungsrückstände bei der Miete oder der Abzahlung einer Hypothek,
- finanzielle Engpässe („nicht über die Runden kommen“).

In den 21 Ländern, für die Daten vorliegen, leben 10,6% aller Personen in Haushalten, in denen mindestens drei dieser materiellen Entbehrungen vorliegen. Die allgemeine materielle Deprivation ist in Osteuropa am höchsten: 40% in Polen, etwa 25% in Ungarn und der Slowakischen Republik und 16% in der Tschechischen Republik. Die Quoten liegen in Griechenland, Italien und Portugal ebenfalls hoch.

Eine Untersuchung der Ergebnisse nach Altersgruppen ergibt, dass materielle Deprivation in den OECD-Ländern im Durchschnitt bei Kindern (bis 17 Jahre) und jungen Erwachsenen (18-25 Jahre) am häufigsten vorkommt, zu 14,1% bzw. 13,1%. Viel seltener findet man sie bei den Älteren (über 65 Jahre): Die Entbehrungen betreffen etwa 6,8% von ihnen. Dieses Muster eines Rückgangs der materiellen Deprivation mit fortschreitendem Alter ist in den meisten Ländern zu beobachten (Abb. 2.9); die wesentlichen Ausnahmen sind Griechenland, Polen und Portugal, wo es geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen gibt. Relativ ausgeprägt sind die materiellen Entbehrungen für ältere Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ebenfalls in der Slowakischen Republik, Spanien und Ungarn. Materielle Deprivation bei älteren Menschen ist in Dänemark, Island, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und dem Vereinigten Königreich praktisch inexistent.

* Vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Kapitel III.7 für eine detaillierte Analyse.

Abbildung 2.10 Einkommensarmutsquote nach Alter und Geschlecht, Mitte 2000er Jahre

Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als die Hälfte des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung beträgt

Anmerkung: Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde Korea als Ausreißer aus den Tabellen ausgeschlossen. Die Armutsquote der Männer im Rentenalter beträgt 41,8% und die der Frauen 47,2%. Für Personen im Erwerbsalter ist die Quote der Männer 11,0% und die der Frauen 12,4%.

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Abbildung 5.6.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635483036023>

Abbildung 2.11 liefert einen tieferen Einblick in die unterschiedlichen Armutsrisiken von Männern und Frauen, sie fußt auf einer Analyse der Armutsquoten älterer Menschen in den Altersgruppen 65-75 Jahre sowie älter als 75 Jahre. Die Grafik zeigt den „Geschlechterunterschied“ bei der Altersarmut: den Unterschied in Prozentpunkten zwischen den Armutsquoten der Männer und der Frauen. Ein positiver Wert steht dafür, dass das Armutsrisiko der Frauen höher ist als das der Männer. Als Bezugspunkt zeigt die Abbildung auch die allgemeine Armutsücke für alle Männer und Frauen über 65 Jahren.

Abbildung 2.11 Geschlechterunterschied bei der Altersarmut: unterschiedliche Armutsquoten von Männern und Frauen nach Alter, Mitte der 2000er Jahre

Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als die Hälfte des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung beträgt

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Abbildung 5.6.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/635485711081>

Wie lässt sich das auffällige Muster der mit dem Alter steigenden Feminisierung der Armut erklären? Es bietet sich an, hier erneut die Unterscheidung zwischen Alters-, Kohorten- und Generationeneffekt zu benutzen, die bereits in der Beschreibung der Muster der relativen Einkommen älterer Menschen im ersten Abschnitt verwendet wurden. Erstens wird der *Alterseffekt* von den Politiken zur Indexierung der laufenden Rentenzahlungen beeinflusst. Da Armut als relatives Konzept betrachtet wird, kann eine Preisindexierung bedeuten, dass ältere Rentner mit zunehmendem Alter unter die Armutsgrenze sinken. Dies wird Frauen mehr betreffen als Männer, da sie im Durchschnitt länger leben.

Am signifikantesten ist jedoch der *Kohorten-* oder Generationeneffekt. Die jüngeren Alten (zwischen 66 und 75 Jahren) sind in den 1960er Jahren in den Arbeitsmarkt eingetreten, während die älteren Alten meist in den 1950er Jahren zu arbeiten begonnen haben. Die Frauen dieser Generationen haben früher als heute eine Familie gegründet: Das durchschnittliche Alter, in dem eine Frau zum ersten Mal Mutter wurde, betrug 1970 24 Jahre, im Jahr 2005 waren es fast 28 Jahre. Diese Frauen bekamen auch mehr Kinder als heute: Im Jahr 1970 waren es im Durchschnitt 2,7 Kinder pro Frau, gegen nur 1,65 Kinder im Jahr 2005. (Vgl. den Indikator „Geburtenziffern“ in Teil II dieses Berichts). Da es sich hier um einen lang anhaltenden Trend handelt, hatten die älteren

Alten tendenziell mehr Kinder und gründeten ihre Familien früher als die jüngeren Alten. Dies allein bedeutet, dass die jüngeren Alten kürzere Unterbrechungen ihrer beruflichen Laufbahn zur Kinderbetreuung aufweisen werden.

Außerdem hat sich die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt in dieser Zeit drastisch verändert. Zwar gab es zwischen den Ländern Unterschiede hinsichtlich des Umfangs und des Tempos dieser Veränderung, doch blieb die Richtung dieselbe: Spätere Frauengenerationen haben einen größeren Anteil ihres Lebens in bezahlten Arbeitsverhältnissen verbracht. Des Weiteren hat die Antidiskriminierungsgesetzgebung die Lücke zwischen den Einkünften der Frauen und denen der Männer verkleinert (wenngleich der Abstand in vielen Ländern groß bleibt). Dies bedeutet, dass mehr Angehörige jeder Frauengeneration, die das Rentenalter erreichen, größere eigene Rentenansprüche aufgebaut haben, statt sich auf die Leistungen zu verlassen, die sich aus den Rentenversicherungsbeiträgen ihrer Ehemänner ergeben. Zusätzlich haben viele Länder Politiken verabschiedet, die Frauen Rentenansprüche zugestehen, wenn sie nicht gearbeitet haben, um Kinder großzuziehen.

Früher war auch das Renteneintrittsalter der Frauen in vielen OECD-Ländern niedriger als das der Männer, so dass die früheren Generationen weniger Beitragsjahre ansammeln konnten und deshalb über weniger eigene Ansprüche verfügten. Im Jahr 1983 lag z.B. das Renteneintrittsalter bei Männern im OECD-Durchschnitt bei 63,6 Jahren, 2,0 Jahre über dem der Frauen. Im Laufe des folgenden Jahrzehnts verringerte sich die Lücke auf 1,5 Jahre im Jahr 1993: Das Renteneintrittsalter sank für beide Geschlechter, bei den Männern jedoch mehr. Im Jahr 2002 betrug der Unterschied nach einer kleinen Erhöhung bei den Männern und einer Erhöhung um ein Jahr bei den Frauen lediglich noch 0,7 Jahre. Nach der derzeitigen Gesetzgebung werden die Renteneintrittsalter sowohl bei Männern als auch bei Frauen steigen, so dass sie dann langfristig bei einem Durchschnitt von 65,3 Jahren bei den Männern und 64,8 Jahren bei den Frauen liegen werden¹⁹.

Drittens gibt es einen von der *Zusammensetzung* abhängigen Effekt. Frauen leben durchschnittlich länger als Männer und sind oft mit Männern verheiratet, die älter sind als sie selbst. Dies bedeutet, dass es in der älteren Gruppe der Alten viele Witwen gibt, deren Einkommen in großem Maß aus Hinterbliebenenrenten bestehen. Deshalb haben die Regelungen für diese Renten bedeutsame Auswirkungen auf die Armutsquoten der älteren unter den Rentnerinnen. Die Dominanz armer Frauen unter den älteren Alten spiegelt außerdem Mortalitätsunterschiede zwischen den sozioökonomischen Gruppen wider: Bei Frauen, die mit armen Männern verheiratet waren, ist die Wahrscheinlichkeit einer Verwitwung höher.

Die Rolle der Erwerbseinkommen

Die meisten OECD-Länder bieten Erhöhungen der Rentenansprüche für diejenigen, die sich entscheiden, ihren Renteneintritt zu verschieben und über das normale Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten. Die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt sind jedoch für ältere Menschen oft begrenzt, bedingt durch Altersdiskriminierung und andere Barrieren, wie Gehaltsstrukturen, die Gehälter stark an das Dienstalter koppeln (so dass es teuer ist, ältere Arbeitskräfte einzustellen oder zu behalten)²⁰.

In den OECD-Ländern sind etwa 27% der über 65-Jährigen beschäftigt (oder leben in einem Haushalt in dem jemand beschäftigt ist). Dieser Anteil ist in den vergangenen zehn Jahren stabil geblieben, da der zuvor erfolgte Rückgang des effektiven Renteneintrittsalters zum Stillstand gekommen ist²¹.

Die Armutsquote der Haushalte von Erwerbstätigen im Rentenalter ist mit durchschnittlich 7% wesentlich niedriger als die der Haushalte ohne Erwerbstätige, die 17% beträgt (Tabelle 2.1). Die Unterschiede bei den Armutsquoten je nach Erwerbstätigkeitsstatus der Haushaltsmitglieder sind am deutlichsten in Australien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Norwegen, Portugal und dem Vereinigten Königreich. Die Auswirkung auf die Armutsquote ist in Finnland, Neuseeland, den Niederlanden, Österreich und Polen wesentlich niedriger. In der Türkei hingegen ist die Armutsquote der Haushalte von Nichterwerbstätigen im Rentenalter niedriger als die der Haushalte von Erwerbstätigen. Dies liegt an dem relativ niedrigen Erfassungsgrad des Rentensystems, das sich auf die Besserverdienenden konzentriert.

**Tabelle 2.1 Armutsquoten älterer Menschen (über 65 Jahre)
nach Haushaltstyp und Erwerbsstatus**

Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als die Hälfte des äquivalenzgewichteten
Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung beträgt

	Insgesamt	Haushaltsvorstand ist im Rentenalter (über 65 Jahre)				
		Insgesamt	Erwerbstätig	Nicht erwerbstätig	Alleinstehend	Paar
Australien	27	27	4	32	50	18
Belgien	13	12	4	13	17	10
Dänemark	10	10	2	12	17	4
Deutschland	9	8	2	9	15	5
Finnland	13	14	11	14	28	4
Frankreich	9	9	1	9	16	4
Griechenland	23	21	7	31	34	18
Irland	31	25	5	36	65	9
Island	5	5	3	7	10	2
Italien	13	13	3	17	25	9
Japan	22	21	13	30	48	17
Kanada	6	7	2	10	16	4
Korea	45	49	35	69	77	41
Luxemburg	3	3	[..]	4	4	3
Mexiko	28	23	19	39	45	21
Neuseeland	2	4	1	2	3	1
Niederlande	2	2	2	2	3	2
Norwegen	9	9	1	10	20	1
Österreich	7	8	7	9	16	4
Polen	5	6	6	6	6	6
Portugal	17	20	5	25	35	16
Schweden	6	6	3	7	13	1
Schweiz	18	18	[..]	[..]	24	15
Slowak. Rep.	6	4	[..]	7	10	3
Spanien	23	27	12	32	39	24
Tschech. Rep.	2	3	[..]	3	6	2
Türkei	15	18	20	16	38	17
Ungarn	5	5	[..]	5	11	1
Ver. Königreich	10	10	1	12	17	7
Ver. Staaten	24	24	9	34	41	17
OECD	13	14	7	17	25	9

[..] bedeutet, dass der Stichprobenumfang zu gering ist.

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Tabelle 5.3.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651474216837>

Die Rolle der Lebensformen

Tabelle 2.1 untersucht ebenfalls den Armutsgrad älterer Menschen je nach der Haushaltsform, in der sie leben. So zeigen die ersten beiden Spalten die Armutsquote aller älteren Menschen und derjenigen, die in einem Haushalt leben, dessen Vorstand im Rentenalter ist (über 65 Jahre). Der Unterschied zwischen den beiden ist in der Regel gering, im OECD-Durchschnitt beträgt er gerade 1 Prozentpunkt. Lediglich in Portugal, Spanien und der Türkei besteht ein größeres Armutsrisiko in Haushalten, deren Vorstand Rentner oder Rentnerin ist. Dies zeigt vor allem, wie häufig ältere Menschen in Mehrgenerationenhaushalten leben, z.B. mit ihren Kindern.

Der deutlichste Unterschied beim Armutsrisiko besteht zwischen Einzelpersonen im Rentenalter und Paaren, bei denen der Haushaltsvorstand im Rentenalter ist, die Quoten betragen im Durchschnitt der OECD-Länder 25% bzw. 9%. Alleinstehende ältere Menschen befinden sich in

Irland und Korea in einer schwierigeren Situation, weit mehr als die Hälfte von ihnen lebt dort in Armut. Ebenfalls hoch – 40-50% – sind die Quoten für alleinstehende ältere Menschen in Australien, Japan, Mexiko und den Vereinigten Staaten.

Wie hat sich die Altersarmut verändert?

Die Armutsquoten der Älteren sind in den letzten dreißig Jahren gesunken. Abbildung 2.12 zeigt die Armutsquoten im Zeitverlauf für verschiedene Altersgruppen im Vergleich zur Armutsquote der Gesamtbevölkerung. Der linke Teil der Abbildung enthält Daten für 23 OECD-Länder. Mitte der 1980er Jahre war das Armutsrisiko für die älteren Alten (über 75 Jahre) fast doppelt so hoch wie für die Gesamtbevölkerung. In den folgenden zwanzig Jahren ist die relative Armut der älteren Menschen gesunken: von 90% auf weniger als 45% über der allgemeinen Armutsquote. Ebenso deutlich war die Verbesserung bei den jüngeren Alten (66-75 Jahre). Ihr relatives Armutsrisiko lag Mitte der 1980er Jahre bei 33% über dem Durchschnitt, fiel dann aber bis Mitte der 2000er Jahre auf ein unterdurchschnittliches Niveau. Die Armutsquoten der Menschen im Haupterwerbsalter (26-50 Jahre) blieben recht stabil. Es waren somit die Kinder und jungen Erwachsenen (im Alter bis zu 25 Jahren), die im Zeitverlauf die Älteren als die Gruppe mit einem relativ hohen Armutsrisiko ablösten.

Eine längere Datenreihe, die bis Mitte der 1970er Jahre zurückreicht, steht für sieben Länder zur Verfügung: Kanada, Finnland, Griechenland, die Niederlande, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Ergebnisse dieser sieben Länder, im rechten Teil von Abbildung 2.12 dargestellt, zeigen, dass es sich bei der sinkenden Altersarmut um einen langjährigen Trend handelt.

Abbildung 2.12 Trends des relativen Armutsrisikos nach Altersgruppe

Bevölkerungsweites Armutsrisiko = 100

Anmerkung: Die rechte Tabelle enthält Daten aus Finnland, Griechenland, Kanada, den Niederlanden, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten. Die linke Tabelle zeigt die restlichen 23 OECD-Länder.

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Abbildung 5.5.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651227035011>

Dieses Muster der sinkenden Alterseinkommensarmut ist den meisten OECD-Ländern gemeinsam (wenngleich sich dies hier nicht von der Abbildung ablesen lässt: vgl. OECD, 2008, Tabelle 5.3). Es gibt jedoch Ausnahmen. Irland und Spanien haben während der 1980er, der 1990er und Anfang der 2000er Jahre eine starke Zunahme des Anteils armer älterer Menschen erlebt. Dies lag am schnellen Tempo des Wirtschaftswachstums und den steigenden Reallöhnen, die in gewisser Weise die Älteren zurückfallen ließen. In Mexiko wurde eine Zunahme des Armutsrisikos im Rentenalter zwischen Mitte der 1980er und Mitte der 1990er Jahre durch einen Rückgang ab diesem Zeitpunkt und bis Mitte der 2000er Jahre wieder wettgemacht.

Um schließlich auf die Rolle der Lebensformen zurückzukommen: Die Armutsquoten für alleinstehende Ältere sind in den zehn Jahren von Mitte der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre schneller gesunken als die entsprechenden Quoten für ältere Paare. Am stärksten ist dieser Rückgang in der Tschechischen Republik (19,1 Prozentpunkte), gefolgt von Norwegen (13,8) und Österreich (11,6). In sieben Ländern wurde allerdings ein gegenteiliger Effekt festgestellt, insbesondere in Spanien und Finnland, wo die Armutsquoten der alleinstehenden älteren Menschen um 32,7 bzw. 12,5 Prozentpunkte gestiegen sind.

3. Die Umverteilungsrolle des Staats: Steuern und Transferleistungen

Die Analyse der Einkommen und der Armut älterer Menschen – und wie sie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung abschneiden – geschieht auf der Basis des *verfügbaren* Einkommens. Der Staat hat großen Einfluss auf die Höhe der verfügbaren Einkommen. Er entzieht den Haushalten Geld in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Er gibt davon einiges in Form von Geldleistungen zurück, darunter natürlich die Altersrenten.

Steuern und Sozialversicherungsbeiträge

Die ersten zwei Spalten der Tabelle 2.2 zeigen den Anteil des Haushaltseinkommens, der von Personen im Rentenalter (über 65 Jahre) im Vergleich zu Personen im Erwerbsalter (18-65 Jahre) in Form von Steuern und Sozialleistungen abgeführt wird. In den 24 Ländern, für die Daten vorliegen, zahlen die Menschen im Erwerbsalter im Durchschnitt 31% ihrer Einkommen an direkten Steuern²². Für Menschen im Rentenalter beträgt die aus direkten Steuern resultierende Belastung im OECD-Durchschnitt nur 18% vom Einkommen. Diese unterschiedliche Steuerlast spielt eine große Rolle beim Vergleich der Einkommen älterer Menschen mit den Einkommen von Personen im Erwerbsalter zu einem bestimmten Zeitpunkt. Wichtig ist sie auch für den Lebensstandard der Menschen, die von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand wechseln (vgl. den Indikator „Nettoersatzquoten“ in Teil II dieses Berichts).

Die Unterschiede zwischen den Ländern bei der Steuerbelastung von Personen im Erwerbsalter werden in anderen OECD-Berichten ausführlich beschrieben²³. Die Steuerlast älterer Menschen ist tendenziell niedriger als die der Personen im Erwerbsalter. Hierfür gibt es drei Hauptgründe. Erstens sind die Einkommensteuern in den OECD-Ländern progressiv: Wohlhabendere Personen zahlen einen höheren Anteil ihres Einkommens an Steuern. Ältere Menschen haben in der Regel niedrigere Einkommen als Personen im Erwerbsalter. Zweitens ziehen die meisten OECD-Länder Rentnern keine Sozialversicherungsbeiträge ab oder tun dies nur zu einem niedrigen Anteil, um bestimmte Leistungen zu finanzieren, wie die Gesundheitsversorgung. Drittens sehen die meisten OECD-Länder in ihrem Einkommensteuersystem für Rentner oder Renteneinkommen Vergünstigungen vor.

Die Progressivität der Steuern und Transferleistungen wird durch einen Vergleich ihrer Verteilung mit der Verteilung des verfügbaren äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommens gemessen. Dieses Konzept wird in Abbildung 2.13 veranschaulicht. Die horizontale Ordinate zeigt den Prozentsatz der Bevölkerung in kumulierter Rechnung, nach der Reihenfolge der verfügbaren äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen, wobei die Ärmsten links und die Reichsten rechts abgebildet sind. Die vertikale Ordinate zeigt den Prozentsatz der gesamten Steuern oder Transferleistungen, die gezahlt oder empfangen wurden, in kumulierter Rechnung. Wenn die Steuern und Transferleistungen gleichmäßig verteilt würden, wäre das Ergebnis eine 45°-Linie. In der Praxis werden sie nicht auf diese Weise verteilt.

Die Tabelle zeigt die Auswirkung eines progressiven Steuersystems, bei dem der Anteil des in Form von Steuern gezahlten Einkommens mit der Einkommenshöhe steigt. Dies ist die Kurve unterhalb der 45°-Linie. Sie zeigt außerdem den Effekt eines Umverteilungssystems mit Transferleistungen, bei dem der Anteil der gesamten empfangenen Leistungen mit steigendem Einkommen sinkt. Dies ist die Kurve oberhalb der 45°-Linie.

Tabelle 2.2 Umfang und Progressivität der direkten Steuern und Sozialabgaben sowie der monetären Transferleistungen an die Haushalte

Anteil der Steuern und Sozialabgaben sowie der öffentlichen Transferleistungen am verfügbaren Einkommen und Messgröße der Progressivität von Steuern, Sozialabgaben und Transferleistungen in Prozent, Mitte der 2000er Jahre

	Besteuerung der Haushalte (in % des verfügbaren Einkommens)		Progressivität der Besteuerung der Haushalte		Öffentliche Transferleistungen (in % des verfügbaren Einkommens)		Progressivität der öffentlichen Transferleistungen		
	Renten- alter	Erwerbs- alter	Renten- alter	Erwerbs- alter	Renten- alter	Erwerbs- alter	Renten- alter	Erwerbs- alter	Leistungen im Alter
Australien	9.7	24.8	81.6	49.2	48.7	10.1	-8.0	-43.1	-47.0
Belgien	19.6	42.1	42.0	36.3	96.9	22.3	16.9	-14.1	-8.9
Dänemark	44.2	53.8	33.6	33.2	81.1	19.9	-5.4	-30.3	-49.4
Deutschland	12.5	41.1	48.5	43.9	82.2	16.4	17.5	-6.6	10.1
Finnland	24.8	31.0	44.4	41.9	18.1	12.4	-13.8	-25.8	-44.1
Frankreich	11.1	28.8	47.4	35.4	96.4	22.6	28.5	9.8	25.3
Griechenland ¹	..	..	..	..	66.4	16.7	20.2	17.6	14.5
Irland ¹	5.4	20.7	78.2	53.1	55.8	13.3	-0.1	-20.5	-32.0
Island	34.2	54.1	29.6	25.7	79.7	12.3	3.7	1.8	
Italien	21.1	32.0	62.3	51.2	87.4	21.1	22.5	15.8	21.8
Japan	15.4	21.0	42.9	35.6	55.8	11.0	12.1	2.0	2.3
Kanada	15.0	27.0	58.6	47.2	46.7	9.3	-0.6	-17.3	-11.0
Korea	5.0	8.1	46.2	36.3	15.7	3.0	28.2	4.0	
Luxemburg	14.8	26.3	43.0	40.4	91.0	22.4	14.5	7.5	17.3
Mexiko ¹	..	..	..	..	21.3	5.4	51.8	40.7	
Neuseeland	19.8	29.1	24.9	48.5	76.8	13.1	-1.1	-33.1	-32.4
Niederlande	10.0	26.9	70.5	43.6	53.0	12.7	-1.4	-22.3	-16.0
Norwegen	22.7	35.0	43.3	35.5	72.7	15.4	7.4	-17.7	-26.7
Österreich	27.5	35.0	46.4	36.5	101.3	27.4	25.6	13.0	24.9
Polen ¹	17.9	28.8	32.5	38.2	92.6	30.4	19.8	17.3	26.0
Portugal ¹	..	..	..	..	74.2	20.3	29.5	31.5	33.2
Schweden	40.2	44.2	31.2	33.0	96.3	21.4	9.0	-15.3	-18.7
Schweiz	32.9	36.6	20.2	21.1	63.6	9.7	1.5	-17.6	-18.7
Slowak. Rep.	5.0	22.0	72.6	38.8	86.0	22.0	10.4	-3.0	-0.2
Spanien ¹	..	..	..	..	70.4	15.0	17.5	10.2	4.1
Tschech. Rep.	6.1	23.9	78.9	42.4	79.1	17.0	3.7	-15.1	-10.8
Türkei ¹	..	..	..	..	46.0	18.6	28.8	32.0	37.3
Ungarn ¹	..	..	..	..	85.6	27.5	11.9	-2.5	1.0
Ver. Königreich	10.0	26.2	61.4	48.6	54.3	8.7	3.5	-34.7	-20.6
Ver. Staaten	16.4	27.7	65.8	54.9	42.1	5.6	10.5	-11.5	-3.8
OECD24	18.4	31.1	50.2	40.4	69.7	15.8	8.5	-10.7	-4.5

1. Für Griechenland, Mexiko, Portugal, Spanien, die Türkei und Ungarn werden die Zahlen zu den öffentlichen Transferleistungen nach Steuern angegeben, deshalb kann die Besteuerung der Haushalte nicht separat identifiziert werden. Im OECD-Durchschnitt sind diese sechs Länder daher ausgeklammert. Die Progressivität der öffentlichen Transferleistungen wird für diese Länder sowie Irland und Polen auf der Basis der Nettowerte gerechnet.

Quelle: OECD Income Distribution Database; vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*, Tabelle 4.2-4.4 und die Erörterung dazu.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651477340623>

Die schattierten Bereiche zeigen die Messgröße der Progressivität der Steuern und Transferleistungen, die weiter unten erklärt wird. Formal nennt man diese den „Konzentrationskoeffizienten“²⁴. Je größer der Bereich zwischen der 45°-Linie und dem Anteil der Steuern und Transferleistungen ist, desto progressiver sind diese Systeme. In dem Beispiel in Abbildung 2.13 dienen die Transferleistungen der Umverteilung, und deshalb ist das Ergebnis für die Konzentrationsmessgröße negativ.

Abbildung 2.13 Messung der Progressivität von Steuern und Transferleistungen: zur Veranschaulichung

Tabelle 2.2 zeigt die empirische Messgröße der Progressivität von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in der dritten und vierten Spalte. Ein Wert von null würde bedeuten, dass alle Haushalte einen gleichen Anteil an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zahlen (dann wäre die Steuerkurve die 45°-Linie aus Abb. 2.13). Je höher der Wert, desto progressiver ist das Steuersystem.

Für Menschen im Erwerbsalter haben die englischsprachigen Länder – Australien, Kanada, Irland, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – sowie Deutschland, die Niederlande und die Tschechische Republik die progressivsten Steuersysteme. Die direkten Steuern sind in Frankreich, der Schweiz und den nordischen Ländern am wenigsten progressiv.

Für Personen im Rentenalter sind die Steuern in 16 von 24 Ländern, für die Daten vorliegen, deutlich progressiver als für Menschen im Erwerbsalter. Hierfür gibt es hauptsächlich drei Gründe. Erstens liegen die grundlegenden Steuervergünstigungen (Grundfreibeträge, Steuergutschriften usw.) für Rentner oft höher als für Menschen im Erwerbsalter. Dies führt dazu, dass viele Rentner keine Steuern zahlen. Zweitens zahlen Rentner in den meisten OECD-Ländern keine Sozialversicherungsbeiträge (oder nur in geringer Höhe). Sozialversicherungsbeiträge sind meistens regressiver als die Einkommensteuer. Oft gibt es einen einzigen Beitragssatz, der für alle Verdienere gilt. Außerdem sind die Beiträge der Personen mit hohem Verdienst durch die Beitragsbemessungsgrenzen eingeschränkt (vgl. Tabelle III.1 in Teil III).

Die Progressivitätsunterschiede zwischen der Besteuerung von Personen im Erwerbsalter und der von Rentnern sind jedoch in den nordischen Ländern, Neuseeland, Polen und der Schweiz gering bzw. die Besteuerung der Arbeitskräfte ist dort progressiver als die der Rentner. Hierfür gibt es verschiedene Gründe: insgesamt hohe Steuern in den nordischen Ländern, das Fehlen von Sozialversicherungsbeiträgen in Neuseeland und Beiträge der Rentner zur Gesundheitsversorgung in Polen.

Öffentliche Transferleistungen

Der rechte Teil von Tabelle 2.2 enthält eine Untersuchung der öffentlichen Transferleistungen. Diese umfassen die gesamte Palette der öffentlichen Rentenleistungen: Grundrente, bedürftigkeitsabhängige Leistungen und Mindestrenten sowie verdienstabhängige Programme. Berücksichtigt werden jedoch auch andere Geldleistungen, die ältere Menschen erhalten und die an anderer Stelle dieses Berichts im Allgemeinen nicht erwähnt werden, wie familienbezogene Leistungen, Arbeitslosenunterstützung, Wohngeld und Behindertenrenten²⁵.

Die ersten zwei der fünf Spalten zeigen den Anteil dieser Leistungen am verfügbaren Einkommen. Anders als die obengenannten Daten zu den Einkommensquellen in Abbildung 2.3 werden diese brutto gezeigt, vor Abzug von Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträgen. (Dies erklärt, warum die öffentlichen Transferleistungen in Österreich mehr als 100% des verfügbaren Einkommens ausmachen.)

Es erstaunt wenig, dass öffentliche Transferleistungen in allen Ländern für Menschen im Rentenalter eine größere Rolle spielen als für Menschen im Erwerbsalter. Im Durchschnitt ergeben öffentliche Transferleistungen 70% der Bruttoeinkommen älterer Menschen, jedoch nur 16% derjenigen der Personen im Erwerbsalter. Die öffentlichen Transferleistungen sind in Island, Neuseeland, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten besonders stark auf Menschen im Rentenalter ausgerichtet. Dies liegt hauptsächlich daran, dass öffentliche Transferleistungen an Menschen im Erwerbsalter in diesen Ländern einen geringeren Anteil des verfügbaren Einkommens darstellen als im OECD-Durchschnitt.

Die letzten Spalten der Tabelle 2.2 zeigen, wie öffentliche Transferleistungen unter den Einkommensgruppen verteilt sind, wobei erneut zwischen Personen im Erwerbsalter und Personen im Rentenalter unterschieden wird. Die hier verwendete Messgröße der Progressivität würde wiederum einen Wert von null aufweisen, wenn alle Einkommensgruppen den gleichen Anteil öffentlicher Transferleistungen erhielten. Anders als bei den Steuern sind hingegen viele der Werte für Transferleistungen negativ. Dies bedeutet, dass Menschen mit niedrigeren Einkommen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Gesamtheit der ausgezahlten Leistungen erhalten (vgl. die Erklärung zu Abb. 2.13 weiter oben).

Transferleistungen an Personen im Erwerbsalter sind in allen OECD-Ländern, außer Portugal und der Türkei, in ihrer Verteilung progressiver als Zahlungen an Personen im Rentenalter. Insbesondere sind die Leistungen für Familien und Arbeitslose auf die unteren Einkommensgruppen ausgerichtet²⁶. Dagegen gibt es in 23 von 30 OECD-Ländern staatliche, einkommensabhängige Renten (vgl. Tabelle 0.1 im Rahmen von *Renten auf einen Blick* weiter oben). Diese zahlen konzeptionell bedingt höhere Leistungen an die Personen aus, die als Erwerbstätige höhere Arbeitseinkünfte erzielen. So ergibt sich ein Großteil des Unterschieds zwischen den Umverteilungssystemen, die Familien im Erwerbsalter zugute kommen, und denen der Rentner.

Um diesen Effekt näher zu untersuchen, führt die letzte Spalte von Tabelle 2.2 die Leistungen im Alter getrennt auf und zeigt die empirische Messgröße der Progressivität (den Konzentrationseffekt) allein für diese Systeme. In sechs Ländern²⁷, die nicht über staatliche, einkommensabhängige Rentensysteme verfügen – Australien, Dänemark, Finnland²⁸, Irland, die Niederlande und Neuseeland – ist die Progressivitätsmessgröße stark negativ. Dies liegt daran, dass staatliche Transferleistungen entweder in Form von Grundrenten oder von bedürftigkeitsabhängigen Renten gezahlt werden. Infolgedessen ist der Erfassungsgrad dieser Programme hoch oder fast vollständig (vgl. Kasten 2.1 weiter oben). Andere Länder mit relativ hohen Anteilen älterer Menschen, die von Mindest-, bedürftigkeitsabhängigen und Grundrenten erfasst werden – wie Belgien, Kanada, Schweden und das Vereinigte Königreich –, weisen ebenfalls hochgradig progressive öffentliche Transferleistungen an ältere Personen auf. In der Schweiz, der Tschechischen Republik und den Vereinigten Staaten ist das öffentliche Rentensystem darauf ausgerichtet, für Niedrigverdiener im Verhältnis zu den Arbeitseinkünften höhere Renten zu zahlen, und auch hier ist die Progressivitätsmessgröße in Tabelle 2.2 negativ.

Im Gegensatz hierzu ist die empirische Progressivitätsmessgröße der Leistungen für ältere Personen in 12 Ländern positiv. Dies liegt in der Regel daran, dass Rentenzahlungen stark an Arbeitseinkommen gekoppelt sind, beispielsweise in Frankreich, Italien und Österreich. In anderen Ländern ist der Grund, dass Geringverdiener oft ihr ganzes oder einen Teil ihres Arbeitslebens im informellen Sektor gearbeitet haben. Dies erklärt die Ergebnisse für Griechenland, Portugal und die Türkei (und das Ergebnis für die Progressivität aller Transferleistungen an Personen im Rentenalter in Mexiko).

Es ist ebenfalls interessant, diese empirischen Messgrößen der Verteilung heute ausgezahlter öffentlicher Renten mit Projektionen zu der Verteilung künftiger Renten auf Menschen zu vergleichen, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten, also Personen, die in etwa 40-50 Jahren das Regelrentenalter erreichen werden (der Indikator „Progressivität der Rentenformeln“ in Teil II dieses Berichts). Einige der Unterschiede zwischen den beiden Ergebnisreihen zeigen die Unterschiede bei den empfangenen Leistungen: So sind staatliche Renten z.B. in Finnland, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz hochgradig auf Umverteilung ausgerichtet. Insgesamt trifft dies jedoch für das Renteneinkommenssystem weniger zu, was durch den Ausschluss der obligato-

rischen oder quasi-obligatorischen betrieblichen Altersversorgung aus der Analyse, die Tabelle 2.2 zu Grunde liegt, bedingt ist. Der zweite Grund ist, dass viele Rentensysteme reformiert worden sind, was bedeutet, dass das Niveau und die Verteilung der Rentenleistungen in Zukunft ganz anders gestaltet sein werden als die der heutigen Rentner.

4. Blick in die Zukunft

In diesem Kapitel wurde die Wirtschaftslage der heutigen älteren Menschen anhand ihrer Einkommen und des Ausmaßes der Altersarmut untersucht. Die heutigen Renteneinkommen hängen von den rentenrechtlichen Regelungen der Vergangenheit sowie den Erwerbs- und Verdienstbiografien der Rentner ab. Dies unterstreicht den langfristigen Zeithorizont, der bei der Analyse von Renten zu berücksichtigen ist. Es stellt sich die Frage, wie die Lage sich in 20 oder 40 Jahren gestalten wird, wenn die Menschen, die heute junge Arbeitskräfte oder im Haupteinverdienstalter sind, selbst in Rente gehen.

Die Situation wird sich für diese Generationen derzeitiger Arbeitskräfte sehr von der ihrer Eltern und Großeltern unterscheiden.

Erstens hat es weitgreifende *soziale* Veränderungen gegeben: mehr Scheidungen und allein-erziehende Eltern, niedrigere Geburtenraten und Niedergang des Modells des männlichen Allein-verdieners, da die Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt zugenommen hat.

Zweitens hat es insofern tiefgreifende und langanhaltende *wirtschaftliche* Veränderungen gegeben, als viele Länder bis in die 1990er Jahre mit dauerhafter und langfristiger Arbeitslosigkeit konfrontiert waren. Die Lage auf den Arbeitsmärkten hat sich in den letzten Jahren sehr verbessert. Die derzeitige Wirtschaftskrise wird jedoch wahrscheinlich starke Auswirkungen haben, zumindest kurzfristig. Die Finanzkrise wird ebenfalls für viele Rentner in den nächsten fünf bis zehn Jahren schwerwiegende Folgen haben. (Vgl. hierzu das Sonderkapitel „Rentensysteme während der Finanz- und Wirtschaftskrise“ weiter oben.)

Drittens waren die letzten zwanzig Jahre von einer Welle von *Rentenreformen* geprägt. Diese werden das Niveau und die Quellen der Renteneinkommen heutiger Arbeitskräfte sowie die Entwicklung der Alterseinkommen und -armut stark beeinflussen.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen

Die wichtigste wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderung betrifft die veränderte Rolle der Frauen. Die älteren Menschen, deren Einkommen in diesem Bericht untersucht werden, sind 1940 oder noch früher in den Arbeitsmarkt eingetreten. Zu dieser Zeit herrschte das Familienmodell des männlichen Alleinverdieners vor. Frauen verließen oft den Arbeitsmarkt, sobald sie heirateten oder Kinder bekamen (wobei sie damals eher jünger als die heutigen Frauen waren), und verbrachten lange Zeitspannen außerhalb des Arbeitsmarkts damit, ihre Kinder großzuziehen. Manche kehrten nie in eine Erwerbstätigkeit zurück.

Die Geschlechterlücke hinsichtlich der Beschäftigung hat sich verändert, da Frauen weniger Kinder haben, später Mütter werden und weniger Zeit außerhalb des Arbeitsmarkts verbringen, um ihre Kinder großzuziehen. Die Geschlechterlücke bei den Arbeitseinkommen hat sich infolge von Antidiskriminierungsgesetzen, veränderten Einstellungen in der Gesellschaft, kleineren Geschlechterunterschieden in Bildung und Qualifizierung sowie längeren Arbeitszeiten für Frauen ebenfalls verringert. Das Ergebnis dieser Veränderungen ist, dass immer mehr Frauen, Generation für Generation, eigene und höherwertige Rentenansprüche erwerben werden. Das Muster der niedrigeren Alterseinkommen und weiter verbreiteten Altersarmut von Frauen, das sich unter heutigen Rentnerinnen beobachten lässt, dürfte in Zukunft weniger ausgeprägt sein.

Eine weitere gesellschaftliche Veränderung mit Auswirkungen auf die Frauen ist der Anstieg der Scheidungen gewesen. Ein paar Länder ermöglichen zwar die Aufteilung der Rentenansprüche zwischen Mann und Frau im Fall der Scheidung, doch handelt es sich auch hierbei noch um relativ neue Regelungen. Viele Frauen, die in den kommenden Jahren in Rente gehen, werden sich z.B.

nicht mehr auf Hinterbliebenenrenten verlassen können. Der Anstieg der Scheidungsraten hat dazu geführt, dass die Zahl der Alleinerziehenden zugenommen hat. Alleinerziehende Eltern haben oft niedrige Einkommen, weil sie sich um die Kinder kümmern müssen und es wenige erschwingliche Kinderbetreuungseinrichtungen gibt.

Gemeinsam betrachtet könnten diese sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die sich auf die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt auswirken, im Durchschnitt höhere Alters-einkommen für Frauen zur Folge haben. Dies kann jedoch angesichts höherer Scheidungsraten und der gestiegenen Zahl von Alleinerziehenden mit höheren Altersarmutsquoten einhergehen.

Veränderungen der Rentensysteme

Auch die Rentensysteme waren in den letzten Jahren in den meisten OECD-Ländern Veränderungen ausgesetzt. *Renten auf einen Blick* hat die Schlüsselkomponenten dieser Reformen dargestellt, sowohl im Sonderkapitel „Jüngste Rentenreformen“ in dieser als auch in der letzten Ausgabe (OECD, 2007a, Teil II.1). Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Rentenansprüche von Einzelpersonen mit unterschiedlichen Einkommensniveaus. Dabei wird teilweise in vereinfachter Form vorgegangen: Gefragt wird, wie hoch die Rentenansprüche einer Arbeitskraft gewesen wären, die 2006 in den Arbeitsmarkt eingetreten ist, wenn die Rentenreform nicht stattgefunden hätte. Dies wird dann mit den Ergebnissen für dieselbe Person nach den derzeit gültigen Regeln verglichen, einschließlich aller Veränderungen, deren Umsetzung noch nicht abgeschlossen ist. Falls es in den letzten 15-20 Jahren mehrere Reformen gegeben hat, zeigt die Analyse in der Regel den Effekt der Veränderungen in kumulierter Rechnung.

In Tabelle 2.3 sind die Ergebnisse für die Lohnersatzquoten aufgeführt: das Verhältnis der Rente im Ruhestand zu den Arbeitseinkommen während der Erwerbstätigkeit. Die Ersatzquoten werden brutto und netto (nach Steuern und Sozialabgaben) dargestellt²⁹. Die Ergebnisse werden für drei Verdienstniveaus aufgeführt: 50%, 100% und 150% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts. Die in der Tabelle vorgestellten 20 Länder lassen sich in 4 Gruppen aufteilen.

In der ersten Gruppe war eines der Hauptmotive für die Rentenreform die Verbesserung der langfristigen finanziellen Tragfähigkeit der Rentensysteme. Acht Ländern ist dies durch generelle Leistungskürzungen gelungen, die gleichmäßig (oder fast gleichmäßig) auf Gering-, Mittel- und Besserverdiener angewandt werden. Dies betrifft Deutschland, Finnland, Italien, Japan, Korea, Österreich, Portugal und die Türkei. Die Bruttorentenansprüche werden in diesen Ländern nach den reformierten Regeln für Arbeitskräfte mit vollständigen Erwerbsbiografien im Durchschnitt um 22% unter denen vor der Reform liegen. Die größten Einschnitte, etwa 40%, wird es in Korea und Portugal geben, der Rest der Gruppe wird moderatere Kürzungen um 10-25% vornehmen.

Eine zweite Gruppe von Ländern hat die Leistungen ebenfalls gekürzt, diese Reformen haben jedoch die *Geringverdiener* vor den gesamten bzw. dem Großteil der Kürzungen bewahrt. Zu dieser Gruppe gehören Frankreich, Mexiko und Schweden. So wird beispielsweise die Reform in Mexiko die Renten der Durchschnittsverdiener um etwa 50% kürzen, im Vergleich zu unter 25% für Geringverdiener (mit Arbeitseinkommen von der Hälfte des Durchschnitts). Die Kürzungen für Durchschnittsverdiener werden in Frankreich und Schweden bei rd. 20% liegen, für Geringverdiener jedoch nur bei etwa 5%.

Die dritte Ländergruppe hat sich in Richtung einer *stärkeren Verbindung zwischen Renten und Einkommen* bewegt, also in die entgegengesetzte Richtung von der vorhergehenden Gruppe. In Polen, der Slowakischen Republik und Ungarn sind die Umverteilungsmerkmale des neuen Rentensystems wesentlich geringer als im früheren System. Die Renten der Geringverdiener werden drastisch gekürzt: um 25% in Polen und 13% in der Slowakischen Republik. Die Kürzungen für Durchschnittsverdiener werden gering ausfallen: unter 5%. Besserverdienende (die bei 150% des Durchschnittserwerbseinkommens liegen) erhalten nach dem neuen System höhere Renten als nach dem alten. In Ungarn sind die Ersatzquoten nach der Reform auf allen Einkommensniveaus höher, die Rentensteigerung ist jedoch für die Besserverdienenden deutlicher.

Tabelle 2.3 Auswirkungen der Rentenreformen auf die einzelnen Leistungsansprüche
Entsprechende Brutto- und Nettoersatzquoten vor und nach den Reformen, in Prozent

Einzelperson/ Erwerbseinkommen	Bruttoersatzquote						Nettoersatzquote					
	Vor der Reform			Nach der Reform			Vor der Reform			Nach der Reform		
	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5
Australien	46.2	23.1	15.4	67.0	41.6	33.1	55.3	30.4	21.8	80.2	53.1	41.8
Belgien	54.8	40.4	31.4	58.1	42.0	32.5	74.2	62.1	50.6	78.7	63.7	51.7
Deutschland	47.9	47.9	46.5	43.0	43.0	42.6	56.4	66.6	66.4	59.2	61.3	60.3
Finnland	69.9	66.2	65.2	66.5	56.2	56.2	75.9	71.4	72.4	73.2	62.4	63.8
Frankreich	64.7	64.7	58.4	61.7	53.3	48.5	79.7	78.2	70.8	76.2	65.7	60.2
Italien	90.0	90.0	90.0	67.9	67.9	67.9	99.1	99.1	99.2	74.8	74.8	77.1
Japan	56.5	40.6	35.3	47.1	33.9	29.4	55.8	41.0	37.0	51.4	38.7	33.9
Korea	100.0	69.3	56.0	64.1	42.1	33.6	105.9	74.9	61.6	68.8	46.6	38.7
Mexiko	72.5	72.5	72.5	55.3	36.1	34.5	73.4	76.5	83.2	56.0	38.0	39.6
Neuseeland	77.5	38.7	25.8	79.3	41.1	29.0	77.5	38.7	25.8	79.3	41.1	29.0
Norwegen	62.5	51.9	41.9	66.2	59.3	49.8	80.4	62.0	52.3	76.7	69.3	60.6
Österreich	90.0	90.0	85.9	80.1	80.1	76.4	98.4	99.2	95.1	90.5	90.3	86.3
Polen	81.2	62.9	56.8	61.2	61.2	61.2	97.1	76.9	69.7	74.4	74.9	75.0
Portugal	91.3	89.9	88.5	63.0	53.9	53.1	106.1	112.0	110.8	73.2	69.6	72.0
Schweden	82.5	78.6	76.5	76.6	61.5	75.6	84.5	80.3	81.9	79.3	64.1	81.2
Slowak. Rep.	65.0	58.9	39.3	56.4	56.4	56.4	76.4	75.9	52.2	66.3	72.7	74.9
Tschech. Rep.	72.1	45.0	32.9	79.2	49.7	36.4	86.7	58.1	44.6	95.3	64.1	49.4
Türkei	107.6	107.6	107.6	86.9	86.9	86.9	150.0	154.4	157.9	121.2	124.7	127.1
Ungarn	69.9	57.7	53.6	76.9	76.9	76.9	85.9	83.2	79.1	94.3	105.5	99.2
Ver. Königreich	41.1	29.7	20.6	51.0	30.8	21.3	51.9	39.8	28.3	63.8	40.9	29.2

Quelle: OECD-Rentenmodelle; vgl. auch OECD (2007), *Renten auf einen Blick*, Teil II.1.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651486817320>

Schließlich gibt es eine vierte Gruppe, bestehend aus Ländern, in denen die *Renten* nach den Reformen *steigen* werden. In Australien und Norwegen ist der Grund, dass private Renten obligatorisch geworden sind. Vorher bestand in beiden Ländern ein hoher Erfassungsgrad privater Renten, diese Maßnahme wird jedoch dafür sorgen, dass viele Gering- bis Durchschnittsverdiener in Zukunft private Rentenansprüche erwerben. In Neuseeland wurde das Renteneintrittsalter erhöht, das Leistungsniveau blieb jedoch unverändert. In der Tschechischen Republik und im Vereinigten Königreich werden die Renteneintrittsalter ebenfalls erhöht, dies wird es jedoch den Betroffenen ermöglichen, mehr Rentenansprüche zu erwerben. Zusätzlich wird das öffentliche, einkommensabhängige Rentensystem des Vereinigten Königreichs stufenweise in Richtung einer einheitlichen Grundrente verändert. Die Leistungen zu Gunsten der Geringverdiener werden stark ansteigen – um fast 25% –, während diejenigen der Besser- und Durchschnittsverdiener nur um 4% steigen werden. In Belgien gründet die höhere Ersatzquote auf der Standardannahme, dass der Eintritt in den Ruhestand zum normalen Renteneintrittsalter stattfindet (65 Jahre), da ein zusätzlicher Rentenbonus an diejenigen gezahlt wird, die zwischen 62 und 65 Jahren noch arbeiten.

5. Schlussbetrachtungen

Beim wirtschaftlichen Wohlergehen älterer Menschen in den verschiedenen OECD-Ländern sind große Unterschiede zu beobachten. In manchen sind die Einkommen der Älteren im Durchschnitt fast gleichwertig mit denen der Gesamtbevölkerung, wenn die Unterschiede bei der Haushaltsgröße berücksichtigt werden. In anderen müssen sich ältere Menschen mit Einkommen begnügen, die nur zwei Drittel des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung ausmachen. Noch unterschiedlicher gestaltet sich der Anteil der Rentner, die in Einkommensarmut leben. In manchen Ländern ist die Altersarmut fast inexistent, während in anderen über 40% der Älteren arm sind. Selbst in Ländern mit einer relativ geringen Zahl ärmerer Rentner sind nach wie vor Konzentrationen von Altersarmut zu beobachten, insbesondere unter den ältesten Alten, den Frauen und den Alleinstehenden.

Die Ergebnisse sind in Tabelle 2.4 zusammengefasst, in der die Armutsquoten und relativen Einkommen der älteren Personen verglichen werden. Oben rechts befinden sich sechs Länder mit niedrigen Armutsquoten und hohen Alterseinkommen. Diese Länder haben jedoch radikal unterschiedliche Rentensysteme. Am anderen Ende des Spektrums liegen Australien, Korea und Irland, in denen die Alterseinkommen niedrig und die Armutsquoten hoch sind. In Griechenland, Japan, Portugal, der Schweiz, Spanien und den Vereinigten Staaten liegen die Altersarmutsquoten ebenfalls hoch, die Einkommen der Älteren sind jedoch etwa bei der Mitte der Verteilung angesiedelt. In Belgien, Dänemark, Finnland, Norwegen und dem Vereinigten Königreich sind die relativen Einkommen der Älteren niedrig und die Armutsquoten etwa in der Mitte der Verteilung. Frankreich, Deutschland und die Türkei weisen ebenfalls mittelwertige Armutsquoten für Ältere, aber insgesamt hohe Alterseinkommen auf.

Tabelle 2.4 Zusammenfassung: Altersarmutsquoten und relative Einkommen der Älteren

Relative Einkommen älterer Menschen	Altersarmutsquoten		
	Hoch	Mittel	Niedrig
Hoch	Mexiko	Deutschland, Frankreich, Türkei	Island, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen
Mittel	Griechenland, Japan, Portugal, Schweiz, Spanien, Ver. Staaten	Italien, Schweden	Tschech. Rep., Ungarn
Niedrig	Australien, Irland, Korea	Belgien, Dänemark, Finnland, Norwegen, Ver. Königreich	Neuseeland, Slowak. Rep.

Quelle: OECD Income Distribution Database, vgl. OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?*.

Diese Ergebnisse lassen zumindest darauf schließen, welche Richtung die Politik einschlagen sollte. Niedrige Einkommen und hohe Armut bei älteren Menschen deuten darauf hin, dass die Regierungen u.U. eine Umverteilung von der Erwerbsbevölkerung auf die Rentner erwägen sollten. Tatsächlich haben seit Mitte der 2000er Jahre, als die OECD-Einkommensverteilungsdaten erhoben wurden, sowohl Australien als auch Irland und Korea bereits Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen. Dagegen ist das Argument zu Gunsten der Umverteilung von Arbeitskräften zu Rentnern in Ländern mit mittleren oder hohen Alterseinkommen weniger überzeugend. Allerdings könnte man in Ländern, in denen dergleichen mit mittleren oder hohen Niveaus der Altersarmut einhergehen, argumentieren, dass die Altersrenten eher auf Personen mit niedrigen Renteneinkommen eingestellt werden sollten. Davon abgesehen fließen natürlich zahlreiche weitere Überlegungen in die Ausgestaltung der Rentenpolitik ein.

Nach vorne blickend ist die größte gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderung, die die künftigen Einkommen und die Armut älterer Menschen beeinflussen wird, die sich wandelnde Rolle der Frauen: stärkere Teilnahme am Arbeitsmarkt, Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und besserer Schutz für Erziehungsurlaubszeiten, wie bereits in Abschnitt 4 weiter oben besprochen. Die Rentenreformen werden ebenfalls starke Auswirkungen auf die Entwicklung der zukünftigen Einkommen und die Armut älterer Menschen ausüben³⁰. In Ländern, die generelle Leistungskürzungen vorgenommen haben, dürften in Zukunft niedrigere Renteneinkommen und größere Armut auftreten, es sei denn die betroffenen Personen gleichen die Kürzungen durch mehr Erwerbsjahre oder freiwillige Rentensparnisse aus³¹. Die durchschnittlichen Alterseinkommen könnten in den Ländern, die Geringverdiener vor Kürzungen schützen, durchaus sinken, diese Politik bedeutet jedoch, dass die Rentnerarmut von der Reform nicht beeinflusst wird. In den Ländern, die sich in Richtung einer stärkeren Verbindung zwischen Renten und Einkommen bewegt haben, könnten die Durchschnittseinkommen der Älteren steigen, doch bedeutet die fehlende Umverteilungskomponente im neuen Rentensystem, dass die Rentnerarmut zunehmen könnte. Schließlich dürfte die Gruppe, die die obligatorische Rentenvorsorge ausgebaut hat, natürlich höhere Alterseinkommen erzielen. In sämtlichen dieser Fälle werden die Veränderungen eher den Geringverdienern zugute kommen, so dass sie einen größeren Effekt auf die Rentnerarmut ausüben dürften.

Anmerkungen

1. Dieses Kapitel stützt sich auf die Einkommensverteilungsdatenbank der OECD, die einem Großteil der Analyse aus dem jüngsten OECD-Bericht zur Ungleichheit und Armut, *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern*, (OECD, 2009) zu Grunde liegt.
2. Vgl. die Indikatoren „Progressivität der Rentenformeln“ und „Verknüpfung zwischen Rentenansprüchen und Arbeitsverdienst“ in Teil II.
3. Vgl. OECD (2008), Tabelle 1.A1.1 wegen Informationen zu den verwendeten Erhebungen und den Anpassungen der Daten.
4. Für die meisten Länder stammen die Daten aus dem Jahr 2004. Für Dänemark, Deutschland, Irland, Kanada, Korea, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten beziehen sich die Daten hingegen auf das Jahr 2005. Die Erhebung für die Niederlande bezieht sich auf 2003 und die für Korea auf 2006.
5. Eine klassische lineare Regression der relativen Einkommen älterer Menschen bringt folgende Ergebnisse, wobei die Standardabweichungen in Klammern aufgeführt werden:

$$\text{Einkommen} = 2,128 \times \text{öffentliche Ausgaben/BIP} - 0,761 \times \text{Abhängigenquotient}$$

$$(0,483) \qquad (0,311)$$
Beide Koeffizienten sind auf der 5%-Ebene signifikant und R^2 für die Regression beträgt 0,31. Die Daten stammen aus den Indikatoren in Teil II.
6. Die meisten Personen im Rentenalter haben keine abhängigen Kinder, dennoch werden die Kosten der Kinder durch die Errechnung des Äquivalenzeinkommens bereits berücksichtigt.
7. Es sind uns keine Studien bekannt, in denen versucht wurde, diese direkt zu messen. Sie werden hingegen oft in der Literatur zum Konsumverhalten über den gesamten Lebenszyklus erwähnt: vgl. u.a. Banks et al. (1995) sowie Browning und Crossley (2001).
8. Die Analyse der Haushaltsschulden nach Alter des Haushaltsvorstands in fünf Ländern zeigt einen Höhepunkt in der Altersklasse der 35- bis 44-Jährigen. Personen über 65 Jahre haben in diesen Ländern praktisch keine Schulden (vgl. OECD, 2008, Abb. 10.1).
9. Vgl. OECD (2008), Kapitel IV.10 für Belege zur Vermögensverteilung nach Alter für sieben OECD-Länder. Disney und Whitehouse (2003) sowie Crystal und Shea (1990) stellen alternative Messgrößen vor, die den Wert des Vermögens mit einbeziehen.
10. OECD (2008), Kapitel IV.9 mit einer Analyse der Verteilung staatlicher Leistungen. Vgl. insbesondere Abb. 9.1 wegen Analysen der Gesundheitsausgaben nach Alter des Leistungsempfängers.
11. Vgl. Whitehouse (2009) wegen einer Analyse der Rentenindexierungspolitik und verwandter Themen.
12. Vgl. den Indikator „Lebenserwartung“ in Teil II dieses Berichts wegen einer Erörterung und den Daten für alle 30 OECD-Länder.
13. Vgl. Whitehouse und Zaidi (2008) wegen eines Überblicks über die Fachliteratur und neuer Belege für sozioökonomische Unterschiede bei der Sterblichkeit älterer Menschen in Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten.
14. Die Daten für die Schweiz sind in Abbildung 2.3 nicht aufgeführt. Dies liegt daran, dass Kapital (hauptsächlich private Renten) und Erwerbseinkommen in der Datenbank aggregiert sind. Zusammen ergeben sie durchschnittlich 52% der Alterseinkommen, die restlichen 48% stammen aus staatlichen Transferleistungen.
15. Vgl. z.B. Belege in Förster und Mira d’Ercole (2005) sowie Disney und Whitehouse (2001), Kapitel 7.
16. OECD (2008), Anhang 5.A1 zeigt die Grenzwerte der niedrigen Einkommen für verschiedene Familientypen sowohl in nationaler Währung als auch in US-Dollar (zu Kaufkraftparitäten-Wechselkursen).
17. Die Leistungsniveaus für 2005 stammen aus der Datenbank, die den Berechnungen in Whitehouse (2009) zu Grunde liegt. Die „Länderprofile“ in Teil III geben Werte aus dem Jahr 2006 wieder. Das Niveau der Armuts Grenzen für 2005 stammt aus OECD (2008), Tabelle 5.A1.1.
18. Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,6425, was bei einem Niveau von 0,01% statistisch signifikant ist. Auf der Basis des R^2 für eine einfache Regression „erklären“ die allgemeinen Armutsniveaus 41,3% der zwischen den Ländern bestehenden Unterschiede bei der Altersarmut.

19. Vgl. Whitehouse et al. (2009), Turner (2007) und Teil III dieses Berichts wegen Informationen über die Veränderungen der Renteneintrittsalter bei Männern und Frauen im Zeitverlauf.
20. OECD (2006) bietet eine umfassende Analyse der Situation älterer Arbeitskräfte.
21. Vgl. OECD (2006) und OECD (2008), Kapitel III.5.
22. Die Berechnungen enthalten nicht den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherungsbeiträge oder indirekte Steuern wie Konsumsteuern (Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern). Warren (2009) und OECD (2008), Kapitel V.11, untersuchen die Auswirkungen der Berücksichtigung der Konsumsteuern auf die Einkommensverteilungsanalyse.
23. Zum Beispiel OECD (2007b und 2009).
24. Die technischen Details der Berechnung sind in OECD (2008), Kapitel II.4, beschrieben. Die Technik gleicht der Berechnung der Verteilung von Rentenleistungen: Vgl. den Indikator „Progressivität der Rentenformeln“ in Teil II dieses Berichts und dessen Erörterung.
25. Dennoch werden in dem Indikator „Rentenausgaben“ in Teil II Daten zu den öffentlichen Ausgaben bezüglich dieser Leistungen für die zehn Länder dargestellt, in denen sie signifikant sind.
26. Vgl. OECD (2008), Tabelle 2.4 wegen Messgrößen der Progressivität, disaggregiert in acht getrennte Programme, wie Invalidenrente, Leistungen für Familien, Arbeitslosengeld und Wohngeld.
27. Island verfügt ebenfalls nicht über ein öffentliches verdienstabhängiges System, es sind jedoch keine Daten zur Progressivität der öffentlichen Altersrenten verfügbar. Mexikos Wechsel von öffentlichen verdienstabhängigen zu privaten beitragsbezogenen Renten hat kaum Auswirkungen auf die Personen, die bereits eine Rente beziehen.
28. Die betrieblichen Altersvorsorgepläne in Finnland werden anderweitig in *Renten auf einen Blick* und in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als „öffentlich“ betrachtet. In der Datenbank der OECD zur Einkommensverteilung werden sie hingegen als „privat“ eingestuft, weil es sich um eine kapitalgedeckte Altersvorsorge mit festen Leistungszusagen handelt.
29. Wegen einer näheren Erörterung der Ersatzquoten und der Darstellung der Ergebnisse für das Post-Reform-Szenario vgl. die Indikatoren „Bruttoersatzquoten“ und „Nettoersatzquoten“ in Teil II dieses Berichts.
30. Zu beachten ist, dass Einkommen und Armut *relative* Messgrößen sind: Beide vergleichen die Einkommen der Älteren mit denen der Gesamtbevölkerung. Dadurch werden Entwicklungen bei den Einkommen der Personen im Erwerbsalter – z.B. bedingt durch Veränderungen der Beschäftigungsquoten und der Erwerbseinkommen – sich ebenfalls auf die Stellung der Älteren auswirken.
31. Vgl. Sonderkapitel „Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge“ weiter unten.

Literaturverzeichnis

- Banks, J., R. Blundell und S. Tanner (1998), „Is There a Retirement Saving Puzzle?“, *American Economic Review*, Vol. 88, S. 769-788.
- Browning, M. und T.F. Crossley (2001), „The Life-Cycle Model of Consumption and Saving“, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 15, No. 3, S. 3-22.
- Crystal, S. und D. Shea (1990), „The Economic Well-Being of the Elderly“, *Review of Income and Wealth*, Vol. 36, No. 3, S. 227-247.
- Disney, R.F. und E.R. Whitehouse (2001), *Cross-Country Comparisons of Pensioners' Incomes*, Research Report No. 142, Department of Social Security, London.
- Disney, R.F. und E.R. Whitehouse (2003), „The Economic Well-Being of Older People in International Perspective: A Critical Review“, in S. Crystal und D. Shea (Hrsg.), *Economic Outcomes in Later Life, Annual Review of Gerontology and Geriatrics*, Vol. 22, Springer Publishing, New York.
- Europäische Union, Ausschuss für Sozialschutz (2006), „Gewährleistung eines Mindesteinkommens für ältere Menschen“, Sonderbericht, Brüssel.

- Förster, M. und M. Mira d'Ercole (2005), "Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 22, OECD, Paris.
- Martin, J.P. und E.R. Whitehouse (2008), "Reforming Retirement-Income Systems: Lessons from the Recent Experiences of OECD Countries", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 66, OECD, Paris.
- OECD (2006), *Live Longer, Work Longer*, Paris.
- OECD (2007a), *Renten auf einen Blick – Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich – 2007*, Paris.
- OECD (2007b), *Benefits and Wages*, Paris.
- OECD (2008), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern*, Paris.
- OECD (2009), *Taxing Wages 2007/2008*, Paris.
- Pearson, M.A. und E.R. Whitehouse (2009), "Social Pensions in High-Income Countries", in R. Holzmann und N. Takayama (Hrsg.), *Closing the Coverage Gap: The Role of Social Pensions*, Weltbank, Washington D.C., erscheint demnächst.
- Turner, J. (2007), "Social Security Pensionable Ages in OECD Countries: 1949-2035", *International Social Security Review*, Vol. 60, No. 1, S. 81-99.
- Warren, N. (2008), "A Review of Studies on the Distributional Impact of Consumption Taxes in OECD Countries", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 64, OECD, Paris.
- Whitehouse, E.R. (2009), "Pensions, Purchasing-Power Risk, Inflation and Indexation", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 77, OECD, Paris.
- Whitehouse, E.R. und A. Zaidi (2008), "Socio-Economic Differences in Mortality: Implications for Pension Policy", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 71, OECD, Paris.
- Whitehouse, E.R., A.C. D'Addio, R. Chomik und A. Reilly (2009), "Two Decades of Pension Reform: What has been Achieved and What Remains to be Done", *Geneva Papers on Risk and Insurance*, erscheint demnächst.

3. Jüngste Rentenreformen

Es gibt klare Ziele und Grundsätze, die allen gut konzipierten Rentensystemen gemein sind. Diese wurden bereits in zahlreichen OECD-Berichten dargelegt¹. Die in diesem Sonderkapitel beschriebene Analyse der jüngsten Rentenreformen bezieht sich auf einen Rahmen von sechs Zielen der Alterssicherung.

1. *Erfassungsgrad* des Rentensystems, der obligatorischen wie auch der freiwilligen Komponente;
2. *Angemessenheit* der Altersversorgungsleistungen;
3. *finanzielle Tragfähigkeit* des Rentensystems und *Bezahlbarkeit* der Alterssicherung für Steuer- und Beitragszahler;
4. *ökonomische Effizienz*: Minimierung der Verzerrungseffekte des Renteneinkommenssystems auf das ökonomische Verhalten des Einzelnen, z.B. bezüglich Arbeitsangebot und anderer Arten der Ersparnisbildung als Rentenpläne;
5. *Effizienz der Verwaltung*: Minimierung der Kosten der Beitragserhebung, der Rentenauszahlungen und (soweit erforderlich) des Anlagemanagements; und
6. *Sicherung* der Renteneinkommen gegenüber verschiedenen Risiken und Unsicherheitsfaktoren.

Dieses Rahmenkonzept zeigt auf anschauliche Art und Weise die mit der Ausgestaltung von Rentensystemen und Rentenreformen verbundenen Zielkonflikte. Durch höhere Renten würde beispielsweise die Angemessenheit der Altersversorgungsleistungen verbessert, zugleich aber die finanzielle Tragfähigkeit verschlechtert. In anderen Fällen wiederum ergeben die einzelnen Ziele Synergieeffekte. Die Förderung eines späteren Renteneintritts verbessert die ökonomische Effizienz und die finanzielle Tragfähigkeit des Rentensystems. Ebenso dürfte eine Erhöhung der Versicherungsdeckung zugleich auch die Angemessenheit der künftigen Rentenbezüge der heute Erwerbstätigen verbessern.

Die OECD-Länder haben sich in den letzten Jahren weiter aktiv um die Durchführung von Reformen ihrer Rentensysteme bemüht. In der Ausgabe 2007 von *Renten auf einen Blick* wurde über Rentenreformen im Zeitraum 1990-2004 berichtet². Diese früheren Arbeiten werden in diesem Sonderkapitel aktualisiert. Tabelle 3.1 gibt einen Überblick darüber, welche Maßnahmen im Zeitraum 2004-2008 von den OECD-Ländern getroffen wurden, um die für die Rentensysteme erstrebenswerten sechs Ziele zu erreichen.

1. Erfassungsgrad des Rentensystems

Veränderungen mit dem Ziel, den Erfassungsgrad der Rentenversicherung zu verbessern, erfolgten in erster Linie im Bereich der freiwilligen privaten Rentenpläne. Frankreich, Polen, Portugal und Ungarn haben neue private Rentenversicherungen eingeführt, häufig unter Gewährung steuerlicher Vorteile. In Deutschland wurden die Steueranreize, die ursprünglich 2008 auslaufen sollten, verlängert.

Im Zeitraum 2004-2008 kam zu den OECD-Ländern, die gesetzlich vorgeschriebene private Rentensysteme haben (Australien, Island, Mexiko, Polen, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik und Ungarn), nur Norwegen hinzu.

Italien und Korea haben einen bereits lang andauernden Reformprozess fortgesetzt, der darauf abzielt, das bestehende System arbeitgeberseitig verwalteter Abfindungsfonds in ein System betrieblicher Rentensparpläne überzuführen. Bei diesen neuen Plänen werden im Rahmen der Altersvorsorge

Sparguthaben gebildet, die nicht mehr aufgelöst werden, wenn der Beschäftigte den Arbeitgeber wechselt oder arbeitslos wird. In keinem der beiden Länder fanden die betrieblichen Altersvorsorgepläne jedoch den von den Regierungen erhofften Anklang, so dass der Grad der Versicherungsdeckung relativ niedrig blieb.

In Neuseeland wurde der KiwiSaver-Plan eingeführt, bei dem der Arbeitnehmer automatisch Mitglied eines privaten Rentensparplans wird, wenn er sich nicht ausdrücklich dagegen entscheidet. Das Vereinigte Königreich hat ein Gesetz über ein ähnliches System verabschiedet, das 2012 in Kraft treten wird³.

In einigen Ländern bestand das Ziel darin, die Zahl der durch das gesetzliche Rentensystem abgesicherten Personen zu erhöhen. Griechenland mit seinem zurzeit relativ niedrigen Erfassungsgrad hofft dies anhand neuer institutioneller Regelungen zu erreichen. Die Schweiz hat die untere Einkommensbemessungsgrenze gesenkt, um sicherzustellen, dass mehr Teilzeitkräfte und Geringverdiener abgesichert werden. Das Vereinigte Königreich hat die Kriterien für den Anspruch auf die volle Grundrente gelockert und die Rentengutschriften (*pension credits*) für häuslich Pflegende erhöht. Hierdurch soll erreicht werden, dass im Jahr 2050 90% der Frauen Anspruch auf eine volle Grundrente haben, gegenüber derzeit 30%.

2. Angemessenheit der Altersversorgungsleistungen

Anhebungen der Rentenleistungen waren in der Regel auf Geringverdiener abgestellt. Zu solchen Maßnahmen gehörten Einmalzahlungen in Australien und Griechenland sowie eine Anhebung der Grundrenten in Korea und im Vereinigten Königreich. Australien wird die Altersrente für Ehepaare zudem um 10,8% und für Alleinstehende noch stärker anheben. Finnland wird ab 2011 eine neue Garantierente in Höhe von 8 200 Euro (Gegenwartswert) pro Jahr einführen. Hierdurch wird ein Sicherheitsnetz-Einkommensniveau gewährleistet, das um 23% über der derzeitigen staatlichen Rente liegt. Belgien, Frankreich und Spanien werden die Mindestrente stärker anheben als es die normalen Indexierungsregeln verlangen.

Im Gegensatz zu den gezielten Erhöhungen andernorts werden in Deutschland 2008 und 2009 alle Renten um denselben Prozentsatz steigen.

Die übrigen rentenpolitischen Reformen mit dem Ziel einer Verbesserung des Lebensstandards im Rentenalter wurden über das Steuersystem umgesetzt. Australien, Finnland und Schweden haben die auf Rentenbezüge erhobenen Steuern gesenkt.

3. Finanzielle Tragfähigkeit

Angesichts der auf lange Sicht getrübbten Projektionen für die Staatsfinanzen sahen sich viele Länder gezwungen, die langfristige finanzielle Tragfähigkeit der Renteneinkommenssysteme durch Maßnahmen zu verbessern, mit denen künftige Rentenansprüche geschmälert werden. In Frankreich und Mexiko konzentrierten sich die Reformen auf die Beschäftigten des öffentlichen Sektors, deren Renten weitgehend unverändert blieben, wohingegen in den 1990er Jahren bedeutende Anpassungen im Bereich der Rentenbezüge der Beschäftigten des privaten Sektors durchgeführt wurden. Island wird die künftigen Renten höherer Beamter kürzen, und Irland hat beschlossen, von den Mitgliedern seines Pensionssystems für öffentliche Bedienstete einen Beitrag zu erheben.

Finnland und Portugal haben Maßnahmen eingeleitet, die eine Kürzung der künftigen Leistungen entsprechend der gestiegenen Lebenserwartung bewirken. Die Zahl der OECD-Länder, die sich in Bezug auf eine oder mehrere Komponenten ihrer obligatorischen Rentenversicherungssysteme für diese Politik entschieden haben, erhöht sich damit auf 12⁴.

In Korea, der Schweiz und Ungarn wurde eine direktere Kürzung der Rentenansprüche vorgenommen. Ungarn wird für Rentenbezieher der höheren Einkommenskategorie die Zahlung der 13. Monatsrente abschaffen, eine Auflage für die Gewährung eines hohen IWF-Kredits. Die Vorgabe für die Ersatzquote der koreanischen staatlichen Rente soll schrittweise von 60% auf 40% gesenkt

werden. In der Schweiz war die gesetzlich vorgeschriebene Mindestverzinsung der obligatorischen privaten Rentenversicherungen während des Zeitraums erheblichen Schwankungen ausgesetzt, wird aber 2009 nur 2% betragen. Dies ist das niedrigste Niveau der gesetzlichen Mindestverzinsung seit der Einführung des Systems (als der Satz 4% betrug). Neue Bestimmungen für die Umwandlung der Salden der betrieblichen Altersvorsorgepläne in Rentenzahlungen werden die Rentenansprüche um ganze 5,5% schmälern. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Tragfähigkeit umfassen Änderungen der Indexierungsverfahren der laufenden Rentenzahlungen. Zur Minderung der derzeitigen Haushaltsprobleme wird Ungarn die für 2009 vorgesehene Rentenerhöhung um ein Jahr verschieben. Künftige Rentenanpassungen werden anstatt an eine Kombination aus 50% Lohnwachstum und 50% Preisentwicklung allein an die Preisinflation gebunden sein. Frankreich wird bei den Renten des öffentlichen Sektors zur Preisindexierung übergehen.

4. Ökonomische Effizienz

Viele der potenziellen Verbesserungen der finanziellen Tragfähigkeit der Rentensysteme sind durch Maßnahmen bedingt, die die Rentenanreizstrukturen korrigieren. Die entsprechenden Änderungen werden hier unter der Rubrik „ökonomische Effizienz“ behandelt, weil durch sie Arbeitsmarktverzerrungen beseitigt werden sollen, die durch Frühverrentungsanreize entstehen. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt zurzeit in über zwei Dritteln der OECD-Länder unter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter. In den folgenden acht Ländern gehen Männer im Durchschnitt effektiv vor Erreichen des 60. Lebensjahrs in den Ruhestand: Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Slowakische Republik und Ungarn⁵.

Im Zeitraum 2004-2008 verabschiedeten Dänemark, Deutschland und das Vereinigte Königreich Gesetze für eine schrittweise Anhebung des Regelrentenalters auf 67 oder 68 Jahre. Die Tschechische Republik wird die Regelaltersgrenze auf 65 Jahre erhöhen. Eine Gesetzesvorlage der niederländischen Regierung beinhaltet eine Anhebung des Regelrentenalters von 65 auf 67 Jahre (sie muss indessen noch mit den Sozialpartnern erörtert werden). Es scheint jedoch eine schnellere Anhebung ins Auge gefasst zu sein, als in anderen Ländern, nämlich in 24 Monatsschritten, möglicherweise ab 2011. Ungarn wird das Regelrentenalter ab Anfang 2012 in mehreren Phasen von 62 auf 65 Jahre anheben.

Belgien, Dänemark, Griechenland, Italien und Ungarn haben entweder das Frühverrentungsalter angehoben oder die Zahl der für eine Frühverrentung erforderlichen Beitragsjahre erhöht oder beides. Frankreich und Irland haben diese Maßnahmen im Rentensystem des öffentlichen Sektors getroffen. In den Niederlanden wurden die Steueranreize für private betriebliche Frühverrentungspläne beseitigt. Finnland, Frankreich und das Vereinigte Königreich haben die Anreize für eine Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über das Regelrentenalter hinaus erhöht. In Finnland wurde vor kurzem ferner eine Anhebung des zulässigen Mindestalters für die Frühverrentung vorgeschlagen.

Frankreich und Japan haben Maßnahmen eingeführt, die den Möglichkeiten des Arbeitgebers Grenzen setzen, Arbeitskräfte zu entlassen, die beabsichtigen, ihre Erwerbstätigkeit über das Regelrentenalter hinaus fortzusetzen. Hingegen hat ein spanischer Arbeitnehmer, der beim Europäischen Gerichtshof gegen eine Zwangsverrentung klagte, da diese einen Verstoß gegen die Antidiskriminierungsgesetze bedeute, seinen Prozess verloren.

Eine Reformmaßnahme in Australien zielte darauf ab, die Anreize zur Ersparnisbildung zu verbessern (im Gegensatz zu den übrigen Veränderungen, die alle den Arbeitsanreizen galten). Durch eine weniger strenge Überprüfung der Vermögenslage im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung für den Bezug der staatlichen Rente wird das Interesse an der freiwilligen Ersparnisbildung für die Altersvorsorge erhöht.

5. Effizienz der Verwaltung

Im Sommer 2007 trat in Japan ein bedeutendes administratives Problem zu Tage. Bis 1997 erhielten Arbeitskräfte dort häufig bei jedem Arbeitgeberwechsel von der japanischen Sozialversicherungsagentur (SIA) eine neue Versicherungsnummer. Ziel einer in jenem Jahr eingeführten

neuen Datenbank der SIA war es dann, die zahlreichen Rentenversicherungskonten jedes Mitglieds zu einem einzigen Konto mit einer individuellen Versicherungsnummer zu verschmelzen. Ein Großteil der erfassten Daten war indessen nicht miteinander verknüpft, so dass bei etwa 50 Millionen Konten eine Zuordnung zu einzelnen Arbeitnehmern und Rentenbeziehern nicht gegeben ist. Dieses Problem suchte die Regierung durch eine Reihe von Maßnahmen zu lösen, u.a. durch die Abschaffung der Vorschriften über die Verjährung von Rentenansprüchen bei neu miteinander verknüpften Daten. Die SIA wird 2010 aufgelöst, und ihre Aufgaben wie Buchführung und Beitragseinzug werden von einer neu gegründeten nichtstaatlichen Körperschaft des öffentlichen Rechts wahrgenommen, während die Zuständigkeit für Finanzen und Management beim Ministerium verbleibt. Die einzelnen Mitglieder haben bereits oder werden demnächst eine detaillierte Aufstellung ihres Versicherungsverlaufs erhalten.

In Griechenland wurde die Alterssicherung durch eine Reduzierung der Zahl der verschiedenen Rentenversicherungsprogramme von 133 auf 13 gestrafft. Dank einer zentralen Datenbank und einer individuellen Versicherungsnummer je Mitglied dürfte eine Reduzierung der Verwaltungskosten erreicht, die Einhaltung der Bestimmungen verbessert und durch mangelnde Datenabstimmung bedingte Probleme wie in Japan verringert werden. Schweden wird die zuständigen Stellen für die obligatorische Alterssicherung mit Beitragsprimat (die Premium Pension Authority) und die staatliche Rente (die aus *Notional Accounts*, d.h. fiktiven Rentenkonten und einer Mindestrente besteht) miteinander verschmelzen. Die Mitglieder werden aber weiterhin individuell über die Art und Weise entscheiden können, wie diese Mittel für die Rente aus dem System mit Beitragsprimat angelegt werden.

Andere Maßnahmen zielten darauf ab, Verwaltungskosten und -gebühren für die private Altersvorsorge zu reduzieren. In Mexiko wurden die Arbeitnehmer ermutigt, zu Anbietern zu wechseln, die kostengünstiger arbeiten. Polen kündigte in jüngster Zeit Pläne an, die Senkung der Obergrenzen für Gebühren im Rahmen der privaten Altersvorsorge von 2014 auf das nächste Jahr vorzuziehen. In der Slowakischen Republik wurden eine Senkung der Gebühren und die Herstellung einer engeren Beziehung zwischen Gebühren und Ergebnis vorgeschlagen. Das langfristige Ziel für das neue nationale Rentensparsystem des Vereinigten Königreichs ist ein jährliches Verwaltungskostenniveau von 0,3% der Vermögenswerte (und 0,5% zum Zeitpunkt seiner Einführung). Im Vergleich hierzu liegt die Obergrenze für die Gebühren für die existierenden privaten Pensionsfonds bei 1%. Um die Kosten niedrig zu halten, wird im Vereinigten Königreich eine zentrale Stelle für die Beitragsabrechnung zuständig sein, deren Funktionsweise der der schwedischen Verwaltungsstelle entspricht.

6. Sicherung der Renteneinkommen

Die Altersvorsorge ist insofern mit einem inhärenten Risiko verbunden, als es sich um einen langfristigen Vertrag handelt: Zwischen dem Zeitpunkt, an dem die erste Beitragszahlung erfolgt, und der Inanspruchnahme der letzten Rentenzahlung vergehen durchschnittlich fast sechzig Jahre. Die jüngste Finanzkrise hat deutlich gemacht, welche wichtige Rolle das Anlagerisiko spielt, da in vielen OECD-Ländern immer mehr Menschen durch private Pensionsfonds mit Beitragsprimat abgesichert sind⁶.

Um das Anlagerisiko ohne unangemessene Renditeverluste zu begrenzen, muss der Diversifizierung Priorität eingeräumt werden. In Belgien, Kanada und Mexiko beispielsweise haben die Pensionsfonds jetzt mehr Entscheidungsfreiheit und Wahlmöglichkeiten als zuvor, was die einzelnen Anlagearten betrifft. Australiern bieten sich jetzt mehr Wahlmöglichkeiten in Bezug auf ihren Pensionsfondsmanager und die Art der Anlagestrategie.

Eine weitere Möglichkeit, das Anlagerisiko zu verringern, besteht darin, die Arbeitnehmer zu ermutigen, ihre Altersvorsorge mit sich näherndem Renteneintritt stärker auf weniger risikoreiche Vermögenswerte zu verlagern. In Ungarn wird eine solche Umschichtung der Kapitalanlagen der Arbeitnehmer jetzt automatisch erfolgen. Mexiko hat die Zahl der den Mitgliedern von Altersvorsorgeplänen mit Beitragsprimat zur Wahl stehenden Anlagearten erhöht. Polen wird ein System mit drei Pensionsfonds einführen, die jeweils eine unterschiedliche Risiko-Rendite-Struktur aufweisen. Dabei werden nur jüngere Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, die risikoreichste der drei Anlagearten zu wählen. Bei dem neuen nationalen Rentensparsystem im Vereinigten Königreich zahlen die Beitragszahler systematisch in einen „Lebenszyklus“-Pensionsfonds ein, der das Portfolio-

risiko mit zunehmendem Alter automatisch reduziert. Auf Grund neuer Vorschriften wird es den Arbeitgebern in den Vereinigten Staaten erleichtert, Standardanlageoptionen dieser Art anzubieten.

Island wird die Finanzen seiner beitragsabhängigen betrieblichen Altersvorsorgepläne durch die Anhebung der Arbeitgeberpflichtbeiträge verstärken⁷. Das Vereinigte Königreich hat Maßnahmen getroffen, um die beitragsabhängige betriebliche Altersvorsorge durch einen Pension Protection Fund (ähnlich wie die Pension Benefit Guaranty Corporation in den Vereinigten Staaten) und ein System finanzieller Unterstützung abzusichern. Die fortdauernde Finanz- und Wirtschaftskrise wird die betrieblichen Altersvorsorgesysteme jedoch in all diesen Ländern weiter belasten. Das Sonderkapitel „Rentensysteme in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ untersucht überdies die als Reaktion hierauf in jüngster Zeit vorgenommenen Veränderungen im Bereich der Regulierung der privaten Altersvorsorge.

Neue Indexierungsverfahren in Portugal und der Türkei dürften die Kaufkraftsicherung der laufenden Renten verbessern⁸. Die neue Rentenpolitik in der Türkei neutralisiert jedoch die Wirkung anderer Reformmaßnahmen, die durch Leistungskürzungen und die Anhebung des Rentenalters die langfristige finanzielle Tragfähigkeit des staatlichen Rentensystems verbessern sollen.

7. Rentenreform: Vorgehensweise und Politik

2004-2008 war in Bezug auf die Rentensysteme mehr ein Zeitraum der Evolution als der Revolution. Die meisten OECD-Länder haben in den letzten Jahren weitere Schritte eingeleitet, um ihr System der Alterseinkommenssicherung zukunftsfähig zu machen.

Gleichwohl kam es zu keinen weitreichenden systemischen Reformen wie in den zehn Jahren bis 2004, in denen Mexiko, Polen, die Slowakische Republik und Ungarn Rentenversicherungspläne mit Beitragsprimat einführten, mit denen das bis dahin geltende staatliche Rentensystem zum Teil oder vollständig abgelöst wurde. Dies bedeutete einen Bruch mit der Vergangenheit, in der die Regierung, was die Sicherung der Altersversorgung betraf, sozusagen eine Monopolstellung innehatte. Überdies fanden in den zehn Jahren bis 2004 wesentliche Veränderungen der Altersvorsorgesysteme statt, durch die die langfristige finanzielle Tragfähigkeit der staatlichen Rentensysteme verbessert wurde. In den 16 OECD-Ländern, die in diesem Zeitraum bedeutende Reformen durchgeführt haben, verringerten sich hierdurch über die gesamte Lebenszeit gerechnet die Rentenleistungen für Männer durchschnittlich um 22% und für Frauen um 25%. Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal beispielsweise haben die Leistungen für künftige Rentenbezieher ganz wesentlich gekürzt.

In einigen Ländern geriet der Reformprozess ins Stocken. Der Vorschlag der amerikanischen Regierung im Jahr 2001⁹, einen Teil des verdienstbezogenen staatlichen Rentensystems durch Rentenpläne mit Beitragsprimat zu ersetzen, fand nicht die notwendige Unterstützung der Legislative. Die Vereinigten Staaten sind eines der wenigen OECD-Länder, die seit den 1980er Jahren keine größeren Veränderungen am staatlichen Rentensystem vorgenommen haben. Auch in Norwegen wurden von einer unabhängigen Kommission vorgeschlagene weiterreichende Reformen vom Parlament abgelehnt. Das Ergebnis war ein bescheidenes obligatorisches Rentensystem mit Beitragsprimat, mit dem der Rentenversicherungsschutz auf 40% der Arbeitnehmer ausgedehnt wurde, die noch keine betriebliche Alterssicherung hatten. In Österreich zerbrach an der Frage der Rentenreform die Regierungskoalition. Die Entscheidung für eine Verknüpfung von Rentenansprüchen und Lebenserwartung war besonders umstritten. In Irland schließlich muss erst noch auf der Basis einer Reihe von Berichten unabhängiger Gruppen und Diskussionspapieren der Regierung ein Konsens über die Ausrichtung der Rentenreform gefunden werden. Einige geben einer die bereits existierende Grundrente ergänzenden obligatorischen Altersvorsorge den Vorzug, andere nicht. Unter denen, die eine zweite obligatorische Altersvorsorgekomponente befürworten, bevorzugen einige eine staatliche verdienstabhängige Rente, andere dagegen eine private Altersvorsorge mit Beitragsprimat.

In anderen Ländern hat sich der Reformprozess verlangsamt oder wurden Reformen sogar wieder zurückgefahren. In Italien wurde das Inkrafttreten bereits verabschiedeter rentenrechtlicher Veränderungen, durch die das Rentenalter angehoben und die Leistungen in Anbetracht der gestiegenen Lebenserwartung gekürzt worden wären, aufgeschoben. In der Slowakischen Republik wurde den durch neue Rentenpläne mit Beitragsprimat abgesicherten Arbeitnehmern die Möglichkeit eingeräumt, in das staatliche Altersvorsorgesystem zurückzukehren, was jedoch nur von wenigen getan wurde.

Tabelle 3.1 Rentenreformen: 2004–2009

	Erfassungsgrad	Angemessenheit	Finanzielle Tragfähigkeit	Ökonomische Effizienz	Effizienz der Verwaltung	Sicherung
Australien		Anhebung des Sozialrentensatzes von 25% auf 27,7% des Durchschnittsverdiensts. Anhebung der Altersrente Alleinstehender auf zwei Drittel des Rentensatzes für Paare. Einmalzahlung von 1 400 \$A für Alleinstehende und 2 100 \$A für Paare (Dez. 2008) als Teil des Konjunkturpakets.		Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 J. von 2017–2023. Geringere Kürzung bedürftigkeitsabhängiger Rentenanprüche wegen des Besitzes finanzieller Vermögenswerte, von 7,8% des Werts auf 3,9%, zur Förderung des privaten Rentensparens.		Errichtung eines Zukunftsfonds zur Vorfinanzierung der Rentenansprüche der Beschäftigten des öffentlichen Sektors. Ziel ist es, bis 2020 Vollfinanzierung zu erreichen. Wahl des Rentenversicherungsträgers in obligatorischen DC-Systemen.
Belgien		Über die Standardindexierung hinausgehende Anhebung der Mindestrente.		Anhebung des Frühverrentungsmindestalters von 58 auf 60 J. von 2008–2012. Abschaffung der Sozialversicherungsbeitragsbefreiung bei Langzeitaufbau im Rahmen des „Zeitkredit“-Programms. Strengere Arbeitsuchlagen für den Anspruch älterer Arbeitsloser auf Frührente.		Einführung der sog. „Prudent Person Rule“ für die Portfolioverwaltung von Rentenvermögen.
Dänemark				Anhebung des Frühverrentungsmindestalters von 60 auf 62 J. von 2019–2022; Anhebung des Regelrentenalters von 65 auf 67 J. von 2024–2027; anschl. für beide Rententalter Verknüpfung mit der Lebenserwartung.		
Deutschland	Verlängerung der Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit (die 2008 auslaufen sollte) für Einzahlungen in DC-OP-Rentenpläne (bis zu 4% der Beitragsbemessungsgrenze).	Rentenanhebung 2008 1,1% (statt 0,46% wie nach den Bestimmungen von 2005); Anhebung 2009: 2,41% (anstatt 1,76%). 2003–2006 erfolgte keine Rentenanpassung.		Schrittweise Anhebung des Regelrentenalters von 65 auf 67 J. von 2012–2029. (Das Frühverrentungsalter wird jedoch weiter bei 63 J. liegen, bei Leistungskürzung.)		Lockerung der Begrenzung für ausländische Kapitalanlagen der Pensionskassen.

Tabelle 3.1 (*Fortsetz.*) **Rentenreformen: 2004-2009**

	Erfassungsgrad	Angemessenheit	Finanzielle Tragfähigkeit	Ökonomische Effizienz	Effizienz der Verwaltung	Sicherung
Finnland		Neue Garantierente soll ab 2011 eingeführt werden. Senkung der Steuern auf Renteneinkommen in Höhe von 15 000-30 000 Euro, um die Besteuerung von Renteneinkommen der von Arbeitseinkommen anzugleichen.	Umstellung bei der Messgröße des Arbeitsverdiensts von den letzten 10 Jahren auf den Durchschnitt der Lebensarbeitszeit. Verknüpfung der Rentenanprüche mit der Lebenserwartung.	Veränderte Anpassung für Frühverrentung und Spätverrentung. Anhebung des Mindestalters für Frühverrentung von 63 auf 65 J. von 2011-2022 (Vorschlag).		
Frankreich	Neue individuelle Rentensparpläne (Plan d'épargne individuelle pour la retraite – PEIR), bei denen die Beiträge vom zu versteuernden Einkommen absetzbar sind (bis zu 10% des Einkommens und maximal 24 000 Euro).	Über die Standardindexierung hinausgehende Anhebung der Mindestrente.	Preisindexierung anstatt Lohnindexierung der Renten des öffentlichen Sektors.	Zwangsverrentung kann vom Arbeitgeber erst ab 70 anstatt ab 65 J. vorgenommen werden. Anhebung der Zahl der Beitragsjahre für die Beschäftigten des öffentl. Sektors bis 2012 von 37,5 auf 40 J.; Rentenkürzung für Beschäftigte des öffentl. Sektors bei Frühverrentung. Schrittweise Abschaffung bis 2010 der „Delalande“-Abgabe bei Entlassung von Arbeitnehmern über 50 J. Erhöhung der Rentenzulage für längeren Verbleib im Erwerbsleben, von 3% auf 4% (60-65 J.) und 5% nach Erreichen des 65. Lebensjahrs.		
Griechenland	Neue administrative Regelungen (vgl. rechts) zielen auf eine bessere Einhaltung der Bestimmungen der öffentl. Rentensysteme sowie auf deren Erfassungsgrad ab.	Einmalzahlung an Rentner in Höhe von 100-200 Euro.		Vereinheitlichung des Rentenregelalters für Männer und Frauen (65 J.); Frühverrentung ab 55 J. bei mind. 15 Beitragsjahren.	Zusammenlegung der 133 Rentenkassen zu 13; zentralisierte Datenbank für Mitglieder und Arbeitgeber; Ausstellung einer einzigen Versicherungsnummer je Mitglied.	
Irland		Beitragserhebung, (durchschnittlich 7,5%) bei den Mitgliedern des Pensionssystems für öffentlich Bedienstete.	Kürzung der Frühverrentungsbezüge der Beschäftigten des öffentlichen Diensts.			Die Rentenzahlungen aus aufgelösten OP-Plänen müssen vom neuen staatlich verwalteten <i>Pensions Insolvency Payment Scheme</i> geleistet werden.

Tabelle 3.1 (Forts.) Rentenreformen: 2004-2009

Erfassungsgrad	Angemessenheit	Finanzielle Tragfähigkeit	Ökonomische Effizienz	Effizienz der Verwaltung	Sicherung
Island		Kürzung der Rentenbezüge höherer Beamter.			Anhebung der Arbeitgeberpflichtbeiträge an OP-Pläne von 6% auf 8%; obligatorische Leistungskürzung, sobald der versicherungs-mathematische Fehlbetrag in einem Jahr 10% oder in jedem von 5 aufeinander-folgenden Jahren 5% er-reicht, um so die Zahlungs-fähigkeit von OP-Plänen wiederherzustellen.
Italien	Die Abfindungsfonds der Unternehmen (mit mehr als 50 Beschäftigten) müssen in Altersvorsorgepläne umgewandelt werden; Wahl zwischen betrieblicher Altersvorsorge, einem anderen Träger privater Altersvorsorge oder dem staatl. Alterssicherungs-system. (Letzteres ist die Standardoption.) Die Regierung geht davon aus, dass rd. ein Drittel der Bei-träge an die neuen OP-Pläne und ein Drittel an das staatl. System fließen, während ein Drittel in den Abfindungs-fonds verbleiben wird.	Reduzierung des Koeffizienten, der dazu dient, die <i>Notional-Accounts</i> -Salden in Rentenbezüge zu konvertieren (ab 2008), um Veränderungen der Lebenserwartung Rechnung zu tragen. Die Renten-kürzung liegt für neue Rentner im Alter von 57 J. bei 6,4% und erreicht bei 65-jährigen Rentnern 8,5%.	Anhebung des Alters für den Anspruch auf eine Vollrente von 57 auf 58 J. im Jahr 2008 und 60 J. ab 2011; Erhöhung der Zahl der Beitragsjahre für den Bezug der Vollrente von 35 auf 36 Jahre. (Dies bedeutet jedoch eine Verzögerung gegenüber früheren Gesetzen, denen zufolge die Anhebung auf 60 J. ab 2008 erreicht sein sollte.) Schrittweise Anhebung des Regelrentenalters für Frauen auf 65 J. (Vorschlag).		Begrenzung der Möglich-keiten der Unternehmen, kurz- oder mittelfristige Kredite aus Mitteln der Abfindungsfonds aufzunehmen.
Japan			Das obligatorische Renteneintrittsalter, das die Arbeitgeber des privaten Sektors auf ihre Beschäf-tigten anwenden können, wird im Zeitraum 2006-2013 von 60 auf 65 J. angehoben.	Das Problem der 50 Mio. nicht nach einzelnen Mit-gliedern aufschlüsselbaren Rentenversicherungsunter-lagen: An die Stelle der Sozialversicherungs-behörde soll ab 2010 ein neues Regulierungsorgan treten; Aufhebung der 5-jährigen Frist für den Verfall von Rentenansprüchen.	

Tabelle 3.1 (Forts.) Rentenreformen: 2004-2009

	Erfassungsgrad	Angemessenheit	Finanzielle Tragfähigkeit	Ökonomische Effizienz	Effizienz der Verwaltung	Sicherung
Kanada						Lockerung der Begrenzung für ausländische Kapitalanlagen.
Korea	Neu gegründete Unternehmen müssen anstatt eines Abfindungsfonds einen DB- oder DC-OP-Rentenplan einrichten; bereits bestehende Unternehmen müssen ihre Beschäftigten befragen, ob sie die Beibehaltung des Abfindungsfondssystems oder die Umstellung auf einen OP-Plan wünschen.	Wertverdopplung der Grundrente von 5% auf 10% des Durchschnittsverdiensts; Erhöhung des Erfassungsgrads von 60% auf 70% der über 65-Jährigen.	Schrittweise Senkung der Sozialrentenersatzquote von 60% auf 40% ab 2028.	„Wage-peak“-System: Die Regierung zahlt Lohnzuschüsse für über 53-Jährige, die im Gegenzug zu Lohnkürzungen weiterbeschäftigt werden. Fördermaßnahmen für eine längere Erwerbsbiografie auf Grund früheren Eintritts ins Erwerbsleben (kürzere Wehrdienst- und Ausbildungszeit).		
Luxemburg						
Mexiko			DC-Plan für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors (wie der Plan für den privaten Sektor); Neueingestellte müssen dem System beitreten; Arbeitnehmer unter 46 J. können DC-Plan wählen oder im DB-Plan verbleiben. (7% der Beschäftigten befinden sich im öffentlichen Sektor.)		Die Gebühren sind auf die durch den Kontostand bedingten Gebühren beschränkt; Arbeitnehmer werden ermutigt, zu kostengünstigeren Anbietern überzuwechseln. (Die Gebühren liegen zurzeit doppelt so hoch wie der Durchschnitt in Lateinamerika.)	Größere Auswahl an Anlageinstrumenten im DC-Plan: fünf statt zwei Portfolios je Manager, Aktienanteil auf 30% begrenzt.
Neuseeland	KiwiSaver: DC-Plan, automatische Mitgliedschaft; Beitragsergänzung durch den Staat bis zu 1 040 NZ\$; Einmalzahlung von 1 000 NZ\$ bei Kontoeröffnung; Arbeitnehmerbeitrag 4% oder 8% (jetzt herabgesetzt auf mind. 2%); Arbeitgeberbeitrag erhöht sich von 1% auf 2%.					

Tabelle 3.1 (Forts.) Rentenreformen: 2004-2009

	Erfassungsgrad	Angemessenheit	Finanzielle Tragfähigkeit	Ökonomische Effizienz	Effizienz der Verwaltung	Sicherung
Niederlande				Steuervorteile für Frühverrentungs-OP abgeschafft. Anhebung des Regelrentenalters von 65 auf 67 J. in 24-monatigen Schritten (Vorschlag).		Solidere OP-Governance; explizite Darlegung der OP-Indexierungspolitik; Liquiditätsreserven zur Finanzierung künftiger OP-Verbindlichkeiten; Bewertung des OP-Anlagevermögens auf der Basis des Marktwerts.
Norwegen	Arbeitgeber muss seit 2006 Mindestbeitrag von 2% an DC-Plan abführen, soweit nicht bereits hierüber hinausgehende Regelungen existieren, was den Erfassungsgrad auf 25% der Erwerbsbevölkerung erhöht.					
Österreich						
Polen	Neuer freiwilliger DC-Plan mit Steueranreizen.			Neue Bestimmungen für Beschäftigten mit frühem Renteneintritt, die die Zahl der Anspruchsberechtigten von 1,3 Mio. auf 0,25 Mio. reduzieren. Die Bestimmungen gelten befristet.	Stärkere Begrenzung der Gebühren für DC-Pläne.	Bei den Portfolioanlagen stehen drei Optionen zur Wahl. Festlegung von Bestimmungen für die Auszahlung von DC-Rentenleistungen, als Zeitrente, d.h. in Teilbeträgen nach festem Zeitplan, und obligatorische Rentenauszahlung im Alter von 65 J.
Portugal	Neuer zentral verwalteter freiwilliger DC-Plan. Beiträge in Höhe von 2% oder 4% für unter 50-Jährige und 6% für über 50-Jährige.		Kürzung d. Rentenleistungen entsprechend dem Anstieg der Lebenserwartung ab 2008; beschleunigte Umstellung auf eine auf dem Durchschnittsverdienst der Lebensarbeitszeit basierende Verdienstmessgröße.			Indexierung der laufenden Rentenauszahlungen (Bindung an eine Kombination aus Preisanstieg und BIP-Wachstum anstatt an Veränderungen des Mindestlohns).
Schweden	Steuersenkung für über 65-Jährige mit einem Einkommen von bis zu 363 000 SEK ab 2009, wovon 90% der Rentenbezieher betroffen sind.		Umwandlung des DB-OP-Plans für Angestellte des privaten Sektors in einen DC-Plan.	Senkung der Arbeitgebersozialversicherungsbeiträge um 1% ab 2009.	Zusammenlegung der Verwaltungen der öffentlichen und obligatorischen DC-Pläne.	

Tabelle 3.1 (Forts.) Rentenreformen: 2004-2009

Erfassungsgrad	Angemessenheit	Finanzielle Tragfähigkeit	Ökonomische Effizienz	Effizienz der Verwaltung	Sicherung
Schweiz	Senkung der Bemessungsgrenze zur Erfassung einer größeren Anzahl von Niedrigeinkommensbeziehern und Teilzeitbeschäftigten.	Senkung des Mindestzinssatzes für obligatorische OP von 2,75% auf 2% für 2009. (Er war jedoch zuvor von 2,5% (2007) auf 2,75% (2008) angehoben worden.) Reduzierung des Annuitätssatzes für obligatorische OP von 7,2% auf 6,8-7,15%, je nach Alter und Geschlecht.	Anhebung des Regelrentenalters für Frauen von 63 auf 64 J. (Das Rentenalter für Männer beträgt weiter 65 J.)		
Slowak. Republik				Stärkere Begrenzung der Gebühren für DC-Pläne.	
Spanien	Anhebung der Mindestrente um 6,4%.				
Tschech. Republik			Schrittweise Anhebung des Rentenalters auf 65 J. für Männer und Frauen bis 2030; Erhöhung der Zahl der erforderlichen Beitragsjahre von 25 auf 35.		
Türkei			Schrittweise Anhebung des Rentenalters von 58 J. (für Frauen) und 60 J. (für Männer) auf 65 J. für beide Geschlechter bis 2048.		Umstellung der Leistungsanpassung von der monatlichen Preisindexierung auf eine jährlich erfolgende Anpassung auf der Basis einer Kombination aus Preisinflation und BIP-Wachstum.
Ungarn	Neues freiwilliges Rentensparkonto mit staatlicher Beitragsergänzung bis zu 100 000 Forint pro Jahr; Sparkonten sind zudem von der (1997 eingeführten) Kapitalgewinnsteuer befreit, und das Spektrum zulässiger Anlagearten ist breiter als bei den laufenden Rentenplänen.	Abschaffung der 13. Monatsrente bei Rentenbezügen über 80 000 Forint/monat. Preisindexierung der laufenden Rentenauszahlungen anstatt kombinierter Verdienst- und Preisindexierung. Verschiebung der Indexierungsanpassung 2009 auf 2010.	Anhebung des Rentenalters von 62 auf 65 J. ab 2012. Verschärfung der Bedingungen für Frühverrentung von 2013 auf 2011 vorverlegt.		Pensionsfonds werden drei verschiedene Fondsarten anbieten; automatische Portfolioanpassung nach dem Lebenszyklus.

Tabelle 3.1 (*Fortsetz.*) **Rentenreformen: 2004-2009**

	Erfassungsgrad	Angemessenheit	Finanzielle Tragfähigkeit	Ökonomische Effizienz	Effizienz der Verwaltung	Sicherung
Vereinigtes Königreich	Nationales Rentensparsystem ab 2012: automatische Mitgliedschaft für 22- bis 65-Jährige ohne OP oder PP; Arbeitnehmerbeitrag 4%, Arbeitgeberbeitrag 3%, Staat 1%, schrittweise Einführung, Herabsetzung der Zahl der für den Bezug der vollen Grundrente erforderlichen Jahre auf 30.	Grundrente ab 2010 an den Durchschnittsverdienst gebunden; Erhöhung 2004-2008 entsprechend dem Verdienstanstieg. Beschleunigung der Umstellung der zweiten Säule der staatlichen Rentenversicherung (<i>State Second Pension</i>) von einem verdienstabhängigen auf ein System mit einheitlichem Rentensatz, wobei die Leistungen anfangs an den Durchschnittsverdienst gebunden sind; höhere Steuergutschriften für häuslich Pflegende.	Anhebung des Zuschlags für Spätverrentung von 7,4% auf 10,4% pro Jahr; der Zuschlag muss jetzt als einmalige Sonderprämie gezahlt werden.	Einrichtung eines <i>Central Clearing House</i> für das neue nationale Rentensparsystem mit dem Ziel, die ursprünglich bei 0,5% des Saldos liegenden Kosten auf 0,3% zu senken.	Gründung des <i>Pension Protection Fund</i> im Jahr 2004 zur Absicherung der DB-Altersvorsorgepläne. Die von den Pensionsfonds auf der Basis von Risikomessgrößen gezahlten Prämien liegen doppelt so hoch wie das ursprünglich vorhergesagte Niveau. Verschärfte Bestimmungen für die Sanierung der Pensionsfonds mit Defizit. Ausdehnung des <i>Financial Assistance Scheme</i> auf zahlungsunfähige OP, 140 000 Arbeitnehmer zusätzlich erfasst.	
Vereinigte Staaten	Arbeitgeber dürfen ihre Beschäftigten automatisch in Rentenversicherungspläne aufnehmen.					

DB = Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat; DC = Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat; NDC = Notional Accounts; OP = Private Altersvorsorge; PP = Private Altersvorsorge; RR = Ersatzquote.

Abschließend ist festzustellen, dass auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise das Augenmerk der Regierungen jetzt mehr denn je dem kurzfristigen Horizont gilt. Dies bringt zwei Gefahren mit sich. Die erste besteht darin, dass die in der Renteneinkommenspolitik so wichtige langfristige strategische Planung außer Acht gelassen wird. Die zweite liegt in der Tatsache, dass mehr Regierungen auf Grund kurzfristiger Erwägungen versucht sein könnten, in Bezug auf frühere Reformen eine Kehrtwendung zu vollziehen und z.B. angesichts der sich verschlechternden Arbeitsmarktbedingungen die Frühverrentungsbestimmungen wieder zu lockern. Trotz dieser Spannungen ist es nach wie vor geboten, dass die Regierungen Schritte einleiten, die sicherstellen, dass durch die staatliche Politik ein auf lange Sicht gesichertes, angemessenes, finanziell tragfähiges und ökonomisch effizientes Altersvorsorgesystem entsteht.

Anmerkungen

1. Beispielsweise in OECD (1998, 2001). Auch von der Weltbank wurden ähnliche Ziele aufgestellt: vgl. Holzmann und Hinz (2005).
2. OECD (2007), Teil II.1. Vgl. auch Martin und Whitehouse (2008) sowie Whiteford und Whitehouse (2006).
3. Wegen näherer Einzelheiten über diese Maßnahmen vgl. in dieser Ausgabe das Sonderkapitel „Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge“, Antolín und Whitehouse (2009) sowie Queisser et al. (2007).
4. Wegen näherer Einzelheiten vgl. Whitehouse (2007).
5. Wegen einer detaillierten Politikanalyse vgl. OECD (2006).
6. Vgl. das Sonderkapitel „Rentensysteme in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ in dieser Veröffentlichung.
7. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist in Island jedoch besonders akut, und so bleibt abzuwarten, wie die betrieblichen Pensionsfonds diesen Belastungen standhalten.
8. Wegen einer detaillierten Analyse des Inflationsrisikos und der Rentenindexierung vgl. Whitehouse (2009).
9. President's Commission to Strengthen Social Security (2001).

Literaturverzeichnis

- Antolín, P. und E.R. Whitehouse (2009), „Filling the Pension Gap: Coverage and Value of Voluntary Retirement Savings“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 69, OECD, Paris.
- Holzmann, R. und R.P. Hinz (2005), *Old-Age Income Support in the 21st Century: An International Perspective on Pension Systems and Reform*, Weltbank, Washington D.C.
- Martin, J.P. und E.R. Whitehouse (2008), „Reforming Retirement-Income Systems: Lessons from the Recent Experiences of OECD Countries“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 66, OECD, Paris.
- OECD (1998), *Wahrung des Wohlstands in einer alternden Gesellschaft*, Paris.
- OECD (2001), *Ageing and Income: Financial Resources and Retirement in Nine OECD Countries*, Paris.
- OECD (2006), *Live Longer, Work Longer*, Paris.
- OECD (2007), *Renten auf einen Blick: Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich – 2007*, Paris.
- President's Commission to Strengthen Social Security (2001), *Strengthening Social Security and Creating Personal Wealth for All Americans*, Washington D.C.
- Queisser, M., P. Whiteford und E.R. Whitehouse (2007), „The Public-Private Pension Mix in OECD Countries“, *Industrial Relations Journal*, Vol. 38, No. 6, S. 542-568.
- Whiteford, P. und E.R. Whitehouse (2006), „Pension Challenges and Pension Reforms in OECD Countries“, *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 22, No. 1, S. 78-94.
- Whitehouse, E.R. (2007), „Life-Expectancy Risk and Pensions: Who Bears the Burden?“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 60, OECD, Paris.
- Whitehouse, E.R. (2009), „Pensions, Purchasing-Power Risk, Inflation and Indexation“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 77, OECD, Paris.

4. Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge

Die meisten OECD-Länder haben ihre Rentensysteme in den vergangenen zwanzig Jahren grundlegend reformiert. Der Haupt-, wenn auch nicht einzige Beweggrund für diese Reformen war die Notwendigkeit, die finanzielle Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken. In den 16 OECD-Ländern, in denen die weitreichendsten Reformen durchgeführt wurden, sind die aus der gesamten Lebensarbeitszeit resultierenden Rentenansprüche für Männer im Durchschnitt um 22% und für Frauen um 25% gekürzt worden¹.

Das Ausmaß dieser Kürzungen impliziert eine deutliche Umverteilung der Verantwortlichkeiten für die Altersversorgung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Die heutigen Arbeitskräfte müssen entweder im Rahmen freiwilliger privater Altersvorsorgepläne mehr für ihre eigene Altersversorgung sparen, später in den Ruhestand gehen oder sich im Alter im Vergleich zu ihrem Arbeitsentgelt mit niedrigeren Einkommen begnügen als unter den vor der Reform herrschenden Parametern und Bestimmungen. Effektiv führen diese Reformen zu einer impliziten oder expliziten „Privatisierung“ eines Teils des Renteneinkommenssystems.

Dieses Sonderkapitel² beginnt mit einer Untersuchung der zwischen den OECD-Ländern bei den Rentenansprüchen aus der gesetzlichen Altersvorsorge bestehenden Unterschiede. Im weiteren Verlauf befasst es sich mit 16 Ländern mit besonders niedrigen Bezügen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. In diesen Ländern werden sich viele Menschen, die es versäumt hatten, Ersparnisse zu bilden, beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand einem drastischen Einbruch des Lebensstandards gegenübersehen. Angesichts der durch die niedrigen Ersatzquoten der gesetzlichen Rentenversicherung im Vergleich zum OECD-Durchschnitt in diesen Ländern entstehenden Versorgungslücke werden die OECD-Rentenmodelle dann zur Berechnung des Anteils des Arbeitsentgelts verwendet, der gespart werden sollte, um diese Rentenlücke zu schließen. Die Analyse befasst sich zunächst mit den Ergebnissen für Durchschnittsverdiener und betrachtet dann Fälle von Personen im gesamten Verdienstspektrum.

Nachdem für unterschiedliche Länder ermittelt wurde, wer für den Ruhestand sparen muss und wie viel, werden im weiteren Verlauf des Kapitels Daten untersucht, die Aufschluss über das Altersvorsorgeverhalten geben. Zunächst wird analysiert, wie die Zahl der Teilnehmer an freiwilligen privaten Altersvorsorgeplänen mit dem Alter und Einkommen variiert. Danach werden Informationen zu den Beitragszahlungen dargelegt.

Das Kapitel endet mit einer Untersuchung verschiedener Maßnahmen zur Förderung der privaten Altersvorsorge. Die wirksamste Maßnahme ist ganz offensichtlich die Einführung von obligatorischen Altersvorsorgeplänen. Jedoch gibt es auch flexiblere Konzepte, darunter den „sanften Zwang“ (d.h. eine automatische Mitgliedschaft mit Ausstiegsmöglichkeit), die Erleichterung des Zugangs des Einzelnen zu Rentensparinstrumenten, Maßnahmen zur Sensibilisierung für die finanzielle Lage sowie die steuerliche Vorzugsbehandlung von Rentenersparnissen.

1. Die Versorgungslücke

Die Ersatzquote, d.h. das Verhältnis zwischen den Rentenbezügen und den individuellen Arbeitsentgelten in Erwerbstätigkeit, wird häufig verwendet, um Unterschiede zwischen den Rentensystemen einzelner Länder zu veranschaulichen. Die in Teil III des Berichts dargelegten Daten zu den dreißig OECD-Ländern zeigen, dass die durchschnittliche Bruttoersatzquote für Arbeitskräfte mit mittlerem Verdienst 59,0% beträgt.

Abbildung 4.1 stellt die projizierte Ersatzquote für Durchschnittsverdiener in den 16 Ländern dar, in denen sie unter dem OECD-Durchschnitt liegt. Die Berechnungen umfassen alle *obligatorischen* Programme zur Sicherung des Einkommens von Rentenbeziehern, die auch obligatorische private Rentenversicherungen und Sozialhilfeprogramme umfassen können. Zu dieser Gruppe der 16 Länder gehören alle sechs überwiegend englischsprachigen OECD-Mitgliedsländer: Australien, Kanada, Irland, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Sie umfasst ferner zwei ostasiatische OECD-Länder – Japan und Korea – sowie eine Reihe kontinentaleuropäischer Länder, darunter Belgien und Deutschland.

Abbildung 4.1 Die Versorgungslücke

Bruttoersatzquote für einen Durchschnittsverdiener aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Abweichungen von der durchschnittlichen Ersatzquote im OECD-Raum

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651244736381>

In vielen dieser Länder sind freiwillige private Altersvorsorgepläne weitverbreitet, da das aus der obligatorischen Altersvorsorge resultierende Renteneinkommen recht gering ist. Aber selbst unter diesen 16 Ländern schwankt der Bedarf an zusätzlichen Renteneinkünften aus freiwilligem Rentensparen erheblich, da die Ersatzquoten der gesetzlichen Rentenversicherung von Land zu Land abweichen.

Zur Berechnung des unterschiedlichen Bedarfs an privater Vorsorge in den einzelnen Ländern ist eine Zielerersatzquote unerlässlich. Wie in früheren OECD-Analysen wird als Referenzersatzquote die durchschnittliche Ersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherungen im OECD-Raum verwendet. Der Unterschied zwischen der Ersatzquote des gesetzlichen Rentensystems und dem OECD-Durchschnitt wird als „Versorgungslücke“ bezeichnet.

Im Vereinigten Königreich müssten die privaten Altersvorsorgepläne eine Ersatzquote von 28,2% erbringen, um das Gesamtrenteneinkommen auf das Niveau des OECD-Durchschnitts anzuheben. Finnland und die Slowakische Republik weisen unter den 16 untersuchten Ländern mit etwa 2,5% des Arbeitsentgelts die geringste Versorgungslücke auf. In den 16 Ländern insgesamt beläuft sich die Ersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherung für Durchschnittsverdiener auf 41,8%. Hierdurch ergibt sich im Schnitt eine Versorgungslücke von 17,2%. In Mexiko fallen die Ergebnisse für Männer und Frauen unterschiedlich aus, da die Annuitäten auf geschlechtsspezifischer Basis berechnet werden, und die Frauen müssen ihr angesammeltes Rentenkapital entsprechend über eine längere Ruhestandsperiode verteilen.

Zu beachten ist ferner, dass in der Analyse hier, wie auch an anderen Stellen im Bericht, die Parameter und Bestimmungen des Rentensystems zu Grunde gelegt werden, das für Personen gilt, die 2006 ins Erwerbsleben eintraten. Besonders wichtig ist diese Feststellung für die Analyse der Situation in Mexiko, da allen Arbeitskräften garantiert wurde, dass ihre beitragsbezogene Rente vom Staat aufgestockt werde, um dasselbe Niveau zu erreichen wie unter dem vor der Reform geltenden verdienstabhängigen System. Die OECD-Rentenmodelle legen den Schluss nahe, dass die Ersatzquote für Arbeitskräfte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reform eine reguläre Beschäftigung ausübten, etwa doppelt so hoch ausfallen würde wie im kapitalgedeckten System mit Beitragsprimat unter Zugrundelegung der Standardannahme für die Rendite (vgl. OECD, 2007, S. 68-69).

Wie hoch müssen die Beitragszahlungen zur freiwilligen privaten Rentenversicherung sein, um die aus der nationalen gesetzlichen Rentenversicherung resultierenden Gesamtersatzquoten auf den OECD-Durchschnitt anzuheben? Zum Zweck der Vereinfachung und Vergleichbarkeit wird in den Berechnungen davon ausgegangen, dass es sich bei den freiwilligen Rentenversicherungen um Systeme mit Beitragsprimat handelt, in denen die Höhe der Rentenleistung von den Beiträgen und Kapitalrenditen abhängt³. In der Modellierung wird von denselben allgemeinen Arbeitshypothesen ausgegangen wie bei den Berechnungen in Teil II des Berichts. Insbesondere wird eine jährliche reale Rendite auf Rentenersparnisse von 3,5% nach Abzug von Verwaltungskosten unterstellt.

Abbildung 4.2 zeigt den Prozentsatz des Arbeitsverdiensts, den ein Durchschnittsverdiener in einen privaten Altersvorsorgeplan einzahlen müsste, um im jeweiligen Land die Versorgungslücke zu schließen. Die Länder sind in derselben Reihenfolge angeordnet wie in Abbildung 4.1, d.h. nach Größe der Versorgungslücke. Die ganz dunklen Balken stellen den Beitragssatz dar, der bei vollständiger Erwerbsbiografie notwendig ist, d.h. Beitragsjahre ab dem Alter von 20 Jahren bis zum Regelrentenalter.

Abbildung 4.2 Schließung der Versorgungslücke

Zur Erreichung der durchschnittlichen Bruttoersatzquote im OECD-Raum für einen Durchschnittsarbeiter notwendiger Beitragssatz

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651303243233>

Die Abbildung veranschaulicht den Effekt unterschiedlicher nationaler Regelrentenalter. In Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten ist der notwendige Beitragssatz wegen der Anhebung des Rentenalters auf 67 oder 68 Jahre niedriger. Entsprechend senken niedrigere Renteneintrittsalter unter 65 Jahren – in Frankreich und der Slowakischen Republik – die Zahl der Beitragsjahre und verlängern die Rentenbezugsdauer.

Auch Unterschiede in der Lebenserwartung wirken sich aus. In Mexiko beispielsweise haben 65-Jährige den Projektionen zufolge eine Restlebenserwartung von 17,6 Jahren, in Japan sind es 22,2 Jahre. Mit einer höheren Lebenserwartung steigt natürlich der notwendige Beitragssatz, da die Rente, die über die eingezahlten Beiträge finanziert wird, über einen längeren Zeitraum ausgezahlt werden muss.

Auswirkungen unvollständiger Beitragsbiografien

Bei einer vollständigen Beitragsbiografie ist der Verdiensteil, der zur Schließung der Versorgungslücke in Altersvorsorgepläne eingezahlt werden müsste, im Allgemeinen nicht groß: Er beträgt in Irland und dem Vereinigten Königreich etwa 6% und in Japan ungefähr 7%. In vielen Fällen – Belgien, Deutschland, Kanada, Korea, Österreich und die Vereinigten Staaten – liegt der erforderliche Beitragssatz bei 3,5–4,5%.

Wie weiter unten in diesem Sonderkapitel erörtert wird, haben die Arbeitskräfte nur in den seltensten Fällen eine vollständige Beitragsbiografie. Die helleren Balken veranschaulichen zwei Szenarien: das eine mit zehn fehlenden Beitragsjahren, das andere mit 20 fehlenden Beitragsjahren. Es wird davon ausgegangen, dass sich diese Fehljahre zu Beginn der Berufstätigkeit ansiedeln, d.h. die Erwerbstätigen schließen erst mit 30 oder 40 Jahren eine private Rentenversicherung ab. In den ausgewiesenen Ländern erhöht sich der erforderliche Beitragssatz im Durchschnitt von 4,0% bei einer vollständigen Erwerbsbiografie auf 5,5% bei zehn und 8,4% bei zwanzig fehlenden Beitragsjahren.

Auswirkungen des individuellen Arbeitsentgelts

Bisher hat sich die Analyse auf die Situation der Durchschnittsverdiener konzentriert. Bei Geringverdienern spielen die Leistungen aus dem sozialen Sicherheitsnetz in der Regel aber beim Renteneinkommen eine wichtigere Rolle. Das kann zur Folge haben, dass sie höhere Ersatzquoten beziehen als Durchschnittsverdiener. Am anderen Ende der Skala können Bemessungsgrenzen für den anrechnungsfähigen Verdienst bedeuten, dass Bezieher höherer Einkommen niedrigere Ersatzquoten erhalten.

Abbildung 4.3 veranschaulicht, wie die Ersatzquoten mit dem Verdienst in den 16 untersuchten Ländern im Vergleich zum OECD-Durchschnitt variieren. Erwerbstätige, die 50% des durchschnittlichen Arbeitsentgelts verdienen, verzeichnen in den dreißig OECD-Ländern im Schnitt eine Ersatzquote von 72%, gegenüber 59% für Erwerbstätige mit mittlerem Arbeitsverdienst. Bei doppeltem Durchschnittsverdienst beträgt die Ersatzquote im Schnitt 50%. Wie schneiden die Länder in Bezug auf diese Richtgrößen ab?

Im linken Teil von Abbildung 4.3 ist die Versorgungslücke unabhängig vom Arbeitsentgelt in Japan und den Vereinigten Staaten im Großen und Ganzen konstant: In diesen Ländern entspricht die Progressivität der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung weitgehend dem durchschnittlichen Verlaufsmuster in den OECD-Ländern.

In Deutschland ist die Ersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherung von 50% des durchschnittlichen Arbeitsverdiensts bis zur Obergrenze von etwa 150% des Durchschnittsverdiensts konstant. Infolgedessen ist die Versorgungslücke im Vergleich zur durchschnittlichen verdienstabhängigen Ersatzquote im OECD-Raum für *Geringverdiener* größer als für Durchschnittsverdiener. In Finnland, Portugal und der Slowakischen Republik ist die Ersatzquote über das gesamte Verdienstspektrum nahezu konstant, was bedeutet, dass Personen mit höherem Einkommen eine über dem OECD-Durchschnitt liegende Ersatzquote beziehen, während Geringverdiener eine zusätzliche private Rentenversicherung abschließen müssten, um die OECD-Ersatzquote auf diesem Gehaltsniveau zu erreichen.

Die Länder im rechten Teil der Abbildung zeigen genau das entgegengesetzte Verlaufsmuster. So übersteigt in Kanada, Neuseeland und der Tschechischen Republik die Ersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherung bei Geringverdienern den OECD-Durchschnitt: Diese Arbeitskräfte sehen sich keiner Versorgungslücke gegenüber. Sehr gering ist die Rentenlücke bei Geringverdienern in Australien und Irland. Die Versorgungslücke steigt mit dem Arbeitsentgelt in acht Ländern im rechten Teil von Abbildung 4.3. Für Personen mit hohem Einkommen (200% des mittleren Arbeitsverdiensts)

Abbildung 4.3 Die Versorgungslücke und individuelle Arbeitsentgelte
Unterschied zwischen der gesetzlichen, nationalen und durchschnittlichen Ersatzquote im OECD-Raum

Anmerkung: Die Länder sind gemäß dem OECD-Index der Progressivität der Rentenformel angeordnet worden.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651315163361>

liegen die Ersatzquoten der gesetzlichen Rentenversicherung in Belgien, Irland, Kanada, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich bei unter 25% gegenüber dem Referenzdurchschnitt des OECD-Raums von 50%. In den acht Ländern auf der rechten Seite der Abbildung beträgt die Versorgungslücke bei Personen mit hohem Einkommen im Schnitt 27%. Die Versorgungslücke für Personen, die die Hälfte des Durchschnittseinkommens beziehen, liegt vergleichsweise bei knapp 4%.

In Abbildung 4.4 wird untersucht, welchen Einfluss Unterschiede bei den verdienstabhängigen Ersatzquoten der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Notwendigkeit haben, für das Alter zu sparen, um die Benchmark-Gesamtersatzquote zu erreichen. Die Länder sind in derselben Weise zusammengestellt wie in Abbildung 4.3. In der Analyse wird davon ausgegangen, dass die Erwerbstätigen in ihrer Beitragsbiografie in freiwilligen Altersvorsorgeplänen zehn Fehljahre aufweisen (d.h. sie beginnen mit den Beitragszahlungen im Alter von 30 Jahren, entrichten dann aber bis zur Erreichung des nationalen Regelrentenalters jedes Jahr ihren Beitrag).

Im rechten Teil der Abbildung steigt der notwendige Beitragssatz mit dem Arbeitsentgelt. In Kanada, Neuseeland und der Tschechischen Republik beispielsweise besteht für Geringverdiener kaum oder gar kein Bedarf, sich privat um ihre Altersversorgung zu kümmern, da die gesetzlichen Rentenversicherungen dies bereits übernehmen. In Australien, Irland und Korea beträgt der notwendige Beitragssatz für Personen, die die Hälfte des durchschnittlichen Arbeitsentgelts verdienen, 2,5% oder weniger ihres Arbeitsverdiensts. Im Durchschnitt der acht Länder im rechten Teil der Abbildung liegt der notwendige Beitragssatz bei weniger als 1,5% für Geringverdiener, 6% für Durchschnittsverdiener und 9% für Spitzenverdiener (mit doppeltem Durchschnittsentgelt).

Der linke Teil von Abbildung 4.4 zeigt Länder mit weniger progressiven Renten als im rechten Teil der Abbildung. Erwerbstätige in Japan und den Vereinigten Staaten müssen über das gesamte Verdienstspektrum einen ähnlichen Anteil ihres Arbeitsentgelts sparen: jeweils etwa 9,5% bzw. 6,5% ihres Gehalts. Das legt den Schluss nahe, dass das Ausmaß der Progressivität in den gesetzlichen Rentensystemen Japans und der Vereinigten Staaten dem Durchschnitt der OECD-Länder nahekommt.

Abbildung 4.4 **Schließung der Versorgungslücke auf unterschiedlichen Verdienststufen**

Zur Erreichung der durchschnittlichen Bruttoersatzquote im OECD-Raum
bei zehn fehlenden Jahren notwendiger Beitragssatz

Anmerkung: Die Länder sind gemäß dem OECD-Index der Progressivität der Rentenformel angeordnet worden.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651335460125>

Demgegenüber sind die Ersatzquoten in Deutschland über den Großteil des Verdienstspektrums konstant. Um die höhere Zilersatzquote zu erreichen, müssten Geringverdiener einen sehr viel höheren Beitragssatz von nahezu 9% entrichten als Durchschnittsverdiener, für die er bei etwa 5% liegt. Finnland und Portugal weisen ähnliche Verlaufsmuster auf.

Auswirkungen von Steuern und Bedürftigkeitsprüfungen

Bisher haben sich die Berechnungen ausschließlich auf die Bruttorentenansprüche konzentriert, obgleich es eindeutig das um Steuern und Sozialabgaben bereinigte Nettoeinkommen ist, das für die Bestimmung des Lebensstandards sowohl während des Erwerbslebens als auch im Ruhestand den Ausschlag gibt. Die Auswirkungen von Steuern und Sozialabgaben auf die Ergebnisse sind komplex. Eine vergleichsweise hohe Besteuerung der Renteneinkommen verstärkt die Notwendigkeit, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um einen gewissen Lebensstandard zu erreichen. Demgegenüber erhöhen hohe vom Arbeitnehmer zu entrichtende Steuern und Sozialabgaben die Nettoersatzquote, und daher ist im Vergleich zu anderen Ländern und Erwerbstätigen auf unterschiedlichen Stufen der Verdienstskala die Notwendigkeit, zusätzliche Beiträge zu leisten, geringer.

In den Berechnungen wurde ferner unterstellt, dass sich die Ersparnisse aus freiwilligen privaten Altersvorsorgeplänen direkt im Renteneinkommen niederschlagen, und entsprechend außer Acht gelassen, dass die Leistungen in einigen Ländern Bedürftigkeitsprüfungen unterliegen. Eine zusätzliche private Vorsorge führt daher zu geringeren öffentlichen Rentenleistungen. Somit erhöhen Bedürftigkeitsprüfungen bei den Betroffenen die Notwendigkeit, selbst Vorsorge zu tragen.

In Abbildung 4.5 werden Brutto- und Nettoberechnungen des Beitragssatzes gegenübergestellt, der zur Erreichung der durchschnittlichen (Brutto- oder Netto-)Ersatzquote im OECD-Raum auf verschiedenen Verdienstniveaus in ausgewählten Ländern notwendig ist. Australien veranschaulicht den Effekt weitreichender Bedürftigkeitsprüfungen, die sogar Empfänger mittlerer und hoher Einkommen einbeziehen. Demnach müsste ein Durchschnittsverdiener beispielsweise 13% seines

Abbildung 4.5 Schließung der Versorgungslücke: der Effekt von Steuern und Bedürftigkeitsprüfungen

Bei vollständiger Erwerbsbiografie zur Erreichung der durchschnittlichen (Brutto- und Netto-)Ersatzquote notwendiger Beitragssatz nach Arbeitsentgelt in Australien, Belgien, Deutschland und den Vereinigten Staaten

Anmerkung: Die Ordinate ist aus Gründen der Klarheit in den beiden Teilen der Abbildung unterschiedlich.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651368730015>

Arbeitsentgelts in einen freiwilligen privaten Rentenplan einzahlen – zusätzlich zu den 9% für die gesetzliche Rentenversicherung – um die durchschnittliche Nettoersatzquote im OECD-Raum zu erreichen. Der Grund hierfür ist, dass Einkommen aus einem privaten Altersvorsorgeplan derzeit eine Kürzung der Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung um bis zu 40% ihres Grenzwerts zur Folge haben.

In Deutschland hingegen ist die Nettoversorgungslücke nahezu im gesamten Verdienstspektrum geringer als die Bruttoversorgungslücke. Am höchsten ist der notwendige Beitragssatz sowohl brutto als auch netto für Geringverdiener, da das deutsche Rentenversicherungssystem bis zur Beitragsbemessungsgrenze den Arbeitnehmern eine konstante Ersatzquote bietet, wohingegen die durchschnittliche Ersatzquote im OECD-Raum eine progressive Struktur hat, mit höheren Ersatzquoten für Geringverdiener. Der Hauptgrund für die großen Unterschiede zwischen den Brutto- und Nettomessgrößen der zur Schließung der Versorgungslücke notwendigen Beitragssätze ist die relativ hohe Steuer- und Abgabenbelastung, der sich Arbeitskräfte und Rentner in Deutschland gegenübersehen.

Der Effekt der Steuern auf die Berechnungen der Versorgungslücke ist in Belgien am dramatischsten. Erwerbstätige mit niedrigem und mittlerem Einkommen müssen hier verhältnismäßig hohe Steuern und Sozialabgaben entrichten, zahlen im Ruhestand aber nur geringe oder gar keine Steuern. Hierdurch wird der notwendige Beitragssatz erheblich reduziert. Allerdings zahlen Bezieher höherer Einkommen auch im Ruhestand einen signifikanten Teil ihres Einkommens für Steuern, wodurch sich der notwendige Beitragssatz auf Nettobasis im Vergleich zu den Berechnungen auf Bruttobasis erhöht.

Schließlich ist das Muster der notwendigen Beitragssätze in den Vereinigten Staaten auf Brutto- und Nettobasis sehr ähnlich. Das ist auch in vielen anderen Ländern der Fall, die in der Abbildung nicht angeführt sind, wie beispielsweise Kanada, Irland und das Vereinigte Königreich.

2. Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Rentenversicherung nach Alter und Arbeitsentgelt⁴

Die Haushaltserhebungen entnommenen Informationen zum Erfassungsgrad der privaten Rentenversicherungen beziehen sich auf acht OECD-Länder, in deren Mehrzahl die gesetzlichen Rentenversicherungen eine relativ niedrige Ersatzquote bieten. In diesen Fällen müssen die Betroffenen zusätzlich freiwillige Rentenversicherungen abschließen, um ihr künftiges Renteneinkommen zu ergänzen.

Zwischen dem Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Altersvorsorgepläne und dem Alter besteht ein unimodaler Zusammenhang, der im besten Erwerbsalter, d.h. 35-44 bzw. 45-54 Jahre je nach Land, seinen Höhepunkt erreicht (linker Teil von Abb. 4.6). In Deutschland haben aber junge Menschen eher eine private Altersvorsorge als ältere, was wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass jüngst ein steuerlich begünstigter Rentensparplan eingeführt wurde. In den meisten Ländern wird im höheren Erwerbsalter ein Rückgang der Erfassungsquoten beobachtet (mit den nennenswerten Ausnahmen Kanadas und der Vereinigten Staaten). Das könnte damit zusammenhängen, dass Empfänger privater Rentenleistungen (auf Grund ihres im Vergleich zu Personen ohne privaten Rentensparplan größeren Rentenvermögens) früher in den Ruhestand gehen.

Der Erfassungsgrad freiwilliger privater Altersvorsorgepläne steigt im Allgemeinen mit dem Arbeitsentgelt (rechter Teil von Abb. 4.6). Er erreicht aber generell nach dem siebten und achten Dezil der Verteilung ein Plateau. In den Gruppen mit dem niedrigsten Arbeitsentgelt ist der Erfassungsgrad gering: Er liegt in allen Ländern außer Deutschland (40%) bei 10-20%.

Abbildung 4.6 **Erfassungsgrad freiwilliger privater Altersvorsorgepläne**
In Prozent der Gesamtbeschäftigung

Quelle: Antolin, P. und E.R. Whitehouse (2009), „Filling the Pension Gap: Coverage and Value of Voluntary Retirement Savings“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 69, OECD; OECD-Analyse nationaler Daten (Finnland und Norwegen).

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651406013027>

Ogleich in vielen untersuchten Ländern weit über die Hälfte der Erwerbsbevölkerung insgesamt eine freiwillige private Rentenversicherung abgeschlossen hat, sind diese privaten Altersvorsorgepläne in der Bevölkerung ungleich verteilt. So sind jüngere Arbeitskräfte und Bezieher von Niedrigeinkommen sehr viel seltener Teilnehmer an privaten Altersvorsorgeplänen. Die Analyse der Versorgungslücken in Abschnitt 1 dieses Sonderkapitels hat gezeigt, dass Bezieher niedrigerer Einkommen in Australien, Irland und Kanada die durchschnittliche Ersatzquote im OECD-Raum mit geringen und auch gar keinen Ersparnissen aus freiwilligen privaten Rentenvorsorgeplänen erreichen können.

Niedrige Erfassungsraten unter Geringverdienern sind in diesen Ländern daher kein so großes politisches Anliegen wie im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, wo sogar Geringverdiener während ihres Erwerbslebens 4-5% ihres Arbeitsentgelts sparen müssen, um die Benchmark-Ersatzquote zu erreichen. Die Versorgungslücken der Geringverdiener sind auch in Deutschland verhältnismäßig groß, in diesen Gruppen ist aber der Erfassungsgrad der privaten Rentenversicherungen ebenfalls hoch. Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass einige, wenn auch nicht alle, OECD-Länder ihre Anstrengungen auf die Ausdehnung des Erfassungsgrads privater Zusatzversicherungen unter Geringverdienern konzentrieren müssen.

Die Teilnehmerzahlen an privaten Versicherungsprogrammen nach Alter lassen vermuten, dass die meisten Personen, die letztlich über eine private Rentenversicherung verfügen, erst mit 30 Jahren oder noch später mit den Beitragszahlungen beginnen. Diese Fehljahre in der Beitragsbiografie der Betroffenen erhöhen die in den aktiven Beitragsjahren notwendigen Sparanstrengungen. Bei einer Verschiebung des Beitritts zu einem privaten Altersvorsorgeplan von 20 auf 30 Jahre erhöht sich der notwendige Beitragssatz um nahezu die Hälfte (vgl. Abb. 4.2). Folglich muss die staatliche Politik stärker bei jüngeren Arbeitnehmern ansetzen und diese dazu bewegen, den Zeitpunkt, an dem sie mit den Beitragszahlungen in eine private Rentenversicherung beginnen, vorzuverlegen.

3. Beiträge zu privaten Altersvorsorgeplänen

Angaben zu freiwilligen Beiträgen an private Rentenversicherungen stehen nur für wenige der Länder zur Verfügung, die in Abschnitt 1 dieses Sonderkapitels als Länder mit Versorgungslücke identifiziert wurden. Tabelle 4.1 zeigt, dass die Beitragssätze nahezu den Sätzen entsprechen (Belgien, Deutschland) oder diese geringfügig überschreiten, die unter Voraussetzung einer vollständigen Erwerbsbiografie zur Schließung der Versorgungslücke notwendig sind. Sobald aber ein Zeitraum mit fehlenden Beitragsjahren berücksichtigt wird, weisen sehr viel mehr Länder einen unzureichenden durchschnittlichen Beitragssatz auf (Belgien, Deutschland, Tschechische Republik). Im Vereinigten Königreich liegt der Durchschnittssatz nahe am Beitragssatz, der bei zehn Fehljahren notwendig ist. Aber zusätzlich zu den Erwerbstätigen ohne Versicherungsschutz entrichten viele Personen in der Regel unter dem Durchschnitt liegende Beiträge. In Irland beispielsweise beträgt der durchschnittliche Beitragssatz in Rentensystemen mit Beitragsprimat 10% und wird zu gleichen Anteilen vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen. Jedoch liegt in 30% der privaten Altersvorsorgepläne der Arbeitnehmerbeitragssatz bei unter 5%, während in 18% der Programme der Arbeitgeberbeitragssatz bei unter 5% angesiedelt ist.

Tabelle 4.1 Gesamtbeitragssätze zu freiwilligen Rentensystemen mit Beitragsprimat
In Prozent des Arbeitsentgelts

	Durchschnittlicher Beitragssatz
Belgien	4.3
Deutschland	4.0
Irland	10.0
Tschechische Republik	2.5
Vereinigtes Königreich	8.8
Vereinigte Staaten	9.0

Anmerkung: Die Daten für das Vereinigte Königreich beziehen sich auf Betriebsrenten mit Beitragsprimat, Personen mit anderen Formen der privaten Vorsorge bleiben unberücksichtigt. Die Zahlen wurden gerundet.

Quelle: Antolín, P. und E.R. Whitehouse (2009), „Filling the Pension Gap: Coverage and Value of Voluntary Retirement Savings“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 69, OECD.

4. Maßnahmen zur Förderung der privaten Altersvorsorge

Für Arbeitskräfte, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten, werden die staatlichen Renten wesentlich niedriger ausfallen als die ihrer Eltern und Großeltern. Das bedeutet mit anderen Worten, dass sie freiwillige private Altersvorsorgepläne abschließen müssen, um ihren Lebensstandard nach

dem Renteneintritt aufrechtzuerhalten. Und in der Tat fußen viele Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung auf der Annahme, dass die freiwillige Altersvorsorge zunehmen *wird*. In einigen Ländern, wie Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten, ist dies bereits seit langem der Fall. In anderen Ländern hingegen, z.B. Deutschland und Frankreich, ist es ein neues Phänomen. Darüber hinaus sind inzwischen auch andere Kategorien der Bevölkerung von der Notwendigkeit des Altersvorsorgespargens betroffen, darunter auch Bevölkerungsgruppen wie Geringverdiener, die es bisher nicht gewohnt waren, diesbezügliche Entscheidungen zu treffen.

Einige Daten lassen vermuten, dass der Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorgepläne und die Beitragshöhe zufriedenstellend und angemessen sind. Andere wiederum deuten auf die Existenz erheblicher Versorgungslücken hin. In Ermangelung in sich schlüssiger Informationen dürfen die politischen Entscheidungsträger nicht in ihren Anstrengungen nachlassen. Glücklicherweise haben sich die Regierungen sehr aktiv für die Konzipierung von Maßnahmen zur Förderung der privaten Vorsorge eingesetzt.

Versicherungspflicht

Private Altersvorsorge zur Pflicht zu machen, ist ein einfacher Weg, um sowohl einen hohen privaten Rentenversicherungsschutz als auch eine einheitliche Verteilung der Leistungen in den verschiedenen Alters- und Verdienststufen zu gewährleisten. In Ländern wie Australien, Island, Norwegen und der Schweiz hatten private Altersvorsorgepläne seit jeher einen breiten Erfassungsgrad (mindestens 50% der Beschäftigten). Der Staat hat die Arbeitgeber in diesen Ländern einfach dazu verpflichtet, für ihre Mitarbeiter private Altersvorsorgepläne einzurichten und in diese einzuzahlen. Die Leistungen der öffentlichen Rentenversicherung lagen aber im Allgemeinen unter dem Niveau der privaten Versicherungen, das üblich war, als diese noch auf freiwilliger Basis angeboten wurden. Eine zweite Maßnahme bestand darin, die Entrichtung von Beiträgen zur privaten Altersvorsorge als Ersatz für den verlorenen Teil der staatlichen Rente zur Pflicht zu machen. Länder wie Mexiko, Polen, die Slowakische Republik, Schweden und Ungarn haben alle diesen Weg gewählt.

Andere Länder, darunter Dänemark und die Niederlande, haben den Beitritt zu einer privaten Rentenversicherung nicht direkt zur Pflicht gemacht, dieser wird aber durch arbeitsvertragliche Vereinbarungen *de facto* verpflichtend (quasi-obligatorisch), und der Erfassungsgrad übersteigt 85% der Mitarbeiter. Dasselbe gilt auch für Schweden. Die Zahl der Mitglieder in privaten Versicherungen hat auch in Belgien und Deutschland durch die Einführung branchenweiter Rentenpläne allmählich zugenommen. Allerdings lässt sich dieses Modell nur schwer auf andere OECD-Länder übertragen, in denen die Arbeitsmarktstrukturen und die Arbeitsbeziehungen für die Erreichung einer nahezu universellen Abdeckung durch private Rentenversicherungen weniger geeignet sind.

Das Hauptargument für den Versicherungszwang besteht darin, dass er einer Situation vorbeugt, in der es die Betroffenen im Nachhinein bereuen, in jüngerem Alter nicht ausreichend für den Ruhestand gespart zu haben. Außerdem schützt er die Gesellschaft davor, Sozialleistungen für Menschen erbringen zu müssen, die es versäumt haben, für das Alter vorzusorgen. Die Umsetzung dieses paternalistischen Konzepts ist einfach: Es muss lediglich eine Zielerreichungsquote (verdienstabhängig oder nicht) festgelegt und dann sichergestellt werden, dass die Rentner dieses Ziel entweder mit den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung oder ihrer obligatorischen privaten Altersvorsorge erreichen.

Eine wichtige, bisher aber leider unbeantwortet gebliebene Frage lautet, ob der Zwang notwendig ist. Sind Menschen so kurzfristig? Schaffen sie es nicht, hinreichend für ihre Altersvorsorge zu sparen, wenn man sie sich selbst überlässt? Die Analyse der Renteneinkommen im vorangegangenen Sonderkapitel „Einkommen und Armut älterer Menschen“ legt den Schluss nahe, dass die Renteneinkommen nach Bereinigung um die Haushaltsgröße im Trend 75-85% des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung ausmachen. Zwischen den relativen Einkommen und der Art des Rentensystems besteht indessen kein Zusammenhang. Freiwillige private Altersvorsorgepläne spielen in Kanada und den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle, wo die relativen Einkommen der älteren Bevölkerung über dem OECD-Durchschnitt liegen. Das Gleiche gilt für Irland, wo die Renteneinkommen am niedrigsten sind, und das Vereinigte Königreich, in dem die Renteneinkommen ebenfalls weit unten angesiedelt sind. In OECD (2001) wurde dieses Phänomen als

„Konvergenz der Ergebnisse, Divergenz der Mittel“ bezeichnet. Diese Daten widerlegen die Myopie-Hypothese in einigen Punkten.

Einige Argumente sprechen auch gegen die Verpflichtung zur privaten Vorsorge:

- Erstens ist eine obligatorische private Vorsorge, selbst wenn die Menschen kurzsichtig sind und nicht hinreichend vorsorgen, nicht immer angebracht. Wird die private Altersvorsorge zur Pflicht, muss eine Zielersatzquote festgelegt werden, deren korrekte Bestimmung schwierig, aber von großer Bedeutung ist. Die Verluste an individueller Wohlfahrt, die entstehen, weil Menschen zu übermäßig starkem Vorsorgespahren angehalten werden, können ebenso verheerend sein wie die Folgen von Kurzsichtigkeit und unzureichender Vorsorge. So können beispielsweise für die private Altersvorsorge mobilisierte Ressourcen in der Kindererziehung letztlich fehlen.
- Zweitens sind formelle Rentenpläne nicht das einzige Instrument, das Menschen zum Vorsorgespahren zur Verfügung steht und von ihnen genutzt wird. Einige würden vielleicht gerne in Immobilien oder ihr eigenes Unternehmen investieren. Dieses ganz und gar vernünftige Investitionsverhalten kann durch eine Verpflichtung zu massivem Rentensparen im Rahmen formeller Rentensparpläne verhindert werden.
- Drittens werden Pflichtbeiträge zu Rentenversicherungen häufig wie eine Steuer empfunden, was den Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung zu mindern droht.
- Schließlich haben sich die Anbieter freiwilliger privater Rentenversicherungen – insbesondere betrieblicher Vorsorgepläne – der Beitragspflicht häufig widersetzt, aus Angst vor massiven Austritten aus den von ihnen bereits angebotenen Programmen. Ferner besteht die Gefahr, dass das Leistungsniveau gesenkt wird, wenn die von der Regierung festgelegte Zielersatzquote niedriger ist als die jeweils geltenden Normen.

Sanfter Zwang

Die Altersvorsorge zur Pflicht zu machen, ist mit Nachteilen verbunden, während das alleinige Angebot freiwilliger privater Altersvorsorgepläne die Gefahr birgt, dass der Einzelne nicht hinreichend spart. Die automatische Einbeziehung einer Person in eine private Rentenversicherung (*automatic enrolment*) bedeutet, dass die Betroffenen nicht entscheiden, einem System beizutreten, sondern aus einem System auszuscheiden. Ziel ist es, den Erfassungsgrad bei gleichzeitiger Wahrung der individuellen Freiheit zu erhöhen. Viele Menschen geben in Umfragen an, dass Rentensparen für sie wichtig ist und sie das Gefühl haben, für ihren Ruhestand vorsorgen zu müssen (OECD, 2005). Leider lassen diese Personen ihren Worten nur selten Taten folgen. Ein offensichtlicher Hinderungsgrund ist, dass sich der Beitritt zu einer privaten Rentenversicherung als langwierig und komplex herausstellen kann, zumal es häufig an Informationen und Kenntnissen über die verschiedenen Rentensparoptionen mangelt. Durch die automatische Einbeziehung sollen aus Zauderern Rentensparer werden.

Im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten haben zahlreiche arbeitgeberseitige Altersvorsorgepläne lange Zeit vom Mechanismus der automatischen Einbeziehung Gebrauch gemacht, um die Teilnehmerzahl unter den Mitarbeitern zu erhöhen. In den Vereinigten Staaten wurde in letzter Zeit eine rasche Expansion der automatischen Einbeziehung in betriebliche kapitalgedeckte Systeme mit Beitragsprimat beobachtet (bekannt unter der Bezeichnung 401(k)-Pläne in Anlehnung an die entsprechende Klausel Nummer 4, Absatz (k) aus dem Steuergesetz), von 8,4% im Jahr 2003 auf 16,9% im Jahr 2005, wobei größere Pläne den stärksten Zuwachs verzeichneten. Im Jahr 2002 funktionierten nur 17% dieser Pläne nach dem Grundsatz der automatischen Einbeziehung, 2006 waren es 41,3%. Ihr Anteil wird sich infolge von Gesetzesänderungen, mit denen die der automatischen Einbeziehung im Wege stehenden Hindernisse beseitigt wurden, in Zukunft voraussichtlich noch erhöhen.

In einer Analyse der Situation im Vereinigten Königreich werden vier Beitrittsverfahren unterschieden. Bei etwa 44% der Beschäftigten wurde das Verfahren des „streamlined joining“ („vereinfachter Beitritt“) angewendet, was bedeutet, dass sie lediglich ein bereits ausgefülltes

Formular zu unterzeichnen haben (McKay, 2006). Nur 19% der Beschäftigten traten einem Plan mit vollständig automatischer Einbeziehung bei, aus dem sie nur austreten können, wenn sie sich ausdrücklich dagegen entscheiden. Wie in den Vereinigten Staaten waren diese beiden Beitrittsverfahren bei größeren Arbeitgebern geläufiger. Das traditionelle Opt-in-Verfahren galt für 19% der Pläne, gewichtet nach der Zahl der Teilnehmer.

Die automatische Einbeziehung wird mittlerweile auf nationaler Ebene umgesetzt. Neuseeland ist bereits dazu übergegangen, und das Vereinigte Königreich steht kurz davor. Auch in Deutschland, Irland und den Vereinigten Staaten wurde bereits lebhaft über derartige Programme diskutiert.

Die Kernfrage, die sich im Zusammenhang mit der automatischen Einbeziehung stellt, lautet, ob sie funktioniert. Trotz der wachsenden Befürwortung der automatischen Einbeziehung in Betriebsrenten sind bisher kaum Informationen über ihre Wirkung vorhanden. In einer der am häufigsten zitierten Arbeiten – Madrian und Shea (2001) – wird die Situation eines Arbeitgebers in den Vereinigten Staaten untersucht. Vor der automatischen Einbeziehung hatten sich unter den Mitarbeitern, die seit weniger als drei Jahren im Unternehmen tätig waren, nur 57% für die Betriebsrente entschieden, unter den Personen mit über zehnjähriger Betriebszugehörigkeit waren es über 80%. In den ersten 18 Monaten der automatischen Einbeziehung erhöhte sich der Teilnahmegrad auf 86%. Auch Beshears et al. (2006) berichteten in Bezug auf ein anderes Unternehmen von einer Zunahme der Versichertenzahl unter Mitarbeitern mit dreimonatiger Betriebszugehörigkeit um 35 Prozentpunkte, im Vergleich zu 25 Prozentpunkten bei zweijähriger Betriebszugehörigkeit. Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass die automatische Einbeziehung mehr Menschen dazu bewegt, sich für den Beitritt zu einer betrieblichen Altersvorsorge zu entscheiden, sich der Erfassungsgrad unter den langjährigen Betriebsangehörigen aber nicht so stark erhöht.

Horack und Wood (2005) untersuchten im Vereinigten Königreich die Betriebsrentensysteme von elf Unternehmen, die ihre Beitrittsmodalitäten geändert haben. Zwei Firmen haben den Erfassungsgrad der Betriebsrente nach Einführung der automatischen Einbeziehung jeweils von 25% auf 58% und von 45% auf 62% erhöht. In den beiden anderen Unternehmen war der Erfassungsgrad mit 86% bzw. 88% bereits sehr hoch, was höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass die Pläne für die Arbeitnehmer beitragsfrei waren. Die automatische Einbeziehung erhöhte den Erfassungsgrad auf 92% bzw. 100%. Eine weitere Erhebung, die vom Department of Work and Pensions (Ministerium für Arbeit und Altersversorgung) durchgeführt wurde, ergab einen Erfassungsgrad von 41% bei Betriebsrenten mit traditionellem Opt-in und 60% bei automatischer Einbeziehung (McKay, 2006). Diese Angaben beziehen sich auf größere Arbeitgeber (mit mehr als 20 Beschäftigten). Unter kleineren Arbeitgebern war der Erfassungsgrad bei den Systemen mit traditionellem und automatischem Beitritt praktisch identisch (67%).

Neuseelands Rentensparprogramm für Arbeitnehmer, KiwiSaver, das im Juli 2007 eingeführt wurde, ist das erste nationale Programm, in dem die automatische Einbeziehung umgesetzt wurde (Rashbrooke, 2009). Die Arbeitgeber müssen neue Mitarbeiter in das Programm aufnehmen, und die Mitarbeiter haben zwei Monate Zeit, sich ausdrücklich dagegen zu entscheiden. Bisher lag der Anteil der Arbeitskräfte, die sich ausdrücklich gegen die Versicherung entschieden haben, im Schnitt bei etwa einem Drittel. Es ist nicht überraschend, dass die Ablehnung unter jüngeren Arbeitskräften weiter verbreitet ist (in der Altersgruppe 25-34 Jahre sind es beispielsweise 37%) als in höheren Altersgruppen (25% in der Altersgruppe ab 55 Jahre). Jedoch wird die Analyse der in Neuseeland verfolgten Politik durch die großzügigen Anreize für den Beitritt zum KiwiSaver-Programm erschwert. Beispielsweise sind 47% der Mitglieder dem Programm über ein Finanzdienstleistungsunternehmen beigetreten und weitere 17% über ihren Arbeitgeber. So kann nur für 36% der KiwiSaver mit Sicherheit gesagt werden, dass sie automatisch in das Programm einbezogen wurden.

Insgesamt deuten die genannten Studien darauf hin, dass die automatische Einbeziehung einen beachtlichen Einfluss auf die Teilnehmerzahl privater Rentenversicherungen hat. Jedoch empfiehlt es sich, bei einer so begrenzten Zahl an Fallstudien von Verallgemeinerungen abzusehen. Außerdem sprechen viele Gründe dafür, dass die nationalen Programme und die arbeitgeberseitig angebotenen Altersvorsorgepläne mit der automatischen Eingliederung unterschiedliche Erfahrungen machen. Um die Effizienz der Methode des „sanften Zwangs“ als Instrument zur Erweiterung des Erfassungsgrads evaluieren zu können, bedarf es eindeutig weiterer Informationen.

- Erstens dürften die Effekte auf die künftigen Renten nicht groß sein, wenn die automatische Einbeziehung nur das Phänomen des Attentismus mindert, indem sie den Beginn des Rentensparens vorverlegt.
- Zweitens bedarf es längerfristiger Daten, um beurteilen zu können, wie lange die Teilnehmer nach der automatischen Eingliederung in der Versicherung bleiben. So können die Arbeitskräfte nämlich im Laufe der Zeit ihre Trägheit in die andere Richtung überwinden, wenn ihnen klar wird, dass sie ihr Einkommen nach einem Ausstieg aus dem Vorsorgeplan rasch steigern können.
- Drittens muss untersucht werden, wie der Einzelne seine Beiträge zu Rentensparplänen mit automatischer Einbeziehung finanziert (vgl. die Analyse der Steueranreize weiter unten).
- Viertens wurden die individuellen Ersparnisse im Rahmen der Programme mit automatischer Einbeziehung in erheblichem Umfang subventioniert. Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist die staatliche Förderung des KiwiSaver-Programms in Neuseeland. Im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten sahen die betrieblichen Altersvorsorgeprogramme jedoch sämtlich Arbeitgeberbeiträge in unterschiedlicher Größenordnung vor. Infolgedessen muss sehr sorgfältig unterschieden werden zwischen dem „alleinigen“ Effekt der automatischen Einbeziehung und dem Einfluss anderer Maßnahmen, wie Steuererleichterungen, Arbeitgeberbeiträge und sonstige Subventionen.

Gegen den sanften Zwang werden generell zwei Arten von Argumenten angeführt: Die einen begünstigen einen „harten“ Zwang, die anderen befürworten ein auf rein freiwilliger Basis beruhendes Konzept. Für das erste Argument spricht die Tatsache, dass die automatische Einbeziehung in ihrer gegenwärtigen Form den Erfassungsgrad nicht erheblich erhöht. Das Argument zu Gunsten eines rein auf freiwilliger Basis beruhenden Ansatzes erinnert an die Einwände gegen den Versicherungszwang, denen zufolge die Einführung von Programmen mit automatischer Einbeziehung alle bereits bestehenden Programme verdrängen und eine Nivellierung des Renteneinkommens nach unten zur Folge haben wird. Fallstudien zur automatischen Einbeziehung in den Vereinigten Staaten haben beispielsweise ergeben, dass der Standardbeitragssatz ein aussagekräftiger Indikator für die Programmteilnehmer ist und die automatische Einbeziehung mithin den durchschnittlichen Beitragssatz senkt (vgl. beispielsweise Beshears et al., 2006, sowie Madrian und Shea, 2001). In der Tat haben viele Arbeitgeber ganz bewusst niedrige Standardbeitragssätze festgelegt, um die Zahl der Austritte auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass zur Erweiterung des Erfassungsgrads privater Rentenversicherungen verstärkt auf das Instrument der automatischen Einbeziehung zurückgegriffen wird. Umfrageergebnisse legen den Schluss nahe, dass die automatische Einbeziehung im Vereinigten Königreich von der Bevölkerung besser aufgenommen wird als die Pflichtversicherung (Bunt et al., 2006; Hall et al., 2006). Und die Ansichten der Wähler werden von vielen Politikern geteilt, die befürchten, dass Arbeitnehmer die obligatorischen Beiträge zu privaten Rentenversicherungen als eine unerwünschte Besteuerung ihres Arbeitsentgelts betrachten.

Finanzielle Bildung

Die Vermittlung von Finanzwissen kann auch dazu dienen, das Bewusstsein der Arbeitskräfte für die Notwendigkeit der privaten Altersvorsorge zu schärfen, und es besteht die Hoffnung, dass sich dadurch auch der Erfassungsgrad der freiwilligen kapitalgedeckten Versicherungen erhöht. So sind z.B. Belege dafür vorhanden, dass von Arbeitgebern veranstaltete Informationskampagnen eine Erhöhung der Teilnehmerzahlen und Beitragsleistungen an private Rentenversicherungen zur Folge hatten (OECD, 2005). Aus in den Vereinigten Staaten durchgeführten Studien geht beispielsweise hervor, dass Arbeitskräfte, die den finanziellen Hintergrund der 401(k)-Pläne besser verstehen, diesem Plan eher beitreten (oder weniger häufig bewusst aus Plänen mit automatischer Einbeziehung wieder ausscheiden). Individuelle Rentenanwartschaftsbescheide – die jüngst u.a. in Deutschland, Frankreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich eingeführt oder verbessert worden sind – können dem Einzelnen dabei helfen, seinen Ruhestand besser zu planen und im Bereich der freiwilligen Vorsorge fundierte Entscheidungen zu treffen.

Erleichterung des Zugangs zu privaten Altersvorsorgeplänen

Die Teilnahme könnte durch eine Erleichterung des Zugangs zur privaten Vorsorge erhöht werden. Betriebsrenten werden fast ausschließlich von großen Arbeitgebern angeboten. Nur knapp 50% der Arbeitskräfte in Unternehmen mit weniger als 25 Mitarbeitern haben im Vereinigten Königreich Zugang zu einer Betriebsrente, im Vergleich zu über 95% in Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten (Office of National Statistics, 2009, Tabelle 6.10). In den Vereinigten Staaten bieten etwa zwei Drittel der Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern eine Betriebsrente an, gegenüber 28% der kleineren Unternehmen mit weniger als 25 Beschäftigten. Dieses Bild findet sich auch in anderen Ländern wieder. Mitarbeiter kleinerer Unternehmen verdienen generell vergleichsweise wenig, was bedeutet, dass Geringverdiener weniger Zugangsmöglichkeiten zu betrieblichen Vorsorgeplänen haben. In den Vereinigten Staaten beispielsweise sind etwa 30% der Arbeitskräfte, die weniger als 20 000 US-\$ verdienen, in Unternehmen mit Betriebsrentenangebot beschäftigt, während ihr Anteil unter den Arbeitskräften mit einem Arbeitsverdienst von über 50 000 US-\$ bei nahezu 70% liegt (Copeland, 2007).

Begründet wird die Tatsache, dass kleinere Unternehmen weniger häufig Betriebsrenten anbieten, mit den mit derartigen Programmen verbundenen hohen festen Verwaltungskosten, von denen ein Teil durch die Notwendigkeit der Einhaltung bestimmter Vorschriften bedingt ist. Die Vereinigten Staaten haben auf dieses Problem reagiert, indem sie kleinen Arbeitgebern die Einrichtung betrieblicher Altersvorsorgepläne mit geringeren administrativen Auflagen ermöglichen als es bei großen Unternehmen der Fall ist. Beispielsweise können Arbeitgeber einen vereinfachten Rentenplan (*Simplified Employee Pension* – SEP) einrichten, bei dem es sich um einen Zusammenschluss individueller Rentenkonten handelt, die von einem als Treuhänder fungierenden Finanzinstitut verwaltet werden.

Steuerliche Anreize

Zur Förderung der Teilnahme an freiwilligen privaten Altersvorsorgeplänen genießen sowohl die Beitragszahlungen als auch die Renditen aus den Investitionen in Rentenpläne regelmäßig eine steuerliche Vorzugsbehandlung. Dahinter steht der Gedanke, dass eine höhere *Nettorendite* auf Spareinlagen den Einzelnen dazu veranlassen wird, mehr zu sparen. An diese steuerlichen Anreize sind im Allgemeinen Bedingungen geknüpft, die in der Regel die Laufzeit der Sparverträge sowie Einschränkungen hinsichtlich der Auszahlungsmöglichkeiten betreffen. Es sind gerade diese Bedingungen, die für „Rentensparpläne“ kennzeichnend sind (vgl. beispielsweise Engen et al., 1994 und 1996).

Die Kernfrage, die sich die politischen Entscheidungsträger stellen, lautet, ob derartige Steueranreize die für die Altersversorgung bestimmten Ersparnisse auch effektiv erhöhen. Die OECD hat die Anreize gemessen, die zum Rentensparen in Vorsorgeplänen geboten werden, indem sie den effektiven Steuersatz auf Ersparnisse zur Alterssicherung mit dem Steuersatz verglichen hat, der auf „Referenzersparnisse“ erhoben wird; hierbei handelt es sich in der Regel um Bankeinlagen (Yoo und De Serres, 2004). Das Ausmaß der Steueranreize wird in Prozent der Beiträge berechnet, wobei die aus steuerlich abzugsfähigen Beiträgen und steuerfreien Kapitalrenditen resultierenden Mindereinnahmen berücksichtigt werden und auch den Einnahmen Rechnung getragen wird, die entstehen, wenn Leistungen ausgezahlt werden. Zu beachten ist, dass in der Studie die Steuerparameter und -bestimmungen von 2003 zu Grunde gelegt werden; in vielen Ländern hat sich die steuerliche Behandlung der Renten seither aber erheblich verändert.

Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass in der Tat ein Anreiz zum Rentensparen in Pensionsfonds besteht (Abb. 4.7). Der Umfang der steuerlichen Anreize variiert erheblich, er reicht von null in Mexiko und Neuseeland bis zu über 40% der Beiträge in der Tschechischen Republik. Von diesen beiden Extremen einmal abgesehen, bieten die meisten Länder steuerliche Anreize in Höhe von etwa 10% der Beiträge, wobei der OECD-Durchschnitt bei über 20% liegt.

Aus Überblicken der Fachliteratur geht hervor, dass steuerliche Anreize für die private Vorsorge das *Rentensparen* tatsächlich erhöhen (vgl. z.B. Engen et al., 1994 und 1996). Diese Zunahme des Vorsorgesparens könnte aber auch das Ergebnis anderer Sparbemühungen sein, so z.B. von Personen, die ihre Gesamtersparnisse bewusst erhöhen (d.h. neu sparen), oder Personen, die Ersparnisse aus anderen Sparinstrumenten umschichten (d.h. Reallokation), wobei sie die Gesamthöhe

ihrer Ersparnisse unverändert lassen. Leider liefern die empirischen Belege zur Beantwortung der Frage, ob es sich bei dem in steuerlich begünstigten Rentenprogrammen angesparten Kapital um Neueinzahlungen oder Umschichtungen handelt, ein uneinheitliches Bild und basieren weitgehend auf Daten aus den Vereinigten Staaten.

Abbildung 4.7 Steuerliche Anreize zum Rentensparen im Vergleich zu sonstigen Referenzsparanlagen

Parameter und Bestimmungen von 2003

Quelle: Yoo, K.Y. und A. De Serres (2004), „Tax Treatment of Private Pension Savings in OECD Countries“, *OECD Economic Studies*, Vol. 39, No. 2, S. 73-110.

Falls Neuersparnisse den größten Platz einnehmen, werden die *nationalen* Ersparnisse (unter Berücksichtigung der durch die Steueranreize bedingten Verringerung der öffentlichen Ersparnisse) sehr wahrscheinlich steigen. Wenn aber die Reallokation einen größeren Platz einnimmt, dürften die nationalen Ersparnisse sinken. Diese Substitution der öffentlichen durch private Ersparnisse hat geringe Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Sie kann aber insofern im öffentlichen Interesse liegen, als sie individuelle Ersparnisse in langfristigen zweckbestimmten Altersvorsorgeplänen blockiert.

Auch die Konzipierung der Steueranreize ist von Bedeutung. Wird nämlich lediglich die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu privaten Rentenplänen von der Einkommensteuer eingeräumt, bedeutet dies, dass Bezieher höherer Einkommen, für die höhere Grenzsteuersätze gelten, von der Maßnahme am stärksten profitieren. Demgegenüber wird Geringverdienern, die keine Einkommensteuer oder zumindest nur einen niedrigen Steuersatz entrichten, ein geringerer steuerlicher Anreiz zum Rentensparen geboten. Darüber hinaus können ihre recht geringen Rentenansprüche zur Folge haben, dass sie im Ruhestand Bedürftigkeitsprüfungen unterzogen werden. Diese wirken in der Tat wie eine zusätzliche „Steuer- und Abgabenbelastung“ auf die Rentenersparnisse, wie weiter oben dargelegt wurde. Es ist hingegen möglich, fiskalische Anreize zu konzipieren, die Geringverdienern im selben Maße zugute kommen oder gezielt auf Geringverdiener ausgerichtet sind. So könnte beispielsweise die steuerliche Entlastung auf Beitragszahlungen auf den niedrigsten oder Regelsteuersatz begrenzt werden. Alternativ hierzu könnte der Staat auch an nicht einkommensteuerpflichtige Personen Ausgleichszahlungen leisten und ihnen Steuergutschriften gewähren.

Anmerkungen

1. Vgl. OECD (2007, Abschnitt II.1), Martin und Whitehouse (2008) und das Sonderkapitel „Jüngsten Rentenreformen“ in diesem Bericht.
2. Dieses Sonderkapitel baut auf der detaillierteren Analyse in Antolín und Whitehouse (2009) auf. Die Berechnungen in Abschnitt 1 des Kapitels bringen die Modellierungen auf den neuesten Stand, indem die Parameter und Bestimmungen von 2004 durch die des Rentensystems von 2006 ersetzt werden, wie in

den anderen Teilen des Berichts. Queisser et al. (2008) erörtern ferner das sich wandelnde Gleichgewicht zwischen öffentlicher und privater Altersvorsorge.

3. Eine detaillierte anschauliche Darstellung der einzelnen Berechnungsschritte findet sich in OECD (2007), S.88.
4. Der Gesamterfassungsgrad der privaten Rentenversicherungen ist im Abschnitt über die Indikatoren in Teil II dieser Ausgabe dargelegt.

Literaturverzeichnis

- Antolin, P. und E.R. Whitehouse (2009), "Filling the Pension Gap: Coverage and Value of Voluntary Retirement Savings", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 69, OECD, Paris.
- Beshears, J., J.J. Choi, D. Laibson und B.C. Madrian (2006), "The Importance of Default Options for Retirement Saving Outcomes: Evidence from the United States", *Working Paper*, No. 12009, National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Bunt, K., L. Adams, Z. Koroglu und E. O'Donnell (2006), *Pensions and Pension Reform, Research Report*, No. 357, Department for Work and Pensions, London.
- Copeland, C. (2007), "Employment-Based Retirement Plan Participation: Geographic Differences and Trends", *Issue Brief*, No. 311, Employee Benefits Research Institute, Washington D.C.
- Engen, E.M., W.G. Gale und J.K. Scholz (1994), "Do Saving Incentives Work?", *Brookings Papers on Economic Activity*, No. 1, S. 85-151.
- Engen, E.M., W.G. Gale und J.K. Scholz (1996), "The Illusory Effect of Saving Incentives on Saving", *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 10, No. 4, S. 113-138.
- Hall, S., N. Pettigrew und P. Harvey (2006), "Public Attitudes to Personal Accounts: Report of a Qualitative Study", Research Report No. 370, Department for Work and Pensions, London.
- Horack, S. und A. Wood (2005), *An Evaluation of Scheme Joining Techniques in Workplace Pension Schemes with an Employer Contribution*, Research Report No. 292, Department for Work and Pensions, London.
- Madrian, B.C. und D. Shea (2001), "The Power of Suggestion: Inertia in 401(k) Participation and Savings Behavior", *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 116, No. 4, S. 1149-1525.
- Martin, J.P. und E.R. Whitehouse (2008), "Reforming Retirement-Income Systems: Lessons from the Recent Experiences of OECD Countries", Social, Employment and Migration Working Paper, No. 66, OECD, Paris.
- McKay, S. (2006), *Employers' Pension Provision Survey 2005*, Research Report, No. 329, Department for Work and Pensions, London.
- OECD (2001), *Ageing and Income: Financial Resources and Retirement in Nine OECD Countries*, Paris.
- OECD (2005), *Improving Financial Literacy: Analysis of Issues and Policies*, Paris.
- OECD (2007), *Renten auf einen Blick – Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich – 2007*, Paris.
- Office of National Statistics (2009), *General Household Survey 2007*, London.
- Queisser, M., P. Whiteford und E.R. Whitehouse (2007), "The Public-Private Pension Mix in OECD Countries", *Industrial Relations Journal*, Vol. 38, No. 6, S. 542-568.
- Rashbrooke, G. (2009), "Automatic Enrolment: KiwiSaver in New Zealand", *The Changing Pensions Landscape in Asia and the Pacific*, OECD, Paris, erscheint demnächst.
- Yoo, K.Y. und A. de Serres (2004), "Tax Treatment of Private Pension Savings in OECD Countries", *OECD Economic Studies*, Vol. 39, No. 2, S. 73-110.

TEIL II

Indikatoren der Rentenpolitik

In Teil II dieses Berichts werden die wichtigen Indikatoren für die Untersuchung der Renteneinkommenssysteme, die für die erste und zweite Ausgabe von Renten auf einen Blick ausgearbeitet wurden, aktualisiert und um neue Messgrößen ergänzt. Mit diesen Informationen – die klar, „auf einen Blick“ dargestellt sind – wird ein umfassender und kohärenter Rahmen für den Vergleich und die Evaluierung der Rentensysteme und der Rentenpolitik aufgezeichnet.

Die 17 Indikatoren sind in drei Kategorien unterteilt. Die erste Gruppe enthält Indikatoren der individuellen Rentenansprüche in den Systemen sämtlicher dreißig OECD-Mitgliedsländer. Neben der bekannten Messgröße der Lohnersatzquote der Altersrente handelt es sich dabei um Indikatoren des Rentenvermögens, der Progressivität des Renteneinkommenssystems und des Verhältnisses zwischen öffentlicher und privater Altersvorsorge.

Die zweite Gruppe von Indikatoren befasst sich mit den Renteneinkommenssystemen als Ganzem. Dies beinhaltet Daten zu den Beitragssätzen in der öffentlichen Rentenversicherung, den in privaten Pensionsfonds und in staatlichen Pensionsreservefonds angelegten Mitteln, dem Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorge und den Rentenausgaben.

Die dritte und letzte Kategorie von Indikatoren bezieht sich auf Hintergrund- bzw. Kontextaspekte der Rentensysteme. Dazu gehören wichtige demografische Messgrößen, wie die Lebenserwartung und die Geburtenziffern, sowie die Durchschnittsverdienste.

Rentenansprüche

Die Rentenansprüche werden mit Hilfe der OECD-Rentenmodelle ausgehend von den in den einzelnen Ländern 2006 geltenden Parametern und Regeln berechnet und beziehen sich auf Arbeitskräfte, die im besagten Jahr in den Arbeitsmarkt eingetreten sind.

Die ersten drei Indikatoren betreffen die bekannte Messgröße der Ersatzquote, die das Verhältnis zwischen Rentenbezügen und individuellem Arbeitsentgelt ausdrückt. Beim ersten handelt es sich um die Bruttoersatzquote (d.h. vor Steuern) bei Berücksichtigung der Leistungen aller gesetzlichen Rentensysteme, einschließlich der privaten obligatorischen Altersvorsorge. Beim zweiten Indikator erfolgt eine Aufschlüsselung nach öffentlichen und privaten Systemen, wobei in Ländern, in denen sie allgemein üblich ist, auch die freiwillige private Altersvorsorge einbezogen wird. Der dritte Indikator ist die Nettoersatzquote, in der die jeweils auf Arbeitsentgelte und Renteneinkommen zu entrichtenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt sind.

Anschließend werden zwei Indikatoren des „Rentenvermögens“ behandelt, d.h. des Gegenwartswerts der insgesamt über die Lebenszeit bezogenen Rentenleistungen. Dies ist eine umfassendere Messgröße als die Ersatzquote, weil in ihr auch das Rentenalter, die Kopplung der Rentenhöhe an Veränderungen des Lohn- oder Preisniveaus und die Lebenserwartung berücksichtigt sind.

Mit den beiden folgenden Indikatoren wird das Gleichgewicht zwischen zwei Zielen der Rentenpolitik – der Sicherung ausreichender Altersrenteneinkommen und der Schaffung eines Ersatzes für einen bestimmten Anteil des Verdiensts – untersucht. Sie beziehen sich auf die Progressivität der Rentenformeln und die Verknüpfung zwischen Rentenansprüchen und Arbeitsentgelt.

Die letzten beiden Indikatoren der Rentenansprüche fassen den Effekt der Rentensysteme für Angehörige unterschiedlicher Verdienstgruppen zusammen und geben so Aufschluss über das durchschnittliche Rentenniveau, das durchschnittliche Rentenvermögen sowie den Beitrag der einzelnen Komponenten der Systeme zur Sicherung der Renteneinkommen.

Kernergebnisse

Die Bruttoersatzquote gibt die Höhe der Rentenbezüge im Verhältnis zur Höhe des Verdiensts während der Erwerbstätigkeit wieder. Für Durchschnittsverdiener beträgt die Bruttoersatzquote im Durchschnitt der dreißig OECD-Länder 59%, wobei zwischen den Ländern allerdings große Unterschiede bestehen. Im unteren Bereich des Spektrums liegen Irland, Japan und das Vereinigte Königreich, wo Arbeitsmarkneuzugängen Bruttoersatzquoten in Höhe von weniger als 35% in Aussicht gestellt werden. Island und Griechenland am oberen Ende des Spektrums bieten demgegenüber Ersatzquoten von über 90%. Weitere Länder mit hohen erwarteten Ersatzquoten (zwischen 70% und 90%) sind Österreich, Dänemark, Ungarn, Spanien, Luxemburg und die Niederlande, während sich die Bruttoersatzquoten in Finnland, Norwegen und der Schweiz in der Nähe des OECD-Durchschnitts bewegen.

Die meisten OECD-Länder schützen Geringverdiener vor Armut im Alter, indem sie ihnen höhere Ersatzquoten gewähren als Durchschnittsverdienern. Aus der Tabelle ist z.B. ersichtlich, dass Arbeitskräfte, die nur die Hälfte des Durchschnittsverdiensts beziehen, Ersatzquoten von durchschnittlich 72% erwarten können, im Vergleich zu 59% für Durchschnittsverdiener. In neun Ländern ist die Ersatzquote für Durchschnittsverdiener und Personen, die nur die Hälfte des Durchschnittsverdiensts beziehen, allerdings identisch, und zwar in Deutschland, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, der Slowakischen Republik, Spanien, der Türkei und Ungarn. Am oberen Ende der Skala stehen drei Länder, die Geringverdienern Renten in Aussicht stellen, die ihrem vorherigen Verdienst entsprechen oder sogar höher sind: Dänemark (Ersatzquote: 124,0%), Island (108,3%) und Luxemburg (99,4%). Am anderen Ende des Spektrums, in Deutschland und Japan, belaufen sich die Ersatzquoten für Geringverdiener auf 43% bzw. 47%. Einige Länder, wie Kanada und Neuseeland, zahlen relativ geringe Renten für Durchschnittsverdiener, liegen bei den Geringverdienern aber in der Mitte des Spektrums.

Für Personen, die das 1,5-Fache des Durchschnittsverdiensts beziehen (hier als „Spitzenverdiener“ bezeichnet), bewegt sich die Bruttoersatzquote mit 54,3% im Durchschnitt der dreißig OECD-Länder etwas unter der Ersatzquote von 59,0% für Durchschnittsverdiener. Auch bei den Spitzenverdienern sind erhebliche Unterschiede im Ländervergleich zu beobachten. In sechs Ländern – Griechenland, Island, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien und der Türkei – erzielen sie Ersatzquoten von über 80%. Am anderen Ende des Spektrums, in Irland und Neuseeland (Ländern mit Pauschalrentensystemen) sowie im Vereinigten Königreich liegen die entsprechenden Ersatzquoten hingegen unter 26%.

Beim Medianverdienst, d.h. dem Verdienstniveau, über bzw. unter dem jeweils die Hälfte aller Arbeitskräfte liegt, beträgt die Bruttoersatzquote im OECD-Durchschnitt 60,8%. Im Allgemeinen weicht sie kaum von der Bruttoersatzquote beim Durchschnittsverdienst ab. (Die Medianverdienste belaufen sich auf 75%-90% der Durchschnittsverdienste, vgl. Indikator „Durchschnittsverdienste“.)

Die Frauen in Aussicht gestellten Bruttoersatzquoten weichen (auf Grund eines niedrigeren Rentenanspruchsalters) in drei

Ländern – in Italien, Polen und der Schweiz – von denen der Männer ab. In Italien und Polen sind diese Abweichungen erheblich, dort sind die Ersatzquoten für Frauen etwa ein Drittel geringer als für Männer. In Mexiko erhalten Frauen ebenfalls niedrigere Ersatzquoten als Männer, allerdings ist der Unterschied wesentlich geringer als in Polen und Italien. In der Schweiz schließlich sind die Ersatzquoten für Frauen etwas höher als für Männer, weil für Frauen in der obligatorischen betrieblichen Altersvorsorge in bestimmten Alterstranchen höhere Steigerungssätze vorgesehen sind als für Männer.

Definition und Messung

Mit der Ersatzquote der Altersrente wird gemessen, wie wirkungsvoll ein Rentensystem bei der Bereitstellung eines Ersatzes für den Verdienst ist, der vor Eintritt in den Ruhestand die Haupteinkommensquelle war. Die Ersatzquote wird häufig als Verhältnis zwischen der Höhe der gezahlten Rente und dem letzten Arbeitsentgelt (kurz vor der Verrentung) ausgedrückt. Beim hier verwendeten Index werden die Rentenbezüge jedoch im Verhältnis zum durchschnittlichen individuellen Lebensarbeitsentgelt (das anhand des gesamtwirtschaftlichen Verdienstwachstums aktualisiert wird) dargestellt. Gemäß den Basishypothesen dieses Berichts beziehen die einzelnen Arbeitskräfte während ihrer gesamten Laufbahn den gleichen Prozentsatz des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts. Unter dieser Annahme deckt sich das anhand des Durchschnittsverdiensts aktualisierte Lebensarbeitsentgelt mit dem individuellen letzten Verdienst. Bei Personen, die mit zunehmendem Alter in der Verdienstverteilung aufsteigen, ist das Arbeitsentgelt kurz vor Eintritt in den Ruhestand höher als im Durchschnitt ihrer Erwerbslaufbahn, weshalb die Ersatzquoten bei Berechnung im Verhältnis zum zuletzt bezogenen individuellen Arbeitsentgelt niedriger ausfallen würden.

Die Bruttoersatzquote ist definiert als der Bruttorentenanspruch, dividiert durch das Bruttoarbeitsentgelt vor dem Renteneintritt. Sie wird hier für den Medianverdienst sowie für das 0,5-, 0,75-, 1-, 1,5- und 2-Fache des Durchschnittsverdiensts gezeigt, wobei das neu definierte OECD-Konzept des „Durchschnittsarbeiters“ zu Grunde gelegt wird. (Vgl. Indikator „Durchschnittsverdienste“.)

Bruttoersatzquoten nach Verdienstniveau

	Median- verdienst	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts						Median- verdienst	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts				
		0.5	0.75	1	1.5	2			0.5	0.75	1	1.5	2
Männer							Männer (Forts.)						
Australien	45.7	67.0	50.0	41.6	33.1	28.9	Polen	61.2	61.2	61.2	61.2	61.2	61.2
Belgien	42.4	58.1	43.1	42.0	32.5	24.3	Portugal	54.1	63.0	54.3	53.9	53.1	52.4
Dänemark	88.0	124.0	94.9	80.3	67.5	63.7	Schweden	61.5	76.6	64.6	61.5	75.6	81.3
Deutschland	43.0	43.0	43.0	43.0	42.6	32.0	Schweiz	62.0	62.5	62.1	58.3	40.5	30.4
Finnland	56.2	66.5	56.2	56.2	56.2	56.2	Slowak. Rep.	56.4	56.4	56.4	56.4	56.4	56.4
Frankreich	53.3	61.7	53.3	53.3	48.5	46.0	Spanien	81.2	81.2	81.2	81.2	81.2	66.7
Griechenland	95.7	95.7	95.7	95.7	95.7	95.7	Tschech. Rep.	54.9	79.2	59.6	49.7	36.4	29.0
Irland	39.8	68.4	45.6	34.2	22.8	17.1	Türkei	86.9	86.9	86.9	86.9	86.9	86.9
Island	91.7	108.3	93.0	90.2	87.5	86.1	Ungarn	76.9	76.9	76.9	76.9	76.9	76.9
Italien	67.9	67.9	67.9	67.9	67.9	67.9	Ver. Königreich	33.5	51.0	36.6	30.8	21.3	16.0
Japan	35.7	47.1	38.3	33.9	29.4	26.6	Ver. Staaten	40.8	50.3	42.6	38.7	34.1	28.8
Kanada	50.2	76.5	55.2	44.5	29.7	22.2							
Korea	45.1	64.1	49.4	42.1	33.6	25.2	OECD	60.8	72.2	62.7	59.0	54.3	50.0
Luxemburg	90.1	99.4	91.9	88.1	84.3	82.5							
Mexiko	36.9	55.3	37.6	36.1	34.5	33.7	Frauen						
Neuseeland	45.6	77.5	51.6	38.7	25.8	19.4	Italien	52.8	52.8	52.8	52.8	52.8	52.8
Niederlande	88.9	93.4	90.0	88.3	86.6	85.8	Mexiko	32.5	55.3	36.8	29.9	28.6	28.0
Norwegen	59.6	66.2	61.0	59.3	49.8	42.2	Polen	44.5	49.0	44.5	44.5	44.5	44.5
Österreich	80.1	80.1	80.1	80.1	76.4	57.3	Schweiz	62.6	62.8	62.6	59.0	41.0	30.7

Anmerkung: Die Werte für Frauen sind nur angegeben, wenn sie von denen für Männer abweichen.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

Bruttoersatzquoten nach Verdienstniveau

Anmerkung: Die Länder sind in der Abbildung nach der Bruttoersatzquote der Durchschnittsverdiener, d.h. der durchschnittlichen Bruttoersatzquote angeordnet.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651488213727>

Kernergebnisse

Private Rentenversicherungen spielen eine große, zunehmend wichtige Rolle in der Altersvorsorge. Dies machen Berechnungen der Bruttoersatzquoten deutlich, die nach öffentlichem und privatem Sektor aufgeschlüsselt sind. Die Bruttoersatzquote beläuft sich für einen Durchschnittsverdiener bei alleiniger Berücksichtigung der öffentlichen Rentenversicherung im OECD-Durchschnitt auf 46%, erhöht sich aber auf 59%, wenn obligatorische private Altersvorsorgesysteme einbezogen werden. Bei Hinzurechnung der freiwilligen privaten Altersvorsorge gemäß den üblichen Regeln beträgt die Bruttoersatzquote für einen Durchschnittsverdiener 68%.

Im Durchschnitt der 11 Länder, für die sich die Berechnungen nur auf die öffentliche Rentenversicherung beziehen, beläuft sich die Bruttoersatzquote auf 67%. In den 22 Ländern, für die Daten zur öffentlichen sowie zur privaten obligatorischen Altersvorsorge vorliegen, liegt die durchschnittliche Bruttoersatzquote beim Durchschnittsverdienst bei 66%. Und im Durchschnitt aller dreißig OECD-Länder beträgt die Ersatzquote bei Berücksichtigung der öffentlichen Rentenversicherung sowie der obligatorischen und freiwilligen privaten Altersvorsorge wiederum 67%.

Daran zeigt sich, dass es zu einer Substitution zwischen verschiedenen Formen der Altersvorsorge kommt. In Australien, Dänemark und Island ist die öffentliche Rentenversicherung stark auf sozial Schwache ausgerichtet, so dass die sehr geringen Ersatzquoten für Durchschnitts- und Spitzenverdiener im öffentlichen System durch obligatorische private Altersvorsorgepläne aufgestockt werden. In Mexiko, Polen, Schweden, der Slowakischen Republik und Ungarn erfolgte eine direkte Substitution: Im Rahmen von Reformen wurde ein Teil der öffentlichen Altersvorsorge durch obligatorische private Systeme ersetzt. In Kanada, Irland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten ist das Niveau der öffentlichen Renten seit langem relativ niedrig, weshalb weite Bevölkerungskreise freiwillige private Altersvorsorgepläne abgeschlossen haben.

Obligatorische private Altersvorsorge

In der ersten Ländergruppe, die elf Länder umfasst, ist eine obligatorische private Altersvorsorge vorgesehen bzw. fast die gesamte Bevölkerung über private Altersvorsorgesysteme abgesichert, so dass von einer „quasi-obligatorischen“ privaten Alterssicherung gesprochen werden kann (Dänemark, Niederlande und Schweden).

In Island, den Niederlanden und der Schweiz handelt es sich bei der privaten Altersvorsorge um Systeme mit Leistungsprimat (*defined benefit*), wohingegen in anderen Ländern das Beitragsprimat (*defined contribution*) üblich ist. Die Ersatzquoten der obligatorischen privaten Altersvorsorge bewegen sich in sieben der elf Länder für Durchschnittsverdiener zwischen 23% und 33%. In Dänemark, Island und den Niederlanden liegen sie jedoch deutlich darüber, während sie in Norwegen wesentlich niedriger sind.

In fünf Ländern sind die Ersatzquoten zwischen 50% und 150% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts identisch. In einigen Ländern ist die private Altersvorsorge jedoch auf die Absicherung des Teils des Verdiensts ausgerichtet, der über die Beitragsbemessungsgrenze der öffentlichen Rentenversicherung hinausgeht. Aus diesem Grund steigen die Ersatzquoten der privaten Rentenversicherung in den Niederlanden und Norwegen

über die gesamte Verteilung mit zunehmendem Verdienst. Und dies erklärt auch, warum die Ersatzquoten für Personen, die 150% des Durchschnittsverdiensts beziehen, in Schweden wesentlich höher sind.

In der Schweiz ist das Verteilungsschema komplex. Auch hier ist die Ersatzquote für Geringverdiener niedriger, weil den Leistungen aus der öffentlichen Rentenversicherung Rechnung getragen wird. Die Obergrenze für den Anteil des Verdiensts, der über die betriebliche Altersvorsorge versichert werden muss, ist jedoch relativ niedrig angesetzt.

Freiwillige private Altersvorsorge

Die Ersatzquoten der freiwilligen privaten Altersvorsorge sind für die neun Länder dargestellt, in denen solche Systeme weitverbreitet sind, d.h. sich auf 40-65% der Erwerbsbevölkerung erstrecken (vgl. Indikator „Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorge“). Japan ist das einzige andere Land, in dem ein vergleichbarer Anteil der Erwerbsbevölkerung über freiwillige private Systeme abgesichert ist, dort liegen aber keine den üblichen Regeln entsprechende Informationen vor. Für Arbeitskräfte mit freiwilliger privater Alterssicherung wird unterstellt, dass sie während ihrer gesamten beruflichen Laufbahn in diese Systeme einzahlen. (Daten zu kürzeren Beitragsbiografien und deren Konsequenzen werden im Sonderkapitel „Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge“ untersucht.)

Die im Modell dargestellten Regeln sind den „Länderprofilen“ in Teil III zu entnehmen. Für fünf Länder wurde ein System mit Beitragsprimat modelliert. Für vier Länder – Irland, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – wurden die Ersatzquoten für Altersvorsorgepläne mit Beitrags- und mit Leistungsprimat errechnet. Die Informationen zu den Systemen mit Leistungsprimat dienen hauptsächlich Illustrationszwecken, da es unwahrscheinlich ist, dass einer 2006 im privaten Sektor in den Arbeitsmarkt eintretenden Kraft Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat angeboten werden (vgl. Kasten 1.1 im Sonderkapitel „Rentensysteme in der Finanz- und Wirtschaftskrise“).

In Systemen mit Beitragsprimat ist die Ersatzquote im Verhältnis zum Verdienst im Allgemeinen konstant. (Für die meisten Länder liegen keine nach Höhe des Verdiensts aufgeschlüsselten Daten zu den tatsächlichen Beitragssätzen vor, so dass ein durchschnittlicher bzw. Regelsatz für das gesamte Verdienstspektrum unterstellt wird.) Belgien und Deutschland bilden Ausnahmen, weil dort Obergrenzen für den Teil des versicherten Verdiensts gelten, bei dem Anspruch auf Steuervergünstigungen besteht. In Norwegen steigen die Ersatzquoten wie im obligatorischen privaten System mit zunehmendem Verdienst, weil die private Altersvorsorge einen Ausgleich für einen Teil der im öffentlichen System erfolgenden Umverteilung schaffen soll.

II. BRUTTOERSATZQUOTEN: ÖFFENTLICHE UND PRIVATE SYSTEME

Bruttoersatzquoten in der öffentlichen, der privaten obligatorischen und der privaten freiwilligen Rentenversicherung

In Prozent des individuellen Arbeitsentgelts

	Öffentlich			Privat obligatorisch			Freiwillig DC			Freiwillig DB			Gesetzlich insgesamt			Insgesamt einschl. freiwillig		
	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5	0.5	1	1.5
Australien	40.1	14.6	6.2	26.9	26.9	26.9							67.0	41.6	33.1			
Belgien	58.1	42.0	32.5				16.6	16.6	13.0				58.1	42.0	32.5	74.7	58.7	45.4
Dänemark	61.5	22.9	11.7	62.5	57.4	55.8							124.0	80.3	67.5			
Deutschland	43.0	43.0	42.6				18.3	18.3	18.1				43.0	43.0	42.6	61.3	61.3	60.8
Finnland	66.5	56.2	56.2										66.5	56.2	56.2			
Frankreich	61.7	53.3	48.5										61.7	53.3	48.5			
Griechenland	95.7	95.7	95.7										95.7	95.7	95.7			
Irland	68.4	34.2	22.8				40.8	40.8	40.8	0.0	15.7	27.1	68.4	34.2	22.8	109.2	75.0	63.6
Island	26.4	8.3	5.5	81.9	81.9	81.9							108.3	90.2	87.5			
Italien	67.9	67.9	67.9										67.9	67.9	67.9			
Japan	47.1	33.9	29.4										47.1	33.9	29.4			
Kanada	76.5	44.5	29.7				33.2	33.2	33.2	26.4	26.4	30.8	76.5	44.5	29.7	93.2	72.6	59.4
Korea	64.1	42.1	33.6										64.1	42.1	33.6			
Luxemburg	99.4	88.1	84.3										99.4	88.1	84.3			
Mexiko	23.8	4.6	3.1	31.4	31.4	31.4							55.3	36.1	34.5			
Neuseeland	77.5	38.7	25.8				15.9	15.9	15.9				77.5	38.7	25.8	93.3	54.6	41.7
Niederlande	60.5	30.2	20.2	32.9	58.1	66.5							93.4	88.3	86.6			
Norwegen	60.1	51.9	41.9	6.0	7.4	7.9	9.1	12.8	18.1				66.2	59.3	49.8	75.2	72.1	67.9
Österreich	80.1	80.1	76.4										80.1	80.1	76.4			
Polen	30.0	30.0	30.0	31.3	31.3	31.3							61.2	61.2	61.2			
Portugal	63.0	53.9	53.1										63.0	53.9	53.1			
Schweden	52.9	37.8	27.9	23.7	23.7	47.7							76.6	61.5	75.6			
Schweiz	52.4	35.6	23.8	10.1	22.7	16.7							62.5	58.3	40.5			
Slowak. Rep.	24.0	24.0	24.0	32.4	32.4	32.4							56.4	56.4	56.4			
Spanien	81.2	81.2	81.2										81.2	81.2	81.2			
Tschech. Rep.	79.2	49.7	36.4				11.6	11.6	11.6				79.2	49.2	36.4	90.8	61.3	48.0
Türkei	86.9	86.9	86.9										86.9	86.9	86.9			
Ungarn	50.7	50.7	50.7	26.2	26.2	26.2							76.9	76.9	76.9			
Ver. Königreich	51.0	30.8	21.3				39.2	39.2	39.2	38.4	38.4	38.4	51.0	30.8	21.3	89.3	70.0	60.6
Ver. Staaten	50.3	38.7	34.1				40.1	40.1	40.1	30.6	30.6	30.6	50.3	38.7	34.1	90.4	78.8	74.2
OECD	60.0	45.7	40.1										72.2	59.0	54.3	81.1	68.4	63.6

DB = Leistungsprimat (*defined benefit*) ; DC = Beitragsprimat (*defined contribution*).

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651514008102>

Kernergebnisse

Für Durchschnittsverdiener liegt die Nettoersatzquote im OECD-Durchschnitt bei rd. 70% und damit 11 Prozentpunkte über der Bruttoersatzquote. Zurückzuführen ist dies darauf, dass auf die während der Erwerbstätigkeit bezogenen Arbeitsentgelte höhere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten sind als auf die Rentenbezüge. Auch die Nettoersatzquoten variieren stark, wobei das Spektrum für Durchschnittsverdiener von weniger als 40% in Mexiko und Japan bis zu deutlich über 100% in Griechenland und der Türkei reicht.

Für Geringverdiener (Hälfte des Durchschnittsverdiensts) beträgt die Nettoersatzquote im OECD-Durchschnitt 82%. Für Spitzenverdiener (150% des Durchschnittsverdiensts) beläuft sie sich auf 65%, womit sie niedriger ist als für Geringverdiener. Wie im Fall der Bruttoersatzquoten erklären sich die im Verhältnis zum Verdienst festzustellenden Unterschiede aus der Progressivität der Rentensysteme, die u.a. in Mindestleistungen und Beitragsbemessungsgrenzen zum Ausdruck kommt.

Einkommensteuersysteme spielen eine wichtige Rolle bei der Einkommensstützung im Alter. Rentner sind häufig von Sozialabgaben befreit, und da die Einkommensteuer progressiv ist und die Rentenbezüge im Allgemeinen geringer sind als das Arbeits-einkommen vor Renteneintritt, liegt der durchschnittliche Steuersatz auf Renteneinkommen in der Regel unter dem Satz, der auf Arbeitseinkommen zu entrichten ist. Zudem sehen die meisten Einkommensteuersysteme eine günstigere Behandlung der Renteneinkommen bzw. der Rentner vor, denen zusätzliche Steuerfreibeträge oder Steuergutschriften gewährt werden. Die Nettoersatzquoten sind daher gewöhnlich höher als die Bruttoersatzquoten.

Die Struktur der Ersatzquoten für Durchschnittsverdiener unterscheidet sich im Ländervergleich auf Nettobasis stärker als auf Bruttobasis. Im belgischen und im deutschen Rentensystem sind die Nettoersatzquoten deutlich höher als die Bruttoersatzquoten. Der erste Grund dafür ist die Vorzugsbehandlung von Renteneinkommen bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Der zweite Grund sind die im OECD-Vergleich relativ niedrigen Ersatzquoten und die stark progressiven Einkommensteuersysteme, die in Kombination miteinander zur Folge haben, dass in der Rente wesentlich weniger Einkommensteuern entrichtet werden als während der Erwerbstätigkeit. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die sehr großzügige steuerliche Behandlung von Renteneinkommen in Deutschland schrittweise aufgehoben wird.

In Neuseeland und Schweden sind die Ersatzquoten netto hingegen niedriger als brutto. Dies ist dadurch bedingt, dass die Steuersätze für Renten- und Arbeitseinkommen in diesen Länder sehr ähnlich sind (in Schweden wurden 2009 allerdings wieder Steuervergünstigungen für Rentner eingeführt, vgl. Sonderkapitel „Jüngste Rentenreformen“ in Teil I).

Für Geringverdiener sind die Auswirkungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen auf die Nettoersatzquoten schwächer als für Arbeitskräfte, die weiter oben auf der Verdienstsкала stehen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Geringverdiener in der Regel weniger Steuern und Abgaben zahlen als Durchschnittsverdiener. Ihre Renteneinkommen liegen vielfach unter dem Niveau, ab dem die üblichen Einkommensteuerentlastungen (Freibeträge, Steuergutschriften usw.) wirksam werden. Daher

können sie nicht in vollem Umfang von den zusätzlichen Erleichterungen profitieren, die im Einkommensteuersystem für Rentner bzw. Renteneinkommen vorgesehen sind.

Die Differenz zwischen der Brutto- und der Nettoersatzquote beträgt für Geringverdiener im Durchschnitt 10 Prozentpunkte. In Belgien und der Tschechischen Republik sind die Ersatzquoten für Geringverdiener auf Nettobasis wesentlich höher.

Für Personen, die 150% des Durchschnittsverdiensts beziehen, ist die Nettoersatzquote in der Türkei am höchsten, weil Renteneinkommen dort nicht versteuert werden müssen. Die niedrigsten Nettoersatzquoten sind erwartungsgemäß in Neuseeland und Irland anzutreffen, den Ländern mit Pauschalrentensystemen. In diesen beiden Ländern belaufen sich die Rentenansprüche von Arbeitskräften mit 150% des Durchschnittsverdiensts auf weniger als ein Drittel ihres Nettoarbeitsentgelts.

Bei der Differenz zwischen Netto- und Bruttoersatzquoten sind Unterschiede zwischen den Regionen festzustellen. In den EU15-Ländern liegen die Nettoersatzquoten für Bezieher des Medianverdiensts im Schnitt um 11 Prozentpunkte höher als die Bruttoersatzquoten. In Südeuropa beläuft sich diese Differenz auf 13 Prozentpunkte, in den nordischen Ländern nur auf 7 Prozentpunkte. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass Einkommensteuern in den nordischen Ländern eine wichtigere Rolle spielen als andernorts.

Definition und Messung

Die Nettoersatzquote ist definiert als der individuelle Rentenanspruch, dividiert durch das Nettoarbeitsentgelt vor dem Renteneintritt, unter Berücksichtigung der von Erwerbstätigen und Rentnern jeweils zu entrichtenden Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge. Im Übrigen decken sich Definition und Messung der Nettoersatzquote mit denen der Bruttoersatzquote (vgl. vorstehenden Indikator). Die Ergebnisse beziehen sich auch hier auf Arbeitskräfte mit vollständiger Erwerbsbiografie beim Medianverdienst sowie beim 0,5-, 0,75-, 1-, 1,5- und 2-Fachen des Durchschnittsverdiensts.

Nettoersatzquoten nach Verdienstniveau

Median- verdienst		Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts					Median- verdienst		Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts				
		0.5	0.75	1	1.5	2			0.5	0.75	1	1.5	2
Männer							Männer (Forts.)						
Australien	59.2	80.2	63.7	53.1	41.8	36.8	Polen	74.8	74.4	74.7	74.9	75.0	77.0
Belgien	65.3	78.7	69.0	63.7	51.7	41.2	Portugal	68.0	73.2	66.7	69.6	72.0	72.6
Dänemark	98.7	137.0	106.2	91.3	82.7	77.7	Schweden	64.1	79.3	67.4	64.1	81.2	85.9
Deutschland	61.5	59.2	61.1	61.3	60.3	44.4	Schweiz	69.5	68.8	79.4	64.5	44.3	33.4
Finnland	62.0	73.2	62.7	62.4	63.8	64.5	Slowak. Rep.	71.5	66.3	70.4	72.7	74.9	75.9
Frankreich	65.3	76.2	65.6	65.7	60.2	57.5	Spanien	84.2	82.1	84.1	84.7	85.3	72.2
Griechenland	110.4	113.6	110.1	110.8	106.7	104.2	Tschech. Rep.	69.8	95.3	74.7	64.1	49.4	41.1
Irland	45.6	68.4	50.1	40.1	30.3	24.4	Türkei	124.0	121.2	123.4	124.7	127.1	130.4
Island	96.5	110.1	97.7	95.1	92.1	90.6	Ungarn	95.4	94.3	95.4	105.5	99.2	99.2
Italien	74.8	74.8	74.8	74.8	77.1	78.7	Ver. Königreich	44.3	63.8	48.0	40.9	29.2	22.8
Japan	40.3	51.4	42.8	38.7	33.9	30.8	Ver. Staaten	47.1	57.9	49.2	44.8	39.5	33.3
Kanada	63.6	89.1	68.9	57.9	40.0	30.9							
Korea	49.2	68.8	53.5	46.6	38.7	29.6	OECD	71.8	82.4	74.0	70.3	65.5	60.8
Luxemburg	98.1	107.1	99.7	96.5	93.5	91.8							
Mexiko	38.0	56.0	38.1	38.0	39.6	39.7	Frauen						
Neuseeland	47.3	79.3	53.5	41.1	29.0	22.8	Italien	58.1	76.6	58.1	58.1	59.9	63.0
Niederlande	105.5	105.0	107.4	103.2	98.6	95.5	Mexiko	33.5	56.0	37.3	31.5	32.8	32.9
Norwegen	70.2	76.7	72.3	69.3	60.6	52.8	Polen	55.2	60.6	55.3	55.2	55.0	56.4
Österreich	90.3	90.5	90.3	90.3	86.3	64.8	Schweiz	70.2	69.1	67.3	65.3	44.9	33.8

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

Nettoersatzquoten nach Verdienstniveau

Anmerkung: Die Länder sind in der Abbildung nach der Nettoersatzquote der Durchschnittsverdiener, d.h. der durchschnittlichen Nettoersatzquote angeordnet.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651534227057>

Kernergebnisse

Das Rentenvermögen entspricht dem Gesamtwert der über die Lebenszeit bezogenen Rentenzahlungen. Das Rentenvermögen von Durchschnittsverdienern beläuft sich im OECD-Durchschnitt auf das 9,3-Fache des individuellen Jahresverdiensts. Bei Frauen ist dieser Durchschnittswert auf Grund ihrer längeren Lebenserwartung höher und entspricht dem 10,9-Fachen des individuellen Jahresverdiensts.

Die Ersatzquoten vermitteln einen Anhaltspunkt für den Umfang der Rentenversprechen, stellen aber keine umfassende Messgröße dar; sie geben nur Aufschluss über die Höhe der nach Renteneintritt bezogenen Leistungen. Um ein vollständigeres Bild zu zeichnen, müssen auch die Lebenserwartung, das Renteneintrittsalter und die Indexierung der Renten berücksichtigt werden. Zusammengefasst bestimmen diese Elemente, wie lange die Renten gezahlt werden müssen und wie sich deren Höhe im Zeitverlauf entwickelt. Mit dem Rentenvermögen – bei dem es sich um eine Messgröße des Gegenwartswerts der künftigen Rentenzahlungen handelt – können alle diese Aspekte einbezogen werden. Es kann daher einer Pauschalsumme gleichgesetzt werden, die notwendig wäre, um genau jene Rentenzahlungen zu erwerben, die in den einzelnen Ländern im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung versprochen werden.

Für Männer ist das Bruttorentenvermögen beim Durchschnittsverdienst in Luxemburg am höchsten (wo dies für alle Verdienstgruppen der Fall ist), gefolgt von den Niederlanden, Griechenland und Island. Das Rentenvermögen beläuft sich in diesen Ländern durchschnittlich auf das 15,9-Fache des individuellen Jahresverdiensts, womit es um rd. 70% höher ist als der OECD-Durchschnitt, der einem 9,3-Fachen entspricht. Am niedrigsten ist das Rentenvermögen von männlichen Durchschnittsverdienern im Vereinigten Königreich, weil die Ersatzquote dort relativ niedrig ist und das Rentenalter auf 68 Jahre angehoben wurde. Dicht auf das Vereinigte Königreich folgt Mexiko; in diesen beiden Ländern beträgt das Rentenvermögen weniger als das 5,0-Fache des individuellen Verdiensts.

Höhere Ersatzquoten für Geringverdiener haben zur Folge, dass deren Rentenvermögen im Verhältnis zum Verdienst höher ist als das von Durchschnittsverdienern. Für Männer, die die Hälfte des Durchschnittsverdiensts beziehen, entspricht das Rentenvermögen im Schnitt dem 11,4-Fachen des individuellen Verdiensts, im Vergleich zum 9,3-Fachen für Durchschnittsverdiener. Bei den Frauen stellt sich die Situation ähnlich dar: Das durchschnittliche Rentenvermögen von weiblichen Geringverdienern beläuft sich auf das 13,4-Fache des individuellen Verdiensts, gegenüber einem 10,9-Fachen für weibliche Durchschnittsverdiener. In den vier Ländern, in denen das Rentenvermögen von männlichen Geringverdienern am höchsten ist (in Dänemark, Island, Luxemburg und den Niederlanden), liegt es bei einem 17,0-Fachen des individuellen Verdiensts bzw. darüber.

In Ländern mit niedrigerer Lebenserwartung, wie Mexiko, Polen, der Slowakischen Republik, der Türkei und Ungarn, ist die Rentenbezugsdauer kürzer, so dass die Rentenversprechen bei sonst gleichen Bedingungen leichter finanzierbar sind. In der

Schweiz und den nordischen Ländern, wo die Lebenserwartung hoch ist, lässt sich ein umgekehrter Effekt beobachten. Im Gegensatz zu den Messgrößen der Ersatzquoten erfasst der Indikator Rentenvermögen den Zusammenhang zwischen der Finanzierbarkeit der Renten und der Lebenserwartung.

Da die Lebenserwartung der Frauen länger ist als die der Männer, ist ihr relatives Rentenvermögen in allen Ländern ebenfalls höher als das der Männer. Dies erklärt sich einfach daraus, dass sie ihre Rente voraussichtlich über einen längeren Zeitraum beziehen werden. Außerdem ist das Rentenalter der Frauen in einigen Ländern immer noch niedriger als das der Männer, wodurch sich ihre Rentenbezugsdauer zusätzlich verlängert.

Das Rentenvermögen ist auch vom Rentenalter abhängig. In Dänemark, Deutschland, Island, Norwegen, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten z.B. wurde das Rentenalter auf über 65 Jahre angehoben bzw. ist eine solche Anhebung geplant, womit sich das Rentenvermögen verringert.

Das Rentenvermögen wird auch durch die Regeln beeinflusst, die für die Indexierung der Renten gelten. In den meisten OECD-Ländern sind die Renten heute zwar an die Preisentwicklung gekoppelt, es gibt jedoch Ausnahmen: In Luxemburg sind die Renten z.B. an die Entwicklung des Durchschnittsverdiensts geknüpft, und in fünf anderen Ländern, Finnland, der Schweiz, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarn, sind sie an eine kombinierte Messgröße aus Preis- und Verdienstentwicklung gekoppelt. Im Normalfall zumindest ist das Verdienstwachstum höher als der Preisauftrieb, so dass das Rentenvermögen höher ist, wenn eine Anpassung der Rentenbezüge an die Verdienstentwicklung vorgesehen ist.

Unterschiedliche Indexierungsregeln wirken sich auch auf die Höhe des Rentenvermögens von Frauen im Verhältnis zu dem von Männern aus. Die längere Lebenserwartung der Frauen bedeutet, dass sie von günstigeren Indexierungssätzen (z.B. solchen, die über der Preisentwicklung liegen) stärker profitieren als Männer.

Definition und Messung

Die Berechnung des Rentenvermögens erfolgt anhand eines einheitlichen Abzinsungssatzes von 2% und länderspezifischen Sterbetafeln. Da sich die Vergleiche auf erwartete Rentenansprüche beziehen, werden bei den Berechnungen die Sterblichkeitsprojektionen für das Jahr 2040 zu Grunde gelegt.

Das Rentenvermögen wird gemessen und ausgedrückt als ein Vielfaches des individuellen Bruttojahresverdiensts. Es wird hier für Arbeitskräfte mit 0,5-, 1- und 1,5-fachem Durchschnittsverdienst gezeigt, und zwar separat für Männer und Frauen.

Bruttorentenvermögen nach Verdienstniveau

	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts						Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts						
	0.5 1.0 1.5			0.5 1.0 1.5			0.5 1.0 1.5			0.5 1.0 1.5			
	Männer			Frauen			Männer			Frauen			
Australien	11.7	6.9	5.3	13.7	8.1	6.2	Niederlande	17.2	16.3	16.0	20.1	19.1	18.7
Belgien	8.9	6.4	5.0	10.3	7.5	5.8	Norwegen	11.4	10.2	8.5	13.4	11.9	9.9
Dänemark	18.5	11.6	9.6	21.3	13.3	11.0	Österreich	12.2	11.6	10.5	14.2	13.5	12.1
Deutschland	7.2	7.2	7.1	8.5	8.5	8.4	Polen	8.4	8.4	8.4	9.5	8.6	8.6
Finnland	10.4	8.8	8.8	12.3	10.5	10.5	Portugal	9.2	8.1	8.0	10.7	9.5	9.3
Frankreich	10.8	9.3	8.5	12.5	10.8	9.8	Schweden	12.2	9.9	12.0	14.0	11.3	13.7
Griechenland	14.3	14.3	14.3	16.6	16.6	16.6	Schweiz	10.7	9.8	6.8	13.1	12.0	8.3
Irland	12.1	6.1	4.0	14.5	7.2	4.8	Slowak. Rep.	8.8	8.8	8.8	10.6	10.6	10.6
Island	17.0	13.7	13.2	19.1	15.4	14.8	Spanien	12.2	12.2	12.2	14.3	14.3	14.3
Italien	10.0	10.0	9.9	10.7	10.7	10.7	Tschech. Rep.	12.1	7.6	5.6	14.3	9.0	6.6
Japan	7.8	5.6	4.9	8.8	6.3	5.5	Türkei	11.0	11.0	11.0	12.9	12.9	12.9
Kanada	11.7	6.8	4.5	13.6	7.9	5.3	Ungarn	12.4	12.4	12.4	15.4	15.4	15.4
Korea	8.9	5.9	4.7	10.7	7.0	5.6	Ver. Königreich	6.8	4.1	2.9	7.8	4.7	3.3
Luxemburg	21.7	19.2	18.4	26.5	23.5	22.5	Ver. Staaten	7.2	5.5	4.9	8.3	6.4	5.7
Mexiko	7.3	4.8	4.6	8.9	4.8	4.6							
Neuseeland	14.3	7.2	4.8	16.8	8.4	5.6	OECD	11.5	9.3	8.5	13.4	10.9	9.9

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

Bruttorentenvermögen nach Verdienstniveau und Geschlecht

Anmerkung: Die Länder sind nach der Höhe des Bruttorentenvermögens von männlichen Geringverdienern angeordnet.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651560047608>

Kernergebnisse

Das Nettorentenvermögen entspricht ebenso wie sein Pendant auf Bruttobasis dem Gegenwartswert der über die Lebenszeit bezogenen Rentenzahlungen, wobei aber auch die auf das Renteneinkommen zu entrichtenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt sind. Beide Messgrößen des Rentenvermögens werden als Vielfaches des individuellen Bruttojahresverdiensts ausgedrückt.

Für Durchschnittsverdiener beläuft sich das Nettorentenvermögen im Durchschnitt der OECD-Länder für Männer auf das 7,9-Fache und für Frauen auf das 9,2-Fache des individuellen Verdiensts. Die höheren Werte für Frauen erklären sich hauptsächlich aus Unterschieden bei der Lebenserwartung.

Das auf der linken Seite der Tabelle angegebene Nettorentenvermögen ist grundsätzlich niedriger als das Bruttorentenvermögen (falls in der Rente Steuern gezahlt werden müssen) oder gleich hoch (falls die Renteneinkommen steuerbefreit sind oder unter der Steuergrenze liegen). In der Slowakischen Republik und der Türkei ist das Rentenvermögen brutto und netto z.B. identisch, weil Renteneinkommen dort nicht steuerpflichtig sind.

Den Spalten auf der rechten Seite der Tabelle kann der Anteil der Rentenbezüge entnommen werden, den die Rentner je nach der Höhe des Verdiensts, den sie während ihrer Erwerbstätigkeit erhalten haben, in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen abführen müssen. Für Durchschnittsverdiener, denen nur Renten aus der gesetzlichen Versicherung zustehen, dürfte in Irland, Mexiko, Portugal, der Tschechischen Republik und den Vereinigten Staaten keine Steuerpflicht bestehen, da die Ersatzquoten aus dem obligatorischen System dort im Vergleich zu anderen OECD-Ländern niedrig sind. Die von Arbeitskräften mit Durchschnittsverdienst akkumulierten Rentenansprüche sind daher nicht hoch genug, um angesichts der geltenden Grundfreibeträge bei der Einkommensteuer sowie der Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen in der Rente eine Steuerpflicht entstehen zu lassen. Für Spitzenverdiener (150% des Durchschnittsverdiensts) ist die Situation in allen diesen Ländern ähnlich, außer in Portugal, wo sie auf ihr Renteneinkommen nur 2,2% Steuern und Abgaben entrichten müssen, so dass ihr Nettorentenvermögen geringfügig unter ihrem Bruttorentenvermögen liegt.

Die Rangfolge der Länder nach der Höhe des Rentenvermögens ändert sich deutlich, wenn der Netto- anstatt des Bruttowerts zu Grunde gelegt wird. Die Slowakische Republik steht nach dem Nettorentenvermögen von Durchschnittsverdienern z.B. an achter Stelle, während sie nach der Höhe des entsprechenden Bruttowerts erst an 15. Stelle erscheint. In Dänemark ist die Situation umgekehrt, weil die Steuersätze auf die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung dort für Angehörige aller Verdienstklassen am höchsten sind. Dänemark steht nach der Höhe des Bruttorentenvermögens an siebter Stelle, sinkt bei Betrachtung des Nettowerts aber auf Platz 14 ab.

In den fünf nordischen Ländern sowie in Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich sehen sich Rentner mit einer erheblichen Steuerbelastung konfrontiert. Dies erklärt sich teilweise aus der Höhe der Bruttoersatzquoten in der gesetzlichen Rentenversicherung, ist aber auch auf ein generell hohes Steuerebeneau in diesen Ländern zurückzuführen.

In zehn Ländern dürften Geringverdiener in der Rente nicht steuer- bzw. sozialversicherungspflichtig sein: In Australien, Belgien und Kanada sowie in den sieben Ländern, in denen auch keine Steuerpflicht für die Renten von Durchschnittsverdienern besteht. In weiteren vier Ländern – Griechenland, Korea, Ungarn und dem Vereinigten Königreich – dürfte die Steuerschuld von Geringverdienern in der Rente mit weniger als 1% der Rentenbezüge sehr niedrig sein.

Es gilt darauf hinzuweisen, dass sich diese Berechnungen nur auf die Leistungskomponente des Rentensystems beziehen. Der Effekt der von Personen im Erwerbsalter zu entrichtenden Steuern und Abgaben auf den Lebensstandard in der Rente im Vergleich zum Lebensstandard in der Erwerbstätigkeit wird im Vorstehenden unter dem Indikator „Nettoersatzquoten“ untersucht.

Definition und Messung

Das Nettorentenvermögen ist der Gegenwartswert der regelmäßigen Rentenzahlungen unter Berücksichtigung der von Rentenempfängern auf ihre Rentenbezüge zu entrichtenden Steuern und Sozialabgaben. Es wird gemessen und ausgedrückt als ein Vielfaches des individuellen Bruttojahresverdiensts im betreffenden Land. Der Bruttoverdienst wird als Vergleichsmaßstab benutzt, um die Effekte der im Ruhestand abgeführten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge von denen der Steuern und Abgaben zu trennen, die während des Erwerbslebens gezahlt werden. Aus dieser Definition ergibt sich, dass Netto- und Bruttorentenvermögen identisch sind, wenn auf die Renteneinkommen keine Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen.

Die von Rentnern zu entrichtenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge werden in Abhängigkeit von den Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung berechnet, auf die je nach Verdienstniveau Anspruch besteht. In diesen Berechnungen sind alle Grundfreibeträge und regulären Steuererleichterungen sowie -vergünstigungen berücksichtigt, die für Renteneinkommen bzw. Personen im Rentenalter vorgesehen sind. Einzelheiten zu den Regelungen, die in den nationalen Steuersystemen für Rentner gelten, können den online veröffentlichten Länderprofilen unter www.oecd.org/els/social/pensions/PAG entnommen werden.

Das Nettorentenvermögen wird hier für Arbeitskräfte mit 0,5-, 1- und 1,5-fachem Durchschnittsverdienst angegeben.

Nettorentenvermögen und Steuer- und Abgabenbelastung von Rentnern

Individuelles Arbeitsentgelt	Nettorentenvermögen						Steuern und Sozialabgaben von Rentnern (in % ihrer Rente)		
	Als Vielfaches des individuellen Bruttojahresverdiensts								
	Männer			Frauen			0.5	1	1.5
0.5	1	1.5	0.5	1	1.5				
Australien	11.7	6.7	4.8	13.7	7.8	5.5	0.0	2.8	10.7
Belgien	8.9	5.7	4.1	10.3	6.6	4.8	0.0	12.0	16.5
Dänemark	12.7	7.8	6.1	14.6	8.9	7.0	31.5	33.2	36.3
Deutschland	6.6	5.8	5.3	7.8	6.8	6.3	8.4	19.6	25.2
Finnland	9.0	6.6	6.2	10.6	7.9	7.3	13.6	24.9	30.0
Frankreich	10.2	8.2	7.1	11.7	9.4	8.2	5.9	12.6	15.7
Griechenland	14.3	12.3	11.1	16.5	14.3	12.9	0.3	13.9	22.3
Irland	12.1	6.1	4.0	14.5	7.2	4.8	0.0	0.0	0.0
Island	13.9	10.2	9.3	15.6	11.4	10.5	18.2	25.6	29.1
Italien	7.6	7.6	7.5	10.7	8.1	8.1	24.1	24.1	24.1
Japan	7.1	5.2	4.4	7.9	5.8	4.9	9.7	8.0	10.7
Kanada	11.7	6.7	4.5	13.6	7.8	5.2	0.0	1.0	1.0
Korea	8.9	5.8	4.6	10.6	6.9	5.5	0.8	1.6	2.2
Luxemburg	19.2	15.2	13.3	23.5	18.5	16.3	11.3	21.1	27.5
Mexiko	7.3	4.8	4.6	8.9	4.8	4.6	0.0	0.0	0.0
Neuseeland	11.8	5.9	3.9	13.9	6.9	4.6	17.6	17.6	17.6
Niederlande	14.2	12.1	11.0	16.6	14.2	12.8	17.4	25.6	31.4
Norwegen	10.3	8.4	6.8	12.1	9.9	7.9	9.8	17.3	20.1
Österreich	10.9	8.8	7.4	12.6	10.1	8.5	11.1	24.7	29.7
Polen	7.2	7.0	6.9	8.3	7.2	7.1	14.1	17.0	18.0
Portugal	9.2	8.1	7.8	10.7	9.5	9.1	0.0	0.0	2.2
Schweden	9.3	7.1	8.0	10.6	8.1	9.1	23.8	27.9	33.3
Schweiz	10.4	7.9	5.5	12.7	9.6	6.7	2.6	19.6	19.2
Slowak. Rep.	8.8	8.8	8.8	10.6	10.6	10.6	0.0	0.0	0.0
Spanien	10.9	10.1	9.7	12.8	11.8	11.3	10.1	17.1	20.6
Tschech. Rep.	12.1	7.6	5.6	14.3	9.0	6.6	0.0	0.0	0.0
Türkei	11.0	11.0	11.0	12.9	12.9	12.9	0.0	0.0	0.0
Ungarn	12.4	11.0	9.5	15.3	13.6	11.7	0.2	11.2	23.8
Ver. Königreich	6.8	4.0	2.8	7.8	4.6	3.2	0.9	2.8	3.6
Ver. Staaten	7.2	5.5	4.9	8.3	6.4	5.7	0.0	0.0	0.0
OECD	10.5	7.9	6.9	12.3	9.2	8.0	7.7	12.7	15.7

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

Vergleich Bruttorentenvermögen/Nettorentenvermögen nach Geschlecht, Durchschnittsverdiener

Anmerkung: Auf beiden Ordinaten endet die Darstellung des Rentenvermögens bei einem 15-Fachen des individuellen Verdiensts, wodurch Luxemburg und die Niederlande in beiden Fällen und Griechenland, Irland und Ungarn bei den Frauen aus der Abbildung herausfallen.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651566282217>

Kernergebnisse

Der Index der Progressivität reicht von 100 in reinen Grundrentensystemen (Irland und Neuseeland) bis zu einem negativen Wert in Schweden, in dem sich ein insgesamt regressiv ausgestaltetes Renteneinkommenssystem ausdrückt. Im Durchschnitt der OECD-Länder beträgt der Index 31. In den angelsächsischen Ländern liegt der Indexdurchschnitt bei 80, was bedeutet, dass die Systeme dort stark progressiv sind. In den südeuropäischen Ländern beträgt der Index im Durchschnitt nur 6, was auf einen sehr starken Zusammenhang zwischen Verdienst und Rentenhöhe schließen lässt.

In reinen Grundrentensystemen beziehen alle Rentner unabhängig von ihrer Verdienstbiografie und ihren anderen Einkommensquellen die gleichen Leistungen. Der relative Rentenwert hängt nicht vom Arbeitsverdienst ab, und die Ersatzquote nimmt bei steigendem Verdienst ab. Reine Versicherungssysteme sollen demgegenüber allen Erwerbstätigen eine identische Ersatzquote sichern, wenn sie in Rente gehen. Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat entsprechen im Allgemeinen diesem reinen Versicherungsmodell, was auch für verdienstabhängige Systeme gilt, in denen der Steigerungssatz unabhängig vom Verdienst, von der Dauer der Erwerbstätigkeit und vom Alter stets identisch bleibt.

An diesen beiden Richtgrößen orientiert sich der „Index der Progressivität“, der für Ländervergleiche der Rentenformel verwendet wird. Dieser Index ist so aufgebaut, dass reine Grundrentensysteme einen Wert von 100 und reine Versicherungssysteme einen Wert von 0 erhalten. Im reinen Grundrentenmodell ist der größtmögliche Progressivitätsgrad erreicht; das reine Versicherungsmodell ist nicht progressiv, da die Ersatzquote konstant ist. Ein hoher Wert ist nicht zwangsläufig „besser“ als ein niedriger oder umgekehrt. Länder mit hohen Werten verfolgen nur andere Ziele als Länder mit niedrigen Werten.

In der ersten Spalte der Tabelle ist der Gini-Koeffizient des Bruttorentenniveaus angegeben. Der zweiten ist der Index der Progressivität der Rentenformel zu entnehmen. Abgesehen von den beiden Ländern mit einem Indexwert von 100 verfügen auch Australien, Kanada, die Tschechische Republik und das Vereinigte Königreich über stark progressive Rentensysteme, was an Indexwerten von nahe 70 oder darüber zu erkennen ist. In allen diesen Ländern spielen Sozial- und Grundrentensysteme eine wichtige Rolle.

Am anderen Ende des Spektrums stehen Finnland, Griechenland, Italien, die Niederlande, Polen, Portugal, die Slowakische Republik, die Türkei und Ungarn, wo die Rentensysteme fast ganz proportional sind und folglich nur eine begrenzte Progressivität aufweisen. Dort liegt der Indexwert unter 10. Zu dieser Gruppe gehören auch zwei Länder mit *Notional-Accounts*-Systemen, die so gestaltet wurden, dass ein enger Zusammenhang zwischen Beitrags- und Leistungshöhe besteht. Die übrigen Länder sind zwischen diesen beiden Gruppen angesiedelt. Schweden nimmt mit einem negativen Wert eine Sonderstellung ein. Diese Regressivität zeigt sich auch in der Abbildung zur Bruttoersatzquote im „Länderprofil“ in Teil III, aus der ersichtlich ist, dass sowohl

Gering- als auch Spitzenverdiener höhere Ersatzquoten erhalten als Durchschnittsverdiener.

In den beiden letzten Spalten wird untersucht, ob sich die Ungleichheit der Rentenansprüche aus der Ungleichheit in der Verdienstverteilung der Länder oder aus Unterschieden in der Rentenformel erklärt. In der Abbildung ist die Verdienstverteilung für ausgewählte Länder dargestellt. Der Index der Progressivität liegt für die 18 Länder, für die vergleichbare Daten verfügbar sind, effektiv nach beiden Messgrößen bei rd. 40.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass der Index der Progressivität der Rentenformel nur die gesetzlichen Komponenten des Rentensystems misst. In einigen Ländern ist die private betriebliche und individuelle Altersvorsorge stark ausgebaut. Würden diese Komponenten berücksichtigt, ergäbe sich ein breiteres Verteilungsspektrum der Renteneinkommen.

Definition und Messung

In den Renteneinkommenssystemen der OECD-Länder wird jeweils unterschiedliches Gewicht auf das Versicherungs- und das Umverteilungsprinzip gelegt. Der Progressivitätsindex ist so aufgebaut, dass reine Grundrentensysteme einen Wert von 100 und reine Versicherungssysteme einen Wert von 0 erhalten. Die Berechnung des Index beruht auf Gini-Koeffizienten, d.h. Standardmaßen der Ungleichheit. Formell entspricht der Index der Progressivität 100 minus den Gini-Koeffizienten der Rentenansprüche geteilt durch den Gini-Koeffizienten des Verdiensts, jeweils gewichtet mit der Verdienstverteilung. Diese Berechnungen wurden sowohl mit Daten aus den einzelnen Ländern (sofern verfügbar) als auch anhand der durchschnittlichen Verdienstverteilung der OECD-Länder durchgeführt.

Der Indikator gründet sich auf die Analyse von Musgrave und Thin (1948), auf die sich auch andere Autoren stützen (vgl. Biggs et al., 2009).

Weitere Informationen

Biggs, A.G., M. Sarney and C.R. Tamborini (2009), „A Progressivity Index for Social Security“, Issue Paper No. 2009-01, United States Social Security Administration, Washington DC.

Musgrave, R.A. and T. Thin (1948), „Income Tax Progression 1924-48“, *Journal of Political Economy*, Vol. 56, S. 498-514.

II. PROGRESSIVITÄT DER RENTENFORMELN

Gini-Koeffizienten für Rentenansprüche und Arbeitsverdienste

OECD-Durchschnitt und nationale Einkommensverteilungsdaten

	Einkommensverteilung OECD-Durchschnitt		Nationale Einkommensverteilung		
	Gini, Rentenansprüche	Progressivitätsindex	Gini, Rentenansprüche	Progressivitätsindex	Gini, Lohn
Australien	8.1	70.3	8.1	70.1	27.2
Belgien	11.8	56.7	10.2	52.6	21.6
Dänemark	12.8	53.1			
Deutschland	20.6	24.2	19.8	24.7	26.3
Finnland	24.9	8.5	22.6	5.9	24.0
Frankreich	21.9	19.5			
Griechenland	26.1	4.3			
Irland	0.0	100.0	0.0	100.0	29.6
Island	22.5	17.2			
Italien	26.8	1.6	23.3	1.8	23.7
Japan	14.6	46.5	14.3	46.0	26.4
Kanada	3.3	87.7			
Korea	9.3	65.8	10.2	65.5	29.6
Luxemburg	22.5	17.3			
Mexiko	18.5	31.9			
Neuseeland	0.0	100.0	0.0	100.0	27.7
Niederlande	25.7	5.8	24.3	5.7	25.7
Norwegen	16.8	38.4	13.6	38.1	22.0
Österreich	18.7	31.2			
Polen	26.3	3.4	29.2	4.1	30.5
Portugal	26.2	3.8			
Schweden	29.6	-8.8	26.4	-14.4	23.1
Schweiz	12.7	53.4			
Slowak. Rep.	27.0	0.9			
Spanien	22.4	17.9	25.7	17.1	31.1
Tschech. Rep.	8.5	69.0	8.8	65.5	25.5
Türkei	26.5	2.8			
Ungarn	27.2	0.0	33.6	0.0	33.6
Ver. Königreich	5.1	81.3	5.1	82.4	28.9
Ver. Staaten	16.1	40.8	16.1	50.8	32.7
OECD-Durchschnitt	17.8	34.8			
OECD18	16.3	40.1	16.2	39.8	27.2

Anmerkung: Bei den 18 OECD-Ländern handelt es sich um die Länder, für die nationale Daten zur Einkommensverteilung verfügbar sind.

Quelle: OECD-Rentenmodelle; OECD Earnings Distribution Database.

Einkommensverteilung: OECD-Durchschnitt und ausgewählte Länder

Quelle: OECD Earnings Distribution Database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651571250203>

Kernergebnisse

In einigen Ländern, wie in Italien, der Slowakischen Republik und Ungarn, ist ein sehr starker Zusammenhang zwischen der Höhe der Rentenansprüche und dem Verdienst vor Renteneintritt festzustellen. In Pauschalrentensystemen, wie sie in Irland und Neuseeland vorgesehen sind, besteht hingegen keine Verknüpfung zwischen Rentenhöhe und Verdienst.

In der Abbildung wird das relative Rentenniveau in den einzelnen OECD-Ländern auf der vertikalen Achse den individuellen Arbeitsverdiensten vor der Verrentung auf der horizontalen Achse gegenübergestellt. Die Einteilung der Länder in Gruppen richtet sich nach der Stärke der Verknüpfung zwischen der Höhe der Rentenansprüche und dem individuellen Arbeitsverdienst vor Renteneintritt. Diese Einteilung basiert auf der Verteilung der Rentenbezüge im Verhältnis zur Verdienstverteilung entsprechend dem vorstehenden Indikator „Progressivität der Rentenformel“.

In der ersten (Teil A) der je fünf Länder zählenden Gruppen besteht nur ein schwacher bzw. kein Zusammenhang zwischen den Rentenansprüchen und dem Verdienst vor der Verrentung. Außer in den beiden Ländern mit Pauschalrentensystemen, Irland und Neuseeland, variiert das relative Rentenniveau auch in Kanada nur geringfügig: Es schwankt zwischen 38% für Geringverdiener und 44% für Personen mit Durchschnittsverdienst und darüber. Kanada verfügt zwar über ein verdienstabhängiges Rentensystem, dessen Zielsatzquote ist jedoch sehr niedrig, wobei die Beitragsbemessungsgrenze beim gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienst angesetzt ist und eine bedürftigkeitsabhängige Leistung vorgesehen ist, die mit zunehmender Höhe der Leistungen aus dem verdienstabhängigen System entzogen wird. Im Vereinigten Königreich basiert das verdienstabhängige System auf einer stark progressiven Rentenformel und gibt es zudem ein Grundrentensystem. In Australien ergibt sich die relativ flache Kurve vor allem aus der bedürftigkeitsabhängigen öffentlichen Rentenversicherung. Außerdem gilt im System mit Beitragsprimat eine Obergrenze für den vom Arbeitgeber zu versichernden Verdienst.

Am anderen Ende des Spektrums liegen fünf Länder, in denen ein sehr starker Zusammenhang zwischen der Höhe der Rentenansprüche und dem Verdienst vor der Verrentung festzustellen ist (Teil F). In den Niederlanden gibt es keine Beitragsbemessungsgrenze in der quasi-obligatorischen betrieblichen Altersvorsorge. In der Slowakischen Republik und in Italien liegt die Beitragsbemessungsgrenze bei einem Dreifachen des Durchschnittsverdiensts bzw. noch darüber. In diesen Ländern steigt das relative Rentenniveau bei wachsendem Verdienst linear über fast das gesamte hier dargestellte Verdienstspektrum.

In den fünf Ländern in Teil E ist die Verknüpfung zwischen dem individuellen Arbeitsverdienst vor Renteneintritt und der Rentenhöhe geringer als in den Ländern von Teil F. Eine Erklärung hierfür ist, dass es in Luxemburg und Schweden nach

dem Umverteilungsprinzip aufgebaute Programme gibt, die auf ein relativ hohes Mindestrenteneinkommen von 38% des Durchschnittsverdiensts abzielen.

Die übrige Hälfte der OECD-Länder ist im Zwischenfeld angesiedelt (d.h. zwischen den Ländern mit einer geringen oder gar keiner Verknüpfung zwischen individuellem Arbeitsverdienst und Rentenniveau und jenen mit einer starken bzw. sehr starken Verknüpfung). In den zehn Ländern in Teil B und C ist der Zusammenhang zwischen Rentenniveau und Verdienst vor der Verrentung stärker als in der ersten Gruppe, ihre Rentenformeln sind jedoch wesentlich progressiver ausgelegt als die der fünf in Teil F dargestellten Länder. In Norwegen, der Tschechischen Republik und den Vereinigten Staaten ist diese Umverteilung zu Gunsten von Geringverdienern in erster Linie die Folge einer progressiven Rentenformel, die bei einkommensschwächeren Arbeitnehmern einen höheren Anteil des Arbeitsverdiensts vor Renteneintritt ersetzt als bei Personen mit durchschnittlichem und höherem Einkommen. In Island wird dies mit Hilfe von Sozialrentenprogrammen erreicht. Dänemark hat bedeutende Grundrenten- und Sozialrentensysteme.

In Teil D sind fünf Länder aufgeführt, die in Bezug auf die Verknüpfungen zwischen Rentenansprüchen und Arbeitsverdienst vor dem Renteneintritt im Mittelfeld der OECD-Länder liegen. Frankreich und Portugal haben Umverteilungsprogramme – Mindestrenten und Sozialrenten – im niedrigeren Einkommensbereich und starke Verknüpfungen zwischen Verdienst und Renten auf höherem Einkommensniveau.

Definition und Messung

Die Stärke der Verknüpfung zwischen den Rentenansprüchen und dem individuellen Arbeitsverdienst wird anhand des relativen Rentenniveaus gemessen, d.h. der individuellen Bruttorente dividiert durch den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienst (anstelle des individuellen Arbeitsverdiensts wie bei den Ersatzquoten). Sie ist am besten als ein Indikator der *Angemessenheit* der Renten zu verstehen, da sie die Höhe der von einem Rentner bezogenen Altersrente im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitsverdienst im jeweiligen Land angibt. Das relative Rentenniveau veranschaulicht den Zusammenhang zwischen individuellem Arbeitsentgelt vor Renteneintritt und Rentenniveau, wobei Daten für Personen mit der Hälfte bis zum Doppelten des Durchschnittsverdiensts herangezogen werden.

Verknüpfung zwischen Rentenniveau und individuellem Arbeitsverdienst vor Renteneintritt

Bruttorentenanspruch im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienst

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651411374141>

Kernergebnisse

Die bislang vorgestellten Indikatoren befassten sich mit den Ersatzquoten, dem relativen Rentenniveau und dem Rentenvermögen von Personen, die sich an verschiedenen Punkten des Verdienstspektrums befinden. Ausgehend von einem gewichteten Durchschnitt dieser Indikatoren über das Verdienstspektrum geben die in diesem Abschnitt behandelten Messgrößen Aufschluss über das durchschnittliche Rentenniveau bei Renteneintritt sowie das durchschnittliche Rentenvermögen. Die erste der beiden Größen dient zur Messung des durchschnittlichen Renteneinkommens unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Behandlung von Arbeitskräften mit unterschiedlichem Einkommen. Mit der zweiten sollen die Gesamtkosten der Bereitstellung von Alters-einkommen gemessen werden.

Das gewichtete durchschnittliche Rentenniveau beläuft sich auf 57,6% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts im OECD-Raum. Das gewichtete durchschnittliche Rentenvermögen entspricht für Männer im Schnitt dem 9,8-Fachen und für Frauen dem 11,4-Fachen des Durchschnittsverdiensts.

Die Messgröße des gewichteten durchschnittlichen relativen Rentenniveaus verbindet Daten zur Verdienstverteilung mit Berechnungen der Rentenansprüche. Der Durchschnitt des relativen Rentenniveaus wird anhand der individuellen Arbeitsverdienste über das gesamte Spektrum der Verdienstverteilung berechnet, wobei Gewichtungen verwendet werden, die der Tatsache Rechnung tragen, dass die Zahl der Personen, die weniger als den Durchschnittsverdienst verdienen, wesentlich größer ist als die derjenigen, die mehr verdienen. Das gewichtete durchschnittliche Rentenniveau wird in Prozent des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts ausgedrückt. Die Ergebnisse sind in der ersten und zweiten Spalte für Männer und Frauen jeweils gesondert angegeben.

Am oberen Ende des Spektrums, in Griechenland und Island, dicht gefolgt von den Niederlanden und Luxemburg, beträgt das gewichtete durchschnittliche Rentenniveau mehr als 86% des Durchschnittsverdiensts. In fünf weiteren Ländern – Dänemark, Spanien, Österreich, Ungarn und Schweden – liegt das gewichtete durchschnittliche Rentenniveau bei über 70% des Durchschnittsverdiensts. Am anderen Ende des Spektrums beläuft sich das gewichtete durchschnittliche Rentenniveau in sieben OECD-Ländern (Neuseeland, Belgien, Mexiko, Vereinigte Staaten, Irland, Japan und Vereinigtes Königreich) auf weniger als 40% des Durchschnittsverdiensts.

Das gleiche Gewichtungungsverfahren kann auch auf die Messgröße des Rentenvermögens angewandt werden, bei dem es sich um das umfassendste Maß des Umfangs der Rentenversprechen handelt, die den Arbeitskräften heute gemacht werden (dritte und vierte Spalte der Tabelle). Der OECD-Durchschnitt liegt bei 407 000 US-\$ für Männer und 476 000 US-\$ für Frauen (fünfte und sechste Spalte der Tabelle).

Werte weit über dem OECD-Durchschnitt des gewichteten durchschnittlichen Rentenvermögens, d.h. von einem 13,6- bis 16,5-Fachen des Durchschnittsverdiensts für Männer und einem 15,6- bis 19,3-Fachen für Frauen, sind in Dänemark, Griechenland, Island und den Niederlanden anzutreffen. Österreich, Ungarn, Italien, Spanien und die Türkei liegen eng beieinander mit Werten von etwa einem 10- bis 12-Fachen des Durchschnittsverdiensts. Umgerechnet in US-Dollar belaufen sich die Rentenversprechen in diesen neun Ländern auf 565 000 US-\$ für Männer und über 650 000 US-\$ für Frauen. Diese Zahlen entsprechen dem Gegen-

wartwert der Leistungen, die die Länder künftigen Rentnern nach den aktuell geltenden Regeln ihres Rentensystems durchschnittlich in Aussicht stellen.

Am anderen Ende des Spektrums stehen vier Länder (Japan, Mexiko, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten), in denen das Rentenvermögen mit weniger als einem 6-Fachen des Durchschnittsverdiensts für Männer und einem 7-Fachen für Frauen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegt.

Die am gewichteten durchschnittlichen Rentenvermögen gemessenen Rentenversprechen sind auch in Ländern mit kürzerer Lebenserwartung geringer, z.B. in Polen.

Definition und Messung

Aufbauend auf den Ergebnissen für die Ersatzquoten und das Rentenniveau auf den verschiedenen Stufen des Spektrums individueller Arbeitsverdienste ist es möglich, Gesamtindikatoren für die Rentensysteme der Länder zu erarbeiten, die die Ergebnisse für Arbeitskräfte mit unterschiedlichem Verdienstniveau zusammenfassen. Bei diesen Indikatoren handelt es sich um das gewichtete durchschnittliche Rentenniveau und das gewichtete durchschnittliche Rentenvermögen. Sie stützen sich auf die Berechnungen der Rentenansprüche von Personen, deren Arbeitsentgelt dem 0,3- bis 3-Fachen des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts entspricht.

Jedem individuellem Verdienstniveau wird entsprechend seiner Bedeutung in der Einkommensverteilung ein Gewicht zugeordnet. In den Berechnungen wird die durchschnittliche Einkommensverteilung auf der Basis von Daten aus 18 OECD-Ländern verwendet. Die Einkommensverteilung ist asymmetrisch: Der Höhepunkt der Verteilung liegt bei etwa zwei Dritteln des durchschnittlichen Arbeitsverdiensts. Der Medianwert (das Einkommensniveau, unter bzw. über dem jeweils 50% der Arbeitskräfte angesiedelt sind) bewegt sich normalerweise zwischen 80% und 85% des Durchschnittsarbeitsverdiensts. Zwei Drittel der Arbeitnehmer verdienen weniger als den Durchschnittsarbeitsverdienst. Somit ist der Anteil der Personen mit niedrigem Arbeitseinkommen deutlich größer als der der Personen mit hohem Arbeitseinkommen, weshalb Geringverdiener in der Berechnung des Indikators eine höhere Gewichtung erhalten als Spitzenverdiener.

II. GEWICHTETE DURCHSCHNITTSWERTE: RENTENNIVEAUS UND RENTENVERMÖGEN

Gewichtete Durchschnittswerte

	Gewichtetes durchschnittliches Rentenniveau		Gewichtetes durchschnittliches Rentenvermögen		Durchschnittliches Rentenvermögen in US-\$	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Australien	41.5	41.5	8.1	9.5	337 000	395 000
Belgien	38.6	38.6	6.5	7.6	270 000	316 000
Dänemark	81.8	81.8	13.6	15.6	565 000	648 000
Deutschland	40.5	40.5	7.0	8.3	291 000	345 000
Finnland	57.6	57.6	9.1	10.8	378 000	449 000
Frankreich	51.2	51.2	9.5	11.0	395 000	457 000
Griechenland	93.6	93.6	14.2	16.5	590 000	686 000
Irland	34.2	34.2	8.0	9.5	333 000	395 000
Island	90.9	90.9	14.6	16.4	607 000	682 000
Italien	69.3	53.9	10.0	10.8	416 000	449 000
Japan	33.5	33.5	6.0	6.8	249 000	283 000
Kanada	42.0	42.0	7.9	9.2	328 000	382 000
Korea	40.2	40.2	6.7	8.0	278 000	333 000
Luxemburg	86.4	86.4	19.8	24.2	823 000	1 006 000
Mexiko	37.8	33.5	5.5	6.1	229 000	254 000
Neuseeland	38.7	38.7	9.1	10.6	378 000	441 000
Niederlande	89.4	89.4	16.5	19.3	686 000	802 000
Norwegen	54.2	54.2	10.2	12.0	424 000	499 000
Österreich	72.4	72.4	11.4	13.2	474 000	549 000
Polen	59.3	44.2	8.5	9.2	353 000	382 000
Portugal	53.6	53.6	8.1	9.5	337 000	395 000
Schweden	70.6	70.6	10.9	12.5	453 000	520 000
Schweiz	49.2	49.7	9.4	11.5	391 000	478 000
Slowak. Rep.	56.1	56.1	8.8	10.7	366 000	445 000
Spanien	73.0	73.0	12.0	14.0	499 000	582 000
Tschech. Rep.	47.2	47.2	8.5	10.0	353 000	416 000
Türkei	86.4	86.4	11.1	13.0	461 000	540 000
Ungarn	72.3	72.3	12.4	15.4	515 000	640 000
Ver. Königreich	28.9	28.9	4.7	5.4	195 000	224 000
Ver. Staaten	37.1	37.1	5.9	6.8	245 000	283 000
OECD-Durchschnitt	57.6	56.4	9.8	11.4	407 000	476 000

Vergleich der gewichteten Durchschnittswerte: Rentenniveau und Rentenvermögen nach Geschlecht

Kernergebnisse

Das Rentenpaket setzt sich nach der Einteilung des Berichtsrahmens von *Renten auf einen Blick* aus zwei verschiedenen Bestandteilen zusammen. Nach diesem Rahmen lassen sich Rentensysteme in zwei gesetzliche Komponenten aufgliedern: a) eine Umverteilungskomponente, die den Rentnern einen absoluten Mindestlebensstandard sichern soll, und b) eine Versicherungskomponente, die ihnen ein bestimmtes Einkommensniveau im Verhältnis zu ihrem Verdienst während der Erwerbstätigkeit garantieren soll. Der hier vorgestellte Indikator, aus dem die Aufteilung der Rentensysteme der einzelnen Länder auf die verschiedenen Kategorien sowie der verschiedenen Leistungen innerhalb dieser Komponenten ersichtlich ist, macht erneut deutlich, dass zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede in der Rentenpolitik bestehen.

Die erste Kategorie, die Umverteilungskomponente, ist in drei Untergruppen unterteilt.

Die erste Form, die Mindestrente, spielt in 13 Ländern eine wichtige Rolle und soll verhindern, dass die Rentenleistungen (zumeist aus einem einzigen System) unter ein bestimmtes Niveau sinken. Die in Belgien und im Vereinigten Königreich im Rahmen der Rentensicherung vorgesehenen Mindestanrechnungsbeträge (*minimum pension credits*) haben einen ähnlichen Effekt: Für Geringverdiener wird die Höhe der Leistungen so berechnet, als hätten sie einen höheren Verdienst bezogen. Im Vereinigten Königreich ist diese Rentensicherung ein sehr wichtiger Bestandteil des Gesamtpaketes. Auch in Belgien, Frankreich, Mexiko und Schweden spielen Mindestrenten eine große Rolle.

Ein weiterer Bestandteil der Umverteilungskomponente ist die Grundrente, deren Höhe nicht vom Verdienst oder von der Höhe anderer eventuell bezogener Rentenleistungen abhängig ist. Grundrentensysteme (bzw. Regelungen mit ähnlichem Effekt im Fall von Korea und Mexiko) gibt es in 13 OECD-Ländern. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung in Irland und Neuseeland handelt es sich um reine Grundrentensysteme. In Japan, Korea, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich machen die Grundrenten 40-60% des Gesamtpaketversprechens aus. Auch in Dänemark, Kanada und Norwegen spielen sie mit 25-35% der Leistungen für Rentner eine wichtige Rolle.

In allen OECD-Ländern gibt es Sicherheitsnetze für einkommensschwache Rentner. In den meisten dieser Systeme besteht jedoch kein Leistungsanspruch für Personen mit voller Erwerbsbiografie, auch nicht für Geringverdiener. Sieben Länder bilden hier eine Ausnahme. Das augenfälligste Beispiel ist Australien, wo sämtliche Leistungen aus der ersten Kategorie bedürftigkeitsabhängig sind und fast die Hälfte des gesamten Rentenpakets über dieses System bereitgestellt wird. Auch in Dänemark und Kanada spielt die Einkommenssicherung eine sehr wichtige Rolle, auf sie entfallen dort zwischen 14% und 21% des Rentenversprechens.

Das Verhältnis zwischen der ersten und der zweiten Komponente des Rentenpakets ist in der linken Abbildung dargestellt. In mehr als der Hälfte der OECD-Länder macht die zweite Komponente mindestens 95% aus. In einigen Ländern – Italien, Österreich, Polen, Spanien und Türkei – erklärt sich dies aus hohen Lohnersatzquoten in der zweiten Kategorie. In anderen, wie der Schweiz und den Vereinigten Staaten, ist die Rentenformel im öffentlichen System progressiv ausgestaltet: Die Umverteilung,

die in anderen Ländern über die erste Komponente erfolgt, wird hier durch Altersvorsorgepläne der zweiten Kategorie gewährleistet. Am anderen Ende des Spektrums stehen Irland und Neuseeland, wo es keine gesetzliche Rentenversicherung der zweiten Kategorie gibt, sowie das Vereinigte Königreich, wo der Großteil der verdienstabhängigen Altersvorsorge auf die Rentensicherung ausgerichtet ist.

Die zweite Kategorie der gesetzlichen Altersvorsorge ist in der Tabelle in öffentliche und private Systeme aufgeteilt und im letzteren Fall noch in Beitragsprimat (DC) und Leistungsprimat (DB). In 23 OECD-Ländern gibt es öffentliche verdienstabhängige Rentenversicherungen. In neun Ländern stellen sie fast den gesamten Umfang der von Personen mit voller Erwerbsbiografie bezogenen Leistungen: Deutschland, Finnland, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Spanien, Türkei und Vereinigte Staaten.

In elf Ländern sind private Rentenversicherungen obligatorisch oder quasi-obligatorisch. In Island, den Niederlanden und der Schweiz handelt es sich dabei um Systeme mit Leistungsprimat, in den meisten anderen Fällen gilt jedoch das Beitragsprimat. In fünf Ländern – Australien, Dänemark, Niederlande, Polen und Slowakische Republik – machen diese Systeme 50-60% des gesamten gesetzlichen Rentenpakets aus. In Island und Mexiko spielen sie eine wesentlich wichtigere Rolle. Das Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Alterssicherung ist in der rechten Abbildung dargestellt.

Definition und Messung

Die Struktur des Rentenpakets wird durch den im Vorstehenden vorgestellten Indikator des gewichteten durchschnittlichen Rentenvermögens, geteilt durch die verschiedenen Komponenten des Rentensystems, veranschaulicht. Die Gewichtungen sind aus der Verdienstverteilung abgeleitet.

Leere Felder bedeuten in der Regel, dass die fragliche Form von Renteneinkommen im jeweiligen Land nicht vorgesehen ist. Bei der Interpretation der Angaben darf allerdings nicht vergessen werden, dass sich die Berechnungen auf Personen mit voller Erwerbsbiografie beziehen. Für Personen mit unvollständiger Beitragsbiografie dürften sämtliche Systeme der ersten Kategorie eine wesentlich größere Rolle spielen. Es ist jedoch schwierig, Informationen über die Verteilung vergangener Beitragsbiografien zu erlangen, geschweige denn ihre Entwicklung in der Zukunft vorauszusagen.

Struktur des Rentenpakets

Prozentualer Beitrag der Komponenten des Rentensystems zum gewichteten Durchschnitt des Rentenvermögens

	1. Kategorie			2. Kategorie			Insg.		1. Kategorie			2. Kategorie			Insg.
	Bedürftigkeits-abhängig	Grund-rente	Mindest-rente	Öffent-lich	Privat DB	Privat DC			Bedürftigkeits-abhängig	Grund-rente	Mindest-rente	Öffent-lich	Privat DB	Privat DC	
Australien	49.2					50.8	100	Neuseeland		100.0					100
Belgien			4.4 ¹	95.5			100	Niederlande		41.2			58.8		100
Dänemark	13.8	26.3				59.7 ²	100	Norwegen		32.4	1.2			10.0	100
Deutschland	1.5			98.5			100	Österreich				100.0			100
Finnland			2.9	97.1			100	Polen			1.5			50.3	100
Frankreich			4.7	95.3 ³			100	Portugal			1.8				100
Griechenland				100.0 ⁴			100	Schweden			4.5			42.9 ⁸	100
Irland		100.0					100	Schweiz	0.2			72.0	27.8		100
Island	3.5	13.0			83.4		100	Slowak. Rep.			0.3			54.8	100
Italien				100.0			100	Spanien			1.2				100
Japan		44.3		55.7			100	Tschech. Rep.		17.1					100
Kanada	21.4	35.2		43.4			100	Türkei			1.1				100
Korea		60.1 ⁵		39.9			100	Ungarn						34.1	100
Luxemburg		15.8 ⁶	0.2	84.1			100	Ver. Königreich	0.7	50.0	36.4 ⁹	12.9			100
Mexiko		14.0	10.3 ⁷			75.7	100	Ver. Staaten				100.0			100

DB = Leistungsprimat; DC = Beitragsprimat.

1. Belgien: Einschließlich Mindestrente und Mindestanrechnungsbeträge.

2. Dänemark: Bei den privaten Altersvorsorgeplänen mit Beitragsprimat handelt es sich um die quasi-obligatorische Betriebsrente (51,0%) sowie das sogenannte Besondere Vorsorgespargen (5,0%).

3. Frankreich: Das staatliche Vorsorgesystem umfasst eine staatliche Rente (64,2%) sowie eine betriebliche Zusatzrente (31,1%).

4. Griechenland: Die staatliche Rente besteht aus einer Hauptkomponente (73,0%) und den Zusatzkomponenten (27%).

5. Korea: Die Grundkomponente ist der Teil der öffentlichen Rente, der auf dem Durchschnittsverdienst anstelle des individuellen Verdiensts basiert.

6. Luxemburg: Die Grundrente umfasst auch die Jahresendzulage.

7. Mexiko: Die Grundkomponente errechnet sich auf der Basis des staatlichen Pauschalbeitrags zur Altersvorsorge mit Beitragsprimat (5,5% des Mindestreallohns von 1997).

8. Schweden: Die private Altersvorsorge mit Beitragsprimat umfasst beide Systeme (12% und 30,9%).

9. Vereinigtes Königreich: Die Mindestrente bezieht sich auf die Mindestanrechnungsbeträge des staatlichen verdienstabhängigen Systems.

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

Verhältnis zwischen 1. Kategorie, Umverteilungskomponente, und 2. Kategorie, Versicherungskomponente

Prozentualer Anteil am gewichteten durchschnittlichen Rentenvermögen

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

Verhältnis zwischen den Renten aus öffentlichen und privaten gesetzlichen Rentenversicherungssystemen

Prozentualer Anteil am gewichteten durchschnittlichen Rentenvermögen

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651630856835>

Renteneinkommenssysteme

Die erste Gruppe von Indikatoren konzentrierte sich auf die individuellen Rentenansprüche. Die vorliegende Indikatorgruppe betrachtet hingegen die Renteneinkommenssysteme in ihrer Gesamtheit.

Die ersten beiden Indikatoren betreffen die Finanzierung der Renten, d.h. die Beitragseinnahmen der öffentlichen Rentenversicherungen und die Vermögenswerte, mit denen die öffentlichen und privaten Rentenzusagen abgesichert sind. Die Beitragssätze der öffentlichen Rentenversicherungen werden für die Länder, in denen sie gesondert identifiziert werden können, für eine Reihe von Jahren zwischen 1994 und 2007 angegeben. Die Vermögenswerte der privaten Pensionsfonds werden für das Jahr 2007 ausgewiesen. Die Daten zum Wert der Aktiva der staatlichen Pensionsreservefonds werden für das gleiche Jahr angezeigt.

Ausgaben für Rentenleistungen bilden den dritten Indikator der Renteneinkommenssysteme. Dieser Indikator stellt dar, welcher Anteil des Nationaleinkommens benötigt wird, um die Renten zu zahlen. Er macht außerdem deutlich, welche Rolle die öffentlichen Renten im Gesamthaushalt des Staats spielen. In vielen Ländern sind obligatorische private Rentensysteme und öffentliche Sachleistungen (z.B. Wohngeld) wichtige Hilfen im Alter. Soweit vorhanden, werden auch Daten zu diesen Ausgabenposten angegeben. Die Entwicklung all dieser Messgrößen der Rentenkosten wird für den Zeitraum 1990-2006 dargestellt.

Der letzte Indikator bezieht sich auf die private Altersvorsorge und befasst sich mit dem Anteil der Erwerbstätigen, der jeweils über obligatorische, quasi-obligatorische und freiwillige Systeme abgesichert ist.

Kernergebnisse

Die Rentenbeitragssätze sind seit Mitte der 1990er Jahre weitgehend stabil geblieben. Der durchschnittliche Beitragssatz in den 21 OECD-Ländern, die gesonderte Beiträge zur öffentlichen Rentenversicherung erheben, hat sich von 20,0% im Jahr 1994 auf 21,0% im Jahr 2007 erhöht. Diese weitgehende Stabilität erklärt sich wahrscheinlich aus der Besorgnis der Regierungen über die Auswirkungen einer hohen Besteuerung des Faktors Arbeit auf die Beschäftigung. Die diesbezüglichen Überlegungen scheinen in der Tat schwerer gewogen zu haben als der Druck, den die Bevölkerungsalterung und die zunehmende Beanspruchung durch die Leistungszahlungen auf die Haushalte der Rentensysteme ausüben.

In den 23 Ländern, für die Daten vorliegen, beliefen sich die Beitragseinnahmen im Durchschnitt auf 5,0% des Nationaleinkommens, was 14,1% der gesamten Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen entspricht.

Die meisten in *Renten auf einen Blick* vorgestellten Messgrößen beziehen sich auf die Leistungsseite des Rentensystems. Die vorliegenden Indikatoren untersuchen nun die Beitragsseite.

Auf der linken Seite der Tabelle ist die Entwicklung der Beitragssätze dargestellt. In etwa einem Drittel der Länder, die gesonderte Rentenbeiträge erheben, blieben die entsprechenden Sätze zwischen 2004 und 2007 unverändert (Belgien, Griechenland, Luxemburg, Österreich, Türkei und Vereinigte Staaten). Sehr gering fielen die Veränderungen ferner in Deutschland und der Schweiz aus. Deutliche Beitragserhöhungen gab es in der Tschechischen Republik, Kanada und Korea, wenngleich die Ausgangsbasis in den beiden letztgenannten Ländern relativ niedrig war. Kleinere Beitragserhöhungen waren in Finnland, Frankreich, Italien und Polen zu beobachten; sie dürften sich aus dem Druck erklären, der von den wachsenden öffentlichen Rentenausgaben ausgeht. In Japan, der Slowakischen Republik und Spanien wurden die Beitragssätze hingegen gekürzt. Oft war dies durch das Bestreben bedingt, die Besteuerung des Faktors Arbeit zu senken, um die Beschäftigung zu erhöhen.

Die rechte Seite der Tabelle betrachtet die Beitragseinnahmen der öffentlichen Rentensysteme. Die Daten zu den Einnahmen ergänzen diejenigen zu den Beitragssätzen, da sie die Auswirkungen anderer Parameter des Rentensystems veranschaulichen. Zum Beispiel gibt es in den meisten OECD-Ländern Beitragsbemessungsgrenzen, die zwischen dem 3,7-Fachen des Durchschnittsverdiensts in Italien und dem 5,9-Fachen in Mexiko angesetzt sind. Eine niedrigere Beitragsbemessungsgrenze hat natürlich zur Folge, dass sich die Einnahmen bei einem gegebenen Beitragssatz reduzieren. In anderen Ländern gibt es Beitragsuntergrenzen, die dazu führen können, dass Geringverdiener kaum oder keine Beiträge zahlen. In manchen Ländern schließlich können die Einnahmen durch den Umfang des informellen Sektors oder eine unvollständige Meldung der Arbeitsverdienste beeinträchtigt werden.

Die öffentlichen Einnahmen aus Rentenbeiträgen sind mit 9,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Italien am höchsten. Obwohl der Beitragssatz in der Türkei in etwa auf dem gleichen Niveau wie im OECD-Durchschnitt liegt, belaufen sich die Beitragseinnahmen dort nur auf 2,2% des Nationaleinkommens, was auf die Größe des informellen Sektors zurückzuführen ist. In Kanada sind die Beitragseinnahmen ebenfalls niedrig: 2,7% des BIP. Dies erklärt sich aus dem niedrigen Beitragssatz (der bei der Hälfte des OECD-Durchschnitts liegt) und der geringen Beitragsbemessungsgrenze (die in etwa beim Durchschnittsverdienst angesetzt ist).

Im Durchschnitt ergeben die Arbeitnehmerbeiträge insgesamt 1,8% des BIP, im Vergleich zu 2,9% für die Arbeitgeberbeiträge. Die Arbeitnehmer zahlen durchschnittlich 36% der Gesamtsumme, die Arbeitgeber 58%. (Der Rest stammt hauptsächlich aus den Beiträgen der Selbstständigen, die Beiträge anderer Gruppen, wie der Arbeitslosen, sind aber ebenfalls berücksichtigt.) In Finnland, Italien, Spanien, der Tschechischen Republik und Ungarn entfällt der Großteil der Beiträge auf die Arbeitgeber. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in zahlreichen ökonomischen Analysen nachgewiesen wurde, dass die Arbeitgeberbeiträge ganz oder teilweise an die Arbeitnehmer weitergereicht werden. Dies kann sich in Form niedrigerer Löhne oder einer geringeren Anzahl von Stellen äußern. In vielen Ländern sind die Beiträge gleichmäßig auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt, z.B. in Belgien, Deutschland, Japan, Kanada, Österreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten.

Die letzte Spalte der Tabelle zeigt die Rentenbeiträge als Prozentsatz der gesamten Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben. Hier weist Italien nicht den höchsten Wert auf. In Griechenland, Polen und Spanien machen die Rentenbeiträge 23-24% der Gesamteinnahmen aus, gegenüber 22,4% in Italien. In Australien, Dänemark und Neuseeland werden die Renten über die allgemeinen Steuereinnahmen finanziert. Aus den oben bereits erwähnten Gründen stellen die Rentenbeiträge in Kanada, Korea und der Türkei nur einen relativ geringen Teil der Staatseinnahmen dar.

Beitragssätze und Beitragseinnahmen der öffentlichen Rentenversicherungen

Rentenbeitragssatz (in % des Bruttoarbeitsentgelts)					Rentenbeitragseinnahmen, 2006			
					(in % des BIP)			(in % der Gesamtsteuer-einnahmen)
1994	1999	2004	2007	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Insgesamt		
Australien	Nur private Rentenbeiträge				0.0	0.0	0.0	0.0
Belgien	16.4	16.4	16.4	16.4	2.2	2.0	4.6	10.4
Dänemark	Nur private Rentenbeiträge				0.0	0.0	0.0	0.0
Deutschland	19.2	19.7	19.5	19.5	2.6	2.7	5.8	16.4
Finnland	18.6	21.5	21.4	20.9	1.6	6.9	8.9	20.5
Frankreich	21.5	24.0	24.0	24.0				
Griechenland	20.0	20.0	20.0	20.0	2.9	3.5	7.5	23.9
Irland	Keine gesonderten Rentenbeiträge							
Island	Keine gesonderten Rentenbeiträge							
Italien	28.3	32.7	32.7	32.7	2.2	7.3	9.4	22.4
Japan	16.5	17.4	13.9	14.6	2.9	2.9	5.9	21.0
Kanada	5.2	7.0	9.9	9.9	1.3	1.3	2.7	8.1
Korea	6.0	9.0	9.0	9.0	1.6	1.0	2.6	9.8
Luxemburg	16.0	16.0	16.0	16.0	2.5	2.2	4.8	13.3
Mexiko	Nur private Rentenbeiträge				0.0	0.0	0.0	0.0
Neuseeland	Keine Beiträge				0.0	0.0	0.0	0.0
Niederlande	33.1	37.7	28.1	31.1				
Norwegen	Keine gesonderten Rentenbeiträge							
Österreich	22.8	22.8	22.8	22.8	3.5	3.7	7.9	18.9
Polen		32.5	32.5	35.0	4.3	3.7	8.1	24.0
Portugal	Keine gesonderten Rentenbeiträge							
Schweden	19.1	15.1	18.9	18.9	2.5	3.6	6.2	12.7
Schweiz	9.8	9.8	9.8	10.1	2.8	2.7	6.0	20.4
Slowak. Republik	28.5	27.5	26.0	24.0	1.3	2.3	5.2	17.4
Spanien	29.3	28.3	28.3	28.3	1.3	6.6	8.5	23.3
Tschech. Rep.	26.9	26.0	28.0	32.5	1.7	5.7	7.8	21.2
Türkei	20.0	20.0	20.0	20.0	1.1	1.1	2.2	8.8
Ungarn	30.5	30.0	26.5	26.5	1.0	4.8	5.8	15.7
Ver. Königreich	Keine gesonderten Rentenbeiträge							
Ver. Staaten	12.4	12.4	12.4	12.4	2.3	2.3	4.6	17.2
OECD	20.0	20.7	20.2	21.0	1.8	2.9	5.0	14.1

Anmerkung: Alle Zahlen sind auf eine Dezimalstelle auf- bzw. abgerundet. Der OECD-Durchschnitt der Beitragssätze schließt die Länder aus, in denen keine Rentenbeiträge erhoben werden oder diese in den Beträgen zu weitergefassten Sozialversicherungsprogrammen inbegriffen sind. Im OECD-Durchschnitt der Beitragseinnahmen sind Länder ohne solche Einnahmen mit dem Wert null in der Kalkulation berücksichtigt.

In manchen Fällen wurden die Rentenbeitragseinnahmen auf der Basis der Annahme kalkuliert, dass die Einnahmen zwischen verschiedenen Sozialversicherungsprogrammen proportional zu den Beitragssätzen aufgeteilt werden. Der Gesamtbeitrag enthält Zahlungen von Personen, die nicht abhängig beschäftigt sind (hauptsächlich Selbstständige).

Finnland: Die Beitragssätze sind inzwischen für Arbeitnehmer ab 53 Jahre höher. Des Weiteren wird ein zusätzlicher Arbeitgeberbeitrag erhoben, der je nach Kapital des Arbeitgebers zwischen 0,8% und 3,9% der Summe der Arbeitsentgelte schwankt. Frankreich und die Niederlande: Es ist unmöglich, die Beitragseinnahmen in solche für Renten und solche für andere Zwecke aufzuteilen. Polen: Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wurde im Juli 2007 um 3 Prozentpunkte gekürzt; in der Tabelle ist der frühere, höhere Wert angegeben.

Quelle: OECD (verschiedene Ausgaben), *Taxing wages*; OECD (2008), *Revenue Statistics*; Social Security Administration, Vereinigte Staaten (verschiedene Ausgaben), *Social Security Programs throughout the World*; OECD Rentenmodelle und Steuer- und Transfermodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651685284288>

Kernergebnisse

In den meisten OECD-Ländern wurden zur Absicherung künftiger Rentenverbindlichkeiten beträchtliche Vermögenswerte akkumuliert. Das Gesamtvermögen privater Altersvorsorgesysteme belief sich im Jahr 2007 auf fast 75% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Hälfte der OECD-Länder haben öffentliche Pensionsreservefonds aufgebaut, um die Rentenfinanzierung zu unterstützen. In diesen Ländern halten die öffentlichen Pensionsreservefonds Aktiva im Wert von fast 15% des BIP.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass diese Zahlen sich auf das Jahr 2007 beziehen, bevor die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Vermögenswerte zum Tragen kamen.

Im Jahr 2007 lag der Wert der Aktiva der privaten Altersvorsorgesysteme in vier OECD-Ländern über dem jährlichen Nationaleinkommen: in Australien, Island, den Niederlanden und der Schweiz. Private Pensionsfonds spielten – mit einem Gesamtvermögen in Höhe von etwa 75% des BIP oder mehr – auch im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle.

Auf Grund des großen Gewichts der Vereinigten Staaten unter den OECD-Volkswirtschaften insgesamt beläuft sich das aggregierte Vermögen der privaten Altersvorsorgesysteme auf über 75% des aggregierten BIP der OECD-Länder. Werden allerdings sämtliche OECD-Länder gleich gewichtet, entspricht das Vermögen der privaten Altersvorsorgesysteme im Durchschnitt lediglich 33% des BIP.

Auch hier gilt es zu betonen, dass es sich um Zahlen aus der Zeit vor der Krise handelt, da sie sich im Wesentlichen auf das Jahr 2007 beziehen. Die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Anlageerfolg der Pensionsfonds, die im Sonderkapitel „Rentensysteme in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ in Teil I untersucht werden, sind tiefgreifend. Die Anlagen der Pensionsfonds im OECD-Raum haben im Jahresverlauf 2008 23% ihres Werts verloren, wobei in Australien, Irland, Island und den Vereinigten Staaten besonders hohe Verluste verzeichnet wurden. Im Jahr 2009 sind die Vermögenspreise noch weiter gesunken.

Die Länder, in denen die privaten Pensionsfonds im Verhältnis zur Größe der Volkswirtschaft am umfangreichsten sind, verfügen allesamt über reife private Rentensysteme, die vor langer Zeit eingeführt wurden. Abgesehen von den sechs bereits genannten Ländern betrifft dies ebenfalls Dänemark, Irland und Kanada.

In anderen Ländern wurde die private Altersvorsorge erst in wesentlich jüngerer Zeit eingeführt. Mexiko, Polen, die Slowakische Republik und Ungarn haben z.B. die obligatorische private Altersvorsorge Ende der 1990er Jahre und Anfang der 2000er Jahre als Ersatz für einen Teil der öffentlichen Altersvorsorge eingerichtet. Seither ist das Vermögen der fraglichen Fonds schnell gewachsen, so dass es sich in Mexiko, Polen und Ungarn bereits auf 11-12% des BIP beläuft. Diese Zahlen werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stark steigen, da mehr Personen in die neuen Renteneinkommenssysteme einzahlen und die bereits eingetretenen Mitglieder weiter Beiträge leisten werden.

Neuseeland könnte ebenfalls ein solch rasches Wachstum erleben. Wenngleich die private betriebliche Altersvorsorge dort auf eine lange Geschichte zurückblicken kann, war deren Erfassungsgrad ab Anfang der 1980er Jahre stark zurückgegangen, so dass er letztlich bei lediglich 13% lag. Mit dem neuen freiwilligen

privaten Programm KiwiSaver wurden jedoch ein Jahr nach seiner Einführung bereits über 40% der Beschäftigten erfasst. Dies deutet darauf hin, dass die Aktiva der privaten Altersvorsorgesysteme in den nächsten Jahren deutlich zunehmen werden.

Gut 15 OECD-Länder haben öffentliche Pensionsreservefonds eingerichtet. Viele darunter sind relativ bescheiden: Im Jahr 2007 belief sich das Vermögen der öffentlichen Pensionsreservefonds lediglich in acht Ländern auf über 5% des Nationaleinkommens. Der Fonds in den Vereinigten Staaten ist ausschließlich in Staatsanleihen angelegt. Einige Beobachter vertreten die Ansicht, dass es sich hier lediglich um eine zirkuläre Form der Rentenfinanzierung nach dem Umlageprinzip handelt, bei der die aktuellen Leistungen mit den aktuellen Beiträgen bezahlt werden. Dies ist dadurch bedingt, dass die Beiträge, die in die Reserve einfließen, der Regierung nur geliehen werden, um die laufenden Ausgaben für andere Programme zu finanzieren.

Staatsanleihen stellen auch über 80% des Portfolios des öffentlichen koreanischen Pensionsreservefonds und über 60% des japanischen Fonds dar.

Der Anteil der Staatsanleihen liegt hingegen in Norwegen und Schweden nur bei 35-40% und in Neuseeland und Irland unter 20%. Auch hier handelt es sich um relativ umfangreiche Fonds.

Die Feststellungen in Bezug auf den Reifegrad kürzlich eingeführter privater Rentenprogramme gelten auch für die öffentlichen Pensionsreservefonds. Die Fonds in Australien, Irland und Neuseeland – drei demografisch jungen OECD-Ländern – sind erst vor relativ kurzer Zeit eingerichtet worden. Ihr Vermögen dürfte in den kommenden Jahren wachsen, wird dann jedoch sinken, wenn die Bevölkerung deutlich zu altern beginnt.

Definition und Messung

Die OECD hat eine Reihe von Richtlinien für die Einstufung privater Altersvorsorgesysteme aufgestellt (OECD, 2005). Die vorliegende Analyse nutzt diesen Rahmen. Wegen Einzelheiten vgl. OECD (2008 und 2009).

Weitere Informationen

OECD (2005), *Private Pensions: OECD Classification and Glossary*, OECD, Paris.

OECD (2008), “Pension Markets in Focus”, *Newsletter*, No. 5, OECD, Paris.

OECD (2009), *OECD Private Pensions Outlook 2008*, OECD, Paris.

II. AKTIVA PRIVATER PENSIONS FONDS UND ÖFFENTLICHER PENSIONSRESERVEFONDS

Aktiva privater Pensionsfonds und öffentlicher Pensionsreservefonds

	Wert der Aktiva (in % des BIP) im Jahr 2007	
	Private Pensionsfonds	Öffentliche Pensionsreservefonds
Australien	105.4	4.9
Belgien	4.0	
Dänemark	32.4	0.3
Deutschland	4.1	
Finnland	71.0	
Frankreich	1.1	1.9
Griechenland	0.0	
Irland	46.6	11.5
Island	134.0	
Italien	3.3	
Japan	20.0	26.2
Kanada	55.3	7.9
Korea	3.1	23.9
Luxemburg	1.0	
Mexiko	12.1	0.9
Neuseeland	11.1	7.8
Niederlande	138.1	
Norwegen	7.0	5.2
Österreich	4.8	
Polen	12.2	0.3
Portugal	13.7	4.3
Schweden	8.7	31.7
Schweiz	119.2	
Slowakische Republik	4.2	
Spanien	7.5	4.5
Tschechische Republik	4.7	
Türkei	1.2	
Ungarn	10.9	
Vereinigtes Königreich	78.9	
Vereinigte Staaten	76.7	16.6
OECD insgesamt	74.5	14.5
Ungewichteter Durchschnitt	33.1	9.9

Anmerkung: Die Zahlen zu den öffentlichen Pensionsreservefonds in Norwegen, Mexiko und Portugal stammen aus dem Jahr 2006. In Norwegen wird der „Government Pension Fund – Global“, bei dem es sich zuvor um einen Staatsfonds handelte, der unter der Bezeichnung „Government Petroleum Fund“ lief, mit den Einnahmen aus dem Ölgeschäft finanziert und erfüllt Aufgaben, die über die Finanzierung der Rentenausgaben hinausgehen; er wird also nicht zu den staatlichen Pensionsreservefonds gerechnet. Die Zahl in dieser Tabelle bezieht sich deshalb nur auf den „Government Pension Fund – Norway“, den ehemaligen „National Insurance Scheme Fund“ (5,2%). Die gesamten Vermögenswerte des umfangreicheren „Government Pension Fund – Global“ würden sich auf 79,7% des BIP belaufen.

Im Posten „OECD insgesamt“ sind die Zahlen für die Mitgliedstaaten aggregiert. Anders als der „ungewichtete Durchschnitt“ spiegelt er somit die unterschiedliche Größe des BIP der einzelnen Länder wider. Unter „OECD insgesamt“ und „Ungewichteter Durchschnitt“ sind bei den öffentlichen Pensionsfonds nur die 15 Länder berücksichtigt, für die in der Tabelle entsprechende Zahlen ausgewiesen sind.

Quelle: OECD (2008), „Pension Markets in Focus“, Newsletter, No. 5, Abbildung 6, Paris; OECD (2009), *OECD Private Pensions Outlook* 2008, Tabelle 3.1; nationale Quellen.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651840117352>

Kernergebnisse

Die öffentlichen Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenrenten sind in den OECD-Ländern zwischen 1990 und 2005 um 16,7% stärker gestiegen als die Nationaleinkommen, von einem Durchschnitt von 6,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 7,2%. Dies erklärt sich aus der Bevölkerungsalterung und der zunehmenden Beanspruchung der Rentensysteme durch Leistungszahlungen.

Italien verzeichnete im Jahr 2005 die höchsten öffentlichen Rentenausgaben: 14,0% des BIP. Die öffentlichen Ausgaben für Geldleistungen zur Alterssicherung liegen auch in einigen anderen europäischen Ländern deutlich über 10% des BIP: in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Österreich und Polen. Am anderen Ende der Skala stehen Korea und Mexiko, die nur etwa 1,5% ihres BIP für Alters- und Hinterbliebenenrenten ausgeben. In Korea ist dies dadurch bedingt, dass das öffentliche Rentensystem erst im Jahr 1988 eingerichtet wurde. Die Ausgaben sind allerdings zwischen 1990 und 2005 stark gestiegen – sie haben sich im Verhältnis zum Nationaleinkommen mehr als verdoppelt –, was auf die zunehmende Reife des Systems und die rasche Bevölkerungsalterung zurückzuführen war. In Mexiko zeugen die niedrigen Ausgaben von dem relativ geringen Verbreitungsgrad der Rentenversicherung (in der lediglich rd. 35% der Arbeitnehmer erfasst sind) und der relativ jungen Bevölkerung.

In anderen Ländern mit günstigem demografischem Profil sind die Ausgaben tendenziell ebenfalls niedrig, z.B. in Australien, Irland, Kanada, Neuseeland und den Vereinigten Staaten. Dies ist jedoch nicht grundsätzlich der Fall: Die Türkei gibt 7,8% ihres BIP für öffentliche Renten aus – mehr als den OECD-Durchschnitt von 7,2% –, obwohl sie in demografischer Hinsicht das zweitjüngste Land im OECD-Raum ist.

In manchen OECD-Ländern sind die öffentlichen Rentenausgaben niedrig, weil die private Altersvorsorge obligatorisch ist (erster nachrichtlicher Posten in der Tabelle). An vorderster Stelle steht hier die Schweiz, wo die Ausgaben der obligatorischen privaten Rentenversicherung mit 6,0% des BIP nicht weit unter den öffentlichen Ausgaben in Höhe von 6,8% des BIP liegen. Zählt man beide zusammen, ergibt sich eine Gesamtsumme der Rentenausgaben von 12,8% des Nationaleinkommens, die nur von Italien übertroffen wird, wobei Österreich und Frankreich dicht dahinter folgen. Das obligatorische System mit Beitragsprimat in Australien wurde 1992 eingeführt, so dass die derzeitigen Rentner kaum oder gar nicht darin eingezahlt haben. Im Jahr 2005 beliefen sich die Auszahlungen insgesamt lediglich auf 0,4% des BIP, hier ist allerdings in den kommenden Jahren mit einer raschen Steigerung zu rechnen. Desgleichen wird es in den obligatorischen privaten Altersvorsorgesystemen in Polen und Ungarn (die in den späten 1990er Jahren eingeführt wurden) sowie in der Slowakischen Republik (wo ein solches System seit 2005 besteht) in den nächsten zehn oder mehr Jahren nur zu wenigen oder keinen Auszahlungen kommen.

Das Verhältnis der Rentenausgaben zum Nationaleinkommen war in fünf OECD-Ländern im Zeitraum 1990-2005 stabil: in Belgien, Kanada, Schweden, Spanien und den Vereinigten Staaten. In sechs Ländern stiegen die öffentlichen Rentenausgaben

langsamer als das Nationaleinkommen. In Irland spiegelt sich darin das explosionsartige Wachstum des BIP im selben Zeitraum wider. In Neuseeland ist der Rückgang der Rentenausgaben im Verhältnis zum Nationaleinkommen um über 40% auf zwei Maßnahmen zurückzuführen: das Einfrieren der Höhe der Grundrente von 1992 bis 1994 und die Anhebung des Rentenalters von 60 auf 65 Jahre. Die anderen Länder, die deutliche Rückgänge der Rentenausgaben verzeichneten, sind Island, Luxemburg, die Niederlande und Norwegen.

In fünf OECD-Ländern haben sich die öffentlichen Rentenausgaben im Verhältnis zum Nationaleinkommen mehr als verdoppelt. Im Fall Koreas und Mexikos (und weniger ausgeprägt auch der Türkei) ist dies durch das niedrige Ausgangsniveau der Rentenausgaben im Jahr 1990 bedingt. Die Rentenausgaben in Polen und Portugal lagen hingegen ursprünglich unter dem OECD-Durchschnitt und sind inzwischen weit darüber gestiegen.

Die rechten Spalten der Tabelle zeigen die Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenrenten im Verhältnis zu den öffentlichen Gesamtausgaben (und nicht zum Nationaleinkommen). Auch hier weist Italien wieder den höchsten Wert auf, da die Renten dort fast 30% des Haushalts ausmachen. In Deutschland, Frankreich, Griechenland, Österreich und Polen geht etwa ein Viertel der öffentlichen Ausgaben in die Renten. Das Risiko für diese Länder besteht darin, dass es zu Verdrängungseffekten zwischen den öffentlichen Rentenausgaben und anderen wünschenswerten Ausgaben kommt, sowohl im Bereich der Sozialpolitik (Leistungen für Kinder und Eltern) als auch in anderen Bereichen (beispielsweise Bildung).

Die öffentlichen Leistungen für ältere Menschen beschränken sich nicht auf finanzielle Transfers. Im zweiten nachrichtlichen Posten der Tabelle sind die gesamten öffentlichen Ausgaben für ältere Menschen, einschließlich der nichtmonetären Leistungen, angegeben. Der wichtigste Posten darunter sind Wohngeld und Wohnbeihilfen. Diese fallen unter „nichtmonetäre Leistungen“, weil sie an bestimmte Ausgaben von Einzelpersonen geknüpft sind. Sie spielen in den fünf nordischen Ländern eine besonders große Rolle: Die nichtmonetären Leistungen belaufen sich dort im Durchschnitt auf 1,8% des BIP. Wohnungsbeihilfen machen auch in den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich einen wichtigen Teil der Ausgaben für die Altersunterstützung aus, wohingegen in den Zahlen für Australien vor allem die Gesundheitsversorgung stark ins Gewicht fällt.

Definition und Messung

Daten und Definitionen werden in der online verfügbaren *Social Expenditure Database* genauer beschrieben: www.oecd.org/els/social/expenditure.

Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenrenten

	In % des BIP				Veränderung 1990-2005 (in %)	In % der Staatsausgaben	
	1990	1995	2000	2005		1990	2005
Öffentliche Geldleistungen							
Australien	3.1	3.7	3.9	3.5	+10.6	8.6	9.9
Belgien	9.1	9.3	8.9	9.0	-0.9	17.4	17.3
Dänemark	5.1	6.2	5.3	5.4	+6.1	9.2	10.3
Deutschland	10.0	10.5	11.0	11.4	+14.0		24.3
Finnland	7.3	8.8	7.6	8.4	+16.4	15.1	16.7
Frankreich	10.6	12.0	11.8	12.4	+16.3	21.5	23.0
Griechenland	9.9	9.6	10.7	11.5	+16.6		26.6
Irland	3.9	3.5	3.1	3.4	-12.1	9.0	10.0
Island	2.2	2.4	2.2	2.0	-10.5		4.7
Italien	10.1	11.4	13.6	14.0	+37.9	19.2	29.0
Japan	4.9	6.2	7.4	8.7	+75.5		22.7
Kanada	4.2	4.7	4.3	4.1	-2.9	8.7	10.6
Korea	0.8	1.2	1.4	1.6	+108.5	3.8	5.4
Luxemburg	8.2	8.8	7.5	7.2	-11.2	21.6	17.3
Mexiko	0.5	0.8	0.9	1.3	+161.6		
Neuseeland	7.5	5.8	5.1	4.4	-41.8	14.0	10.9
Niederlande	6.7	5.8	5.0	5.0	-26.3	12.2	11.0
Norwegen	5.6	5.5	4.8	4.8	-14.3		11.5
Österreich	11.7	12.6	12.3	12.6	+7.8	22.7	25.3
Polen	5.1	9.4	10.5	11.4	+121.6		26.3
Portugal	5.0	7.4	8.2	10.2	+102.1		22.0
Schweden	7.7	8.2	7.3	7.7	-0.3		13.9
Schweiz	5.6	6.6	6.6	6.8	+21.6	18.3	19.1
Slowak. Rep.		6.3	6.3	6.2			16.2
Spanien	7.9	9.0	8.6	8.1	+1.9		21.0
Tschech. Rep.	6.1	6.2	7.5	7.3	+20.0		16.3
Türkei	3.2	3.7		7.8	+146.1		
Ungarn			7.3	8.5			17.1
Ver. Königreich	4.9	5.4	5.4	5.7	+15.4	11.9	12.8
Ver. Staaten	6.1	6.3	5.9	6.0	-0.7	16.1	16.2
OECD	6.2	6.8	6.9	7.2	+16.7		
Nachrichtlich: Gesamtausgaben einschließlich obligatorischer privater Systeme							
Australien	3.1	4.4	4.8	3.9	+23.5		
Italien	12.9	14.5	14.8	15.1	+17.3		
Japan	5.1	6.4	7.9	9.0	+76.6		
Schweiz	8.7	11.3	12.4	12.8	+47.2		
Ver. Königreich	5.0	5.6	5.9	6.2	+23.4		
Nachrichtlich: Gesamtausgaben einschließlich nichtmonetärer Leistungen							
Australien	3.7	4.2	5.1	4.7	+25.1		
Dänemark	7.4	8.4	7.1	7.3	-1.5		
Finnland	8.0	9.7	8.4	9.4	+17.8		
Island	3.5	3.7	3.5	3.8	+10.4		
Japan	5.1	6.4	8.1	9.9	+94.4		
Niederlande	7.3	6.3	5.7	5.8	-19.7		
Norwegen	7.5	7.5	6.8	6.6	-12.4		
Schweden	9.2	10.5	9.8	10.2	+11.0		
Ungarn			7.8	9.1			
Ver. Königreich	5.2	5.9	5.9	6.3	+19.6		

Anmerkung: Die Länder erscheinen nur dann in den nachrichtlichen Notizen, wenn der entsprechende Wert – d.h. die Höhe der Ausgaben der obligatorischen privaten Systeme oder der öffentlichen Ausgaben für nichtmonetäre Leistungen – signifikant ist.

Quelle: OECD Social Expenditures (SOCX) Database, OECD Main Economic Indicators Database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651748842654>

Kernergebnisse

Da die künftigen Rentenbezüge der heutigen Arbeitskräfte aus öffentlichen Systemen in dem Bemühen, die finanzielle Tragfähigkeit dieser Systeme wiederherzustellen, reduziert wurden, hat sich die Last der Alterssicherung in Richtung der privaten Vorsorge verschoben. In elf OECD-Ländern ist die private Altersvorsorge entweder gesetzlich vorgeschrieben oder quasi-obligatorisch (was bedeutet, dass durch Tarifabkommen fast alle Beschäftigte erfasst sind). In weiteren acht OECD-Ländern hat ein bedeutender Anteil der Erwerbsbevölkerung, über 55%, freiwillige private Altersvorsorgeverträge abgeschlossen.

In Island, Norwegen und der Schweiz ist die betriebliche Altersvorsorge gesetzlich vorgeschrieben: Die Arbeitgeber müssen ein solches System anbieten, wobei die Beitragssätze von staatlicher Seite festgelegt werden. In den Niederlanden und Schweden ist die betriebliche Altersvorsorge „quasi-obligatorisch“: Die Arbeitgeber richten im Rahmen der Tarifabkommen entsprechende Systeme ein, denen die Arbeitnehmer dann beitreten müssen. Dies hat zur Folge, dass mindestens 90% der Erwerbsbevölkerung erfasst sind.

In sechs OECD-Ländern – Dänemark, Mexiko, Polen, Schweden, der Slowakischen Republik und Ungarn – ist eine private individuelle Altersvorsorge vorgeschrieben. In Dänemark und Schweden ist fast die gesamte Bevölkerung über solche private Systeme abgesichert. In Osteuropa hingegen wurden die entsprechenden Systeme erst in den letzten zehn Jahren eingeführt. Die älteren Arbeitskräfte sind in der Regel nicht über die neuen Systeme versichert. Der Erfassungsgrad von etwa 65-75% wird deshalb im Lauf der Zeit in dem Maße steigen, wie neue Arbeitskräfte den Systemen beitreten und ältere, die lediglich in die öffentlichen Systeme eingezahlt haben, in den Ruhestand gehen.

In Mexiko ist der Erfassungsgrad der obligatorischen privaten Altersvorsorge auf Grund des großen informellen Wirtschaftssektors niedrig.

Das australische System kombiniert die betriebliche und die private Altersvorsorge. Ursprünglich wählten die Arbeitgeber den Altersvorsorgeanbieter, bei dem es sich um ein Altersvorsorgesystem für den gesamten Industriezweig oder um eine Finanzdienstleistungsfirma handeln konnte. Heute ist es allerdings jedem freigestellt, statt des vom Arbeitgeber gewählten Dienstleisters einen anderen Anbieter auszusuchen oder die Rentenersparnisse selbst anzulegen. Es ist nicht einfach, den Gesamterfassungsgrad von 85% in betriebliche und private Systeme aufzuschlüsseln.

Im Bereich der freiwilligen privaten Altersvorsorge ist der Erfassungsgrad mit 55% Prozent oder mehr in Belgien, Deutschland, Irland, Japan, Kanada, Norwegen, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten am höchsten. Die Betriebsrenten sind dort die einzige oder wichtigste Form der privaten Altersvorsorge. Sie sind insofern „freiwillig“, als die Arbeitgeber die Wahl haben, ob sie ein solches System einrichten oder nicht, und den Arbeitnehmern der Beitritt oft freigestellt ist.

Wo der OECD Daten aus Haushaltserhebungen vorliegen, zeigt sich, dass in den Angaben zum Gesamterfassungsgrad der freiwilligen individuellen Altersvorsorge viele Doppelzählungen enthalten sind, d.h. Personen, die sowohl über betriebliche als

auch individuelle Altersvorsorgepläne verfügen. Besonders stark äußert sich dieser Effekt in den Vereinigten Staaten: 46% der Arbeitnehmer sind Mitglieder eines Betriebsrentensystems, und fast 35% haben einen individuellen Altersvorsorgeplan abgeschlossen, während der Gesamterfassungsgrad der privaten Altersvorsorge lediglich knapp unter 58% beträgt. Dies deutet darauf hin, dass zwei Drittel der Inhaber privater Rentenkonten zusätzlich über betriebliche Altersvorsorgesysteme abgesichert sind.

Der Erfassungsgrad der freiwilligen individuellen Altersvorsorge ist im Allgemeinen recht niedrig: Den höchsten Anteil weist Deutschland auf (44%), gefolgt von den Vereinigten Staaten (etwa 35%). In vielen Fällen liegt dies wahrscheinlich daran, dass der Bedarf an privater Altersvorsorge größtenteils durch betriebliche Systeme gedeckt wird, so dass es zu einer „Verdrängung“ der Nachfrage nach individueller Altersvorsorge kommt.

Die Auswirkungen des neuen „KiwiSaver“-Programms in Neuseeland sind offensichtlich (vgl. hierzu die Sonderkapitel in Teil I „Jüngste Rentenreformen“ sowie „Versorgungslücke und freiwillige Altersvorsorge“). Der Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorge ist nach der Kürzung der Steueranreize stark zurückgegangen. 2007 waren 13% der Beschäftigten über betriebliche Altersvorsorgepläne abgesichert und 5,5% Mitglieder von Systemen der individuellen Altersvorsorge. Dank KiwiSaver sind nun fast ein Drittel der Beschäftigten in Betriebsrentensystemen und weitere 10,7% in der individuellen Altersvorsorge erfasst. Dies ist ein erstes Zeichen für die Wirksamkeit der Vorkehrungen zur automatischen Aufnahme in das Programm bei Antritt einer neuen Beschäftigung.

Definition und Messung

Es ist sehr schwierig, genaue und vergleichbare Daten über die private Altersvorsorge zu erhalten, weil es zwischen den einzelnen Ländern große institutionelle Unterschiede beim Aufbau der Rentensysteme gibt. Die Tabelle versucht so weit wie möglich die Kategorisierung der verschiedenen Programmtypen wiederzugeben, die an anderer Stelle in *Renten auf einen Blick* verwendet wird. Daraus ergibt sich, dass die Einordnung der verschiedenen Systeme nicht genau der in OECD (2009) *Private Pensions Outlook* folgt. Das Ziel ist hier, den Anteil der über private Altersvorsorgesysteme abgesicherten Arbeitnehmer im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung auszudrücken. In manchen Ländern kann es jedoch sein, dass einige der erfassten Personen selbstständig oder nicht erwerbstätig sind und deshalb im Zähler, nicht jedoch im Nenner der angegebenen Prozentsätze inbegriffen sind.

II. ERFASSUNGSGRAD DER PRIVATEN ALTERSVORSORGE

Erfassungsgrad der privaten Altersvorsorge nach Art des Systems

In Prozent

	Obligatorisch/quasi-obligatorisch		Freiwillig		Insgesamt
	Betrieblich	Individuell	Betrieblich	Individuell	
Australien	– 85.0 –		18.8	9.7	
Belgien			55.6		
Dänemark	>90.0/76.1	88.6			
Deutschland			64.0	44.0	
Finnland			8.7	7.3	
Frankreich			15.0		
Griechenland					
Irland			42.9	14.9	55.0
Island	>90.0				
Italien			10.6	5.1	
Japan			45.0		
Kanada			39.4		57.3
Korea					
Luxemburg			5.6		
Mexiko		34.5			
Neuseeland			13.0/32.6	5.5/10.7	n.a./43.3
Niederlande	>90.0				
Norwegen	>90.0		60.00	3.0	
Österreich			13.9		
Polen		71.7	– 1.0 –		
Portugal			4.0		
Schweden	>90.0	>90.0			
Schweiz	>90.0				
Slowak. Rep.		65.8			
Spanien			8.7		
Tschech. Rep.			– 45.0 –		
Türkei					
Ungarn		74.0	– 31.0 –		
Ver. Königreich			47.1	18.9	59.1
Ver. Staaten			46.0	34.7	57.7

Anmerkung: Leere Zellen bedeuten, dass es keine Rechtsgrundlage für das jeweilige System im betreffenden Land gibt oder dass der Erfassungsgrad unerheblich ist (unter 1%). >90.0 bedeutet, dass die Erfassung fast universell ist. Die Spalte zum Gesamterfassungsgrad wurde nur dort ausgefüllt, wo geeignete Daten vorliegen, um die Doppelzählung von Personen, die sowohl Mitglieder betrieblicher als auch individueller Altersvorsorgesysteme sind, zu berücksichtigen.

Australien: Bei der obligatorischen sogenannten „Superannuation Guarantee“ ist es jedem freigestellt, zwischen einem vom Arbeitgeber auf der Ebene der Branche insgesamt oder von einer Finanzdienstleistungsfirma angebotenen System zu wählen oder die Mittel selbst anzulegen: Es handelt sich also um eine Mischung zwischen betrieblicher und individueller Altersvorsorge. Polen, Tschechische Republik und Ungarn: Die freiwillige private Altersvorsorge verteilt sich auf Betriebsrentensysteme und individuelle Altersvorsorgepläne, eine Aufschlüsselung nach diesen beiden Kategorien ist nicht möglich. Dänemark: Unter der Rubrik „obligatorische betriebliche Altersvorsorge“ bezieht sich die erste Zahl auf die Arbeitsmarkt-Zusatzrente (ATP) und die zweite auf das quasi-obligatorische Betriebsrentensystem mit Beitragsprimat. Die Zahl in der Spalte „obligatorisch, individuell“ bezieht sich auf das „Besondere Vorsorgespargen“ (SP). Vgl. Länderkapitel zu Dänemark wegen weiterer Einzelheiten. Deutschland: Der Erfassungsgrad der betrieblichen Altersvorsorge ist im Verhältnis zur Zahl der Arbeitnehmer angegeben, die Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung sind. Korea: Die Regierung hat die Absicht, die Abfindungsfonds in betriebliche Altersvorsorgepläne umzuwandeln (vgl. Sonderkapitel „Jüngste Rentenreformen“ in Teil I), bisher kam es jedoch nur zu wenigen solchen Umwandlungen, es liegen allerdings keine genauen Zahlen vor. Neuseeland: Die zweite Zahl in jeder Zelle bezieht sich auf die Personen, die dem Kiwisaver-Programm beigetreten sind (entweder über ihren Arbeitgeber – betriebliche Altersvorsorge – oder einen Finanzdienstleister – individuelle Altersvorsorge). Die erste Zahl entspricht dem Erfassungsgrad der traditionellen betrieblichen und individuellen Altersvorsorge (unter Ausschluss der Personen, die über 65 Jahre alt sind und aus steuerlichen Gründen weiter in individuelle Altersvorsorgepläne einzahlen).

Quelle: OECD (2009), *OECD Private Pensions Outlook 2008*; OECD (2007), *Renten auf einen Blick: Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich*; Europäische Union, Ausschuss für Sozialschutz (2008), *Privately Managed Funded Pension Provision and their Contribution to Adequate and Sustainable Pensions*; Antolin, P. und E.R. Whitehouse (2009), „Filling the Pension Gap: Coverage and Value of Voluntary Retirement Savings“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 69, OECD, Paris; *World Bank Pensions Database*; amtliche Stellen der jeweiligen Länder.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651756380648>

Demografischer und wirtschaftlicher Kontext

In den vergangenen zwanzig Jahren war die Bevölkerungsalterung eine der Haupttriebkkräfte der Rentenpolitik und -reformen. Die Alterung ist die Folge von zwei demografischen Veränderungen.

Der erste Faktor, der die Bevölkerungsalterung vorantreibt, ist der Anstieg der Lebenserwartung. Ein Abschnitt in diesem Kapitel ist der Entwicklung der Lebenserwartung – bei der Geburt und mit 65 Jahren – im Zeitverlauf gewidmet. Der voraussichtliche künftige Verlauf der Lebenserwartung wird ebenfalls kurz skizziert. Der zweite Faktor ist der Rückgang der Geburtenziffern. Die Geburtenziffern und ihre Veränderungen im Zeitverlauf werden anhand des zweiten Indikators in diesem Abschnitt untersucht, der auch eine kurze Analyse der Hintergründe für die beobachteten Trends enthält.

Der dritte Indikator befasst sich direkt mit der Bevölkerungsalterung. Gemessen wird das Ausmaß der Alterung anhand des Altenquotienten: die Zahl der Personen im Rentenalter im Verhältnis zur Zahl der Personen im Erwerbsalter. Die Angaben zum Altenquotienten umspannen ein ganzes Jahrhundert: Die historischen Daten reichen zurück in das Jahr 1950 und die Projektionen bis in das Jahr 2050.

Der letzte Indikator gibt Aufschluss über den wirtschaftlichen Kontext. Er liefert Daten zum Durchschnittsverdienst, der unter Rückgriff auf die OECD-Messgröße des „Durchschnittsarbeiters“ für 2006 berechnet wird. Auf diese Daten wird an vielen Stellen des Berichts zurückgegriffen: Die Werte für viele Parameter ebenso wie die Höhe der Rentenansprüche werden in Prozent des nationalen durchschnittlichen Arbeitsentgelts angegeben.

Kernergebnisse

Der beachtliche Anstieg der Lebenserwartung ist eine der größten Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. Die Menschen leben immer länger. Seit 1960 ist die Lebenserwartung der Frauen um nahezu 11 Jahre auf 81,7 Jahre und die der Männer um mehr als zehn Jahre auf 76,0 Jahre gestiegen. 2006 lag die Lebenserwartung bei der Geburt für Frauen in Japan am höchsten (85,8 Jahre), gefolgt von Frankreich, Spanien, der Schweiz und Italien. Für Männer war die Lebenserwartung in Island am höchsten (79,4 Jahre), vor der Schweiz, Japan, Australien und Schweden. Auch die Lebenserwartung älterer Personen – die für die Rentensysteme ein maßgeblicherer Indikator ist – hat sich wesentlich erhöht.

Der generelle Anstieg der Lebenserwartung in den OECD-Ländern ging mit einer Konvergenz zwischen den Ländern einher. In Korea und der Türkei erhöhte sich die Lebenserwartung bei der Geburt für Frauen und Männer zusammengefasst im Zeitraum 1960-2006 um 26,7 bzw. 23,3 Jahre, während sie in Mexiko um mehr als 18 Jahre stieg. In diesen Ländern erklärt sich der Aufholprozess bei der Lebenserwartung in erster Linie aus der deutlichen Reduzierung der Säuglingssterblichkeit.

Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass sich der Anstieg der Lebenserwartung einem Plafond nähert. So ging die Zuwachsrate der Lebenserwartung bei der Geburt für japanische Frauen nach der Aufholphase auf die Hälfte zurück, setzt sich aber seither weiter bei rd. 3% jährlich fort.

Die Geschlechterdifferenz bei der Lebenserwartung weitete sich zwischen 1960 und 2006 geringfügig von 5,0 Jahren auf 5,7 Jahre aus. Allerdings vollzogen sich in den früheren und späteren Jahrzehnten unterschiedliche Trends. Während der Geschlechterunterschied bei der Lebenserwartung in den 1960er und 1970er Jahren erheblich zunahm (und 1980 im Durchschnitt einen Höchststand von 6,7 Jahren erreichte), hat er sich in den letzten 25 Jahren verringert. Diese Abnahme der Geschlechterdifferenz lässt sich z.T. auf die geringeren Unterschiede im Risikoverhalten von Männern und Frauen (wie z.B. in Bezug auf das Rauchen) sowie einen Rückgang der durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen bedingten Sterberaten unter Männern zurückführen.

Alte Menschen leben heute länger. Im Jahr 2006 lag die Restlebenserwartung von Frauen im Alter von 65 Jahren durchschnittlich bei 20,1 Jahren und war gegenüber 1960 um 5,3 Jahre gestiegen. Männer im selben Alter hatten eine Restlebenserwartung von 16,7 Jahren, d.h. 4 Jahre mehr als 1960. Der Geschlechterunterschied in Bezug auf die verzeichnete Zunahme der Lebenserwartung älterer Personen hat sich in mehreren OECD-Ländern seit Mitte der 1980er Jahre verkleinert.

Insgesamt ist die höhere Lebenserwartung auf den steigenden Lebensstandard, aber auch einen breiteren Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung zurückzuführen. Allerdings waren die Zuwächse bei der Lebenserwartung unter Personen aus niedrigeren sozioökonomischen Bevölkerungsgruppen geringer (OECD, 2004).

Die Meinungen der Analysten hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Lebenserwartung sind uneinheitlich. Die Optimisten heben die Entwicklungen in der Biotechnologie und verwandten Bereichen hervor. Pessimisten hingegen betonen die Gefahr einer weltweiten Influenza-Pandemie, die Zunahme der Fettleibigkeit

sowie das bisherige Unvermögen, chronische altersbedingte Krankheiten, wie z.B. Alzheimer, zu bewältigen. Die nachstehende Tabelle enthält OECD-Berechnungen, die auf der Entwicklung der Sterberaten seit 1945 basieren. In den zentralen Projektionen wird davon ausgegangen, dass die Lebenserwartung 65-Jähriger ab 2002 in den kommenden 50 Jahren um etwa 3,5 Jahre steigen wird. Unter der Annahme sonst gleicher Bedingungen würde dies die Rentenkosten um etwa 20% erhöhen. Im schlechtesten Fall erstreckt sich diese Erhöhung nur auf zwei, im besten Szenario auf fünf Jahre. Angesichts dieser Ungewissheit haben die meisten Länder nun Mechanismen zur automatischen Anpassung der Renten an Veränderungen der Lebenserwartung in ihre Rentenversicherungen integriert.

Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren, 2002: Verteilung der 50-Jahres-Projektionen

	Basis	5%	25%	50%	75%	95%
Lebenserwartung (Jahre)						
Männer	15.1	20.1	19.1	18.5	18.0	17.1
Frauen	18.7	23.7	22.8	22.2	21.7	20.9
Veränderungen (Jahre)						
Männer	0.0	+5.0	+4.0	+3.4	+2.9	+2.0
Frauen	0.0	+5.0	+4.1	+3.5	+3.0	+2.2

Quelle: Whitehouse, E.R. (2007), „Life-expectancy Risk and Pensions: Who Bears the Burden?“, Social Employment and Migration Working Paper, No. 60, OECD, Paris. Den Berechnungen liegen Daten der *Human Mortality Database* (University of California, Berkeley, und Max-Planck-Institut für demografische Forschung) zu Grunde. Die Bezugsgrößen für die Sterberaten von 2002 sind der *United Nations/World Bank Population Database* entnommen.

Definition und Messung

Die hier vorgestellten Indikatoren, die Lebenserwartung bei der Geburt und mit 65 Jahren, sind definiert als die durchschnittliche Zahl der einer Person voraussichtlich verbleibenden Lebensjahre gemäß der altersspezifischen Mortalitätsrate in einem gegebenen Land und in einem bestimmten Jahr, in diesem Fall 1960 und 2006. Jedes Land berechnet die Lebenserwartung anhand unterschiedlicher Methoden. Der Effekt dieser methodischen Abweichungen ist insofern verhältnismäßig gering, als sie die Messungen der Lebenserwartung nur um den Bruchteil eines Jahres verändern.

Lebenserwartung bei der Geburt, Männer und Frauen, in Jahren, 1960 und 2006

Quelle: OECD (2008), OECD-Gesundheitsdaten 2008, Paris (www.oecd.org/health/healthdata) und OECD (2009), Gesellschaft auf einen Blick.

Lebenserwartung mit 65 Jahren, Männer und Frauen, in Jahren, 2006

Anmerkung: Die Daten für Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten sind von 2005, die für Italien von 2004.

Quelle: OECD (2008), OECD-Gesundheitsdaten 2008, Paris (www.oecd.org/health/healthdata) und OECD (2009), Gesellschaft auf einen Blick.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651413351581>

Kernergebnisse

Die zusammengefasste Geburtenziffer liegt in 26 von 30 OECD-Ländern unter dem Bestandserhaltungsniveau – der Kinderzahl je Frau, die notwendig wäre, um die Gesamtbevölkerung konstant zu halten. Die einzigen Ausnahmen bilden Mexiko und die Türkei (mit 2,2 Kindern je Frau) sowie Island und die Vereinigten Staaten (mit Geburtenziffern von etwa 2,1). In mehr als zwei Dritteln der OECD-Länder wird aber seit 2002 ein leichter Anstieg der Geburtenziffern verzeichnet.

Die Geburtenziffern haben einen erheblichen Einfluss auf die Rentensysteme, da sie zusammen mit der Lebenserwartung zu den wichtigsten Ursachen der Bevölkerungsalterung zählen.

2006 lag die durchschnittliche Geburtenziffer im OECD-Raum bei 1,65, d.h. deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau. Der Trend hin zu weniger Kindern hält seit den 1970er Jahren an. Für den Rückgang der Geburtenziffern gibt es eine Reihe von Gründen, darunter Veränderungen der individuellen Lebensstilpräferenzen und der im Alltagsleben auftretenden Schwierigkeiten, wie Arbeitsmarktunsicherheit, Wohnungsnot, zu hohe Kinderbetreuungskosten.

Die positive (und sich vergrößernde) Diskrepanz zwischen der Zahl der Kinder, die die Frauen nach eigenen Angaben haben möchten und die sie tatsächlich haben, zeigt den Einfluss dieser Sachzwänge (D'Addio und Mira d'Ercole, 2005).

Veränderungen beim Familienstand der Frauen spielen ebenfalls eine Rolle. In den Ländern, in denen ein starker Zusammenhang zwischen Ehe und Mutterschaft besteht, könnte der gestiegene Anteil unverheirateter Frauen die Geburtenziffern gedrückt haben. Am stärksten ist dieser Zusammenhang in Japan und Korea, obgleich er auch in mehreren europäischen Ländern, wie Griechenland, Italien, Polen und der Schweiz, bedeutend ist. Allerdings hat sich auch das Geburtenverhalten unverheirateter Frauen verändert. Beispielsweise wird in Frankreich, Island, Norwegen und Schweden (laut *Gesellschaft auf einen Blick*) inzwischen mehr als die Hälfte aller Kinder außerehelich geboren. Der Anteil der außerehelichen Geburten liegt im Durchschnitt des OECD-Raums inzwischen bei einem Drittel aller Geburten.

In den letzten Jahren wurde beim Rückgang der Kinderzahl in einigen OECD-Ländern eine Trendumkehr beobachtet. Der stärkste Anstieg fand im Vereinigten Königreich und in Frankreich, Schweden, Spanien und der Tschechischen Republik statt. Für diese Umkehr gibt es unterschiedliche Gründe: Politikmaßnahmen, wie die Ausweitung der Unterstützung für Familien und erwerbstätige Mütter, könnten eine Rolle gespielt haben. Eine mögliche weitere Erklärung für den sprunghaften Anstieg könnte aber auch die Zunahme der Zahl der Geburten in der Altersgruppe der über 30-Jährigen sein, die ihrerseits auf die Verschiebung des Alters der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes zurückzuführen ist.

Niedrige Geburtenziffern haben eine Vielzahl weitreichender sozialer und wirtschaftlicher Folgen. Erstens kann sich der Bevölkerungsrückgang zu einem sich selbst verstärkenden Phänomen entwickeln, da die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter sinkt. Zweitens sind weniger Personen vorhanden, die für

ältere Familienangehörige sorgen können. Drittens nimmt die Steuerbelastung der Personen im Erwerbsalter zu, die die Renten und Gesundheitsversorgung der älteren Menschen finanzieren müssen. Viertens wird auch die Erwerbsbevölkerung altern und vielleicht weniger imstande sein, sich dem technologischen Wandel anzupassen, was Produktivität und Wirtschaftswachstum drosseln könnte. Schließlich könnte die Alterung auch eine Abnahme der Ersparnisse zur Folge haben, die für die Finanzierung von Investitionen in die Wirtschaft zur Verfügung stehen, da ältere Menschen ihre Ersparnisse für Konsumzwecke verwenden.

Der Trend zu niedrigeren Geburtenziffern ging mit einer Verschiebung des durchschnittlichen Alters bei Geburt des ersten Kindes einher (und lässt sich z.T. auch dadurch erklären). Das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes ist zwischen 1970 und 2005 von etwa 24 Jahren auf nahezu 28 Jahre gestiegen. Die Erhöhung des durchschnittlichen Erstgebärendenalters hat dauerhafte Konsequenzen. Erstens steigt mit ihr die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen kinderlos bleiben oder weniger Kinder haben als sie eigentlich möchten. Zweitens erhöhen sich damit die Morbiditätsrisiken für Mutter und Kind.

Definition und Messung

Die zusammengefasste Geburtenziffer in einem bestimmten Jahr ist die Gesamtzahl der Kinder, die jede Frau bis zum Ende ihres gebärfähigen Alters zur Welt bringen würde, wenn ihre Geburtenwahrscheinlichkeit in jedem Alter der jeweiligen altersspezifischen Geburtenziffer entspräche. Sie wird in der Regel durch Addition der über einen Fünfjahreszeitraum berechneten altersspezifischen Geburtenziffern ermittelt. Bei einer zusammengefassten Geburtenziffer von 2,1 Kindern je Frau ist ohne Migration und bei unveränderten Sterberaten gewährleistet, dass die Bevölkerungszahl weitgehend stabil bleibt.

Weitere Informationen

D'Addio, A.C. und M. Mira d'Ercole (2005), „Trends and Determinants of Fertility Rates in OECD Countries: The Role of Policies“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 27, OECD, Paris.

OECD (2009), *Gesellschaft auf einen Blick*, Paris.

Zusammengefasste Geburtenziffern von 1970-2006

Erstmütter sind zunehmend älter

Durchschnittsalter von Müttern bei der Geburt des ersten Kindes

	1970	1995 ¹	2000 ²	2005 ³
Australien	23.2	26.8	..	28.0
Belgien	24.3	27.3	..	27.4
Dänemark	23.8	27.4	27.7	28.4
Deutschland	24.0	27.5	28.2	28.1
Finnland	24.4	27.2	27.4	27.9
Frankreich	24.4	28.1	27.9	28.5
Griechenland	25.0	26.6	27.5	28.5
Irland	..	27.3	27.6	28.5
Island	21.3	25.0	25.5	26.3
Italien	25.0	28.0	..	28.7
Japan	25.6	27.5	28.0	29.1
Korea	..	..	..	29.1
Luxemburg	24.7	27.4	28.4	29.0
Mexiko	..	20.9	21.0	21.3
Neuseeland	..	..	28.0	28.0
Niederlande	24.8	28.4	28.6	28.9
Norwegen	..	26.4	26.9	27.7
Österreich	..	25.6	26.4	27.2
Polen	22.8	23.8	24.5	25.8
Portugal	..	25.8	26.5	27.4
Schweden	25.9	27.2	27.9	28.7
Schweiz	25.3	28.1	28.7	29.5
Slowak. Rep.	22.6	23.0	24.2	25.7
Spanien	..	28.4	29.1	29.3
Tschech. Rep.	22.5	23.3	25.0	26.6
Ungarn	22.8	23.8	25.1	26.7
Ver. Königreich	..	28.3	29.1	29.8
Ver. Staaten	24.1	24.5	24.9	25.1
OECD16	24.0	26.2	26.8	27.7

1. 1992 für Mexiko.

2. 2001 für Neuseeland; 2003 für Mexiko.

3. 2003 für Finnland, Griechenland, Spanien und das Vereinigte Königreich; 2002 für die Vereinigten Staaten; 2004 für Neuseeland und 2006 für Mexiko.

Quelle: OECD (2009), *Gesellschaft auf einen Blick*.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651441476388>

Kernergebnisse

Die Bevölkerungsalterung ist eine der bedeutendsten Triebfedern der Reformwelle, die sich in den letzten Jahren im Bereich der Rentenversicherungssysteme vollzogen hat. Der Altenquotient ist ein wichtiger Indikator für die Belastung, der die Rentensysteme durch die demografische Entwicklung ausgesetzt sind. Er misst den Anteil der Personen im Rentenalter (über 65 Jahre) im Verhältnis zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Im Durchschnitt der OECD-Länder kommen auf 24 Personen im Rentenalter 100 Erwerbspersonen oder anders ausgedrückt auf jeden Rentner 4,2 Personen im Erwerbsalter.

Die OECD-Länder altern bereits seit einiger Zeit: Zwischen 1950 und 1980 stieg der Altenquotient von 14% auf 21%. Demgegenüber verläuft die Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit ebenso wie in der heutigen Zeit recht moderat. Für 2010 wird beispielsweise damit gerechnet, dass der Altenquotient 25% erreichen wird, was einer sehr viel langsameren Zuwachsrate entsprechen würde als im Zeitraum 1950-1980. Ab 2010 wird sich der Alterungsprozess wahrscheinlich beschleunigen, und der Altenquotient dürfte sich ab 2047 auf 50% oder mehr verdoppeln. Zu jenem Zeitpunkt kommen auf jeden Rentner dann nur noch zwei Personen im Erwerbsalter.

Im Jahr 2007 war Japan mit einem Altenquotienten von 36% das demografisch älteste Land. Deutschland, Griechenland und Italien verzeichneten ebenfalls Altenquotienten von über 30%. Die Länder mit der jüngsten Bevölkerung waren 2007 Mexiko und die Türkei, mit Altenquotienten von knapp 10%, gefolgt von Korea mit einem Altenquotienten von 15%. In vier der fünf überwiegend englischsprachigen OECD-Mitgliedsländer – Australien, Kanada, Irland und die Vereinigten Staaten – stellt sich die demografische Lage vergleichsweise günstig dar. Die Altenquotienten liegen zwischen 17% und 22%, ein Ergebnis, das wahrscheinlich der Zuwanderung zu verdanken ist. Viele der anderen Länder mit junger Bevölkerung befinden sich in Osteuropa: In der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik sowie in Polen belaufen sich die Altenquotienten auf 18-22%.

Die Entwicklung der Altenquotienten hängt von den Sterberaten, Geburtenziffern und Migrationsbewegungen ab. Wie die beiden vorstehenden Indikatoren veranschaulichen, ist die Lebenserwartung in den OECD-Ländern kontinuierlich gestiegen und wird voraussichtlich auch in Zukunft weiter zunehmen. Entsprechend nimmt die Zahl der älteren Menschen und mithin der Rentner zu. Gleichzeitig sind die Geburtenziffern deutlich zurückgegangen, wodurch sich natürlich die Zahl der neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Kräfte reduzieren wird. Da die Babys bereits geboren sind, wissen wir heute schon, wie sich die Zahl der Erwerbstätigen in den kommenden zwei Jahrzehnten verändern wird. So sanken beispielsweise die Geburtenziffern im Durchschnitt der OECD-Länder in etwa 1980 unter die Ersatzquote, was bedeutet, dass jede neue Generation kleiner sein wird als die ihrer Eltern. Im Jahr 2000 beispielsweise wird die Kohorte der „Millenniumsbabys“ angesichts der Geburtenzahl um 20-25% kleiner sein als die Generation ihrer Eltern. In Zukunft herrscht aber große Ungewissheit hinsichtlich der Entwicklung der Geburtenziffern.

Im OECD-Raum insgesamt wird sich die Bevölkerungsalterung beschleunigen und 2013 nach einem Tiefstand 2006

einen Höhepunkt erreichen. Der Altenquotient wird bis 2018 auf 30% steigen, gegenüber seinem derzeitigen Niveau von 24%. Ab 2030 wird sich der Prozess der demografischen Alterung dann voraussichtlich wieder verlangsamen. Dennoch wird der Altenquotient weiter steigen und 2050 im Durchschnitt 52% erreichen. Zu diesem Zeitpunkt werden dann auf jeden Rentner knapp zwei Erwerbstätige entfallen, derzeit sind es noch über vier.

Korea wird unter den OECD-Ländern die mit Abstand schnellste Bevölkerungsalterung verzeichnen. Den Projektionen zufolge wird das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern zwischen 2007 und 2050 von 15% auf 77% steigen. Korea wird vom drittjüngsten zum zweitältesten OECD-Land nach Japan werden. Die anderen unter demografischen Gesichtspunkten derzeit jungen OECD-Länder – Mexiko und die Türkei – werden ebenfalls rascher altern, da ihre demografische Entwicklung mit der anderer Länder konvergiert. Anders als Korea werden sie aber mit Altenquotienten von jeweils 38% und 30% auch 2050 noch zu den jüngsten OECD-Ländern zählen.

In einigen der in demografischer Hinsicht derzeit alten OECD-Länder – Belgien, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich – werden die Abhängigenquotienten den Projektionen zufolge in den kommenden vierzig Jahren nur relativ geringfügig steigen. Auch hier kommt die Konvergenz in der Entwicklung der Bevölkerungsalterung in den OECD-Ländern deutlich zum Ausdruck.

Definition und Messung

Die hier verwendeten Projektionen der Abhängigenquotienten stützen sich auf die „mittlere Variante“ der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnungen. Sie sind der *OECD Demographic and Labour Force Database* entnommen.

Altenquotienten – historische und projizierte Werte, 1950-2050

Quelle: OECD Demographic and Labour Force Database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651454560624>

Kernergebnisse

Die „Durchschnittsverdienste“ sind eine wichtige Messgröße, die für die Darstellung von Systemparametern und Ergebnissen der Rentenmodelle herangezogen wird. Es ist jedoch sehr schwierig, verlässliche und vergleichbare Daten für die verschiedenen Länder zu bekommen.

Die OECD hat in den 1970er Jahren eine neue Methode zur Berechnung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts entwickelt, mit der sich Ergebnisse erstellen lassen, die unter den Mitgliedsländern vergleichbar sind. Diese Vergleichbarkeit ging aber zu Lasten eines anderen Aspekts, da die Ergebnisse nicht mehr für alle Arbeitskräfte repräsentativ waren und im Lauf der Zeit zunehmend an Aussagekraft verloren.

2004 wurde eine neue Messgröße eingeführt, die den Durchschnittsverdienst auf der Basis eines breiter gefächerten Spektrums an Beschäftigten berechnet, die Vergleichbarkeit der früheren Messgröße aber beibehält.

Ab der zweiten Ausgabe von *Renten auf einen Blick* wird im OECD-Rentenmodell eine neue und umfassendere Definition des Durchschnittsverdiensts verwendet, der sich nicht mehr auf den durchschnittlichen Industriearbeiter, sondern vielmehr den Durchschnittsarbeiter bezieht. Dieses neue Konzept wurde im Bericht *Taxing Wages* eingeführt und dient auch als Benchmark für *Benefits and Wages*.

Vorgenommen wurde die Änderung, weil ein Industriearbeiter für den „typischen Steuerzahler“ nicht als repräsentativ gelten kann, nachdem die Beschäftigung manueller Arbeitskräfte im Industriesektor in den meisten OECD-Ländern stetig zurückgegangen ist. Die neue Basis für die Berechnung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts umfasst mehr Wirtschaftssektoren und sowohl manuelle als auch nicht manuelle Arbeitskräfte. Das Konzept und die Definition des Arbeitsentgelts bleiben jedoch gleich: Bruttoarbeitsverdienst eines Durchschnittsarbeiters, gemessen vor Abzügen jeder Art, aber einschließlich der den Beschäftigten vergüteten Überstunden und anderer Barzulagen.

Die Tabelle enthält die Höhe der durchschnittlichen Arbeitsentgelte nach der neuen Definition des durchschnittlichen Arbeitsentgelts für das Jahr 2006. Nur zwei Länder (Irland und die Türkei) sind noch nicht in der Lage, Verdienstdaten in der breiteren Abgrenzung zu liefern, so dass die Modellrechnungen für diese auf der alten Messgröße des durchschnittlichen Arbeitsentgelts eines Industriearbeiters basieren. Die durchschnittlichen Arbeitsentgelte werden in Landeswährung und in US-Dollar angegeben (sowohl zu laufenden Wechselkursen als auch in Kaufkraftparitäten – KKP). Die KKP-Wechselkurse tragen der Tatsache Rechnung, dass die Kaufkraft eines US-Dollar von Land zu Land unterschiedlich ist: Sie berücksichtigen die zwischen den Ländern bei einem bestimmten Waren- und Dienstleistungskorb bestehenden Preisunterschiede. Das Wirtschaftsmagazin *The Economist* publiziert regelmäßig eine populäre und leicht verständliche Form der KKP, den „Big-Mac“-Index (auch Hamburger-Index genannt) – der anhand von Abweichungen von einem weltweit gleichen Preis für einen Big Mac nach Währungsumrechnung Über- und Unterbewertungen von Währungen veranschaulicht.

Die Arbeitsverdienste lagen in den OECD-Ländern 2006 im Durchschnitt bei 35 800 US-\$ zu laufenden Wechselkursen. In KKP ausgedrückt betrugen die Durchschnittsarbeitsverdienste 32 800 US-\$. Dieser niedrigere KKP-Wert legt den Schluss nahe, dass die Wechselkurse der Währungen vieler Länder gegenüber dem US-Dollar höher waren als der Kurs, zu dem die Kosten eines Standardwaren- und -dienstleistungskorbs überall gleich hoch wären.

Durchschnitts- und Medianverdienste

Die meisten in diesem Bericht dargelegten Ergebnisse fußen auf dem Durchschnittsarbeitsverdienst. Allerdings stützen sich viele Schlüsselindikatoren auch auf Schätzungen des Medianverdiensts, d.h. das Verdienstniveau, über oder unter dem jeweils die Hälfte der Arbeitsentgelte liegt. In der Tabelle unten auf der nächsten Seite, die der *OECD Earnings Distribution Database* entnommen ist, sind die Medianverdienste in Prozent der Durchschnittsverdienste dargestellt. Zwischen den Ländern sind große Differenzen festzustellen. Das breite Einkommensspektrum in Ungarn und den Vereinigten Staaten hat zur Folge, dass der Medianverdienst nur etwa drei Vierteln des Durchschnittsverdiensts entspricht. Demgegenüber macht der Medianverdienst in Belgien, Deutschland, den Niederlanden und Schweden nahezu 90% des Durchschnittsverdiensts aus. Die Tabelle zeigt ferner das unterste Einkommensdezil, dem 10% der Arbeitskräfte angehören. In den untersuchten Ländern liegt es bei etwa 50% des Durchschnittsverdiensts, ein Niveau, das als „geringer Verdienst“ bezeichnet wird. Das oberste Dezil – in dem sich 10% der Arbeitskräfte befinden – entspricht im Schnitt 160% des Durchschnittsverdiensts. Als „Spitzenverdiener“ gelten Personen, die 150% des Durchschnittsverdiensts beziehen.

Überarbeitung der Verdienstdaten von 2004

Seit der zweiten Ausgabe von *Renten auf einen Blick* sind die Schätzungen des Verdiensts eines Durchschnittsarbeiters überarbeitet worden. Konkrete Auswirkungen hatte diese Revision nur auf die Ergebnisse von acht Ländern; von der Türkei und dem Vereinigten Königreich einmal abgesehen, ist der Effekt verhältnismäßig gering. Für das Vereinigte Königreich wurde der Durchschnittsverdienst von 27 150 £ (49 747 US-\$) auf 29 312 £ (53 708 US-\$) nach oben korrigiert. Da die Grundrente ein wichtiger Bestandteil der obligatorischen Altersvorsorge ist, wird die Ersatzquote für den Durchschnittsverdiener durch diese Aufwärtskorrektur deutlich reduziert.

Weitere Informationen

OECD (2007), *Benefits and Wages*, Paris.

OECD (2007), *Renten auf einen Blick – Staatliche Politik im OECD-Ländervergleich*, Paris.

OECD (2008), *Taxing Wages 2006-2007*, Paris.

OECD-Messgrößen des Durchschnittsverdiensts, 2006

Landeswährungen und US-\$, Wechselkurse zu Marktpreisen und KKP

OECD-Messgrößen des Durchschnittsverdiensts				US-\$-Wechselkurs		OECD-Messgrößen des Durchschnittsverdiensts				US-\$-Wechselkurs	
Landeswährung	Marktwährung	US-\$, KKP	Marktpreise	KKP		Landeswährung	Marktwährung	US-\$, KKP	Marktpreise	KKP	
Australien	55 200	41 600	39 100	1.33	1.41	Niederlande	39 700	49 900	44 800	0.8	0.888
Belgien	37 700	47 300	42 400	0.8	0.89	Norwegen	397 800	62 000	43 200	6.41	9.21
Dänemark	330 900	55 700	39 200	5.94	8.44	Österreich	36 700	46 100	42 600	0.8	0.86
Deutschland	42 400	53 200	48 700	0.8	0.87	Polen	29 300	9 400	15 700	3.1	1.87
Finnland	33 500	42 100	34 800	0.8	0.97	Portugal	15 300	19 300	21 700	0.8	0.706
Frankreich	31 000	38 900	34 200	0.8	0.91	Schweden	324 600	44 000	35 600	7.37	9.12
Griechenland	23 000	28 900	32 800	0.8	0.7	Schweiz	72 400	57 800	42 200	1.25	1.71
Irland	30 000	37 600	29 500	0.8	1.01	Slowak. Rep.	231 200	7 800	13 500	29.65	17.13
Island	3 480 000	49 800	34 000	69.9	102.49	Spanien	21 200	26 500	27 300	0.8	0.774
Italien	24 600	30 900	27 100	0.8	0.86	Tschech. Rep.	234 800	10 400	16 500	22.59	14.19
Japan	4 988 900	42 900	40 100	116.35	124.46	Türkei	15 600	10 900	16 700	1.43	0.939
Kanada	40 600	35 800	33 700	1.13	1.2	Ungarn	1 988 700	9 500	15 400	210.4	129.19
Korea	30 440 200	32 000	40 000	951.82	762	Ver. Königreich	31 500	58 000	49 200	0.54	0.645
Luxemburg	43 600	54 800	45 900	0.8	0.95	Ver. Staaten	39 400	39 400	39 400	1	1
Mexiko	73 200	6 700	10 600	10.9	7.22						
Neuseeland	43 000	27 500	28 200	1.54	1.52	OECD		35 800	32 800		

Anmerkungen: KKP = Kaufkraftparität. Für Irland und die Türkei sind keine Angaben zu Durchschnittsverdiensten in Landeswährung verfügbar, für sie wird die Definition des durchschnittlichen Industriearbeiters zu Grunde gelegt. Geldwerte für die Türkei dividiert durch 1 000 000. Die Durchschnittsverdienste werden auf die nächsten 100 und die Wechselkurse auf Dezimalstellen gerundet.

Quelle: OECD (2008), *Taxing Wages 2006-2007* und *OECD Main Economic Indicators*.

Punkte in der Verdienstverteilung (in % des Durchschnittsverdiensts)

	Unterstes Dezil	Median	Oberstes Dezil
Australien	51.1	86.1	159.3
Belgien	65.5	88.7	132.6
Deutschland	53.0	89.3	161.1
Finnland	61.6	87.9	148.7
Irland	43.9	85.6	172.7
Italien	63.6	87.7	152.2
Japan	54.4	88.0	160.2
Korea	44.0	88.0	170.0
Neuseeland	48.5	86.4	165.2
Niederlande	53.6	89.1	156.4
Norwegen	60.7	87.4	128.3
Polen	41.2	81.7	168.4
Schweden	63.7	88.1	147.3
Spanien	39.9	80.3	168.5
Tschech. Rep.	52.5	87.1	153.9
Ungarn	36.9	74.4	180.4
Ver. Königreich	46.5	82.9	162.5
Ver. Staaten	36.9	77.4	179.1
OECD18	51.0	85.3	159.3

Quelle: OECD-Earnings Distribution Database.

Auswirkungen von Revisionen der Verdienstdaten auf die Bruttoersatzquoten der Durchschnittsverdiener, 2004

	Ersatzquote (%)		Differenz
	Vorher	Nachher	
Island	77.5	77.1	-0.4
Irland	32.5	31.9	-0.6
Luxemburg	88.3	87.9	-0.4
Mexiko	35.8	36.6	+0.8
Portugal	54.1	54.0	-0.1
Türkei	72.5	80.9	+8.4
Ver. Königreich	30.8	29.9	+0.9
Ver. Staaten	41.2	38.7	-2.5

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/651863743170>

TEIL III

Länderprofile

Im folgenden Teil dieser Publikation werden die Parameter und Regeln der nationalen Rentensysteme im Profil dargestellt. Zuvor bietet die Einleitung jedoch einen Vergleich der Hauptmerkmale der Profile zwischen den einzelnen Ländern und gibt einen Überblick über den Inhalt der Länderprofile. Ferner sind die Parameter und Regeln der Rentensysteme in einer Tabelle zusammengefasst.

Einleitung

Wesentliche konzeptionelle Merkmale der Rentensysteme

In dem oben beschriebenen „Berichtsrahmen für *Renten auf einen Blick*“ wurden die wesentlichen Bestandteile der nationalen Renteneinkommenssysteme in Kategorien eingestuft (vgl. Abb. 0.1 im „Berichtsrahmen“). Bei den ersten beiden Kategorien handelt es sich um obligatorische Komponenten. Kategorie 1 umfasst staatliche Systeme, deren Augenmerk auf der Sicherung ausreichender Renteneinkommen liegt. Kategorie 2 umfasst staatliche oder private Systeme, die vorrangig auf die Sicherung von Renteneinkommen abzielen, die einen gewissen Teil des Verdiensts während der Erwerbstätigkeit ersetzen. In Tabelle III.1 sind die wesentlichen Merkmale dieser beiden Kategorien zusammengefasst: die wichtigsten Parameter und Regeln, die ausschlaggebend für die Höhe der später bezogenen Renteneinkommen sind.

Kategorie 1, Umverteilungssysteme

Das Niveau der von den Umverteilungssystemen der ersten Kategorie gewährten Leistungen wird als Prozentsatz des Durchschnittsverdiensts in den einzelnen Ländern ausgedrückt (vgl. den Indikator „Durchschnittsverdienste“ in Teil II). Da einige Länder über einen Mix aus verschiedenen Programmen verfügen, ist das Leistungsniveau für jedes Land einzeln dargestellt. Im Rahmen der Grundsicherung wird eine Pauschalleistung gewährt, die entweder vom Wohnsitz (z.B. in den Niederlanden und Neuseeland) oder von der Zahl der Beitragsjahre (z.B. in Irland und im Vereinigten Königreich) abhängig ist. Bei Systemen mit bedürftigkeitsabhängigen Leistungen wird ein bestimmtes Einkommensniveau angestrebt, und die Leistungen verringern sich im Verhältnis zu allen anderen Einnahmequellen. Bei Mindestrenten hingegen wird bei der Berechnung des Leistungsniveaus lediglich die Höhe des Renteneinkommens berücksichtigt.

Im Fall der Mindest- und der Grundrenten sind die Rentenansprüche von Personen dargestellt, die ab dem Alter von 20 Jahren bis zum Erreichen des *Regelrentenalters* ununterbrochen erwerbstätig waren. Wie aus den letzten Zeilen der Tabelle III.1 ersichtlich, liegt das Regelrentenalter in den meisten OECD-Ländern bei 65 Jahren. Nur bei sehr geringem Verdienst dürften Personen mit kompletter Erwerbsbiografie Anspruch auf bedürftigkeitsabhängige Leistungen haben; bei der Mehrzahl der Leistungsempfänger handelt es sich eher um Personen mit kurzer und unterbrochener Versicherungsbiografie¹. In der letzten Reihe ist der Gesamtbetrag der Rentenansprüche aus der ersten Leistungskategorie für Rentner mit vollständiger Erwerbsbiografie dargestellt. In einigen Fällen ist es den Rentnern möglich, verschiedenartige Leistungen der ersten Kategorie gleichzeitig in Anspruch zu nehmen, wohingegen sie in anderen Fällen nur im Rahmen eines einzigen Programms anspruchsberechtigt sind.

Im OECD-Durchschnitt belaufen sich die Leistungen aus den Systemen der ersten Kategorie auf 27% des nationalen Durchschnittsverdiensts. In Belgien, Luxemburg und Neuseeland sind die Leistungen im Verhältnis zum Durchschnittsverdienst besonders hoch. Am niedrigsten sind sie in Deutschland, Finnland, Japan, Ungarn und den Vereinigten Staaten, wo die Leistungen weniger als 20% des nationalen Durchschnittsverdiensts ausmachen.

Kategorie 2, Versicherungssysteme

Die Informationen zur zweiten Kategorie, die Renteneinkommenssysteme in Form von Versicherungen umfasst, sind separat für die verdienstabhängige Altersversicherung und Systeme mit Beitragsprimat aufgeführt.

Tabelle III.1 Zusammenfassung der Rentenversicherungsparameter und -regeln

	Australien	Öster- reich	Belgien	Kanada	Tschech. Republik	Dänemark	Finnland	Frankreich	Deutsch- land	Griechen- land
Kategorie 1 (in % des Durchschnittsverdiensts)										
Bedürftigkeitsabhängige Rente	23	26	22	18	23	18	18	22	19	11
Grundrente	–	–	–	14	8	18	–	–	–	–
Mindestrente	–	–	28	–	11	–	–	23	–	34
Insg. (bei kompletter Erwerbsbiografie)	23	26	28	32	23	36	18	23	19	34
Kategorie 2										
Verdienstabhängige Rente										
Typ	n.v.	DB	DB	DB	DB	n.v.	DB	DB/EP	EP	DB
Steigerungssatz (in % des individuellen Verdiensts)	–	1.78	1.33	0.63	0.45 [w] ¹	–	1.5 [a] ²	1.75 [w] ^{3,4}	1.00	2.57 ³
Verdienstmessgröße	–	40	L	b34	f30	–	L	b25/L	L	f5
Valorisierung	–	w ⁵	p	w	w	–	80 w/20 p	p/p	w ⁶	⁷
Indexierung	–	d	p	p (c)	33 w/67 p	–	20 w/80 p	p/p	w ⁶	d
Beitragsprimat (DC)										
Beitragsatz (in % des individuellen Verdiensts)	9	–	–	–	–	1 + 10.8 ⁸	–	–	–	–
Bemessungsgrenze (in % des Durchschnittsverdiensts)										
Öffentlich	–	146	118	104	n.v.	–	–	99	149	325 ⁹
Privat/betrieblich	244	–	–	–	–	–	n.v.	298	–	–
Rentenalter										
Regelrentenalter	65	65	65	65	65	65	65	61	67	65
(Frauen)					62-65 ¹⁰					
Frühverrentung	55		60	60	60		62		63	55
(Frauen)					59-60 ¹⁰					

Die angegebenen Parameter beziehen sich auf 2006, in ihnen sind jedoch sämtliche gesetzlichen Änderungen berücksichtigt, die erst später wirksam werden. Zum Beispiel setzen einige Länder das Rentenalter herauf und erweitern die Verdienstmessgröße für die Leistungsberechnung; das Rentenalter der Frauen ist nur angegeben, wenn es von dem der Männer abweicht. Angabe der Frühverrentung nur soweit relevant.

n.v. = nicht verfügbar; – = nicht relevant; [a] = altersabhängig; b = Zahl der besten Jahre; (c) = Indexierung abhängig von der Finanzlage der Rentenversicherung; d = diskretionäre Indexierung; f = Zahl der letzten Jahre; fr = Valorisierung zu einem gesetzlich festgelegten Satz; L = Lebensarbeitszeitdurchschnitt; p = Valorisierung/Indexierung gegenüber Preisentwicklung; w = Valorisierung/Indexierung gegenüber Durchschnittsverdiensten; [w] = verdienstabhängig; [y] = abhängig von der Zahl der Versicherungsjahre.

BIP = an das Bruttoinlandsprodukt gebunden; DB = Leistungsprimat; DC = Beitragsprimat; EP = Entgeltpunkte; NDC = *Notional Accounts* (fiktiver Zinssatz).

1. Tschechische Republik: Höhere Steigerungssätze bei geringerem Verdienst, niedrigere Steigerungssätze bei höherem Verdienst.
2. Finnland: Höherer Steigerungssatz für ältere Erwerbstätige.
3. Frankreich und Griechenland: In den angegebenen Daten sind zwei verschiedene Programme zusammengefasst.
4. Frankreich: Höhere Steigerungssätze bei höherem Verdienst bei betrieblichen Altersvorsorgeplänen.
5. Österreich: Es wird davon ausgegangen, dass die Valorisierung auf Verdienstindeizierung umgestellt wird, da der Zeitraum für die Berechnung des Durchschnittsverdiensts verlängert wird.
6. Deutschland: Indexierung und Valorisierung unterliegen einem Nachhaltigkeitsfaktor.
7. Griechenland: Valorisierung entsprechend Rentenerhöhungen für Beschäftigte des öffentlichen Sektors.
8. Dänemark: 1% entfällt auf das obligatorische spezielle Rentensystem, 10,8% ist der Regelbeitragssatz des quasi-obligatorischen betrieblichen Vorsorgesystems.
9. Griechenland: Die effektive Beitragsbemessungsgrenze errechnet sich aus der Höchstrente.
10. Tschechische Republik: Rentenalter der Frauen abhängig von der Kinderzahl.

Die Informationen über die verdienstabhängige Altersversicherung beginnen mit dem Systemtyp: Leistungsprimat, Entgeltpunkte oder fiktive Konten (*Notional Accounts*). Der wichtigste Parameter, der über Unterschiede beim Rentenversicherungswert entscheidet, ist der Steigerungssatz pro Beitragsjahr, d.h. der Satz, zu dem den Versicherten die Rentenansprüche für jedes Versicherungsjahr angerechnet werden. Der Steigerungssatz ist als Prozentsatz des „versicherten“ Verdiensts ausgedrückt. In den meisten Systemen wird nur ein Teil des Verdiensts bei der Berechnung der Renten berücksichtigt.

Tabelle III.1 (Forts.) Zusammenfassung der Rentenversicherungsparameter und -regeln

	Ungarn	Island	Irland	Italien	Japan	Korea	Luxemburg	Mexiko	Niederlande	Neuseeland
Kategorie 1 (in % des Durchschnittsverdiensts)										
Bedürftigkeitsabhängige Rente	–	18 ¹¹	32	–	19	–	–	–	–	–
Grundrente	–	9	34	–	16	22	10	4.6	31	39
Mindestrente	16	–	–	–	–	–	38	28	–	–
Insg. (bei kompletter Erwerbsbiografie)	16	27	34	22	19	22	38	28	31	39
Kategorie 2										
Verdienstabhängige Rente										
Typ	DB	DB	n.v.	NDC	DB	DB	DB	n.v.	DB	n.v.
Steigerungssatz (in % des individuellen Verdiensts)	1.22	1.40	–	1.75	0.55	1	1.85 [y] ¹²	–	1.75 ¹³	–
Verdienstmessgröße	L	L	–	L	L	L	L	–	L ¹⁴	–
Valorisierung	w	(fr)	–	BIP	w	w	w	–	w (c)	–
Indexierung	50 w/50 p	p	–	p ¹⁵	p	p	w	–	w (c)	–
Beitragsprimat (DC)										
Beitragssatz (in % des individuellen Verdiensts)	8	–	–	–	–	–	–	6.5 ¹⁶	–	–
Bemessungsgrenze (in % des Durchschnittsverdiensts)										
Öffentlich	220	–	–	367	149	142	231	–	–	–
Privat/betrieblich	220	n.v.	–	–	–	–	–	607	n.v.	–
Rentenalter										
Regelrentenalter	62	67	66	65	65	65	65	65	65	65
(Frauen)				60						
Frühverrentung			65	60	60	60	57	60	60	
(Frauen)										

11. Island: Umfasst zwei verschiedene Programme.

12. Luxemburg: Steigerungssatz nimmt bei längeren Versicherungsbiografien zu.

13. Niederlande: Uneinheitliche Steigerungssätze in den verschiedenen betrieblichen Altersvorsorgeplänen.

14. Niederlande: Die Verdienstmessgröße ist bei rund zwei Dritteln der betrieblichen Altersvorsorgepläne der Durchschnittsverdienst und bei einem Drittel der letzte Verdienst.

15. Italien: Volle Preisindexierung geringer Rentenbezüge, 90%ige oder 75%ige Preisindexierung höherer Rentenbezüge.

16. Mexiko: Zusätzlicher Beitrag in Höhe von 5,5% des Mindestlohns als Grundrente ausgewiesen. Der niedrigere Wert des berechneten Steigerungssatzes gilt für Frauen.

Im Fall von Entgeltpunktesystemen entspricht der in Tabelle III.1 angegebene effektive Steigerungssatz den Kosten eines Entgeltpunkts im Verhältnis zum Entgeltpunktwert, ausgedrückt als Prozentsatz des individuellen Verdiensts. Daraus ergeben sich, wie aus den Steigerungssätzen in Systemen mit Leistungsprimat, die pro Jahr erworbenen Rentenansprüche im Verhältnis zum Verdienst desselben Jahrs. In den *Notional-Accounts*-Systemen wird der effektive Steigerungssatz auf die gleiche Weise berechnet, um den jährlichen Rentenanspruch als Prozentsatz des Verdiensts eines gegebenen Jahrs zu erhalten. Die Berechnungen, die vom Beitragssatz, fiktiven Zinssatz und Umwandlungsfaktor abhängen, sind in Queisser und Whitehouse (2006) genauer beschrieben.

In etwas weniger als der Hälfte der Länder mit verdienstabhängigen Altersvorsorgeplänen (aller drei Arten) sind die Steigerungssätze linear. In den anderen Ländern schwankt der Umfang der jährlich erworbenen Rentenansprüche je nach der Höhe des Verdiensts des Versicherten, der Zahl der Beitragsjahre oder dem Alter des Versicherten.

In acht Fällen ist der Steigerungssatz von der Verdiensthöhe abhängig (in Tabelle III.1 durch [w] dargestellt). In den öffentlichen Rentenversicherungssystemen der Tschechischen Republik, Portugals, der Schweiz und der Vereinigten Staaten ist der Steigerungssatz progressiv gestaltet, so dass die Ersatzquote für Geringverdiener höher ist. Im Vereinigten Königreich folgt die Entwicklung des Steigerungssatzes einer U-Kurve, d.h. er ist bei Geringverdienern am höchsten, sinkt dann und

Tabelle III.1 (Forts.) Zusammenfassung der Rentenversicherungsparameter und -regeln

	Norwegen	Polen	Portugal	Slowak. Republik	Spanien	Schweden	Schweiz	Türkei	Ver. Königreich	Ver. Staaten
Kategorie 1 (in % des Durchschnittsverdiensts)										
Bedürftigkeitsabhängige Rente	31	–	16	–	–	26	24	5	19	18
Grundrente	16	–	–	–	–	–	–	–	14	–
Mindestrente	–	24	32	22 ¹⁷	27	–	18	37	14 ¹⁷	–
Insg. (bei kompletter Erwerbsbiografie)	31	24	32	22	27	26	24	37	28	18
Kategorie 2										
Verdienstabhängige Rente										
Typ	EP	NDC	DB	EP	DB	NDC	DB	DB	DB	DB
Steigerungssatz (in % des individuellen Verdiensts)	1.05 [w] ¹⁸	0.67	2.25 [w] ¹⁹	1.19	3.0 [y] ²⁰	1.21 [w]	[w/a]	2.0	0.89 [w] ²¹	0.91 [w] ¹⁹
Verdienstmessgröße	b20	L	L	L	f15	L	L	L	L	b35
Valorisierung	w	w ²²	25 w/75 p	w	p	w	fr (2.0%)	BIP	w	w ²⁴
Indexierung	p	p ²²	p/BIP ²³	50 w/50 p	p	w-1.6 (c)	50 w/50 p	p	p	p
Beitragsprimat (DC)										
Beitragssatz (in % des individuellen Verdiensts)	2.0	7.3	–	9	–	2.5 + 4.5 ²⁵	–	–	–	–
Bemessungsgrenze (in % des Durchschnittsverdiensts)										
Öffentlich	188	250	n.v.	300	164	111	106	265	105	240
Privat/betrieblich	–	–	–	–	–	–	106	–	–	–
Rentenalter										
Regelrentenalter	67	65	65	62	65	65	65	65	68	67
(Frauen)		60					64			
Frühverrentung			55		60	61	63			62
(Frauen)							62			

17. Slowakische Republik und Vereinigtes Königreich: Mindestrente errechnet sich aus der Mindestgutschrift.

18. Norwegen: Niedrigerer Steigerungssatz bei höherem Verdienst.

19. Portugal und Vereinigte Staaten: Höhere Steigerungssätze bei geringerem Verdienst, niedrigere Steigerungssätze bei höherem Verdienst.

20. Spanien: Höherer Steigerungssatz für die ersten Jahre der Erwerbstätigkeit, sinkt bei längeren Erwerbsbiografien.

21. Vereinigtes Königreich: Steigerungssatz am höchsten bei geringem Verdienst, dann geringer, dann wieder höher.

22. Polen: Anpassung an das Wachstum der Reallohnsumme, mindestens aber an die Entwicklung der Preisinflation. Die Indexierung war zu 80% an den Preisen und zu 20% an den Löhnen orientiert, wurde aber 2005 auf die Preise umgestellt.

23. Portugal: Die Preisindexierung wird für geringe Rentenbezüge höher, für höhere Renten geringer sein. Die Indexierung wird großzügiger, je höher das BIP-Wachstum ausfällt.

24. Vereinigte Staaten: Verdienstvalorisierung bis zum Alter von 60 Jahren, keine Anpassung von 60-62 Jahren; Preisvalorisierung von 62-67 Jahren.

25. Schweden: Der Beitragssatz für individuelle Rentensparpläne liegt bei 2,5%. Die Beitragssätze der quasi-obligatorischen betrieblichen Altersvorsorgepläne betragen bei den niedrigeren Verdienstranchen 4,5% und bei den höheren Verdienstranchen 30% (im größten System für Arbeitskräfte des privaten Sektors).

Quelle: Von den amtlichen Stellen der jeweiligen Länder zur Verfügung gestellte Informationen und OECD-Berechnungen. Vgl. die Länderprofile weiter unten.

steigt schließlich bei einem höheren Verdienst wieder. In Norwegen ist der Steigerungssatz bei höherem Verdienst geringer. In den betrieblichen Altersvorsorgesystemen Frankreichs und Schwedens sind die Leistungen so gestaltet, dass der Umverteilungseffekt der öffentlichen Rentenversicherung ausgeglichen wird. Versicherten mit hohem Verdienst wird für den Verdiensteil oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze des öffentlichen Systems eine höhere Ersatzquote gewährt.

In der betrieblichen Altersvorsorge Finnlands und der Schweiz erhöht sich der Steigerungssatz mit dem Alter (durch [a] dargestellt).

In zwei Ländern ändert sich der Steigerungssatz nach Dauer der Erwerbstätigkeit ([y]). In Luxemburg wird Personen mit einer längeren Beitragsbiografie ein höherer Steigerungssatz gewährt. In Spanien gibt es drei verschiedene Steigerungssätze. Im Vergleich zur Situation in Luxemburg ist die Entwicklung dort umgekehrt: Der Steigerungssatz ist für die ersten Versicherungsjahre am höchsten und für die letzten Jahre längerer Versicherungsbiografien am niedrigsten.

Verdienstmessung für die Rentenberechnung

Die Rentenansprüche bei Systemen mit Leistungsprimat werden im Verhältnis zum vergangenen Verdienst der Versicherten berechnet, der jedoch in den einzelnen Ländern unterschiedlich gemessen wird. Tabelle III.1 zeigt, ob es sich um den über die gesamte Dauer der Erwerbstätigkeit berechneten Durchschnittsverdienst oder um den während einer bestimmten Zahl „bester oder letzter Jahre“ bezogenen Verdienst handelt. Es sei daran erinnert, dass sich die hier aufgeführten Informationen auf die langfristigen Bestimmungen des Systems beziehen.

In 17 OECD-Ländern wird für die Rentenberechnung der Verdienstdurchschnitt des gesamten Erwerbslebens zu Grunde gelegt. In Kanada, der Tschechischen Republik und den Vereinigten Staaten wird der Durchschnitt über den größten Teil des Erwerbslebens berechnet (30-35 Jahre). In Österreich wird der für die Rentenberechnung berücksichtigte Zeitraum schrittweise auf 40 Jahre angehoben. Es gibt jedoch einige Ausnahmen. In Griechenland und Spanien wird das Endgehalt (über die letzten 5 bzw. 15 Jahre) für die Rentenberechnung zu Grunde gelegt. Die Leistungen aus dem öffentlichen Rentensystem Frankreichs und Norwegens basieren auf dem während der besten 20 bzw. 25 Jahre bezogenen Verdienst.

Wertanpassung

Eng verknüpft mit der Verdienstmessgröße ist die Politik der Wert- oder Rentenanpassung, durch die der Wert des vergangenen Verdiensts aktualisiert wird, um den Veränderungen des Lebensstandards in der Zeit zwischen dem Entstehen der Rentenansprüche und der Auszahlung der Renten Rechnung zu tragen. (Dies wird zuweilen Anpassung an das Einkommen vor dem Ruhestand genannt.) Basieren die Leistungen auf dem Verdienst des letzten Jahrs, ist eine solche Anpassung nicht nötig. Dagegen ist es erforderlich, den Wert der Rentenansprüche anzupassen, wenn sich der für die Rentenhöhe maßgebliche Verdienst auf einen längeren Zeitraum bezieht. Die Aktualisierung des Entgeltpunktwerts und des fiktiven Zinssatzes in Entgeltpunktesystemen bzw. *Notional-Accounts*-Systemen sind die exakten Entsprechungen zur Valorisierung in Systemen mit Leistungsprimat (wegen weiterer Einzelheiten vgl. Queisser und Whitehouse, 2006, Kasten 4).

Die Valorisierungsregeln haben starke Auswirkungen auf die Rentenansprüche, was auf einen „Zinseszinsseffekt“ zurückzuführen ist. Bei Zugrundelegung der in diesem Bericht verwendeten Annahmen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung – d.h. einem Reallohnwachstum von 2% und einer Teuerungsrate von 2,5% – sind die Renten von Personen mit vollständiger Erwerbsbiografie (zwischen dem Alter von 20 und 65 Jahren) im Falle einer Anpassung an die Preisentwicklung um 40% niedriger als bei einer vollen Wertanpassung des Verdiensts früherer Jahre an die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts.

Am üblichsten ist die – von 15 OECD-Ländern befolgte – Praxis, den Verdienst früherer Jahre entsprechend dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts zu aktualisieren. Belgien, Frankreich, Island und Spanien aktualisieren den Verdienst jedoch nur in Bezug auf die Preisinflation, wobei aber in Spanien der Effekt relativ gering ist, da nur der Verdienst der letzten 15 Jahre in der Rentenformel berücksichtigt wird, gegenüber 25 Jahren im öffentlichen Rentensystem Frankreichs und dem auf die Lebensarbeitszeit bezogenen Verdienstdurchschnitt in Belgien und im Rahmen der französischen betrieblichen Vorsorgepläne. Finnland, Portugal und die Türkei aktualisieren den Verdienst früherer Jahre anhand einer kombinierten Preis-/Lohnindexierung.

Systeme mit Beitragsprimat

Der wichtigste Parameter von Systemen mit Beitragsprimat ist der Verdienstanteil, der vom Arbeitnehmer, vom Arbeitgeber oder vom Staat auf das individuelle Konto eingezahlt werden muss. Die Beitragssätze im Rahmen dieser Systeme unterscheiden sich zwischen den einzelnen Ländern erheblich. Die Beitragssätze der obligatorischen Systeme mit Beitragsprimat in den nordischen Ländern sind relativ niedrig: 1% in Dänemark, 2% in Norwegen und 2,5% in Schweden. Allerdings werden die betrieblichen Altersvorsorgepläne in Dänemark und Schweden als „quasi-obligatorisch“ eingestuft, da nahezu die gesamte Erwerbsbevölkerung durch diese Systeme versichert ist. Die Beitragssätze im Rahmen dieser Pläne liegen in Dänemark in der Regel bei 10,8% des Verdiensts; in Schweden betragen sie bei den niedrigeren Verdienstranchen 4,5% und bei den

höheren Verdienstranchen 30% (im größten System für Arbeitskräfte des privaten Sektors). Der durchschnittliche Beitragssatz in den acht dargestellten Ländern beläuft sich auf 8,3%.

Beitragsbemessungsgrenzen

In den meisten Ländern müssen Arbeitskräfte mit hohem Einkommen nicht auf ihren gesamten Verdienst Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichten. Üblicherweise wird eine Obergrenze festgelegt, die sowohl bei der Berechnung der Beitragshöhe als auch der Rentenhöhe Anwendung findet. Diese Obergrenze des Versichertenverdiensts hat starke Auswirkungen auf die Struktur, den Umfang und die Kosten der Systeme der zweiten Kategorie. Im Durchschnitt von zwanzig Ländern liegt die Beitragsbemessungsgrenze der öffentlichen Rentenversicherung bei 190% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts. (Nicht einbezogen sind die acht Länder, in denen es keine öffentlichen Rentenversicherungssysteme gibt, in denen eine Beitragsbemessungsgrenze anwendbar wäre, wie bei Grund- oder Sozialrentensystemen, sowie die zwei Länder, in denen bei der öffentlichen Rentenversicherung keine Beitragsbemessungsgrenze vorgesehen ist.)

In Tabelle III.1 sind (separat) auch die Beitragsbemessungsgrenzen der obligatorischen privaten Rentensysteme sowie der betrieblichen Altersvorsorgepläne des öffentlichen Sektors in Frankreich und Finnland angegeben. In drei der neun Länder, in denen es solche Programme gibt, sind keine Bemessungsgrenzen vorgesehen. Es handelt sich um Finnland, Island und die Niederlande. Die Beitragsbemessungsgrenzen der betrieblichen Altersvorsorge in Frankreich und Schweden belaufen sich auf das 3- bzw. das 2,8-Fache der Bemessungsgrenze der öffentlichen Rentenversicherung. In den 22 Ländern, in denen Systeme mit Beitragsbemessungsgrenzen vorhanden sind, betragen diese im Durchschnitt insgesamt 230% und liegen damit deutlich über der Bemessungsgrenze der öffentlichen Rentenversicherungen allein.

Rentenanspruchsalter

Das Regelrentenalter liegt in der Mehrzahl der OECD-Mitgliedsländer für Männer und Frauen bei 65 Jahren. Das Regelrentenalter der Frauen ist in einigen Ländern zwar nach wie vor niedriger als das der Männer, es wird in den meisten von diesen jedoch schrittweise dem der Männer angeglichen (z.B. in Belgien, Ungarn und im Vereinigten Königreich). Nur Italien, die Schweiz und Polen planen das niedrigere Regelrentenalter für Frauen langfristig beizubehalten.

Island, Norwegen und die Vereinigten Staaten haben ein Regelrentenalter von 67 Jahren, und andere Länder, z.B. Dänemark, Deutschland und das Vereinigte Königreich, werden das Rentenalter auf über 65 Jahre anheben.

In über der Hälfte der OECD-Länder ist jedoch eine Frühverrentung möglich, die aber gewöhnlich mit einer Leistungsminderung verbunden ist.

Indexierung der laufenden Rentenzahlungen

Der Begriff Indexierung bezieht sich hier auf die Anhebungen des Werts der Rentenzahlungen ab dem Zeitpunkt ihrer Inanspruchnahme (Whitehouse, 2009). In der Regel werden die Rentenleistungen gemäß einem Verbraucherpreisindex angepasst. In Finnland, der Schweiz, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarn gibt es eine kombinierte Preis-/Lohnindexierung.

Griechenland, Italien, Österreich und Portugal haben progressive Indexierungsmechanismen eingeführt, bei denen der Wert geringer Rentenzahlungen stärker angehoben wird als der höherer Leistungen. In Italien ist für geringe Renten eine Anpassung der ausgezahlten Renten an die Preisentwicklung in vollem Umfang vorgesehen, wohingegen der Prozentsatz bei der Anpassung höherer Renten variiert. In Portugal gibt es eine Mischindexierung an die Preis-/BIP-Entwicklung; wie stark die Erhöhung ausfällt, ist sowohl von der Rentenhöhe als auch von der BIP-Wachstumsrate abhängig.

Indexierung der Rentensystemparameter

Die Indexierung betrifft nicht nur die laufenden Rentenzahlungen, sondern auch die Rentensystemparameter. In Systemen mit bedürftigkeitsabhängigen Leistungen und Systemen mit Grundrente ist die Anpassung des Leistungsniveaus zum Zeitpunkt der Rentenbeantragung stärker als die der laufenden Rentenzahlungen.

Als Beispiel soll hier das Grundrentensystem des Vereinigten Königreichs dienen. Dieses System wurde im Jahr 1981, als der Rentenwert 24% des Durchschnittsverdiensts entsprach, an die Preisentwicklung angebunden. Heute liegt der Rentenwert dort lediglich bei 14% des Durchschnittsverdiensts. Die Änderung des Indexierungsverfahrens verringerte nicht nur die Leistungsansprüche der Rentenempfänger, sondern auch die aller künftig Erwerbstätigen. Wenn das Indexierungsverfahren beibehalten würde, entspräche die Grundrente der künftig Erwerbstätigen einem sehr geringen Prozentsatz des Durchschnittsverdiensts, wenn sie in 45 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

In Kanada und Schweden ist das System der bedürftigkeitsabhängigen Leistungen ebenfalls an die Preisentwicklung gebunden (während im Vereinigten Königreich nun die Entwicklung des Durchschnittsverdiensts zu Grunde gelegt wird). Die Folge hiervon ist, dass auf Grund der langen Zeiträume, über die sich rentenpolitische Maßnahmen erstrecken, zu erwarten ist, dass diese Programme fast völlig verschwinden. Die Mindestrentenbezüge für die in 45 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen wären sehr niedrig. Es ist daher schwer vorstellbar, dass es politisch möglich sein wird, bedürftigen alten Menschen ein dermaßen geringes Einkommen zuzugestehen. Infolgedessen dürften diese Maßnahmen kaum haltbar sein und in der Tat auf Dauer nicht aufrechterhalten werden.

Ein ähnliches Argument lässt sich auch in Bezug auf andere Parameter des Rentensystems anführen, z.B. im Hinblick auf die Beitragsbemessungsgrenze bei Systemen der verdienstabhängigen Rentenleistungen, die in einigen Ländern (z.B. Kanada) preisindexiert sind.

Die Modellrechnung in diesem Bericht geht daher explizit davon aus, dass diese Leistungen und Parameter an die Entwicklung der Durchschnittsverdienste und nicht der Preise gebunden sind, selbst wenn dies in den gesetzlichen Bestimmungen anders festgelegt wurde. Offensichtlich hat diese Hypothese bei der Berechnung des Werts der in Aussicht gestellten Rente einen erheblichen Effekt auf die Ergebnisse.

Überblick über die Länderprofile

Für die Länderprofile wird ein einheitlicher Berichtsrahmen verwendet. An erster Stelle finden sich eine kurze Zusammenfassung über das nationale Renteneinkommenssystem und eine Tabelle mit den wesentlichen Indikatoren. Diese Hintergrundtabelle veranschaulicht den Durchschnittsverdienst, die öffentlichen Rentenausgaben, die Lebenserwartung und den Rentnerquotienten (die Zahl der Rentner je 100 Arbeitskräfte). Dabei werden sowohl die entsprechenden Daten für das jeweilige Land als auch der Durchschnitt für den OECD-Raum insgesamt angegeben.

Danach folgt eine ausführliche Beschreibung der Regeln und Parameter der Altersvorsorgepläne, aus denen sich die Renteneinkommenssysteme der einzelnen Länder zusammensetzen. Diese sind wie folgt strukturiert:

- *Anspruchskriterien:* zulässiges Alter für den Renteneintritt (bzw. Rentenalter) und Zahl der erforderlichen Beitragsjahre.
- *Rentenberechnung:* geltende Regeln für die verschiedenen Bestandteile des Rentensystems, wie Grund-, bedürftigkeitsabhängige und Mindestrenten sowie öffentliche, verdienstabhängige und obligatorische private Vorsorgepläne.
- *Freiwillige private Altersvorsorge:* Die Parameter der üblichen freiwilligen Altersvorsorgepläne werden für die Länder angegeben, für die die Ersatzquoten gemäß diesen Rentenplänen in den Indikator „Bruttoersatzquoten: öffentliche und private Systeme“ in Teil II einbezogen wurden.
- *Abweichende Erwerbsbiografien 1:* die Regeln und Bedingungen, nach denen Arbeitskräfte vorzeitig in den Ruhestand gehen bzw. über das Regelrentenalter hinaus erwerbstätig sein können, und die Auswirkungen auf die Rentenansprüche.
- *Abweichende Erwerbsbiografien 2:* die Regeln zur Sicherung der Renten von Personen, die auf Grund von Arbeitslosigkeit oder Kinderbetreuung nicht erwerbstätig sind.

Die Behandlung von Rentnern in Bezug auf Einkommensteuer- und Sozialversicherungsbeiträge wird in dieser Ausgabe aus Platzgründen nicht beschrieben². Diese Daten sind jedoch in der Internet-Fassung der Länderprofile enthalten, die unter www.oecd.org/els/social/pensions/PAG

einzelnen abgerufen werden können. Informationen zu den von den Arbeitskräften entrichteten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sind OECD (2007) zu entnehmen.

Der Wert aller Rentenparameter und sonstiger relevanter Größen, z.B. Mindestlöhne, sind in Landeswährung sowie als Prozentsatz des Durchschnittsverdiensts angegeben. (Vgl. den Indikator „Durchschnittsverdienste“ in Teil II.)

In jedem Länderprofil sind die erwarteten relativen Rentenniveaus, die Ersatzquoten und das Rentenvermögen bei verschiedenen individuellen Verdienstniveaus in obligatorischen Rentensystemen in einer Tabelle aufgeführt. (Vgl. Teil I dieses Berichts wegen Informationen zu Definition und Messgrößen der unterschiedlichen Indikatoren.) Diese Werte sind sowohl brutto als auch netto angegeben (im Nettobetrag sind sowohl die in der Einzahlungsphase als auch die in der Auszahlungsphase zu entrichtenden Steuern und Sozialabgaben berücksichtigt).

In Übersichtsschemata wird der relative Bruttorentenwert nach den verschiedenen Bestandteilen des Rentensystems aufgeschlüsselt (erste Reihe der Abbildungen). Bei der Beschreibung der verschiedenen Systeme wurde soweit möglich dieselbe Terminologie verwendet. Das jeweils dargestellte nationale System ist im Text des entsprechenden Länderkapitels beschrieben. In den Legenden zu den Abbildungen werden einige Standardkurzbezeichnungen verwendet:

- *SA* (Social Assistance): Sozialhilfe,
- *Sozialrente*: gesondertes System der bedürftigkeitsabhängigen Leistungen für Senioren,
- *Mindestrente*: bezieht sich auf die Mindestrente innerhalb eines Systems der verdienstabhängigen Leistungen,
- *Grundrente*: Rente, deren Höhe nur von der Zahl der Beitrags- oder Wohnsitzjahre abhängig ist,
- *verdienstabhängiges System*: sämtliche verdienstabhängigen gesetzlichen Rentenversicherungssysteme, einschließlich der *Notional-Accounts*- und Punktesysteme sowie der herkömmlichen Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat (*Defined Benefit* – DB),
- *Beitragsprimat (Defined Contribution – DC)*: obligatorische private Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat,
- *Betriebsrente (betriebliche Altersvorsorge)*: obligatorische bzw. quasi-obligatorische, vom Arbeitgeber, der Branche (Niederlande), den Berufsorganisationen (Schweden) oder dem Staat (Finnland, Frankreich) angebotene Altersvorsorge.

In der zweiten Reihe der Länderabbildungen sind die Auswirkungen der Einkommensteuer und der Sozialabgaben auf den relativen Rentenwert und die Ersatzquote dargestellt, wobei die Brutto- und Nettobeträge angegeben werden.

In den Abbildungen wird eine Standardskala verwendet, um den Vergleich zwischen den verschiedenen Ländern zu erleichtern: Die Ersatzquotenskala reicht bis 125%, die Skala der relativen Rentenwerte bis zum 2,5-Fachen des Durchschnittsverdiensts. Die Abbildungen zeigen die Rentenansprüche von Personen, deren Arbeitsverdienst zwischen 50% und 200% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts liegt.

Anmerkungen

1. Vgl. die Erörterung der Sicherheitsnetze für Ältere in Kasten 2.1 im Sonderkapitel „Einkommen und Armut älterer Menschen“ sowie die hier in Teil III folgenden Länderprofile wegen Informationen zu den Leistungen für solche Arbeitskräfte.
2. Die von den Arbeitskräften entrichteten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge beziehen sich für alle OECD-Länder auf die im Jahr 2006 geltenden Sätze.

Literaturverzeichnis

OECD (2007), *Taxing Wages*, Paris.

Queisser, M. und E.R. Whitehouse (2006), „Neutral or Fair? Actuarial Concepts and Pension-System Design“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 40, OECD, Paris.

Whitehouse, E.R. (2009), „Pensions, Purchasing-Power Risk, Inflation and Indexation“, Social, Employment and Migration Working Paper, No. 77, OECD, Paris.

Australien

Australien: Das Rentensystem im Jahr 2006

Australiens Alterseinkommenssystem setzt sich aus drei Komponenten zusammen: einer bedürftigkeitsabhängigen Altersrente, die über das allgemeine Steueraufkommen finanziert wird, der *Superannuation guarantee*, die aus Pflichtbeiträgen der Arbeitgeber zur privaten Altersvorsorge besteht (hauptsächlich im Rahmen von Systemen mit Beitragsprimat), und freiwilligen Rentenbeiträgen sowie sonstigen privaten Ersparnissen, zu denen zur Förderung der Eigenvorsorge ermutigt wird.

Wesentliche Indikatoren

		Australien	OECD
Durchschnittsverdienst	AUD	55 200	47 600
	USD	41 600	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	3.5	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	81.1	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.9	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	21.5	23.8

Anspruchskriterien

Altersrente wird Männern ab dem vollendeten 65. Lebensjahr gezahlt. Das Rentenalter der Frauen – gegenwärtig 63 Jahre – wird schrittweise angehoben, so dass es ab 2014 bei 65 Jahren liegen wird. Das Mindestalter für die Auszahlung der Leistungen aus der *Superannuation guarantee* beträgt derzeit 55 Jahre, wird sich aber bis 2025 schrittweise auf 60 Jahre erhöhen.

Rentenberechnung

Beitragsprimat

Die *Superannuation guarantee* wurde 1992 eingeführt. Sie besteht aus Pflichtbeiträgen der Arbeitgeber zu privaten Altersvorsorgeplänen. Diese Altersvorsorgepläne können vom Arbeitgeber, von Industrieverbänden, Finanzinstituten oder sogar von den betreffenden Personen selbst verwaltet werden. Der Pflichtbeitragsatz beläuft sich seit dem Finanzjahr 2002-2003 auf 9% der Arbeitnehmerverdienste.

Für Arbeitskräfte mit einem Monatsverdienst von weniger als 450 \$A (was 5 400 \$A im Jahr entspricht) müssen die Arbeitgeber keine Beiträge entrichten, es steht ihnen jedoch frei, dies zu tun (anzumerken ist, dass dieser Mindestbetrag in der Vergangenheit nicht angehoben wurde). Darüber hinaus gibt es eine Beitragsbemessungsgrenze: Für den Teil des Verdiensts der Arbeitnehmer, der diese Grenze überschreitet, müssen die Arbeitgeber keine Beiträge entrichten. Im Finanzjahr 2004/2005 betrug der Wert in jedem Quartal 32 180 \$A, 2005/2006 lag er in allen Quartalen bei 33 720 \$A. Die Beitragsbemessungsgrenze entspricht in etwa dem 2½-fachen der Durchschnittsarbeitentgelte und ist an eine Messgröße der durchschnittlichen Lohnentwicklung gekoppelt.

Im Auszahlungsstadium der *Superannuation guarantee* werden die Berechnungen komplizierter. Es gibt zwar einige betriebliche Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat, die meisten Arbeitnehmer sind jedoch über Systeme mit Beitragsprimat versichert. Die Versicherten können sich das angesammelte Kapital entweder als einmaligen Betrag oder als Einkommensstrom in der einen oder anderen Form auszahlen lassen. Derzeit entscheiden sich die meisten Versicherten für eine Einmalzahlung. Für Vergleiche mit anderen Ländern (in denen Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat dominieren) wird die Umwandlung des Kapitals aus der *Superannuation guarantee* in eine preisindexierte, regelmäßige Rentenzahlung (*annuity*) unterstellt. Die Berechnung dieser Rentenzahlung stützt sich auf die australischen Sterberaten.

Sozialrente

Die Sozialrente (*Age Pension*) soll diejenigen absichern, die im Lauf ihres Erwerbslebens nicht genügend Ersparnisse bilden konnten, und die Altersvorsorge weiterer Personen ergänzen. Um die Leistungen gezielt den Bedürftigen zukommen zu lassen, werden Einkommens- und Vermögensprüfungen (Bedürftigkeitsprüfungen) eingesetzt.

Der Wert der Sozialrente wird alle zwei Jahre angepasst, und die Auszahlung erfolgt im Zweiwochenrhythmus. Der Höchstrentensatz für Alleinstehende lag im September 2005 bei 489 \$A auf Zweiwochenbasis, im März 2006 wurde er auf 500 \$A und im September 2006 auf 512 \$A angehoben. (Alle Werte wurden auf den nächsten Dollarwert ab- bzw. aufgerundet.) Daraus ergibt sich ein Durchschnitt für das Finanzjahr in Höhe von 12 737 \$A jährlich, was 23% des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Der Rentenwert wird den anhand des Verbraucherpreisindex (VPI) gemessenen Preiserhöhungen angepasst. Gegebenenfalls wird er weiter angehoben, um sicherzustellen, dass die Sozialrente nicht unter 25% des durchschnittlichen wöchentlichen Gesamtrentensatzes sinkt, das eine männliche Arbeitskraft gemäß der nationalen Definition (die geringfügig von der in den OECD-Analysen verwendeten Definition des Durchschnittsverdiensts abweicht) vor Steuern bezieht.

Die Sozialrente wird schrittweise entzogen, sobald das Jahreseinkommen aus anderen Quellen einen bestimmten Freibetrag übersteigt. Dieser wird jährlich im Juli angepasst. 2006 lagen die entsprechenden Werte bei 124 \$A im ersten Halbjahr und 128 \$A im zweiten Halbjahr (wiederum auf Zweiwochenbasis berechnet). Der Grenzwert für das Finanzjahr 2006 erreichte somit 3 224 \$A bzw. etwa 5,8% des Durchschnittsverdiensts. Die Transferentzugsrate beträgt 40% (für Alleinstehende bzw. Paare zusammen). Darüber hinaus wird eine Vermögensprüfung durchgeführt. Allerdings ist bei über 90% der Betroffenen die Einkommens- und nicht die Vermögensprüfung für den Entzug der Leistungen ausschlaggebend (weshalb in der Modellrechnung unterstellt wurde, dass die Einkommensprüfung bindend ist). Nahezu 40% der Rentner erfahren auf Grund der Einkommensprüfung eine Leistungskürzung und beziehen daher nur einen verringerten Rentensatz. Leicht über 60% der Rentner beziehen den vollen Rentensatz.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Die Beanspruchung von Altersrenten (einschließlich Leistungen aus der *Superannuation guarantee*) ist gegenwärtig mit dem Übergang in den Ruhestand ab dem Alter von 55 Jahren möglich (das auf 60 Jahre angehoben wird). Personen, die weiter erwerbstätig sind, können ihre Leistungen ebenfalls ab dem 55. Lebensjahr beziehen, allerdings lediglich in Form eines nicht ablösbaren Einkommensstroms. Die Sozialrente wird nicht vor Erreichen des Regelrentenalters für Männer (65 Jahre) und Frauen (63 Jahre, wird bis 2014 auf 65 Jahre angehoben) gezahlt.

Spätverrentung

Es ist möglich, die Beantragung der *Superannuation guarantee* über das Alter von 65 Jahren hinaus zu verschieben. Die Arbeitgeber sind im Rahmen der *Superannuation-guarantee*-Bestimmungen verpflichtet, für ihre anspruchsberechtigten Mitarbeiter bis zum Alter von 70 Jahren Altersvorsorgebeiträge zu entrichten.

Auch die Beantragung der Sozialrente kann über das Alter von 65 Jahren hinaus aufgeschoben werden. Im Rahmen des Rentenbonusprogramms (*pension bonus scheme*) erhalten Anspruchsberechtigte, die ihren Rentenanspruch erst später geltend machen und weiter berufstätig bleiben, einen einmaligen steuerfreien Pauschalbetrag. Dieser wird ausgezahlt, wenn der Versicherte den Antrag stellt und die Sozialrente bezieht. Anspruchsberechtigt sind gemeldete Personen, die ab dem Registrierungsdatum mindestens 12 Monate berufstätig und jährlich mindestens 960 Stunden erwerbstätig waren. Die Bonuszahlung kann bis zu fünf Jahre zurückgestellt werden. Der Bonusbetrag ist vom Rentensatz abhängig, auf den die betreffende Person Anspruch hat, wenn sie

schließlich den Antrag stellt und Rente bezieht. Der Bonus entspricht 9,4% des Grundrentenanspruchs für das erste Jahr des Aufschubs. Für zwei Aufschubjahre entspricht der Bonus dem 4-Fachen dieses Betrags, für drei Jahre dem 9-Fachen, für vier Jahre dem 16-Fachen und für fünf Jahre dem 25-Fachen. Der höchste Bonus, der Fünfjahresbonus, entspricht dem 2,35-Fachen des jährlichen Höchstanspruchs auf eine Sozialrente.

Kinderbetreuung

Es gibt im Rahmen der *Superannuation guarantee* keinen besonderen Schutz für nicht in Erwerbsarbeit verbrachte Zeiträume. Für solche Zeiträume können freiwillige Beiträge entrichtet werden.

Die bedürftigkeitsabhängige Struktur der Sozialrente bietet Personen, die Zeiten aufweisen, in denen sie nicht erwerbstätig waren, einen gewissen Schutz, da sie diese absichert und die Alterseinkommen derjenigen ergänzt, die im Lauf ihres Erwerbslebens keine ausreichenden Ersparnisse bilden konnten.

Arbeitslosigkeit

Es gibt im Rahmen der *Superannuation guarantee* keinen besonderen Schutz für nicht in Erwerbsarbeit verbrachte Zeiträume. Für solche Zeiträume können freiwillige Beiträge entrichtet werden.

Zeiten der Arbeitslosigkeit können im Rahmen des *Superannuation*-Systems nicht angerechnet werden.

Ergebnisse des Rentenmodells: Australien

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	39.3	33.5	37.5	41.6	49.7	57.7
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	51.7	44.1	49.4	53.1	58.3	64.3
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	45.7	67.0	50.0	41.6	33.1	28.9
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	59.2	80.2	63.7	53.1	41.8	36.8
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.7 9.0	11.7 13.7	8.5 9.9	6.9 8.1	5.3 6.2	4.5 5.2
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.7 9.0	11.7 13.7	8.5 9.9	6.7 7.8	4.8 5.5	3.8 4.4

Belgien

Belgien: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das Rentensystem besteht aus zwei Komponenten: einer verdienstabhängigen öffentlichen Altersversorgung mit einer Mindestrente und einer bedürftigkeitsabhängigen Einkommenssicherung.

Wesentliche Indikatoren

		Belgien	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	37 700	28 600
	USD	47 300	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	9.0	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.5	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.8	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	28.7	23.8

Anspruchskriterien

Das Regelrentenalter für Männer ist 65 Jahre. Für Frauen beträgt das Rentenalter seit dem 1.1.2006 64 Jahre. Es wird am 1.1.2009 auf 65 Jahre angehoben. Nach der Gesetzgebung Belgiens erfordert eine vollständige Erwerbsbiografie 45 Beitragsjahre für Männer und 44 Jahre für Frauen (seit dem 1.1.2006). Seit dem 1.1.2009 ist auch für Frauen eine volle Erwerbsbiografie von 45 Beitragsjahren notwendig.

Männer und Frauen können ab dem Alter von 60 Jahren eine Frühverrentung beantragen, wenn sie die Bedingungen hinsichtlich der Beitragsjahre erfüllen. Seit dem 1.1.2005 kann die Rente bei Vorliegen von 35 Beitragsjahren mit 60 Jahren beantragt werden.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Die volle Quote für die Berechnung der Rente beträgt für alleinstehende Rentner 60% und für solche mit unterhaltsberechtigtem Ehepartner 75%. Der Jahressteigerungssatz liegt also bei $60\%/45 = 1,33\%$ für Männer (und ab 2009 auch für Frauen). Maßgeblich ist der durchschnittliche Verdienst über das gesamte Erwerbsleben. Für den Verdienst aus früheren Jahren wird eine Neubewertung entsprechend der Preisentwicklung vorgenommen, und gleichzeitig wird ein Neubewertungskoeffizient angewendet, um weiter zurückliegende Gehälter in Einklang mit den gestiegenen Lebensstandards zu bewerten (unterschiedlicher Koeffizient für jedes Jahr). Die Anwendung dieses Neubewertungskoeffizienten ist in dem Modell nicht berücksichtigt.

Die volle Rente wird gezahlt, sofern die obigen Anspruchskriterien erfüllt sind. Bei kürzeren Beitragszeiten wird die Rente zwar ausgezahlt, aber auf der Basis der niedrigeren Beitragsjahre berechnet.

Es gibt eine Bemessungsgrenze für den anrechnungsfähigen jährlichen Verdienst, die 2006 bei 44 081,27 Euro lag (rd. 117% des Durchschnittsverdiensts).

Die laufenden Rentenzahlungen werden entsprechend einem Verbraucherpreisindex angepasst (in dem bestimmte Güter nicht enthalten sind). Darüber hinaus werden diskretionäre reale Rentenerhöhungen zur Anpassung an den allgemeinen Lebensstandard vorgenommen. Diese Anpassungen waren in jüngster Zeit allerdings mehr auf die niedrigsten oder die am längsten bestehenden Renten konzentriert). Ab 2008 zwingt das Gesetz die Regierung dazu, Entscheidungen hinsichtlich der Rentenaktualisierung im Zweijahresrhythmus zu treffen, auf der Basis der Empfehlungen der Sozialpartner.

Es gibt zusätzliche Renteneinkommen („Urlaubs-“ und „Ergänzungs“-Leistungen), die einmal jährlich ausbezahlt werden. Bis zu einer Obergrenze von 525,50 Euro für Alleinstehende und 656,88 Euro für Rentner mit einem unterhaltsberechtigten Ehepartner entsprechen sie der Höhe einer Monatsrente (zum Stand von Mai 2006).

Mindestanrechnungsbetrag

Im Fall von Rentnern, die niedrige Einkommen hatten oder ihr gesamtes Erwerbsleben lang in Teilzeit beschäftigt waren, ist zur Anhebung der Rentenansprüche ein jährlicher Mindestanrechnungsbetrag vorgesehen. Bei einem Jahresverdienst von weniger als 14 810,70 Euro (Stichtag: 1.1.2006; entspricht rd. 39% des Durchschnittsverdiensts) wird der Referenzverdienst auf dieses Niveau angehoben. Ab dem 1.10.2006 wurde dieser Mindestanrechnungsbetrag in Folge des sogenannten „Generationenpakts“ auf 17 674,73 Euro angehoben. Anspruch auf diese Mindestanrechnung besteht nach mindestens 15 Versicherungsjahren, für einen Gegenwert von mindestens einem Drittel einer Vollzeitbeschäftigung. (Daraus ergibt sich eine effektive Mindestrente bei vollständigem Erwerbsverlauf für Alleinstehende mit 45 Beitragsjahren, die für jedes Beitragsjahr auf dieses Niveau angehoben wird.) Die Anwendung dieses Mindestanrechnungsbetrags kann nicht zur Auszahlung einer Rente von über 15 553,48 Euro führen, wenn es sich um eine „Familienrente“ handelt, bzw. von 12 442,78 Euro für eine Rente für eine „alleinstehende Person“. Sollte die Berechnung eine solche Rente ergeben, wird der Mindestanrechnungsbetrag nicht auf alle anrechnungsfähigen Beitragsjahre angewandt, bis die Rente wieder unter diese Bemessungsgrenze fällt.

Verdienstabhängige Mindestrente

Des Weiteren gibt es eine verdienstabhängige Mindestrente, die sich für Alleinstehende, die die Bedingungen in Bezug auf die Zahl der Beitragsjahre voll erfüllen (45 Jahre), zum 1.1.2006 auf 10 232,50 Euro belief (10 603,65 Euro ab dem 1.10.2006) bzw. auf 12 990,85 Euro für Personen mit unterhaltsberechtigtem Ehepartner (13 250,39 Euro ab dem 1.10.2006). Für Alleinstehende entspricht dies in etwa 28% des Durchschnittsverdiensts. Bei nicht vollständigen Erwerbsbiografien wird der Betrag auf einen Anteil der Mindestrente reduziert, wobei die Grundvoraussetzung allerdings ist, dass der Empfänger mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der erforderlichen Versicherungsjahre vorweisen kann. Ansonsten lässt sich die Rentenhöhe einfach durch die Anwendung der Rentenformel ermitteln (eine „Erhöhung“ der Rentenleistung entsprechend dem Wachstum der Mindestrente entfällt).

Die Mindestrente ist preisindexiert, wobei bestimmte Güter nicht im Index enthalten sind. Die Leistungen werden immer dann um 2% erhöht, wenn die kumulative Inflation seit der letzten Aktualisierung einen bestimmten Grenzwert übersteigt (2%).

Rentner erhalten von den beiden Mindestleistungen – der Mindestrente und der auf der Basis des garantierten Mindesteinkommens berechneten Rente – jeweils die höhere.

Einkommenssicherung: Sozialrente

Ältere Menschen, die keine durch berufliche Tätigkeit erworbenen Rentenansprüche besitzen oder deren Ansprüche sehr niedrig sind, können eine bedürftigkeitsabhängige Einkommenssicherung erhalten. Sie nennt sich GRAPA (*Garantie de revenu aux personnes âgées*) und gehört zu den Sozialhilfemaßnahmen, welche die Sozialversicherungsleistungen ergänzen (z.B. die gesetzliche Rente für Arbeitskräfte des Privatsektors, entsprechend der Modellrechnung).

Die Leistungen im Rahmen der bedürftigkeitsabhängigen Einkommenssicherung für die Älteren betragen 8 234,87 Euro (8 399,39 Euro ab dem 1.10.2006) für allein lebende Rentner (22% des Durchschnittseinkommens) und 5 489,91 Euro (5 599,59 Euro ab dem 1.10.2006) für in Gemeinschaft lebende ältere Menschen. Auch für diese Leistung ist eine Preisindexierung vorgesehen, bei der bestimmte Güter ausgeklammert sind. Bei der Bedürftigkeitsprüfung wird das „normale“ Renteneinkommen nur in Höhe von 90% des tatsächlichen Betrags eingerechnet.

Die Altersgrenzen entsprechen dem gesetzlichen Renteneintrittsalter: 65 Jahre. Während einer Übergangsphase (für zwischen dem 1.1.2006 und dem 31.12.2008 zugesagte GRAPA) können Frauen bereits im Alter von 64 Jahren GRAPA beantragen. Ab dem 1.1.2009 liegt das Mindestalter für alle bei 65 Jahren.

Freiwillige private Renten

Im Jahr 2003 wurde ein neues System „sektoraler Ergänzungsrenten“ eingeführt, um die zweite Säule des Rentensystems weiter auszubauen. Die Beitragssätze werden durch (branchenweite) Tarifverträge festgelegt und können je nach Branche unterschiedlich ausfallen. Diese betriebliche Altersvorsorge ist beitragsbezogen und betrifft etwa 56% der Beschäftigten. Die Modellrechnung geht von einem Beitragssatz von 4,25% aus, was etwa dem nationalen Durchschnitt entspricht.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Seit dem Jahr 2005 ist die Frühverrentung ab dem Alter von 60 Jahren möglich, bei vorausgesetzten 35 Beitragsjahren. Eine versicherungsmathematische Kürzung der Rentenhöhe ist nicht vorgesehen. Dennoch kann die volle Rente auf Grund der möglicherweise unvollständigen Erwerbsbiografie (weniger als 45 Jahre) u.U. nicht erreicht werden. Es gibt eine Verdienstprüfung, die die Möglichkeiten einer Kombination aus Frührente und Erwerbseinkommen begrenzt. Die Prüfung erfolgt nach strengeren Kriterien als die Verdienstprüfung nach Überschreiten des Regelrentenalters (siehe unten).

Für Rentenfälle, die nach dem 1.1.2007 und vor dem Jahr 2013 eintreten, wird in Folge des „Generationenpakts“ das Weiterarbeiten nach dem Alter von 62 Jahren oder länger als 44 Beitragsjahre durch einen Bonus belohnt (2 Euro für jeden gearbeiteten Tag, bis maximal 624 Euro – nicht indexiert – für jedes vollständig gearbeitete Jahr).

Spätverrentung

Die Inanspruchnahme der Rente kann auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus verschoben werden. Personen, die über das Rentenalter hinaus weiterarbeiten, können im Hinblick auf den Erwerb einer Vollrente oder einer noch höheren Rente Beitragsausfallzeiten in der Erwerbsbiografie kompensieren oder den Rentenbetrag aufbessern, da für die Berechnung der Rentenhöhe nur die letzten 45 Verdienstjahre (44 Jahre für Frauen) zu Grunde gelegt werden.

Ansonsten lassen sich Rentenleistungen und Arbeitsverdienste (nach dem Regelrentenalter) bis zu einer gewissen Grenze kombinieren. Bei einem Jahresarbeitsverdienst von weniger als 15 590,18 Euro (Alleinstehende) bzw. 19 300,98 Euro (mit einem unterhaltsberechtigten Kind) wird die Rente nicht gekürzt. Oberhalb dieser Grenze wird die Rente um den Betrag gekürzt, um den der Arbeitsverdienst die oben erwähnten Grenzen überschreitet. Liegen die tatsächlichen Arbeitsverdienste um 15% über diesen Grenzwerten, wird die Rente vollständig entzogen.

Vor dem gesetzlichen (normalen) Renteneintrittsalter sind die Grenzen für die Kumulierung von Renten und Einkommen auf 7 421,57 Euro bzw. 11 132,37 Euro beschränkt, mit derselben Einkommensbegrenzung von 15%.

Kinderbetreuung

Bis zu einer Höchstgrenze von insgesamt drei Jahren kann Kinderbetreuung als Erwerbstätigkeit angerechnet werden, wenn die betroffene Person den sogenannten „tijdskrediet“ erhält. Das Recht auf *tijdskrediet* steht allen Beschäftigten des Privatsektors zu, sie können eine vollständige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit oder eine Reduzierung der Arbeitszeit um die Hälfte erhalten, wenn sie während der 12 Monate vor Beginn des *tijdskrediet* mehr als drei Viertel der Regelarbeitszeit gearbeitet haben. Außerdem müssen sie innerhalb der letzten 15 Monate vor Beantragung des

tijdskrediet mehr als ein Jahr durchgehend bei demselben Arbeitgeber beschäftigt gewesen sein. Wenn sich eine Person vollständig vom Arbeitsmarkt zurückzieht, erhält sie keinen Ausgleich. Diese Jahre werden dem Zähler der Leistungsformel hinzugerechnet. In der Formel wird für den Wert der Einkünfte der letzte Verdienst vor dem Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt gerechnet.

Arbeitslosigkeit

Zeiten, in denen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen wurden, werden im Rahmen des Rentensystems angerechnet. Die Jahre der Arbeitslosigkeit werden dem Zähler der Leistungsberechnungsformel hinzugefügt, und das Erwerbseinkommen vor der Arbeitslosenphase wird der Kalkulationsbasis für den gesamten Zeitraum der Arbeitslosigkeit zu Grunde gelegt. Die Anzahl der angerechneten Jahre ist unbegrenzt. Die Anwendung dieser Zurechnung hat jedoch etwas niedrigere Rentenleistungen zur Folge als eine vollständige aktive Erwerbsbiografie, da der errechnete Betrag nicht unbedingt dem vollen realen Lohnwachstum über den berücksichtigten Zeitraum entspricht. Arbeitslosigkeit ab dem Alter von 62 Jahren oder nach 42 Beitragsjahren schließt die Beantragung des „Rentenbonus“ für die betroffenen Jahre aus.

Ergebnisse des Rentenmodells: Belgien

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	37.8	29.0	32.3	42.0	48.7	48.7
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	59.7	50.0	55.6	63.7	70.0	70.0
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	42.4	58.1	43.1	42.0	32.5	24.3
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	65.3	78.7	69.0	63.7	51.7	41.2
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.5	8.9	6.6	6.4	5.0	3.7
Nettoerenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.5	10.3	7.6	7.5	5.8	4.3
Nettoerenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.0	8.9	6.6	5.7	4.1	3.1
Nettoerenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.9	10.3	7.6	6.6	4.8	3.6

Dänemark

Dänemark: Das Rentensystem im Jahr 2006

Es gibt ein staatliches Grundsicherungssystem (öffentliche Altersrente, „folkepension“), bestehend aus einer Grundrente und einer einkommensabhängigen Zusatzrente. Eine bedürftigkeitsabhängige Ergänzungsleistung erhalten die finanziell am stärksten benachteiligten Rentner. Ferner gibt es zwei von den Versicherungszeiten abhängige Zusatzsysteme, die dänische Arbeitsmarkt-Zusatzrente (ATP) und das Besondere Vorsorgespargen (SP). Darüber hinaus sind über 90% der Vollzeitbeschäftigten durch eine tarifvertraglich vereinbarte obligatorische Betriebsrente abgesichert.

Wesentliche Indikatoren

		Däne- mark	OECD
Durchschnittsverdienst	DKK	330 900	212 700
	USD	55 700	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	5.4	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	78.4	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	82.7	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	25.3	23.8

Anspruchskriterien

Die Regelaltersgrenze beträgt derzeit 65 Jahre, wird jedoch im Zeitraum 2024-2027 stufenweise auf 67 Jahre angehoben. Für den Bezug einer vollen Rente im staatlichen Alterssicherungssystem muss der Empfänger mindestens 40 Jahre in Dänemark ansässig gewesen sein. Bei kürzeren Zeiten haben die Betroffenen Anspruch auf anteilige Leistungen.

Ein voller Anspruch auf die Arbeitsmarkt-Zusatzrente (ATP) und Leistungen aus dem Besonderen Vorsorgespargen (SP) setzt eine vollständige Erwerbsbiografie voraus. Das ATP-Programm wurde 1964 eingeführt. Es ist ein beitragsbezogenes System auf der Basis einer Kollektivversicherung. Das Vorsorgespargen wurde 1999 eingeführt und ist ein gesetzliches, rein auf Ersparnisse begründetes Programm, bei dem die Beiträge auf persönliche Konten eingezahlt werden.

Rentenberechnung

Grundrente

Die volle Grundrente beläuft sich auf 4 836 DKK pro Monat bzw. 58 032 DKK pro Jahr, was 17,5% des durchschnittlichen Arbeitsentgelts entspricht. Es gibt eine persönliche Verdienstprüfung, was bedeutet, dass die Grundrente reduziert wird, wenn das Arbeitsentgelt 246 500 DKK überschreitet (etwa drei Viertel des Durchschnittsverdiensts pro Jahr für einen durchschnittlichen Industriearbeiter). Liegt der Jahresarbeitsverdienst über diesem Betrag, werden die Leistungen um 30% gekürzt.

Sozialrente

Die volle Ergänzungsleistung beträgt für eine alleinstehende Person 4 868 DKK pro Monat bzw. 58 416 DKK pro Jahr und 27 276 DKK pro Jahr für Paare. Bei der Berechnung des tatsächlichen Betrags werden abgesehen von der staatlichen Rente alle sonstigen persönlichen Einnahmequellen berücksichtigt (einschließlich ATP, SP und Betriebsrenten). Falls das persönliche Einkommen 54 400 DKK übersteigt, wird die soziale Ergänzungsleistung um 30% des über dem Schwellenwert liegenden Einkommens einer alleinstehenden Person verringert. Für Paare wird diese Einkommensprüfung auf Einkommen oberhalb einer Schwelle von 109 200 DKK mit einer Rate von 15% berechnet.

In Verbindung mit der staatlichen Altersrente wurde 2004 eine neue Ergänzungsleistung von 6 300 DKK (2006) pro Jahr eingeführt. Die Ergänzungsleistung ist zu versteuern und wird einmal jährlich gezahlt. Sie ist bedürftigkeitsabhängig und den ärmsten Rentnern vorbehalten, die kaum liquide Ersparnisse besitzen (maximale Summe der liquiden Ersparnisse: 56 800 DKK).

Die staatliche Altersrente (die Grund- und Sozialrente sowie die Zusatzrente) und die Ergänzungsleistung werden jährlich entsprechend der Entwicklung des Durchschnittslohns angepasst. Die Anpassung basiert auf einem Index des Lohnanstiegs in den vorangegangenen zwei Jahren. Übersteigt das nominale Lohnwachstum 2%, dann wird ein Höchstbetrag von 0,3 Prozentpunkten des über 2% liegenden Lohnwachstums einem Reservefonds für Sozialausgaben zugeführt. Die Indexierung der Renten und anderen Sozialleistungen basiert daher auf dem Lohnanstieg abzüglich der an den Reservefonds abgeführten Beträge.

Betriebliche Altersvorsorge

Bei diesen Rentensystemen handelt es sich um von den Sozialpartnern ausgehandelte hundertprozentig kapitalgedeckte Versicherungen mit Beitragsprimat. Nahezu alle Arbeitnehmer werden von diesen Systemen erfasst. Die Beitragssätze liegen in der Regel zwischen 9% und 17% des Arbeitsentgelts. Im Jahr 2006 wurde der Beitragssatz für die meisten dänischen Arbeitnehmer auf 10,8% angehoben, und dieser Satz wird in der Modellrechnung zu Grunde gelegt. Die Leistungen werden generell in Form einer regelmäßigen Rente ausgezahlt. Der unterstellte Zinssatz beträgt 1,5% für Beitragszahlungen neueren Datums oder neue Programme. Allerdings operieren die Rentenprogramme auf der Basis einer Gewinnbeteiligung, wobei die Rentenerhöhungen von der Anlageverzinsung und Sterbeinzidenz im Fonds abhängt. Viele Rentenprogramme ermöglichen auch Pauschalauszahlungen. Seit dem Jahr 2000 müssen für die Berechnung der Jahreszahlungen geschlechtsneutrale Sterbetafeln verwendet werden.

Beitragsprimat

Bei der ATP handelt es sich um ein obligatorisches System mit Beitragsprimat, das hundertprozentig kapitalgedeckt ist und auf einer Kollektivversicherung basiert. Die ATP bietet eine lebenslange Rente ab dem Alter von 65 Jahren und eine Pauschalleistung für hinterbliebene Unterhaltsberechtigte im Falle des Ablebens des Berechtigten. Alle abhängig Beschäftigten und fast alle Empfänger von Sozialversicherungsleistungen sind erfasst. Die Teilnahme am ATP-System ist für Selbstständige freiwillig. Das Programm erfasst nahezu die gesamte Bevölkerung und ist fast universell.

Im Prinzip ist die Altersrente der ATP-Versicherung eine garantierte Anwartschaftsrente. Der Beitrag ist ein fester Betrag – also kein Anteil des Einkommens –, der sich nur nach der Anzahl geleisteter Arbeitsstunden richtet. Ein Vollzeitbeschäftigter zahlte im Jahr 2006 2 924 DKK. Zwei Drittel der Beitragsleistungen trägt der Arbeitgeber, ein Drittel der Arbeitnehmer. Die Gegenüberstellung der Beitragszahlungen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge) und der geleisteten Arbeitsstunden wird in der folgenden Tabelle gezeigt (für auf Monatsbasis entlohnte Arbeitskräfte):

Monatliche Arbeitsstunden	<39	39-77	78-116	>116
Beiträge (DKK) pro Monat bis 2009	0	81.3	162.6	243.9
Beiträge (DKK) pro Monat ab 2009	0	90	180	270

Der Beitrag wird angepasst, wenn die Sozialpartner dies im Rahmen von Tarifverträgen festlegen. In den letzten zwanzig Jahren wurde der Beitrag schrittweise mehr oder minder der Entwicklung des Durchschnittsverdiensts angepasst. In der Modellrechnung wird unterstellt, dass der Beitrag parallel zum Durchschnittsverdienst steigen wird. Für 2009 wurde eine Erhöhung von etwa 10% vereinbart.

Bis 2002 ergaben jeweils 396 DKK an Beiträgen 100 DKK an Rente ab dem 65. Lebensjahr, unabhängig vom Alter, in dem die Beiträge geleistet wurden. Dies implizierte eine Verzinsung von durchschnittlich rd. 4,5% (für alle Kohorten). Seit 2002 wird ein nominaler Zinssatz von 1,5% unterstellt. In der Modellrechnung wird vorausgesetzt, dass das ATP-Programm denselben Zinssatz abwirft, wie für kapitalgedeckte Rentenpläne mit Beitragsprimat in anderen OECD-Ländern unterstellt wird.

Das ATP-Programm hebt die Rentenzahlungen genauso an wie die Rentenansprüche, wenn die finanzielle Situation dies erlaubt. Dies erfolgt in Form von Prämienzahlungen. Steigerungen sind garantiert, ebenso wie erworbene Rechte.

In der Modellrechnung wird eine volle Indexierung an der Preisinflation unterstellt.

Ein völlig neues ATP-Rentenansammlungssystem ist im Jahr 2008 eingeführt worden. Die Modellrechnung basiert auf Swapzinssätzen, im Gegensatz zu festen Nominalzinssätzen von beispielsweise 1,5%.

Beitragsprimat (Besonderes Vorsorgesparen – SP)

Abhängig Beschäftigte, Selbstständige und Bezieher von Arbeitslosen- oder Krankengeld zahlen 1% ihres Arbeitsverdiensts in dieses obligatorische individuelle Rentenversicherungssystem ein. Derzeit werden die Investitionen zentral verwaltet. Seit 2005 ist es den Mitgliedern möglich, den Fondsmanager und die Zusammensetzung ihres Portefeuilles selbst zu wählen. Für die in den Programmen berücksichtigten Arbeitsentgelte gibt es keine Obergrenze. Die Leistungen werden im normalen Renteneintrittsalter von 65 Jahren gezahlt. Liegt der Saldo bei Erreichung der Altersgrenze von 65 Jahren unter 15 000 DKK, wird der Gesamtbetrag ausgezahlt und zu einem Steuersatz von 40% versteuert. Liegt er zwischen 15 000 DKK und 120 000 DKK, wird der Saldo über einen Zeitraum von zehn Jahren ausgezahlt. Überschreitet der Saldo bei Erreichung des normalen Rentenalters 120 000 DKK, erfolgen die Zahlungen monatlich über zehn Jahre. Die regelmäßigen Zahlungen sind einkommensteuerpflichtig.

Auf Grund von Übereinkünften wurden die Beitragszahlungen für das SP-Programm seit 2004 ausgesetzt. Das Modell ist auf eine langfristige Perspektive angelegt und geht davon aus, dass die Entrichtung der SP-Beiträge wieder aufgenommen wird.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Es gibt eine Teilfrührente für Arbeitnehmer im Alter von 60-65 Jahren, die weiter zwischen 12 und 30 Stunden wöchentlich tätig sind. Dieses System läuft derzeit aus. Es betrifft nur noch Arbeitskräfte, die vor dem 1. Januar 1959 geboren wurden. Der Empfänger dieser Rente muss seine Wochenarbeitszeit mindestens um sieben Stunden bzw. um ein Viertel der Gesamtzahl der durchschnittlich geleisteten Wochenstunden reduzieren. Die Teilrente berechnet sich als ein fester Betrag für jede Stunde, um die die Arbeitszeit reduziert wird. Der Betrag liegt bei etwa 76 DKK pro Stunde (2007). Seit 1999 wird die Rente derjenigen, die diese Option in Anspruch nehmen, gemindert.

Es gibt außerdem ein freiwilliges Frühverrentungssystem, das mit der Arbeitslosenversicherung verbunden ist und ab dem Alter von 60 Jahren (im Zeitraum von 2019-2022 wird dieses stufenweise auf 62 Jahre angehoben) bis zum normalen Renteneintrittsalter Leistungen zahlt. Anspruchsberechtigt sind all jene, die innerhalb der letzten 30 Jahre mindestens 25 Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt und in dieser Zeit freiwillige Frühverrentungsbeiträge entrichtet haben. Außerdem müssen sie zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung berechtigt sein, falls sie zum Zeitpunkt des Übergangs in das freiwillige Frühverrentungssystem arbeitslos sein sollten. Die Höhe der Leistungen entspricht der Arbeitslosenunterstützung, bis zu einer Bemessungsgrenze von 91% der maximalen Leistungen für Arbeitslose, entsprechend 3 110 DKK pro Woche für Vollzeitbeschäftigte und 2 075 DKK für Teilzeitbeschäftigte (Zahlen aus dem Jahr 2006). Freiwillige Frühverrentungsleistungen und die Sozialrente lassen sich nicht kombinieren.

Diejenigen, die sich dafür entscheiden, den Bezug von Frühverrentungsleistungen um mindestens zwei Jahre nach Eintritt des Anspruchs zu verschieben und die noch beschäftigt sind, erhalten höhere freiwillige Frühverrentungsleistungen, in Höhe der maximalen Arbeitslosenunterstützung (im Jahr 2006 entsprach dies 3 415 DKK wöchentlich). Für drei Jahre Vollzeitarbeit ab dem Zeitpunkt des Anspruchs auf freiwillige Frühverrentung oder eine vergleichbare Leistung wurde im Jahr 2006 eine einmalige Pauschalzahlung von bis zu 124 860 DKK geleistet.

Personen, die eines der Frühverrentungssysteme in Anspruch nehmen, beziehen ab Erreichung des Regelrentenalters von 65 Jahren die Regelaltersrente (auf Grund ihres Alters werden sie nicht von der gesetzlich vorgesehenen Anhebung des Renteneintrittsalters im Zeitraum von 2024-2027 betroffen sein).

Spätverrentung

Es besteht die Möglichkeit, die Inanspruchnahme der staatlichen Altersrente um bis zu zehn Jahre aufzuschieben. Der Wertzuwachs bei Aufschub um ein Jahr ist das Verhältnis zwischen der Zeitspanne des Aufschubs und der durchschnittlichen Lebenserwartung zum Zeitpunkt des Renteneintritts. Zum Beispiel zeigen die Bevölkerungsprojektionen der VN/Weltbank, dass die Lebenserwartung eines 68-Jährigen bei 17,1 Jahren liegt. Der Wertzuwachs bei Aufschub um ein Jahr im Alter von 67 wäre daher $1/17,1 = 5,8\%$.

Kinderbetreuung

Für Bezugszeiten von Mutterschafts-/Vaterschafts-/Elternleistungen wird der doppelte Beitragssatz zur ATP-Versicherung eingezahlt. Der Empfänger zahlt ein Drittel des Beitrags, zwei Drittel übernimmt der Staat/die Gemeinde. Die Mutterschafts-/Vaterschafts-/Elternleistungen können bis zu einer Höchstgrenze von 52 Wochen bezogen werden. Die vier Wochen vor und die ersten 14 Wochen nach der Geburt sind der Mutter vorbehalten. Der Vater hat Anspruch auf zwei Wochen innerhalb der ersten 14 Wochen nach der Geburt (Vaterschaftsurlaub). Die letzten 32 Wochen können Vater und Mutter unter sich aufteilen (Elternzeit). Personen, die nach Abschluss des Mutterschaftsurlaubs nicht wieder in den Arbeitsmarkt eintreten, um Kinder zu betreuen, gehen normalerweise auf ein anderes System über, das ebenfalls einen ATP-Beitrag vorsieht. In der Regel kehren die jungen Eltern am Ende der Elternzeit wieder an ihre Arbeitsstelle zurück, es sei denn das Kind ist z.B. krank oder behindert, in solchen Fällen gibt es normalerweise Möglichkeiten, gewisse staatliche Leistungen zu beziehen, die Beiträge zur ATP-Versicherung enthalten. Eltern in Mutterschafts-/Vaterschaftsurlaub oder Elternzeit haben bisher Beiträge zur SP geleistet und werden dies wieder tun, sobald die Zahlungen wieder aufgenommen werden. Es gibt keine Gutschriften bzw. Beiträge für die betriebliche Altersvorsorge für Kinderbetreuungszeiten ohne Beschäftigung.

Arbeitslosigkeit

Während einer Phase der Arbeitslosigkeit übernimmt die Arbeitslosenversicherung (oder die Gemeinde, falls keine Versicherung bestand) die Zahlungsverpflichtung des Arbeitgebers, und die ATP-Beiträge werden verdoppelt, wenn Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen werden (wenn es sich um Sozialhilfeleistungen handelt, bleibt der normale Betrag bestehen). Der Staat zahlt zwei Drittel des Beitrags, wenn die Arbeitslosenversicherung ausläuft und die betreffende Person Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe bezieht. Es gibt keine Gutschriften bzw. Beiträge für die betriebliche Altersvorsorge für Arbeitslosigkeitsphasen.

Ergebnisse des Rentenmodells: Dänemark

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	74.8	62.0	71.2	80.3	101.2	127.4
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	85.6	72.2	81.8	91.3	109.7	127.6
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	88.0	124.0	94.9	80.3	67.5	63.7
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	98.7	137.0	106.2	91.3	82.7	77.7
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.8 14.7	18.5 21.3	13.9 16.0	11.6 13.3	9.6 11.0	9.0 10.3
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.6 9.9	12.7 14.6	9.4 10.8	7.8 8.9	6.1 7.0	5.3 6.1

Deutschland

Deutschland: Das Rentensystem im Jahr 2006

Die gesetzliche Rentenversicherung beruht auf einer einzigen Säule und ist ein verdienstabhängiges System mit Umlageverfahren. Die Rentenberechnung basiert auf einem Entgeltpunktesystem. Für Rentner mit niedrigem Einkommen besteht ein Sicherheitsnetz in Form der Sozialhilfe.

Wesentliche Indikatoren

		Deutsch- land	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	42 400	28 600
	USD	53 200	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	11.4	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.8	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.9	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	32.2	23.8

Anspruchskriterien

Die Rente wird Personen, die 1964 oder später geboren sind, ab 67 Jahren bei mindestens fünf Beitragsjahren und ab 63 Jahren bei 35 Beitragsjahren gezahlt. Bei weniger als fünf Versicherungsjahren besteht kein Leistungsanspruch.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Ein Jahresbeitrag bezogen auf den Durchschnittsverdienst aller abhängig Beschäftigten ergibt einen Entgeltpunkt. Der zu Grunde gelegte Durchschnittsverdienst ist in etwa identisch mit dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst nach der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Auf einem niedrigeren oder höheren Einkommen basierende Beiträge bringen proportional weniger oder mehr Entgeltpunkte. Die Beiträge werden auf Jahresverdienste bis zu 63 000 Euro (2006) erhoben. Die Obergrenze entspricht 214% des zu Grunde gelegten Durchschnittsverdiensts. Dieses betrug 2006 29 494 Euro, was 70% der OECD-Messgröße des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Bei Renteneintritt werden die Entgeltpunkte aller Beitragsjahre zusammengerechnet. Die Summe der Entgeltpunkte wird mit dem „aktuellen Rentenwert“ multipliziert, der sich im Kalenderjahr 2006 auf 313,56 Euro jährlich belief. Der aktuelle Rentenwert gilt für Neurentner wie auch für bereits im Ruhestand lebende Personen. Er wird jährlich entsprechend der Brutto Lohnentwicklung angepasst, wobei aber noch zwei weitere Faktoren ins Spiel kommen. Der erste Faktor betrifft Veränderungen der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zu den geförderten freiwilligen betrieblichen und privaten Altersvorsorgesystemen. Ein Anstieg der Beitragssätze führt zu einer geringeren Anpassung des aktuellen Rentenwerts. Der zweite, der sogenannte „Nachhaltigkeitsfaktor“, verknüpft die Anpassung des aktuellen Rentenwerts mit dem Rentnerquotienten, d.h. dem Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern.

Mit der Einbeziehung dieser Faktoren in die Rentenanpassungsformel wird das Ziel verfolgt, den Anstieg des Beitragssatzes, der derzeit bei 19,9% liegt, auf 22% zu begrenzen. Das steigende Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern wird zu einer Indexierung an weniger als den Durchschnittsverdienst führen. Langfristig wird die Anpassung des aktuellen Rentenwerts voraussichtlich 18% unter dem Anstieg des Durchschnittsverdiensts liegen.

Der für die Berechnung der Entgeltpunkte zu Grunde gelegte Durchschnittsverdienst wie auch der aktuelle Rentenwert weichen in den neuen Bundesländern etwas ab. Es wird davon ausgegangen, dass diese Differenz mit der Angleichung der Löhne langfristig nicht mehr bestehen wird.

Sozialhilfe

Für Personen mit niedrigem Einkommen gibt es Sozialhilfeleistungen, auf die auch Rentner Anspruch haben. Der Sozialhilfesatz lag 2006 in den alten Bundesländern bei 8 172 Euro pro Jahr, einschließlich der durchschnittlichen Miet- und Heizkostenzuschüsse; dies entspricht 19,3% des Durchschnittsverdiensts.

Freiwillige private Altersvorsorge

Es gibt eine zusätzliche freiwillige private Rente, die von Banken, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds angeboten wird. Der Beitragssatz für diese sogenannte *Riesterrente* wird stufenweise angehoben und erreichte im Jahr 2008 4%. Der Erfassungsgrad der betrieblichen Altersvorsorge beträgt 64% der abhängig Beschäftigten, und die private Vorsorge erreicht 44%. Es gibt zahlreiche verschiedene Arten von freiwilligen privaten und betrieblichen Vorsorgesystemen in Deutschland, und es kommt oft zu Doppelzahlungen zwischen diesen beiden Kategorien. Der Großteil der Vorsorge geschieht inzwischen auf beitragsbezogener Basis, und es wird von einem Beitragssatz von 4% ausgegangen: Dies ist der häufigste Satz, da es sich um die Obergrenze für die erheblichen staatlichen Zulagen handelt.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Für Personen, die 1964 oder später geboren sind, ist die Frühverrentung ab 63 Jahre und 35 Beitragsjahren (acht davon unmittelbar vor dem Renteneintritt) mit Abzügen möglich. Bei Renteneintritt vor Vollendung des 67. Lebensjahrs verringern sich die Leistungen um 3,6% pro Jahr des vorgezogenen Rentenbezugs. Außerdem sind die Rentenansprüche im Vergleich zum Rentenbezug mit 67 Jahren wesentlich geringer, da die Erwerbstätigkeit um zwei Jahre kürzer ist und in dieser Zeit keine Entgeltpunkte mehr erworben werden. Frühverrentung ohne Abzüge im Alter von 65 Jahren ist unter Voraussetzung von 45 Beitragsjahren möglich.

Spätverrentung

Bei Renteneintritt nach Erreichen des 67. Lebensjahrs beträgt der Steigerungssatz für jedes zusätzliche Jahr der Erwerbstätigkeit 6%.

Kinderbetreuung

Der Staat zahlt Rentenbeiträge für bis zu drei Jahre pro Kind, das ab 1992 geboren wurde. Diese Leistung kann ein Elternteil, ob beschäftigt oder nicht beschäftigt, für sich in Anspruch nehmen bzw. von beiden Eltern untereinander aufgeteilt werden. Die Jahre werden in Höhe von einem Entgeltpunkt pro Kind angerechnet (entsprechend den Beiträgen auf der Basis des Durchschnittsverdiensts). Für die Betreuung von Kindern bis zum Alter von 10 Jahren sind ebenfalls Entgeltpunkte vorgesehen. Diese Jahre zählen im Hinblick auf die Berücksichtigungszeit und haben außerdem Auswirkungen auf die Rentenansprüche. Falls die Personen arbeiten und Beiträge zahlen, solange die Kinder unter 10 Jahre alt sind, bzw. bei Betreuung von mindestens zwei Kindern unter 10 Jahren erhalten die Eltern einen Bonus von bis zu 0,33 Entgeltpunkten pro Jahr. Die so erworbenen Ansprüche können einen Entgeltpunkt pro Jahr insgesamt nicht übersteigen.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenversicherung zahlt für die Arbeitslosen in das Rentensystem ein. Während der ersten Phase der Arbeitslosigkeit (Bezug von Arbeitslosengeld I) werden die Beiträge auf der Basis von 80% des letzten Bruttoentgelts gezahlt. Diese erste Phase dauert je nach Alter und Beitragsjahren zwischen 6 und 24 Monaten. Danach bezieht die arbeitslose Person Arbeitslosengeld II, welches zu einem niedrigeren Satz berechnet wird und außerdem bedürftigkeitsabhängig ist. In dieser Zeit zahlt die Arbeitslosenversicherung Beiträge zur Rentenversicherung auf der Basis von 205 Euro pro Monat, so dass für jedes Jahr des Bezugs von Arbeitslosengeld II 0,0834 Entgeltpunkte erworben werden.

Ergebnisse des Rentenmodells: Deutschland

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	38.3	21.5	32.3	43.0	63.9	63.9
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	56.5	34.9	49.3	61.3	84.8	84.8
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	43.0	43.0	43.0	43.0	42.6	32.0
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	61.5	59.2	61.1	61.3	60.3	44.4
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.2	7.2	7.2	7.2	7.1	5.3
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.0	6.6	6.2	5.8	5.3	4.0
	7.1	7.8	7.3	6.8	6.3	4.7

Finnland

Finnland: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das Zweisäulensystem besteht aus einer staatlichen Grundrente (Volksrente), deren Höhe vom Einkommen abhängig ist, und einer Reihe gesetzlicher verdienstabhängiger Rentenprogramme, die für die einzelnen Gruppen sehr ähnliche Bestimmungen vorsehen. Die Rentenversicherungen für Arbeitnehmer des privaten Sektors funktionieren z.T. nach dem Kapitaldeckungsverfahren, während die Systeme für den öffentlichen Dienst nach dem Umlageverfahren finanziert werden (wobei Stabilisierungsfonds eingerichtet worden sind, um künftige Erhöhungen der Rentenbeiträge auszugleichen). 2005 wurde in Finnland eine umfassende Rentenreform eingeführt, und alle hier dargelegten Bestimmungen tragen diesen Reformmaßnahmen Rechnung.

Wesentliche Indikatoren

		Finnland	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	33 500	28 600
	USD	42 100	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	8.4	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.5	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.1	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	26.9	23.8

Anspruchskriterien

Die Volksrente unterliegt einer Wohnsitzprüfung, jedoch keiner Beitragspflicht, und wird ab einem bestimmten Niveau der verdienstabhängigen Rente nicht mehr gezahlt. Die Volksrente wird ab dem Alter von 65 Jahren ausgezahlt. Anspruch auf eine volle staatliche Rente haben Personen mit 40-jährigem gewöhnlichen Aufenthalt als Erwachsene, bei kürzeren Aufenthaltszeiten werden proportionale Anpassungen vorgenommen. Eine frühere Inanspruchnahme der Volksrente ist zwischen 62 und 65 Jahre möglich (die Frührente kann ab Beginn des Monats nach Vollendung des 62. Lebensjahrs bezogen werden).

Im verdienstabhängigen Rentensystem ist das Rentenalter seit 2005 flexibel zwischen 63 und 68 Jahren, d.h. bis einschließlich des Monats, in dem das 68. Lebensjahr vollendet wird. Die Frühverrentung ist im Alter zwischen 62 und 63 Jahren möglich, und der Renteneintritt kann bis nach Erreichen des 68. Lebensjahrs hinausgeschoben werden. Es gibt keine Wartezeiten oder Eurogrenzen für den Erwerb von Rentenansprüchen im System der verdienstabhängigen Leistungen, obgleich ein Mindestverdienstniveau für die Rentenversicherung vorgeschrieben ist. Rentenansprüche entstehen erst ab dem Alter von 18 Jahren.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Von den verschiedenen verdienstabhängigen Rentensystemen wird hier das Programm für Arbeitnehmer des privaten Sektors (TEL) berücksichtigt.

Seit 2005 beträgt der Steigerungssatz für den Rentenanspruch 1,5% des anrechnungsfähigen Einkommens im Alter von 18-52 Jahren, 1,9% zwischen 53 und 62 Jahren und 4,5% zwischen 63 und 67 Jahren. Bei einer Person mit vollständiger Erwerbsbiografie, die vom 20. Lebensjahr bis zum Rentenalter von 65 Jahren berufstätig war, beträgt der über das gesamte Erwerbsleben angesammelte Rentenanspruch 77,5% des anrechnungsfähigen Arbeitsverdiensts (unter der Annahme, dass der anrechnungsfähige Arbeitsverdienst während des gesamten Erwerbslebens konstant bleibt).

Der anrechnungsfähige Arbeitsverdienst basiert seit 2005 auf dem Durchschnittsverdienst der gesamten Erwerbslaufbahn. Da jedoch je nach Altersgruppe unterschiedliche Steigerungssätze für den Rentenanspruch gelten (siehe oben), hat der Arbeitsverdienst älterer Arbeitskräfte an der Gesamtrente ein höheres Gewicht. Bei der Berechnung des anrechnungsfähigen Arbeitsverdiensts wird der Betrag, der dem Rentenversicherungsbeitrag des Arbeitnehmers entspricht, vom Arbeitsverdienst abgezogen. 2006 lagen die Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer unter 53 Jahre bei 4,3% und der Arbeitnehmer ab 53 Jahre bei 5,4%. Anzumerken ist jedoch, dass die Ersatzquoten im Verhältnis zum gesamten Bruttoarbeitsverdienst ausgewiesen werden (damit sie mit jenen anderer Länder vergleichbar sind) anstatt zu dieser Messgröße des anrechnungsfähigen Arbeitsverdiensts.

Die Arbeitsverdienste aus früheren Jahren werden anhand eines Mix aus gesamtwirtschaftlichen Arbeitsentgelten und Preisen neu bewertet. Seit 2005 erhält der Lohnindex eine Gewichtung von 80% und der Preisindex eine Gewichtung von 20%. Bei den Basisannahmen für die Preise und das Lohnwachstum verringert sich das Rentenniveau auf Grund dieser Politikmaßnahme auf 91,5% im Vergleich zu einer Politik der voll an der Lohnentwicklung orientierten Wertanpassung des Verdiensts früherer Jahre. Nach Renteneintritt wird die verdienstabhängige Rente anhand einer Formel angepasst, in der die Lohninflation 20% und die Preisinflation 80% ausmacht.

Ab 2010 werden neue verdienstabhängige Renten entsprechend der gestiegenen Lebenserwartung zum Stand von 2009 gekürzt. (Die Berechnungen basieren auf zeitverzögerten Sterbedaten: Für 2010 handelt es sich bei den Angaben um den Durchschnitt für 2004-2008 gegenüber dem Basisjahr, das sich auf Daten für den Zeitraum 2003-2007 stützt.) Für den Zeitraum 2002-2040 implizieren die Sterblichkeitsprojektionen der VN/Weltbank einen Anstieg der Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren von 16,8 auf 20,4 Jahre (berechnet auf der Basis geschlechtsneutraler Sterberaten). Die Anpassung erfolgt in Form einer Rentenberechnung mit einem Abzinsungssatz von 2% pro Jahr. Durch die im Jahr 2040 erwartete Anpassung auf der Grundlage der Sterblichkeitsprojektionen sollen sich die Leistungen auf 83,1% ihres Werts vor der Reform verringern. Der Lebenserwartungskoeffizient wird für jede Kohorte im Alter von 62 Jahren berechnet.

Es gibt keinen Mindestbeitrag und keine Bemessungsgrenze für die Beiträge oder anrechnungsfähigen Arbeitsverdienste, was wiederum bedeutet, dass auch die Höhe der Rentenleistungen nicht begrenzt ist. Es existiert jedoch eine Mindestverdienstgrenze für die Rentenversicherung.

Die Zentralanstalt für Rentenschutz koordiniert die Rentenversicherungen, so dass selbst Personen, die Mitglieder verschiedener Versicherungen waren, ihre Rentenleistungen aus einer einzigen Quelle erhalten.

Sozialrente (Volksrente)

Die Parameter des Systems variieren von einer Gruppe von Kommunen zur anderen, um regionalen Unterschieden bei den Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Die volle monatliche Grundrente für eine alleinstehende Person lag 2006 zwischen 510,80 Euro bis September und danach 515,86 Euro in der ersten Kommunengruppe und 489,85/494,91 Euro in der zweiten (rund ein Fünftel des Durchschnittsverdienstes). Für Paare beliefen sich die entsprechenden Monatsbeträge auf 450,29/455,34 Euro und auf 432,44/437,50 Euro. Die Volksrente wird um 50% der Differenz zwischen sonstigem Renteneinkommen und einem geringen Freibetrag gemindert; 2006 waren dies 567 Euro pro Jahr. Es wird keine Volksrente gezahlt, wenn das sonstige Renteneinkommen 1 046,08/1 056,17 bzw. 1 004,17/1 014,25 Euro pro Monat überschreitet (Alleinstehende, je nach Kommunengruppe). Es sei darauf hingewiesen, dass bei der Modellrechnung der höhere Wert für die Volksrente zu Grunde gelegt wird.

Seit 2005 bleiben die nach Erreichen des 63. Lebensjahrs erworbenen verdienstabhängigen Rentenansprüche aus dem Beschäftigtenrentensystem bei der Berechnung der Volksrente unberücksichtigt.

Die Höhe der Grundrente, die Parameter der Bedürftigkeitsprüfung und die Rentenzahlungen werden jährlich an die Preisentwicklung angepasst. In der Praxis wurden ad hoc zusätzliche Anhebungen vorgenommen.

Abweichende Erwerbsbiografien

Bei unterbrochenen Erwerbsbiografien wird ein Referenzgehalt zur Berechnung der Rentenansprüche für Zeiträume verwendet, in denen kein Einkommen erzielt wurde. Wird der Steigerungssatz für den Rentenanspruch auf der Grundlage des Arbeitsentgelts berechnet, auf dem die während dieses Zeitraums bezogenen Leistungen basieren, erfolgt kein Abzug der Rentenversicherungsbeiträge (siehe Rentenberechnung/Verdienstabhängige Rente weiter oben). In der Regel ist der entsprechende Betrag bereits bei der Berechnung des Arbeitsentgelts abgezogen worden, aus dem die Höhe der Leistungen berechnet wurde.

Frühverrentung

Die Frühverrentung kann im Volksrentensystem ab dem Monat nach Vollendung des 62. Lebensjahrs erfolgen. Die Rente wird für jeden Monat, um den der Renteneintritt vor Erreichung des Regelrentenalters – 65 Jahre – erfolgt, definitiv um 0,4% (im Vergleich zur gewöhnlichen Altersrente) gekürzt. Die Rente erhöht sich nicht auf ihr reguläres Niveau, wenn der Empfänger das 65. Lebensjahr vollendet. Diese Regelung gilt seit 2005.

Die Frühverrentung ist im verdienstabhängigen Rentensystem im Alter von 62 Jahren möglich, wobei die Bezüge bei vorzeitigem Renteneintritt bis zur Vollendung des 63. Lebensjahrs für jeden Monat um 0,6% gekürzt werden. Ab 63 Jahre werden die Rentenbezüge nicht mehr gekürzt. Allerdings gelten ab diesem Alter höhere Steigerungssätze für die verdienstbezogenen Rentenansprüche (siehe oben).

Spätverrentung

Seit 2004 kann der Renteneintritt beim Volksrentensystem auf einen Zeitpunkt nach Vollendung des 65. Lebensjahrs verschoben werden, und die Rente erhöht sich dann für jeden Monat, um den der Renteneintritt verschoben wird, um 0,6%.

Seit 2005 verringert sich die Erhöhung bei späterem Renteneintritt im verdienstabhängigen Rentensystem nach dem Alter von 68 Jahren für jeden Monat auf 0,4% (4,8% pro Jahr). Zwischen 63 und 68 Jahren ist wegen der beschleunigten Akkumulierung von Rentenansprüchen in diesem Alter keine Anpassung vorgesehen.

Es besteht die Möglichkeit, Rentenbezüge und Arbeitseinkommen zu kumulieren. Seit 2005 entstehen nach Renteneintritt durch den Arbeitsverdienst zusätzliche Rentenansprüche, und der Steigerungssatz beträgt 1,5% pro Jahr bis zum Alter von 68 Jahren.

Kinderbetreuung

Seit 2005 entstehen während der Zeiten, in denen Mutterschafts-, Vaterschafts- oder Elterngeld bezogen wird, Rentenansprüche auf der Grundlage vom 1,17-Fachen des Gehalts, auf dem die Familienleistungen basieren. Die Obergrenze für bezahlten Erziehungsurlaub beträgt 11 Monate.

Für Zeiträume der Kinderbetreuung, in denen einer der Elternteile kein Gehalt bezieht und während derer Kinderbetreuungsgeld beantragt wird, entstehen Rentenansprüche, als würde die betreffende Person ein Gehalt in Höhe von 556,60 Euro pro Monat (2006) erhalten, was etwa einem Fünftel des Durchschnittsverdiensts entspricht. Dies ist der Fall, bis das Kind das 3. Lebensjahr vollendet.

Personen im Elternurlaub brauchen keine Rentenversicherungsbeiträge zu entrichten. Die Rentenansprüche, die während des bezahlten Elternurlaubs entstehen, werden vom verdienstabhängigen Rentensystem getragen. Für die Rentenansprüche aus Zeiträumen unbezahlten Kinderbetreuungsurlaubs kommt der Staat auf.

Der Anteil der Rente, der sich auf unbezahlte Zeiten der Kinderbetreuung (und Studienzeiten) gründet, wird nicht in die Einkommensprüfung für die Volksrente einbezogen.

Arbeitslosigkeit

Seit der Reform im Jahr 2005 entstehen bei Bezug von verdienstabhängigen Leistungen bei Arbeitslosigkeit Rentenansprüche auf der Grundlage des Gehaltsanteils (75%), auf dem diese Leistungen basieren. Lediglich Leistungen, die vor dem Alter von 63 Jahren bezogen wurden, begründen Rentenansprüche.

Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung werden 500 Tage lang gewährt (rund 23 Monate, im Durchschnitt 21,5 Tage pro Monat). Wenn eine arbeitslose Person das Alter von 59 Jahren erreicht, ehe die 500 Tage abgelaufen sind, können bis Vollendung des 65. Lebensjahrs verdienstabhängige Arbeitslosenleistungen gewährt werden. (Auf Grund von Altersgrenzen wird diese Regelung nicht vor 2009 angewandt.) Personen, die nach Ablauf der 500 Tage Leistungen beziehen, können ab dem Alter von 62 Jahren Altersrente beantragen. In diesem Fall erfolgt keine Kürzung auf Grund von Frühverrentung, und die verdienstabhängigen Arbeitslosenleistungen werden eingestellt. Nach Ablauf des Zeitraums, in dem verdienstabhängige Arbeitslosenleistungen bezogen werden, könnten pauschale bzw. bedürftigkeitsabhängige (je nach Voraussetzung) Arbeitslosenleistungen beantragt werden, der Zeitraum des Bezugs solcher Leistungen wird jedoch nicht auf die Rentenansprüche angerechnet.

Ergebnisse des Rentenmodells: Finnland

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	49.5	33.2	42.2	56.2	84.3	112.5
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	56.0	42.5	50.1	62.4	87.3	110.7
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	56.2	66.5	56.2	56.2	56.2	56.2
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	62.0	73.2	62.7	62.4	63.8	64.5
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.8	10.4	8.8	8.8	8.8	8.8
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.8	10.6	8.4	7.9	7.3	7.0

Frankreich

Frankreich: Das Rentensystem im Jahr 2006

Im privaten Sektor besteht das Rentensystem aus zwei Säulen: einer verdienstabhängigen staatlichen Rente und einer obligatorischen betrieblichen Vorsorge auf der Basis eines Punktesystems. Das staatliche System verfügt außerdem über eine bedürftigkeitsunabhängige Mindestrente mit Beitragsprimat („*minimum contributif*“). Zusätzlich gibt es ein soziales Mindesteinkommen für Ältere („*minimum vieillesse*“).

Wesentliche Indikatoren

		Frankreich	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	31 000	28 600
	USD	38 900	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	12.4	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	80.9	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	85.4	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	28.0	23.8

Anspruchskriterien

Seit 2003 erfordert eine volle staatliche Rente (erste Säule) 40 Beitragsjahre, statt der vorhergehenden 37,5 Jahre. Im Zeitraum 2008-2012 ist eine stufenweise Anhebung auf 41 Jahre vorgesehen (2008 war eine Überprüfung anberaumt). Nach 2012 ist im Zuge der steigenden Lebenserwartung eine Anhebung der Mindestbeitragszeit vorgesehen, damit das Verhältnis zwischen dem Zeitraum der Rentenauszahlung und dem Zeitraum der Erwerbstätigkeit konstant bleibt.

Das Regelrentenalter für die verdienstbezogene staatliche Rente liegt bei 60 Jahren. Die beitragsbezogene Mindestrente („*minimum contributif*“) wird ausgezahlt, sobald der Rentner oder die Rentnerin die vorgeschriebene Zahl der Beitragsjahre bzw. das 65. Lebensjahr erreicht hat. In der Modellrechnung wird der Eintritt in den Arbeitsmarkt bei 20 Jahren angesetzt und von einer vollen Beitragsdauer (41 Jahre) ausgegangen. Diese Annahmen entsprechen einem Rentenalter von 61 Jahren.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

In der staatlichen Rentenversicherung wird eine Ersatzquote von 50% bei vollständiger Erwerbsbiografie angestrebt (40 Beitragsjahre und wie oben ausgeführt später dann mehr). Für jedes fehlende Quartal wird die Rente auf zweierlei Weise gemindert:

- die Rente wird um 1,25% pro fehlendem Quartal reduziert (oder 5% pro fehlendem Jahr), dieser Abschlag („*décote*“) betrifft alle nach 1952 geborenen Personen;
- zusätzlich wird die Rente anteilmäßig reduziert (0,625% – 1/160 pro fehlendem Quartal).

Zur Berechnung der Rente wird das Durchschnittsarbeitsentgelt einer bestimmten Anzahl bester Jahre zu Grunde gelegt und anhand der Preisentwicklung angepasst. Ab 2008 wird das Arbeitsentgelt über 25 Jahre gemittelt, wohingegen es im Jahr 2007 24 Jahre und im Jahr 2006 23 Jahre waren.

Auf Grund der begrenzten Anzahl von Jahren, die in die Berechnung des Referenzarbeitsentgelts einfließen, und der Politik der Anpassung anhand der Preisentwicklung wird die Ersatzquote in der öffentlichen Rentenversicherung Frankreichs von der unterstellten Zuwachsrate der realen Arbeitsverdienste während des gesamten Erwerbslebens beeinflusst. Auf Grund der Basisannahme eines kontinuierlichen realen Lohnwachstums von 2% über den Verlauf des Ar-

beitslebens sowie der Tatsache, dass in den OECD-Berechnungen die angepassten Durchschnittsarbeitsentgelte während des gesamten Erwerbslebens als Referenzlohn verwendet werden, sind die errechneten Ersatzquoten niedriger als die Quoten, die sich bei Verwendung der tatsächlich beobachteten Verdienstentwicklung in Frankreich ergeben, zumal Einkommenszuwächse dort vor allem in der ersten Hälfte des Berufslebens erfolgen. Die Reform des Jahres 2003 hat als Ziel ab dem Jahr 2008 eingeführt, dass Personen mit einer vollständigen Erwerbsbiografie mit Mindestlohn eine Rente von mindestens 85% des Nettomindestlohns erhalten.

Es gibt eine Obergrenze für das anrechnungsfähige Arbeitsentgelt, die im Jahr 2006 bei 31 068 Euro lag. Das entspricht ungefähr dem Durchschnittsverdienst nach der OECD-Messgröße (31 269 Euro). Laufende Rentenzahlungen sind preisindexiert.

Mindestrente mit Beitragsprimat („minimum contributif“)

Im „régime général“ gibt es eine Mindestrente ohne sozialen Bezug – unabhängig von der Höhe der Rente die aus anderen Grund- oder Zusatzsystemen bezogen wird –, die im Jahr 2006 bei 6 760,82 Euro ab 65 Jahre lag und nun 7 172,54 Euro beträgt, falls die betreffende Person mindestens 40 Beitragsjahre vorweisen kann. Das entspricht 23% des Durchschnittsverdiensts nach der OECD-Messgröße. Für den Anspruch auf die volle Rente sind 40 Beitragsjahre (geplant ist eine Ausdehnung auf 41 Jahre ab 2012) oder die Erreichung des 65. Lebensjahres erforderlich (die Mindestrente wird bei kürzeren Versicherungszeiten entsprechend angepasst). Der Wert der Mindestrente ist preisindexiert.

Obligatorische betriebliche Altersvorsorge

Die Mehrzahl der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft gehört dem ARRCO-System an. Für leitende Angestellte („cadres“), d.h. Fach- und Führungskräfte, gelten im Rahmen des AGIRC-Systems andere Regeln; die nachstehenden Bestimmungen gelten für Nichtführungskräfte.

Obwohl die effektiven Beiträge höher sind, werden Rentenanwartschaften nur auf 6% des Arbeitsverdiensts unterhalb der Bemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung erworben. Zwischen dem 1- und 3-Fachen der Bemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung beträgt die Anwartschaft 16% des Arbeitsentgelts. So ist die Bemessungsgrenze im ARRCO-System dreimal so hoch wie in der allgemeinen Rentenversicherung: Sie liegt bei 93 204 Euro. (Anzumerken ist, dass es im AGIRC-System für Fach- und Führungskräfte keine Bemessungsgrenze gibt.)

In jedem Jahr entspricht die Zahl der erworbenen Punkte dem Wert des Jahresbeitrags dividiert durch die Kosten eines Entgeltpunkts. Bei Renteneintritt wird die Gesamtzahl der Punkte mit dem Wert eines Entgeltpunkts multipliziert und in eine Rentenleistung umgerechnet. Der Wert eines Entgeltpunkts entsprach von April 2005 bis April 2006 1,1104 Euro und nach April 2006 1,1287 Euro, so dass sich für das Kalenderjahr 2006 ein Jahreswert von 1,1241 Euro ergibt. Die Entgeltpunktkosten lagen im Kalenderjahr 2006 bei 13,027 Euro.

Die Anpassung von Kosten und Wert der Punkte erfolgt in Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern. Laut der derzeitigen bis 2008 gültigen Regelung werden die Kosten der Entgeltpunkte anhand der Lohnentwicklung und die Punktwerte anhand der Preisentwicklung erhöht. In der Modellrechnung wird von einer Fortsetzung der unterschiedlichen Anpassung von Kosten und Punktwerten ausgegangen. Auch hier führt die Politik der effektiven Anpassung der in früheren Jahren erworbenen Ansprüche anhand der Preisentwicklung zu niedrigeren Leistungen, als es bei einer Anpassung anhand der Lohnentwicklung der Fall wäre. Im Basisszenario führt diese Methode zu einer Reduzierung der Rentenansprüche auf 69% gegenüber einer Anpassung anhand der Lohnentwicklung.

Es ist darauf zu verweisen, dass die Anpassungspolitik für diese beiden Parameter sowohl die Entwicklung der laufenden Rentenzahlungen beeinflusst (hier „Indexierung“ genannt) als auch Veränderungen im Wert der Rentenansprüche zwischen dem Zeitpunkt, an dem sie erworben werden, und dem Zeitpunkt, an dem sie geltend gemacht werden (entsprechend ähnlich dem Anpassungsprozess in verdienstabhängigen Programmen).

Soziale Grundrente („minimum vieillesse“)

Es gibt eine bedürftigkeitsabhängige Mindestrente für über 65-Jährige, die im Jahr 2006 bei 7 323,48 Euro pro Jahr für eine alleinstehende Person (13 137,69 Euro für ein Paar) lag. Diese Leistung entspricht 23% des Durchschnittseinkommens (nach der OECD-Messgröße) und wird entsprechend der Preisentwicklung angepasst. Arbeitskräfte mit vollständiger Erwerbsbiografie haben auf Grund der obligatorischen betrieblichen Vorsorge zusätzlich zur staatlichen Rentenversicherung nur selten Anspruch auf die Mindestrente („*minimum vieillesse*“).

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Die Frühverrentung erfolgt im Rahmen eines separaten, vom *Fonds national pour l'emploi* (FNE) verwalteten Programms. Ein vorzeitiger Rentenbezug ist ab 57 Jahre und unter bestimmten Umständen im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen ab 56 Jahre möglich. Die Ersatzquote beträgt etwa 80%. Im Regelrentenalter (oder dem Alter, ab dem Arbeitnehmer Anspruch auf eine volle reguläre Altersrente bis zum Alter von 65 Jahren haben) beziehen die Betroffenen eine Rente des staatlichen Rentensystems. Der Zeitraum des FNE-Leistungsbezugs ist für die staatliche Rente voll anrechenbar.

Frühverrentung, also vor dem Erreichen des 60. Lebensjahres, ist im staatlichen Rentensystem unter folgenden Bedingungen erlaubt:

- mit 56 Jahren für Personen, die vor dem 16. Lebensjahr in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und mindestens 42 Beitragsjahre nachweisen können, darunter mindestens 42 Jahre effektive Beiträge;
- mit 58 Jahren für Personen, die vor dem 16. Lebensjahr in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und mindestens 42 Beitragsjahre nachweisen können, darunter mindestens 41 Jahre effektive Beiträge;
- mit 59 Jahren für Personen, die vor dem 17. Lebensjahr in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und mindestens 42 Beitragsjahre nachweisen können, darunter mindestens 40 Jahre effektive Beiträge.

Im betrieblichen Altersvorsorgesystem ist ein vorzeitiger Rentenbezug ebenfalls möglich, oft mit Abschlägen auf der Basis des Alters bei Renteneintritt oder der Zahl der Beitragsjahre oder beider Faktoren. Bei 40 Beitragsjahren kann im Alter von 60 Jahren eine Rente ohne Abschläge bezogen werden. Bei weniger als 40 Jahren werden die Rentenbezüge, wie in der Tabelle dargestellt, angepasst, wobei der jeweils günstigere Anpassungsfaktor im Hinblick auf das Renteneintrittsalter oder die fehlenden Beitragsjahre gewählt wird. Zum Beispiel verringert sich die Rente bei Inanspruchnahme mit 61 Jahren gegenüber der Vollrente auf 83%, hat der Betroffene jedoch 39 Jahre Beiträge geleistet, so verringern sich die Bezüge auf 96%, denn es fehlt nur ein Beitragsjahr.

Renteneintrittsalter	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64
Fehljahre						5	4	3	2	1
Koeffizient	0.43	0.50	0.57	0.64	0.71	0.78	0.83	0.88	0.92	0.96

Spätverrentung

Bei Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über das Alter von 60 Jahren hinaus und Erfüllung der Anspruchskriterien für den Bezug einer Vollrente (d.h. 40 Beitragsjahre) erhöht sich mit jedem zusätzlichen Jahr der Erwerbstätigkeit der Betrag der staatlichen Rente um 3%. Seit 2007 erhöht sich dieser Anreiz zum späteren Renteneintritt auf 4% pro Jahr ab dem zweiten Jahr des Aufschubs und 5% pro Jahr ab 65 Jahren. In der Zeit des Rentenaufschubs erwirbt der Betroffene weitere

ARRCO-Entgeltunkte. Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und Altersrente können innerhalb gewisser Grenzen kumuliert werden, sofern das bisherige Beschäftigungsverhältnis aufgegeben wird.

Kinderbetreuung

Eine Mutter, die ihr Kind mindestens neun Jahre lang großzieht (bevor das Kind das 16. Lebensjahr erreicht), erhält pro Kind im öffentlichen Rentensystem zwei Jahre gutgeschrieben, unabhängig davon, ob sie in dieser Zeit weitergearbeitet hat, sofern sie keine volle Beitragsbiografie vorweisen kann. Beide Eltern können eine 10%ige Erhöhung der endgültigen Rentenauszahlung im öffentlichen System erhalten, wenn sie mindestens drei Kinder mindestens neun Jahre lang großgezogen haben, bevor diese das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Zeiten außerhalb des Arbeitsmarkts oder Teilzeitarbeit zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren werden im öffentlichen und betrieblichen Altersvorsorgesystem ebenfalls gutgeschrieben. Die Gutschriften werden so angerechnet, als ob der Elternteil den Mindestlohn bezogen hätte. Die dreijährige Höchstgrenze gilt für die ersten zwei Kinder: Für weitere Kinder erhöht sich die Gutschrift. Anspruch besteht, wenn die Eltern zum Bezug von Kindergeld berechtigt sind und ihr Arbeitsverdienst unter einem gewissen Grenzbetrag liegt (17 600 Euro für das erste Kind und 30% mehr für weitere Kinder). Der Anrechnungsbetrag wird den zwei Jahren hinzugerechnet, die im öffentlichen System pro Kind anerkannt werden.

Arbeitslosigkeit

Zeiträume unfreiwilliger Arbeitslosigkeit werden im Hinblick auf die öffentliche Rente voll anerkannt, wenn Arbeitslosenunterstützung bezogen wird, einschließlich folgender Programme: *allocation unique dégressive*, *allocation chômeurs âgés*, *allocation formation reclassement*, *allocation de solidarité spécifique*, *allocation spécifique d'attente* und *allocation d'insertion*. Für jeweils 50 volle Tage Arbeitslosigkeit pro Jahr wird ein Beitragsquartal angerechnet (bis zu maximal vier Quartalen pro Jahr). Diese Zeiten finden Eingang in die Rentenberechnung unter Annahme eines Arbeitsverdiensts von 1 438 Euro pro Quartal oder 5 752 Euro pro Jahr.

Angerechnet wird außerdem der erste Zeitraum einer Arbeitslosigkeit ohne Bezug von Arbeitslosengeld bis zu höchstens einem Jahr. Weitere Zeiträume unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ohne Bezug von Arbeitslosengeld werden nur dann bis zu einer Obergrenze von einem Jahr angerechnet, wenn sie einem Zeitraum von Arbeitslosigkeit folgen, während dem eine Arbeitslosenunterstützung bezogen wurde. Für Zeiträume, in denen Sozialhilfe bezogen wurde (*revenu minimum d'insertion*), werden keine Beträge angerechnet.

Ergebnisse des Rentenmodells: Frankreich

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	45.3	30.9	40.0	53.3	72.7	92.0
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	56.7	40.9	50.8	65.7	86.4	106.0
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	53.3	61.7	53.3	53.3	48.5	46.0
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	65.3	76.2	65.6	65.7	60.2	57.5
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	9.3 10.8	10.8 12.5	9.3 10.8	9.3 10.8	8.5 9.8	8.0 9.3
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.3 9.6	10.2 11.7	8.4 9.7	8.2 9.4	7.1 8.2	6.6 7.6

Griechenland

Griechenland: Das Rentensystem im Jahr 2006

Griechenland verfügt über eine zwei Säulen umfassende öffentlich-rechtliche Rentenversicherung mit verdienstabhängigen Leistungen sowie über verschiedene Mindestrentensysteme/soziale Sicherheitsnetze.

Wesentliche Indikatoren

		Griechenland	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	23 000	28 600
	USD	28 900	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	11.5	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.6	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.5	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	30.0	23.8

Anspruchskriterien

Das Regelrentenalter beträgt für Männer und Frauen 65 Jahre. Voraussetzung für den Bezug einer Vollrente ab diesem Alter sind mindestens 4 500 beitragspflichtige Arbeitstage (was 15 Beitragsjahren entspricht). Arbeitnehmer mit einer Anwartschaftszeit von 11 100 Arbeitstagen (37 Jahre) können altersunabhängig mit vollen Rentenbezügen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Sonderkonditionen gelten für Personen mit besonders schweren bzw. gesundheitsschädlichen Berufen sowie für Mütter unterhaltsberechtigter oder behinderter Kinder.

Für den Bezug der Mindestsozialrente sind 15 Beitragsjahre erforderlich.

Rentenberechnung

Verdienstabhängiges System: Hauptkomponente

Für Personen, die seit 1993 eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben, beträgt die Rente 2% des Arbeitsentgelts je Beitragsjahr bis zu 35 Jahren. Für Personen, die im Regelrentenalter oder früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden, ergibt sich daher eine maximale Ersatzquote von 70%. Für Personen, die über das 65. Lebensjahr und 35 Beitragsjahre hinaus erwerbstätig bleiben, ist der Steigerungssatz jedoch für die Höchstdauer von 3 Jahren höher (3,3% pro Jahr), während es nach diesem Zeitraum keine Steigerung mehr gibt, so dass die maximale Ersatzquote 80% beträgt.

Als Rentenbemessungsgrundlage dient das durchschnittliche Arbeitsentgelt der letzten fünf Jahre vor Renteneintritt. Der Verdienst früherer Jahre wird für die Berechnung des Rentenniveaus entsprechend den im Rahmen der Einkommenspolitik festgelegten Steigerungen angepasst („aufgewertet“).

Es gibt eine Höchstrente, die dem 4-Fachen des Pro-Kopf-BNE von 1991 entspricht (hierbei handelt es sich um den festen Betrag von 105 000 Drachmen, der damals der Höhe des durchschnittlichen Pro-Kopf-BNE entsprach) und an die Steigerung der Ruhegehälter gemäß der Einkommenspolitik gekoppelt ist. Für 2006 betrug diese Höchstrente 2 538,28 Euro monatlich. Den Berechnungen zufolge entspricht dieser Betrag für einen Arbeitnehmer mit voller Erwerbsbiografie einer Obergrenze der anrechnungsfähigen Arbeitsentgelte von 325% des Durchschnittsverdiensts.

Rentenanpassungen liegen im staatlichen Ermessen. Die Rentensteigerungen waren im Zeitraum 1999-2004 progressiv gestaffelt. Seit 2005 werden alle Renten um denselben Prozentsatz erhöht (siehe unten). Im Zeitraum 1999-2001 überschritten die Aufbesserungen der Niedrigrenten die Preisinflation erheblich; 2002 blieben sie jedoch dahinter zurück. Angesichts der Uneinheitlichkeit der jüngsten Leistungsanpassungen basieren die Berechnungen des Rentenvermögens auf der Preisindexierung.

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Inflation	2.60%	3.20%	3.40%	3.60%	3.00%	2.90%	3.50%	2.90%
Steigerungen	3.9%	4.00%	5.5%	3.5%	4.0%	5.0%	4.0%	4.0%
	(<733 Euro)		(<352 Euro)	(<400 Euro)	(<500 Euro)	(<500 Euro)		
	3.4%		2.75%	1.5%	2.0%	3.0%		
	(>733 Euro)		(<587 Euro)	(<620 Euro)	(<1 000 Euro)	(<1 000 Euro)		
			1.4%	0.75%	0%	0%		
			(<880 Euro)	(<910 Euro)	(>1 000 Euro)	(1 000 Euro)		
			0%	0%				
			(>880 Euro)	(>910 Euro)				

Verdienstabhängiges System: Zusatzkomponente

Die volle Zusatzrente beträgt 20% der Arbeitsentgelt-Bemessungsgrundlage für die Hauptkomponente des verdienstabhängigen Systems für Versicherte mit 35 Beitragsjahren. Die Rente wird bei kürzeren Beitragszeiten proportional reduziert, was einen linearen Steigerungssatz von 0,57% impliziert. Der Wert erhöht sich ab 35 Beitragsjahre für jedes zusätzliche Beitragsjahr (300 Tage) um ein Fünfunddreißigstel.

Mindestrente

2006 belief sich die Mindestrente auf 445,37 Euro monatlich, was 27,1% des Durchschnittsverdiensts entspricht. Dieser Wert wird jährlich im Rahmen der Einkommenspolitik angepasst. Die Mindestzusatzrente belief sich auf 111,25 Euro.

Einkommensabhängige Leistungen: Sozialer Solidaritätszuschuss

Dieses 1996 eingeführte, nicht beitragspflichtige Programm sieht für Anspruchsberechtigte im Rahmen der meisten Rentenversicherungssysteme (mit Ausnahme der Rentenversicherung der Bauern) bedürftigkeitsabhängige Leistungen für Rentner mit niedrigem Einkommen vor.

Um Anspruch auf Leistungen dieses sogenannten EKAS-Systems zu haben, muss das gesamte Nettoeinkommen aus allen Quellen unter 7 165,71 Euro (Stand 2006) liegen. Das gesamte steuerpflichtige Einkommen darf 8 360,00 Euro und das gesamte steuerpflichtige Familieneinkommen 13 009,20 Euro nicht überschreiten.

Einkommensniveau, untere Grenze	0	6 525.91 Euro	6 781.87 Euro	6 952.44 Euro	7 165.71 Euro
Leistungen pro Monat	160.15 Euro	120.11 Euro	80.08 Euro	40.04 Euro	0

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Ein vorzeitiger Rentenbezug ist mit Abschlägen möglich, wie in der nachstehenden Tabelle angegeben. Die Anpassung entspricht 1/200 pro Monat, um den der Renteneintritt früher erfolgt, bzw. 6% pro Jahr.

Beitragsjahre	Anspruchsalter	Bedingungen
15	65	Kein Abschlag
15	60	Mit Abschlag (1/200)
35	55	Mit Abschlag (1/200)
37	Beliebig	Kein Abschlag

Spätverrentung

Es besteht die Möglichkeit, den Renteneintritt auf einen Zeitpunkt nach Erreichen des Regelrentenalters von 65 Jahren und eines Beitragszeitraums von 35 Jahren zu verschieben. Der Steigerungssatz der Hauptkomponente erhöht sich bis zum Alter von 68 Jahren und für die Höchstdauer von 3 zusätzlichen Jahren auf 3,3%, und bei weiterem Verbleib im Erwerbsleben nach diesem Zeitraum gibt es keine Steigerung mehr (d.h. die höchste Ersatzquote beträgt 80%). Die Zusatzkomponente erhöht sich ebenfalls weiter.

Es ist möglich, Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und Rentenbezüge zu kumulieren, solange die betreffenden Personen nicht unter 55 Jahre alt sind. In diesem Fall wird der 733 Euro übersteigende Teil ihrer Monatsrente um 70% gekürzt; für unterhaltsberechtigten Kinder gibt es einen Zuschlag.

Kinderbetreuung

Seit 2003 gibt es im Rahmen der Rentenanspruchskriterien eine Gutschrift von einem Jahr für das erste Kind und von zwei Jahren für jedes weitere Kind bis zur Höchstzahl von drei Kindern (zum Satz von 300 Versicherungstagen pro Jahr). Diese Gutschrift kann entweder vom Vater oder von der Mutter beantragt werden; sie kann nicht im Rahmen der Mindestversicherungsdauer berücksichtigt werden, bzw. im Fall der 37 Jahre, der 4 500 bzw. 3 500 Versicherungstage.

Arbeitslosigkeit

Zeiträume der Arbeitslosigkeit können während der gesamten Lebenszeit mit bis zu 200 Tagen angerechnet werden. Wenn die Arbeitslosigkeit sich zeitlich mit den letzten fünf Jahren überschneidet, die als Grundlage für die Berechnung der anrechnungsfähigen Arbeitsverdienste dienen, wird der fragliche Zeitraum außer Acht gelassen und der für die Berechnung der Rentenbemessungsgrundlage verwendete Zeitraum nach hinten verlängert.

Langzeitarbeitslose (d.h. diejenigen, die seit mindestens 12 aufeinanderfolgenden Monaten arbeitslos sind), die mindestens 60 (Männer) bzw. 55 (Frauen) Jahre alt sind (oder 55 bzw. 50 bei schweren bzw. gesundheitsschädlichen Berufen) und denen höchstens 1 500 Tage fehlen, um Anspruch auf eine Altersrente und/oder Zusatzrente der IKA-ETAM zu haben, können sich optional weiterversichern, bis sie die Mindestvoraussetzungen für den Bezug von Rentenleistungen erfüllen. Die entsprechenden Sozialbeiträge werden aus einem speziellen Konto des Arbeitsamts (LAEK) entrichtet.

Ergebnisse des Rentenmodells: Griechenland

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	81.4	47.9	71.8	95.7	143.6	191.4
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	97.3	64.1	88.3	110.8	149.8	188.3
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	95.7	95.7	95.7	95.7	95.7	95.7
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	110.4	113.6	110.1	110.8	106.7	104.2
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	14.3	14.3	14.3	14.3	14.3	14.3
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.8	14.3	13.1	12.3	11.1	10.5
	14.7	16.5	15.2	14.3	12.9	12.1

Irland

Irland: Das Rentensystem im Jahr 2006

Bei der öffentlichen Altersversorgung handelt es sich um eine Grundsicherung, in deren Rahmen alle Personen, die die Anspruchskriterien erfüllen, eine Pauschalleistung erhalten. Außerdem gibt es eine bedürftigkeitsabhängige Rente zur Absicherung älterer Menschen mit geringem Einkommen. Freiwillige betriebliche Altersversorgungssysteme sind weit verbreitet, rund die Hälfte der Arbeitnehmer ist über sie versichert.

Wesentliche Indikatoren

		Irland	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	30 000	28 600
	USD	37 600	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	3.4	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.7	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.5	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	17.7	23.8

Anspruchskriterien

Die (beitragsabhängige) staatliche Rente wird ab einem Alter von 66 Jahren ausgezahlt, wohingegen die Altersgrenze für die staatliche Übergangsrente – *State Pension (Transition)* – bei 65 Jahren liegt. Voller Anspruch auf beide Leistungen besteht ab einer Durchschnittszahl von 48 entrichteten oder angerechneten Wochenbeiträgen pro Jahr während des gesamten Erwerbslebens. Bei unvollständigen Erwerbsbiografien verringert sich der Rentenwert proportional. Mindestvoraussetzung sind allerdings durchschnittlich 10 Beitragswochen pro Jahr für die beitragsabhängige Altersrente und 24 Wochen pro Jahr für die Ruhestandsrente. Außerdem muss eine Gesamtversicherungsdauer von mindestens 260 Wochen nachgewiesen werden (was 5 vollen Beitragsjahren entspricht).

Die bedürftigkeitsabhängige Rente wird ab einem Alter von 66 Jahren ausgezahlt.

Rentenberechnung

Grundrente

Die beitragsabhängige staatliche Altersrente beläuft sich 2006 ebenso wie die staatliche Übergangsrente auf 193,30 Euro wöchentlich (53 Wochen pro Jahr), was (nach der OECD-Messgröße des Durchschnittsverdiensts) rd. 34,2% des Durchschnittsverdiensts entspricht. Darüber hinaus werden Zulagen in Höhe von 128,80 Euro für Unterhaltsberechtigte im Erwerbsalter und von 149,30 Euro für Unterhaltsberechtigte ab 66 Jahre gezahlt. Der Umfang der jährlichen Rentenerhöhung wird von der Regierung im Rahmen des Haushalts festgelegt. In den letzten Jahren übertrafen die Anhebungen das Lohnwachstum.

Rentner haben Anspruch auf zahlreiche Sachleistungen. Laut Schätzungen der Regierung wäre für diese Güter und Dienstleistungen insgesamt ein Preis von 950 Euro jährlich zu zahlen, Gesundheitsversorgung nicht inbegriffen. (In der Modellrechnung sind nur Geldleistungen erfasst, Sachleistungen wurden nicht berücksichtigt.)

Sozialrente

Der Höchstwert der bedürftigkeitsabhängigen Leistung beträgt 2006 182 Euro pro Woche für Alleinstehende, zuzüglich 120,30 Euro für erwachsene Unterhaltsberechtigte. Der Wert der Rente entspricht für Alleinstehende 32% des Durchschnittsverdiensts. Für die Bedürftigkeitsprüfung gilt ein geringer wöchentlicher Freibetrag von 20 Euro, und seit 2006 gibt es außerdem einen Freibetrag von 100 Euro für zusätzliche Arbeitseinkünfte, ansonsten wird Einkommen zu 100% auf die Leistung

angerechnet. Des Weiteren wird eine Vermögensprüfung durchgeführt, bei der Kapital in Höhe von mehr als 35 000 Euro gemäß einer Standardformel in Einkommen umgerechnet wird.

Der Zielwert der Einkommenssicherung im bedürftigkeitsabhängigen System wird im Großen und Ganzen entsprechend den Aktualisierungen der Grundsicherung angepasst.

Freiwillige private Altersvorsorge

Etwa 43% der abhängig Beschäftigten verfügen über eine betriebliche Altersvorsorge. Von den im privaten Sektor beschäftigten Mitgliedern zahlen etwa 50% in Systeme mit Beitragsprimat ein und 50% in Systeme mit Leistungsprimat. (Dies betrifft Systeme, deren Finanzierung reglementiert ist und die sich hauptsächlich im privaten Sektor finden.) Bei einem Plan mit Leistungsprimat wird angenommen, dass er ein Sechzigstel des letzten Gehalts für jedes Dienstjahr auszahlt, bei einem Beitragssatz von 1,67%. Es wird davon ausgegangen, dass das System mit Leistungsprimat in das „öffentliche System integriert“ ist, was bedeutet, dass der Wert der Grundrente von dem Anspruch abgezogen wird. Wenn die Beschäftigten die Stelle wechseln, wird der Wert der übertragenen betrieblichen Altersvorsorge preisindexiert.

Bei betrieblichen Vorsorgesystemen mit Beitragsprimat beträgt der durchschnittliche Beitragssatz etwa 10% des Arbeitsverdiensts. Zusätzlich besitzen etwa 15% der Iren persönliche Rentenpläne mit Beitragsprimat.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Die Rente kann nicht vor Erreichen des Regelrentenalters in Anspruch genommen werden.

Spätverrentung

Erwerbseinkommen und Rentenbezüge können im Rahmen der staatlichen Übergangsrente kumuliert werden, soweit der Arbeitsverdienst unter 38 Euro pro Woche liegt. Dagegen gelten für die beitragsabhängige staatliche Rente keine Verdienstkriterien. Der Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Rentenbezüge kann nicht verschoben werden.

Kinderbetreuung

Spätere Ansprüche auf die öffentliche Rente werden durch Zeiträume ohne Arbeitsverdienst zu Betreuungszwecken nicht beeinflusst.

Arbeitslosigkeit

Spätere Ansprüche auf die öffentliche Rente werden durch Zeiträume der Arbeitslosigkeit nicht beeinflusst.

Ergebnisse des Rentenmodells: Irland

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	34.2	34.2	34.2	34.2	34.2	34.2
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	40.1	40.1	40.1	40.1	40.1	40.1
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	39.8	68.4	45.6	34.2	22.8	17.1
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	45.6	68.4	50.1	40.1	30.3	24.4
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.1 8.4	12.1 14.5	8.1 9.6	6.1 7.2	4.0 4.8	3.0 3.6
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.1 8.4	12.1 14.5	8.1 9.6	6.1 7.2	4.0 4.8	3.0 3.6

Island

Island: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das öffentliche Rentensystem hat drei Säulen: eine Grundrente und zwei einkommensabhängige Systeme. Darüber hinaus ist eine obligatorische betriebliche Alterssicherung vorgesehen, bei der die Leistungen nach einer kombinierten Formel (allerdings zumeist mit Leistungsprimat) berechnet werden.

Wesentliche Indikatoren

		Island	OECD
Durchschnittsverdienst	ISK (Mio.)	3.48	2.50
	USD	49 800	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	2.0	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	81.2	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.5	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	19.5	23.8

Anspruchskriterien

Das Regelrentenalter ist 67 Jahre. Anspruch auf die volle Grundrente besteht nach 40 Wohnsitzjahren in Island. Bei einer kürzeren Wohnsitzdauer verringert sich die Rente proportional, die erforderliche Mindestdauer ist drei Jahre. Die betriebliche Altersversorgung kann von Beschäftigten des privaten Sektors ebenfalls mit 67 Jahren in Anspruch genommen werden, von Seeleuten, die diesen Beruf seit mindestens 25 Jahren ausüben, jedoch schon mit 60 Jahren.

Rentenberechnung

Grundrente

Die volle Grundrente beläuft sich auf 24 131 ISK pro Monat, ungefähr 8% des Durchschnittsverdiensts. Diese Leistung ist einkommensabhängig: Sie wird schrittweise entzogen, sobald das Einkommen (aus anderen Quellen als der Zusatzrente) 1 998 438 ISK übersteigt, was 57% des Durchschnittsverdiensts entspricht, und entfällt bei 2 963 678 ISK. Die Einkommensprüfung bezieht sich nur auf Nichtrenteneinkommen, z.B. Arbeitsverdienste oder Sozialhilfe sowie 50% der Kapitalerträge.

Sozialrente

Die zweite Komponente ist die Rentenzulage. Der Höchstbetrag dieser Leistung beläuft sich auf 44 838 ISK pro Monat für Alleinstehende, rd. 15% des Durchschnittsverdiensts. Diese Leistung wird ab einem Jahreseinkommen von mehr als 607 850 ISK (rd. 17% des Durchschnittsverdiensts) entzogen. Die Grundrente hat jedoch keinen Einfluss auf die Höhe der Rentenzulage. Die Entzugsrate für die Einkommensprüfung bei der Rentenzulage liegt bei 45%.

Darüber hinaus gibt es noch eine ergänzende Rentenzulage in Höhe von maximal 22 109 ISK monatlich, knapp 8% des Durchschnittsverdiensts. Diese wird bei Anrechnung sämtlicher anderer Einkommen mit einem Satz von 45% entzogen und entfällt bei 589 573 ISK.

Das Leistungsniveau wird jährlich entsprechend dem laufenden Staatshaushalt angepasst. Die Anpassungen sollen der Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor (für die hier unterstellt wird, dass sie dem gesamtwirtschaftlichen Verdienstwachstum in der Standardannahme entspricht) und dem Preisniveau gemäß dem Lebenshaltungskostenindex Rechnung tragen.

Obligatorische betriebliche Altersvorsorge

Die Arbeitgeberprogramme sind gesetzlich vorgeschrieben. Das Gesetz fordert, dass diese Programme auf eine Ersatzquote von 56% nach 40 Beitragsjahren abzielen, wobei ein Steigerungssatz von 1,4% für jedes Dienstjahr vorgesehen ist. Die Versicherungspflicht besteht für Erwerbstätige im Alter von 16-70 Jahren. Der in dieser Berechnung verwendete Referenzverdienst

ist der über das Erwerbsleben gerechnete Durchschnittslohn für jedes Versicherungsjahr. Es gibt keine Beitragsbemessungsgrenze. Zurückliegende Verdienste werden entsprechend der Preisinflation plus einer Verzinsung von 3,5% angepasst.

Die laufenden Betriebsrenten müssen von Gesetzes wegen zumindest parallel zur Verbraucherpreisinflation angehoben werden.

In der Praxis zahlen viele Systeme mehr als den oben angegebenen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestsatz, in der Regel durch Hinzufügung eines kombinierten Elements mit Beitrags-/Leistungsprimat. Der Mindestbeitragssatz zur betrieblichen Alterssicherung beläuft sich auf 12% des Verdiensts. Der Arbeitnehmer zahlt 4%, der Arbeitgeber 8%. Beitragszahlungen, die über das zur Finanzierung der gesetzlichen Mindestleistungen erforderliche Niveau hinausgehen, können entweder zur Anhebung der leistungsbezogenen Rentenansprüche verwendet oder in individuelle Konten umgeleitet werden, aus denen dann eine beitragsbezogene Rente gezahlt wird. In der Modellrechnung wird allerdings nur die gesetzlich vorgeschriebene Komponente berücksichtigt, die Sonderleistungen bleiben ausgeklammert, da sie nicht garantiert sind.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Im Rahmen der betrieblichen Alterssicherung sind die Frühverrentungsregeln von einem Versicherungsträger zum anderen je nach Mitgliederstruktur unterschiedlich. Im privaten Sektor beträgt das Regelrentenalter 67 Jahre, und die Rente kann ab 62 Jahre beantragt werden. Im Allgemeinen werden die Rentenansprüche für jedes Jahr, um das der Renteneintritt früher erfolgt, um 7% gekürzt.

Grundrente oder Sozialrente können nicht vor dem Regelrentenalter bezogen werden.

Spätverrentung

Im Rahmen der betrieblichen Alterssicherung können die Arbeitnehmer den Renteneintritt bis zum Alter von 70 Jahren hinausschieben, wobei sich die Rentenbezüge um 9% pro Zusatzjahr erhöhen. Arbeitnehmer, die den Renteneintritt aufschieben, leisten weiter Rentenversicherungsbeiträge und erwerben zusätzliche Rentenansprüche. In einigen Fällen ist die Gesamtbeitragsdauer auf 32 Jahre begrenzt.

Es ist nicht möglich, den Bezug der Grundrente oder der Sozialrente auf einen Zeitpunkt nach dem Regelrentenalter zu verschieben. Die Grundrente ist verdienstabhängig (siehe oben), während die Sozialrente einer Prüfung des gesamten Einkommens, einschließlich des Arbeitsentgelts, unterliegt.

Kinderbetreuung

Die wohnsitzabhängige Grundrente und die Sozialrenten bieten einen automatischen Schutz für Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit für die Kinderbetreuung aufgeben. Es gibt keine besonderen Gutschriften für Kinderbetreuungszeiten. Im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung werden keine Rückstellungen für Frauen eingerichtet, die ihre Erwerbstätigkeit für die Kinderbetreuung aufgeben müssen. Das staatliche Sozialhilfesystem umfasst Leistungen für Eltern (Männer oder Frauen), die sich um Kinder mit langfristigen Erkrankungen oder Behinderungen kümmern müssen. Solche Leistungen werden auch gewährt, wenn Personen nahe Verwandte pflegen müssen (z.B. ein erwachsener Sohn bzw. eine erwachsene Tochter, der/die einen älteren Elternteil pflegt).

Arbeitslosigkeit

Die Bemessungsgrundlage, auf der der Mindestbeitrag in Höhe von 10% erhoben wird, umfasst Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsentgelt, alle anderen Leistungen bleiben jedoch unberücksichtigt.

Ergebnisse des Rentenmodells: Island

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	77.9	54.2	69.8	90.2	131.2	172.1
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	84.1	62.7	76.7	95.1	131.8	168.5
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	91.7	108.3	93.0	90.2	87.5	86.1
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	96.5	110.1	97.7	95.1	92.1	90.6
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	14.0	17.0	14.2	13.7	13.2	12.9
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	10.6	13.9	11.0	10.2	9.3	8.9
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	11.9	15.6	12.4	11.4	10.5	10.0

Italien

Italien: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das neue italienische Rentensystem stützt sich auf das Prinzip der *Notional Accounts*, der „fiktiven“ Rentenkonto. Die Beiträge werden zu einem Satz verzinst, der an das BIP-Wachstum gebunden ist. Bei Renteneintritt wird das akkumulierte „fiktive“ Kapital in eine Rente umgerechnet, wobei die durchschnittliche Lebenserwartung beim Renteneintritt berücksichtigt wird. Das System gilt in vollem Umfang für Arbeitsmarkneuzugänge ab 1996.

Wesentliche Indikatoren

		Italien	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	24 600	28 600
	USD	30 900	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	14.0	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	80.9	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.5	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	32.5	23.8

Anspruchskriterien

Das Regelrentenalter beträgt im neuen System ab 2008 für Männer 65 Jahre und für Frauen 60 Jahre. Ein vorzeitiger Rentenbezug wird jedoch unter bestimmten Bedingungen in Bezug auf die Beitragszahlungen (siehe unten) weiterhin möglich sein. In der Basismodellrechnung wird unterstellt, dass der Renteneintritt bei Männern mit 65 Jahren und bei Frauen mit 60 Jahren erfolgt.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Im beitragsbezogenen System beträgt der Beitragssatz für privat und öffentlich abhängig Beschäftigte 33%, wovon der Arbeitnehmer etwa ein Drittel entrichtet und der Arbeitgeber zwei Drittel; die Rentenhöhe ist das Ergebnis der Berechnung zweier Faktoren: die insgesamt im Lauf des Erwerbslebens gezahlten Beiträge, kapitalisiert zur nominalen BIP-Wachstumsrate (entsprechend einem gleitenden Fünfjahresdurchschnitt) und der Umwandlungskoeffizient, dessen Kalkulation hauptsächlich auf der Wahrscheinlichkeit des Ablebens oder des Hinterlassens einer Witwe bzw. eines Witwers und der Anzahl der Auszahlungsjahre einer Hinterbliebenenrente beruht. Deshalb sind die Rentenleistungen eng an das Renteneintrittsalter gekoppelt – je niedriger das Alter, desto niedriger die Rente.

Die Umwandlungskoeffizienten werden alle drei Jahre überprüft. Sie sind für die Altersgruppe der 57- bis 65-Jährigen zwar vorgesehen, Arbeitskräfte können jedoch nicht vor dem 65. Lebensjahr in Rente gehen, es sei denn sie erfüllen die Anspruchskriterien der aktuell gültigen Gesetzgebung und erreichen eine Rente, die nicht unter dem 1,2-Fachen der Altersrente liegt.

Renteneintrittsalter	57	58	59	60	61	62	63	64	65+
Umwandlungskoeffizient (in %)	4.014	4.113	4.217	4.328	4.446	4.572	4.705	4.847	4.999

Anmerkung: Die oben genannten Koeffizienten beruhen auf den ISTAT-Bevölkerungsprognosen des Jahres 2001.

In den Modellrechnungen für alle Länder wurde ein reales Lohnwachstum von 2% jährlich unterstellt. In Anbetracht der voraussichtlichen Abnahme der italienischen Erwerbsbevölkerung ist es folgerichtig, hier von einem realen BIP-Jahreswachstum in Höhe von 1,6% auszugehen.

Beiträge werden für Arbeitnehmer im Jahr 2006 ab einem Lohn von mindestens 171,03 Euro pro Woche erhoben (was 36% des Durchschnittsverdiensts entspricht). Die Bemessungsgrenze liegt bei dem neuen System bei 85 478 Euro pro Jahr bzw. etwas weniger als 347% des Durchschnittsverdiensts.

Die Indexierung der laufenden Renten ist kompliziert, da kleine Renten großzügiger behandelt werden als hohe Renten. Für Renten in Höhe von bis zum 3-Fachen der Mindestrente ist eine vollständige Anpassung der laufenden Renten an die Preise vorgesehen. Diese Grenze entspricht im Jahr 2005 (das für die Anpassung 2006 zu Grunde gelegt wird) 1 260 Euro monatlich und im Jahr 2006 1 283 Euro (Basis für die Anpassung 2007) bzw. annähernd zwei Dritteln des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts. Für Renten in Höhe des 3- bis 5-Fachen der Mindestrente werden die gezahlten Leistungen im Umfang von 90% der Preissteigerung erhöht. Oberhalb dieser Grenze verringert sich die Anpassung auf 75% der Preisindexsteigerung. Anzumerken ist, dass die Indexierung separat für jede Tranche einer hohen Rente vorgenommen wird.

Sozialhilfe

Für Personen, die ausschließlich durch das neue System abgesichert sind, d.h. für die Arbeitsmarktneuzugänge ab 1996, wurde die Mindestrente (siehe unten) abgeschafft. Rentner, deren Einkommen unter dem Sozialhilfeniveau liegt, können ab dem Alter von 65 Jahren jedoch eine bedürftigkeitsabhängige Leistung beantragen. Einschließlich Zulagen belief sich die Sozialhilfe (*assegno sociale*) 2006 auf 5 130 Euro. Für Personen über 70 Jahre erhöht sich diese Leistung auf 7 167 Euro. Diese Beträge entsprechen 21% bzw. 29% des Durchschnittsverdiensts.

Freiwillige private Altersvorsorge

Es gibt ein zusätzliches freiwilliges System der betrieblichen Altersvorsorge. Dieses besteht sowohl aus offenen Fonds als auch aus tarifvertraglich vereinbarten geschlossenen Fonds. Die geschlossenen Fonds können von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie aus dem sogenannten Abfindungsfonds (*Trattamento di Fine Rapporto* – TFR) finanziert werden. Die offenen Fonds zahlen eine beitragsbezogene Rente. Der derzeitige Beitragssatz zum TFR ist 6,91%. Bisher sind erst wenige Arbeitskräfte an privaten Pensionsfonds beteiligt. Deshalb hat das Haushaltsgesetz für 2007 (mit einigen Änderungen) die vor kurzem verabschiedete Rentenreform vorgezogen (Gesetz Nr. 243/2004 und Verordnung 252/2005), welche weitere Maßnahmen einführt, um die Entwicklung der zweiten Säule zu beschleunigen: a) höhere Steueranreize und b) stillschweigende Zustimmung zur Übertragung des Abfindungsfonds (TFR). Letzteres bedeutet, dass die bisher angesparte Abfindungssumme auf einen privaten Pensionsfonds übertragen wird, falls die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer nicht ausdrücklich widerspricht. Dennoch bleibt die Beteiligung an den privaten Pensionsfonds freiwillig.

Der Erfassungsgrad der betrieblichen Altersvorsorge bleibt in Italien niedrig: Er liegt bei etwa 11% der abhängig Beschäftigten. Die Regierung hat Arbeitnehmer und Arbeitgeber ermuntert, die TFR-Fonds auf betriebliche Altersvorsorgesysteme zu übertragen, doch zeigen die Daten zum Erfassungsgrad, dass dies bisher nur wenige getan haben.

Angesichts des geringen Erfassungsgrads wurden diese Systeme nicht in der Modellrechnung der freiwilligen privaten Renten berücksichtigt.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Im früheren System konnten Arbeitskräfte mit mindestens 35 Beitragsjahren im Alter von 57 Jahren in Rente gehen. Seit Januar 2008 wurde das Rentenalter auf 58 Jahre angehoben (59 Jahre für Selbstständige). Eine neue Reform, die im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2008 verabschiedet wurde, hat ein Quotensystem auf der Basis einer Kombination aus Alter und Dienstalster eingeführt, so dass das Mindestalter zur Beantragung der Frühverrentung (Senioritätsrente) bis zum Jahr 2013 von 57 auf 61 Jahre hochgesetzt wird. Allerdings wird weiter die Möglichkeit bestehen, bei 40 Beitragsjahren in jedem beliebigen Alter in den Ruhestand zu treten.

Spätverrentung

Frauen haben das Recht, bis zu dem für Männer geltenden Regelrentenalter erwerbstätig zu bleiben. Der Renteneintritt muss nicht zwangsläufig mit 65 Jahren erfolgen, doch hat der Arbeitgeber das Recht, Beschäftigte bei Erreichen dieses Alters zu entlassen. Seit Januar 2009 ist es möglich, Erwerbs- und Renteneinkommen ganz zu kumulieren. Hinsichtlich der Renten mit Beitragsprimat ist es *a)* gestattet, Erwerbs- und Frührenteneinkommen voll zu kumulieren, wenn die Rentner mindestens 40 Jahre Seniorität nachweisen können, und *b)* ebenfalls möglich, Erwerbs- und Altersrenteneinkommen voll zu kumulieren, vorausgesetzt dass Männer mindestens 65 Jahre oder Frauen mindestens 60 Jahre alt sind.

Der Renteneintritt kann bis nach dem 65. Lebensjahr verschoben werden, doch bleibt der Umwandlungskoeffizient (siehe oben) der gleiche, und die Rentenansprüche erhöhen sich nur auf Grund der weiteren Beitragszahlungen und deren Verzinsung (auf fiktiven Rentenkonten) während eines oder mehrerer Jahre.

Kinderbetreuung

Die Rente wird bei Müttern angehoben, indem sie einen großzügigeren Umwandlungskoeffizienten erhalten. Bei Müttern von ein bis zwei Kindern ist dies der Umwandlungskoeffizient ihres tatsächlichen Renteneintrittsalters plus ein Jahr. Ab drei Kindern ist es das tatsächliche Renteneintrittsalter plus zwei Jahre. Dies führt nach den projizierten Umwandlungskoeffizienten zu einer Erhöhung der Rente um etwa 3% bei ein bis zwei Kindern und 6% ab drei Kindern.

Arbeitslosigkeit

Sämtliche Arbeitslosenversicherungssysteme – *cassa integrazione guadagni* (CIG), *indennità di mobilità* und *indennità di disoccupazione* – eröffnen ein Recht auf anrechenbare Beiträge für die Dauer des Leistungsempfangs. Das frühere Erwerbseinkommen dient als Basis für die Rentenberechnung.

Die maximale angerechnete Zeit beträgt fünf Jahre über das gesamte Leben von Arbeitsmarktzugängen ab dem Jahr 1993. Dies beeinflusst lediglich das Anrecht auf eine Senioritätsrente. Außerdem können die angerechneten Beiträge im Fall der *indennità di disoccupazione* – die allgemeine Arbeitslosenversicherung – im Hinblick auf das Erfordernis der 35 Beitragsjahre nicht berücksichtigt werden, sie zählen hingegen (unterhalb der 5-Jahresgrenze) im Hinblick auf das Erfordernis der 40 Beitragsjahre.

Die Beiträge zahlt normalerweise der Staat, mit Ausnahme der *indennità di mobilità* im ersten Bezugsjahr sowie der CIG, wo die Beiträge von den Arbeitnehmern anteilmäßig zu einer reduzierten Quote von 5,54% bezahlt werden.

Ergebnisse des Rentenmodells: Italien

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau	59.8	34.0	51.0	67.9	101.9	135.9
(In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	46.5	26.4	39.6	52.8	79.2	105.5
Relatives Nettorentenniveau	65.8	37.4	56.1	74.8	112.2	145.2
(In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	51.2	38.3	43.6	58.1	87.2	116.3
Bruttoersatzquote	67.9	67.9	67.9	67.9	67.9	67.9
(In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	52.8	52.8	52.8	52.8	52.8	52.8
Nettoersatzquote	74.8	74.8	74.8	74.8	77.1	78.7
(In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	58.1	76.6	58.1	58.1	59.9	63.0
Bruttorentenvermögen	10.0	10.0	10.0	10.0	9.9	9.8
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	10.7	10.7	10.7	10.7	10.7	10.6
Nettoartenvermögen	7.6	7.6	7.6	7.6	7.5	7.2
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.1	10.7	8.1	8.1	8.1	8.0

Japan

Japan: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das japanische staatliche Rentensystem besteht aus zwei Komponenten: einer einheitlichen Grundrente und einer verdienstabhängigen Zusatzrente (Rentensystem für abhängig Beschäftigte).

Wesentliche Indikatoren

		Japan	OECD
Durchschnittsverdienst	JPY (Mio.)	4.99	4.17
	USD	42 900	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	8.7	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	82.4	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	86.0	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	34.4	23.8

Anspruchskriterien

Die Grundrente wird nach mindestens 25 Beitragsjahren ab dem 65. Lebensjahr gezahlt. Anspruch auf eine volle Grundrente besteht nach vierzig Beitragsjahren, im Fall kürzerer oder längerer Beitragszeiten wird die Rentenhöhe proportional angepasst.

Die verdienstabhängige Rente wird zusätzlich zur Grundrente gezahlt, nach Entrichtung von mindestens einem Monatsbeitrag, sofern Anspruch auf eine Grundrente besteht. Das Rentenalter wird schrittweise von 60 auf 65 Jahre angehoben, bei der Pauschalkomponente im Zeitraum 2001-2013 für Männer und 2006-2018 für Frauen und bei der verdienstabhängigen Komponente bis 2025 für Männer und bis 2030 für Frauen. Die verdienstabhängige Rente aus dem System für abhängig Beschäftigte wird im Fall kürzerer oder längerer Beitragszeiten angepasst.

Rentenberechnung

Grundrente

Die volle Grundrente lag 2006 bei 792 100 Yen pro Jahr, was 15,9% des Durchschnittsverdiensts entspricht. Die Grundrente wird an die Preisentwicklung angepasst.

Sozialhilfe

Ältere Menschen sind durch das allgemeine Sozialhilfesystem abgesichert. Für eine allein-stehende Person im Alter von 60-69 Jahren lag der Sozialhilfesatz in Tokyo 2006 bei 969 810 Yen (d.h. 19% des Durchschnittsverdiensts) pro Jahr, ohne Wohngeld und sonstige relevante Leistungen.

Verdienstabhängige Rente

Das Rentensystem für abhängig Beschäftigte setzt sich aus zwei Komponenten zusammen, einer Pauschalrente und einem verdienstabhängigen Teil, wobei letzterer die bei weitem wichtigere Komponente ist. Der Rentensteigerungssatz betrug bis zum Finanzjahr 2002 0,75% des Durchschnittsverdiensts ohne Sonderzulagen. Seit dem Finanzjahr 2003 werden beim anrechnungsfähigen Arbeitsverdienst auch die Sonderzulagen berücksichtigt. Durch diese Ausdehnung der Bemessungsgrundlage verringert sich der Steigerungssatz auf 0,5481% des Verdiensts (einschließlich Sonderzulagen).

Der Verdienst früherer Jahre wird entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Nettoverdienst-wachstum aufgewertet.

Für die Beitragsberechnung gilt eine Bemessungsgrenze in Höhe von 620 000 Yen pro Monat, was 149% des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Die Höhe der Pauschalkomponente hängt vom Geburtsjahr des Empfängers ab. 2006 betrug sie zwischen 1 676 Yen und 3 143 Yen je Beitragsmonat. Sie wird nur an Rentner im Alter von 62-64 Jahre gezahlt und soll für Männer bis 2013 abgeschafft werden.

Die Anpassung der laufenden Renten ist preisindexiert.

Austritt aus dem System

Arbeitgeber mit mindestens 1 000 Mitarbeitern haben die Möglichkeit, einen Teil des verdienstabhängigen Systems auszugliedern („Ersatzteil“), wenn sie ihren Mitarbeitern selbst eine Alterssicherung anbieten; rd. 15% der Arbeitnehmer sind über solche betrieblichen Altersvorsorgepläne versichert. Voraussetzung für den Austritt ist, dass das Unternehmen Rentenleistungen in Höhe von mindestens 150% (vor 2005: 110%) des Betrags bieten kann, auf den die fraglichen Arbeitskräfte im öffentlichen System Anspruch hätten. Maßgeblich für die Berechnung der erforderlichen Rentenhöhe für den Austritt ist der durchschnittliche nominale Lebensarbeitsverdienst. Die Indexierung der laufenden Rentenzahlungen und die Wertanpassung des Verdiensts früherer Jahre werden vom Staat finanziert.

Der Beitragssatz in den vom Arbeitgeber angebotenen Altersvorsorgeplänen wird vom Staat festgelegt und richtet sich nach der Altersstruktur der versicherten Mitarbeiter sowie versicherungsmathematischen Annahmen. Bis 1996 galt für diese Altersvorsorgepläne allerdings ein einheitlicher Satz. Seit 2005 schwankt der Satz zwischen 2,4% und 5% des Gesamtbeitragsentgelts.

Seit 2001 fördert die Regierung auch Rentensysteme mit Beitragsprimat und betriebliche Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat. Dies hatte zur Folge, dass mehrere betriebliche Pensionsfonds aufgelöst wurden.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Bis 2001 konnte ab 60 Jahre eine „besondere“ Rente für abhängig Beschäftigte in Anspruch genommen werden. Diese Regelung läuft derzeit aus, und danach wird erst ab 65 Jahre Anspruch auf eine volle Rente bestehen.

Ein vorzeitiger Renteneintritt mit entsprechenden Leistungsabschlägen ist sowohl im Grund- als auch im verdienstabhängigen System möglich. Die Rente verringert sich für jeden Monat des vorgezogenen Rentenbezugs um 0,5%, was 6% pro Jahr entspricht. Die Pauschalkomponente des Systems für abhängig Beschäftigte kann zwischen 60 und 65 Jahren in Anspruch genommen werden. Die laufenden Rentenzahlungen werden bis zur Vollendung des 65. Lebensjahrs entsprechend der Entwicklung des Nettodurchschnittsverdiensts angepasst, anschließend sind sie preisindexiert.

Spätverrentung

Der Rentenbezug kann sowohl bei der Grundrente als auch im verdienstabhängigen System aufgeschoben werden. Im Fall eines Rentenaufschubs erhöhen sich die Leistungen um 0,7% pro Monat, d.h. 8,4% jährlich. Für jedes Beitragsjahr nach Vollendung des 65. Lebensjahrs werden weitere Rentenansprüche erworben.

Seit 2006 ist es möglich, Erwerbstätigkeit und Rentenbezug zu kombinieren, vorausgesetzt das Gesamteinkommen (Arbeitsverdienst plus Rente) beträgt nicht mehr als 480 000 Yen. Oberhalb dieses Schwellenwerts verringert sich die verdienstabhängige Rente um die Hälfte des fraglichen Mehrbetrags; die Grundrente wird allerdings noch in vollem Umfang ausgezahlt. Seit April 2007 gilt dieser Abzug auch für Arbeitskräfte über 70 Jahre, sie müssen jedoch keine Sozialversicherungsbeiträge entrichten.

Kinderbetreuung

Zeiten ohne Erwerbstätigkeit infolge von Kinderbetreuung werden im verdienstabhängigen System angerechnet. Seit 2005 ist der maximale Zeitraum von einem Jahr auf drei Jahre verlängert worden. Kommen während dieses Elternurlaubs weitere Kinder zur Welt, wird dieser Zeitraum bis zum dritten Geburtstag des jüngsten Kindes verlängert. Bezugsgröße für die in diesem Zeitraum zu entrichtenden Beiträge ist das kurz zuvor bezogene Arbeitseinkommen, und bei der Berechnung der Leistungen und Anspruchskriterien wird der gesamte befreite Zeitraum berücksichtigt. In Fällen, in denen die Eltern wegen Kinderbetreuung Teilzeit arbeiten, werden die Beiträge auf der Basis des laufenden Einkommens erhoben, während für die Berechnung der Rentenleistungen der vorherige Vollzeitarbeitsverdienst zu Grunde gelegt wird.

Sind Personen mehr als 3 Jahre nicht erwerbstätig und sinkt ihr Einkommensniveau, finden die nachstehenden Bestimmungen über Leistungen bei Arbeitslosigkeit ebenfalls Anwendung.

Arbeitslosigkeit

Arbeitskräfte, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder deren Einkommen einen gewissen Schwellenwert unterschreitet, sind nicht zur Entrichtung von Beiträgen in die verdienstabhängige Rentenversicherung verpflichtet, müssen aber in das Grundrentensystem einzahlen. Je nach Einkommensniveau des Haushalts können Arbeitslose zu 100%, 75%, 50% oder 25% von der Beitragsentrichtung befreit werden. Eine alleinstehende Person mit einem Vorjahreseinkommen von weniger als 570 000 Yen ist nicht beitragspflichtig. Person mit einem Einkommen unter 930 000 Yen müssen nur ein Viertel der Beiträge entrichten, Personen mit einem Einkommen unter 1 410 000 Yen zahlen die Hälfte und Personen mit einem Einkommen unter 1 890 000 Yen drei Viertel der Beiträge.

Für die Zeiträume, in denen Personen von der Beitragspflicht befreit sind, haben sie Anspruch auf ein Drittel der Grundrente, für die Zeiträume, in denen sie ein Viertel des Beitrags entrichten, auf die Hälfte der Grundrente. Für die Zeiten, in denen sie die Hälfte der Beiträge zahlen, werden ihnen zwei Drittel und für die Zeiten, in denen sie drei Viertel der Beiträge entrichten, fünf Sechstel der Grundrente angerechnet. Bei der Beurteilung der Anspruchskriterien werden die beitragsbefreiten Zeiträume als Beitragsjahre zur Erreichung der vollen Beitragsdauer angerechnet.

Es besteht die Möglichkeit, für diese Zeiträume im nachhinein noch Beiträge zu entrichten, um nach dem Renteneintritt eine höhere Rente zu beziehen.

Ergebnisse des Rentenmodells: Japan

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	31.4	23.6	28.7	33.9	44.2	53.2
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	35.8	26.4	32.6	38.7	48.9	58.1
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	35.7	47.1	38.3	33.9	29.4	26.6
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	40.3	51.4	42.8	38.7	33.9	30.8
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	5.9	7.8	6.3	5.6	4.9	4.4
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	5.4	7.1	5.8	5.2	4.4	3.9
	6.1	7.9	6.5	5.8	4.9	4.4

Kanada

Kanada: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das Rentensystem sieht eine einheitliche Grundrente vor, die nach Einkommensprüfung durch eine Zulage für das garantierte Mindesteinkommen aufgestockt werden kann, und verdienstabhängige öffentliche Programme.

Wesentliche Indikatoren

		Kanada	OECD
Durchschnittsverdienst	CAD	40 600	40 500
	USD	35 800	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	4.1	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	80.4	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.5	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	21.1	23.8

Anspruchskriterien

Die Grundrente (*old age security* – OAS) ist von einer Wohnsitzprüfung abhängig, wobei jedes Wohnsitzjahr nach dem 18. Lebensjahr einen Anspruch auf ein Vierzigstel der Höchstrente, bis zu einem Maximum von vierzig Jahren, begründet. Für den Leistungsbezug ist eine Mindestwohnsitzdauer von zehn Jahren erforderlich. Die Rente wird ab 65 Jahre gezahlt.

Beim verdienstabhängigen System sind für den Bezug einer Vollrente vierzig Jahresbeiträge erforderlich, für die Begründung des Rentenanspruchs reicht aber ein einziger gültiger Beitrag aus. Das normale Rentenanspruchsalter liegt bei 65 Jahren; ab 60 Jahre kann eine Frührente beansprucht werden.

Rentenberechnung

Grundrente

Im Jahr 2006 betrug die volle OAS-Altersrente 5 846,19 kan\$. Die Grundrente ist preisindexiert.

Diese Rente ist einkommensabhängig, wobei die Einkommensprüfung über die Steuer erfolgt (sogenannte *Claw-back-Methode*). Überstieg das Einkommen 62 144 kan\$ jährlich, wurde die Grundrente 2006 um einen Satz von 15% gekürzt. Sie ist ebenfalls preisindexiert.

Sozialrente

Die Zulage für das garantierte Mindesteinkommen (GIS) ergänzt die allgemeine Grundrente. Beide zusammen ergaben 2006 eine Höchstrente von 13 011,33 kan\$.

Zusatz Einkommen neben der Grundrente werden zu 50% von der Zulage abgezogen. Die Sozialrente ist preisindexiert.

Verdienstabhängige Rente

Verdienstabhängige Renten und Leistungen zahlt der Canada Pension Plan (CPP)/Québec Pension Plan (QPP). CPP und QPP sehen im Großen und Ganzen dasselbe Leistungsniveau vor. Dieses System zielt auf eine Lohnersatzquote von 25% auf der Basis des durchschnittlichen Lebensarbeitsentgelts ab (wobei 15% der Jahre mit dem geringsten Verdienst unberücksichtigt bleiben). Die Arbeitsentgelte früherer Jahre werden entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung angepasst. Wie bereits erwähnt, sind für die Vollrente vierzig Beitragsjahre erforderlich, bei kürzeren Erwerbsbiografien werden die Leistungen anteilig verringert. Im Jahr 2006 lag die maximale verdienstabhängige Rente bei 844,58 kan\$ monatlich.

Personen, die weniger als 3 500 kan\$ jährlich verdienen, sind nicht beitragspflichtig. Für Beiträge und Leistungen lag die Bemessungsgrenze im Jahr 2006 bei 42 100 kan\$. Die Bemessungsgrenze wird an den Anstieg der Durchschnittsverdienste angepasst, während die untere Beitragsbemessungsgrenze nominal eingefroren ist.

Die Höhe der verdienstabhängigen Rente wird nach dem Renteneintritt alljährlich an die Preisentwicklung angepasst.

Freiwillige private Altersvorsorge

Etwa 40% der Beschäftigten sind über betriebliche Altersvorsorgeprogramme abgesichert. 2003 handelte es sich bei diesen zu 80% um Vorsorgepläne mit Leistungsprimat. Das auf der Basis der Ergebnisse einer nationalen Erhebung zu Rentenprogrammen modellierte System mit Leistungsprimat hat einen Steigerungssatz von 1,3% bis zur Bemessungsgrenze der staatlichen Alterssicherung und 2% darüber hinaus. Die Renten basieren auf dem Endgehalt.

Der Gesamterfassungsgrad der freiwilligen privaten Rentenversicherungen – individuelle und betriebliche Vorsorgepläne zusammengekommen – liegt bei etwa 57%. Für die Berechnung der Rentenleistungen in Systemen mit Beitragsprimat wird ein Beitragssatz von 8,5% des Arbeitsverdiensts zu Grunde gelegt.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Die Frühverrentung ab dem Alter von 60 Jahren ist bei dem staatlichen verdienstabhängigen Programm mit einer Leistungsminderung von 6% pro Jahr möglich. Bei den anderen beiden öffentlichen Programmen (Grundrente und bedürftigkeitsabhängige Leistungen) ist keine Frühverrentung möglich.

Spätverrentung

Die Inanspruchnahme der verdienstabhängigen Rente kann aufgeschoben werden, wobei sich die Rentenbezüge für jedes zusätzliche Jahr nach Erreichen des 65. Lebensjahrs und maximal 5 Jahre lang um jeweils 6% erhöhen. Die Inanspruchnahme der Grundrente und der bedürftigkeitsabhängigen Leistungen kann nicht aufgeschoben werden. Die Einkommensprüfung für bedürftigkeitsabhängige Leistungen bezieht den Verdienst mit ein, für die Grundrente wird die sogenannte *Claw-back*-Methode bei hohen Einkommen angewandt, die ebenfalls den Verdienst einbezieht.

Kinderbetreuung

Nicht in Erwerbstätigkeit verbrachte Zeiträume, die der Betreuung von Kindern unter 7 Jahren dienen, bleiben im Referenzzeitraum für die Berechnung des maßgeblichen Durchschnittsverdiensts unberücksichtigt und sind im verdienstabhängigen System vom Beitragszeitraum ausgeschlossen.

Arbeitslosigkeit

Bei der Berechnung des Durchschnittsarbeitsverdiensts können bis zu 15% der Beitragsjahre unberücksichtigt bleiben. Mit dieser Option der Ausklammerung sollen Zeiten der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Teilnahme an Schulungsmaßnahmen kompensiert werden. Zeiten der Arbeitslosigkeit werden nicht angerechnet.

Ergebnisse des Rentenmodells: Kanada

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	42.6	38.3	41.4	44.5	44.5	44.5
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	55.9	50.3	54.4	57.9	57.9	57.9
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	50.2	76.5	55.2	44.5	29.7	22.2
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	63.6	89.1	68.9	57.9	40.0	30.9
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.7	11.7	8.4	6.8	4.5	3.4
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.9	13.6	9.8	7.9	5.3	4.0
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	7.6	11.7	8.4	6.7	4.5	3.4
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.9	13.6	9.8	7.8	5.2	3.9

Korea

Korea: Das Rentensystem im Jahr 2006

Die staatliche Rentenversicherung wurde in Korea erst vor relativ kurzer Zeit eingeführt. Es handelt sich um ein verdienstabhängiges, progressives System, bei dem sich die Leistungen sowohl nach den individuellen Arbeitsentgelten als auch nach dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt der Arbeitsentgelte richten.

Wesentliche Indikatoren

		Korea	OECD
Durchschnittsverdienst	KRW (Mio.)	30.44	34.08
	USD	32 000	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	1.6	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.1	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.1	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	14.5	23.8

Anspruchskriterien

Die Rente kann derzeit bei einer Versicherungsdauer von mindestens zehn Jahren ab einem Alter von 60 Jahren in Anspruch genommen werden. Ab dem Alter von 55 Jahren kann eine Frührente mit Abschlägen bezogen werden.

Das Regelrentenalter wird bis 2033 schrittweise auf 65 Jahre angehoben. In der Modellrechnung wird von einem langfristigen Rentenalter von 65 Jahren und auch einer Anhebung des Frühverrentungsalters von 55 auf 60 Jahre ausgegangen.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Nach 40 Beitragsjahren belief sich die Lohnersatzquote der Rente im Jahr 2007 auf 60% des Arbeitsverdiensts, sie wurde dann aber im Jahr 2008 auf 50% reduziert und wird anschließend jährlich um 0,5 Prozentpunkte verringert, um dann zwischen 2009 und 2028 schließlich 40% zu erreichen. Die Modellrechnung geht davon aus, dass die 40% über einen Zeitraum von 45 Jahren errechnet werden. Die Verdienstmessgröße setzt sich zusammen aus dem durchschnittlichen, entsprechend dem Lohnwachstum aktualisierten individuellen Lebensarbeitsverdienst und dem Durchschnittsverdienst der Mitglieder der staatlichen Rentenversicherung während der letzten drei Jahre, das entsprechend der Preisentwicklung aufgewertet wird. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt bei 3,6 Mio. KRW monatlich, was 142% des Durchschnittsverdiensts aller Versicherten im Jahr 2006 entspricht.

Die Rente ist auf maximal 100% des individuellen Verdiensts begrenzt. Sie wird nach dem Renteneintritt an die Preisentwicklung angepasst. Personen ab 60 Jahre entrichten keine Rentenversicherungsbeiträge und können keine zusätzlichen Rentenansprüche mehr erwerben.

Grundrente

Seit dem Jahr 2008 haben etwa 60% der Personen ab dem Alter von 65 Jahren Anspruch auf die bedürftigkeitsabhängige „Grundrente“. Vorgesehen ist eine Ausweitung des Empfängerkreises auf 70% im Jahr 2009. Diese Rente umfasst einen Pauschalbetrag von 5% jährlich, berechnet anhand des Dreijahres-Durchschnittsverdiensts der Mitglieder der staatlichen Rentenversicherung. Die Leistung wird entsprechend dem Einkommen und Vermögen der älteren Personen stufenweise verringert. Bei Paaren beträgt der Rentensatz für jede Person 80% des Satzes für Alleinstehende.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Bei einer für das Jahr 2013 geplanten Anhebung des Regelrentenalters von 60 auf 65 Jahre wird unterstellt, dass sich das Frührentenalter ebenfalls von 55 auf 60 Jahre erhöhen wird. Bei einem Renteneintritt mit 60 Jahren wird die Frührente dann 70% der normalen Altersrente betragen. Mit jedem Jahr steigt sie um 6%, so dass ein Versicherter, der mit 64 Jahren in Rente geht, Anspruch auf 94% der vollen Altersrente haben wird.

Spätverrentung

Durch Spätverrentung können die Rentenanwartschaften erhöht werden. Die Rente steigt um 6% pro Jahr, und der Renteneintritt kann um maximal 5 Jahre, bis zum Alter von 70 Jahren, hinausgeschoben werden.

Falls die Arbeitsentgelte der Rentner im Alter von 65-69 Jahren das durchschnittliche Arbeitsentgelt der Versicherten insgesamt übertreffen, beträgt die mit 65 Jahren ausgezahlte Rente 50% einer vollen Altersrente, wobei die Leistungen mit jedem zusätzlichen Jahr der Erwerbstätigkeit um 10% erhöht werden; dies nennt sich die „aktive Altersrente“. Erwerbstätige Rentnerinnen oder Rentner im Alter von 65-69 Jahren haben somit die Wahl zwischen der „Spätverrentung“ und der „aktiven Altersrente“.

Kinderbetreuung

Eine Person, die wegen Kinderbetreuung nicht erwerbstätig ist, kann für den beantragten Zeitraum von der Beitragszahlung befreit werden. Die Versicherungszeit kann später (nach Wiederaufnahme der Arbeit) durch freiwillige Zahlung der fehlenden Beiträge (einschließlich des Arbeitgeberanteils) erhöht werden.

Eine versicherte Frau, die nach Januar 2008 ein Kind bekommt, kann Rentenansprüche erwerben (dies gilt ab dem zweiten Kind). Es werden Rentenansprüche von 12-50 Monaten gewährt, je nach Anzahl der ab diesem Stichtag geborenen Kinder.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose können von der Beitragszahlung für die von ihnen beantragte Dauer befreit werden. Die Versicherungszeit kann später (nach Wiederaufnahme der Arbeit) durch freiwillige Zahlung der fehlenden Beiträge (einschließlich des Arbeitgeberanteils) erhöht werden.

Ergebnisse des Rentenmodells: Korea

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	39.7	32.1	37.1	42.1	50.4	50.4
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	44.0	35.8	41.2	46.6	55.5	55.5
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	45.1	64.1	49.4	42.1	33.6	25.2
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	49.2	68.8	53.5	46.6	38.7	29.6
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.3 7.5	8.9 10.7	6.9 8.2	5.9 7.0	4.7 5.6	3.5 4.2
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.2 7.4	8.9 10.6	6.8 8.1	5.8 6.9	4.6 5.5	3.4 4.1

Luxemburg

Luxemburg: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das staatliche Rentensystem besteht aus zwei Komponenten: einer Pauschalleistung, deren Höhe von den Beitragsjahren abhängt, und einem verdienstabhängigen Teil. Ferner gibt es eine Mindestrente.

Wesentliche Indikatoren

		Luxemburg	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	43 600	28 600
	USD	54 800	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	7.2	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.4	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.7	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	22.8	23.8

Anspruchskriterien

Eine vorgezogene Altersrente kann nach 40 (Pflicht- oder freiwilligen) Beitragsjahren ab dem vollendeten 57. Lebensjahr bezogen werden. Bei Nachweis einer 40-jährigen Pflicht-, freiwilligen oder anrechenbaren Versicherungszeit kann die Rente ab dem Alter von 60 Jahren ausbezahlt werden. Da die Modellrechnungen von einer vollständigen Erwerbsbiografie ab dem Alter von 20 Jahren ausgehen, wird im Basisszenario unterstellt, dass die Rente mit 60 Jahren angetreten wird. Ansonsten beträgt das Regelrentenalter 65 Jahre (bei mindestens 10 Beitragsjahren).

Rentenberechnung

Grundrente

Diese betrug 2006 362 Euro monatlich bei Nachweis einer Versicherungszeit von 40 Jahren. Das entspricht rd. 10% des Durchschnittsverdiensts. Bei unvollständigen Versicherungszeiten werden die Leistungen anteilmäßig gekürzt. (Formell beträgt die Grundrente 23,5% eines Richtwerts, der 2006 bei 1 541 Euro lag.)

Es gibt auch eine „Jahresendzulage“ in Höhe von 49 Euro zusätzlich pro Monat nach 40 Beitragsjahren. Diese wird bei Erwerbsbiografien von weniger als 40 Jahren anteilmäßig gekürzt, sie entspricht rd. 1,23 Euro pro Monat für jedes Versicherungsjahr. Die Jahresendzulage wird an die nominale Lohnentwicklung angepasst (siehe unten).

Verdienstabhängige Rente

Der Steigerungssatz für die verdienstabhängige Rente beträgt 1,85% pro Jahr. Bei der in der Formel verwendeten Messgröße für die Arbeitsverdienste handelt es sich um den Durchschnittsverdienst während des gesamten Arbeitslebens, der entsprechend der Bruttolohnentwicklung angepasst wird.

Der Steigerungssatz ist bei älteren Arbeitskräften und Personen mit längeren Beitragszeiten höher. Für jedes Jahr der Berufstätigkeit über das Alter von 55 Jahren hinaus erhöht sich der Steigerungssatz um 0,01 Prozentpunkte. Außerdem gibt es ab dem 38. Beitragsjahr eine zusätzliche Erhöhung des Steigerungssatzes um 0,01 Prozentpunkte. Der Höchststeigerungssatz beträgt 2,05% pro Jahr. Unter der üblichen Annahme einer vollen Erwerbsbiografie ab dem 20. Lebensjahr ergibt sich ein Steigerungssatz von 2,01%.

Die Höchstrente lag im Jahr 2006 bei 6 422 Euro pro Monat (formal ausgedrückt als 25/6 des jeweiligen Richtwerts). Das entspricht etwas weniger als 177% des Durchschnittsverdiensts.

Die Renten werden automatisch an die Preisentwicklung angepasst (bei einer kumulativen Inflation von mindestens 2,5%). Außerdem müssen alle zwei Jahre Anpassungen an das Reallohn-

niveau in Erwägung gezogen werden. In der Praxis ist es seit einiger Zeit so, dass diese Anpassungen nahe an der Entwicklung des Lohnniveaus liegen, und in der Modellrechnung wird davon ausgegangen, dass diese Praxis fortgesetzt wird.

Mindestrente

Die Mindestrente beträgt bei Nachweis einer Beitragszeit von 40 Jahren 1 387 Euro pro Monat (definiert als 90% des Richtwerts), was 38% des Durchschnittsverdiensts entspricht. Bei kürzeren Beitragszeiten, wobei aber mindestens 20 Pflicht-, freiwillige oder anrechenbare Versicherungsjahre bestehen müssen, wird dieser Betrag anteilmäßig reduziert.

Sozialhilfe

Der Sozialhilfesatz beträgt für Alleinstehende 1 098 Euro pro Monat.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Ein vorgezogener Renteneintritt ist mit 57 Jahren nach 40 Beitragsjahren und mit 60 Jahren nach 40 effektiven Beitragsjahren oder gleichgestellten Zeiten möglich. Frührentner können den Rentenbezug mit Arbeitsphasen kombinieren, vorausgesetzt sie verdienen dabei nicht mehr als ein Drittel des Mindestlohns. Versicherungsmathematische Abschläge bei vorgezogenem Renteneintritt sind nicht vorgesehen.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Vorruhestandsregelungen, darunter insbesondere die *Préretraite-solidarité* und die *Préretraite-ajustement*. Die erste Regelung ermöglicht den Vorruhestand, wenn der Arbeitgeber dafür einen von der öffentlichen Arbeitsverwaltung vermittelten Arbeitslosen einstellt. Im Rahmen des zweiten Programms können ältere Arbeitskräfte in Rente gehen, wenn sie ihren Arbeitsplatz auf Grund von Umstrukturierungen oder Unternehmenskonkursen verlieren. Beide Programme können zwischen dem 57. und dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden. Die Vorruhestandsleistungen belaufen sich auf 85% des früheren Verdiensts im ersten Jahr, 80% im zweiten Jahr und 75% im dritten Jahr. Als Verdienstmessgröße dient das Arbeitsentgelt der letzten drei Monate.

Spätverrentung

Die Rente muss zum Regelrentenalter von 65 Jahren in Anspruch genommen werden. Nach Erreichen dieses Alters kann der Rentenbezug mit einer Erwerbstätigkeit kombiniert werden, ohne dass sich die Rente dadurch verringert.

Kinderbetreuung

„Babyjahre“ (zwei Jahre für ein Kind und vier Jahre für zwei Kinder) werden auf die Beitragsdauer angerechnet. Der anrechnungsfähige Verdienst beruht auf dem unmittelbar vor Beantragung der Babyjahre bezogenen Arbeitsentgelt. Der Zeitraum wird auf die Beitragsdauer angerechnet und geht in die Pauschalkomponente der Rentenformel ein.

Erwerbstätige, die auf Grund einer unzureichenden Beitragsdauer keine Babyjahre beantragen konnten, haben Anspruch auf eine besondere monatliche Rentenzulage in Höhe von 89 Euro pro Kind.

Beitragsfreie Zeiträume, in denen Kinder unter 6 Jahre betreut wurden, werden auf die Beitragsdauer angerechnet.

Arbeitslosigkeit

Zeiträume, in denen Arbeitslosenleistungen bezogen werden, werden angerechnet: Die auf diese Leistungen erhobenen Rentenbeiträge werden vom Staat (2/3) und vom Leistungsempfänger (1/3) getragen. Der Zeitraum der Arbeitslosigkeit wird auf die Beitragsdauer angerechnet und geht in die verdienstabhängige Komponente der Rentenformel ein. Für diesen Zeitraum werden die Rentenansprüche auf der Grundlage der Arbeitslosenleistungen berechnet.

Ergebnisse des Rentenmodells: Luxemburg

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	76.6	49.7	68.9	88.1	126.5	164.9
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	87.0	61.2	80.1	96.5	127.3	158.2
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	90.1	99.4	91.9	88.1	84.3	82.5
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	98.1	107.1	99.7	96.5	93.5	91.8
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	19.7	21.7	20.0	19.2	18.4	18.0
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	24.0	26.5	24.5	23.5	22.5	22.0
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	16.1	19.2	16.8	15.2	13.3	12.4
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	19.6	23.5	20.5	18.5	16.3	15.2

Mexiko

Mexiko: Das Rentensystem im Jahr 2006

Die Altersrenten werden im Rahmen eines für Beschäftigte des privaten Sektors obligatorischen, kapitalgedeckten, privat verwalteten Systems mit Beitragsprimat gewährleistet. Die Beiträge werden anteilig von den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und dem Staat gezahlt. Darüber hinaus gibt es eine Mindestrente für alle, die mindestens 24 Beitragsjahre nachweisen können.

Wesentliche Indikatoren

		Mexiko	OECD
Durchschnittsverdienst	MXN	73 200	390 200
	USD	6 700	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	1.3	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	75.7	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.0	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	9.9	23.8

Anspruchskriterien

Die Regelaltersgrenze liegt für Männer und Frauen bei 65 Jahren, unter der Voraussetzung einer Versicherungszeit von 1 250 Wochen (= etwa 24 Jahre).

Rentenberechnung

Kapitalgedecktes System

Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen zusammen 6,275% des Arbeitsentgelts auf ein individuelles Rentenkonto ein, das vom Staat durch einen Beitrag in Höhe von 0,225% des Arbeitsentgelts aufgestockt wird. Ein weiterer Beitrag von 5% wird einem individuellen Wohnungskonto gutgeschrieben (sogenanntes *Infonavit*-System), das bei Nichtinanspruchnahme dem Rentenkonto zugeschlagen wird. Schließlich steuert der Staat für alle individuellen Konten noch einen Beitrag von 5,5% des inflationsindexierten realen Mindestlohns von 1997 bei, was hier einer Grundrentenkomponente gleichgesetzt wird, die 1,4% des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Es gibt eine Beitragsbemessungsgrenze, die von Juli 2006 bis Juni 2007 das 24-Fache des Mindestlohns betrug und danach das 25-Fache.

In den Berechnungen wird unterstellt, dass der Einzelne den akkumulierten Saldo (nach Abzug einer Hinterbliebenenversicherung, die zur Abdeckung der Hinterbliebenenrente zwingend abzuschließen ist) bei Erreichen der Regelaltersgrenze in preisindexierte Annuitäten umwandelt. Die Annuitätsraten sind geschlechtsspezifisch.

Mindestrente

Die Mindestrente entspricht ebenfalls dem realen Mindestlohnwert von 1997 und ist inflationsindexiert (20 225,40 Peso im Jahr 2006). Die Anbindung an den realen Mindestlohn bedeutet, dass die Mindestrente effektiv preisindexiert ist.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Eine Frühverrentung ist für Männer wie Frauen mit 60 Jahren möglich. Voraussetzung dafür ist, dass der Versicherte nicht beschäftigt ist und mindestens 1 250 Beitragswochen nachweisen kann.

Versicherte, die definitiv aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und die Mindestvoraussetzung nicht erfüllen, können sich den gesamten Saldo ihres Rentenkontos mit Beitragsprimat (*Afore-System*) auszahlen lassen.

Spätverrentung

Eine Fortsetzung der Erwerbstätigkeit nach Vollendung des 65. Lebensjahrs ist möglich.

Kinderbetreuung

Es gibt keine Entgeltpunkte für Zeiten ohne Erwerbstätigkeit zur Betreuung von Kindern.

Arbeitslosigkeit

Es gibt keine Entgeltpunkte für Zeiten der Arbeitslosigkeit.

Allerdings sieht Artikel 191, Absatz II, des mexikanischen Sozialversicherungsgesetzes vor, dass eine arbeitslos gewordene Arbeitskraft das Recht erhält, einen gewissen Betrag von ihrem Alters-/Rentenunterkonto abzuheben. Erlaubt ist eine Abhebung im Wert von bis zu 75 Tagen der ermittelten Lohnbasis des Arbeitnehmers in den letzten 250 Wochen bzw. 10% des bestehenden Alters-/Rentenunterkontos, falls dieser Betrag niedriger ist. Die Arbeitskräfte haben ab dem 46. Tag der Arbeitslosigkeit Anspruch auf diesen Betrag. Um anspruchsberechtigt zu sein, muss der betreffende Arbeitnehmer über ein entsprechend gedecktes Konto verfügen und darf in den letzten fünf Jahren keine Abhebung vorgenommen haben.

Ergebnisse des Rentenmodells: Mexiko

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau	31.3	27.6	28.2	36.1	51.8	67.5
(In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	27.6		27.6	29.9	42.9	56.0
Relatives Nettorentenniveau	33.0	29.1	29.7	38.0	54.6	71.2
(In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	29.1		29.1	31.5	45.3	59.0
Bruttoersatzquote	36.9	55.3	37.6	36.1	34.5	33.7
(In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	32.5		36.8	29.9	28.6	28.0
Nettoersatzquote	38.0	56.0	38.1	38.0	39.6	39.7
(In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	33.5		37.3	31.5	32.8	32.9
Bruttorentenvermögen	4.9	7.3	5.0	4.8	4.6	4.5
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	5.2	8.9	5.9	4.8	4.6	4.5
Nettoartenvermögen	4.9	7.3	5.0	4.8	4.6	4.5
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	5.2	8.9	5.9	4.8	4.6	4.5

Neuseeland

Neuseeland: Das Rentensystem im Jahr 2006

Die staatliche Rente ist eine Pauschalrente, deren Zahlung von einer Wohnsitzprüfung abhängt. Es gibt auch eine betriebliche Altersvorsorge, doch hat sich ihr Deckungsgrad seit 1990 von 22,6% der abhängig Beschäftigten auf 14,7% im Jahr zum 30. Juni 2006 verringert.

Wesentliche Indikatoren

		Neusee- land	OECD
Durchschnittsverdienst	NZD	43 000	55 100
	USD	27 900	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	4.4	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	80.2	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.4	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	20.7	23.8

Anspruchskriterien

Eine zehnjährige Wohnsitzdauer ab dem Alter von 20 Jahren (davon 5 Jahre nach Vollendung des 50. Lebensjahrs) berechtigt zum Bezug einer staatlichen Rente ab Vollendung des 65. Lebensjahrs.

Rentenberechnung

Grundrente

Seit dem 1. April 2007 beträgt die Rente für allein lebende Einzelpersonen 336,65 NZ\$ brutto pro Woche. 2006/2007 belief sich der Betrag auf 320,13 NZ\$. Die Erhöhung ist z.T. durch den weiter unten beschriebenen regulären Anpassungsprozess und z.T. durch die ebenfalls weiter unten umrissene Unterstützungsvereinbarung zwischen der Regierung und der Partei NZ First bedingt. Daraus ergibt sich eine Gesamtrente für das Steuerjahr 2007 von 17 506 NZ\$, was rd. 41% des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Bei der Berechnung des zu zahlenden Gesamtbetrags werden Ansprüche aus der staatlichen Rentenversicherung anderer Länder berücksichtigt.

Der Satz der staatlichen Rentenversicherung ist preisindexiert, wobei allerdings an der Lohnentwicklung orientierte Unter- und Obergrenzen vorgesehen sind. Für Paare darf der Satz nach Steuern zum 1. April nach den geltenden Bestimmungen jeweils nicht weniger als 65% und nicht mehr als 72,5% der ermittelten wöchentlichen Verdienstmessgröße nach Steuern betragen. Die Sätze nach Steuern entsprechen für Einzelpersonen 65% (für allein Lebende) bzw. 60% (für in Gemeinschaft Lebende) des Satzes nach Steuern für Paare. Liegt der Preisauftrieb kontinuierlich unter der Entwicklung der ermittelten Nettowochenverdienste, wird die Indexierung effektiv auf das Lohnwachstum umgestellt.

Infolge einer Unterstützungsvereinbarung zwischen der Regierung und der Partei NZ First nach der Wahl im Jahr 2005 soll der Satz nach Steuern zum 1. April für die Dauer der Vereinbarung jeweils 66% statt 65% der Verdienstmessgröße nach Steuern betragen.

Freiwillige private Altersvorsorge

Der Erfassungsgrad der betrieblichen Altersvorsorge verringert sich seit einiger Zeit und liegt derzeit bei etwa 13%, wobei rd. 5% der Personen im Erwerbsalter Beiträge im Rahmen der privaten Altersvorsorge entrichten. Das neue Versorgungssystem KiwiSaver erreichte jedoch im ersten Jahr seines Bestehens (seit Juli 2007) einen Erfassungsgrad von 44%. Der Standardbeitragsatz in diesem System beträgt 4% des Arbeitsverdiensts, die zu gleichen Teilen von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern getragen werden.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Es ist nicht möglich, die Rente vor Erreichen des Regelrentenalters von 65 Jahren in Anspruch zu nehmen.

Spätverrentung

Der Renteneintritt ist nicht Voraussetzung für den Bezug der öffentlichen Rente. Es ist somit möglich, Rentenbezug und Erwerbstätigkeit zu kombinieren.

Die Rente muss zwar nicht bei Erreichen des Regelrentenalters in Anspruch genommen werden, durch einen Aufschub des Rentenbezugs entstehen jedoch keine Vorteile.

Kinderbetreuung

Spätere Ansprüche auf die öffentliche Rente werden durch Zeiträume ohne Arbeitsverdienst zu Betreuungszwecken nicht beeinflusst.

Arbeitslosigkeit

Spätere Ansprüche auf die öffentliche Rente werden durch Zeiträume der Arbeitslosigkeit nicht beeinflusst.

Ergebnisse des Rentenmodells: Neuseeland

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	38.7	38.7	38.7	38.7	38.7	38.7
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	41.1	41.1	41.1	41.1	41.1	41.1
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	45.6	77.5	51.6	38.7	25.8	19.4
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	47.3	79.3	53.5	41.1	29.0	22.8
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.4	14.3	9.6	7.2	4.8	3.6
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	9.9	16.8	11.2	8.4	5.6	4.2
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.9	11.8	7.9	5.9	3.9	3.0
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.2	13.9	9.2	6.9	4.6	3.5

Niederlande

Niederlande: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das niederländische Rentensystem besteht aus zwei Hauptsäulen, einer staatlichen Grundversicherung (Pauschalleistung) und einer verdienstabhängigen betrieblichen Zusatzrente. Die Arbeitgeber sind gesetzlich nicht zum Angebot einer Betriebsrente für die Mitarbeiter verpflichtet, auf Grund der Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern gehören aber 91% der Arbeitnehmer einem Betriebsrentensystem an. Die betriebliche Altersversorgung kann mithin als quasi-obligatorisch angesehen werden.

Wesentliche Indikatoren

		Niederlande	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	39 700	28 600
	USD	49 900	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	5.0	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.8	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.4	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	23.4	23.8

Anspruchskriterien

Die Altersgrundrente wird ab dem Alter von 65 Jahren gezahlt. Das Regelrentenalter liegt bei der betrieblichen Vorsorge ebenfalls bei 65 Jahren. Anspruchsberechtigt sind alle Gebietsansässigen.

Rentenberechnung

Grundrente

Für Alleinstehende belief sich das Bruttorentenniveau 2006 auf 942,33 Euro im ersten Halbjahr und 948,21 Euro im zweiten Halbjahr. Hinzu kam eine Urlaubszulage in Höhe von 53,22 Euro bzw. 53,15 Euro, woraus sich ein jährlicher Gesamtbetrag von 12 017 Euro bzw. 30% des Durchschnittsverdiensts ergibt. Für Paare entspricht dies über das Jahr gerechnet insgesamt 16 477 Euro. Die Rentenhöhe ist an den Mindestlohn (netto) geknüpft, der zweimal jährlich angepasst wird.

Bei der Grundrente ist ein Steigerungssatz in Höhe von 2% des vollen Werts für jedes Jahr vorgesehen, das der Anspruchsberechtigte im Land lebt bzw. arbeitet. Es gibt auch ein Sozialhilfesystem für ältere Menschen. Der Sozialhilfesatz entspricht der Höhe der Grundrente (netto).

Betriebliche Altersvorsorge

Die Niederlande verfügen auch über ein privates Altersvorsorgesystem mit einem sehr großen Versichertenkreis. Das System besteht aus 767 Pensionsfonds (Stand Ende 2006), von denen 103 Branchenfonds sind. Unter bestimmten Bedingungen ist es niederländischen Unternehmen freigestellt, aus diesen Rentenplänen auszusteigen, wenn sie eigene Betriebspensionsfonds mit gleichwertigen Leistungen anbieten. Zusätzlich gibt es rd. 700 firmeneigene Rentensysteme. Weitere 46 000 (2005) größtenteils kleinere Arbeitgeber bieten ihren Mitarbeitern Rentenpläne an, die von Versicherungsgesellschaften verwaltet werden.

Etwa 94% der Arbeitnehmer, die bei einem Pensionsfonds versichert sind, verfügen über eine Altersvorsorge mit Leistungsprimat. Die übrigen über Pensionsfonds abgesicherten Arbeitnehmer sind nach dem Beitragsprimat versichert.

Für etwa 77% der Mitglieder der Rentenpläne mit Leistungsprimat dient das Lebensarbeitsentgelt als Verdienstmessgröße und für 10% der letzte Verdienst. Bei den Übrigen wird entweder auf eine Kombination beider Elemente (8%) oder auf einen Festbetrag Bezug genommen (1%).

Ein bestimmtes Beitrittsalter für die Teilnahme an einem Betriebsrentensystem ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. 2006 gehörten etwa 55% der über die betriebliche Altersvorsorge versicherten Arbeitnehmer einem System ohne Beitrittsalter, 7% einem System mit einem Beitrittsalter von 16-20 Jahren und 36% einem System mit einem Beitrittsalter von 21-25 Jahren an.

Die meisten endlohnbezogenen Rentenversicherungen sehen 1,75% des entsprechenden Arbeitsentgelts pro Jahr der Berufstätigkeit vor, was bei einer vollständigen 40-jährigen Berufslaufbahn zu einer Ersatzquote von 70% führt. Bei Systemen, die den Durchschnittslohn zu Grunde legen, schwankt der Steigerungssatz zwischen 1,75% und 2% je Arbeitsjahr.

Es besteht keine gesetzliche Vorschrift zur Valorisierung der Arbeitsentgelte aus zurückliegenden Jahren, und hier wird in den verschiedenen Systemen je nach den von den Sozialpartnern vereinbarten Regelungen eine unterschiedliche Praxis geübt. Für ungefähr 75% der Teilnehmer von am Durchschnittslohn orientierten Altersvorsorgeplänen wird der Verdienst früherer Jahre entsprechend dem Wachstum des Durchschnittsverdiensts angepasst, während bei 8% die Inflationsrate als Maßstab dient. In der Modellrechnung wird von einem auf den Durchschnittslohn bezogenen System ausgegangen, bei dem eine Valorisierung auf der Basis des Durchschnittsverdiensts erfolgt.

Obwohl es keine gesetzliche Vorschrift für die Aktualisierung der laufenden Rentenzahlungen gibt, werden auch diese zumeist jährlich angehoben. In fast der Hälfte der Altersvorsorgepläne richtet sich die Indexierung nach dem Lohnwachstum der jeweiligen Branche. Für 27% ist eine Preisindexierung vorgesehen.

Die Rentenansprüche werden bei einem Arbeitsplatzwechsel voll übertragen. Es gibt eine gesetzliche Vorschrift, wonach die Rentenansprüche von Personen, die ein Rentensystem vor ihrem Rentenanstritt verlassen, in genau der gleichen Weise zu indexieren sind wie die effektiv ausgezahlten Renten. Die Mindestversicherungszeiten sind sehr kurz.

Es gibt keine Obergrenze für anrechnungsfähige Arbeitsverdienste.

Die Betriebsrenten werden mit der staatlichen Rentenversicherung koordiniert. Die derzeitigen steuerlichen Bestimmungen ermöglichen eine Höchstrente von 100% des letzten Gehalts ab 65 Jahre aus der staatlichen wie auch privaten Rentenversicherung. Die meisten Pensionspläne zielen auf eine Ersatzquote von 70% des zuletzt bezogenen Lohns ab, so dass die privaten Rentenleistungen um eine sogenannte „Franchise“ verringert werden. 2006 betrug diese im Durchschnitt 12 019 Euro.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Die Grundrente kann nicht vor Vollendung des 65. Lebensjahrs bezogen werden.

Die Steuervergünstigungen für die gesonderten Vorruhestandsregelungen (die sogenannten VUT), in deren Rahmen 60- bis 65-Jährige Vorruhestandsleistungen beziehen konnten, wurden 2005 abgeschafft, um die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte zu fördern.

Spätverrentung

Ein Aufschub des Bezugs der Altersgrundrente nach Erreichen des Regelalters von 65 Jahren ist nicht möglich. Es ist zulässig, den Grundrentenbezug mit einer Erwerbstätigkeit zu kombinieren.

In den verschiedenen betrieblichen Altersvorsorgeplänen gelten unterschiedliche Regeln für den Rentenaufschub. Der Bezug der betrieblichen Renten kann mit einer Erwerbstätigkeit kombiniert werden. Einige Altersvorsorgepläne gestatten ihren Mitgliedern in der Tat, ihre Rente in Anspruch zu nehmen, aber beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt zu bleiben. Diesbezüglich gibt es keine gesetzlichen Regelungen.

Kinderbetreuung

Bei der Altersgrundrente werden Zeiträume ohne Arbeitsverdienst automatisch berücksichtigt. Im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge gibt es keine Gutschriften für Kinderbetreuungszeiten, in denen die betreffenden Personen nicht erwerbstätig sind, es entstehen jedoch aus der Erwerbstätigkeit der verbleibenden Jahre weitere Rentenansprüche. Bei zahlreichen Betriebsrenten besteht allerdings die Möglichkeit, freiwillige Beiträge für die vorgenannten Zeiträume zu entrichten.

Arbeitslosigkeit

Im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge gibt es keine Gutschriften für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Bei der Altersgrundrente werden solche Zeiträume wiederum automatisch berücksichtigt. Zusätzlich verwalten die Sozialpartner einen Fonds (FVP), der es älteren Arbeitskräften ermöglicht, für einen bestimmten Zeitraum der Arbeitslosigkeit weitere Rentenansprüche zu erwerben. Zwischen dem Staat und diesem Fonds besteht keine formale Beziehung.

Ergebnisse des Rentenmodells: Niederlande

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	79.2	46.7	67.5	88.3	129.9	171.6
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	95.4	60.6	84.3	103.2	140.0	171.6
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	88.9	93.4	90.0	88.3	86.6	85.8
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	105.5	105.0	107.4	103.2	98.6	95.5
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	16.4	17.2	16.6	16.3	16.0	15.8
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.6	14.2	13.2	12.1	11.0	10.1
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	14.7	16.6	15.4	14.2	12.8	11.8

Norwegen

Norwegen: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das öffentliche Altersversorgungssystem setzt sich in Norwegen aus einer pauschalen Grundrente und einer verdienstabhängigen Zusatzrente zusammen. Rentner, die keine bzw. nur eine geringe Zusatzrente beziehen, haben Anspruch auf eine Sonderzulage. Für den Bezug der Sonderzulage wird eine Bedürftigkeitsprüfung durchgeführt, bei der das Einkommen aus der verdienstabhängigen Rente maßgeblich ist. Vor kurzem wurde eine obligatorische betriebliche Altersvorsorge eingeführt.

Wesentliche Indikatoren

		Norwegen	OECD
Durchschnittsverdienst	NOK	397 800	229 500
	USD	62 000	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	4.8	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	80.6	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.3	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	24.7	23.8

Anspruchskriterien

Das derzeitige System wurde 1967 eingerichtet. Da Anspruch auf eine volle Rente nach 40 Versicherungsjahren besteht, fand der Renteneintritt der ersten Kohorte, die dieses Kriterium erfüllt, im Jahr 2007 statt.

Das Regelrentenalter liegt bei 67 Jahren. Personen, die zwischen dem 17. und dem 67. Lebensjahr (einschließlich) mindestens drei Jahre in Norwegen ansässig waren, haben Anspruch auf die Mindestrente, die sich aus der Grundrente und der Sonderzulage zusammensetzt. Anspruch auf eine volle Rente besteht nach vierzig Wohnsitzjahren. Voraussetzung für den Bezug der Zusatzrente sind Entgeltpunkte für mindestens drei Kalenderjahre, und Anspruch auf eine volle Rente besteht nach 40 Versicherungsjahren. Bei einer kürzeren Verdienstbiografie verringern sich beide Leistungen proportional.

Rentenberechnung

Grundrente

Viele der im Rahmen der Volksversicherung (*Volketrygden*) gezahlten Leistungen werden im Verhältnis zu einem *Grundbetrag* (G) festgelegt, der 2006 bei 62 161 NOK lag. Die volle Grundrente für Alleinstehende deckt sich mit dem Grundbetrag. Dieser entspricht 15,6% des Durchschnittsverdiensts. In der Vergangenheit war die Indexierung des Grundbetrags geringer als das Durchschnittslohnwachstum. 2003 hat die Regierung die Höhe des Grundbetrags allerdings an die Entwicklung des Durchschnittsverdiensts geknüpft. In der Modellrechnung wird von einer Fortsetzung dieser Praxis ausgegangen.

Mindestrente

Die oben beschriebene Grundrente und eine Sonderzulage bilden zusammen die Mindestrente. Diese Mindestrente wurde im Zuge der realen Erhöhung der Sonderzulage von Zeit zu Zeit aufgewertet. Im Zeitverlauf stieg sie tendenziell stärker als das Verdienstwachstum. Seit 2003 ist die Mindestrente an die Entwicklung des Durchschnittsverdiensts gekoppelt.

Im Jahr 2008 wurde allerdings eine erneute Erhöhung der Sonderzulage beschlossen, von 79,33% des Grundbetrags im Jahr 2007 auf 94% in 2008. Es wurde vereinbart, die Sonderzulage bis 2010 weiter anzuheben, bis auf 100% des Grundbetrags. Diese Sonderzulage ist abhängig von dem Einkommen aus der verdienstabhängigen Zusatzrente, und die Mindestrente beträgt etwa 31% des Durchschnittsverdiensts.

Verdienstabhängige Rente

Da die Grundrente die erste Verdienstranche ersetzt, werden in der verdienstabhängigen Zusatzversicherung nur Arbeitsentgelte erfasst, die den Grundbetrag überschreiten. Die Sonderzulage ersetzt eine weitere Verdienstranche, in Höhe von bis zu einem 3,38-Fachen des Grundbetrags. Die Ersatzquote bei der verdienstabhängigen Rente ist regressiv, sinkt also bei zunehmendem Verdienst. Bei einem jährlichen Arbeitsentgelt in Höhe eines 3,38- bis 6-Fachen des Grundbetrags liegt die Ersatzquote bei 42% (sie wurde von 45% im Jahr 1992 gesenkt und entspricht für alle Rentner dem Durchschnitt zwischen diesen beiden Werten, gewichtet nach der Zahl der vor 1992 erworbenen jährlichen Entgeltpunkte). Zwischen dem 6- und dem 12-Fachen des Grundbetrags beläuft sich die Ersatzquote nur noch auf ein Drittel davon. Insofern für den Anspruch auf eine volle Rente 40 Beitragsjahre erforderlich sind, entspricht dies einem jährlichen Steigerungssatz von 1,05% bzw. 0,35% (für Versicherte, die alle ihre Rentenansprüche nach 1992 erworben haben). Der erste Schwellenwert, ab dem der Steigerungssatz abnimmt, liegt etwas unter dem Durchschnittsverdienst (94%). Die Beitragsbemessungsgrenze entspricht somit etwas weniger als dem Doppelten des Durchschnittsverdiensts (188%).

Bei der Rentenberechnung werden die zwanzig besten Entgeltpunksjahre berücksichtigt. Die Bewertung der angesammelten Beträge aus früheren Jahren hängt daher von der zur Anpassung der Höhe des Grundbetrags (G) verwendeten Methode ab. Wie bereits erwähnt, wird in der Modellrechnung unterstellt, dass der Grundbetrag in Zukunft entsprechend der Entwicklung des Durchschnittsverdiensts angehoben wird.

System mit Beitragsprimat

Seit 2006 müssen die Arbeitgeber einen Mindestbeitrag in Höhe von 2% des Verdiensts ihrer Arbeitnehmer in Altersvorsorgepläne mit Beitragsprimat einzahlen. (Bietet der Arbeitgeber stattdessen eine Altersvorsorge mit Leistungsprimat an, so muss diese ein Rentenniveau gewährleisten, das mindestens dem entspricht, das bei Anrechnung der 2%igen Pflichtbeiträge zu erwarten ist.) Die Beitragspflicht besteht nur für die Verdienstranche zwischen dem Grundbetrag (G) und dem 12-Fachen des Grundbetrags.

Die Leistungen aus der betrieblichen Altersvorsorge können derzeit erst mit 67 Jahren in Anspruch genommen werden. Sie müssen über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren abgehoben werden. Für die Zwecke des Vergleichs mit den für andere Länder ermittelten Ergebnissen wird unterstellt, dass das angesparte Kapital in Form regelmäßiger preisindexierter Rentenzahlungen entnommen wird, deren Höhe auf der Grundlage geschlechtsneutraler Sterbetafeln berechnet wird.

Freiwillige private Altersvorsorge

Etwa 60% der abhängig Beschäftigten werden durch freiwillige betriebliche Altersvorsorgesysteme erfasst. Einschließlich des obligatorischen Arbeitgeberbeitrags in Höhe von 2% beträgt der gesamte Beitragssatz eines typischen großen Betriebsrentenplans 5% des Arbeitsentgelts zwischen 1G und 6G und 8% zwischen 6G und 12G.

Abweichende Erwerbsbiografien (öffentliches System)

Frühverrentung

Etwa zwei Drittel aller Arbeitnehmer sind in Unternehmen tätig, die im Rahmen der tariflichen Ruhestandsregelung (AFP) Abkommen über einen vorzeitigen Rentenbezug geschlossen haben. Dieses System, das 1989 eingeführt wurde, ermöglicht einen Renteneintritt mit 62 Jahren. Das Rentenniveau entspricht in etwa dem der regulären Altersrente, die ab 67 Jahre gezahlt würde, wenn die fragliche Person den Arbeitsplatz behielte, den sie zum Zeitpunkt ihres tatsächlichen Renteneintritts innehatte.

Die Berechnung der AFP-Renten ist je nach Branche unterschiedlich geregelt. Im privaten Sektor wird bei der Berechnung der AFP-Renten die gleiche Methode angewandt wie bei den

Invaliditätsrenten (Gutschrift von Entgeltpunkten für die verbleibenden Jahre bis Vollendung des 67. Lebensjahrs). Außerdem erhalten diese Rentner die sogenannte AFP-Zulage in Höhe von 11 400 NOK jährlich. Diese Zulage ist steuerfrei.

Es sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen (die Aufzählung ist nicht vollständig). Erstens muss der Rentner oder die Rentnerin die drei letzten Jahre in demselben Unternehmen beschäftigt (oder in den letzten fünf Jahren durch ein AFP-System erfasst) gewesen sein. Zweitens muss das Jahresarbeitsentgelt zum Zeitpunkt des Renteneintritts mindestens den Grundbetrag (G) erreichen. Das Jahresgehalt muss außerdem ab dem Alter von 50 Jahren mindestens zehn Jahre lang höher als ein Grundbetrag (G) gewesen sein. Die Arbeitsentgelte der zehn besten Jahre von 1967 bis zum Jahr vor dem Renteneintritt müssen mindestens doppelt so hoch wie der Grundbetrag gelegen haben.

Spätverrentung

Die Erwerbstätigkeit kann nach Vollendung des 67. Lebensjahrs fortgesetzt und auch mit dem Rentenbezug kombiniert werden. Es sind keine zusätzlichen Aufschläge für den Fall eines Aufschubs des Rentenbezugs nach Vollendung des 67. Lebensjahrs vorgesehen.

Ursprünglich lag das Rentenalter bei 70 Jahren, es wurde aber 1973 auf 67 Jahre herabgesetzt. Die Möglichkeit, bis zum 70. Lebensjahr weiter Entgeltpunkte zu erwerben, wurde beibehalten, doch wird für die Altersgruppe 69-70 Jahre die Rentenhöhe von der Höhe der Arbeitseinkommen abhängig gemacht. Die Rentenhöhe verringert sich um 40% des Teils des Einkommens, der das Zweifache des Grundbetrags (G) übersteigt.

Kinderbetreuung

Betreuer erhalten pro Jahr drei Entgeltpunkte im zusätzlichen einkommensabhängigen Rentensystem gutgeschrieben. Dies entspricht Entgeltpunkten bezogen auf ein Arbeitsentgelt in Höhe von 248 644 NOK. Betreuer sind sowohl Eltern, die sich um Kinder bis zum Alter von sieben Jahren kümmern, als auch Personen, die sich ohne Bezahlung zu Hause um behinderte, kranke oder ältere Menschen kümmern.

Mütter, deren jährlich erworbene Entgeltpunkte unter 3 liegen, erhalten einen Aufschlag. Bei Überschreiten der 3 Entgeltpunkte gibt es für die Mütter keinen Aufschlag. Die Familie kann beantragen, dass die Punkte stattdessen dem Vater gutgeschrieben werden. Für die zweite Gruppe werden Entgeltpunkte auf individuellen Antrag hin gewährt.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenunterstützung, die auf 62,4% des früheren Arbeitsentgelts bis zu dem 6-Fachen des Grundbetrags festgelegt wurde, gibt Anrecht auf Entgeltpunkte in derselben Höhe wie ein Erwerbseinkommen.

Ergebnisse des Rentenmodells: Norwegen

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	51.9	33.1	45.8	59.3	74.7	84.3
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	62.0	42.1	56.1	69.3	84.2	93.6
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	59.6	66.2	61.0	59.3	49.8	42.2
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	70.2	76.7	72.3	69.3	60.6	52.8
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	10.3	11.4	10.5	10.2	8.5	7.2
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.7	10.3	9.1	8.4	6.8	5.6
	10.2	12.1	10.7	9.9	7.9	6.6

Österreich

Österreich: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das Pensionssystem besteht aus einer gesetzlichen Rentenversicherung mit Leistungsprimat und einkommensabhängiger Ausgleichszulage für Rentner mit niedrigem Einkommen.

Wesentliche Indikatoren

		Österreich	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	36 700	28 600
	USD	46 100	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	12.6	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.9	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.9	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	27.1	23.8

Anspruchskriterien

Das Regelrentenalter beträgt 65 Jahre für Männer. Für Frauen liegt es derzeit bei 60 Jahren, wird zwischen 2024 und 2033 aber auf 65 Jahre angehoben. Voraussetzung für den Leistungsbezug ist eine Versicherungszeit von 180 Monaten (15 Jahre) innerhalb der letzten 30 Jahre bzw. 300 Monate (25 Jahre) während der gesamten Lebenszeit. Alternativ hierzu sind 180 Versicherungsmonate mit aktiver Beitragszahlung (im Gegensatz zum alleinigen Versicherungsschutz) ausreichend. Bei den Versicherungsmonaten handelt es sich entweder um Beitragsmonate (in Beschäftigung oder freiwillige Beiträge) oder Ersatzzeiten, für die nur begrenzte Beiträge entrichtet worden sind. Im Rahmen der Pensionsreform von 2005 ist die Zahl der für den Bezug einer Alterspension erforderlichen Versicherungsjahre infolge einer versicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit von fünfzehn auf sieben Jahre gesenkt worden. Die verbleibende Mindestversicherungszeit von acht Jahren kann beispielsweise durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten erreicht werden.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Die Pensionsleistung beläuft sich derzeit auf 1,88% des Arbeitsentgelts je Beitragsjahr, dieser Prozentsatz wird bis 2009 aber nach und nach auf 1,78% reduziert.

Als Verdienstmessgröße dient gegenwärtig der in den besten 18 Jahren bezogene Verdienst. Das Valorisierungsverfahren ist komplex, obgleich sich die Anpassungen in der Praxis stärker an der Preisinflation als am Verdienstzuwachs orientierten. Der Referenzzeitraum für die Berechnung des maßgeblichen Durchschnittsverdiensts wird verlängert; ab 2028 wird ein Zeitraum von vierzig Jahren herangezogen. Über die Valorisierung im Rahmen dieses neuen Verfahrens wird noch diskutiert. In der Modellrechnung wird diese den gesamten Erwerbsverlauf umfassende Messgröße zu Grunde gelegt und davon ausgegangen, dass die in früheren Jahren erzielten Arbeitsentgelte entsprechend der Verdienstentwicklung aufgewertet werden.

Beiträge sind bis zu einer Obergrenze von 52 500 Euro jährlich, rd. 143% des Durchschnittsverdiensts, zu entrichten.

Im Jahr 2005 wurden die laufenden Rentenzahlungen bis zur Höhe der Medianrente entsprechend der Preisentwicklung angepasst; über dem Medianwert liegende Renten wurden um einen Pauschalbetrag aufgebessert, der der absoluten Rentenerhöhung für Bezieher von Medianrenten entsprach. Für den Zeitraum 2006-2009 ist vorgesehen, dass die Renten bis zum 15-Fachen der täglichen Beitragsobergrenze voll preisindexiert sind, die 2006 bei $125 \times 15 = 1\,875$ Euro gelegen hatte. In der Modellrechnung wird davon ausgegangen, dass auch über diesen Zeitraum hinaus an dieser Praxis festgehalten wird.

Sozialrente

Es gibt eine Ausgleichszulage, die einer alleinstehenden Person 690 Euro und einem Ehepaar 1 056 Euro als monatliches Mindestrenteneinkommen sichert. Die Zulage wird 14-mal im Jahr ausbezahlt. Die Anpassung der Einkommen aus dem sozialen Netz ist ebenfalls diskretionär; in der Modellrechnung wird implizit davon ausgegangen, dass dieses Einkommen an die Lohnentwicklung angepasst wird.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Männer können derzeit mit 62 und Frauen mit 57 Jahren in den Ruhestand gehen, sofern sie 37,5 Beitrags- oder Anrechnungsjahre nachweisen können. Ab 2017 werden Frauen frühestens mit 60 Jahren in Rente gehen können. Vor dem 65. Lebensjahr in Anspruch genommene Rentenleistungen werden für jedes Jahr der frühzeitigen Beanspruchung um 4,2% gekürzt.

Spätverrentung

Bei Übergängen in den Ruhestand zwischen 65 und 68 Jahren wird die Rente jährlich um 4,2% angehoben, nach dem 68. Lebensjahr gibt es diese Prämie nicht mehr. Arbeitskräfte, die ihren Rentenbezug hinauszögern, leisten weiter Beiträge und erhöhen damit ihren Rentenanspruch.

Eine Kombination aus Berufstätigkeit und Rentenbezug ist möglich, allerdings gibt es Verdienstgrenzen. Verdienen Rentner unter 65 Jahren mehr als 333,16 Euro (Angabe von 2006) wird die Rente voll entzogen. Über das Alter von 65 Jahren hinaus sind Erwerbseinnahmen und Rentenbezüge unbegrenzt möglich.

Kinderbetreuung

Zeiten ohne Erwerbstätigkeit infolge von Kinderbetreuung werden auf zweierlei Weise berücksichtigt. Kindererziehungszeiten von bis zu vier Jahren werden auf der Grundlage eines fiktiven anrechnungsfähigen Einkommens von monatlich 1 350 Euro angerechnet. Davon wirken aber nur zwei Jahre je Kind pensionsbegründend; diese werden den für den Erwerb von Pensionsansprüchen erforderlichen Versicherungsjahren zugerechnet.

Arbeitslosigkeit

Bezugszeiten von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe werden (in Höhe von 70% der für die Bemessung des Arbeitslosengeldes herangezogenen Beitragsgrundlage) als Beitragsjahre angerechnet.

Ergebnisse des Rentenmodells: Österreich

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	68.1	40.0	60.1	80.1	114.6	114.6
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	79.1	53.3	71.7	90.3	120.6	120.6
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	80.1	80.1	80.1	80.1	76.4	57.3
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	90.3	90.5	90.3	90.3	86.3	64.8
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.0	12.2	12.2	11.6	10.5	7.9
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	9.3	10.9	9.7	8.8	7.4	5.6
	10.8	12.6	11.3	10.1	8.5	6.4

Polen

Polen: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das neue Rentensystem wurde 1999 eingeführt; es gilt für Personen, die 1949 oder später geboren sind. Die neue staatliche Rentenversicherung basiert auf einem System fiktiver Konten. Personen, die bei Einführung der Reform jünger als 30 waren (also 1969 bzw. später geboren sind), müssen auch Pflichtbeiträge zur kapitalgedeckten Säule leisten; Personen im Alter von 30-50 Jahren (die zwischen 1949 und 1968 geboren sind) konnten sich auf freiwilliger Basis für eine Teilnahme daran entscheiden. Jedoch musste die Entscheidung 1999 getroffen werden und war unwiderruflich, außer bei den Personen, die auf Grund der durch das Parlament eingeräumten Verlängerung der Möglichkeit zur Frühverrentung in den Jahren 2007-2008 in den Vorruhestand gehen konnten. Diese Verlängerung war auf das Fehlen eines geeigneten Konzepts für „Überbrückungsrenten“ zurückzuführen. Darüber hinaus wurde für die Beschäftigten im Bergbau seit 2005 wieder ihr Frühverrentungssystem gemäß den Bestimmungen vor 1999 eingeführt.

Wesentliche Indikatoren

		Polen	OECD
Durchschnittsverdienst	PLN	29 300	111 000
	USD	9 400	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	11.4	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	75.3	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	81.7	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	21.1	23.8

Anspruchskriterien

Das Mindestrentenalter liegt im neuen System bei 65 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen. Für den Bezug der Mindestrente müssen Männer und Frauen jeweils 25 bzw. 20 Versicherungsjahre nachweisen.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Ein Beitrag von 12,22% des Arbeitsentgelts (oder 19,52% für zwischen 1949 und 1968 geborene Arbeitnehmer, die sich nicht für die Option mit Beitragsprimat entscheiden) wird den individuellen fiktiven Konten der Arbeitnehmer gutgeschrieben. Ursprünglich wurden diese Beiträge zwischen dem Zeitpunkt, an dem sie geleistet wurden, und dem Zeitpunkt des Rentenanstritts um die Preisinflation zuzüglich 100% des Zuwachses der versicherungspflichtigen realen Lohnsumme aktualisiert. Seit 2004 wird der fiktive Zinssatz definiert als 100% des Zuwachses der versicherungspflichtigen realen Lohnsumme und nicht weniger als die Preisinflation. Er gilt für die Verzinsung der Konten rückwirkend ab dem Jahr 2000.

Bei Renteneintritt wird das auf dem fiktiven Konto aufgelaufene Kapital zur Ermittlung der Rentenleistung durch den sogenannten „G-Wert“ dividiert. Beim G-Wert handelt es sich um die durchschnittliche Restlebenserwartung im Rentenalter: Dieser Prozess entspricht der Rentenberechnung beim Kapitaldeckungsverfahren. Berechnet wird der G-Wert anhand der vom Statistischen Zentralamt veröffentlichten Sterbetafeln. In der Modellrechnung wurden versicherungsmathematische Daten der VN/Weltbank-Bevölkerungsdatenbank zu Grunde gelegt.

Die Bemessungsgrenze für die Beiträge und anrechnungsfähigen Arbeitsentgelte liegt bei dem 2,5-Fachen des für ein bestimmtes Jahr im Haushaltsgesetz projizierten Durchschnittsverdiensts. 2004 lag sie bei 68 700 PLN oder dem 2,5-Fachen des Durchschnittsverdiensts, 2005 bei 72 690 PLN, 2006 bei 73 560 PLN, 2007 bei 78 480 PLN, 2008 bei 85 290 PLN und 2009 bei 95 790 PLN.

Zwischen 1999 und 2004 wurden die Rentenzahlungen für ein bestimmtes projiziertes Jahr um 80% des Preisanstiegs und 20% der Wachstumsrate des Durchschnittsverdiensts angepasst. Anzumerken ist jedoch, dass sie ab 2005 in Jahren, in denen die Inflation gegenüber dem Jahr vor der letzten Indexierung insgesamt 5% erreicht, zumindest an die Preise der vergangenen Jahre indexiert sein werden. Seit 2008 werden die Rentenzahlungen um mindestens 80% des Preisanstiegs und 20% der Wachstumsrate des Durchschnittsverdiensts des Vorjahrs angepasst. Die Indexierung der Renten oberhalb des Mindestniveaus wird mit dem Dreiparteienausschuss verhandelt.

Mindestrente

Im Umlageverfahren gibt es eine Mindestrente, die seit dem 1. März 2006 bei 597,46 PLN pro Monat lag, was 24% des Durchschnittsverdiensts entsprach.

Beitragsprimat

Von dem gesamten Rentenbeitrag werden 7,3 Prozentpunkte an das kapitalgedeckte Altersvorsorgesystem für die Pflichtversicherten sowie die freiwillig Versicherten abgeführt. Das Gesetz über die regelmäßigen Rentenzahlungen, das Anfang 2009 vom Parlament erlassen wurde, sieht vor, dass die Altersrücklagen bei Renteneintritt anhand geschlechtsneutraler Sterbetafeln in eine regelmäßige Rentenzahlung umgewandelt werden, jedoch nicht vor Vollendung des 65. Lebensjahrs. Frauen, die vor diesem Zeitpunkt in Rente gehen, erhalten bis Vollendung des 65. Lebensjahrs Zahlungen gemäß dem entsprechenden Entnahmeplan. Die Rentenzahlungen werden um 90% der Erträge der Reserven der Versicherungsunternehmen erhöht.

Es wird aber davon ausgegangen, dass das akkumulierte Kapital in eine regelmäßig gezahlte Rente umgewandelt werden wird und dass die Rentenzahlungen zumindest preisindexiert sein werden (wie dies in der Modellrechnung der Fall ist). Es ist entschieden worden, dass die regelmäßigen Rentenzahlungen sich auf geschlechtsneutrale Sterbetafeln stützen müssen.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Das Rentensystem sieht keine Frühverrentung vor. Das alte Rentensystem (das für Personen gilt, die vor 1949 geboren wurden) ermöglichte bestimmten Arbeitnehmerkategorien, z.B. den Beschäftigten im Bergbau, bei der Bahn, Lehrkräften, Beschäftigten mit besonderen Arbeitsbedingungen und Frauen, verschiedene Arten der Frühverrentung. Die Möglichkeit zur Frühverrentung wurde bis 2007-2008 (zuvor 2006) verlängert, da es an einem geeigneten Konzept für „Überbrückungsrenten“ fehlte. Darüber hinaus wurde für die Beschäftigten im Bergbau seit 2005 wieder ihr Frühverrentungssystem gemäß den Bestimmungen vor 1999 eingeführt.

Beim System der Überbrückungsrenten, das 2009 in Kraft tritt, ist vorgesehen, dass Beschäftigte mit besonderen Arbeitsbedingungen (etwa 270 000 Arbeitskräfte) bis zu fünf Jahre vor dem Rentenalter eine Überbrückungsrente erhalten werden. Diese Leistung wird aus dem Staatshaushalt finanziert und nach der Rentenformel des verdienstabhängigen Systems berechnet.

Spätverrentung

Es besteht die Möglichkeit, die Rente aus dem System fiktiver Konten sowie aus dem kapitalgedeckten System mit Beitragsprimat ohne jede Altersbegrenzung zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch zu nehmen. Personen, die den Rentenbezug über die Regelaltersgrenze hinausschieben, leisten weiter Beitragszahlungen und erwerben zusätzliche Rentenansprüche.

Es ist möglich, Erwerbseinkommen und Renteneinkommen zu kumulieren. Für die Bezieher einer Altersrente, deren Alter das gesetzliche Rentenalter unterschreitet, gelten (im alten Rentensystem) Einkommensgrenzen. Liegt das Erwerbseinkommen über 70% des Durchschnittslohns, wird die Rente gekürzt, liegt es über 130% des Durchschnittslohns, werden die Rentenzahlungen ausgesetzt.

Kinderbetreuung

Während der Dauer des Mutterschaftsurlaubs werden die Rentenbeiträge auf der Grundlage der Mutterschaftsleistungen, die dem Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate nach Sozialversicherungsbeiträgen entsprechen, aus dem Staatshaushalt entrichtet. Seit 2004 wurde der Referenzzeitraum für die Berechnung des maßgeblichen Durchschnittsverdiensts auf zwölf Monate verlängert. Die Dauer des Mutterschaftsurlaubs betrug 16 Wochen für das erste Kind, 18 Wochen für das zweite Kind und 26 Wochen für Mehrlingsgeburten. Seit Dezember 2006 betrug die Dauer des Mutterschaftsurlaubs 18 Wochen für das erste Kind, 20 Wochen für das zweite Kind und 28 Wochen für Mehrlingsgeburten. Es wurde entschieden, dass die Dauer des Mutterschaftsurlaubs ab dem 1. Januar 2009 sowohl für das erste als auch für das zweite Kind 20 Wochen beträgt; bei Mehrlingsgeburten beträgt die Dauer je nach Anzahl der Kinder seitdem 31, 33, 35 oder 37 Wochen.

Erziehungsurlaub ist für einen Zeitraum von bis zu 36 Monaten pro Kind möglich. In dieser Zeit werden die Rentenbeiträge in den Systemen entrichtet, in denen die betreffende Person versichert ist, und der Sozialhilfesatz, der rd. 18% des Durchschnittsarbeitsverdiensts entspricht, wird als Berechnungsgrundlage verwendet.

In beiden Fällen trägt der Staat die Beiträge für den beurlaubten Elternteil.

Alle Zeiträume, in denen Beiträge entrichtet werden, begründen Anwartschaften auf die Mindestrente.

Arbeitslosigkeit

Es gibt ein Vorruhestandssystem, das arbeitslosen Personen offensteht, die entlassen wurden (z.B. auf Grund einer Unternehmensliquidation, -insolvenz oder -umstrukturierung). Vorruhestandsleistungen werden für Frauen ab 55 Jahre und Männer ab 60 Jahre bis zum Erreichen des Rentenalters aus dem Staatshaushalt getragen. Diese Bestimmungen sind seit Mai 2004 in Kraft. Zuvor wurden Frauen ab 50 Jahre und Männern ab 55 Jahre Vorruhestandsleistungen gewährt. Aus Vorruhestandsleistungen werden keine Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt.

In Zeiträumen, in denen Arbeitslosenleistungen empfangen werden, trägt der Staat die Rentenversicherungsbeiträge auf der Grundlage der Arbeitslosenleistungen (12,22% der Leistung im Rahmen des Systems der fiktiven Konten und 7,3% im Rahmen des Systems mit Beitragsprimat). Alle Zeiträume, in denen Beiträge entrichtet werden, begründen Anwartschaften auf die Mindestrente.

Ergebnisse des Rentenmodells: Polen

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau	50.2	30.6	45.9	61.2	91.8	122.4
(In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	36.5	24.5	33.4	44.5	66.8	89.0
Relatives Nettorentenniveau	61.9	38.8	56.8	74.9	110.9	147.0
(In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	45.7	31.6	42.0	55.2	81.4	107.6
Bruttoersatzquote	61.2	61.2	61.2	61.2	61.2	61.2
(In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	44.5	49.0	44.5	44.5	44.5	44.5
Nettoersatzquote	74.8	74.4	74.7	74.9	75.0	77.0
(In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	55.2	60.6	55.3	55.2	55.0	56.4
Bruttorentenvermögen	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.6	9.5	8.6	8.6	8.6	8.6
Nettoartenvermögen	7.0	7.2	7.0	7.0	6.9	6.8
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.3	8.3	7.3	7.2	7.1	7.1

Portugal

Portugal: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das portugiesische System besteht aus einer verdienstabhängigen staatlichen Rentenversicherung mit Mindestrente und einem bedürftigkeitsabhängigen Sicherheitsnetz.

Wesentliche Indikatoren

		Portugal	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	15 300	28 600
	USD	19 300	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	10.2	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	78.9	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.4	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	27.8	23.8

Anspruchskriterien

Die Regelaltersgrenze liegt bei 65 Jahren, eine Frühverrentung ab 55 Jahre ist jedoch möglich. Für den Renteneintritt mit 65 Jahren ist eine Mindestversicherungszeit von 15 Beitragsjahren erforderlich. Die Frühverrentung ist nach 30 Beitragsjahren möglich.

Die Sozialrente kann ab 65 Jahre bezogen werden.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Bei bis zu 20 Versicherungsjahren entstehen Rentenansprüche in Höhe von 2% des Basisarbeitsentgelts (Referenzeinkommen) je Beitragsjahr. Bei mindestens 21 Beitragsjahren gelten je nach Arbeitsverdienst Steigerungssätze von zwischen 2% und 2,3%. Die Staffelung dieser Sätze hängt vom Verhältnis zwischen dem individuellen Arbeitsentgelt und der Höhe des landesweiten Mindestlohns (385,90 Euro) ab. Für jede Verdienstranche gilt ein anderer Steigerungssatz.

Verdienst/Mindestlohn	1.1	>1.1-2.0	>2.0-4.0	>4.0-8.0	>8.0
Steigerungssatz (in %)	2.3	2.25	2.2	2.1	2.0

Es werden maximal 40 Beitragsjahre angerechnet.

Der Referenzverdienst orientiert sich zurzeit an den besten 10 der letzten 15 Erwerbsjahre. Diese Basis wird allerdings zunehmend ausgeweitet und soll bis 2017 dem Durchschnittsverdienst der gesamten Lebensarbeitszeit entsprechen. Diejenigen, die zum Stichtag 31. Dezember 2001 bereits Beiträge zahlten und zu diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen für den Bezug einer Altersrente erfüllten, werden eine Rentenkalkulation nach der günstigsten der folgenden drei möglichen Formeln erhalten: 1. Anwendung der bisherigen Regeln (2% Steigerung pro Beitragsjahr und Zugrundelegung der besten 10 aus den letzten 15 Erwerbsjahren), 2. Anwendung der weiter oben beschriebenen neuen Regeln auf die gesamte Erwerbsbiografie oder 3. anteilmäßige Anwendung beider Regelungen je nach Erwerbsbiografie. Diejenigen, die zum 31. Dezember 2001 bereits Beiträge zahlen, jedoch zu diesem Zeitpunkt noch keinen Anspruch auf eine Altersrente erworben haben, werden eine Rentenkalkulation nach der günstigsten der drei Regelungen erhalten, falls sie zwischen dem Jahr 2002 und dem Jahr 2016 in Rente gehen, bzw. nach der günstigsten der beiden letzten Regelungen, falls sie nach 2016 in Rente gehen. Für Personen, die nach 2002 in das System eintraten, werden die neuen Regeln voll Anwendung finden. Für Personen mit mehr als 40 Beitragsjahren zählen in der Rentenformel nur die besten 40 Jahre.

Die Arbeitsentgelte werden für die Rentenberechnung seit Anfang 2002 mit einer Kombination von Lohn- und Preisentwicklung aufgewertet. Die Gewichtung beruht zu 75% auf der Preisinflation und zu 25% auf dem Lohnzuwachs, wobei der reale Steigerungssatz höchstens 0,5% beträgt.

Die laufenden Rentenzahlungen sind preisindexiert, wobei kleinere Renten stärker angehoben werden. Im Dezember 2006 wurden die Rentenzahlungen wie folgt angehoben: 3,1% für Renten bis 596,79 Euro; 2,6%, für Renten zwischen 596,79 Euro und 2 387,16 Euro, 2,4% für diejenigen zwischen 2 387,16 Euro und 4 774,32 Euro sowie 0% für alle ab 4 774,32 Euro.

Mindestrente

Für Versicherte mit bis zu 15 Beitragsjahren gibt es eine Mindestrente, die von Januar bis November 2006 monatlich 223,24 Euro betrug und seit Dezember 2006 230,16 Euro. Bei Versicherungszeiten zwischen 15 und 40 Jahren variiert die Höhe der Mindestrente zwischen der unteren Grenze von 249,00 Euro (Januar-November) und 256,72 Euro (ab Dezember 2006) und der Obergrenze von 343,45 Euro bzw. 354,10 Euro für dieselben zwei Zeiträume, wie in der nachstehenden Tabelle angegeben.

Die Rente wird in 14 Monatsraten pro Jahr ausgezahlt.

Beitragsjahre	Mindestrente (Euro)	
	Januar-November	Dezember
15-20	249	256.72
21-30	274.76	283.28
31 und darüber	343.45	354.1

Sozialrente

Für Personen ohne Anspruch auf eine verdienstabhängige Rente lag die Sozialrente bei 171,73 Euro monatlich (Januar-November 2006) und 177,05 Euro (ab Dezember 2006).

Eine Sozialrente wird lediglich gezahlt, wenn das Gesamteinkommen einer alleinstehenden Person 30% des Mindestlohns oder 50% des Mindestlohns bei Ehepaaren nicht überschreitet. Auch die Sozialrente wird in 14 Monatsraten pro Jahr gezahlt.

Die Empfänger der Sozialrente haben zusätzlich Anspruch auf einen Solidaritätssonderzuschlag (die monatlichen Leistungen betragen 15,89 Euro bzw. seit dem 1. Dezember 2006 16,38 Euro für alle unter 70-Jährigen und 31,77 Euro bzw. seit dem 1. Dezember 2006 32,75 Euro für alle über 70-Jährigen).

Anfang 2006 trat eine neue Sozialleistung zur Bekämpfung der Altersarmut in Kraft: Der Alterssolidaritätszuschlag (ASZ). Anspruchsberechtigt sind alle, die im Jahr 2006 mindestens 80 Jahre alt sind (im Jahr 2007 ausgeweitet auf alle Personen ab 70 Jahre und im Jahr 2008 auf alle über 65-Jährigen); außerdem müssen sie Empfänger einer Alters- oder Hinterbliebenenrente sein (portugiesische Staatsbürger, die auf Grund fehlender Bedürftigkeit nicht die Sozialrente erhalten, können ebenfalls berechtigt sein) und den ASZ-Bedürftigkeitskriterien genügen.

Der ASZ ähnelt dem Sozialintegrationseinkommen, da es ein Zuschlag ist, der der Differenz zwischen dem Einkommen des Leistungsempfängers und einem vorgegebenen Schwellenwert entspricht, der gleichzeitig die Bedürftigkeitsbedingung darstellt. Der ASZ gleicht somit der Differenz zwischen dem Einkommen des Leistungsempfängers und den folgenden Referenzwerten (RW):

- 4 200 Euro pro Jahr für Alleinstehende;
- 7 350 Euro pro Jahr für Paare.

Das Einkommen des Leistungsempfängers bzw. der Leistungsempfängerin besteht aus: seinem/ihrer eigenen Einkommen, dem Einkommen des Ehepartners sowie einem Teil des Ein-

kommens der Haushalte von Nachkommen, „Familiensolidarität“ genannt. Die „Familiensolidaritäts“-Komponente wird dem Einkommen des Leistungsempfängers/der Leistungsempfängerin hinzuge-rechnet, um Anspruch und Höhe des ASZ zu berechnen.

Zur Berechnung der „Familiensolidarität“ wird das gesamte Jahreseinkommen des Haushalts jedes Sohns und jeder Tochter zu Grunde gelegt und durch die Anzahl der Erwachsenenanteile dieses Haushalts dividiert (Äquivalenzskala: 1 für den ersten Erwachsenen, 0,7 für alle weiteren Erwachsenen und 0,5 für jeden Minderjährigen); daraufhin wird anhand folgender Tabelle die Familiensolidarität als Prozentsatz des äquivalenten Haushaltseinkommens festgelegt. Diejenigen, deren Nachkommen über ein äquivalentes Haushaltseinkommen der 4. Kategorie verfügen, haben keinen Anspruch auf ASZ.

Kategorie	Äquivalentes Einkommen des Haushalts	Familiensolidarität (in % des äquivalenten Einkommens)
1.	2.5 x RW	0
2.	>2.5 x RW und 3.5 x RW	5
3.	>3.5 RW und 5 x RW	10
4.	>5 x RW	Ausschluss

Die Mindestrentenbeträge und anderen Sozialleistungen werden nach folgender Tabelle an den IAS gebunden:

Leistungen	Betrag (in % des IAS)
Mindestrente (verdienstabhängig)	
15 Beitragsjahre	57.8
15-20 Beitragsjahre	64.5
21-30 Beitragsjahre	71.2
Über 30 Beitragsjahre	89.0
Sozialrente	44.5

Anmerkung: IAS = Indexante de Apoios Sociais, d.h. sozialer Unterstützungsindex.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Seit August 2005 ist das Frühverrentungssystem bis auf weiteres ausgesetzt. Es ist somit nicht mehr möglich, früher in den Rente zu gehen, ausgenommen es liegt eine Langzeitarbeitslosigkeit vor (siehe weiter unten im Abschnitt „Arbeitslosigkeit“).

Spätverrentung

Es besteht die Möglichkeit, den Rentenbezug bis zum Alter von 70 Jahren zu verschieben. Der Rentensteigerungssatz beträgt 12% pro späterem Eintrittsjahr, bis zu einer Höchstgrenze von 5 Jahren.

Kinderbetreuung

Mutterschaftsurlaubszeiten (sowohl Vollurlaub als auch Teilzeitarbeit) werden auf die Rentenansprüche angerechnet. Sie zählen im Hinblick auf die Anspruchskriterien. Die Bemessungsgrundlage für diese Zeiten orientiert sich an dem Arbeitsentgelt der letzten sechs Monate vor dem zweiten Monat der Elternzeit.

Seit 2002 kann Teilzeitarbeit von bis zu drei Jahren zur Betreuung von Kindern unter 12 Jahren so angerechnet werden, als wäre in dieser Zeit ganztags gearbeitet worden.

Arbeitslosigkeit

Zeiten, in denen Arbeitslosenunterstützung bezogen wurde, werden bei der Rentenberechnung angerechnet. Die Bemessungsgrundlage für diese Zeiten berücksichtigt das Arbeitsentgelt der letzten sechs Monate vor dem zweiten Monat des Eintritts der Arbeitslosigkeit. Dies betrifft sowohl die eigentliche Arbeitslosenunterstützung als auch die Sozialhilfe für Arbeitslose.

Besondere Regelungen gelten bei Langzeitarbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslose ab 55 Jahre dürfen mit 60 Jahren in Rente gehen und beziehen eine volle Rente, ohne Abzüge. Die Mindestbeitragsvoraussetzungen müssen allerdings erfüllt sein, und es dürfen keine Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung mehr bestehen.

Personen, die ab dem Alter von 50 Jahren arbeitslos werden, können außerdem ab dem Alter von 55 Jahren in Frührente gehen, falls sie 20 Beitragsjahre nachweisen. In diesen Fällen wird die Rente um 4,5% pro Jahr des früheren Renteneintritts gekürzt, bis maximal fünf Jahre.

Die bedürftigkeitsabhängige (soziale) Arbeitslosenunterstützung wird gewährt, falls vor Eintritt der Arbeitslosigkeit mehr als 180 Tage während der letzten 12 Monate Beiträge gezahlt wurden und das monatliche Arbeitsentgelt weniger als 80% des Mindestlohns betrug. Diese Leistung kann gezahlt werden, bis die Empfänger die Bedingungen für eine Frühverrentung erfüllen, vorausgesetzt sie sind mindestens 50 Jahre alt.

Ergebnisse des Rentenmodells: Portugal

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	46.0	27.4	40.7	53.9	79.6	104.8
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	59.4	35.4	52.6	69.6	100.5	127.2
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	54.1	63.0	54.3	53.9	53.1	52.4
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	68.0	73.2	66.7	69.6	72.0	72.6
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.1 9.5	9.2 10.7	7.9 9.2	8.1 9.5	8.0 9.3	7.9 9.2
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.1 9.5	9.2 10.7	7.9 9.2	8.1 9.5	7.8 9.1	7.4 8.7

Schweden

Schweden: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das neue, 1999 eingeführte Rentensystem gilt für Personen, die 1954 oder später geboren sind. Ältere Arbeitnehmer werden anteilig über das alte und das neue System versichert sein. Die Renten der zwischen 1938 und 1953 Geborenen werden daher nach einer Kombination der alten und neuen Regeln berechnet. Der verdienstabhängige Teil stützt sich auf das Konzept der *Notional Accounts*, der „fiktiven Rentenkonten“, und es muss ein kleiner Pflichtbeitrag zu einer individuellen kapitalgedeckten Altersvorsorge mit Beitragsprimat entrichtet werden. Außerdem gibt es eine einkommensabhängige Zusatzleistung. Die Absicherung über betriebliche Altersvorsorgepläne – mit Leistungs- und Beitragsprimalelementen – ist allgemein üblich.

Für die betriebliche Altersvorsorge wurde 2006 das neue System für Angestellte von Privatunternehmen (ITP-System) verabschiedet. Das System hat lange Übergangsregelungen, ist aber für die 1979 oder später Geborenen voll in Kraft getreten.

Wesentliche Indikatoren

		Schweden	OECD
Durchschnittsverdienst	SEK	324 600	263 800
	USD	44 000	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	7.7	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	80.8	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	84.2	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	29.4	23.8

Anspruchskriterien

Die einkommensabhängige Rente und die Prämienrente können ab einem Alter von 61 Jahren bezogen werden.

Voraussetzung für den Anspruch auf die Garantierente sind drei Jahre Wohnsitz in Schweden. Die Inanspruchnahme dieser Rente ist ab 65 Jahre möglich.

Der Höchstbetrag der Garantierente kann nach vierzig Jahren Ansässigkeit in Schweden bezogen werden, im Fall einer kürzeren Wohnsitzdauer verringert sich die Rente proportional. Sie kann ab 65 Jahre beantragt werden.

Rentenberechnung

Angerechnet werden Beiträge in Höhe von 18,5% des anrechnungsfähigen Arbeitsverdiensts, die entsprechend dem gleitenden Dreijahresdurchschnitt des gesamtwirtschaftlichen Verdienstwachstums aufgewertet werden. Das anrechnungsfähige Arbeitsentgelt wird als Verdienst abzüglich des vom Arbeitnehmer abgeführten Rentenversicherungsbeitrags (d.h. sowohl an das System fiktiver Konten als auch an das Prämienrentensystem) von 7% des Bruttoverdiensts definiert, woraus sich für die Beiträge ein effektiver Beitragssatz im Verhältnis zum Bruttoverdienst von 17,21% ergibt, davon 14,88% an das System fiktiver Konten und 2,33% an das kapitalgedeckte System mit Beitragsprimat. Die Beiträge werden nur erhoben, wenn das jährliche Arbeitsentgelt eine niedrig angesetzte Untergrenze übersteigt, die 2006 bei 16 800 SEK lag – etwas mehr als 5,2% des Durchschnittsverdiensts –, sie müssen aber von allen Personen, deren Verdienst diese Untergrenze übersteigt, auf den gesamten Verdienst entrichtet werden. Für den zur Berechnung der Rentenhöhe herangezogenen anrechnungsfähigen Verdienst ist eine Obergrenze festgesetzt, die sich 2006 auf 333 750 SEK belief. Dies bezieht sich allerdings wiederum auf den anrechnungsfähigen Verdienst, was in einer effektiven Bemessung

sungsgrenze im Verhältnis zum Bruttoarbeitsentgelt von 359 100 SEK im Jahr 2006 resultiert (rd. 111% des Durchschnittsverdiensts). Auch die Arbeitgeberbeiträge werden nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze gezahlt, aber für den die Bemessungsgrenze übersteigenden Verdienst fällt eine zusätzliche Steuer an. Der Satz dieser Steuer ist mit dem des Rentenversicherungsbeitrags identisch, doch wird die Steuer direkt an den Zentralregierungshaushalt abgeführt. Durch die Steuer werden keine Rentenansprüche begründet.

Verdienstabhängige Rente

Das neue verdienstabhängige System stützt sich auf fiktive Rentenkonto (*Notional Accounts*). Auf den fiktiven Konten wird jedes Jahr ein Anteil der Rentenguthaben der Verstorbenen desselben Jahrgangs wie der Überlebenden gutgeschrieben (sogenannte Erbgewinne). Der Erbgewinn, der durch den Tod von Personen bedingt ist, die vor Erreichen des frühestmöglichen Renteneintrittsalters (61 Jahre) sterben, ist relevant. Nach diesem Alter wird der Erbgewinnfaktor auf der Basis der in einem früheren Zeitraum beobachteten Sterblichkeit geschätzt (berechnet anhand von geschlechtsneutralen Fünfjahres-Sterbetafeln).

Beim Renteneintritt wird das auf den fiktiven Konten angesparte Kapital in eine regelmäßige Rente umgerechnet. Dazu wird ein Koeffizient verwendet, der vom Alter des Empfängers zum Zeitpunkt des Renteneintritts sowie der aktuellen Lebenserwartung (gestützt auf geschlechtsneutrale Sterbetafeln der vorangegangenen fünf Jahre) abhängt. Bei dieser Berechnung wird eine reale jährliche Abzinsung von 1,6% zu Grunde gelegt. Beispielrechnungen liefern für einen Renteneintritt mit 65 Jahren einen Annuitätsfaktor von 15,4 im Jahr 2000, der sich auf 16,8 im Jahr 2020 und 17,4 im Jahr 2040 erhöht. Derzeit beträgt der Annuitätsfaktor 18,0 im Fall eines Renteneintritts im Alter von 61 Jahren und 12,8 bei einem Renteneintritt mit 70 Jahren für Personen, die 1940 geboren sind.

Nach dem Renteneintritt werden die Renten entsprechend dem Anstieg des nominalen Durchschnittsverdiensts abzüglich des kalkulatorischen Zinssatzes des Annuitätsdivisors von 1,6% angepasst.

Außerdem gibt es einen Ausgleichsmechanismus: Wenn der Wert der Aktiva (Pensionsreservfonds zuzüglich geschätzter Wert der Aktiva in Form von Beitragseinkünften) unter den der Passiva (auf den fiktiven Konten aufgelaufenes Kapital und Kapitalwert der ausgezahlten Renten) sinkt, werden die Indexierung der Rentenzahlungen und die auf den fiktiven Rentenkonto angerechnete Rendite um das Verhältnis Aktiva/Passiva verringert. Dieses „Bilanzverhältnis“ erreichte 2004 einen Tiefpunkt von 1,0014 und verharrte bis 2007 etwas über 1 Punkt (1,0097 im Jahr 2003, 1,0014 2004, 1,0044 2005 und 1,0149 2006). 2008 sank es jedoch auf 0,9672. (Das Bilanzverhältnis für das Jahr t wird verwendet, um die „Bilanzzahl“ bzw. die Notwendigkeit der Aktivierung des Ausgleichsmechanismus im Jahr $t+2$ zu ermitteln. Die Aktivierung des automatischen Ausgleichsmechanismus würde niedrigere Ersatzquoten des staatlichen Systems bedeuten, könnte aber auch höhere Ergebnisse bringen, wenn sich das Rentensystem erholt und die Bilanzzahl steigt (der Bilanzindex kann den Einkommensindex während der Erholungsphase überschreiten).

Für die Zwecke der Modellrechnung werden die Annuitätsfaktoren ausgehend von den obigen Regeln sowie den einschlägigen Sterberaten der VN/Weltbank-Bevölkerungsdatenbank berechnet. Dabei wird unterstellt, dass der automatische Ausgleichsmechanismus keinen Einfluss auf die Rentenanpassung hat.

Mindestrente

Bei der „Garantierente“ handelt es sich um eine einkommensabhängige Zusatzleistung für Personen, die nur geringe Leistungen aus dem *Notional-Accounts*-System beziehen. Für eine alleinstehende nach 1938 geborene Person belief sich die volle Garantierente 2006 auf 84 561 SEK bzw. 26% des Bruttodurchschnittsverdiensts.

Die Garantierente wird für Alleinstehende bei Einkommen aus der verdienstabhängigen Rente zu 100% der ersten 50 022 SEK (2006) und zu 48% des darüber hinausgehenden Betrags gekürzt.

Dieser Grenzwert entspricht 15% des Durchschnittsverdiensts. Der Anspruch auf die Garantierente erlischt erst dann ganz, wenn die verdienstabhängige Rente 121 879 SEK – nahezu 38% des Durchschnittsverdiensts – übersteigt.

Die Höhe der Garantierente ist nach der derzeitigen Gesetzgebung preisindexiert. Bei der Basishypothese der Modellrechnung wird jedoch für alle Länder davon ausgegangen, dass der Wert der Rentenleistungen des Sicherheitsnetzes im Zeitverlauf generell eher der Entwicklung des Durchschnittsverdiensts folgt als sich im Verhältnis zum allgemeinen Lebensstandard zu verringern.

Es gibt zudem Leistungen in Form von Wohngeld, das für alleinstehende Rentner 93% der Wohnkosten bis zu einer Höchstgrenze von 5 000 SEK pro Monat deckt. Das Wohngeld ist für schwedische Rentner ein wichtiger Teil des Existenzminimums. Diese bedürftigkeitsabhängige Leistung blieb in der Modellrechnung unberücksichtigt.

Beitragsprimat

Weitere 2,5% des anrechnungsfähigen Einkommens (was einem effektiven Beitragssatz im Verhältnis zum Bruttoverdienst von 2,325% entspricht) werden für die sogenannte Prämienrente auf persönliche Rentenkonto eingezahlt. Die Beitragspflichtigen können bei der Anlage dieser Mittel zwischen einem breiten Spektrum von Fonds wählen.

Nach dem Renteneintritt haben die Betroffenen die Wahl in Bezug auf die Art und Weise, wie die Leistungen in Anspruch genommen werden. Erstens besteht die Möglichkeit, die Rentenansprüche in eine regelmäßige Rente umzuwandeln, um Kapitalanlagerisiken zu vermeiden. Alternativ hierzu können sich die Empfänger für eine variable Rente entscheiden; in diesem Fall wird ihr Kapital weiter vom Fondsmanager ihrer Wahl angelegt. Der Wert dieser Rentenbezüge ist nicht garantiert. Das Prinzip bei der Rentenberechnung besteht in diesem Fall darin, dass der Wert des Guthabens durch einen Annuitätsfaktor dividiert wird (auf der Basis der geschätzten Lebenserwartung) und die Rentenleistungen mit einem geschätzten künftigen Zinssatz von 3% und abzüglich Verwaltungskosten dem Konto gutgeschrieben werden. Übersteigt der Zinsertrag 3%, erfolgt entweder eine Zusatzzahlung oder es wird der Kontosaldo und damit die Basis für die Berechnung der jährlichen Rente erhöht.

Quasi-obligatorische betriebliche Altersvorsorge

In den betrieblichen Rentenversicherungsplänen sind insgesamt fast 90% der Arbeitnehmer erfasst. Es gibt nur vier große betriebliche Rentenversicherungspläne. In der Modellrechnung wurde der Plan für Angestellte (ITP) zu Grunde gelegt, der Leistungs- und Beitragsprimatenelemente miteinander kombiniert (*Defined Benefit* und *Defined Contribution*). Dieser Plan wurde jetzt neu ausgehandelt. Der alte Plan gilt mit einigen geringfügigen Änderungen weiter für Personen, die 1978 oder früher geboren sind, und der neue für 1979 oder später Geborene.

ITP1

Ab dem 1. Januar 2007 beginnen 1979 oder später geborene Angestellte ab einem Alter von 25 Jahren im Rahmen des neuen ITP1-Plans Rentenansprüche zu erwerben. Es handelt sich um einen voll beitragsabhängigen Plan. Bis zu einem Gehalt von 7,5-mal der Bemessungsgrundlage (333 750 SEK, 2006) beträgt der Beitrag 4,5%. Für Gehälter über dem 7,5-Fachen der Bemessungsgrundlage (für einen Monat durch 12 dividiert) beträgt er 30%. Anrechnungsfähiger Verdienst wird das bar ausgezahlte Bruttogehalt ohne Aufwandsentschädigung. Die Versicherungsprämien werden ab der ersten schwedischen Krone des Gehalts entrichtet.

Der Beschäftigte kann Sparanlageart und Fondsmanager wählen. Mindestens die Hälfte der Beitragszahlungen fließt jedoch in die traditionelle Rentenversicherung. Der Beschäftigte hat zudem die Möglichkeit, eine Rückzahlungs- und Familienversicherung in Höhe von ein-, zwei-, drei- oder viermal des jährlichen Grundbetrags über einen Zeitraum von 5, 10, 15 oder 20 Jahren abzuschließen. Die Beiträge derer, die keine spezifische Entscheidung treffen, werden in die traditionelle Rentenversicherung ohne Rückzahlungs- oder Familienversicherungskomponente investiert. Bei der Modellrechnung wird der letztere Fall zu Grunde gelegt.

Beschäftigte, deren Jahresgehalt das Zehnfache der Bemessungsgrundlage (445 000 SEK, 2006) übersteigt, haben bei Einverständnis des Arbeitgebers die Möglichkeit, Mitglied des neuen Rentenversicherungsplans zu werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Betreffende eine traditionelle ITP2- oder eine andere ITP-Rentenversicherung hat.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Der Renteneintritt ist im staatlichen Rentensystem ab einem Alter von 61 Jahren möglich (sowohl Einkommensrente als auch Prämienrente). Es wurde kein bestimmtes Rentenalter festgelegt. Die Berechnung der Rente aus dem System fiktiver Konten und der regelmäßigen Rentenzahlungen sieht je nach dem Renteneintrittsalter eine automatische versicherungsmathematische Kürzung der Rente vor.

Die einkommensabhängige Garantierente kann nicht vor dem Alter von 65 Jahren beantragt werden. Unabhängig davon, ob die Rente aus dem System fiktiver Konten vor oder nach Erreichen des 65. Lebensjahrs beantragt wird, berechnet sich die garantierte Rente doch weiter so, als würde die Rente im Alter von 65 Jahren in Anspruch genommen.

Im neuen ITP1-System werden die Renten in der Regel ab einem Alter von 65 Jahren gezahlt, können aber ab 55 Jahre in Anspruch genommen werden. Die Rente wird lebenslang gezahlt, kann aber über einen begrenzten Zeitraum von mindestens fünf Jahren in voller Höhe oder teilweise gezahlt werden. Für die regelmäßige Rente werden in der Modellrechnung lebenslange Auszahlungen zu Grunde gelegt. Die Höhe der Rentenbezüge wird bestimmt durch die Höhe der gezahlten Prämien, der Rendite, der Gebühren und Steuern sowie durch den Zeitraum, über den sich die Auszahlung der Rente erstreckt.

Spätverrentung

Es ist möglich, den Bezug der Rente aus dem System fiktiver Konten und der Prämienrente ohne Altersbeschränkung hinauszuschieben, wobei wiederum automatische versicherungsmathematische Anpassungen vorgenommen werden. Erwerbseinkommen und Renteneinkommen können zudem kumuliert werden. Die Rente kann schließlich teilweise in Anspruch genommen werden (zu 25%, 50% oder 75% der Vollrente). Die Garantierente wird gegenüber anderen Renten des schwedischen Altersvorsorgesystems und gegenüber vergleichbaren staatlichen Renten in anderen Ländern angepasst, wird aber nicht um Erwerbseinkommen, Kapitalerträge, Betriebsrente oder private Rentenversicherungsbezüge gekürzt. Es ist somit auch möglich, Erwerbseinkommen mit dem Bezug der Garantierente zu kumulieren.

Der Bezug der ITP-Betriebsrente kann über das 65. Lebensjahr hinaus verschoben werden. Nach dem 65. Lebensjahr können keine weiteren Rentenansprüche erworben werden.

Kinderbetreuung

Im öffentlichen Altersvorsorgesystem werden alle mit der Betreuung von Kindern im Alter von bis zu vier Jahren verbrachten Zeiträume angerechnet. In Haushalten mit beiden Eltern werden diese Jahre dem Elternteil mit dem niedrigsten Einkommen angerechnet, soweit sich die Betroffenen nicht aktiv anders entscheiden. Von drei verschiedenen Anrechnungsarten kommt die für die Betroffenen günstigste zur Anwendung. 1. Bei keinem oder einem unter dem früheren Verdienst liegenden Einkommen wird für die Anrechnung das Einkommen des Jahrs vor der Geburt des Kindes zu Grunde gelegt. 2. Für Niedrigeinkommensbezieher oder Personen, die vor der Kinderbetreuungszeit nicht erwerbstätig waren, werden für die Anrechnung 75% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts zu Grunde gelegt. 3. In Fällen, in denen das Einkommen zu Beginn der Kinderbetreuungszeit steigt oder nicht wesentlich sinkt, wird für die Anrechnung einmal der Einkommensgrundbetrag angesetzt. In allen drei Fällen führt der Staat die gesamten Beiträge an das Rentensystem ab (sowohl für die einkommensabhängige Rente als auch für die

Prämienrente), und dies bis zur Beitragsbemessungsgrenze des Rentensystems. Die während des Elternurlaubs erhaltenen Leistungen gelten zudem ebenfalls als anrechnungsfähiges Einkommen. Der sie erhaltende Elternteil entrichtet die entsprechenden Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung in Höhe von 7%. Der Staat leistet für Sozialversicherungseinkünfte einschließlich Elterngeld alle „Arbeitgeberbeiträge“ in Höhe von 10,21%.

Das Elterngeld wird für eine Dauer von 480 Tagen gezahlt, und zwar:

- 390 Tage in Höhe von 80% des Jahreseinkommens der Eltern bis zu einer Höchstgrenze von zehn Preisgrundbeträgen (39 000 SEK, 2006).
- 90 Tage in Höhe eines allgemeingültigen Pauschalsatzes von 180 SEK/Tag.

Das Elterngeld berechnet sich auf Tagesbasis. Eltern mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten einen garantierten Mindestbetrag von 180 SEK/Tag. Die 480 Leistungstage werden zu gleichen Teilen auf die Eltern aufgeteilt (d.h. 240 Tage pro Elternteil). Ein Elternteil kann an den anderen zudem bis zu 180 Leistungsbezugstage abtreten.

Im Rahmen der ITP-Betriebsrentenversicherung wird dem Arbeitgeber nahegelegt, während eines Zeitraums von bis zu 11 Monaten Beiträge für den Beschäftigten abzuführen (was die meisten Arbeitgeber auch tun).

Arbeitslosigkeit

Das Arbeitslosengeld und an Arbeitsmarktprogrammen teilnehmenden Erwerbslosen gezahlte Ausbildungshilfen gelten als anrechnungsfähiges Einkommen, wobei der Staat den „Arbeitgeber“-Beitrag entrichtet. Die einkommensabhängigen Arbeitslosenleistungen betragen in den ersten 200 Tagen 80% des vorherigen Verdiensts. Vom 201. bis zum 300. Tag betragen diese Leistungen 70% des vorherigen Verdiensts. Danach verringern sie sich auf 65% des vorherigen Verdiensts, es sei denn, ein Elternteil hat ein Kind unter 18 Jahre (die Leistungen betragen dann weiter 70% des vorherigen Verdiensts). Das Arbeitslosengeld wird bis zu einem Höchstbetrag von 680 SEK/Tag und mit einem Mindestbetrag von 320 SEK/Tag ausgezahlt. Das Arbeitslosengeld kann unter bestimmten Bedingungen bis zu 600 Tage gezahlt werden.

Nach dem Bezug von Arbeitslosenleistungen während einer verlängerten Dauer von 600 Tagen hat der Empfänger Anspruch auf eine Beschäftigungsgarantie, die den Bezug einer Ausbildungshilfe impliziert, die in ihrer Höhe dem Arbeitslosengeld entspricht und die Rentenversicherungsansprüche begründet. Die Dauer der möglichen Inanspruchnahme der Beschäftigungsgarantie und der anschließenden Ausbildungshilfe ist unbegrenzt bis zum Alter von 65 Jahren. Ein Arbeitsloser würde sich selten dafür entscheiden, statt einer Ausbildungshilfe eine Altersrente zu beziehen, denn damit wäre eine geringere Rente verbunden.

Ergebnisse des Rentenmodells: Schweden

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	54.1	38.3	48.4	61.5	113.3	162.6
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	57.2	42.2	51.8	64.1	109.4	142.6
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	61.5	76.6	64.6	61.5	75.6	81.3
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	64.1	79.3	67.4	64.1	81.2	85.9
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	9.9	12.2	10.3	9.9	12.0	12.9
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	7.2	9.3	7.6	7.1	8.0	7.8
	8.2	10.6	8.7	8.1	9.1	8.9

Schweiz

Schweiz: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das Schweizer Rentensystem stützt sich auf drei Säulen. Das öffentliche System ist verdienstbezogen, allerdings mit einer progressiven Formel. Die anderen Komponenten sind eine obligatorische berufliche Vorsorge sowie einkommensabhängige Ergänzungsleistungen.

Wesentliche Indikatoren

		Schweiz	OECD
Durchschnittsverdienst	CHF	72 400	44 800
	USD	57 800	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	6.8	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	81.7	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	85.3	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	25.9	23.8

Anspruchskriterien

Das Rentenalter liegt im öffentlichen System und in der obligatorischen beruflichen Vorsorge derzeit bei 65 Jahren für Männer und bei 64 Jahren für Frauen. Voraussetzung für den Bezug einer vollen Rente sind 44 Beitragsjahre für Männer und 43 Jahre für Frauen.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Die öffentliche Rente richtet sich nach dem durchschnittlichen Verdienst, über die gesamte Lebenszeit gerechnet. Beläuft sich dieser auf weniger als 38 700 sfr, besteht Anspruch auf eine Rente in Höhe von 9 546 sfr zuzüglich 26% des durchschnittlichen Lebensarbeitsverdiensts. Bei einem durchschnittlichen Lebensarbeitsverdienst, der diesen Schwellenwert überschreitet, besteht pauschal Anspruch auf 13 416 sfr zuzüglich 16% des durchschnittlichen Lebensverdiensts.

Es gibt eine Mindestrente in Höhe von 12 900 sfr und eine Höchstrente, die sich auf das Doppelte dieses Betrags beläuft. Dies entspricht 18% bzw. 36% des Durchschnittsverdiensts. Die Höchstrente ist im Fall eines Lebensarbeitsverdiensts von 77 400 sfr erreicht, was 107% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts entspricht.

Die Anpassung der laufenden Rentenzahlungen erfolgt zu 50% gemäß der Preisentwicklung und zu 50% gemäß der Entwicklung der Nominallohne.

Obligatorische berufliche Altersvorsorge

Das System der obligatorischen beruflichen Altersvorsorge wurde 1985 eingeführt. Es stützt sich auf feste Gutschriften auf individuellen Alterskonten. Diese Altersgutschriften sind nach Geschlecht und Alter gestaffelt:

Männer und Frauen im Alter von (seit 2005)	25-34	35-44	45-54	55-64/63
Frauen im Alter von (1987-2004)	25-31	32-41	42-51	52-62/63
Gutschrift (% des koordinierten Lohns)	7	10	15	18

Der Wert des angesparten Altersguthabens bei Renteneintritt hängt natürlich von dem festgelegten Zinssatz ab, der auf die Beiträge aus früheren Jahren angerechnet werden muss. Dieser Zinssatz lag bis Ende 2002 lange Zeit bei 4%, wurde 2003 jedoch auf 3,25% und 2004 nochmals auf 2,25% herabgesetzt. 2005 wurde der Zinssatz auf 2,5% erhöht. Wenn der Zinssatz im Großen und Ganzen mit der Wachstumsrate der Arbeitsverdienste übereinstimmt, erreicht ein in diesem System versicherter Mann mit vollständiger Erwerbsbiografie im Alter von 65 Jahren ein angespartes Altersguthaben in

Höhe von 500% seines Verdiensts. Höhere (oder niedrigere) Altersguthaben sind jedoch möglich, falls der Zinssatz über (oder unter) dem Verdienstwachstum liegt. In der Modellrechnung wird unterstellt, dass der auf die Gutschriften angerechnete Zinssatz auf lange Sicht dem Verdienstwachstum entspricht.

In diesem System ist ein Mindestumwandlungssatz von 7,1% bei Männern (65) und 7,2% bei Frauen (64) vorgesehen, der auf die obige fiktive Kapitalsumme angerechnet wird. Für Männer ergibt sich daraus bei vollständiger Erwerbsbiografie eine Ersatzquote von $500 \times 7,1 = 35,5\%$ (vorausgesetzt der Zinssatz entspricht auf lange Sicht dem Verdienstwachstum). Seit 2005 wird der Mindestumwandlungssatz von 7,1% schrittweise abgesenkt, so dass er sich am Ende eines Zeitraums von zehn Jahren auf 6,8% belaufen wird.

Die festen Gutschriften (und somit auch die Ersatzquote) beziehen sich nur auf den „koordinierten“ Lohn. Dabei handelt es sich um den Teil des Arbeitsentgelts zwischen drei Viertel der Höchstrente des öffentlichen Systems (19 350 sfr im Jahr 2006) und dem 3-Fachen dieses Betrags (77 400 sfr im Jahr 2006). Diese Grenzwerte entsprechen jeweils 27% und 107% des Durchschnittsverdiensts. Der Koordinationsabzug beläuft sich auf sieben Achtel der Höchstrente des öffentlichen Systems (22 575 sfr im Jahr 2006). Die Obergrenze des versicherten Lohns ist in der staatlichen und in der obligatorischen beruflichen Vorsorge identisch. Beim „koordinierten“ Lohn ist ein mit dem Achtel des Höchstbetrags angesetztes Mindestniveau vorgesehen. Dieses Mindestniveau wird bei der Berechnung der Gutschriften für Versicherte zu Grunde gelegt, deren Lohn unter diesem Wert liegt.

Sozialrente

Die Höhe der jährlichen Leistungen entspricht dem Anteil der anerkannten Ausgaben, der die Einkommensdeterminanten übersteigt. Die Ausgaben für den Grundbedarf sind gesetzlich festgelegt und belaufen sich auf 17 640 sfr für Alleinstehende, was 24% des Durchschnittsverdiensts entspricht. Die Ergänzungsleistungen sind genauso indexiert wie die öffentlichen Altersrenten, d.h. nach einem Index, der sich jeweils zu 50% aus der Preis- und der Lohnentwicklung zusammensetzt. Den Kantonen ist es freigestellt, zusätzliche Leistungen für Rentner mit niedrigem Einkommen zu zahlen; diese Leistungen werden in der Modellrechnung nicht berücksichtigt.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Im öffentlichen System ist ein vorzeitiger Renteneintritt zwei Jahre vor Erreichen des Regelrentenalters möglich, d.h. seit 2005 mit 63 Jahren für Männer und mit 62 Jahren für Frauen. Für jedes Jahr des vorzeitigen Rentenbezugs verringert sich die Rente um 6,8%. Dies entspricht einer versicherungsmathematischen Anpassung, wie sie in anderen Ländern vorgenommen wird, in Höhe von 4,5% (weil $1/44 = 2,3\%$ der Anpassung aus dem zusätzlichen Beitragsjahr des Versicherten resultieren).

Für vor 1948 geborene Frauen beläuft sich der Rentenabschlag im Vergleich zu einer vollen Rente auf 3,4% pro Jahr des vorzeitigen Rentenbezugs.

In der beruflichen Altersvorsorge ist ein vorgezogener Renteneintritt ebenfalls möglich. In der Praxis ist es zulässig, bis zu fünf Jahre vor Erreichen des Regelalters in Rente zu gehen, allerdings können die Vorsorgeeinrichtungen selbst entscheiden, welche Regeln sie diesbezüglich anwenden. Im Allgemeinen verringert sich der gesetzliche Mindestumwandlungssatz gegenüber den 7,1%, die im Alter von 65 Jahren gewährt werden (bei Frauen gegenüber den 7,2%, die im Alter von 64 Jahren gewährt werden), pro Jahr des vorzeitigen Rentenbezugs um 0,2 Prozentpunkte. (Dabei gilt es daran zu erinnern, dass der Mindestumwandlungssatz in den zehn Jahren ab 2005 schrittweise auf 6,8% sinken wird.) Dieser Abschlag in Höhe von 0,2 Prozentpunkten entspricht einer versicherungsmathematischen Anpassung gemäß den üblichen Regeln von 2,8-3,1% pro Jahr des vorzeitigen Rentenbezugs (die sich mit zunehmender Dauer des vorzeitigen Rentenbezugs erhöht). Bei zusätzlicher Berücksichtigung der durch die Frühverrentung bedingten Verringerung der Zahl der Beitragsjahre und Höhe der Gutschriften ergibt sich daraus eine um 8-9,4% niedrigere theoretische Rente pro Jahr des vorzeitigen Rentenbezugs. Diese Einbußen fallen umso höher aus, je früher die Rente angetreten wird. (Berücksichtigtes Altersspektrum: 61-65 Jahre.)

Spätverrentung

Sowohl im öffentlichen als auch im beruflichen System kann der Renteneintritt aufgeschoben werden. Die Rentenhöhe wird dabei in gleicher Weise angepasst wie bei einem vorgezogenen Renteneintritt. Der Renteneintritt kann bis zu fünf Jahre nach Erreichen des Regelrentenalters aufgeschoben werden. Die Rentenhöhe steigt dabei nach folgendem Schema:

Rentenaufschub	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre
Aufschlag	5.2%	10.8%	17.1%	24.0%	31.5%

Es ist auch möglich, die öffentliche Rente mit 65 Jahren in Anspruch zu nehmen und weiter einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Personen, die nach Vollendung des 65. Lebensjahrs weiterarbeiten, müssen keine Rentenversicherungsbeiträge entrichten, vorausgesetzt ihr Verdienst liegt unter 16 800 sfr jährlich. Bei höheren Verdiensten werden im Fall des Rentenaufschubs oder einer Kombination von Rentenbezug mit Erwerbstätigkeit Rentenversicherungsbeiträge erhoben, dabei können aber keine zusätzlichen Rentenansprüche erworben werden.

In der beruflichen Altersvorsorge erhöht sich der Umwandlungssatz gemäß einer Empfehlung des Bundesamts für Sozialversicherungen (Pensionskassen entscheiden frei über die Prozentpunkte) mit jedem Jahr des Rentenaufschubs um 0,2 Prozentpunkte. Die zuständigen Behörden gestatten im Allgemeinen einen Aufschub um bis zu 5 Jahre.

Im Prinzip ist es möglich, den Bezug von Leistungen aus der beruflichen Altersvorsorge mit einer Fortsetzung der Erwerbstätigkeit zu kombinieren. In der Praxis betrifft dies hauptsächlich Versicherte mit unvollständiger Erwerbsbiografie und eher Personen, die vorzeitig in Rente gegangen sind. In der Modellrechnung wird daher unterstellt, dass Versicherte, die über das Regelrentenalter hinaus im Erwerbsleben verbleiben, die Leistungen aus der beruflichen Vorsorge noch nicht in Anspruch nehmen. Im öffentlichen System entrichten Versicherte nach Vollendung des 65. Lebensjahrs keine Rentenversicherungsbeiträge mehr.

Kinderbetreuung

Kinderbetreuungsjahre (für Kinder unter 16 Jahren) werden im öffentlichen System gutgeschrieben, als hätte der Arbeitsverdienst das 3-Fache der Mindestrente des Jahres betragen, in dem der betreuende Elternteil in Rente geht. 2006 belief sich dieser Betrag auf 38 700 sfr, was 53% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdiensts entsprach. Wenn der betreuende Elternteil während des Betreuungszeitraums verheiratet ist, werden die Gutschriften zwischen beiden Ehepartnern gleichmäßig aufgeteilt.

In der beruflichen Vorsorge sind keine Gutschriften für Kinderbetreuungszeiten erforderlich.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenleistungen sind sozialversicherungspflichtig und begründen somit im öffentlichen Rentensystem Anwartschaften wie ein normaler Arbeitsverdienst. Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung betragen 80% des letzten Arbeitsverdiensts. Personen ohne unterhaltspflichtige Kinder, die einen vollen Tagessatz von über 140 sfr beziehen bzw. keine Behinderung haben, erhalten 70% des versicherten Arbeitsverdiensts. Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosenversicherungsleistungen liegt zwischen 260 und 520 Tagen. Besteht kein Anspruch mehr auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und erhält die arbeitslose Person Sozialhilfe, werden keine Beiträge entrichtet. Wenn das Einkommen sehr niedrig ist, tragen die Kommunen oft den Mindestbeitrag.

In der beruflichen Vorsorge werden Zeiträume der Arbeitslosigkeit nicht gutgeschrieben.

Ergebnisse des Rentenmodells: Schweiz

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau	52.7	31.2	46.6	58.3	60.8	60.8
(In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	53.2	31.4	47.0	59.0	61.5	61.5
Relatives Nettorentenniveau	58.8	41.8	61.1	64.5	67.5	67.5
(In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	59.4	42.0	51.8	65.3	68.3	68.3
Bruttoersatzquote	62.0	62.5	62.1	58.3	40.5	30.4
(In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	62.8	62.8	62.6	59.0	41.0	30.7
Nettoersatzquote	69.5	68.8	79.4	64.5	44.3	33.4
(In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	70.2	69.1	67.3	65.3	44.9	33.8
Bruttorentenvermögen	10.5	10.7	10.5	9.8	6.8	5.1
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.8	13.1	12.9	12.0	8.3	6.2
Nettorentenvermögen	8.5	10.4	10.0	7.9	5.5	4.1
(Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	10.4	12.7	10.3	9.6	6.7	5.0

Slowakische Republik

Slowakische Republik: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das verdienstabhängige staatliche System ist mit einem Entgeltpunktesystem vergleichbar, bei dem die Leistungen von dem individuellen Verdienst im Verhältnis zum Durchschnittsverdienst abhängig sind. Es gibt zwar keine Mindestrente, doch sind Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen insofern abgesichert, als für die Rentenberechnung ein Mindestverdienstniveau zu Grunde gelegt wird. Alle Rentner haben Anspruch auf Sozialhilfeleistungen. Anfang 2005 wurden Rentenprogramme mit Beitragsprimat eingeführt. Es ist noch zu früh, um diese Rentenprogramme mit Beitragsprimat evaluieren zu können.

Wesentliche Indikatoren

		Slowak. Republik	OECD
Durchschnittsverdienst	SKK	231 200	1 061 500
	USD	7 800	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	6.2	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	74.3	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	80.2	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	18.4	23.8

Anspruchskriterien

Für den Leistungsanspruch sind zehn Rentenversicherungsjahre erforderlich. Das Rentenalter wird schrittweise angehoben und soll letztlich für Männer und Frauen einheitlich 62 Jahre betragen. Für Männer liegt es bereits seit 2006 bei 62 Jahren. Für Frauen erfolgt die Anhebung des Rentenalters über den Zeitraum 2004-2014.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Die Beitragszahler in der Rentenversicherung erhalten jährliche Entgeltpunkte. Diese bemessen sich nach dem Verhältnis zwischen dem individuellen Verdienst und dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienst. Der Rentenanspruch ist die Summe der während der Berufslaufbahn erworbenen Entgeltpunkte, multipliziert mit dem Entgeltpunktwert. Dieser betrug 2006 214,68 SKK. Der Entgeltpunktwert ist an den Durchschnittsverdienst gekoppelt. Der landesweite Durchschnittsverdienst betrug 2006 19 268 SKK pro Monat. Dividiert man den Punktwert durch den landesweiten Durchschnittsverdienst, so erhält man das Äquivalent des Rentensteigerungssatzes in einem System mit Leistungsprimat, das sind in diesem Fall knapp 1,2%.

Es gibt eine Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze, die beim dreifachen Durchschnittsverdienst liegt. Bei den Verdienstangaben handelt es sich um zeitverzögerte Daten, so dass die Bemessungsgrenze für das erste Halbjahr 2006 dem dreifachen Durchschnittsverdienst von 2004 entsprach (15 825 SKK pro Monat). Im zweiten Halbjahr basierte die Bemessungsgrenze auf Daten des Durchschnittsverdiensts von 2005 (17 274 SKK pro Monat). (Bei den Basishypothesen für das Lohnwachstum und die Preisinflation führt die Zeitverzögerung dazu, dass die Bemessungsgrenze etwas niedriger ist als der dreifache aktuelle Durchschnittsverdienst.)

Die laufenden Renten sind an das arithmetische Mittel von Lohnzuwachs und Preisanstieg gebunden.

Für Arbeitnehmer, die in das Rentensystem mit Beitragsprimat eintreten, betragen die Leistungen im Rahmen des staatlichen verdienstabhängigen Programms die Hälfte der Leistungen, die Arbeitnehmer erhalten, die weiter nur die staatliche Rentenversicherung haben. Diese Arbeitskräfte sollen

die zweite Hälfte ihrer Rente aus Lebensversicherungen oder einer Verbindung aus einer Lebensversicherung und einer privaten Altersvorsorge erhalten.

Mindestrente

Eine Mindestrente gibt es nicht. Hingegen gibt es eine Mindestbasis für die Rentenberechnung, die dem Mindestlohn entspricht. Der Mindestlohn betrug 2006 ab Anfang Oktober 7 600 SKK und 6 900 SKK in den Monaten davor. Der Mindestlohn beträgt knapp 40% des Durchschnittsverdiensts.

Beitragsprimat

Der Beitragssatz des Systems mit Beitragsprimat beträgt 9% des Arbeitsentgelts. Die Mitgliedschaft ist für Arbeitnehmer, die ab Januar 2005 erwerbstätig sind, obligatorisch; alle übrigen Arbeitnehmer konnten bis Juni 2006 entscheiden, ob sie lediglich im staatlichen System versichert bleiben wollen oder dem gemischten System beitreten. Die Rente aus dem System mit Beitragsprimat kann in Form regelmäßiger Zahlungen oder als Kombination aus gestaffelten Entnahmen und regelmäßigen Zahlungen in Anspruch genommen werden. In der Modellrechnung wird davon ausgegangen, dass es sich um den Bezug einer preisindexierten Rente handelt, die anhand von geschlechtsneutralen Umwandlungssätzen kalkuliert wurde.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Eine Frühverrentung ist möglich. Die Leistungen verringern sich um 0,5% pro Monat früheren Renteneintritts (dies entspricht 6% pro Jahr). Die Frühverrentung setzt außerdem voraus, dass die sich ergebende Rente mindestens dem 1,2-Fachen des Existenzminimums eines Erwachsenen entspricht, das im Jahr 2006 4 980 SKK monatlich betrug. Das Existenzminimum für das Kalenderjahr 2006 war 25,8% des Durchschnittsverdiensts, so dass die bei Frühverrentung maßgebliche Mindestrente 5 976 SKK, also 31% des Durchschnittsverdiensts betrug. Im Jahr 2006 lag die durchschnittliche Frührente bei 8 970 SKK im Monat, was 46,7% des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Es gibt zurzeit keine Altersbeschränkung für die Frühverrentung: Theoretisch ist es möglich, in jedem beliebigen Alter aus dem Erwerbsleben auszusteigen, soweit die Bedingung der zehn Beitragsjahre erfüllt und das erforderliche Leistungsniveau erreicht ist.

Spätverrentung

Die Inanspruchnahme der Rente kann über das Regelrentenalter hinaus verschoben werden. Die Leistungen erhöhen sich für jeden Monat verspäteten Renteneintritts um 0,5% (6% pro Jahr). Für Personen, die die Rente beantragen und die Erwerbstätigkeit fortsetzen, wird die Rente, wenn der Betreffende schließlich in den Ruhestand geht, neu berechnet, wobei die während des jeweiligen Zeitraums erworbenen Entgeltpunkte zur Hälfte angerechnet werden.

Kinderbetreuung

Für die Betreuung von Kindern bis zum Alter von 6 Jahren werden Rentenansprüche erworben, wobei der Staat die entsprechenden Beiträge zahlt. Die Basis für die Rentenberechnung beträgt 60% der vor Beginn der Kinderbetreuung erzielten Arbeitseinkünfte. In der ersten Hälfte jedes Kalenderjahrs besteht die Basis aus dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst der zwei Jahre vor Beginn der Kinderbetreuungszeit. Im zweiten Halbjahr orientiert sich die Berechnung an dem Verdienst des unmittelbar vor der Abwesenheit gelegenen Kalenderjahrs. Die Versorgung fällt bei Betreuung von behinderten Kindern großzügiger aus.

Diese Regelungen gelten ebenfalls für das System mit Beitragsprimat (Altersrente).

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose erwerben keine Rentenansprüche. Sie können jedoch eine freiwillige Rentenversicherung in Anspruch nehmen.

Ergebnisse des Rentenmodells: Slowakische Republik

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	47.9	28.2	42.3	56.4	84.6	112.8
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	61.8	36.3	54.5	72.7	109.0	145.4
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	56.4	56.4	56.4	56.4	56.4	56.4
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	71.5	66.3	70.4	72.7	74.9	75.9
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.8	8.8	8.8	8.8	8.8	8.8
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	10.6	10.6	10.6	10.6	10.6	10.6
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	8.8	8.8	8.8	8.8	8.8	8.8
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	10.6	10.6	10.6	10.6	10.6	10.6

Spanien

Spanien: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das öffentliche spanische Rentensystem besteht aus einer einzigen, verdienstabhängigen Leistung (Beitragsebene) mit einer bedürftigkeitsabhängigen Mindestrente. Des Weiteren gibt es eine bedürftigkeitsabhängige, nicht beitragspflichtige Ebene, die an die Stelle des vorherigen Sondersystems der Sozialhilfe getreten ist.

Wesentliche Indikatoren

		Spanien	OECD
Durchschnittsverdienst	EUR	21 200	28 600
	USD	26 500	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	8.1	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	81.1	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	85.0	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	26.2	23.8

Anspruchskriterien

Das Alter, ab dem eine volle Ruhestandsrente bezogen werden kann, liegt für Männer und Frauen bei 65 Jahren. Anspruch auf Rentenleistungen besteht nach 15 Beitragsjahren.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Die Leistung gründet sich auf einen gestaffelten Tarif. Nach 15 Beitragsjahren sind dies 50% der Bemessungsgrundlage. Während der folgenden zehn Jahre kommen pro Jahr weitere 3% hinzu, danach 2% pro Jahr. Der Höchstsatz ist 100% und wird nach 35 Beitragsjahren erreicht.

Als Bemessungsgrundlage gilt das in den letzten 15 Jahren bezogene Arbeitsentgelt, das außer für die zwei letzten Jahre entsprechend der Preisentwicklung aufgewertet wird. Dies bedeutet, dass die Ersatzquote im Verhältnis zu dem zuletzt bezogenen Lohn weniger als 100% beträgt. Auf der Basis der hier gemachten Annahmen in Bezug auf Lohnwachstum und Preisinflation errechnet sich eine Quote von 88%.

Es gibt eine Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze bei einem Verdienst von 34 772,40 Euro, was 164% des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Die Altersrenten sind an den Preisindex gebunden.

Mindestrente

Es gibt eine Mindestrente, die ab dem 65. Lebensjahr bezogen werden kann und sich auf 469,73 Euro monatlich oder 31,1% des Durchschnittsverdiensts (für Rentner ohne unterhaltsberechtigten Ehepartner) bzw. 569,07 Euro monatlich oder 37,7% des Durchschnittsverdiensts (für Rentner mit einem unterhaltsberechtigten Ehepartner) beläuft. Pro Jahr sind 14 Zahlungen vorgesehen.

Auf Grund einer spezifischen Rentenpolitik ab dem Jahr 2004 sind die Mindestrenten in den vergangenen Jahren über den Preisindex hinaus gestiegen.

Die Höchstrente betrug im Jahr 2006 2 245,67 Euro monatlich (14 Zahlungen pro Jahr).

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Die Frühverrentung ist ab 61 Jahre für Personen möglich, die ab 1967 in das System eingetreten und arbeitslos sind und mindestens 30 Jahre lang Beiträge entrichtet haben. Der versicherungsmathe-

matische Abschlag hängt von der Zahl der Beitragsjahre ab: 8% (30 Jahre), 7,5% (31-34 Jahre), 7% (35-37 Jahre), 6,5% (38-39 Jahre) und 6% für über 40 Beitragsjahre.

Für Personen, die bereits vor 1967 im System waren, ist die Frühverrentung ab einem Alter von 60 Jahren möglich. Geschieht der Renteneintritt auf eigenen Antrag, so beträgt der Abschlag 8% pro Jahr. Ist er nicht freiwillig, ist der Abschlag der gleiche wie für Personen ab einem Alter von 61 Jahren, die ab 1967 in das System eingetreten sind.

Die Mindestrente für Frührentner beträgt 437,68 Euro oder 29% des Durchschnittsverdiensts für alleinstehende Rentner bzw. 531,84 Euro monatlich oder 35% des Durchschnittsverdiensts für solche mit unterhaltsberechtigtem Ehepartner und erhöht sich nach dem 65. Lebensjahr.

Im Alter von 60-64 Jahren besteht die Möglichkeit, den Bezug einer Teilrente mit einer Teilzeitbeschäftigung zu kombinieren, soweit die Arbeitszeit um 25-85% reduziert wird. Die entfallende Arbeitszeit des die Teilrente beziehenden Beschäftigten muss durch die Beschäftigung einer Ersatzkraft gedeckt werden. Fünfzehn Beitragsjahre sind hierfür erforderlich.

Das neue Gesetz 40/2007 hat zum 1.1.2008 folgende Regelungen bezüglich der Teilrenten eingeführt:

1. Die Arbeitszeit ist um 25-75% zu reduzieren.
2. Die in Teilrente getretene Arbeitskraft muss mindestens sechs Jahre bei ihrem letzten Arbeitgeber beschäftigt gewesen sein und insgesamt mindestens 30 Beitragsjahre vorweisen.
3. Personen, die nach dem Jahr 1967 in das System eingetreten sind, können frühestens mit 61 Jahren die Möglichkeit einer Teilrente in Anspruch nehmen.

Spätverrentung

Es ist möglich, die Inanspruchnahme der Rente über das Regelrentenalter hinaus zu verschieben. Für Personen im Alter von 65 Jahren, die 35 Beitragsjahre nachweisen, kann der Rentenbetrag 100% der Berechnungsbasis überschreiten. Die Leistungen erhöhen sich mit jedem zusätzlichen Erwerbsjahr um 2%.

Ab 65 Jahre besteht zudem die Möglichkeit, Teilrente und Teilzeitbeschäftigung zu kombinieren. In diesem Fall braucht die entfallende Arbeitszeit nicht durch eine Ersatzkraft gedeckt zu werden.

Infolge des neuen Gesetzes 40/2007 wird die Rente zu Gunsten von Arbeitskräften, die mindestens 15 Jahre lang Beiträge gezahlt haben und nach Erreichen des 65. Lebensjahrs weiterarbeiten, pro zusätzlich gearbeitetem Jahr um 2% der Berechnungsbasis erhöht. Bei 40 Beitragsjahren beträgt die Steigerung 3%. Rentner, die zum Bezug einer Höchstrente berechtigt sind und mit mindestens 66 Jahren in Rente gehen, erhalten eine jährliche Pauschalleistung (2% der Höchstrente pro zusätzlichem Jahr nach 65, 3% bei 40 Beitragsjahren).

Kinderbetreuung

Mutterschaftsurlaub wird angerechnet. Zwei Jahre Abwesenheit vom Arbeitsmarkt zur Betreuung von Kindern werden bei der Berechnung der Rente berücksichtigt.

Arbeitslosigkeit

Bei Bezug von Arbeitslosenunterstützung zahlt der Staat den Arbeitgeberanteil der Beiträge zur Rentenversicherung in voller Höhe und den Arbeitnehmeranteil bis zu 35%. Die verbleibenden 65% Arbeitnehmeranteil gehen zu Lasten des Arbeitnehmers. Das Grundgehalt, auf dessen Basis die Beiträge berechnet werden, ist der Durchschnittsarbeitsverdienst der letzten sechs Monate vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. Die Dauer hängt von der Zahl der Beitragstage während der vorherigen sechs Jahre ab und reicht von vier Monaten bis zu zwei Jahren. Darüber hinaus gezahlte Arbeitslosenunterstützung eröffnet keinen Rentenanspruch, mit Ausnahme der Personen, die mindestens 52 Jahre alt sind. Für letztere werden die Beiträge zur Rentenversicherung bis zum Renteneintritt von staatlicher Seite getragen. Diese Beiträge werden auf der Mindestbemessungsgrenze von 631,20 Euro monatlich erhoben.

Ergebnisse des Rentenmodells: Spanien

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	64.9	40.6	60.9	81.2	121.8	133.5
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	69.1	45.9	65.3	84.7	121.6	132.1
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	81.2	81.2	81.2	81.2	81.2	66.7
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	84.2	82.1	84.1	84.7	85.3	72.2
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.2	12.2	12.2	12.2	12.2	10.0
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	14.3	14.3	14.3	14.3	14.3	11.7
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	10.3	10.9	10.4	10.1	9.7	7.9
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.1	12.8	12.2	11.8	11.3	9.2

Tschechische Republik

Tschechische Republik: Das Rentensystem im Jahr 2006

Die staatliche Altersvorsorge setzt sich aus einer Grundrente und einem verdienstabhängigen Teil zusammen, der nach einer progressiven Formel berechnet wird. Es ist auch eine Mindestrente vorgesehen.

Wesentliche Indikatoren

		Tschech. Republik	OECD
Durchschnittsverdienst	CZK	234 800	808 700
	USD	10 400	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	7.3	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	76.7	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	81.6	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	22.1	23.8

Anspruchskriterien

Das Regelrentenalter wird für Männer im Rahmen der Phase 1 der neuen Rentenreform stufenweise auf 65 Jahre angehoben. Frauen mit Kindern werden ab einem Alter von 62-65 Jahren (je nach der Zahl der von ihnen aufgezogenen Kinder) und Frauen ohne Kinder ab 65 Jahre Anspruch auf Rentenleistungen haben. Für eine Vollrente sind bisher mindestens 25 Versicherungsjahre erforderlich, dies wird jedoch stufenweise auf 35 Jahre angehoben (jährlich um ein Jahr ab 2010), allerdings können Personen mit 15 Beitragsjahren (dies wird stufenweise auf 20 Jahre angehoben) die Rente ab 65 Jahre erhalten.

Rentenberechnung

Grundrente

Der Wert der Grundrente beläuft sich auf 1 470 CZK pro Monat, was 7,5% des Durchschnittsverdiensts entspricht. Im Gesetz ist keine Indexbindung für die Grundrente allein vorgesehen. Die Gesamthöhe der laufenden Rentenzahlungen muss jedoch mindestens im Umfang der Preisentwicklung zuzüglich eines Drittels des realen Lohnwachstums angepasst werden (siehe unten).

Verdienstabhängige Rente

Die am Arbeitseinkommen orientierte Rente beläuft sich auf 1,5% des Verdiensts je Beitragsjahr. Als Bemessungsgrundlage gilt derzeit der Durchschnitt des Arbeitsentgelts aus sämtlichen Jahren seit 1985, dieser Referenzzeitraum wird sich aber schrittweise (bis 2015) auf 30 Jahre verlängern. Frühere Verdienste werden gemäß dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsverdienste aufgewertet.

Es findet eine progressive Berechnungsformel Anwendung, bei der für die ersten 9 100 CZK pro Monat eine Ersatzquote von 100% vorgesehen ist, die sich für die Verdienstspanne zwischen diesem Grenzwert und 21 800 CZK auf 30% und für darüber hinausgehende Beträge auf 10% verringert. Der erste Grenzwert, unterhalb dessen die Ersatzquote 100% beträgt, entspricht 46,5%, der zweite Grenzwert 111,4% des Durchschnittsverdiensts. Eine Anpassung dieser Grenzwerte ist nicht gesetzlich vorgeschrieben, sie wurden aber jährlich geändert.

Es besteht keine spezifische gesetzlich festgelegte Indexbindung der verdienstbezogenen Komponente. Die kombinierte Gesamrente (Pauschale zuzüglich verdienstbezogener Komponente) muss aber zumindest entsprechend dem Preisindex und zusätzlich mindestens im Umfang von einem Drittel des Reallohnwachstums angepasst werden.

Mindestrente

Der Gesamtwert der monatlichen Mindestrente beträgt 2 240 CZK und setzt sich aus dem Mindestsatz der verdienstbezogenen Komponente, d.h. 770 CZK, und der Grundrente in Höhe von 1 470 CZK zusammen. Für diese Gesamtsumme gilt eine Indexbindung nach obigem Schema. Sie entspricht 11,4% des Durchschnittsverdiensts.

Sozialhilfe

Ältere Menschen sind durch das allgemeine Sozialhilfesystem abgesichert und erhalten damit zusammenhängende Sachleistungen. Der Zielbetrag der Einkommenssicherung beläuft sich für Einpersonenhaushalte auf monatlich 4 420 CZK bzw. 22,6% des Durchschnittsverdiensts. Er setzt sich zusammen aus einem Betrag des persönlichen Bedarfs von 2 400 CZK und einem Betrag des Haushaltsbedarfs von 2 020 CZK.

Freiwillige private Altersvorsorge

Etwa 45% der abhängig Beschäftigten verfügen über eine freiwillige betriebliche oder private Altersvorsorge. Auf Grund der begrenzten steuerlichen Anreize für diese Pläne sind die Beiträge in der Regel niedrig. Für die Modellrechnung wurde von einem Beitragssatz von 2,8% des Arbeitsverdiensts ausgegangen.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Es besteht die Möglichkeit, drei Jahre vor dem Regelrentenalter in den Ruhestand zu treten (wird auf fünf Jahre angehoben, jedoch nicht vor dem Alter von 60 Jahren), d.h. mit 60 Jahren für Männer und 59-60 Jahren für Frauen, wenn 25 Jahre lang Beiträge gezahlt wurden (wird sich im Zug der allgemeinen Änderungen der Voraussetzungen auf 35 Jahre verlängern). Der Gesamtsteigerungsfaktor (d.h. die Zahl der Beitragsjahre multipliziert mit dem Steigerungssatz) vermindert sich stetig um 0,9% je 90 Tage während der ersten 720 Tage der Frühverrentung (3,6% pro Jahr) und um 1,5% je 90-Tageszeitraum danach (6% pro Jahr ab 2010). Für einen Arbeitnehmer mit voller Erwerbsbiografie entspricht dies einer Absenkung des Rentenniveaus (anstelle der Ersatzquote) wegen Frühverrentung von $3,6/64,5$ ($1,5\% \text{ mal } 43 \text{ Jahre}$) = 5,6%.

Spätverrentung

Der Rentenantrag kann nach Erreichen des Regelrentenalters gestellt werden. Der Gesamtsteigerungsfaktor (vgl. Abschnitt über die Frühverrentung) erhöht sich bei Aufschub des Renteneintritts um 1,5% je 90-Tageszeitraum (6% pro Jahr). Eine weitere Rentenanhebung bei Spätverrentung gibt es nicht. Es ist zudem möglich, die Erwerbstätigkeit bei Rentenbezug fortzusetzen.

Kinderbetreuung

Frauen haben ein Anrecht auf Frühverrentung, das von der Kinderzahl abhängt:

Anzahl der Kinder	1	2	3	4+
Frühverrentung (in Jahren)	0	1	2	3

Zusätzlich werden Arbeitsmarktfehlzeiten zur Betreuung von Kindern bis zum Alter von vier Jahren (oder älter, falls eine Schwerbehinderung vorliegt) angerechnet. Diese Jahre werden dann bei der Rentenbemessungsgrundlage nicht berücksichtigt, damit die Fehlzeiten keine Reduzierung der Berechnungsbasis bewirken. (Dieser Ansatz wird für sämtliche fehlenden Beitragszeiten angewendet.)

Arbeitslosigkeit

Zeiten, in denen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen wurden, werden im Rentensystem angerechnet. Die Dauer der Bezugsberechtigung für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung ist altersabhängig: sechs Monate bis zum Alter von 50 Jahren, neun Monate zwischen 50 und 55 Jahren und 12 Monate ab 55 Jahre. Des Weiteren werden bis zu drei Jahre ohne Anrecht auf den Bezug von Arbeitslosenunterstützung ebenfalls angerechnet. Für die Berechnung der Rentenansprüche wird die Dauer der Arbeitslosigkeit auf 80% reduziert, so dass für eine Person, die im Verlauf ihrer Erwerbsbiografie fünf Jahre arbeitslos gewesen wäre, bei der Berechnung der Rente lediglich 4 Jahre gezählt würden. Fällt die Arbeitslosigkeit in den entscheidenden (Referenz-)Zeitraum (die letzten 30 Jahre vor Renteneintritt, ab 1986) für die Berechnung der durchschnittlichen Bemessungsgrundlage, wird der entsprechende Zeitraum aus der Berechnung ausgeschlossen und nur das Einkommen zu Grunde gelegt, auf dessen Basis Beiträge gezahlt wurden.

Ergebnisse des Rentenmodells: Tschechische Republik

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	46.7	39.6	44.7	49.7	54.7	58.0
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	60.2	51.1	57.6	64.1	70.5	74.8
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	54.9	79.2	59.6	49.7	36.4	29.0
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	69.8	95.3	74.7	64.1	49.4	41.1
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	8.4	12.1	9.1	7.6	5.6	4.4
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	9.9	14.3	10.8	9.0	6.6	5.2
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	8.4	12.1	9.1	7.6	5.6	4.4
Bruttoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	9.9	14.3	10.8	9.0	6.6	5.2

Türkei

Türkei: Das Rentensystem im Jahr 2006

Die Türkei hat eine verdienstabhängige staatliche Rentenversicherung mit einem einkommensabhängigen Sicherheitsnetz und einer pauschalen Rentenzulage.

Wesentliche Indikatoren

		Türkei	OECD
Durchschnittsverdienst	TRY	15 600	51 200
	USD	10 900	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	7.8	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	71.6	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	79.1	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	10.4	23.8

Anspruchskriterien

Seit September 1999 dem System beigetretene Personen können bei Vorliegen von 7 000 Beitragstagen ab dem Alter von 60 Jahren (Männer) bzw. 58 Jahren (Frauen) eine Rente beziehen. Dies entspricht etwa 28 Beitragsjahren bei ununterbrochener Beschäftigung. Eine alternative Voraussetzung besteht aus 25 Jahren Mitgliedschaft in der Rentenversicherung bei 4 500 Beitragstagen.

Die bedürftigkeitsabhängige Rente steht nur Personen zu, die keinen Anspruch auf eine andere Rente haben und die entweder behindert oder über 65 Jahre alt sind.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Das neue System sieht vor, dass die Rente auf der Grundlage des Durchschnittsverdiensts der Lebensarbeitszeit berechnet und dem nominalen BIP-Wachstum entsprechend aktualisiert wird. Die Rente wird gemäß einer im Verhältnis zu den Versicherungsjahren nichtlinearen Formel errechnet. In den ersten zehn Beschäftigungsjahren wird ein Rentenanspruch in Höhe von 35% des Arbeitsentgelts erworben, in den darauffolgenden 15 Versicherungsjahren erhöht sich dieser Anspruch um 2% jährlich und danach um je 1,5%.

Es existiert eine untere Beitragsbemessungsgrenze. Für diese galt im Kalenderjahr 2006 ein einziger Wert: 531 TRY.

Es gibt eine obere Beitragsbemessungsgrenze, die sich auf 3 451,50 TRY belief.

Gemäß dem 1999 in Kraft getretenen Gesetz sind die Renten monatlich an den Verbraucherpreisindex gekoppelt. Seit dem Jahr 2003 wird die Indexierung der laufenden Rentenzahlungen jedoch ein- bis zweimal jährlich festgelegt, entweder durch das Haushaltsgesetz oder durch andere Gesetze oder durch den Ministerrat. Im Jahr 2006 wurden die Renten im Januar um 3% erhöht und im Juli um 4,33%.

Mindestrente

Es existiert eine Mindestrente, die im Jahr 2006 zwischen 463,10 TRY und 483,10 TRY schwankte.

Sozialrente

Die bedürftigkeitsabhängige Rente wird vierteljährlich gezahlt. Im ersten Halbjahr 2006 betrug die Rente 68 TRY pro Monat, im zweiten Halbjahr 71 TRY pro Monat.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Die Arbeitnehmer in bestimmten Wirtschaftssektoren (z.B. Bergbau) und Behinderte können früher in Rente gehen, andere Arbeitnehmer haben jedoch nicht die Möglichkeit, vor dem gesetzlichen Rentenalter eine Rente zu beziehen.

Spätverrentung

Es besteht die Möglichkeit, die Rente erst nach dem Regelrentenalter in Anspruch zu nehmen, doch bis zum Jahr 2006 wurde die Rentenhöhe nicht entsprechend der längeren Beitragsdauer angepasst. Seit 2006 wird diese jedoch berücksichtigt.

Kinderbetreuung

Kinderbetreuungszeiten ohne Erwerbstätigkeit werden nicht auf die Rente angerechnet.

Arbeitslosigkeit

Zeiten der Arbeitslosigkeit werden nicht auf die Rente angerechnet.

Ergebnisse des Rentenmodells: Türkei

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	73.9	43.5	65.2	86.9	130.4	173.9
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	106.0	62.3	93.5	124.7	187.0	249.4
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	86.9	86.9	86.9	86.9	86.9	86.9
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	124.0	121.2	123.4	124.7	127.1	130.4
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	11.0	11.0	11.0	11.0	11.0	11.0
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.9	12.9	12.9	12.9	12.9	12.9
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	11.0	11.0	11.0	11.0	11.0	11.0
Bruttoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	12.9	12.9	12.9	12.9	12.9	12.9

Ungarn

Ungarn: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das neue System kombiniert eine verdienstabhängige staatliche Rentenversicherung mit einer obligatorischen kapitalgedeckten Säule mit Beitragsprimat. Es gilt für alle erstmals Erwerbstätigen sowie für Personen, die bei Einführung der Reform höchstens 42 Jahre alt waren. Ältere Arbeitskräfte konnten zwischen diesem Mischsystem und einer rein umlagefinanzierten staatlichen Rentenversicherung wählen. Bei den Modellberechnungen wurde unterstellt, dass die Arbeitskräfte im Rahmen des gemischten Systems versichert sind.

Wesentliche Indikatoren

		Ungarn	OECD
Durchschnittsverdienst	HUF (Mio.)	1.99	7.53
	USD	9 500	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	8.5	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	73.2	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	80.3	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	25.3	23.8

Anspruchskriterien

Das Rentenalter wird stufenweise für Männer und Frauen von 60 bzw. 55 Jahren einheitlich auf 62 Jahre angehoben. Bei Männern wurde die Altersgrenze von 62 im Jahr 2000 erreicht, bei Frauen wird dies ab Ende 2009 der Fall sein. Darüber hinaus sind sowohl für die verdienstabhängige als auch für die Mindestrente 20 Versicherungsjahre Voraussetzung. Für Erwerbstätige, die vor Anfang 2009 in Rente gehen, sind 15 Versicherungsjahre erforderlich, um Anspruch auf eine Teilrente zu haben.

Das reformierte System trat im Januar 1998 in Kraft. Personen, die sich freiwillig für das neue Mischsystem entschieden, hatten die Möglichkeit, bis Ende 2002 zum rein umlagefinanzierten System zurückzukehren. Außerdem wurde der für Ersterwerbstätige geltende Pflichtbeitritt zu einem privaten Pensionsfonds 2002 abgeschafft, aber 2003 wieder eingeführt.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Für die im gemischten System Versicherten beträgt der Steigerungssatz 1,22% des Arbeitsentgelts je Versicherungsjahr (vorbehaltlich einer Beitragsbemessungsgrenze, siehe unten). Im Vergleich dazu liegt der Steigerungssatz für die nur im Rahmen des umlagefinanzierten Systems Versicherten bei 1,65%.

Als Entgeltbasis gilt derzeit das durchschnittliche Netto-Brutto-Arbeitsentgelt (d.h. das Bruttoarbeitsentgelt abzüglich der Arbeitnehmerbeiträge) aller Jahre seit 1988; langfristig wird die gesamte Lebensarbeitszeit berücksichtigt. Ab 2008 wird das Netto-Arbeitsentgelt die Basis sein. Die Arbeitsentgelte früherer Jahre werden entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung bis zu zwei Jahre vor Renteneintritt angepasst. Für die letzten drei Jahre vor Renteneintritt erfolgte keinerlei Aufwertung der Arbeitsverdienste. Diese Regelung wurde geändert, so dass ab dem 1. Januar 2008 eine volle Wertanpassung stattfindet (an das Jahr vor dem Renteneintritt). Der Gesamteffekt dieser beiden Änderungen wird eine Minderung von etwa 8% sein.

1992 wurde eine Beitragsbemessungsgrenze eingeführt. Grob gerechnet liegt die Bemessungsgrenze seit 2005 in etwa beim Dreifachen des Bruttoverdiensts, sie wird jedoch im Voraus festgelegt. 2006 lag die Grenze bei 17 330 Forint pro Tag.

Die laufenden Rentenzahlungen sind seit 2001 zu 50% an die Lohn- und zu 50% an die Preisentwicklung gekoppelt, doch wurden weitere Ad-hoc-Anhebungen vorgenommen.

Zurzeit (seit 2006) wird ferner eine zusätzliche Monatsrente gezahlt.

Mindestrente

Es existiert eine Mindestrente, die sich 2006 auf 25 800 Forint monatlich (rd. 16% des durchschnittlichen Bruttoverdiensts bzw. rd. 30% des durchschnittlichen monatlichen Nettoverdiensts) belief. Die Rentenhöhe ist nach der gleichen Methode indexiert wie die verdienstabhängige Rente, d.h. zur Hälfte an die Preise und zur anderen Hälfte an die Durchschnittsarbeitsentgelte.

Beitragsprimat

Ab 2004 werden 8% des anrechnungsfähigen Bruttoarbeitsverdiensts von Personen, die (entweder freiwillig oder als Pflichtversicherte) unter das gemischte staatlich-private Rentensystem fallen, der kapitalgedeckten Komponente zugeführt. Das bedeutet gegenüber 6% von 1998-2002 und 7% von 2003 eine weitere Erhöhung. Das angesammelte Kapital muss bei Renteneintritt in eine Annuität umgewandelt werden, für die der derzeitigen Gesetzgebung zufolge die gleiche kombinierte Indexierung gilt wie für die staatliche Rentenversicherung. Zur Berechnung der jährlichen Rentensätze sind geschlechtsneutrale Sterbetafeln anzuwenden. Seit 2007 wurde der Arbeitgeberbeitragsatz von 18% auf 21% angehoben, während der Beitragssatz des Arbeitnehmers unverändert 8,5% beträgt.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Ein vorzeitiger Rentenbezug ist derzeit für Männer ab 60 Jahre und für Frauen ab 57 Jahre ohne versicherungsmathematische Reduzierung möglich. Wenn das Rentenalter für Männer und Frauen einheitlich 62 Jahre beträgt, können beide ab einem Alter von 59 Jahren vorzeitig in Rente gehen. Dieses Frühverrentungsalter wird ab 2013 auf 60 Jahre angehoben, wobei aber mindestens 37 Versicherungsjahre erreicht sein müssen.

Der Abschlag je Monat bis zur Erreichung des 62. Lebensjahrs beträgt:

- nach Erreichen des 61. bis zum Erreichen des 62. Lebensjahrs: 0,3% Abschlag pro fehlenden Monat;
- vor dem Erreichen des 61. Lebensjahrs: 3,6% + 0,4% pro fehlenden Monat.

Spätverrentung

Es besteht die Möglichkeit, die verdienstabhängige Rente später in Anspruch zu nehmen. Die Rente erhöht sich für jeden Monat des Aufschubs um 0,5%.

Kinderbetreuung

Im Hinblick auf Schwangerschafts- und Kinderbetreuungszeiten bieten die Rentensysteme Versicherungsschutz in unterschiedlichem Umfang. Die bestehenden Leistungsarten sind: die Schwangerschafts- und Entbindungsvergütung, das Kinderbetreuungsgeld sowie der Kinderbetreuungszuschuss. Bei Erhalt dieser Leistungen sind jetzt Rentenversicherungsbeiträge abzuführen, und soweit dies günstig ist, wird ihr Betrag bei der Berechnung der Rentenbasis mitberücksichtigt.

Die Schwangerschafts- und Entbindungsvergütung (terhességi gyermekágyi segély) wird während der Schwangerschaft und 24 Wochen (168 Tage) nach der Entbindung gezahlt. Die Leistungen betragen 70% des durchschnittlichen Tagesbruttoverdiensts des Vorjahrs. Das Kinderbetreuungsgeld (gyermekgondozási díj) kann von einem Elternteil nach Auslaufen der Schwangerschafts- und Entbindungsleistungen in Anspruch genommen werden; der Anspruch besteht bis zur

Vollendung des zweiten Lebensjahrs des Kindes (maximal 24 Monate). Die Leistungen betragen 70% des durchschnittlichen Tagesbruttoverdiensts des Vorjahrs mit einer Höchstgrenze vom dreifachen Mindestlohn (87 500 Forint monatlich, 2006). Der Kinderbetreuungszuschuss (gyermekgondozási segély) wird dem Elternteil ausgezahlt, der bis zur Vollendung des dritten Lebensjahrs (maximal 36 Monate) für das Kind sorgt. Der Monatsbetrag entspricht der Mindestaltersrente von 25 800 Forint (2006), unabhängig von der Zahl der in der Familie lebenden Kinder.

Im Jahr 2006 wurden die Rentenversicherungsbeiträge für Kinderbetreuungsleistungen von den folgenden Parteien entrichtet:

	Leistungsempfänger	Arbeitgeber	Staat
Kinderbetreuungsgeld	X	–	X
Kinderbetreuungszuschuss	X	–	X

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose sind im verdienstabhängigen Rentensystem versichert. Alle Erwerbslosigkeitszeiten sind als rentenversicherungspflichtige Zeiträume anrechenbar. Die Verdienstmessgröße für die Zeit der Erwerbslosigkeit ist die jeweils günstigste: *a)* der Höhe der Arbeitslosenleistungen oder *b)* des Durchschnittsverdiensts vor und nach der Arbeitslosigkeit.

In der Zeit des wirtschaftlichen Übergangs wurde vielen älteren Langzeitarbeitslosen eine Altersrente aus dem Frühverrentungssystem (Előnyugdíj) gezahlt, doch ist ihre Zahl jetzt nicht mehr signifikant. Ältere Arbeitslose können jedoch bei Erfüllung bestimmter Kriterien Frühverrentungsleistungen erhalten: wenn sie 140 Tage lang Arbeitslosengeld bezogen haben, das Rentenalter binnen fünf Jahren erreichen werden, ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld innerhalb eines Zeitraums von acht Jahren vor Erreichen des Rentenalters erloschen ist und sie mindestens 20 Jahre lang in das Rentenversicherungssystem eingezahlt haben.

Ergebnisse des Rentenmodells: Ungarn

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	56.9	38.4	57.6	76.9	115.3	153.7
Relatives Nettoentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	82.1	59.3	83.1	105.5	135.7	173.7
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	76.9	76.9	76.9	76.9	76.9	76.9
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	95.4	94.3	95.4	105.5	99.2	99.2
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	12.4	12.4	12.4	12.4	12.4	12.4
Nettoentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	11.6	12.4	11.6	11.0	9.5	9.1
	14.3	15.3	14.3	13.6	11.7	11.2

Vereinigtes Königreich

Vereinigtes Königreich: Das Rentensystem im Jahr 2006

Das Vereinigte Königreich besitzt ein komplexes Rentensystem, das staatliche mit privater Versorgung kombiniert. Die staatliche Rentenversicherung ruht auf zwei Säulen (einer pauschalen Grundrente und einer verdienstabhängigen Zusatzrente), die durch ein breites Angebot freiwilliger privater Rentensparpläne ergänzt werden. Die meisten abhängig beschäftigten Beitragszahler wechseln von der zweiten staatlichen Säule zu einer privaten Rentenversicherung in der einen oder anderen Form über. Eine einkommensabhängige Leistung (*pension credit*) richtet zusätzliche Aufwendungen gezielt auf die bedürftigsten Rentner aus.

Wesentliche Indikatoren

		Ver. Königreich	OECD
Durchschnittsverdienst	GBP	31 500	19 300
	USD	58 000	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	5.7	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	79.1	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.3	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	26.8	23.8

Anspruchskriterien

Die Regelaltersgrenze, die derzeit bei 60 Jahren für Frauen, die bis zum 5. April 1950 geboren wurden, und 65 Jahren für Männer liegt, wird im Zeitraum 2010-2020 stufenweise auf 65 Jahre angeglichen. Infolge des *Pensions Act 2007* wird das Regelalter für die staatliche Rente zwischen 2024 und 2028 auf 66 Jahre angehoben, danach von 2034-2036 auf 67 Jahre und zwischen 2044 und 2046 auf 68 Jahre. Das Anspruchsalter für die Garantieeinkommenskomponente (*guarantee credit*) des *pension credit* beträgt 60 Jahre und wird parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze für Frauen in der staatlichen Rentenversicherung erhöht werden. Die neue Gutschrift für Ersparnisse (*savings credit*), eine weitere Komponente des *pension credit*, steht Männern und Frauen erst ab 65 Jahre zur Verfügung.

Um Anspruch auf die staatliche Grundrente zu haben, müssen für etwa 90% des potenziellen Arbeitslebens (39 Jahre für Frauen mit einem Regelrentenalter von 60 Jahren, 44 Jahre für Männer und Frauen mit einem Regelalter von 65 Jahren) entweder Sozialversicherungsbeiträge gezahlt oder entsprechende Beitragszeiten anerkannt bzw. Gutschriften (*credits*) angesammelt worden sein. Eine anteilmäßig geminderte Rente steht Personen zur Verfügung, die die Bedingungen für den Bezug einer vollen Rente nicht erfüllen, wobei aber eine Mindestversicherungszeit von 25% gegeben sein muss (d.h. 10 Jahre für Frauen mit einem Regelrentenalter von 60 Jahren, 11 Jahre für Männer und Frauen mit einem Regelalter von 65 Jahren). Durch das *Pensions Act 2007* wird die Zahl der erforderlichen Beitragsjahre oder *credits* für eine volle staatliche Grundrente auf 30 reduziert, mit proportional gekürzten staatlichen Renten, falls ein Versicherter mindestens ein Jahr Beiträge oder *credits* vorweisen kann, für alle die ab dem 6. April 2010 das staatliche Regelrentenalter erreichen.

Rentenberechnung

Grundrente

Die volle staatliche Grundrente für Alleinstehende lag 2006/2007 bei 84,25 £ pro Woche, was fast 14% des Durchschnittsverdiensts entspricht.

Verdienstabhängige Rente

Für die Verdiensttranche zwischen der unteren Einkommensgrenze (4 368 £ jährlich im Zeitraum 2006/2007) und dem Niedrigeinkommensschwellenwert (12 500 £) beträgt die Ersatzquote 40% der Differenz. Die untere Einkommensgrenze entspricht fast 14% und der Niedrigeinkommensschwellenwert 40% des Durchschnittsverdiensts. Dies gilt auch für Personen, die Anspruch auf den *pension credit* haben. Das bedeutet, dass Versicherte mit einem Einkommen unter dem Niedrigeinkommensschwellenwert so behandelt werden, als ob sie dieses Verdienstniveau erreicht hätten. In der nächsten Tranche (bei Einkünften bis zu 28 800 £ im Jahr 2006/2007) liegt die Ersatzquote bei 10%. Zwischen diesem Einkommensschwellenwert und der oberen Einkommensgrenze beträgt die Ersatzquote 20%. Die obere Einkommensgrenze war 2006/2007 mit 33 540 £ angesetzt. Der obere Einkommensschwellenwert entspricht rd. 91%, die obere Einkommensgrenze 106% des Durchschnittsverdiensts.

Als Berechnungsgrundlage für die Rentenhöhe dient der Durchschnittsarbeitsverdienst während des gesamten Erwerbslebens, wobei die Arbeitsentgelte zurückliegender Jahre entsprechend der Lohnentwicklung aufgewertet werden. Nach Renteneintritt ist die Rente dann preisindexiert.

Auf Grund des *Pensions Act 2007* werden ab 2010 die Verdiensttranchen auf zwei reduziert. Zwischen der unteren Einkommensgrenze und dem Niedrigeinkommensschwellenwert wird die Ersatzquote 40% der Differenz betragen. Zwischen dem Niedrigeinkommensschwellenwert und der Obergrenze wird die Ersatzquote bei 10% liegen. Ab einem noch festzulegenden Datum eröffnen die Einkommen der ersten Tranche die Anwartschaft auf eine Pauschalleistung in Höhe von 1,60 £ wöchentlich für jedes angerechnete Jahr (auf der Basis des Verdiensts der Jahre 2008/2009). Des Weiteren wird der Steigerungssatz ab April 2009 durch die Einführung eines Höchststeigerungssatzes, der auf 770 £ pro Woche festgelegt wurde, eingefroren.

Sozialrente

Der 2003 eingeführte *pension credit* ist eine steuerfreie wöchentliche Leistung für alle Personen ab 60 Jahre, die niedrige Einkommen beziehen. Er garantiert allen Rentnern ein gewisses Mindesteinkommen. Der *pension credit* ist vom Einkommen und nicht von Beiträgen zur staatlichen Rentenversicherung abhängig. Der *pension credit* besteht aus zwei Elementen: einem garantierten Einkommen (*guarantee credit*) und einer Gutschrift für Ersparnisse (*savings credit*). Der *guarantee credit* sichert ein Mindesteinkommensniveau, indem er für Personen ab 60 Jahre, deren Einkommen unter dem garantierten Standardminimum liegt, eine finanzielle Hilfe bereitstellt. Im Jahr 2006/2007 betrug diese Leistung 114,05 £ für Alleinstehende und 174,05 £ für Paare (bei Vorliegen von schwerer Behinderung, Betreuungspflichten oder bestimmten Wohnkosten kann sich der Betrag erhöhen).

Der *savings credit* ist ein zusätzlicher Betrag für Personen ab 65 Jahre, die nur über geringe eigene Rentenersparnisse verfügen. Sie soll den effektiven Leistungsminderungssatz von 100% unter den vorhergehenden Systemen auf 40% senken. Personen, deren Einkommen (ohne *guarantee credit*) unter dem Mindesteinkommen des *guarantee credit*, jedoch über der Bemessungsgrenze des *savings credit* liegt (84,25 £ für Alleinstehende und 134,75 £ für Paare im Jahr 2006/2007), erhalten 60% der Differenz zwischen ihrem Einkommen und dem Grenzwert, bis zu einem Höchstwert von 17,88 £ für Alleinstehende und 23,58 £ für Paare. Bei Personen, deren Einkommen über dem Mindesteinkommen des *guarantee credit* liegt (die auf diesen also keinen Anspruch besitzen), reduziert sich der Höchstsatz des *savings credit* um 40% ihres Einkommens, das über dem garantierten Niveau liegt.

Freiwillige private Altersvorsorge

Etwa 47% der abhängig Beschäftigten sind Mitglieder eines betrieblichen Altersvorsorgeplans, und etwa 19% verfügen über eine private Altersvorsorge. Da manche Personen in beide Systeme einzahlen, beträgt der gesamte Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Altersvorsorge 59%. Der in der Modellrechnung dargestellte Plan mit Leistungsprimat ergibt eine Rente von einem Achtzigstel des letzten Gehalts pro gearbeitetem Jahr, was einem Steigerungssatz von 1,25% entspricht. Bei Stellenwechsel wird der Wert der aufgeschobenen Betriebsrente an die Preissteigerung indexiert.

Die meisten Betriebsrentenversicherungen des Privatsektors sind allerdings auf Pläne mit Beitragsprimat umgestiegen, manche nur für Neuzugänge und andere für sämtliche Mitglieder. Die Regierung beabsichtigt außerdem die Einführung eines neuen nationalen Rentensparplans. Nach dem gleichen Prinzip wie der neuseeländische KiwiSaver wird dieser Plan einen vorgegebenen Beitragssatz von 8% aufweisen, was etwas unter dem Durchschnitt von 9% der bisher existierenden Betriebsrentenpläne mit Beitragsprimat liegt. Die Modellrechnung geht von einem Beitragssatz von 8% des Arbeitsverdiensts aus.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Vor Erreichung des staatlichen Regelrentenalters wird keine öffentliche Rente gezahlt.

Spätverrentung

Bis April 2005 war es möglich, den Bezug der staatlichen Rente bis zu fünf Jahre nach der staatlichen Regelaltersgrenze aufzuschieben. Dadurch konnte ein Rentenzuschlag in Höhe von etwa 7,4% pro Jahr erworben werden. Seit April 2005 gilt diese Zeitgrenze nicht mehr, und der Rentenzuschlag wurde auf 10,4% pro vollem Jahr des Aufschubs erhöht. Außerdem wurde die Möglichkeit eingeführt, sich nach Beendigung der verlängerten Erwerbstätigkeitsphase stattdessen für eine zu versteuernde Einmalzahlung bei Renteneintritt zu entscheiden, vorausgesetzt dass der Aufschub mindestens zwölf aufeinanderfolgende Monate beträgt. Die Einmalzahlung besteht aus der während der Dauer des Rentenaufschubs nicht in Anspruch genommenen staatlichen Rente zuzüglich einer garantierten Verzinsung von mindestens 2 Prozentpunkten über dem Repo-Satz (Eckzins der Bank von England). Die Entscheidung ist zu treffen, wenn die staatliche Rente schließlich in Anspruch genommen wird.

Kinderbetreuung

Beide Säulen des staatlichen Rentensystems (staatliche Grundrente und staatliche Zusatzrente) rechnen Kinderbetreuungszeiten an. Dies gilt sowohl für Personen, die in dieser Zeit nicht arbeiten, als auch für solche, deren Arbeitsverdienst unter der Bemessungsgrenze liegt und die deshalb keine Beiträge zahlen. Für die staatliche Grundrente firmiert diese Komponente unter dem Namen Home Responsibilities Protection (HRP) und erfasst Jahre, in denen mindestens ein Kind unter 16 Jahren betreut wurde. HRP reduziert die notwendigen Beitragsjahre zum Bezug einer Vollrente, so dass bei ausreichender HRP nur 20 Erwerbsjahre (unter Berücksichtigung von Jahren, in denen möglicherweise die Beiträge zur staatlichen Altersvorsorge gutgeschrieben wurden) notwendig sind, um Anspruch auf eine Vollrente zu erhalten. Für die staatliche Zusatzrente werden die Betreuungsjahre bei Kindern bis zu sechs Jahren angerechnet; für die betreuenden Eltern wird ein fiktives Einkommen entsprechend der Mindesteinkommensgrenze angenommen: 12 500 £ pro Jahr im Jahr 2006/2007.

Dank des *Pensions Act 2007* können Personen, die nach dem Jahr 2010 die Regelaltersgrenze der staatlichen Renten erreichen, Ansprüche auf die staatliche Zusatzrente erwerben, wenn sie Kinder bis zum Alter von 12 Jahren betreuen.

Arbeitslosigkeit

Zeiträume der Arbeitslosigkeit, in denen Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe bezogen wurde, werden auf die staatliche Grundrente angerechnet. Für dieselben Zeiträume werden hingegen keine Ansprüche im Rahmen der staatlichen Zusatzrente erworben.

Ergebnisse des Rentenmodells: Vereinigtes Königreich

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	28.4	25.5	27.5	30.8	32.0	32.0
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	38.2	34.5	37.0	40.9	42.2	42.2
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	33.5	51.0	36.6	30.8	21.3	16.0
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	44.3	63.8	48.0	40.9	29.2	22.8
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	4.5	6.8	4.9	4.1	2.9	2.1
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	5.2	7.8	5.6	4.7	3.3	2.5
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	4.4	6.8	4.8	4.0	2.8	2.1
Nettoartenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	5.1	7.8	5.5	4.6	3.2	2.4

Vereinigte Staaten

Vereinigte Staaten: Das Rentensystem im Jahr 2006

Für die staatliche Rentenversicherung (*social security*) gilt eine progressive Rentenformel. Zusätzlich gibt es eine bedürftigkeitsgeprüfte Rentenaufbesserungszahlung für Rentner mit geringem Einkommen.

Wesentliche Indikatoren

		Ver. Staaten	OECD
Durchschnittsverdienst	USD	39 400	35 800
	USD	39 400	35 800
Öffentl. Rentenausgaben	In % des BIP	6.0	7.2
Lebenserwartung	Bei der Geburt	77.8	78.9
	Im Alter von 65 Jahren	83.6	83.4
Bevölkerung über 65 Jahre	In % der Erwerbsbevölkerung	20.8	23.8

Anspruchskriterien

Die Regelaltersgrenze (auch normales Rentenalter bzw. NRA genannt) lag 2006 bei 66 Jahren und wird schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Der Anspruch auf Rentenversicherungsleistungen hängt von der Zahl der Beitragsjahre ab, wobei eine Mindestversicherungszeit von 10 Jahren vorausgesetzt wird. Eine Frühverrentung mit Leistungsminderung ist ab dem Alter von 62 Jahren möglich.

Rentenberechnung

Verdienstabhängige Rente

Die Rentenformel ist progressiv. So beträgt die Ersatzquote für die ersten monatlichen 656 US-\$ des anrechnungsfähigen Durchschnittsverdiensts 90%. Für die Einkommenstranche zwischen 656 US-\$ und 3 955 US-\$ pro Monat gilt eine Ersatzquote von 32%. Diese Schwellenwerte entsprechen 20% bzw. 121% des Durchschnittsverdiensts. Zwischen dem höheren Schwellenwert und der oberen Bemessungsgrenze beträgt die Ersatzquote 15%. Eine Zusatzleistung in Höhe von 50% gibt es für Ehepaare in Fällen, wo der Zweitverdiener einen geringeren Rentenanspruch erworben hat, sowie für jedes unterhaltsberechtigten Kind.

Die Arbeitsentgelte früherer Jahre werden bis zum Alter von 60 Jahren entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung aufgewertet. Für nach Vollendung des 60. Lebensjahrs erzielte Arbeitsverdienste sind keine Anpassungen vorgesehen. Bei der Berechnung der Grundleistung wird ein Rentenbezug mit 62 Jahren unterstellt. Anschließend wird diese Leistung entsprechend der Preisentwicklung angepasst. Berechnet wird der Rentenwert auf der Basis des Durchschnittsverdiensts der 35 Versicherungsjahre mit den höchsten Einkünften (nach Wertanpassung), wobei auch Jahre ohne Arbeitsverdienst berücksichtigt werden, falls dies zum Erreichen der 35 Versicherungsjahre notwendig ist.

Die Bemessungsgrenze sowohl für die Beiträge als auch die Leistungen liegt bei 94 200 US-\$ im Jahr, was 239% des Durchschnittsverdiensts entspricht, und wird jährlich entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Lohnwachstum aktualisiert.

Die laufenden Rentenzahlungen werden der Preisentwicklung angepasst.

Mindestrente

Die Sozialversicherung sieht eine Mindestrente vor. Personen, die weniger als einen bestimmten Mindestbasisversicherungsbetrag beziehen, erhalten eine Mindestrente, deren Höhe von der Gesamtzahl der Versicherungsjahre abhängt und zwischen 33 US-\$ bei 11-jähriger Ver-

sicherungszeit und 683 US-\$ bei 30-jähriger Versicherungszeit schwankt. Die Grenze für den Bezug dieser Mindestrente lag 2006 bei 10 485 US-\$ bzw. 27% des Durchschnittsverdiensts. (Formell definiert wird die Grenze als 15% der Beitrags- und Leistungsbasis nach dem „alten Gesetz“.) Die Mindestrente hat keine Auswirkungen auf die Ergebnisse der Modellrechnungen, da die betroffene Verdienststufe unter den in den Rechnungen zu Grunde gelegten Zahlen liegt.

Sozialrente

Die Vereinigten Staaten bieten älteren Menschen bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen an, die unter der Bezeichnung zusätzliches Sozialeinkommen (*supplemental security income* – SSI)¹ bekannt sind. Über 65-jährige Personen ohne anspruchsberechtigten Ehepartner haben je nach Vermögenslage und sonstigen Einkommen u.U. Anspruch auf Leistungen von bis zu 7 236 US-\$ pro Jahr. Wenn beide Ehepartner anspruchsberechtigt sind, liegen die Leistungen bei 10 848 US-\$ (33% mehr als für Alleinstehende). Diese Leistungssätze entsprechen jeweils rd. 18% bzw. 28% des nationalen Durchschnittsverdiensts. Die Leistungen sind preisindexiert.

Die Vermögenskriterien sind streng: Für Personen ohne anspruchsberechtigten Ehepartner gelten Vermögensobergrenzen von 2 000 US-\$, für anspruchsberechtigte Ehepaare von 3 000 US-\$, wobei persönlicher Besitz, Wohneigentum, ein Auto, Sterbe- und Lebensversicherung (beide bis zu einem Wert von 1 500 US-\$) ausgenommen sind. Bei der Berechnung des Anspruchs bleibt ein kleiner Betrag (20 US-\$ pro Monat) unberücksichtigt. Die Rentenleistung wird dann zu 100% vom Einkommensanteil, der die genannten Obergrenzen übersteigt, entzogen.

Erschwert wird die Analyse durch die Tatsache, dass Bundesstaaten das auf Bundesebene festgelegte Minimum ergänzen können. Während 8 Bundesstaaten nur das auf Bundesebene festgelegte Minimum zahlen, verwalten 29 Bundesstaaten ihr eigenes System, 9 Bundesstaaten bieten Zusatzleistungen an, die ausschließlich von der *Social Security Administration* auf Bundesebene verwaltet werden, und 6 bieten Zusatzleistungen an, die sowohl von dem jeweiligen Bundesstaat als auch von der *Social Security Administration* verwaltet werden. Im Durchschnitt betragen die Zusatzzahlungen in den 15 Bundesstaaten mit Verwaltung durch die *Social Security Administration* 29% des Höchstbetrags der Leistungen auf Bundesebene für alleinstehende Rentner und 50% für Rentnerpaare². Zu beachten ist, dass diese Zusatzzahlungen in der Modellrechnung unberücksichtigt bleiben.

Freiwillige private Altersvorsorge

Rund 46% der Beschäftigten sind Mitglied eines betrieblichen Altersvorsorgeplans, und rd. 35% verfügen über eine private Altersvorsorge. Da manche Personen in beide Systeme einzahlen, beträgt der Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Altersvorsorge insgesamt 58%. Systeme mit Beitragsprimat sind inzwischen deutlich weiter verbreitet. Die Befunde deuten darauf hin, dass die Beitragsätze (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) im Durchschnitt bei rd. 9% des Arbeitsverdiensts liegen.

Eine Minderheit der Arbeitnehmer verfügt weiterhin über betriebliche Altersvorsorgepläne mit Leistungsprimat. Auf der Grundlage einer nationalen Erhebung über solche Vorsorgepläne wird in der Modellrechnung von einem Steigerungssatz in Höhe von 1% pro Beitragsjahr ausgegangen.

Abweichende Erwerbsbiografien

Frühverrentung

Ein vorzeitiger Renteneintritt ist ab dem Alter von 62 Jahren möglich, allerdings mit versicherungsmathematischen Abschlägen bei der Rentenhöhe. Für jedes Jahr des vorzeitigen Rentenbezugs verringert sich die Rente um 6⅓%. Nach drei Jahren reduziert sich der Abschlag jedoch auf 5%. Dies gilt für Rentner mit einem normalen Rentenalter (NRA) von über 65 Jahren. Für Versicherte, die ihre Rente 2006 mit 62 Jahren in Anspruch nehmen konnten, beträgt das NRA 66 Jahre. Das normale Rentenalter wird schrittweise angehoben, so dass es für Personen, die im Jahr 2022 rentenanspruchsberechtigt werden, bei 67 Jahren liegen wird.

Spätverrentung

Ein Rentenaufschub nach Erreichen des normalen Rentenalters ist möglich, und für die Zeit des aufgeschobenen Rentenbezugs bis zur Vollendung des 70. Lebensjahrs werden zusätzliche Rentenansprüche gewährt. Der versicherungsmathematische Zuschlag belief sich 2006 auf 7,5% pro Jahr des aufgeschobenen Rentenbezugs. Ab 2008 wird er sich auf 8% erhöhen.

Es ist auch möglich, den Rentenbezug mit einer Erwerbstätigkeit zu kombinieren, wobei eine Verdienstprüfung durchgeführt wird. Für Personen, die ihr NRA noch nicht erreicht haben, verringert sich die Rente um 50% des Verdienstanteils, der 12 480 US-\$ übersteigt. Für Arbeitskräfte, die ihr NRA erreicht haben, werden keine verdienstabhängigen Abzüge mehr vorgenommen.

Kinderbetreuung

Es gibt keine Vorschriften über die Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten (außer für Arbeitskräfte, die sich in jüngeren Jahren eine Behinderung zuziehen; diese können Kinderbetreuungsjahre bei der Berechnung ihrer Leistungen ausklammern).

Arbeitslosigkeit

Es gibt keine Vorschriften über die Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit. Allerdings können solche Zeiten bei der Berechnung des Arbeitsverdiensts zu Leistungszwecken in vielen Fällen unberücksichtigt bleiben, da nur die 35 Jahre mit den höchsten Einkünften in die Berechnung eingehen. Zeiträume der Behinderung werden aus den berücksichtigten 35 Verdienstjahren ausgeklammert.

Anmerkungen

1. SSI-Leistungen werden auch anspruchsberechtigten Blinden bzw. behinderten Personen gezahlt.
2. Als blind bzw. behindert eingestufte Personen sind hiervon ausgenommen.

Ergebnisse des Rentenmodells: Vereinigte Staaten

Männer Frauen (falls abweichend)	Median- verdiener	Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches vom Durchschnitt				
		0.5	0.75	1	1.5	2
Relatives Bruttorentenniveau (In % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	34.7	25.2	31.9	38.7	51.2	57.5
Relatives Nettorentenniveau (In % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	40.1	29.1	36.9	44.8	59.2	66.5
Bruttoersatzquote (In % des individuellen Bruttoarbeitsentgelts)	40.8	50.3	42.6	38.7	34.1	28.8
Nettoersatzquote (In % des individuellen Nettoarbeitsentgelts)	47.1	57.9	49.2	44.8	39.5	33.3
Bruttorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	5.8	7.2	6.1	5.5	4.9	4.1
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)	6.8	8.3	7.1	6.4	5.7	4.8
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	5.8	7.2	6.1	5.5	4.9	4.1
Nettorentenvermögen (Vielfaches des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts)	6.8	8.3	7.1	6.4	5.7	4.8

OECD PUBLISHING, 2, rue André-Pascal, 75775 PARIS CEDEX 16
PRINTED IN FRANCE
(81 2009 08 5 P) ISBN 978-92-64-07572-6 – No. 57012 2009

Renten auf einen Blick 2009

RENTENEINKOMMENSSYSTEME IN OECD-LÄNDERN

Die Renten- und Ruhestandspolitik hat sich in den vergangenen zehn Jahren drastisch verändert, da die Regierungen versucht haben, den Zielen der Gewährleistung angemessener Renteneinkommen und einer langfristigen finanziellen Tragfähigkeit der Rentensysteme im Hinblick auf die Bevölkerungsalterung gleichermaßen gerecht zu werden. *Renten auf einen Blick 2009* liefert einen konsistenten Rahmen sowie verlässliche Daten für den Vergleich der staatlichen Rentenpolitik in den OECD-Ländern.

In dieser dritten Ausgabe werden die Detailinformationen zu den Kernmerkmalen der Altersvorsorge in den OECD-Ländern aktualisiert und Projektionen für die Renteneinkommen vorgestellt, über die die heute Erwerbstätigen im Alter verfügen werden. Diese Publikation bietet ein erweitertes Spektrum an Indikatoren der Rentenpolitik, darunter auch Messgrößen wie Wert der Vermögensanlagen, Anlageergebnisse, Erfassungsgrad privater Rentenversicherungen, Ausgaben öffentlicher Rentenversicherungen sowie Informationen über den demografischen Kontext und Ausblick.

Vier Sonderkapitel bieten eine detaillierte Analyse wichtiger Fragen der heutigen Rentenpolitik. Das erste Kapitel befasst sich eingehender mit den Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Rentensysteme. Welche Länder und welche Personengruppen sind am stärksten betroffen? Mit welchen Maßnahmen können die Regierungen helfend eingreifen, und welche Maßnahmen sollten sie vermeiden? Das zweite Sonderkapitel untersucht die Einkommens- und Armutssituation der älteren Bevölkerung auf der Basis einer Analyse der Trendentwicklungen in den vergangenen zwanzig Jahren. In vielen Ländern hat sich die Lage der Rentner im Vergleich zur Gesamtbevölkerung verbessert, Altersarmut besteht aber nach wie vor. Das dritte Kapitel enthält eine Aktualisierung der Analyse der Rentenreformen aus der zweiten Ausgabe von *Renten auf einen Blick*. Wie haben sich die Rentensysteme im Zeitraum 2004-2008 verändert? Das letzte Kapitel geht auf den Erfassungsgrad der freiwilligen privaten Altersvorsorge ein und erweitert die Analyse, indem untersucht wird, wie dieser nach Alter und Geschlecht variiert. In diesem Kapitel werden zudem fünf verschiedene Maßnahmen zur Erweiterung des Erfassungsgrads freiwilliger privater Rentenversicherungen evaluiert.

„Eine außerordentlich sachdienliche und gründliche Kompilation von Renteninformationen für ein breites Länderspektrum, die in einem einheitlichen Format und einer sinnvollen Struktur dargelegt sind. Die Autoren haben den internationalen Vergleichen der Altersvorsorgesysteme eine neue Dimension verliehen, ihnen gebührt hohes Lob für ihre intensiven Bemühungen. [Diese Publikation] stellt einen der intelligentesten verfügbaren Ländervergleiche der Altersvorsorgesysteme dar, verfasst von Experten, die mit den Nuancen – und Komplexitäten – von Vergleichen der Rentenpolitik bestens vertraut sind.“

Olivia Mitchell, Direktorin des Boettner Centre for Pensions and Retirement Research, Wharton School, University of Pennsylvania.

www.oecd.org/els/social/pensions/PAG

Der vollständige Text dieser Veröffentlichung ist verfügbar unter:

www.sourceoecd.org/finance/9789264075726

www.sourceoecd.org/socialissues/9789264075726

Kunden mit Online-Zugang zu allen OECD-Büchern sollten folgenden Link benutzen:

www.sourceoecd.org/9789264075726

SourceOECD ist die OECD-Online-Bibliothek für Bücher, periodisch erscheinende Publikationen und statistische Datenbanken.

Wegen weiterer Informationen bezüglich dieses prämierten Service und eines kostenlosen Probezugangs wenden Sie sich bitte an Ihre Informations- und Dokumentationsstelle oder schreiben Sie uns an

SourceOECD@oecd.org.